



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

### Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

### About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



## Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

## Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

## Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.



The Library  
of the



University of Wisconsin

A  
20,056









# Der moderne Socialismus.

Karl Marx,  
die Internationale Arbeiter-Association,  
Lassalle  
und die deutschen Socialisten.

Von

Dr. Eugen Jäger. ✓



Berlin.

F 38

Verlag von G. van Nuyden.  
16. Georgenstr. 16.  
1873.



# Inhalts-Verzeichniß.

## Einleitung. IX.

### Erstes Buch. Karl Marx.

1. Allgemeines und Biographisches S. 3. — 2. Waare und Werth. Substanz des Tauschwerthes ist die gesellschaftliche Arbeit S. 6. — 3. Dies ist der Socialismus S. 8. — 4. Die Werthform S. 10. — 5. Capital und Mehrwerth S. 12. — 6. Woher kommt der Mehrwerth? S. 14. — 7. Nothwendige und thätssächliche Arbeitszeit S. 15. — 8. Die Mehrarbeit ist die Quelle des Mehrwerthes S. 17. — 9. Constantes und variables Capital; Rate des Mehrwerthes S. 20. — 10. Absoluter und relativer Mehrwerth S. 21. — 11. Ständige Reproduktion des capitalistischen Produktionsprocesses mit wachsender Intensität S. 23. — 12. Entstehung der modernen Produktionsweise; Aktionsplan des Marx'schen Socialismus S. 25. — 13., 14. Die Produktionsweise der Zukunft S. 27. — 15. Unterricht S. 30. — 16. Staat, Kirche, Familie S. 31. — 17. Zusammenfassung der Marx'schen Thesen S. 33.

### Zweites Buch. Die Internationale Arbeitergesellschaft.

#### Erstes Capitel. Entstehung des internationalen Socialismus.

1. Der internationale Charakter der modernen Cultur S. 37. —
2. Der internationale Charakter des modernen Socialismus S. 40.

#### Zweites Capitel. Die Gründung der internationalen Arbeitergesellschaft.

1. Literatur und Vorgeschichte S. 42. — 2. Gründung der Gesellschaft S. 48. — 3. Die Marx'sche Inauguraladresse S. 50. —
4. Allgemeine Statuten S. 56. — 5. Verwaltungsverordnungen S. 59.

751 Steiner 833

**Drittes Capitel. Die allgemeinen Congresse der „Internationale“.**

1. Conferenz in London S. 64. — 2. Congreß zu Genf. (Beschlüsse über Normal-Arbeitstag, Erziehung, Adresse an die „Proletarier der Feder“) S. 65. — 3. Congreß zu Lausanne. (Beschlüsse über Productivgenossenschaften, Unterricht, Staat, Gerichte, die Erreichung der politischen Gewalt) S. 70. — 4. Congreß zu Brüssel. (Beschlüsse über Arbeitseinstellungen, über das Eigenthum an den Arbeitsinstrumenten, am Boden, an den Bergwerken u. s. w.) S. 73. — 5. Congreß zu Basel. (Beschlüsse über das Privateigenthum, das Erbrecht, die Strikengenossenschaften, über die Abschaffung jeder Präsidentschaft; künftige Organisation der Gesellschaft nach der Theorie der „Internationale“) S. 75. — 6. Beschlüsse der Delegirten-Versammlung zu London 1871 S. 80. — 7. Congreß im Haag S. 87, 488.

**Viertes Capitel. Organisation und Verbreitung der „Internationale“.**

1. Die Gewerkschaft S. 88. — 2. Die Section S. 90. — 3. Die Föderation (Sectionsguppe) S. 91. — 4. Muster einiger Föderationsstatuten (Paris, Belgien, die Schweiz) S. 94. — 5. Der Allgemeine Congreß und der Generalrath S. 96. — 6. Föderalismus S. 99. — 7. Mitgliederkarten und -Marken S. 100. — 8. Verbreitung der „Internationale“ S. 101. — 9. Thätigkeit bei Arbeitseinstellungen S. 103. — 10. Ist die „Internationale“ eine geheime Gesellschaft? S. 108.

**Fünftes Capitel. Spaltungsversuche in der „Internationale“.**

1. Der Trieb nach Spaltungen ist dem Socialismus immanent. Angriffe auf den Generalrath S. 104. — 2., 3. Beispiele kleinerer Separationen in Paris und London S. 106.

**Drittes Buch. Der Socialismus und die „Internationale“ in den verschiedenen Ländern.**

**Erstes Capitel. England.**

1. Owen und die Chartisten S. 113. — 2. Radicale Bourgeoisie und Socialismus S. 114. — 3. Cooperation und Fabrikgesetzgebung S. 116. — 4. Die Gewerksvereine S. 117. — 5. Die „Internationale“ S. 119. — 6. Ein Brief über ihre Pläne S. 123.

**Zweites Capitel. Frankreich.**

1. Rückschau S. 126. — 2., 3. Die „Internationale“ S. 129. —

4. Ihr Einfluß bei den Strikes S. 132. — 5. Die Socialisten während des deutsch-französischen Krieges S. 134. — 6. Die Pariser „Comune“ S. 138. — 7., 8. Darauf bezügliches Manifest des Generalrathes S. 139. — 9. Action der französischen Regierung gegen die „Internationale“.

### Drittes Capitel. Belgien.

1. Allgemeines S. 155. — 2. Die „Internationale“ S. 156.

### Viertes Capitel. Die Schweiz.

1. Die „Internationale“ S. 158. — 2. Die Sectionsgruppe der deutschen Sprache in Genf S. 161. — 3., 4., 5., 6. Die Bakunin'sche Spaltung und die Alliance de la Démocratie socialiste S. 163. — 7. Congreß zu Vevey S. 176.

### Fünftes Capitel. Italien.

1. Allgemeines, die „Internationale“ S. 176. — 2. Die Sprache der socialistischen Blätter S. 179. — 3. Mazzini S. 181. — 4. Garibaldi; Gegensatz Beider S. 185. — 5. Zwei Arbeitercongreffe S. 187.

### Sechstes Capitel. Spanien.

1. Die „Internationale“ S. 188. — 2. Action der Regierung gegen diese Gesellschaft. Antwort der „Internationale“ darauf und diplomatische Correspondenz S. 191. — 3. Congreß zu Saragossa. Spaltung S. 198.

### Siebentes Capitel. Rußland.

1. Stärke der socialistischen Elemente, Nihilismus S. 200. — 2. Die „Internationale“; ein communistisches Programm S. 202. —

### Achtes Capitel. Nordamerica.

1. Die nordamericanische Gesellschaft, der Materialismus S. 204. — 2. Die Arbeiter-Vereinigungen; Programm der National Labour Union S. 207. — 3. Die Acht-Stunden-Bewegung; die „Internationale“ S. 210. — 4. Spaltung in der „Internationale“. Entscheidung des Generalrathes S. 211.

### Neuntes Capitel. Oesterreich.

1. Allgemeines S. 216. — 2. Die österreichischen Socialisten in der Politik; die föderalistische Arbeiterpartei S. 220. — 3. Hochverrathsproceß zu Pest S. 223.

### Zehntes Capitel. Die „Internationale“ in Deutschland.

Die Centralsection für die deutsche Sprache in Genf; der „Vorbote“; die anderen deutschen Organe der Partei; Verbot der Internationale in Leipzig S. 225.

## Viertes Buch. Der moderne Socialismus in Deutschland.

### Erstes Capitel. Ferdinand Lassalle.

1. Biographisches; Lassalle's Schriften; die Zeilage bei Lassalle's Auftreten S. 234. — 2. Lassalle's politische Anschauungen S. 240. — 3. Lassalle's volkswirtschaftliche Anschauungen S. 244. — 4. Die Lehre vom Werth S. 247. — 5. Das Capital S. 248. — 6. Die moderne Productionsweise und die bürgerliche Weltperiode S. 252. — 7. Lassalle's Geschichtsphilosophie (Arbeiterprogramm) S. 255. — 8. Die Staatsidee des vierten Standes S. 259. — 9. Lassalle's „Antwortschreiben“; seine Kritik der Schulze'schen Vereine S. 261. — 10. Die Consumvereine und das „eherne ökonomische Lohngesetz“ S. 265. — 11. Lassalle's Vorschläge. Was ist der Staat? S. 268. — 12. Zusammenfassung und nähere Ausführung der Vorschläge Lassalle's. Die Staatshilfe S. 272. — 13. Die Lassalle'schen Productivgenossenschaften S. 276. — 14. Die Lösung der socialen Frage S. 280. — 15. Lassalle's Revolutionsbegriff S. 284. — 16. Lassalle über die Bourgeoisie S. 287. — 17. Lassalle's Persönlichkeit S. 291. — 18. Lassalle als Socialist S. 294. —

### Zweites Capitel. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein.

1. Gründung des Vereins durch Lassalle; Statuten und Geschäftsreglement; Organisation des Vereins S. 305. — 2. Enttäuschungen; Lassalle's Tod; v. Schweizer S. 311. — 3. Scheidung der föderativen von den unitarischen Socialisten; Arbeitertag zu Nürnberg S. 317. — 4. Geschichte des Vereins bis 1869; die Fraction Wende S. 319. — 5. Gründung der Socialdemokratischen Arbeiterpartei; der Eisenacher Congreß S. 320. — 6. Schweizer tritt ab; Auseinandersetzung zwischen ihm und dem Allg. Deutschen Arb.-Verein S. 324. — 7. Jetziger Stand des Vereins S. 326. — 8. Seine Ziele S. 330. — 9. Die Organisation der Arbeit; die Frauenfrage S. 332. — 10. Stellung des Vereins zur gewerkschaftlichen Bewegung; Berliner Arbeiterbund S. 340. — 11. Verhältniß des Vereins zur „Internationale“ S. 345.

### Drittes Capitel. Die Social-demokratische Arbeiterpartei.

1. Der Eisenacher Congreß. Programm, Organisation und Geschäftsordnung der Partei, Geschäftsordnung des Parteiaus-schusses S. 348. — 2. Congreß zu Stuttgart S. 357. — 3. Congreß zu Dresden S. 361. — 4. Congreß zu Mainz S. 363, 516. — 5. Die Stärke der Partei S. 368. — 6. Die Partei als Zweig der „Internationale“ S. 371. — 7. Stellung der Partei zu den

**Gewerkschaften.** Statuten der Gewerkschaft der Holzarbeiter. Gewerkschaftscongreß zu Erfurt. Statuten der Gewerkschaftsunion S. 372. — 8. Socialistenproceß zu Braunschweig S. 382. — 9. Socialistenproceß zu Leipzig S. 387. — 10. Verbot der Partei zu Leipzig S. 395. — 11. Stellung der beiden socialistischen Parteien Deutschlands zu einander S. 396, 517.

## **Fünftes Buch. Schlussfolgerungen.**

### **Erstes Capitel. Zusammenfassung.**

Die principielle Einheit der socialistischen Bestrebungen und Parteien. Das Schlagwort des modernen Socialismus S. 403.

### **Zweites Capitel. Der moderne Socialismus auf dem politischen Gebiete.**

1. Die Republik. Unterschied zwischen bürgerlicher und Social-Demokratie S. 406. — 2. Der souveräne Staat des allgemeinen Stimmrechts S. 409.

### **Drittes Capitel. Der moderne Socialismus auf social-ökonomischem Gebiete.**

1. Die „Emanzipation“ der Arbeit, Herstellung des „vollen Arbeitsertrages“ S. 414. — 2. Ad. Smith und seine Nachfolger als die theoretischen Begründer des modernen wissenschaftlichen Socialismus S. 418. — 3. Die socialistische Theorie vom Normalarbeitstag S. 424. — 4. Der socialistische Begriff des Eigenthums. Auch die Vertheilung des Productionsertrags muß communistisch werden S. 425.

### **Viertes Capitel. Die religiöse Stellung des modernen Socialismus.**

1. Er ist materialistisch und atheistisch S. 429. — 2. Ehe und Familie im socialistischen Staat S. 434. — 3. Die Unterrichtsfrage S. 435.

### **Fünftes Capitel. Die Berechtigung zur Revolution.**

1. Der Socialismus will das natürliche Recht wieder herstellen, daher seine behauptete Berechtigung zur Revolution. Diese kann aber nur eine gewaltthätige sein S. 437. — 2. Fatalismus S. 442.

### **Sechstes Capitel. Stellung des modernen Socialismus zu Nation und Staat.**

1. Er ist international, aber deswegen noch nicht antinational S. 444. — 2. Dennoch aber sehr gefährlich S. 446. — 3. Die Staatsgefährlichkeit des Socialismus ist eine relative und eine absolute S. 447.

**Siebentes Capitel. Die Stärke des modernen Socialismus.**

1. Die Bewegung schreitet vorwärts. Die „Bedürfnislosigkeit“ S. 449. —
2. Bedeutung der Strikes S. 454. —
3. Der Socialismus und die ländliche Bevölkerung S. 458.

**Achtes Capitel. Die Bedeutung der socialistischen Bewegung.**

1. Der Abfall von der natürlichen Socialordnung S. 464. —
2. Das materialistische Eigenthum. Der Materialismus führt zum Communismus S. 465. —
3. Die socialen Fundamente S. 467.
4. Die Gefahr der socialistischen Bewegung. Zukunftslosigkeit des Socialismus S. 469. —
5. Kernpunkte der socialen Frage S. 471.

**Nachträge.**

- Zu Seite 3. Das Communistische Manifest S. 477.
- Zu S. 87. Der Congreß im Haag und die fernere Geschichte der Internationale S. 488.
- Zu S. 110. Spaltung in London S. 512.
- Zu S. 216. Die „Internationale“ in Nordamerika S. 513.
- Zu S. 367. Der Congreß zu Mainz S. 516.
- Zu S. 400. Verhältniß der beiden socialistischen Parteien Deutschlands zu einander S. 517.
- Verzeichniß der Arbeiterpresse in deutscher Sprache S. 523.





## Einleitung.

---

Das vorliegende Werk verfolgt den Zweck, dem Leser eine möglichst anschauliche Darstellung von den Principien, den Bestrebungen und der Organisation jener Parteien zu geben, welche der gewöhnliche Sprachgebrauch kurzweg als die socialistischen bezeichnet. Der Socialismus und die sociale Frage nehmen in der Gegenwart die allgemeine Aufmerksamkeit auch der Unberufenen in Anspruch; wir glauben daher, daß eine solche Darstellung keine zwecklose Arbeit gewesen, ja daß sie vielleicht einem Bedürfniß der Zeit entgegenkommt. Eben deswegen haben wir uns auch bestrebt, nicht, wie so oft üblich, in Sensation zu machen, sondern nur Thatsächliches zu geben, soweit dies bei einer lebhaft stuhenden Bewegung und bei den Verhältnissen der Gegenwart möglich ist.

Die Wichtigkeit des Gegenstandes erklärt es, daß unser Buch etwas umfangreich geworden. Abichtlich haben wir es vermieden, zu den Quellen des modernen Socialismus zurückzugehen, und zogen es vor, uns auf die unmittelbarste Gegenwart zu beschränken. Wir haben nur jene Erscheinungen und Bestrebungen ins Auge gefaßt, welche auf dem Boden des modernen Staates sich bewegen und sich zu diesem in einen socialistischen Gegensatz stellen. Daher rechtfertigt sich auch der Titel dieses Buches. Denn ebensogut wie man von einem modernen Staate spricht, mit demselben Rechte kann man auch von

einem modernen Socialismus sprechen und beide Erscheinungen zu einander in Beziehung setzen. Diese Beziehung ist eine doppelte. Einerseits sind der gegenwärtige Staat und der gegenwärtige Socialismus gleichmäßig modern, denn sie bestehen eng verbunden in der unmittelbarsten Gegenwart, wechseln mit ihr Gesicht und Charakterzüge; anderseits aber versteht man unter der Bezeichnung „moderner Staat“ einen ganz besonderen Begriff des Staates mit eigenthümlichen, früher nicht oder in sehr veränderter Weise vorhandenen Ansprüchen an die Gesellschaft; diese Ansprüche werden als die einzig richtigen und gleichzeitig in sonderbarer Ideenverschlingung als die „modernen“ bezeichnet. Auch in dieser Beziehung dürfen wir von einem modernen Socialismus sprechen; denn die gegenwärtigen socialistischen Parteien erwachsen ganz auf dem Boden des modernen Staates, wenn sie auch vielfach ihm eine bittere Feindschaft entgegenbringen.

Bezüglich der Anordnung des Stoffes erlauben wir uns noch einige Bemerkungen. Eine Darstellung des modernen Socialismus hat unstrittig mit Karl Marx zu beginnen. Er ist entschieden der bedeutendste und originellste Vertreter des Socialismus in der Gegenwart. Alle übrigen fußen auf ihm und zehren von seinen Gedanken. Wir nehmen selbst Lassalle nicht davon aus, zumal was den socialistischen Gegensatz zur modernen Gesellschaft betrifft. Das, was den gegenwärtigen Socialismus von den ähnlichen Bestrebungen früherer Zeiten unterscheidet, und zugleich seinen praktisch wichtigsten Gedanken bildet, nemlich die principielle Leugnung des Privateigenthums an sämmtlichen Productionsmitteln, wurde von Marx in philosophischem Gewande mit logischer Schärfe ausgeführt. Sind einmal seine Prämissen als richtig angenommen, so muß man mit Nothwendigkeit auch zu seinen wissenschaftlichen Consequenzen gelangen. Die Bedeutung der Marx'schen Arbeit ist dergestalt, daß alle früheren Socialisten deutscher, französischer und englischer Schule so gut wie vergessen sind und fast nur noch

historischen Werth besitzen. Mit Marx hat eine neue Epoche des Socialismus, die Zeit der geistigen Reife, die Periode der Männlichkeit gegenüber der jugendlichen Schwärmerei und dem Umhertasten früherer Zeiten begonnen. Neben der wissenschaftlichen Bedeutung des Marx'schen Wertes und in engem Zusammenhang damit steht noch der Umstand, daß Marx den socialistischen Gedanken frei von jeder nationalen oder specifisch politischen Färbung entwickelt hat. Seine Theorie bewegt sich rein auf dem socialen Gebiete, das allen Menschen ohne Unterschied der Nation gemeinsam ist. Leider ist die Darstellungsweise von Marx nicht klar und einfach; diese Eigenschaft des Gegenstandes ließ sich bei dem über Marx handelnden Abschnitte nicht ganz beseitigen und wir wünschen nur, der Leser möge sich dadurch, von genauer Verfolgung der betreffenden Darstellung nicht abhalten lassen.

Auf Marx haben wir die Behandlung der „Internationale“ folgen lassen. Auch glaubten wir eine Betrachtung des Socialismus in den außerdeutschen Ländern zur Orientirung der Leser nicht umgehen zu können, wenn wir uns auch bestrebt haben, möglichst kurz dabei zu sein. Besondere Aufmerksamkeit haben wir den Zuständen in Deutschland gewidmet, so daß diese allein den dritten Theil des Wertes ausfüllen. Das fünfte Buch, „Schlußfolgerungen“, bestrebt sich, das Wesen des modernen Socialismus zusammenzufassen und nach den verschiedenen Richtungen des socialen Lebens hin klar zu stellen. Daß wir uns dabei noch einige Andeutungen über das Wesen der socialen Frage erlauben haben, obwohl solches eigentlich nicht zum engeren Zwecke dieses Buches gehört, wird uns Niemand verübeln. Derartige Abschweifungen liegen zu nahe, als daß sie sich ganz umgehen ließen. Mit Betrachtungen über das Wesen des modernen Socialismus sind Andeutungen über die Heilung der Krankheit fast von selbst gegeben. In einem Nachtrage haben wir uns bestrebt, die socialistische Bewegung noch bis zu

dem Zeitpunkte zu verfolgen, in welchem dieses Werk der Oeffentlichkeit übergeben wurde.

Einige Ausführungen über den Begriff des Socialismus mögen hier noch Platz finden. Es hält anfangs schwierig, die Bedeutung dieses Wortes näher zu definiren. Anders ist es mit dem Worte Communismus. Hier springt der Begriff der Gemeinschaftlichkeit, speciell des gemeinsamen Besitzes und Genusses sogleich in die Augen. Das Wort Socialismus dagegen gehört zu jenen, die ihre Bedeutung erst durch den Sprachgebrauch erhalten, weil der ursprüngliche Begriff des Wortes ein indifferenter ist. An sich würde der Ausdruck Socialismus alle Anschauungen und Bestrebungen bezeichnen, die sich auf rein socialem Gebiete bewegen und sich mit den Verhältnissen der menschlichen Gesellschaft überhaupt beschäftigen. Aber auch der Sprachgebrauch hat sich darüber noch keine feste Norm gebildet, so wenig wie bei dem Worte Capital. Es kann daher nicht fehlen, daß ein solcher Begriff oft ganz offenbar mißbräuchlich angewendet wird. So hört man vielfach schon jene als Socialisten bezeichnen, welche eine größere oder geringere Einwirkung des Staates auf die socialen Verhältnisse, speciell auf die Industrie und die in ihr beschäftigten Arbeitermassen, wollen. Wir halten diese Bestrebungen aber noch nicht für socialistisch, denn unserer Ansicht nach ist der Staat nichts Anderes, als die organisirte und auf dem Wege der Civilisation fortschreitende Gesellschaft, und er kann sich daher unmöglich von einer solchen Rückwirkung auf die Societät frei machen, ja eine derartige Thätigkeit gehört zu seiner natürlichen Aufgabe, ohne deren Erfüllung er sich selbst aufheben würde. Daß jene erwähnte Rolle des Staates sowohl vom extremsten Socialismus, als von hochconservativen sogenannten Kathedersocialisten gleichzeitig betont wird, darin finden wir bloß eine von entgegengesetzter Seite ausgehende und eben deswegen um so besser begründete Ansicht von der wahren Bedeutung des Staates für die bürgerliche Gesellschaft. Das Verlangen nach umfassender staatlicher

Einwirkung auf die socialen Dinge ist durchaus nicht das, was den Socialismus als solchen kennzeichnet.

Der richtige Begriff und das wahre Kriterium des Socialismus ergibt sich sehr einfach vom Standpunkte der Socialtheorie. Unbestreitbar existirt eine natürliche Socialordnung, die sich auf zwei großen Fundamenten aufbaut. Das eine ist der Mensch, das andere die äußere Natur, die bestimmt ist, uns dienlich zu sein. Die allgemeinen Eigenschaften dieser beiden großen Fundamente sind sich, seit es eine Geschichte gibt, gleich geblieben; weder hat sich die menschliche Natur, noch hat sich die Erde mit den in ihr ruhenden Stoffen und Kräften wesentlich verändert. Allerdings erscheint das abstracte Wesen dieser Dinge nur in concreter und individualisirter Gestaltung. Es treten dabei immer und überall Ergänzungen hinzu, welche das Wesen der Sache nicht verändern, wohl aber die jeweilige örtliche und zeitliche Erscheinung derselben bestimmen. Aus den genannten beiden Grundelementen bildet sich nun eine natürliche Socialordnung, welche erst durch die Individualisirung ihrer beiden Factoren auch die jeweilige Individualisirung erlangt und nur in dieser concreten Form eine reale Existenz besitzt. So kommt es, daß in der Gesellschaft bei aller Verschiedenheit der Erscheinung je nach Ort, Zeit und Volk doch immer und überall gewisse Grundformen wiederkehren, die sich besonders bei steigender Entwicklung bemerklich machen und die man als sociale Naturgesetze bezeichnen kann. Auch diese haben ihre reale Existenz nur in der individualisirten Erscheinung. Die Gesammtheit dieser socialen Gesetze, harmonisch und naturgemäß geordnet, bildet die natürliche Socialordnung.

So schwierig es ist, diese natürliche Socialordnung bis in die Einzelheiten theoretisch auszuführen, ebenso einfach ist der Satz, daß es eine solche natürliche Socialordnung gibt. Halten wir dies fest, so erscheint der Begriff des Socialismus als leicht zu definiren. Wir verstehen dann unter Socialismus jedes System und jede Anschauungsweise,

welche der natürlichen Socialordnung, der natürlichen Organisation der Gesellschaft widerspricht. Alles was die Beziehungen des Menschen zu seines Gleichen und zur Erde anders gestalten will, als sie in der natürlichen Ordnung der Dinge sich gestalten würden, ist Socialismus. Von diesem Standpunkte aus ist es ebensowohl Socialismus, wenn man die Bedeutung des Staates übertreibt und das gesammte sociale Leben in ihm aufgehen läßt, wie es socialistisch ist, wenn man mit der sogenannten Manchestertheorie den Staat fast ganz aus dem socialen Leben eliminiren und ihn nur auf einige Polizeibefugnisse reduciren will. Ebenso wenig finden wir darin schon Socialismus, wenn die Existenz eines absoluten Privateigenthums geleugnet wird, denn wir halten dafür, daß es in der natürlichen Organisation der Gesellschaft kein solches geben kann. Andererseits aber behaupten wir entschieden, daß trotzdem die Institution des Privateigenthums mit den nöthigen Beschränkungen, die besonders moralischer Art sind, in der natürlichen Ordnung der Gesellschaft begründet ist, daß dieses Eigenthum einen Grundpfeiler der Civilisation bildet und daß daher jeder Angriff gegen genannte Einrichtung socialistisch ist.

In dieser Weise ist der Begriff des Socialismus wohl selten gefaßt worden und besonders weiß der gewöhnliche Sprachgebrauch nichts davon, da dieser selbstverständlich auf viel umstrittene wissenschaftliche Deductionen keine Rücksicht nimmt. Auch in dem vorliegenden Werk haben wir den Begriff des Socialismus nicht in der von uns soeben entwickelten Weise genommen, sondern uns hierin ganz jenem Gebrauche angepaßt, welcher für die praktische Behandlung der socialen Dinge der maßgebende ist. Wir haben daher bei gegenwärtiger Darstellung des modernen Socialismus ausschließlich jene materialistisch-communistischen Theorien und Bestrebungen behandelt, welche eine täglich neu sich gebärende Sorge der

civilisirten Welt find. Der materialistisch-communistische Gedanke bildet das für den modernen Socialismus Charakteristische. Ihn prägt er in der ganzen Lebensanschauung und auf allen Gebieten des socialen Lebens, in Politik, Erziehung und Religion, besonders aber in Bezug auf das Eigenthum aus. Diese letzte Frage ist der Angelpunkt aller socialistischen Bestrebungen, sie umfaßt ja das Substrat, auf welchem der Mensch sein ganzes Leben erst aufbauen kann. Primum est vivere, deinde philosophari. Es ist daher eine ganz allgemeine Thatsache, daß jede Abweichung von der naturgemäßen Organisation der Gesellschaft, wenn sie auch ursprünglich auf ganz anderem Gebiete entstanden ist, doch sehr bald auf das ökonomische Feld hinübergeräth. Ganz besonders ist dies der Fall beim modernen Socialismus, der durchaus materialistisch ist und daher mit geschickter Benutzung dieser Zeitströmung den Gegensatz zwischen Besitz und Nichtbesitz zu seinem Haupttummelplatz macht.

Wenn wir dieses Buch nun der Oeffentlichkeit übergeben, so geschieht es mit dem Wunsche, es möge freundliche Aufnahme und gütige Beurtheilung finden. Die Schwierigkeiten, die der Bearbeitung entgegenstanden, waren nicht gering und der Verfasser weiß am besten, wie wenig seine Arbeit den an sie gestellten Anforderungen entspricht. Es ist unmöglich, das vollständige Bild einer Bewegung von der Art des modernen Socialismus zu geben. Sie gestaltet sich täglich in neuer Weise und gleicht einem Strome, der in dem nämlichen Querschnitte jeden Augenblick eine andere Erscheinung darbietet.

Speyer, im December 1872.

Der Verfasser.





**Erstes Buch.**



**Karl Marx.**



1. Schon im Jahre 1847 war Karl Marx \*) das Haupt der socialistisch-communistischen Partei. Er betheiligte sich damals an einer Versammlung deutscher Communisten zu London und setzte mit Fr. Engels ein „Manifest der Communisten-Partei“ auf. In demselben sind die beiden Grundgedanken des modernen internationalen Socialismus bereits klar ausgesprochen, daß nemlich die Interessen der socialen Classen unabhängig sind von der Nationalität, weil über dieselbe hinausgreifend, und daß ferner der „Umsturz der Capitalherrschaft“ durch die Arbeiter-Classen nur erreicht werden kann dadurch, daß diese letzteren politische Macht erlangen. Es heißt in jenem Manifest:

\*) Karl Marx, geboren zu Trier am 2. Mai 1818, ist der Sohn eines tgl. pr. Obergerathes und stammt, so viel wir wissen, von getauften Israeliten ab. Er studirte Rechtswissenschaft und machte ein glänzendes Examen. Nach Vollendung seiner Studien (1839 oder 1840 in Bonn) lebte er als Privatmann in Trier und verheirathete sich 1843 mit Jenni v. Westphalen, einer Schwester des Herrn v. Westphalen, der später Mitglied des Ministeriums Manteuffel wurde. Durch das Studium der Philosophie und National-Ökonomie mit besonderem Bezug auf die Arbeiterfrage war Marx immer mehr zum extremen Socialismus geführt worden; er verzichtete daher auf den Staatsdienst, obwohl ihm hier seine Begabung und seine verwandtschaftlichen Beziehungen wohl eine glänzende Laufbahn eröffnet hätten. Sein ferneres Leben widmete er der Vorbereitung für die socialistische Revolution, wurde Flüchtling und Verbannter. In Paris, wohin er sich bald begab, redigirte er mit Arnold Ruge die „Deutsch-französischen Jahrbücher“ und mit H. Heine das Blatt „Vorwärts“. 1844 wurde Marx aus Frankreich ausgewiesen und ging nach Brüssel, wurde am 2. März 1848 auch aus Belgien vertrieben; ging wieder nach Frankreich, dann nach Köln. Dort redigirte er, da überall die „Freiheit“

„Die Communisten bilden keine besondere Partei im Gegensatz zu anderen Arbeiterparteien. Ihre Interessen sind nicht verschieden von denen des ganzen Proletariats, sie stellen keine besonderen Grundsätze auf, nach welchen sie die Proletarier-Bewegung leiten wollen. Sie unterscheiden sich von anderen Arbeiterparteien einerseits durch Verteidigung der von der Nationalität unabhängigen gemeinsamen Interessen der ganzen Classe in den verschiedenen nationalen Zwistigkeiten, andererseits durch Vertretung der Interessen der gemeinschaftlichen Bewegung in ihren verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Streit zwischen Lohnarbeitern und Capitalisten zu durchlaufen hat. Das unmittelbare Ziel der Communisten ist dasselbe, wie das der anderen Proletarierparteien — der Umkehr der Capitalistenherrschaft durch die Erreichung politischer Macht.“<sup>\*)</sup>

Die Abschaffung des Privat-Grundbesitzes wird auch bereits ausgesprochen. Das Manifest wurde in verschiedenen Sprachen verbreitet, wirkte aber wegen des raschen Ganges der politischen Entwicklung nicht. Im Jahre 1859 veröffentlichte Marx dann eine etwa 10 Bogen starke Schrift unter dem Titel „zur Kritik der politischen Oekonomie“; darin gab er bereits seiner Auffassung Ausdruck, daß das Capital blos eine historische Kategorie sei, d. h. daß es sich im Laufe der Geschichte erst herausgebildet habe und daher auch wieder verschwinden könne und müsse. Dühring, der in seiner „kritischen Geschichte der National-Oekonomie und des Socialismus, Berlin 1871“ Marx hart

herrschte, einige Monate lang die „Rheinische Zeitung“, wobei er mit den hohlen Phrasenhelden und besonders mit der „Bourgeoisie“ scharf umging. Sein Blatt wurde bald unterdrückt und Marx mußte im Jahre 1849 wieder wandern. Er ging nach Paris und später nach London, wo er sich seitdem aufhält. In Deutschland hatte er damals eine kleine Verschwörung organisiert, welche Anfangs der fünfziger Jahre zum „Kölner Communistenproceß“ führte. Marx schrieb außer den später zu erwähnenden größeren Werken unter anderen noch: *Misère de la philosophie, réponse à la philosophie de la misère par M. Proudhon 1847.*

Manifest der communistischen Partei. London 1847.

Eine politisch-historische Skizze und gegen Napoleon III. gerichtet, ist sein: „Der 18. Brumaire.“

\*) Wir konnten dieses Manifest nicht erhalten und citiren nach einem Abdruck desselben, daher wir auch für genaue Wiedergabe nicht einstehen.

mitnimmt, ohne aber dessen Anschauungsweise eingehend zu entwickeln, sagt von jener Arbeit, in ihr habe Marx „den Faden der Hegeldialektik an den Begriffen der Waare und des Geldes ausgesponnen.“ Dühring hat hiebei nicht Unrecht; dieselbe abstoßende und schwer verständliche Sprache, dieselbe unerquidliche Behandlungsweise hat Marx auch in seinem großangelegten Werke beibehalten, das den Titel führt: „Das Kapital, Kritik der politischen Oekonomie von Karl Marx, I. Band, Buch I., der Produktionsproceß des Kapitals. Hamburg, Otto Meißner 1867.“ Mehr ist noch nicht erschienen. An der Hand dieses Werkes wollen wir nun ein Bild des Marx'schen Socialismus zu geben versuchen.

Bezüglich der formellen Behandlungsweise seines Stoffes meint Marx in der Vorrede (S. IX), man könne sein Buch nicht wegen Schwerverständlichkeit anklagen; allein es ist in der That doch so und dieß kann der Propaganda der Marx'schen Ideen bloß schaden. Marx verschmäht selbst für die einfachsten Dinge die Schreibart der gewöhnlichen Menschentinder; dagegen bedient er sich mit besonderer Vorliebe der schwerfälligen Hegel'schen Manier. Wäre er nicht ein Feind jeder Einfachheit in der Darstellungsweise, so wäre er nicht schwer zu verstehen; denn im Ganzen sind seine Zielpunkte klar und sein Gedankengang ist von zwingender Logik. Marx liebt es ferner, mathematische Formeln und Anschauungsweisen hereinzuziehen, obwohl sie dem größten Theil seiner Leser fremd sind. Beständig wiederholen sich Ausdrücke, wie „Polarität“ und „Identität“, „äußerliche Verselbstständigung des innerlich Unselbstständigen“; auch das Haschen nach „immanenten Gegensätzen“ nimmt kein Ende. Der Hegel'sche Widerspruch ist für Marx sogar (S. 582) die „Springquelle aller Dialektik“! — Sonderbare Philosophie, die immer und überall erst Widersprüche findet, um überhaupt philosophiren zu können!

Zum Glück für Deutschlands Sprache und Philosophie kommt der Hegel'sche Jargon doch allmählig aus der Mode,

wenn auch Marx denselben für die wissenschaftliche Darstellung nicht entbehren zu können glaubt. Ohne diese sprachlichen und logischen Verrenkungen müßte das Marx'sche Werk, oder wenigstens ein Auszug aus demselben, das Evangelium des internationalen Socialismus werden, da ihm eine große agitatorische Kraft innewohnt.

2. In dem erwähnten Buche „das Capital“, zu welchem noch drei weitere Bücher als Nachfolger in Aussicht gestellt sind, behandelt Marx auf 784 Seiten den „Productions-Proceß des Capitals“. Er setzt die gegenwärtige Productionsweise als bestehend voraus und betrachtet den Reichthum der Gesellschaften mit capitalistischer Productionsweise als „eine ungeheuere Waarenansammlung“; die einzelne Waare ist die Elementarform dieses Reichthums. Marx beginnt daher mit Untersuchungen über Waare und Werth. Die Waare ist ein äußerer Gegenstand, der „durch seine Eigenschaften menschliche Bedürfnisse irgend einer Art befriedigt“. Daß der Begriff der Waare ohne den Begriff des Marktes nicht denkbar ist, sagt Marx hier nicht, es versteht sich aber von selbst, da er von der capitalistischen Productionsweise spricht und diese ihm eine Production von Tauschwerthen ist. „Die Nützlichkeit eines Dinges für das Leben macht es zum Gebrauchswerthe“, und diese Gebrauchswerthe bilden die stofflichen Träger des Tauschwerthes in der capitalistischen Gesellschaftsform. Der Tauschwerth ist „die Proportion, worin sich Gebrauchswerthe einer Art gegen Gebrauchswerthe anderer Art tauschen.“ Derselbe Tauschwerth kann in verschiedenen Dingen existiren, und daher ist „die Substanz des Tauschwerthes von der physisch handgreiflichen Existenz der Waare oder ihrem Dasein als Gebrauchswerth“ unabhängig.

Marx sucht nun das den Tauschwerth bildende Princip. Er hat soeben den Gebrauchswerth vom Tauschwerth derartig getrennt, daß er jede substantielle Verbindung aufgehoben hat zwischen den Gegenständen als Mittel zur Be-

Bedürfniß-Befriedigung und zwischen denselben Gegenständen in ihrer Eigenschaft als Waaren, d. h. als Tauschwerthe; ist die Substanz des Tauschwerthes unabhängig vom Gebrauchswerth, so können auch die den Gebrauchswerth bildenden Eigenschaften keine wesentlichen Factoren bei der Bildung des Tauschwerthes sein; damit verliert auch das Eigenthumsrecht, das doch vor Allem im Gebrauchswerthe wurzelt, seine substantielle Beziehung zum Tauschwerthe; schließlich muß man dazu kommen, daß man das den Tauschwerth bildende Princip bloß noch in der Arbeit findet. „Als Gebrauchsgegenstände sind die Waaren körperlich verschiedene Dinge. Ihr Werthsein (d. h. ihr Bestehen als Tauschwerthe), \*) bildet ihre Einheit. Diese Einheit entspringt nicht aus der Natur, sondern aus der Gesellschaft. Die (den Tauschwerthen) gemeinsame gesellschaftliche Substanz, die sich in verschiedenen Gebrauchswerthen nur verschieden darstellt, ist die Arbeit“. (S. 4.)

Nachdem Marx vorher die Substanz des Tauschwerthes von dem Dasein der Dinge unabhängig hingestellt hat, faßt er hier offenbar die Arbeit als dasjenige auf, welches die Gebrauchswerthe als Tauschwerthe constituiert. Er erläutert dieses näher, indem er sagt, daß der Tauschwerth nicht durch die Arbeit schlechthin hervorgebracht werde; denn die individuelle Arbeit kann bloß Gebrauchswerthe für den Arbeiter selbst produciren: daher ist nicht sie, sondern die gesellschaftliche Arbeit die „Substanz des Tauschwerthes.“ Unter gesellschaftlicher Arbeit versteht Marx jene Arbeitsmenge und Arbeitsgattung, welche vermöge der wechselnden socialen Productionsbedingungen zur Hervorbringung eines Güterquantums als Tauschwerth, somit für den Markt, nöthig ist.

Marx erläutert diese seine Anschauung näher, indem er (S. 4) sagt:

\*) Wenn Marx vom Werthe schlechthin spricht, also auch vom Werthsein, hat er immer den Tauschwerth im Auge.

„Als Werthe sind die Waaren nichts als krySTALLisirte Arbeit. Die Maßeinheit der Arbeit selbst ist die einfache Durchschnittsarbeit, deren Charakter zwar in verschiedenen Ländern und Culturepochen wechselt, aber in einer vorhandenen Gesellschaft gegeben ist. Complicirtere Arbeit gilt nur als potenzirte oder vielmehr multiplicirte einfache Arbeit . . . Ein Gebrauchswerth oder Gut hat also nur einen Werth, weil Arbeit in ihm vergegenständlicht ist. Wie nun die Größe seines Werthes messen? Durch das Quantum der in ihm enthaltenen „werthbildenden Substanz“, der Arbeit. Die Quantität der Arbeit selbst mißt sich an ihrer Zeitdauer . . . Es ist nur das Quantum gesellschaftlich nothwendiger Arbeit oder die zur Herstellung eines Gebrauchswerthes gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit, welche seine Werthgröße bestimmt. Waaren, worin gleichgroße Arbeitsquantum enthalten sind, oder die in derselben Arbeitszeit hergestellt werden können, haben daher dieselbe Werthgröße. Der Werth einer Waare verhält sich zum Werth jeder andern Waare, wie die zur Production der einen nothwendige Arbeitszeit zu der für die Production der andern nothwendigen Arbeitszeit. Als Werthe sind alle Waaren nur bestimmte Maße festgeronnener Arbeitszeit.“

3. Halten wir inne und prüfen! Mit der Marx'schen Auffassung vom Tauschwerth sind wir mitten im Socialismus angekommen; die Fundamentalanschauung, welche den verschiedenen Gestaltungen des modernen Socialismus eigen ist, besteht in der principiellen Leugnung des rechtlichen Bestandes des Privateigenthums. Dieser Abfall vom Eigenthumsrechte liegt auch hier zu Grunde und ist die stillschweigende Voraussetzung, auf welcher Marx seine Theorie aufbaut. Alle weitere Entwicklung von Capital und „Mehrwert“, wie sie im Verlaufe seines Wertes kommt, beruht auf der Annahme, daß bloß die Arbeit Tauschwerthe schafft, daß der Tauschwerth jeder Waare bestimmt wird „durch das Quantum der in ihrem Gebrauchswerthe materialisirten Arbeit, durch die zu ihrer Production gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit“ (S. 152).

Dieser Abfall ist ein principieller und fundamentaler; philosophisch und naturrechtlich läßt sich ja das Eigenthum nicht so leicht begründen wie Viele glauben. Aber selbst wenn der Nachweis zu Gunsten des Eigenthums gelangen sein sollte, so



mangelt einer solchen Ausführung noch jede verpflichtende Kraft und dem einzelnen Menschen steht es immer frei, ob er das Ergebnis der wissenschaftlichen Untersuchungen annehmen will oder nicht. Das ist eben die schwache Seite jeder philosophischen Beweisführung, daß sie nicht allgemein verbindlich ist. Die Philosophie hat die Frage über das Privateigenthum nicht gelöst, und auch die bisherige National-Ökonomie hat sie theils umgangen, theils mit solcher Einseitigkeit behandelt, daß der Socialismus ihr gegenüber leichtes Spiel hat.

Wenn das Eigenthumsrecht besteht, so muß es den Tauschwerth der Dinge ungeheuer beeinflussen; denn jeder Eigenthümer hat alsdann die Macht, andere Menschen vom Gebrauche seines Besitzthums auszuschließen. Diese Gewalt ist eine übermächtige und aus ihr erwächst den Besitzenden eine Herrschaft über die Besitzlosen, indem diese nun gezwungen sind, ihre Arbeit für fremdes Eigenthum hinzugeben und die fremden Gebrauchswerthe in fremde Tauschwerthe zu verwandeln. Unter der Herrschaft des Privateigenthums muß der Tauschwerth der appropriirten Dinge in der Regel höher sein, als der Werth der in ihnen materialisirten Arbeit; denn das Eigenthumsrecht gibt dem Besitzenden ein Monopol und erhöht dadurch den Tauschwerth von dem Augenblicke an, in welchem der Eigenthümer von seinem Ausschlußrechte Gebrauch macht. Marx hat seine socialistische Anschauung über die Natur des Tauschwerthes nicht weiter bewiesen; sie läßt sich überhaupt nicht beweisen; denn es handelt sich dabei in erster Linie um die Beantwortung der Frage: „Erkennt der Autor den naturrechtlichen Bestand des Privateigenthums an oder nicht?“ Im letzteren Falle ist er Socialist.

Marx steht ganz auf materialistischem Boden und ist dadurch zur Leugnung des Eigenthums gekommen. Ein geistiges Lebensprincip ist für ihn so gut wie gar nicht vorhanden; „die nützlichen Arbeiten oder produktiven Thätigkeiten“ des Menschen sind ihm „wesentlich Verausgabung von menschlichem Hirn, Nerv, Muskel, Sinnesorgan u. s. w.“

(S. 36.) So faßt er also das Wesen der menschlichen Arbeit auf.

Mary fußt hinsichtlich seiner Werththeorie auf Ricardo, welcher seinerseits die Smith'sche Anschauung, daß die Arbeit der wahre Maßstab des Tauschwerthes der Güter sei, ausgebaut und formulirt hat. Die Consequenzen aus diesem Gedanken hat Mary mit einer Schärfe gezogen, wie vor ihm noch kein Ökonom. Besonders hat er jene Anschauung der classischen Ökonomen dahin erweitert, daß er — von seinem Standpunkte aus mit vollem Rechte — nicht die Arbeit schlechthin, sondern die gesellschaftlich nothwendige Arbeit als „werthbildende Substanz“ und die gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit als den Maßstab des Tauschwerthes erklärt; denn außerhalb der Gesellschaft gibt es keine Tauschwerthe. In dieser principiellen Voraussetzung des Mary'schen Wertes liegt sein socialistischer Irrthum. Die Anschauung, daß die Arbeit die einzige (tausch-) „werthbildende Substanz“ sei, verleitet Mary sogar (S. 62) zu der Erklärung, Grund und Boden hätten, weil keine menschliche Arbeit in ihnen vergegenständlicht sei, auch keinen (Tausch-) Werth. Damit drückt Mary also aus, daß die nützlichen Gegenstände der Natur keinen Tauschwerth haben, so lange nicht Arbeit in sie hineingelegt sei; dieß ist unrichtig, denn zwei Eigenthümer können ihre Besitzungen zu gegenseitigem Vortheile tauschen, auch wenn dieselben noch nicht von der Arbeit berührt sind. Alle Dinge, die nützlich sind, oder nützlich gemacht werden können, haben Tauschwerth, sobald sie Eigenthum sind.

4. Mary kommt nun zu langweiligen und vermöge der eigenthümlichen Darstellungsweise schwer verständlichen Untersuchungen über die „Werthform.“ Er versteht darunter die Form, welche den Werth eben zum Tauschwerth stempelt. Dadurch, daß zwei Gegenstände sich tauschen, also g'leichen Werth haben, ist der eine die Werthform des andern; jeder Gebrauchsgegenstand tritt durch den Tausch in eine andere Form, in seine

Werthform über und die Werthform par excellence ist dann das Geld.

Einen mehr als theoretischen Zweck scheinen uns diese Darstellungen nicht zu haben, zum allerwenigsten aber einen agitatorischen. Die Begriffe von Gebrauchswerth, Tauschwerth, relativem Werth, Werthgröße, Werthform, Werthmaß u. s. w., schwirren durcheinander; der Autor verirrt sich in einseitig doctrinäre Ideen und spinnt diese mit großer Virtuosität in schematischer Schulmanier aus. Nicht ohne viele Mühe arbeitet man sich zum Verständniß dieser an sich so einfachen Dinge durch. Die Darstellung zeigt eine ausgesuchte Schwerefälligkeit und besondere Verrenkung der Sprache. Es scheint fast, als habe Marx geglaubt, den Ruf der Wissenschaftlichkeit einzubüßen, wenn er nicht die Hegel'sche Dialektik in ihrer abstoßenden, jeder Klarheit abholden Ausartung benutze.

Bei einer solchen Behandlungsweise des Gegenstandes kann es nicht Wunder nehmen, daß Marx (S. 36) der Waare einen mythischen Charakter zuspricht. Auch ist es ächt Hegelisch, wenn Marx überall Widersprüche und Gegensätze findet; denn ohne gewaltsame Schaffung solcher Antagonismen könnte ja diese Philosophie ihre Seiltänzerkünste nicht aufführen. \*)

\*) Auf Seite 20 kommt Marx zu der klassischen Ausdrucksweise: Der Gebrauchswerth wird „zur Erscheinungsform des Waarenwerthes, also seines eigenen Gegentheils“. Welcher Hegel'sche Unsinn, ein Ding zur Erscheinungsform seines eigenen Gegentheils zu erklären! Damit wäre ja die vielgesuchte Versöhnung zwischen dem Ich und Nicht-Ich, mit welchem Gegensatz unsere Philosophie so viele Köpfe verrückt hat, gefunden!

Ferner kommt Marx (S. 44) zu der Ansicht, die Waare sei ein unmittelbarer Widerspruch, weil sie „die unmittelbare Einheit von Gebrauchswerth und Tauschwerth, also zweier Entgegengesetzten“ sei.

Dieser der Waare immanente Widerspruch fußt auf der willkürlich angenommenen substantziellen Scheidung zwischen Gebrauchswerth und Tauschwerth.

5. Doch wir verschonen den Leser mit der Marx'schen Darstellung über Waare und Geld und gehen sogleich zum Capital über. Hier zieht Marx die Consequenzen der von ihm adoptirten Ricardo'schen Anschauungen über die Quelle und den Maßstab des Tauschwerthes mit einer überraschenden Schärfe; dazwischen laufen Ausfälle gegen die Capitalisten=Classe, die theilweise mit scharfer Ironie geführt sind.

Bekanntlich sind die National=Ökonomen über den Begriff des Capitals nicht einig, und diese Uneinigkeit über die Definition eines Fundamentalbegriffes bildet eine schwache Seite jener Wissenschaft. An sich ist das Wort Capital ganz indifferent und bedeutet nur das Hauptsächlichste in irgend einer Gesamtheit zusammengehöriger Begriffe. Schon daraus ergiebt sich der weite Spielraum für individuelle Auslegungen. Gleichzeitig hat sich das Wort Capital im täglichen Leben sehr eingebürgert, weil heutzutage fast jeder Besitz productiv verwendet wird, daher Capitaleigenschaft annimmt. Auch aus diesem Grunde ist es schwierig, das Wort Capital zu einem festen wissenschaftlichen Begriffe krystallisiren zu lassen. Immer haftet der Definition etwas Willkürliches an, und dasselbe ist auch bei dem Marx'schen Capitalbegriff der Fall.

Die ganze Entwicklung von Marx zielt auf den Punkt, zu beweisen, daß das Privateigenthum an Grund und Boden in der Productionsweise der Zukunft keine Berechtigung mehr habe; daher auch sein Capital=Begriff. Marx versteht unter Capital allerdings die Werkzeuge und Bedingungen der Production, aber er giebt ihnen eine ganz besondere Form, um dann seine socialistischen Consequenzen darauf zu bauen. Die Voraussetzung, daß die Produktionsbedingungen Capitalform annehmen, sind bei Marx Waarencirculation, Handel und Geld. Das Geld ist die erste Erscheinungsform des Capitals (S. 107); aber das Geld ist an sich noch nicht Capital, sondern wird es erst durch eine besondere Art und Weise seiner Verwendung. So lange der Gelbbesitzer es bloß benutzt, um Dinge für seinen

eigenen Verbrauch zu kaufen, bleibt es immer blos Geld. Die Formel, die Marx hierfür aufstellt (und er liebt solche Formeln über Gebühr) ist „Waare = Geld = Waare“. d. h. der einzelne Producent tauscht seine Waare gegen Geld, um mit diesem Geld sich wieder das Aequivalent in einer andern Waare zum eigenen Verbrauch zu kaufen. Anfang und Ende dieses Processes sind Gebrauchswerte.

Anderß aber beim Marx'schen Capitalisten. Dieser gibt Geld her, um mehr Geld einzunehmen, als er ausgegeben; es ist also wesentlich ein Handelsvorgang und die Marx'sche Formel für das Gebahren des Capitalisten lautet: „Geld = Waare = Geld + Geld.“ Das Ergebnis dieses Processes ist wieder Geld, welches umgehend zur Erneuerung des Vorganges verwendet wird. Im capitalistischen Circulations-Process des Geldes soll mehr Geld herauskommen, als der Geldeigenthümer in den Prozeß hineingeworfen. Dieser Zuwachs ist die Triebfeder des ganzen Vorganges; ohne ihn würde der Geldbesitzer niemals sein Eigenthum in dieser Weise verwenden und Capitalist werden. Jenen Zuwachs, das beabsichtigte Ergebnis des capitalistischen Circulations-Processes, nennt Marx Mehrwerth (surplus value.)

Wie man sieht, ist der Marx'sche Mehrwerth ganz dasselbe, was man im gewöhnlichen Leben als Profit, Capitalzins, Rente u. s. w. bezeichnet, so schwierig auch diese Worte wegen ihres alltäglichen Gebrauches wissenschaftlich definirbar sind. Im Begriffe Mehrwerth faßt Marx dieses Alles zusammen. Er sagt, (S. 551) daß der Capitalist, der den Mehrwerth sich aneigne, ihn hinterher mit anderen Capitalisten zu theilen habe, daß der Mehrwerth sich spalte, daß seine Bruchstücke verschiedenen Kategorien von Personen zufallen, sich zu verschiedenen, gegeneinander selbstständigen Formen krystallisiren, wie Profit, Zins, Handelsgewinn, Grundrente u. s. w.; die nähere Behandlung dieser verwandelten Formen des Mehrwerthes verschiebt er auf ein späteres, noch nicht erschienenenes Buch.

Die capitalistische Bewegung des Geldes ist maasslos, d. h. ohne Grenze; der Mehrwerth hat, wenn eine Phase des Circulations-Prozesses vollendet ist, wieder die Geldform und kann sofort, als Capital auftreten, der Abschluß einer solchen Phase ist daher zugleich die Quelle ihrer Erneuerung. Auch kann bloß unter der Herrschaft des Geldes eine capitalistische Productionswaise im Marx'schen Sinne vorkommen. Denn bloß das Geld hat die Eigenschaft, bald Geldform, bald Waarenform anzunehmen und sich so im Verlaufe des ganzen Processes beständig auszureifen. Das Geld, das in der capitalistischen Form thätig ist, kann industrielles im engern Sinne oder kaufmännisches sein, immer ist sein Princip: „Kaufen um theurer zu verkaufen“ (S. 117). Im zinstragend angelegten Capital stellt sich der ganze Vorgang nur abgekürzt dar.

6. Es würde zu der von Marx beliebten und das Verständniß, selbst der einfachsten Dinge, erschwerenden Manier schlecht passen, wenn er nicht in seiner Formel für das Capital Widersprüche finden würde. Doch gehen wir über dieselben hinweg und stellen uns sogleich mit Marx die Frage: „Woher kommt nun der Mehrwerth?“ Nach Marx'scher Annahme ist die Arbeit die „werthbildende Substanz.“ Wenn der (Tausch-)Werth einzig aus der Arbeit stammt, so kann auch, bloß die Arbeit, Quelle des Mehrwerthes sein; der Capitalist, der nicht arbeitet (im engern Sinne), ist daher unschuldig am Mehrwerth, denn er ist ja bloß Eigenthümer und dem Eigenthumsrechte gesteht Marx keinen Einfluß auf die Bildung der Tauschwerthe zu.

Um die Entstehung des Mehrwerthes in der capitalistischen Productionswaise zu erklären, geht Marx von der Scheidung der Gesellschaft in Besitzende und Besitzlose aus; die Letzteren sind allerdings persönlich frei, sind aber auch zugleich „frei von den Productionsmitteln“ und daher genöthigt, ihre Arbeitskraft den Besitzenden zu verkaufen. Diesen Zustand der Gesellschaft faßt Marx bloß als eine Epoche in der Geschichte auf,

die mit dem Capital gekommen sei und mit ihm wieder verschwin-  
den werde; das Capital, d. h. jene besondere Verwendungs-  
weise des Geldes, welche Marx als Capital auffaßt, ist ihm  
ebenfalls (S. 133) nur „eine Epoche des gesellschaftlichen Pro-  
ductionsprozesses“. Marx betrachtet (was Lassalle später besonders  
betonte) das Capital als eine historische Kategorie und verlegt  
deren Ursprung etwa in das sechzehnte Jahrhundert. Damals  
begann nach ihm die oben erwähnte Scheidung der Gesellschaft  
durch eine immer weitergehende und auch heute noch nicht  
abgeschlossene Expropriation der Volksmassen von Grund und  
Boden, von den Productions- und Consumtionsmitteln.

So findet der Gelbbesitzer auf dem Arbeitsmarke eine  
Waare, für welche er, wie bei jeder Waare, den Tausch-  
werth bezahlt, und dafür das Recht erwirbt, den Gebrauch-  
werth für sich zu verwirklichen. Denn ein Ding ist da-  
durch Waare, daß der Käufer den Tauschwerth für dasselbe  
bezahlt und nach abgeschlossenem Kaufe Herr über den Ge-  
brauchswerth des Dinges wird. Der Gelbbesitzer zahlt für die  
Arbeitskraft blos das, was sie auf dem Marke, also im Tausche  
werth ist, die Arbeitskraft geht dadurch in sein Eigenthum über,  
und er kann sie nach Belieben verwerthen. Die Arbeitskraft  
hat aber die spezifische Eigenschaft, daß ihr Gebrauchswerth die  
Quelle von Tauschwerth ist; ihr Verbrauch ist „Bergegenständ-  
lichung von Arbeit, daher Werthschöpfung“ (S. 130), denn die  
Arbeit gilt bei Marx als das allein werthbildende Princip.

7. Der Tauschwerth der Arbeitskraft ist jener Preis, für  
welchen sie der Gelbbesitzer auf dem Marke ersteht. Dieser Preis  
enthält die Summe aller Lebensmittel, deren der Arbeiter be-  
darf, um sich zu unterhalten und fortzupflanzen, mit einem  
Worte, die ständigen Reproductionskosten der Arbeit. \*) Die

\*) Marx erkennt in seinem ganzen Werke stillschweigend und implicite  
das von Lassalle so hervorgehobene „eherne Lohngesetz“ als selbstverständlich an-  
diese einzige Stelle. spricht dagegen; er betont (S. 136), die Minimalgrenze

täglichen Unterhaltungskosten des Arbeiters bestimmen den Tauschwerth, das, was er mit seiner Arbeit hervorbringen kann, den Gebrauchswerth der vom Gelbbesitzer gekauften Arbeitskraft. Marx nimmt nun an, daß der Arbeiter in sehr kurzer Zeit das hervorbringen könne, was er zum Leben brauche: die hiezu erforderliche Arbeitszeit nennt er die **nothwendige Arbeitszeit** und behauptet, sie sei verhältnißmäßig sehr kurz, so daß der Arbeiter, der 10—12 Stunden in der capitalistischen Production thätig ist, in vielleicht 6 Stunden den Tauschwerth seiner Arbeitskraft, also das, was er zum Leben nothwendig hat, erarbeiten könne. Diese „nothwendige Arbeitszeit“ ist aber immer eine gesellschaftlich nothwendige, d. h. eine Durchschnittszeit, wie überhaupt bei allen derartigen Betrachtungen stets nur ein Durchschnitts-Mensch mit einer Durchschnittsintelligenz und Durchschnittskraft vorausgesetzt wird. Allerdings producirt der Arbeiter in einem auf gesellschaftlicher Theilung beruhenden Zustande seine Lebensmittel nicht direct, sondern in Form einer besonderen Waare, z. B. des Garns. Er producirt aber immerhin in dieser „nothwendigen Arbeitszeit“ einen Werth gleich dem Werthe seiner Lebensmittel (S. 183). Das Minimum der nothwendigen Arbeitszeit wechselt mit der geschichtlichen Periode, mit Culturstufe, Volksgewohnheiten u. s. w., d. h. der Umfang der sogenannten nothwendigen Lebensmittel ist selbst ein historisches Product (S. 134); dieser Umfang stellt aber den Tauschwerth der Arbeit vor.

Der Marx'schen Unterscheidung zwischen nothwendiger und wirklicher Arbeitszeit liegt die principielle Negation des Privat-

---

des Werthes der Arbeitskraft sei der Werth der physisch unentbehrlichen Lebensmittel. Ueberall aber nimmt er an, daß der Lohn unter der Herrschaft der freien Concurrnz und bei der heutigen Productionsweise in der That auf dieses Minimum sinkt. Allerdings scheint Marx auf Seite 624 sich gegen jenes Lassalle'sche Gesetz auszusprechen, aber doch nur theilweise. In seinem ganzen Werke fußt Marx auf der Ansicht, daß der industrielle Arbeitslohn sich nicht über das Maß des zum Leben Nothwendigen erhebe



eigenthums zu Grunde. Denn bloß bei einer auf dem Collectiv-Eigenthum beruhenden Production wird es möglich sein, daß der einzelne Mensch seine nothwendigen Lebensmittel mit geringerem Aufwande von Zeit und Kraft producirt als unter der gegenwärtigen Einrichtung. Es ist dazu nothwendig, daß die Productionsmittel und Productionsbedingungen Allen gehören, daß alle Menschen ohne Ausnahme unter Anleitung einer socialistischen Obrigkeit in cooperativer Weise produciren. Sowie aber das Privateigenthum auftritt und damit das Recht, andere Menschen vom Besitze der Productions- und Consumtionsmittel auszuschließen, dann muß der Nichtbesitzende in die Dienste des Besitzenden treten und sich gefallen lassen, daß dieser seine Arbeit zu ihrem Tauschwerthe kauft und den Gebrauchswerth derselben realisirt. Diese harte Nothwendigkeit ist nicht bloß der gegenwärtigen „capitalistischen“ Gesellschaft, sondern jeder eigen, welche auf dem Regime des Privateigenthums beruht.

8. Nachdem der Unterschied zwischen „nothwendiger und thatfächlicher“ Arbeitszeit gegeben, findet Marx „das Geheimniß der Plusmacherei“ (S. 140) darin, daß der Arbeiter genöthigt wird, über die „nothwendige Arbeitszeit“ hinaus zu arbeiten. „Der Consumtionsproceß der Arbeitskraft ist zugleich der Productionsproceß von Waare und von Mehrwerth“ (S. 139). Der Capitalist hat auf dem Waaren- und Arbeitsmarke Waaren und Arbeitskraft gekauft; das, was er aus diesen Dingen schafft, soll mehr werth sein, als diese Dinge selbst, deren Werth er vorgehoffen hat, daher muß er den Arbeiter über die „nothwendige Arbeitszeit“ hinaus arbeiten lassen; denn im ersten Theile der Arbeitszeit producirt der Arbeiter nur das Aequivalent seines eigenen, vom Capitalisten vorgehoffenen Tauschwerthes, also den Marktpreis der Arbeit. Der Arbeiter legt in den Rohstoff so viel Werth hinein, daß jener Werth wieder hergestellt wird, den der Capitalist ihm in Form von Arbeitslohn gibt. Den betreffenden Theil der Arbeitszeit nennt Marx die „nothwendige

Arbeitszeit". Was noch über sie hinaus gearbeitet wird, ist die Quelle von Mehrwerth, denn der Capitalist hat seinen ausgegebenen Arbeitslohn bereits wieder erarbeitet bekommen. Erst durch diese Mehrarbeit verwandelt sich das für Arbeitslohn ausgegebene Geld in Capital; denn es ist am Ende des Processes mehr geworden, als es am Anfang war. \*) Der Mehrwerth ist die Differenz zwischen Tausch- und Gebrauchswerth der vom Capitalisten gekauften Arbeitskraft; diese Differenz ist auch zugleich die Differenz zwischen der nothwendigen und der thatsächlichen Arbeitszeit, und diesen Unterschied hatte der Marx'sche Capitalist im Auge, als er die Arbeitskraft kaufte.

Man muß gestehen, daß die Marx'sche Anschauung, so befremdend sie anfangs klingt, doch geistvoll ist. Hätte der Autor eine einfachere Darstellungsweise gewählt und seinen Gedanken eine klarere Fassung gegeben, so wäre sein Buch wohl geeignet, das Evangelium des vierten Standes zu werden. Denn Alles bei Marx strebt consequent auf den socialistischen Staat hinaus. Dies ist schon mit der Marx'schen Werththeorie der Fall und tritt besonders in die Augen in dem Begriff der „nothwendigen Arbeitszeit“, wie ihn Marx der Entwicklung seines Mehrwerthes zu Grunde legt. Die „nothwendige Arbeitszeit“ kann sich bloß im socialistischen Staate verwirklichen und setzt diesen stillschweigend voraus. Marx aber hält die socialistische Organisation der Gesellschaft für natur-

\*) Den Charakter des Mehrwerthes und der Mehr-Arbeit macht Marx besonders durch die Frohnarbeit deutlich (S. 204). In der Fabrikarbeit verschwimmen Mehrarbeit und nothwendige Arbeit in Eins; in jeder Minute arbeitet der Arbeiter theils für sich, theils für den Fabricanten, in der Frohnarbeit aber arbeitet der frohnende Bauer einen Theil der Woche ausschließlich für die Production seiner eigenen Existenzmittel und die übrigen Tage gehören dem Gutsherrn. Die nothwendige Arbeitszeit, ohne welche der Bauer nicht einmal selbst leben könnte, ist bei der Frohnarbeit selbstständig und sinnlich wahrnehmbar getrennt von der Mehrarbeit, welche dem Gutsherrn Mehrwerth einbringt.

rechtlich gegeben und erstrebt sie daher als das Ideal der Zukunft, als das Ziel, das die künftige Entwicklung der Menschheit zu erreichen habe. So kommt Marx consequenter Weise zu der Behauptung, daß die Beziehung des Unternehmers zu seinen Arbeitern an sich noch keine Wertherhöhung schaffen, also noch nicht productiv sein könne. Die Monopolkraft, welche der Besitzer einer Sache ausübt, wird bei Seite gesetzt, die Werthe werden bloß aus der Arbeit abgeleitet und die einfache Folge davon ist, daß aller Capitalgewinn, aller Mehrwerth einzig durch die Arbeit entsteht, daß somit die Aneignung dieses Mehrwerthes durch den Capitalisten naturwidrig und ungerecht ist. Es ist daher nur consequent, wenn Marx den Mehrwerth (S. 184) als eine „Schöpfung aus Nichts“ bezeichnet. Die „nothwendige Arbeit“ erklärt er für die eigentlich bezahlte Arbeit, wogegen der Rest der Tagesarbeit, die Ueberarbeit, (surplus labour) von seinem Standpunkte aus als unbezahlte Arbeit zu bezeichnen ist (S. 380).

Nach dem Gesagten wird es auch verständlich sein, wenn Marx (S. 200) das Capital für verstorbene Arbeit erklärt, die sich nur dampfartig belebe durch Einsaugung lebendiger Arbeit und die um so mehr lebe, jemehr sie davon einsauge. Auch kann nicht jeder Besizende Capitalist im Marx'schen Sinne werden. Dazu gehört (S. 287), daß er ein bestimmtes Minimum von Geld oder Tauschwerth in der Hand hat, um damit außer den sonstigen Productionsbedingungen — Rohstoffe und Werkzeuge — auch noch den Tauschwerth der Arbeitskraft bezahlen zu können. Dieses Minimum ist „der Kostenpreis einer einzelnen Arbeitskraft, die das ganze Jahr hindurch zur Gewinnung von Mehrwerth vernutzt wird.“ Hat ein solcher Geldbesitzer aber nur einen Arbeiter und arbeitet dieser das Doppelte der nothwendigen Arbeitszeit, so kann der Capitalist erst in gleicher Weise leben, wie sein Arbeiter, weil ihm dieser jetzt (in der Verdopplung der nothwendigen Arbeitszeit) den doppelten Lohn einbringt, von welchem aber die eine Hälfte für den Tauschwerth der gekauften Arbeit abgeht; es bleibt daher dem Capital-

talisten am Schlusse des Processes bloß eben soviel übrig, als er seinem Arbeiter bezahlt. Der Besizende wird nach Marx erst Capitalist, wenn die Masse des Mehrwerthes hinreicht, ihn selbst von der Arbeit zu entbinden.

9. Im Folgenden können wir uns kürzer fassen. Marx geht nun in das Innere der capitalistischen Produktionsweise ein, betrachtet den Mehrwerth näher. Zu diesem Zwecke stellt er zwei Kategorien des Capitals, *constantes* und *variables*, auf. Ein Theil des Capitals verändert nemlich während der Production seine Größe nicht, sondern geht stets mit einem fest bestimmten Saße in das Product ein; dieses sind die Rohstoffe, das Hilfsmaterial, die Fabrik- und Verkehrsanlagen u. s. w. Diesen Theil nennt Marx *constantes Capital*; ein anderer Theil des zur Production nöthigen Capitals verändert seine Werthgröße, indem er sein eigenes Aequivalent reproducirt und noch einen Ueberschuß dazu liefert, den Mehrwerth; diesem Theil — er ist das als Arbeitslohn vorgeschossene Capital — gibt Marx die Bezeichnung *veränderliches Capital*. Das constante Capital ist der *objective*, das veränderliche der *subjective* Factor der Production. Solches vorausgeschickt, schreitet Marx zu weitwichtigen Untersuchungen über die „Rate des Mehrwerthes.“ Der Mehrwerth ist jener Werth, um welchen der Werth des Productes größer ist, als die Summe sämtlicher auf die Production verwendeten Werthe. Je größer die „Ueberschussarbeit“, desto größer der Mehrwerth, er wächst also in dem Verhältnisse, in welchem die gesammte Arbeitszeit über die „nothwendige Arbeitszeit“ hinaus verlängert wird. Die Rate des Mehrwerthes drückt sich daher aus durch das Verhältniß, in welchem diese beiden Arbeitszeiten zu einander stehen; dieses Verhältniß ist (S. 185) „der exacte Ausdruck für den Ausbeutungsgrad der Arbeitskraft durch das Capital.“

Aus der Anzahl der Arbeiter und der Rate des Mehrwerthes ergibt sich die Masse des Mehrwerthes, d. h. der gesammte Mehrwerth, der in einem bestimmten Unternehmen während einer gewissen Zeit producirt wird. Diese Masse des Mehrwerthes ist gleich der Anzahl der „ausgebeuteten“ Arbeiter, multiplicirt mit der Rate des Mehrwerthes, d. h. sie bestimmt sich (S. 282) durch die „Anzahl der gleichzeitig ausgebeuteten Arbeitskräfte und den Ausbeutungsgrad der einzelnen Arbeitskraft.“ Sinkt die Rate des Mehrwerthes, nähert sich also die thatsächliche Arbeitszeit der nothwendigen, so kann doch die Masse des producirten Mehrwerthes gleich bleiben, wenn man die Zahl der beschäftigten Arbeiter in demselben Maße erhöht, also das Unternehmen ausdehnt; ebenso umgekehrt (S. 283).

10. Im weiteren Verlaufe seines Werthes unterscheidet Marx zwischen absolutem und relativem Mehrwerth. Der absolute Mehrwerth wird hervorgebracht durch die Ueberarbeit, d. h. durch die über die „nothwendige Arbeitszeit“ hinaus verlängerte Arbeit. Der relative Mehrwerth aber entsteht aus einer Verkürzung der nothwendigen Arbeitszeit bei gleichbleibender Dauer der Gesamtarbeit. Dieser relative Mehrwerth kann hervorgerufen werden durch Herabdrückung des Lohnes unter das zum Leben Nothwendige, was aber auf die Dauer nicht haltbar ist. Davon abgesehen, wird der relative Mehrwerth hervorgerufen durch die Verminderung des Werthes der Arbeit, d. h. dadurch, daß die Lebensmittel billiger werden, also für weniger Arbeit zu erhalten sind. Solches kann aber erst eintreten, wenn in jenen Industriezweigen, welche Lebensbedürfnisse produciren, die Arbeit productiver wird; dazu ist eine Revolution in den Productionsbedingungen nothwendig, eine Umwälzung, durch welche die zur Hervorbringung einer Waare nothwendige gesellschaftliche Arbeitszeit verkürzt wird. Diese Umwälzung in den Productionsbedingungen kann blos vom Capital ausgehen; das Mittel hiezu ist die Cooperation, welche

die Productionsmittel concentrirt und die sogenannten *faux frais* vermindert. Durch die Cooperation, welche die Grundform der capitalistischen Productionsweise ist (S. 318), wird die gesellschaftliche Productivkraft der Arbeit entwickelt. Die einfache Cooperation bildet sich zur Theilung der Arbeit und zur Manufactur aus.

So lange bloß ein absoluter Mehrwerth besteht, so lange also bloß über die „nothwendige Arbeitszeit“ hinaus gearbeitet wird, ist die Abhängigkeit der Arbeit vom Capital mehr eine formelle; wenn aber zum absoluten Mehrwerth noch der relative tritt, wird diese Abhängigkeit eine reelle, und jetzt kommt eine ganz specifisch capitalistische Productionsweise auf Grundlage der allgemeinen.

Durch die Arbeitstheilung werden sowohl Beschäftigungen als Werkzeuge differencirt und specialisirt. Jemehr sich die einfache Arbeitstheilung zur manufacturmäßigen Production entwickelt und je mehr in dieser dann die Maschinerie vorherrschend wird, desto selbstständiger treten die Productionsmittel dem Arbeiter als Capital gegenüber. Die technologischen Bedingungen des Productionsprozesses werden immer mehr Herren über den Arbeiter, daher auch die Intensität der Arbeit stets zunehmen muß, weil einerseits die Theilung der Arbeit, andererseits das Ueberhandnehmen der Maschinerie auf stets strenger werdende Eingliederung der Einzelnen in die Arbeitsbedingungen drängt. Die manufacturmäßige Theilung der Arbeit ist eine ganz specifisch capitalistische Form des gesellschaftlichen Productionsprozesses, sie ist eine besondere Methode, relativen Mehrwerth zu erzeugen. Einen großen Abschnitt in dieser Entwicklung bildet die Einführung und die zunehmende Herrschaft der Maschinerie. Während die manufacturmäßige Theilung der Arbeit mehr eine subjective Combination von Theilarbeitern war (S. 372), schafft sich die Großindustrie im Maschinensystem einen ganz objectiven Productionorganismus, den der Arbeiter als fertige Productionsbefingung vorfindet und dem er sich vollständig unterwerfen

muß, um so vollständiger, je entwickelter das Maschinenwesen ist. Hier muß sich der Arbeiter entweder ganz eingliedern oder aufhören, zu arbeiten. Die Maschine hat — nach der Marx'schen Anschauung — in der capitalistischen Produktionsweise den Zweck, jenen Theil des Arbeitstages, den der Arbeiter für sich selbst braucht, zu verkürzen, um den andern Theil seines Arbeitstages, den er dem Capitalisten umsonst gibt, zu verlängern, sie ist „Mittel zur Production von Mehrwerth“ (S. 355). Die Maschinerie ist ja das gewaltigste Mittel, die Productivität der Arbeit zu steigern, d. h. die zur Production einer Waare nöthige gesellschaftliche Arbeitszeit zu verkürzen (S. 392).

11. Wird der Mehrwerth, der das Einkommen des Capitalisten bildet, nicht verzehrt, sondern in Capital verwandelt, und sogleich wieder in den capitalistischen Produktionsproceß hineingeworfen, so wird dadurch Capital accumulirt, denn jeder Mehrwerth wird nun wieder die Quelle für einen folgenden Mehrwerth; eine Bewegung die in's Unendliche fortgehen kann. Auf diese Weise bleiben die Voraussetzungen des capitalistischen Produktionsprocesses erhalten, die Scheidung zwischen Arbeitskraft und Arbeitsbedingung, die Trennung der Gesellschaft in Capitalisten und Arbeiter kann sich nicht heben, die „Exploitation des Arbeiters“ wird verewigt, das Capitalverhältniß selbst, d. h. die Scheidung der Gesellschaft in Capitalisten und Lohnarbeiter wird durch den capitalistischen Produktionsproceß ständig reproducirt (S. 566), eine bessere Zukunft kann also auf dem Boden dieser „capitalistischen Production“ für die Arbeiter nicht entstehen. Daher bringt die wachsende Accumulation des Capitals auch Wachsthum des „Proletariats“ mit sich. Schon die einfache Reproduction des Capitals reproducirt fortwährend das Capitalverhältniß selbst (S. 600); die Reproduction auf erweiterter Stufenleiter oder die Rückverwandlung des Mehrwerths in Capital reproducirt das Capitalverhältniß ebenfalls auf erweiterter Stufenleiter. Dazu kommt, daß mit dem Wachsthum

des Gesamtcapitals der Umfang des variablen (als Arbeitslohn erscheinenden) Capitals durch Uebergang zur Maschinerie beständig abnimmt, daß diese Maschinerie ferner die männliche Arbeitskraft bei Seite schiebt, indem ihr die schwächere, aber auch billigere Arbeit von Weibern und Kindern genügt. So kann es nicht ausbleiben, daß die Arbeiterbevölkerung mit der von ihr „producirten Accumulation des Capitals in wachsendem Umfang die Mittel zu ihrer eigenen relativen Ueberzähligmachung“ producirt (S. 617). Das Capitalverhältniß setzt die Scheidung zwischen Arbeitern und Eigenthümern voraus; so bald aber einmal die capitalistische Produktionsweise auf eigenen Füßen steht, hält sie nicht nur jene Scheidung aufrecht, sondern reproducirt dieselbe auf stets wachsender Stufenleiter (S. 700). Daher führt das der capitalistischen Produktionsweise eigenthümliche Bevölkerungsgesetz eine relative Ueberbevölkerung herbei. Während einerseits die Nachfrage nach Arbeitern wächst, vermehrt sich andererseits das Angebot von Arbeitern durch die fortschreitende Freisetzung von Arbeitskräften (S. 627).

Aus diesen im Vorstehenden auszugsweise gegebenen Betrachtungen folgert Marx für die capitalistische Gesellschaft einen entsetzlichen Zustand: „Das Gesetz, welches die relative Ueberbevölkerung stets mit Umfang und Energie der Accumulation im Gleichgewicht hält,“ schmiedet den Arbeiter unauflöslich an das Capital und „bedingt eine der Accumulation von Capital entsprechende Accumulation von Elend. Die Accumulation von Reichthum auf dem einen Pole der Gesellschaft ist zugleich Accumulation von Elend, Sklaverei und moralischer Degradation auf dem Gegenpole d. h. auf Seite der Classe, die ihr eigenes Product als Capital producirt.“ (S. 632.)

Die Schuld an diesem Zustande trägt das Capital, so wie Marx es auffaßt; die Moral, auf welche die Marx'sche Darstellung abzielt, ist daher der Ruf: „Hinweg mit dem Capital, hinweg mit der capitalistischen Produktionsweise, hinweg mit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen!“



12. Die moderne capitalistische Productionswaise im Marx'schen Sinne hat sich gebildet durch eine sogenannte ursprüngliche Accumulation „d. h. durch die Scheidung des Arbeiters von den Arbeitsbedingungen.“ Diese „Polarisation des Waaren-Marktes“ (S. 700) — hier Besitzer von Productionsbedingungen und Geld, dort persönlich freie Besitzer von bloßer Arbeitskraft — datirt nach Marx aus dem 16. Jahrhundert (S. 701). Seit jener Zeit wiederholten sich in den Ländern moderner Cultur Vorgänge, welche große Massen plötzlich von ihren Subsistenz- und Lebensmitteln schieden und sie als Proletarier auf den landwirthschaftlichen und industriellen Arbeitermarkt warfen. „Die Expropriation der Arbeiter von Grund und Boden bildet die Grundlage des ganzen Processes“ (S. 701). Marx erwähnt hier besonders die Verjagungen der Bauern, und die Zusammenlegung der Grundstücke in England, um Viehzucht und Ackerbau im Großen zu treiben — Vorgänge, welche an die Verödung der römischen Campagna durch die Geldherrschaft der Nobilität des alten Rom erinnern. Die Verwandlung des „zwerghaften Eigenthums vieler in das massenhafte Eigenthum Weniger, die Expropriation der großen Volksmasse von Grund und Boden und Lebensmitteln und Arbeitsinstrumenten bildet das Vorgeschiehtliche des Capitals“. So wird „das selbst erarbeitete, sozusagen auf Verwachsung des unabhängigen Arbeiterindividuums mit seinen Arbeitsbedingungen beruhende, Privateigenthum verdrängt durch das capitalistische Privateigenthum, welches auf Ausbeutung fremder, aber formell freier Arbeiter beruht.“ Solches war im Mittelalter nicht möglich, weil das Geld durch die feudale Verfassung auf dem Lande und durch die Zunftverfassung in den Städten an seiner Verwandlung in industrielles Capital verhindert wurde. Diese Schranken fielen aber mit der Auflösung der feudalen Gefolgschaften, der Expropriation und theilweisen Verjagung des Landvolkes (S. 733). Die capitalistische Productionswaise, wie Marx sie aufsaßt, bestand im Mittelalter noch nicht oder nur ausnahmsweise-

Diese Marx'sche Anschauungsweise über die Entwicklung und das Größtwerden des Capitals ist nicht ganz richtig. Allerdings haben sich die Vorgänge, wie Marx sie schildert, seit dem 16. Jahrhundert vielfach ereignet und ganz besonders in England, weniger — was Marx nicht erwähnt — auf dem Continent; dennoch aber besteht auch hier jene von Marx gezeichnete capitalistische Produktionsweise. Marx gibt jenen Vorgängen und den bestehenden Zuständen noch überdies eine falsche Deutung, wenn er daraus die Nothwendigkeit folgert, das Eigenthum aufzuheben. Aus dem Mißbrauch einer Sache folgt die Nothwendigkeit der Reform und noch nicht die des Umsturzes. Die Grundlage für jene von Marx geschilderten Vorgänge ist die Institution des Eigenthums, aber dieses führt an sich schon zur „Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.“

Ist die capitalistische Produktionsweise einmal in's Leben gerufen durch die „Expropriation der Arbeiter vom Privateigenthum“ (die aber bereits in der Urgeschichte der Civilisation bestand), dann beginnt die „Expropriation von Capitalist durch Capitalist (S. 612).“ Das Gesetz der freien Concurrenz verleiht dem Mächtigeren den Sieg und treibt zur Verwandlung vieler kleiner Capitalisten in wenige größere. Dadurch nimmt die Zahl der „Capital-Magnaten“ ständig ab, und damit „wächst die Masse des Elendes, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der vereinten und organisirten Arbeiterklasse.“ So spannen sich die Gegensätze und der Sieg über die stets kleiner werdende Zahl der Capitalisten wird erleichtert. Endlich sprengt jene organisirte Arbeiterklasse in der socialen Revolution die capitalistische Hülle, „die Stunde des capitalistischen Privateigenthums schlägt, die Expropriateurs werden expropriirt.“ (S. 744.)

Damit gibt Marx den Plan für die Action der Zukunft; er leitet die philosophische Berechtigung und damit implicite auch die Verpflichtung der Arbeiter zur socialen Revolution und zur Vernichtung des Privateigenthums ab; obwohl er sich als

Propheet einer neuen Zeit betrachtet, sagt er allerdings noch nicht, daß er die „Internationale Arbeitergesellschaft“ dazu aus-  
 ersehen, „die Expropriateurs zu expropriieren“, den großen, un-  
 terdrückten Theil der Menschheit zu „befreien“, die gegenwärtige,  
 capitalistisch organisirte Gesellschaft in Trümmer zu schlagen.

13. Es lohnt sich der Mühe, noch näher zu betrachten,  
 wie Marx die künftige Einrichtung der socialen Verhältnisse sich  
 vorstellt. Allerdings gestattet er uns in seinem Werke nur selten  
 Blicke auf sein Zukunftsideal. Es sind nur Blitze, durch welche  
 er uns im Vorübergehen dieses Dunkel erhellte, auch stellt er  
 kein eigentliches Programm für seine socialistische Partei auf.  
 Die übermäßige theoretische und dialectische Ausspinnung seiner  
 Begriffe läßt ihn nicht dazu kommen und nur mit Mühe erhascht  
 der Leser einige Andeutungen.

Das Ziel, welchem Marx zusteuert, ist die Negation der  
 capitalistischen Produktions- und Aneignungsweise. Diese Ne-  
 gation soll das individuelle Eigenthum wieder herstellen, „aber  
 auf Grundlage der Errungenschaften der capitalistischen  
 Aera, der Cooperation freier Arbeiter und ihrem  
 Gemeineigenthum an der Erde und den durch die  
 Arbeit selbst producirten Produktionsmitteln.“ (S.  
 745.) Daß die Herstellung des individuellen Eigenthums und  
 das Gemeineigenthum an der Erde ein Widerspruch sind, daß  
 mit der letzteren Institution die Freiheit vernichtet werden muß,  
 gehört nicht hierher.

Den von Marx erstrebten Umwandelungsproceß des „capita-  
 listischen Privateigenthums in gesellschaftliches Eigenthum“ stellt  
 sich Marx ziemlich leicht vor. „Dort (bei der Bildung der moder-  
 nen capitalistischen Produktionsweise) handelte es sich um Expro-  
 priation der Volksmasse durch wenige Usurpatoren, hier (beim  
 Uebergange zu der von Marx geplanten Produktionsweise der  
 Zukunft) handelt es sich um die Expropriation weniger  
 Usurpatoren durch die Volksmasse“ (S. 745).

Marx will jede Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigen, also jeden Mehrwerth, der ja doch nur in der Aneignung des von fremder, unbezahlter Arbeitskraft producirten Werthes besteht. Dieser Mehrwerth bestand schon vor der modernen capitalistischen Produktionsweise, als noch Sklaverei und Frohnarbeit den Charakter der Gesellschaft bestimmten, denn der Marx'sche Mehrwerth ist überhaupt eine Eigenthümlichkeit jeder auf dem Privateigenthum ruhenden socialen Organisation. „Nur die Form, worin die Mehrarbeit (die Mutter des Mehrwerthes) dem unmittelbaren Producenten, dem Arbeiter, abgepreßt wird, unterscheidet die ökonomischen Gesellschaftsformationen, z. B. die Gesellschaft der Sklaverei von der der Lohnarbeit“ (S. 184). (Tausch)-Werth und Werthgröße sind überhaupt bei Marx Formen, denen es an der Stirne geschrieben steht, daß sie einer Zeit angehören, „worin der Produktionsproceß die Menschen, der Mensch noch nicht den Produktionsproceß bemisstert“ (S. 41). Dieser Zustand muß verschwinden, denn, so meint Marx, mit Unrecht behandle man den Zustand der Gesellschaft, in welchem der Tauschwerth besteht, als eine „selbstverständliche Naturnothwendigkeit.“ Marx erstrebt also eine Zeit, in welcher der Tauschwerth verschwunden ist und die Güter ihre Eigenschaft als Waaren verloren haben; dann soll die Herrschaft des Menschen über den Produktions-Proceß kommen, während in der capitalistischen Gesellschaft dieser Proceß über die Menschen herrsche. Der von Marx erstrebte Zustand hebt die Eigenschaft der Güter als Waaren und mithin auch die Existenz des Geldes auf.

Marx faßt die capitalistische Produktionsweise überhaupt bloß als eine vorübergehende Erscheinung in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft auf; denselben Standpunkt, welchen er gegenüber der Sklaverei, der Leibeigenschaft, der Frohnarbeit, einnimmt, wendet er auch auf das capitalistische Privateigenthum an. Eine Institution nach der andern mußte verschwinden; so werde auch die Lohnarbeit fallen unter dem Ansturm des Proletariats.

Es gewinnt manchmal den Anschein, als richte sich Marx gegen die Existenz und Verwendung der Maschinerie, sowie gegen die Arbeitstheilung und die technologischen Fortschritte überhaupt. Dieses ist aber nicht richtig. Er bekämpft bloß die capitalistische Anwendung jener Dinge, nicht aber die Dinge selbst. Marx kennt sehr gut die ungeheueren Vortheile, welche sich aus jenen sogenannten Errungenschaften für die Menschheit ergeben, aber er will nicht einsehen, daß sie bis jetzt unter der Herrschaft der capitalistischen Produktionsweise noch andern Leuten Vortheil gebracht haben, als den Capitalisten selbst. Marx verwahrt sich auch ausdrücklich gegen die Meinung, als sei er ein Feind jener Erfindungen und Fortschritte, indem er (S. 432) sich beklagt, der Bourgeoisie-Oekonom bürde seinen Gegnern (den Socialisten) „die Dummheit auf, nicht die capitalistische Anwendung der Maschinerie zu bekämpfen, sondern die Maschinerie selbst.“

14. Ueber die Produktionsweise der Zukunft äußert sich Marx (S. 515):

„Die Beseitigung der capitalistischen Produktionsform erlaubt, den Arbeitstag durch die nothwendige Arbeit zu beschränken. Jedoch würde die letztere mit ihrem Begriff unter sonst gleichbleibenden Umständen auch ihren Raum ausdehnen. Einerseits weil die Lebensbedingungen des Arbeiters reicher und seine Lebensansprüche größer würden. Andererseits aber würde ein Theil der jetzigen Mehrarbeit zur nothwendigen Arbeit zählen; nemlich die zur Erzielung eines gesellschaftlichen Reserve- und Accumulationsfonds nöthige Arbeit . . . Intensität und Productivkraft der Arbeit gegeben, so ist der zur materiellen Production nothwendige Theil des gesellschaftlichen Arbeitstages umso kürzer, der für freie, geistige und gesellschaftliche Bethätigung der Individuen eroberte Zeittheil also umso größer, je gleichmäßiger die Arbeit unter alle werthfähigen Glieder der Gesellschaft vertheilt ist, je weniger eine Gesellschaftsschicht die Naturnothwendigkeit der Arbeit von sich selbst ab- und einer andern Schicht zuwälzen kann. Die absolute Grenze für die Verkürzung des Arbeitstages ist nach dieser Seite hin die Allgemeinheit der Arbeit. In der capitalistischen Gesellschaft wird freie Zeit für eine Classe producirt durch Verwanblung aller Lebenszeit der Massen in Arbeitszeit.“

Damit haben wir den socialistischen, auf Arbeit und zwar auf Zwangsarbeit beruhenden, Staat. Das Eigenthum wird gemeinsam, die Arbeit und mit ihr wohl auch andere Thätigkeiten des Menschen müssen von Obrigkeit wegen geregelt werden. Jeder Staat wird eine einzige große Caserne, in welcher alle menschlichen Verrichtungen, körperlicher und geistiger Natur, durch eine socialistische Autorität mit unerbittlicher Strenge geordnet werden. Wehe dem Faulen, wehe aber auch dem Talent!

Mary scheint seine Productionsweise der Zukunft als eine Vereinigung von Ackerbau und Industrie im Auge zu haben. Er bemerkt (S. 494) daß die capitalistische Productionsweise in der Landwirthschaft „das ursprüngliche Familienband von Agricultur und Manufactur“ zerreißt; dann fährt er fort: „Sie (die capitalistische Productionsweise) schafft aber auch zugleich die materiellen Voraussetzungen einer neuen, höhern Synthese, des Vereins von Agricultur und Industrie auf Grundlage ihrer gegensätzlich ausgearbeiteten Gestalten.“ — Zuerst muß sich der logische Widerspruch entwickeln und dann kommt die Philosophie und versöhnt im Handumdrehen die Gegensätze zur höhern Einheit. Die Production der Zukunft, wie Mary sie im Auge hat, soll diese höhere Einheit darstellen und damit wohl das letzte Glied der Entwicklungsreihe bilden.

15. Auch dem Unterrichte weist Mary eine große Stelle zu in der von ihm geträumten socialistischen Organisation. Er erklärt es (S. 481) als eine „Frage von Leben oder Tod, den Wechsel der Arbeiten und daher möglichste Vielseitigkeit des Arbeiters als allgemein gesellschaftliches Gesetz der Production anzuerkennen und die Verhältnisse seiner Vermittlung gemäß umzugestalten“; das Theil-Individuum, das gegenwärtig „bloßer Träger einer gesellschaftlichen Detailfunction ist“, müsse ersetzt werden „durch das total entwickelte Individuum, für welches die

gesellschaftlichen Functionen ebenso viele verschiedene Bethätigungsweisen sind.“ Das heißt also, der Mensch muß zum vollen Menschen werden, so daß jeder Einzelne nach jeder menschlichen Richtung hin ausgebildet wird, aber auch nach jeder dieser Richtungen hin vollständig zur Thätigkeit kommt. Die bisherige große Theilung der Beschäftigungen und Berufe, welche gleich von vornherein die Gesellschaft in scharf getrennte Classen mit entgegenstehenden Interessen scheidet, fällt weg, denn es darf bloß noch Menschen geben. Die Umbildung der Gesellschaft muß auf Grundlage der Großindustrie erfolgen und auf dieser entwideln sich, wie Marx meint, als naturwüchsiges Moment von selbst die polytechnischen und agronomischen Schulen, sowie die écoles d'enseignement professionnel, worin die Kinder der Arbeiter einigen Unterricht in der Technologie, sowie in der Handhabung der verschiedenen Productionsinstrumente erhalten. \*)

Marx erklärt es als selbstverständlich, „daß die unvermeidliche Eroberung der politischen Gewalt durch die Arbeiterklasse auch dem technologischen Unterricht theoretisch und praktisch seinen Platz in den Arbeiterschulen erobern werde.“ Im socialistischen Staate kann solches auch gar nicht anders sein; wenn der Staat einmal die Leitung der Production und überhaupt des ganzen menschlichen Lebens in der Hand hat, so versteht es sich von selbst, daß er bereits in den Schulen die heranwachsende Generation für die spätere productive Thätigkeit in den verschiedenen Zweigen der großartig betriebenen Industrie heranbilden muß.

16. Seine Ansichten über Staat und Kirche spricht Marx in seinem Buche über das Capital nicht aus. Daß aber die Religion, wenigstens das, was man gewöhnlich darunter versteht, das

\*) Wir werden diesen Handwerksunterricht später im Programm der „Internationalen Arbeitergesellschaft“ erscheinen sehen.

positive Dogma, aus der Welt verschwinden müsse, ist ihm selbstverständlich, die Begriffe von Gott, Kirche, Religion u. s. w. kommen bei ihm einfach nicht vor. Auch über den Staat sagt er wenig; es gibt indessen für Marx keine vom Staate und dessen Anerkennung unabhängigen socialen Fundamente, wie solche doch durch die gegenwärtige Organisation der Gesellschaft wenigstens formell noch anerkannt sind. Eine derartige Auffassung des Staates geht, wenn nicht positiv aus Marx' „Capital“, so doch aus den Thesen der „Internationalen Arbeitergesellschaft“ hervor, deren inspirirendes Haupt Marx ist.

Werfen wir schließlich noch einen Blick auf das, was Marx über die künftige Stellung der Familie und der Geschlechter sagt. Auch hier müssen uns Andeutungen genügen. Er spricht (S. 483) von der fürchtbaren und edelhaften „Auflösung des alten Familienwesens innerhalb des capitalistischen Systems“; nichts desto weniger aber schaffe die Großindustrie, weil sie den Frauen und Kindern eine entscheidende Rolle jenseits der Sphäre des Hauses zuweise, „die neue ökonomische Grundlage für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter.“ Welches diese höhere Form sei, verräth uns Marx nicht; wohl aber erklärt er es für albern, als dieselbe die christlich germanische Familie zu betrachten; denn diese ist ihm ebenso wie die orientalische, altgriechische und altrömische Form der Familie nur ein Glied in der Reihe der geschichtlichen „Entwicklung“. Marx erklärt es für selbstverständlich, „daß die Zusammensetzung des combinirten Arbeitspersonals aus Individuen beiderlei Geschlechts und der verschiedensten Altersstufen, obgleich in der capitalistischen Form Bestquelle des Verderbs und der Slaverei, umgekehrt zur Quelle humaner Entwicklung umschlagen“ müsse (S. 483).

Damit hat Marx auch die Familie vernichtet. Er gibt allerdings keine nähere Andeutung über die von ihm geplante zukünftige Form der Familie, aber soviel ist sicher, daß sie nicht mehr das sein kann, was man gegenwärtig unter dem



Begriff der Familie versteht. Die Großindustrie soll mit bewußter Absicht die Familie in ihren Kreis hinein ziehen, und die dort eintretende Vereinigung der Geschlechter und Altersstufen soll dann die „Quelle humaner Entwicklung“ werden. So viel ist aber sicher, daß die Familie bei jeder Veränderung ihrer gegenwärtigen Organisation nur verlieren kann. Die bestehende Einrichtung der Familie, wie sie unserem socialen Leben den Charakter aufprägt, ist die höchste Form derselben, und zugleich jene, welche der Würde der Menschheit, vor Allem aber der Würde des weiblichen Geschlechts am besten entspricht.

Die Gefahr, welche in der Marx'schen Anschauung von der künftigen „höheren“ Form der Familie liegt, ist eine ungleich größere als jene, welche durch Aufhebung des Privateigenthums kommen müßte. Es gibt gesellschaftliche Zustände, in denen das Eigenthum Collectiv-Eigenthum und damit sogar die Quelle höheren Wohlseins werden kann. Immerhin können dieß nur Ausnahmestände sein. Niemals aber gibt es Zeiten, in denen man die gegenwärtige Form der Ehe aufheben kann, ohne daß man dadurch die Menschheit sittlich ruiniert und ihre Zukunft verwüftet. Die Aufhebung des Eigenthums ist eine ökonomische, die Aufhebung der Ehe aber eine eminent sittliche Frage. Wird die Familie in ihrer Bedeutung erhalten und wieder gestärkt, so ist wenigstens die Möglichkeit gewahrt, daß die kranke Gesellschaft wieder gesunden könne; erfolgt aber die Reform in socialistischem Sinne, dann geht die Gesellschaft einer todtbringenden Zukunft entgegen.

17. Ehe wir Marx verlassen, möge noch eine kurze Zusammenstellung seiner Thesen Platz finden:

1. Es besteht keine substantielle Verbindung zwischen Gebrauch= und Tauschwerth.

2. Das den (Tausch-)Werth bildende Princip, die werthschaffende Substanz, liegt in der Arbeit und zwar in der gesell=

schafflichen Arbeit; Maßstab dieser Werthe ist daher, die zu ihrer Erzeugung nothwendige gesellschaftliche Arbeitszeit.

3. Vermöge der Scheidung der Gesellschaft in Besitzende und Besitzlose kauft der Capitalist (Eigenthümer) die Arbeit auf dem Waarenmarke, bezahlt ihren Tauschwerth, d. h. die übliche Lebensnothdurft und verfügt dann über ihren Gebrauchswerth, d. h. über die volle Arbeitsleistung.

4. Aus der Differenz zwischen Tausch- und Gebrauchswerth der Arbeit (zwischen nothwendiger und tatsächlicher Arbeitszeit) entspringt der Mehrwerth; er bleibt dem Capitalisten übrig nach Rückzahlung des ausgelegten Tauschwerthes der Arbeit, des Arbeitslohnes, den der Arbeiter innerhalb der nothwendigen Arbeitszeit in einem Aequivalent dem Capitalisten heimzahlt. Was der Arbeiter noch über diese Zeit hinaus arbeitet, schafft Mehrwerth. Dieser Mehrwerth ist daher eine Schöpfung unbezahlter Arbeit und zwar, weil vom Capitalisten angeeignet, unbezahlter fremder Arbeit.

5. Dieser Mehrwerth gehört naturrechtlich der Arbeit als der werthbildenden Substanz; daß der Capitalist ihn sich aneignet, ist „Ausbeutung“, welche dem Lohnsystem (und dem Rechte des Sondereigenthums an den Productionsmitteln) entspringt und mit beiden fallen muß.

6. Das Mittel hiezu ist die Expropriation der Capitalisten, die Verwandlung der Productions-Bedingungen — des Grundes und Bodens und der Arbeitsinstrumente — in Collectivbesitz; daraufhin gemeinsame Bearbeitung desselben.

## Zweites Buch.

---

### Die „Internationale Arbeitergesellschaft.“



# Erstes Capitel.

## Entstehung des internationalen Socialismus.

1. Die moderne Gesellschaft, die sich aus den Trümmern des Mittelalters herausgebildet, konnte den internationalen Charakter jener vorhergegangenen Geschichtsperiode nicht vollständig ablegen; Vieles davon hat sie beibehalten und zu dem Alten noch Neues gefügt. Daher sehen wir an der Gegenwart so viele internationale Charakterzüge, wenn auch in ganz anderer Weise, als dies früher der Fall war.

Die Civilisation des Mittelalters ruhte auf zwei Factoren, welche keine Grenze der Sprache kannten und deren Herrschaft sich über die wichtigsten Staaten des Abendlandes erstreckte; es war dieß die Gleichheit der religiösen Weltanschauung und die Gleichheit der socialen Organisation; die letztere wuchs hervor aus dem Feudalismus einerseits und hochentwickelter, genossenschaftlicher Gliederung anderseits. So war eine überwältigende Einheit hergestellt, welche die nationalen Unterschiede stark milderte. Mit dem Beginn der modernen Gesellschaft trat eine Umwälzung ein. Die bezeichnete internationale Grundlage wurde mit jeder Generation stärker durchbrochen und vielfach selbst die Erinnerung daran getilgt. Ganz besonders und in erster Linie geschah dieß auf religiösem Gebiete durch die große Glaubensspaltung des Abendlandes im 16. Jahrhundert. Die Völker schieden sich nach ihrem Bekenntnisse, und in jeden Kampf spielte von da ab auch das religiöse Element herein, anfangs sehr stark, später mit abnehmender Intensität.

Dennoch wurde aber vieles Gemeinsame aus jener Zeit herübergerettet. Die großen Grundlagen des Christenthums, die Lehre von Gott, vom Eigenthum, von der Ehe, vom Gehorsam gegen die Obrigkeit u. s. w. sind unsern Culturvölkern noch gemeinsam und haben der modernen Gesellschaft gewisse allgemeine Grundzüge aufgeprägt, die uns überall wieder begegnen. Jene Lehren kennen keine Schranke der Nationalität und Sprache, sie wenden sich an den abstracten Menschen, sind daher rein social-politisch, mithin international. Freilich nimmt in der Gegenwart das Bewußtsein von der Gemeinsamkeit jener Begriffe immer mehr ab.

Langsamer als auf religiösem Gebiete ging die Scheidung der Völker hinsichtlich ihrer socialen Einrichtungen. England trennte sich zuerst und ging seinen eigenen Weg, Frankreich schlug die alte Welt in Trümmer, und von ihm aus zogen die damals aufgestellten socialen und politischen Grundsätze, Alles umformend, durch die moderne Welt. Während aber auf religiösem Gebiete die Völker sich immer mehr von der früheren Einheit lösten, bahnte sich auf socialeinigen Boden wieder eine Gemeinsamkeit an; es bildeten sich Institutionen, welche allmählig jede nationale Färbung ablegten und rein social, rein auf der Natur des Menschen und der Societät beruhend, sind. Wir wollen absehen von der Kunst und ihren Idealen, ebenso von der Wissenschaft. Diese strebt nach Internationalität, ohne welche es keine wahre Wissenschaft geben kann und welche die Wissenschaft des Mittelalters in hohem Grade besaß. Ganz besonders tritt der internationale Charakter der modernen Zeit hervor auf dem social-ökonomischen Gebiete.

Die Gegenwart charakterisirt sich selbst dem oberflächlichen Blick in erster Linie durch die ungeheuer fortschreitende Entwicklung von Industrie und Handel. Die Grundlagen, auf welchen dieses erwächst, sind ganz modern. Zwei Erscheinungen haben geradezu revolutionirend gewirkt, und ohne sie wäre die moderne Zeit undenkbar. Es ist die allmähliche Entstehung und wachsende Befreiung des beweglichen Capitals, und die un-

gehnter Umwälzungen in der Technik des Gewerbebetriebs. Dieses wäre ohne das andere nicht möglich gewesen. Das Capital sprengte die Fesseln der mittelalterlichen Gebundenheit; die hierzu nöthige Kraft erwuchs ihm aus den folgenschweren Entdeckungen und Erfindungen auf naturwissenschaftlichem und technischem Gebiete. Die technischen Grundlagen der Production wurden umgewälzt, und dadurch haben Industrie und Handel eine Bedeutung erlangt, welche früher, selbst in der gewerbfleißigsten Zeit mittelalterlicher Blüthe, unbekannt war. Extensiv und intensiv, sowohl was die räumliche Entfaltung und die massenhafte Production, als was den Umfang des socialen Einflusses betrifft, gibt es keine Geschichtsperiode, welche mit der heutigen in Bezug auf die Bedeutung von Handel und Verkehr, also auch der davon lebenden Bevölkerung, einen Vergleich aushalten könnte.

Bei Betrachtung dieser glänzenden Erscheinung im modernen Leben springt der internationale Gesichtszug unserer Weltperiode sogleich in die Augen. Die moderne Production und der sociale Bau, welcher auf ihr ruht, haben mit der Nation nichts zu thun, beide sind, wie die „Internationale“ sehr richtig sagt, „weder locale, noch nationale, sondern sociale“ Erscheinungen, sie finden sich bei allen Völkern der modernen Gesellschaft und ihre Entwicklung bei denselben ist nur graduell verschieden. Dampf und Electricität werfen die Grenzen der Völker, die Scheidungen der Sprachen nieder; das bewegliche Capital, welches die treibende Kraft der modernen Production und des ökonomischen Lebens der Gegenwart ist, hat einen durchaus internationalen Charakter; immer mehr ist es bestrebt, das nationale Gewand auszugiehen und den Weltmarkt zu betreten. Wo dieß noch nicht geschehen, da wird eifrig an Begeräumung der Schranken gearbeitet, um es dem glücklicheren Concurrenten gleich zu thun. Das bewegliche Capital ist aber seinem innersten Wesen nach kosmopolitisch; es wendet sich Dem zu, der ihm am meisten, am sichersten gibt, ohne nach Farbe und Fahne zu fragen. Dieses

bewegliche Capital drückt dem ökonomisch-politischen Leben der Gegenwart in wachsendem Grade seinen Stempel auf. Das Angesicht unserer Zeit ist wesentlich capitalistisch und gleichzeitig sind die Züge international, indem sie überall hervortreten, wo moderne Gesellschaft besteht.

2. Unter Voraussetzung des internationalen und capitalistischen Charakters der Gegenwart kann es nicht ausbleiben, daß in allen Culturländern jene Erscheinungen zu Tage treten, welche mit der fessellosen Entfaltung des Capitals verbunden sind. Wir haben hier den Zwiespalt zwischen Capital und Arbeit im Auge. Wie dieser Gegensatz sich ausbildet, ist hier nicht zu untersuchen; genug, er besteht, er nimmt allmählig einen socialistischen Charakter an, und — was das Wesentlichste für uns ist — er ist ebenfalls international. In demselben Maße, als sich das Capital von allen Schranken socialer und selbst moralischer Natur emancipirt, in demselben Maße schreitet auch die Scheidung der Gesellschaft nach Besitz und Nichtbesitz vor, so daß Kreise, die früher überhaupt die Existenz einer socialen Frage ableugneten, jetzt ernstlich sich mit derselben beschäftigen und mit einer gewissen Angst die Entwicklung der Dinge verfolgen. Bereits wird die politische Action, was lange nicht mehr der Fall war, merklich durch die socialen Perspectiven beeinflusst.

Der socialistische Gegensatz zwischen Capital und Arbeit, welcher sich immer mehr als Gegensatz zwischen Besitz und Nichtbesitz äußert, entsteht überall im Schoße der modernen Gesellschaft. In verschiedenen Ländern und an verschiedenen Orten tritt er gleichzeitig zu Tage. So wenig als die vom beweglichen Capital belebten Industrie- und Handels-Unternehmungen, ebensowenig hat auch die socialistische Scheidung der Gesellschaft mit Nationalität und Sprache etwas zu thun. Wir stehen hier vor einer allgemeinen Erscheinung, die allerdings durch ihr concretes Auftreten neben jenem internationalen, rein socialen Charakter in jedem Lande noch eine besondere locale und nationale Färbung



erhält, ohne daß diese That dem Wesen der Sache Eintrag thut.

Die socialökonomischen, capitalistischen Kennzeichen unserer Zeit sind wesentlich international. Man spricht bereits von einer „goldenen Internationale“ und meint damit den Bund des kosmopolitischen, mobilen Capitals, welcher Bund thatsächlich besteht, oft ohne daß er den einzelnen kleineren Capitalisten zum Bewußtsein kommt. Was Wunder, wenn auch der Socialismus allmählig, je mehr er sich fühlt, die Schranken der Völker überspringt und den Kampf gegen die bestehende Ordnung, da diese eine internationale ist, auch auf das internationale Gebiet verpflanzt.

Der Zielpunkt des modernen Socialismus ist die „Eman-  
cipation der Arbeit“. Diese Phrase hat keinen Sinn, wenn man sie nicht als Kampf gegen die Monopolkraft auffaßt, welche das Privateigenthum über die Besitzlosen hat. Die Befreiung der  
besitzlosen Arbeit von jedem Druck, die Herstellung des „Rechtes  
der Arbeit auf den vollen Arbeitsertrag“ hat weder nationa-  
les noch politisches Gewand und kann es nicht haben; sie ist  
eine allgemeine sociale Erscheinung, tritt überall auf, wo die  
gegebenen Voraussetzungen bestehen und wird daher mit diesen  
Voraussetzungen und durch sie von selbst international. \*)

\*) Bei Gelegenheit des Gründungsfestes der „Internationalen Arbeiter-  
association“ in Genf, am 22. October 1871, drückte sich „Bürger“ Gros-  
selin über diesen Gegenstand folgendermaßen aus: „Die Presse beschuldigt  
uns, das Vaterland der socialistischen Propaganda und Organisation  
zu opfern; allein die socialökonomische Emancipation der Arbeiterklasse hat  
kein Vaterland; ihre Interessen sind überall die gleichen, die Arbeit ist  
durch eine Liga der entgegengesetzten Interessen überall gleich ausgebeutet,  
weßhalb uns die Vereinzelnung tödten würde, während uns die Association  
die Gerechtigkeit rettet. Die Bedingungen der Arbeit sind nicht einge-  
schränkt durch diese oder jene Grenzen, und wir müssen allen Arbeitern  
die Hand reichen ohne Rücksicht auf den Unterschied des Landes und der  
Nationalität.“

Wenn nun diese Bedingungen für die internationale Organisation des Socialismus gegeben sind, so wird es nicht lange dauern, bis kühne Hände diesen Gedanken zu verwirklichen suchen. Wenn in allen Ländern mit moderner Gesellschaft derselbe Kampf zwischen Capital und Arbeit, zwischen „arbeitslosem Besitz und besitzloser Arbeit“ besteht, wenn überall das „Proletariat“ sich in seinen heiligsten Rechten beeinträchtigt glaubt, dann müßte man sich wundern, falls nicht in der Zeit der Eisenbahnen und Telegraphen eine internationale Vereinigung der socialistischen Arbeiter zu Stande käme. Und sie ist in der That gekommen. Unter dem Rufe „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ wurde eine „Internationale Arbeiter-Association“ gegründet, eine Gesellschaft, die man, in der Theorie wenigstens, als die bisher vollkommenste politische Gestaltung des modernen Socialismus betrachten kann.

## Zweites Capitel.

### Die Gründung der internationalen Arbeitergesellschaft. \*)

1. Arbeiter-Vereine haben schon seit Langem bestanden und sich theilweise aus dem Verfall der mittelalterlichen Institutionen in die moderne Zeit herüber gerettet, aber ihr Charakter mußte ein anderer werden, in dem Maße als die persönlichen Beziehungen sich lösten, welche früher die Träger der beiden Productionsfactoren, den Besitzer der Naturstoffe (den

\*) Die Literatur über die „Internationale“ ist nicht übermäßig reich, indem gar vieles, was über diesen Gegenstand auftaucht, sich bei näherer Prüfung als unbrauchbar erweist. Auch unsere Darstellung kann nicht auf Vollständigkeit Anspruch machen, so sehr wir uns bestrebt haben, nur Thatfähliches oder wenigstens Verbürgtes zu geben. In Deutschland erschien unter dem Titel „Die Internationale Arbeiter-Association von Wilh. Eichhoff, Berlin 1868“ ein

Eigentümer) und den Besitzer von bloßer Arbeitskraft vereinigen. Je stärker der Gegensatz sich entfaltete, an welchem unsere Zeit krankt, desto mehr gaben solche Genossenschaften den Aera zu socialistischen Neubildungen ab. Sehr rasch entstanden auch ganz neue Vereine mit der ausgesprochenen Absicht, gegen die bestehenden socialen Einrichtungen Front zu machen. Es konnte nicht lange dauern, so begannen solche Vereine auf das internationale Gebiet hinüber zu treten. Dieß war besonders dort der Fall, wo sich Arbeiter verschiedener Länder vereinigten, indem gerade dieser Umstand am meisten zur raschen Verbreitung der antisocialen Anschauungen von einem Lande in das andere beitrug. In den dreißiger und vierziger Jahren bildeten Paris und die Schweiz Hauptherde für die internationale socialistische Agitation; von dort zogen die Einzelnen wieder zurück und verbreiteten die mitgebrachten Ansichten auch in den heimischen Kreisen. Die Blicke welche die damalige Zeit auf jene Erscheinungen warf, genügten schon, um die künftige Entfaltung ahnen zu lassen und die bürgerliche Welt mit Schrecken zu erfüllen. Nach kurzer Zeit der Ruhe begann Ende der

Schriftchen, das bei den Socialisten selbst Beifall gefunden; weniger eingehend ist „Die Internationale Arbeiter-Association von Carl Hillmann 1871;“ doch wird es im „Vorboten,“ in dem zu Genf erschienenen Organe der deutschen Gruppe der „Internationale“, den Parteigenossen dringend zur Orientirung empfohlen. Was die Anzahl der Actenstücke betrifft, so muß „O. Testut, *L'Internationale, son origine, son but, ses principes, son organisation etc.* Troisième édition. Paris. E. Lachaud, 4 place du Théâtre Français, 1871“ (in deutscher Uebersetzung bei Paul Froberg in Leipzig, 1872), als das reichhaltigste Werk erklärt werden. Wir haben dieses Buch vielfach benutzt, müssen aber, wo wir uns nicht selbst von der Richtigkeit seiner Angaben überzeugen konnten, dem Verfasser die Verantwortlichkeit hiefür überlassen. Nicht genug kann man das Publicum warnen vor den Sensationsnachrichten der Tagespresse, sowie vor jenen Darstellungen, welche als angebliche „Enthüllungen“ sich geberden. Die „Internationale“ ist für unsere der Aufregung bedürftige Zeit ein wahres Gespenst geworden, und das Publicum, selbst das gebildete, liebt stark gewürzte

fünfziger Jahre, von einem Thron ausgehend, von den anderen Thronen gestützt, wieder die Aera der Revolution und wird sich diesmal nicht so leichtem Kaufs schließen lassen. Die Geschichte Europas, von der Thronbesteigung Louis Philipp's bis zum Schluß der Bewegung von 1848 und 1849 möchte man fast nur als ein Vorspiel der mit 1859 eingeleiteten Zeit betrachten; nur ist jetzt Alles großartiger geworden; nicht bloß die politische, sondern auch die sociale Revolution hat eine mächtige Gestalt angenommen; die Gegensätze haben sich verschärft, die Parteien sich gesammelt und sind sich klar geworden über die Lage. Während früher die socialistischen Vereine theilweise noch roh communistisch waren, operiren die jeigen bereits mit sorgfältig ausgearbeiteten Plänen und Actionsprogrammen. Kein Zweifel, das Vorspiel ist vorüber und die eigentliche Tragödie hat begonnen. Alles drängt mit Gewalt zur Lösung der Frage.

Nahrung. Jedenfalls muß man den eigenen Organen der „Internationale“ mehr Glauben schenken als den Zeitungsartikeln irgend eines Anonymus, die dem Leser nicht einmal die Möglichkeit einer Kritik lassen. Die Internationale ist keine geheime Gesellschaft und sagt offen, was sie erstrebt. Eines dieser nach Sensation haschenden Bücher über unsern Gegenstand ist die „Geheime Geschichte der Internationalen Arbeiter-Association von Onslow Yorke“, Berlin, Franz Duncker, 1872.“ Der Verfasser gibt vor, mit Benutzung von englischen, amtlichen Actenstücken gearbeitet zu haben, schreibt aber nach Styl und Anlage einen Roman. Am allerwenigsten liegt hier eine „geheime Geschichte“ vor. Die hauptsächlichsten Vorgänge, die erzählt werden, sind nicht geheim und das Neue, auf das man stößt, beschränkt sich auf Kleinigkeiten, die mit dem Wesen der „Internationale“ wenig zu thun haben. Irrige Angaben finden sich ebenfalls in dem Buche. So sollte es beispielsweise doch im Jahre 1872 nicht vorkommen, Garibaldi als Feind der Internationale zu bezeichnen.

Unter dem Titel „die Wahrheit über die Internationale von Dr. Edgar Bauer“ ist unlängst in Altona ein Schriftchen erschienen, dessen Inhalt aber der stolzen Ueberschrift durchaus nicht entspricht. Wir können hier nicht näher darauf eingehen, bemerken aber doch, daß der Verfasser sich nur kurz bei der jetzigen, dagegen sehr lange bei der früheren „Inter-

Daß bereits vor der Gründung der „Internationalen Arbeiter-Association“ größere Verbindungen mit socialistischen Bestrebungen bestanden, ist eine bekannte Thatsache. Auch läßt sich nicht bezweifeln, daß schon ziemlich bald Versuche gemacht wurden, die Agitation auf das internationale Gebiet hinüber zu spielen; denn dieser Gedanke lag zu nahe, um sich nicht von selbst darzubieten, und die Unzufriedenen wurden durch die Macht der Verhältnisse auf einander hingewiesen. Der deutsche Arbeiterbildungsverein, der sich im Jahre 1840 zu London gründete, war bereits international; wohl waren seine Mitglieder meistens Deutsche, aber auch Engländer, Franzosen und Scandinavier, sowie die damals unvermeidlichen Ungarn und Polen, die Schöpfkinder der revolutionären Partei jener Zeit, waren dabei. Die Satzungen jenes Vereins wurden in deutscher, englischer und schwedischer Sprache gedruckt. Die Leiter des Vereines standen in Beziehung zu den englischen Chartisten und dem Vereine der französischen Demokraten zu London und diese Vereinigungen bildeten einen „Verband der brüderlichen Demokratie“. Dieser Verband trat in Verbindung mit

nationalen Association“ aufhält. Er meint damit jenen von Flüchtlingen und Revolutionären aus Deutschland, Frankreich, Italien, Rußland und den Donauländern gebildeten Club, der Jahrzehnte lang in London bestand. Diese Vereinigung hat aber mit der gegenwärtigen „Internationale“ kaum noch den Namen gemeinsam und beide verhalten sich zu einander wie „bürgerliche“ Demokraten und Socialdemokraten. Allerdings hat schon Bauer 1859 als Secretair jener älteren „Internationale“ darauf hingewirkt, daß sich die Gesellschaft nur mit der ökonomischen Frage beschäftigen solle. Die national-unitarische Politik, welcher sich jene ältere „Internationale“ widmete, begann damals durch Savoyen und Preußen in die Hand genommen zu werden. Schließlich (S. 12) sagt Bauer selbst, daß jene frühere politische „Internationale“ verschwunden sei, daß zwischen ihr und der jetzigen kein Zusammenhang bestehe, daß die gegenwärtige Gesellschaft nur den communistischen Gedanken pflege und den Kampf zwischen Capital und Arbeit führe. Von dieser neueren „Internationale“, speciell auch von Karl Marx, spricht er nicht sehr achtungsvoll und weiß für die gegenwärtigen internationalen Häupter in London keinen anderen Vergleich, als den

einer Anzahl demokratischer Vereine in Belgien, zu welchen auch die deutsche Arbeitergesellschaft in Brüssel gehörte. („Alln. Ztg.“ 1871. Nr. 308 I. nach der „Times.“)

Auf dem Gründungsfest der „Internationale“ zu Genf, 22. Oct. 1871, sprach „Bürger“ Vefrançais: Eine Frau war es: (Worbote 1871. Nr. 11 S. 166) die Bürgerin Johanna Derouin, welche zuerst 1849 den Gedanken bekam, alle Arbeiter-Associationen zu einer großen Föderation solidarisch zu vereinigen.“

Ernstlich angegriffen wurde die Sache durch das 1847 geschriebene und 1848 dem Drucke übergebene „Manifest der communistischen Partei“, an dessen Abfassung Carl Marx hervorragenden Antheil hatte; es ist bereits ganz international und schließt mit dem Aufrufe: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ Wir haben einen Auszug aus diesem Manifeste bereits S. 4 gegeben. Es verlangte Aufhebung des Privatgrundbesitzes, Centralisation des Credits in einer Staatsbank, Vereinigung der Verkehrsmittel in den Händen des Staates, nationale Arbeiterwerkstätten, Urbarmachung und Bebauung des Landes nach einem gemeinsamen Plane und unentgeltlichen

mit der Familie Gogo, aus dem Romane von Paul de Kock. Ueber diese „Gogo-Stimmung“ in der „Internationale“ sagt er S. 4: „Staatsmännische Wichtigkeit, geschlechtliche Schaffenslust, allmenschheitliche Bedeutung — und kleiner Zant um 2 Pfd. Sterlinge. Weltbeherrschung und — Verdächtigung wegen Spionage. Wechselseitige Verehrung der Edeln und — Eifersucht über den Ruhmes-Chignon, den der Eine vielleicht höher und gehäuschter auf dem Haupte trägt als der Andere. Lenkung des Hebels der Revolution und — Lakaienschaft für die Speculanten. Gewaltiger Drang nach Macht, Einfluß, Reichthum und die Entfugung des Märtyrers. Der Pendel der Familie Gogo schwebet allezeit hin und her zwischen dem im Pariser Petroleumdampf geschwärzten Räuberthum und — ladirten Stiefeln und Glanzhandschuhen. Halb schauerlich — halb lächerlich!“ Zum Schluß träumt Bauer von einem Kriege mit England und meint, dann werde diesem Lande die Demokratie, die es beherbergt, den höchsten Dienst leisten. England werde der europäischen Rentenpartei (der Bourgeoisie) gegenüber die „Bankrottpartei“ (die „Internationale“) entfesseln; dagegen würden sich die übrigen Mächte vorsehen; die Rentenpartei in Deutschland und Frank-

Schulunterricht. Damals bildete sich in der That ein Communistenbund in Deutschland, der auch internationale Ausdehnung gehabt zu haben scheint. Es wurde ein internationaler Congress nach Brüssel angeschrieben, zu welchem die gesammte socialistische Demokratie Europas eingeladen werden sollte. Die Februarrevolution kam dazwischen und später bereitete der Sieg der „Reaction“ und die dadurch eingetretene Entmuthigung der Socialisten die weitere Verfolgung der Pläne.

Viele Mitglieder dieses Communistenbundes tauchten später als Mitglieder der „Internationale“ wieder auf, so Marx, Engels, Liebknecht, u. A. Der Letztere nennt (Prot. d. allg. deutsch. socialdemokr. Arb. - Congresses zu Eisenach, Leipzig, Ziele, S. 44) jene Gesellschaft eine geheime, zur Verbreitung socialdemokratischer Ideen. Jener Bund hatte zuerst in London, dann in Cöln seinen Sitz. Marx schrieb 1853 über den Proceß, der dem Bunde gemacht wurde, eine kleine Schrift unter dem Titel: „Euthüllungen über den Communistenproceß in Cöln.“ Dadurch, daß Liebknecht (a. a. O. S. 44) als ersten Centralitz. des Bundes London nennt, scheint er ihm einen internationalen Charakter zuzuschreiben.

Das Erwachen der socialistischen Bewegung begann erst wieder mit dem Jahre 1859 und zwar in London bei Gelegenheit einer großen Arbeitseinstellung der Bauhandwerker. Auch nach Beendigung des Kampfes suchte man die Vereinigung der Genossen aufrecht zu erhalten und auf die Politik einzuwirken. Man verlangte 1860 das allgemeine geheime Stimmrecht, unterhielt während des nordamerikanischen Bürgerkrieges eine Agitation für die Nordstaaten, betheiligte sich lebhaft an der italienischen, mexikanischen und schleswig-holsteinischen Frage; das reich. wurden gemeinsam London durch eine deutsche Besatzung gegen die Kühnheit der „Bankerottpartei“ (der entfesselten Socialisten) schützen; der Ausschlag würde dann bei Rußland liegen, je nachdem sich dies auf die eine oder andere Seite stellte. — Vielleicht werden die socialistischen Massen vereinst noch ein gewichtiges Element in der politischen Berechnung der Zukunft bilden.

Stehlingsstoma der Herren aber war Polen und dessen Wiederherstellung wurde regelmäßig begehrt.

Inzwischen hatten sich auch die Pariser Arbeiter von dem Schläge wieder erholt, der sie in der Juni-Schlacht und durch den 2. December getroffen. Sie hatten Zeit zum Nachdenken gehabt. Bei Gelegenheit der Londoner Ausstellung von 1862 erlaubte Napoleon III., daß jedes Gewerke seine Abgeordneten hinsenden dürfe. In London empfing man die Franzosen mit der Mahnung, es sei Zeit, daß die Arbeiter der verschiedenen Länder die Identität ihrer Interessen einsähen. Diese Worte und die empfangenen Eindrücke wirkten. Die polnische Revolution brach aus und wurde als Anlaß zu gemeinsamen Erklärungen benutzt. Wieder schickten die Pariser Arbeiter eine Deputation über den Canal, damit ihre Kameraden dort ebenfalls für Polen wirkten. Auf einem Meeting am 22. Juli 1863, zu welchem die Franzosen gerade noch recht kamen, wurde Politisches und Sociales durcheinandergemengt; auf einem zweiten Meeting sagte Odger, es müsse den diplomatischen Intriquen Halt geboten, der allgemeine Friede hergestellt und die Arbeit gegen den Druck des Capitals geschützt werden; besonders nothwendig aber seien allgemeine Arbeiter-Congresse, um zu verhindern, daß in Ländern mit hohem Lohn fremde Arbeiter eingeführt würden und den Lohn drückten. Die Pariser Arbeiter kehrten heim, gewannen ihre Kameraden für die Sache und im nächsten Jahre wurde wieder eine Deputation nach London gesandt.

2. Diese dritte Gesandtschaft der Pariser Arbeiter wirkte mit bei der Gründung der „Internationalen Arbeiter-Association.“ Es war dieß am 28. Sept. 1864 auf dem Meeting in St. Martinshall in London. Tolain, später wegen seiner Beteiligung an der französischen Nationalversammlung nach Niederwerfung des Pariser Aufstandes von 1871 von der „Internationale“ ausgestoßen, sprach im Namen der französischen Arbeiter. Anwesend waren unter Anderen Major



Wolff (Privatsecretär Mazzini's) und Carl Marx. In der Ansprache der Pariser Arbeiter (Berl. Revue 1872. 3. S. 84) wurde gegen die Cäsaren gedonnert, „deren Stirne mit blutigen Kronen geschmückt“ sei, das zu befreiende Polen erwähnt und dann ging man auf die sociale Frage über; das Capital concentrirte und organisirte sich als eine zukünftige Aristokratie, die selbst den Kleinsten Besitz verschlinge; das Wissen sei ein Privilegium des Capitals, der Mensch nur noch ein mechanisches Werkzeug, der Freihandel werde ohne die Solidarität der Arbeiter eine noch fürchterlichere Sklaverei bringen, als die des Feudalismus gewesen; „wir Arbeiter aller Länder müssen vereint eine unübersteigliche Schranke dem verderblichen System entgegensetzen, welches die Menschheit in zwei durchaus verschiedene Classen scheidet: eine Masse hungernder und unwissender Wesen und eine Raste fettbäuchiger Mandarinen.“

Die Versammlung erwählte einen Ausschuß von 50 Mitgliedern aus allen Ländern; dieser sollte in London seinen Sitz haben, und die Satzungen einer internationalen Arbeitergesellschaft entwerfen; ein allgemeiner Congreß zu Brüssel sollte dann im nächsten Jahre diese Satzungen berathen. Für Deutschland wurden Mitglieder dieses Comites Carl Marx und Eccarius.

Dieses ist die Genesis der „Internationale.“

Auch Mazzini betheiligte sich an dem Plane, den Socialismus auf internationaler Grundlage zu organisiren. Schon damals aber entstand ein Zwiespalt zwischen ihm und Marx, vielleicht aus Ehrgeiz, weil keiner dem andern weichen wollte. Es handelte sich um Abfassung einer Inauguraladresse, in welcher die Association die Arbeiter sämtlicher Länder der modernen Gesellschaft zum Beitritte aufforderte. Mazzini verfaßte eine solche Adresse und die dazu gehörigen Statuten. „In seiner Adresse wiederholte Mazzini sein politisches Programm, verbrämt mit etwas socialistischer (für die Italiener charakteristischer) Phraseologie. Er donnerte gegen den Classenkampf. Seine Statuten waren abgefaßt in der streng centralistischen Weise,

wie sie für politische Verschwörungsgeellschaften paßt, dagegen von vornherein die Lebensbedingungen einer internationalen Arbeiterassociation vernichten würde, welche nicht eine Bewegung zu schaffen, sondern nur die in verschiedenen Ländern bereits vorhandene und verzettelte Classenbewegung zu einigen und zu verbinden hat.“ (W. Eichhoff, die Int. Arb.-Assoc. S. 4.)

Mary legte seinerseits Adresse und Statuten vor, und der Italiener mußte dem Deutschen weichen. Mazzini zog sich großem Zorn zurück, und die Mary'schen Vorlagen wurden einstimmig angenommen, seine provisorischen Statuten erhielten später durch den Genfer Congreß endgiltige Sanction:

3. Die Marx'sche Inauguraladresse, \*) schwerfällig und langsam, mehr ein wissenschaftliches als ein agitatorisches Werk, wendet sich an die „Männer der Arbeit“ und sagt:

„Es ist eine große Thatsache, daß das Elend der Arbeiterclassen sich in den Jahren 1848 bis 1864 nicht vermindert hat, obgleich gerade diese Periode in den Annalen der Geschichte beispiellos dasteht in Bezug auf die Entwicklung ihrer Industrie und das Wachstum ihres Handels. Im Jahre 1850 prophezeite ein gemäßigtes Organ der britischen Bourgeoisie, anscheinend im Besitz von mehr als gewöhnlichen Kenntnissen, daß, wenn die Aus- und Einfuhr Englands um 50 Procent steigen, der Pauperismus in England auf den Nullpunkt sinken würde. Aber ach! Am 7. April 1864 entglückte Mr. Gladstone, der englische Schatzkanzler, seine Zuhörerschaft durch den Nachweis, daß der Gesamtwert der englischen Ein- und Ausfuhr im Jahre 1863 auf 443,955,000 Pfd. Sterl. angeschwollen sei, eine Summe, welche ungefähr den dreifachen Betrag des Umsatzes in dem verhältnismäßig erst vor kurzem verfloßenen Jahre 1848 ausmache. Bei alledem aber war er genöthigt, auch des socialen Elendes zu gedenken. Er mußte sprechen von Denjenigen, die an der Grenze der Hungerstoth angelangt seien, von Arbeitslöhnen, die um keinen Pfennig gestiegen seien, vom menschlichen Leben, welches in neun Fällen unter zehn nur ein Kampf um die tägliche Existenz sei. . . Als die Panik des Garottirens eine gewisse Höhe erreicht hatte, veranlaßte das Haus der Lords eine Untersuchung

\*) Ausführlich abgedruckt durch Eichhoff a. a. O. S. 5 ff. und in andern Schriften.

und einen Bericht über Transportation und Zuchthausstrafe. In dem biden Blackbuch von 1833 ward es bewiesen durch officiële Thatsachen und Zahlen, daß die schlechtesten unter den verurtheilten Verbrechern, die Zuchthaussträflinge England's und Schottland's, sich weit weniger zu schinden hatten, und viel besser genährt waren, als die Agriculturarbeiter Englands und Schottland's. Als in Folge des Bürgerkrieges in Amerika die Industriearbeiter in Lancashire und Cheshire auf die Strafe geworfen waren, sandte dasselbe Haus der Lords einen Arzt in die Fabrikdistricte, um festzustellen, wieviel Kohlen- und Stiefstoff unumgänglich nothwendig sei, um dargeboten in der einfachsten und billigsten Form, gerade zur Abwehr des Hungertypus hinzureichen. Dr. Smith, der ärztliche Commissar des Parlaments, ermittelte die wöchentliche Ration, welche durchschnittlich gerade hinreichend sei, um einen Erwachsenen über dem Niveau der Hungerkrankheiten zu halten, und er fand, daß diese Quantität so ziemlich mit der dürftigen Nahrung übereinstimme, auf welche der Druck der äußersten Noth die armen Baumwollarbeiter thatsächlich angewiesen hatte. Derselbe Arzt wurde später von der Regierung wieder beauftragt, die Nahrung des ärmeren Theils der Arbeiterklasse zu untersuchen. Und was entdeckte der Arzt? Daß die Seidenweber, Näherinnen, Handschuhmacher, Strumpfwirker und andere Arbeiter durchschnittlich nicht einmal die Nothstandsration der Baumwollarbeiter, nicht einmal denjenigen Betrag von Kohlen- und Stiefstoff erhielten, welcher gerade hinreicht zur Abwehr von Hungerkrankheiten. \*) . . . Dies sind peinliche Betrachtungen, namentlich wenn man bedenkt, daß die Armuth, auf welche sie Bezug haben, nicht die verdiente Armuth des Müßigganges ist: in allen aufgeführten Fällen ist es die Armuth der arbeitenden Bevölkerung. Und in der That, gerade die Arbeit, welche eine so kargliche Ration von Nahrungsmitteln erlangt, wird in den meisten Fällen über die Maßen ausgedehnt. . . . Geblendet durch den „Fortschritt der Nation“, ruft der Schatzkanzler aus: „In den Jahren 1842—1852 hat sich das steuerpflichtige Einkommen des Landes um 6 Procent vermehrt, in den acht Jahren 1853—1861 hat es im Verhältniß zum Einkommen des Jahres 1853 um 20 Procent zugenommen. Diese Thatsache ist so staunenswerth, daß sie beinahe unglaublich ist“ . . . „Diese berauschende Vermehrung von Reichthum und Macht,“ fügt Mr. Gladstone hinzu, „ist ganz und gar auf die besitzenden Classen beschränkt.“ \*\*) . . .“

\*) Marx gibt die Resultate jener amtlichen Untersuchung ausführlich wieder in: das „Capital“, 1867 S. 642 ff.

\*\*) Ueber diesen letzten Satz ist ein Streit ausgebrochen zwischen der „Concordia, Zeitschrift für die Arbeiterfrage, Berlin, Enslin“ und Marx

Mary fährt dann fort:

„Und dagegen die Rehrseite der Medaille. Die dem Hause der Gemeinen am 20. Juli 1864 vorgelegten amtlichen Berichte über den Ertrag der Einkommen- und Grundsteuer belehren uns, daß in der Zeit vom 5. April 1862 bis 5. April 1863 die Anzahl der Personen mit einem jährlichen Einkommen von 50,000 Pfd. Sterling und darüber von 67 auf 80 Personen gestiegen sei. Derselbe amtliche Bericht enthüllt die Thatsache, daß ungefähr 3000 Personen sich in ein jährliches Einkommen von ungefähr 25 Millionen Pfund Sterling zu theilen haben. Schlägt die amtlichen Listen von 1861 auf, und Ihr werdet finden, daß die Anzahl der Grundeigentümer in England und Wales von 16,934 Personen im Jahr 1851 auf 15,066 im Jahr 1861 zusammengeschmolzen ist, so daß die Concentration des Grundbesitzes in 10 Jahren um 11 Procent zugenommen hat . . . Wir sind darum so lange bei diesen Thatsachen stehen geblieben, weil England an der Spitze des Handels und der Industrie Europas steht . . . Mit einer andern Localfärbung und auf etwas kleinerer Stufenleiter pflanzen sich die englischen Zustände in allen in ihrer industriellen Entwicklung begriffenen Ländern des Continents fort. In allen diesen Ländern hat seit dem Jahre 1848 eine unerhörte Entwicklung der Industrie, eine ungeahnte Ausdehnung des Ein- und Ausfuhrhandels stattgefunden. In allen war die ganz und gar auf die besitzenden Classen

selbst. Das genannte Blatt, im Sommer 1871 von einem Bund evangelisch-conservativer Fabricanten gegründet, behauptete (Nro. 10, 1872), Mary habe diesen Satz „formell und materiell hinzugelogen“ und stützt sich dabei auf die halbamtlichen Ausgaben der Parlamentsreden von Hansard; es führt aus: Gladstone habe, nachdem er die außerordentliche Vermehrung der Einkommensteuer nachgewiesen, noch besonders betont, daß auch die Lage der nicht einkommensteuerpflichtigen Bevölkerung, (die also unter 150 Pfd. Sterl. Einkommen besitzt) sich in fast beispielloser Weise verbessert habe.

Es ist dieß offenbar das directe Gegentheil von dem, was Mary in seiner Inauguraladresse Gladstone in den Mund legt. Mary vertheidigte sich im „Vollsstaat“ (1872 Nro. 44), indem er sich besonders auf ein vor Gründung der „Internationale“ und vor Abfassung seiner Adresse erschienenenes Buch „The Theory of Exchanges,“ (London 1864, Newly, p. 134) beruft. Ferner citirt Mary auch die „Times“ vom 17. April 1863. Die Replik in der „Concordia“ (1872, Nro. 27) citirt aber diese angezogene Stelle in der „Times“ (p. 7. Sp. 5) v o l l s t ä n d i g; sie lautet nach seiner Quelle: „So steht es mit dem Reichthum dieses Landes. Ich für meinen Theil würde beinahe mit Besorgniß und mit Pein auf diese berauschende Vermehrung von Reich-

beschränkte Vermehrung von Reichthum und Macht ebenfalls wahrhaft berauschend. . . . Überall sank die große Masse der arbeitenden Classen in immer tieferes Elend, mindestens in demselben Maße, als die oberen Classen auf der socialen Scala stiegen. In allen Ländern Europa's steht es jetzt als unumstößliche Wahrheit fest, daß weder die Bervollkommnung der Maschinen, noch die Nuzbarmachung der Wissenschaft für die Industrie und Agriculturproduction, weder die Hilfsmittel und Kunstgriffe des Verkehrs, noch neue Colonieen oder Auswanderung, weder die Eroberung neuer Märkte, noch der Freihandel oder alle diese Dinge zusammengenommen, das Elend der gewerbtätigen Massen zu beseitigen vermögen, daß vielmehr auf der falschen Grundlage des Bestehenden jede frische Entwicklung der schöpferischen Kraft der Arbeit nur dahin zielt, die socialen Gegensätze zu vertiefen und den socialen Conflict zu schärfen. . . ."

Mary erwähnt dann des Umstandes, daß die Organisation der Arbeiter nach dem Fehlschlagen der Revolution von 1848 auf dem Continent zermalmt wurde und daß hiedurch auch in England das Vertrauen der Arbeiter in die eigene Sache brach. Die Chartistenbewegung schloß ein, die Pressorgane der Arbeiter starben an der Theilnahmslosigkeit der Massen. Zwei Errungenschaften aber blieben für die englischen Arbeiter bestehen; die

thum und Macht bilden, wenn ich glaubte, daß sie auf die Classen beschränkt sei, die sich in angenehmen Verhältnissen befinden. Es ist hier gar keine Notiz von der Arbeiterbevölkerung genommen. Die Vermehrung, die ich beschrieben habe, ist lediglich auf die Classen beschränkt, die Eigenthum besitzen (d. h. die über 150 Pfd. Sterl. Einkommen haben). Aber wir haben den unschätzbaren Trost, daß, während die Reichen reicher, die Armen weniger arm geworden sind. Ich will mich nicht unterfangen zu sagen, daß die Lage der äußersten Armuth sich verbessert habe, aber wir sind so glücklich zu wissen, daß die Durchschnittslage des britischen Arbeiters innerhalb der letzten 20 Jahre in einem Grade sich verbessert hat, der außerordentlich ist, und den wir beinahe für beispiellos in der Geschichte jeglichen Landes und jeglichen Zeitalters erklären können." Ferner nennt die Concordia die erwähnte Theory of Exchgs. eine Schmähschrift, deren Citat auf Fälschung beruhe; auch Gladstone's „Financial Statement, London 1863" veröffentlichte (p. 403) jene berühmte Rede des Ministers wörtlich und übereinstimmend mit der „Times", sowie mit der von der „Concordia" gegebenen Darstellung. — Der Gegner von Mary hält indessen (Conc. Nr. 28) doch die von Mary mitgetheilte Statistik vollständig aufrecht und sagt, Beesly habe sie mit Recht als „Schrecken erregend" bezeichnet.

erste war die Zehn-Stunden-Bill; sie war „nicht bloß ein großer praktischer Erfolg, sie war der Sieg eines Princips: zum ersten Mal am hellen, lichten Tag unterlag die politische Oekonomie der Bourgeoisie der politischen Oekonomie der Arbeiterklasse.“ Als zweite Errungenschaft bezeichnet Marx die Cooperativbewegung, insbesondere die auf dem Princip der Cooperation beruhenden, durch wenige unverzagte, wenn auch ununterstützte „Hände“ ins Leben gerufenen Fabriken. Von den gelungenen Versuchen der Cooperation der Arbeiter ausgehend sagt die Adresse weiter:

„Durch die That haben sie bewiesen, daß Production in großem Maßstab und in Uebereinstimmung mit den Geboten moderner Wissenschaft stattfinden kann ohne die Existenz einer Classe von Arbeitgebern, die einer Classe von Arbeitnehmern zu thun gibt, daß die Arbeitsmittel nicht als ein Werkzeug der Herrschaft über und der Ausbeutung gegen den Arbeitenden monopolisirt zu werden brauchen, und daß Lohnarbeit, wie Sklavenarbeit, wie Leibeigenschaft, nur eine vorübergehende und untergeordnete Form ist, die, dem Untergange geweiht, verschwinden muß vor der associirten Arbeit.“

Er gibt „ferner zu, daß, bevor als Reaction gegen die unbegrenzte Ausbeutung, unter welcher die Arbeiter während der Herrschaft der absoluten Freiheit zu leiden hatten, eine neue Regelung der Arbeitsverhältnisse sich anzubahnen begann, Zustände unter der englischen Arbeiterbevölkerung vorherrschend waren, bei deren Fortbestehen eine bleibende Degeneration der Menschengrace hätte erzeugt werden müssen.“ Aber die Arbeitsgesetzgebung und die Gewerksvereine wirkten derart dagegen, daß Gladstone mit vollem Recht von der „außerordentlichen und in allen Ländern und zu allen Zeiten beispiellosen“ Besserung der Lage der englischen Arbeiter innerhalb der Jahre 1842 bis 1863 habe reden können. Diese Arbeitsgesetzgebung und die Gewerkschaften beschränkten sich indessen nur auf wenige Gewerke, daher doch noch vielfach schauerhafte Zustände herrschen. Marx ignoreire — so sagt sein Gegner in der „Concordia“ — die wohlthätige Wirkung jener beiden Einrichtungen möglichst, weil er den Eindruck hervorbringen wolle, „daß im heutigen Staate, während die Lage der Besitzenden fortwährend aufs Erstaunlichste sich verbessere, die Lage der arbeitenden Classe unrettbar einer steten Verschlechterung entgegengehe; daß die Arbeiter von dem heutigen Staate absolut nichts zu erwarten haben, daß nichts ihnen helfen könne, als die Besiznahme der politischen Gewalt durch die Arbeiterklasse.“

Damit hat Marx das Ziel der „Internationale“ bezeichnet. Die Cooperativarbeit soll erstrebt werden, aber nicht in der von einem Theil der Arbeiter ausgeführten Weise, sondern durch gänzliches Verschwinden der Lohnarbeit, d. h. durch Aufhebung des Privateigenthums. Dieses entspricht ganz dem bereits bekannten System von Marx. Damit aber die Arbeiterklasse die von der Natur gegebenen Productionsmittel in ihre Hand erhalte, müssen alle diese Dinge Eigenthum der Gesamtheit werden; dieß läßt sich aber bloß dadurch erreichen, daß die Arbeiter als Classe politische Macht erlangen und die Staatsgewalt in ihre Hände bekommen. Daher fährt Marx fort:

„Um die gewerthätigen Massen zu retten, müßte Cooperativarbeit zu nationalen Dimensionen entwickelt, und folgerichtig durch Staatsmittel gefördert werden. Dagegen aber werden die Herren des Grundbesitzes und des Capitals stets ihre politischen Privilegien zur Verteidigung und Verewigung ihrer ökonomischen Monopole aufbieten. Deshalb ist es die große Pflicht der arbeitenden Classen, politische Macht zu erobern. Sie scheinen dieß begriffen zu haben, denn in England, Deutßchland, Italien und Frankreich hat ein gleichzeitiges Wiederaufleben stattgefunden, und ein gleichzeitiges Streben nach einer politischen Reorganisation der Arbeiterpartei.

„Ein Element des Erfolges besitzen sie — Zahlen; aber Zahlen wiegen nur dann schwer in der Wage, wenn sie durch ein Bündniß vereinigt und einem bewußten Ziele entgegengeführt werden. . . . Diese Erwägung veranlaßte die Arbeiter verschiedener Länder, welche sich am 28. September 1864 zu einem öffentlichen Meeting in St. Martin's Hall versammelt hatten, die Internationale Arbeiter-Association zu gründen.

„Noch eine andere Ueberzeugung beherrschte dies Meeting.

„Wenn die Emancipation der arbeitenden Classen deren gegenseitigen brüderlichen Beistand erfordert, wie können sie diese große Mission erfüllen, wenn die auswärtige Politik der Regierungen strafbare Pläne verfolgt, nationale Vorurtheile in Bewegung setzt, und in Raubzügen das Blut und den Schatz des Volkes vergeudet? Nicht die Weisheit der herrschenden Classen, sondern der heldenmüthige Widerstand der arbeitenden Classen von England war es, was den Westen von Europa verhinderte, sich über Hals und Kopf in einen infamen Kreuzzug für die Verewigung der Sklaverei jenseits des atlantischen Oceans zu stürzen. Der schamlose Beifall, die nur scheinbare Sympathie oder der beschränkte Gleichmuth, mit welchem

die oberen Classen Europa's die Bergfestung des Kaukasus Rußland zur Beute fallen und das heldenmüthige Polen durch Rußland haben vernichten sehen, die leicht hingegenommenen Uebergriffe dieser barbarischen Macht, deren Haupt in St. Petersburg, deren Hände in allen Cabineten Europas sitzen, haben den arbeitenden Classen die Pflicht gelehrt, sich selbst der Mysterien der internationalen Staatskunst zu bemächtigen, die Diplomatie ihrer Regierungen zu überwachen, ihnen nöthigenfalls mit aller ihnen zu Gebot stehenden Macht entgegenzuarbeiten, und wenn außer Stande, den Streich zu verhindern, sich zu gleichzeitiger öffentlicher Anklage zu verbinden und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts zu proclamiren, welche ebenso wohl die Beziehungen Einzelner regeln, als auch die obersten Gesetze des Verkehrs der Nationen sein sollten.

„Der Kampf für solch eine auswärtige Politik bildet einen Theil des allgemeinen Kampfes für die Emancipation der arbeitenden Classen.

„Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“

4. Gleichzeitig mit der Adresse legte Marx auch Statuten der Gesellschaft vor, welche ebenfalls angenommen und von dem 1866 zu Genf abgehaltenen Congreß endgiltig genehmigt wurden. Sie lauten in ihrer neuesten Fassung: \*)

Allgemeine Statuten der Internationalen Arbeiter-Association. Amtliche deutsche Ausgabe (revidirt durch den Generalrath).

In Erwägung, daß die Emancipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden muß; daß der Kampf für die Emancipation der Arbeiterklasse kein Kampf für Classenvorrechte und Monopole ist, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und für die Vernichtung aller Classenherrschaft; daß die ökonomische Unterwerfung des Arbeiters unter den Aneigner der Arbeitsmittel, d. h. der Lebensquellen, der Knechtschaft in allen ihren Formen zu Grunde liegt — dem gesellschaftlichen Elend, der geistigen Verkümmern und der politischen Abhängigkeit; daß die ökonomische Emancipation der Arbeiterklasse daher der große Endzweck ist, dem jede politische Bewegung als Mittel unterzuordnen ist; daß alle auf dieses Ziel gerichteten Versuche bisher gescheitert sind aus Mangel an

\*) Wir geben diese Statuten nach einer im „Volksstaat“ 1872 No. 12 enthaltenen, amtlichen deutschen Ausgabe; sie unterscheiden sich von einem älteren Abdrucke, den Eichhoff (S. 16) gibt, bloß durch unwesentliche Aenderungen, haben aber den Vorzug der Neuheit und der besseren Uebersetzung.



Einigung unter den mannichfachen Arbeitszweigen jedes Landes, und an der Abwesenheit eines brüderlichen Bundes unter den Arbeiterclassen der verschiedenen Länder; daß die Emancipation der Arbeiterklasse weder eine locale, noch eine nationale, sondern eine sociale Aufgabe ist, welche alle Länder umfaßt, in denen die moderne Gesellschaft besteht und deren Lösung vom praktischen und theoretischen Zusammenwirken der fortgeschrittensten Länder abhängt; daß die gegenwärtig sich erneuernde Bewegung der Arbeiterklasse in den industriellsten Ländern Europas, während sie neue Hoffnungen wach ruft, zugleich feierliche Warnung ertheilt gegen einen Rückfall in die alten Irthümer, und zur sofortigen Zusammenfassung der noch zusammenhangslosen Bewegungen drängt;

Aus diesen Gründen ist die Internationale Arbeiter-Association gestiftet worden. Sie erklärt:

Daß alle Gesellschaften und Individuen, die sich ihr anschließen, Wahrheit, Gerechtigkeit und Sittlichkeit anerkennen als die Regel ihres Verhaltens zu einander und zu allen Menschen, ohne Rücksicht auf Farbe, Glaube oder Nationalität; keine Pflichten ohne Rechte, keine Rechte ohne Pflichten. Und in diesem Geiße sind die nachfolgenden Statuten verfaßt.

Art. 1. Die gegenwärtige Association ist gegründet zur Herstellung eines Mittelpunktes der Verbindung und des planmäßigen Zusammenwirkens zwischen den in verschiedenen Ländern bestehenden Arbeitergesellschaften, welche dasselbe Ziel verfolgen, nämlich den Schutz, den Fortschritt und die vollständige Emancipation der Arbeiterklasse.

Art. 2. Der Name der Gesellschaft ist Internationale Arbeiter-Association.

Art. 3. Jährlich versammelt sich ein allgemeiner Arbeitercongreß, bestehend aus Abgeordneten der Zweige der Association. Der Congreß verkündet die gemeinsamen Bestrebungen der Arbeiterklasse, ergreift die für das erfolgreiche Wirken der Association nothwendigen Maßregeln, und ernennt den Generalrath der Gesellschaft.

Art. 4. Jeder Congreß bestimmt Zeit und Ort für die Zusammenkunft des nächsten Congresses. Die Abgeordneten versammeln sich zur bestimmten Zeit und Stelle, ohne daß dazu eine besondere Einladung erheischt wäre. Der Generalrath kann im Nothfall den Ort der Zusammenkunft verlegen, aber nicht ihren Zeitpunkt aufschieben. Der Congreß bestimmt jährlich den Sitz des Generalraths und ernennt dessen Mitglieder. Der so ernannte Generalrath ist ermächtigt, sich neue Mitglieder beizufügen. Auf seinen jährlichen Zusammenkünften erhält der Congreß einen öffentlichen Bericht über die Jahresarbeit des Generalraths. Letzterer kann in dringenden Fällen den Congreß vor dem regelmäßigen jährlichen Termin berufen.

Art. 5. Der Generalrath wird gebildet aus Arbeitern der verschiedenen in der Association vertretenen Länder. Er besetzt aus seiner Mitte die zur Geschäftsführung nöthigen Stellen, wie die des Schatzmeisters, Generalsecretärs, der correspondirenden Secretäre für die verschiedenen Länder u. s. w.

Art. 6. Der Generalrath wirkt als internationale Agentur zwischen den verschiedenen nationalen und localen Gruppen der Association, so daß die Arbeiter eines Landes fortwährend unterrichtet bleiben über die Bewegungen ihrer Classe in allen andern Ländern; daß eine Untersuchung über den socialen Zustand der verschiedenen Länder Europas gleichzeitig und unter gemeinsamer Leitung stattfindet, daß Fragen von allgemeinem Interesse, angeregt von einer Gesellschaft, von allen andern aufgenommen werden, und daß, im Fall der Nothwendigkeit sofortiger praktischer Schritte — wie z. B. bei internationalen Zwisten — die verbündeten Gesellschaften sich gleichzeitig und gleichförmig bethätigen können. Bei jeder passenden Gelegenheit ergreift der Generalrath die Initiative der den verschiedenen nationalen oder localen Gesellschaften zu unterbreitenden Vorlagen. Zur Erleichterung seines Verkehrs mit den Zweiggesehschaften veröffentlicht der Generalrath periodische Berichte.

Art. 7. Da einerseits der Erfolg der Arbeiterbewegung in jedem Lande nur gesichert werden kann durch die Macht der Einigung und Combination, während andererseits die Wirksamkeit des internationalen Generalraths wesentlich dadurch bedingt ist, daß er mit wenigen nationalen Centren der Arbeitergesellschaften verhandelt, statt mit einer großen Anzahl kleiner und zusammenhangsloser localer Gesellschaften, — so sollen die Mitglieder der Internationalen Association alle ihre Kräfte aufbieten zur Vereinigung der zerstreuten Arbeitergesellschaften ihrer betreffenden Länder in nationale Körper, repräsentirt durch nationale Centralorgan e. Es versteht sich von selbst, daß die Anwendung dieses Artikels von den Sondergesetzen jedes Landes abhängt und daß, abgesehen von gesetzlichen Hindernissen, keine unabhängige locale Gesellschaft von directer Correspondenz mit dem Generalrath ausgeschlossen ist.

Art. 8. Jede Section hat das Recht, ihren eigenen, mit dem Generalrath correspondirenden Secretär zu ernennen.

Art. 9. Jeder, der die Principien der Internationalen Arbeiter-Association anerkennt und verteidigt, ist wählbar als Mitglied derselben. Jede Zweiggesehschaft ist verantwortlich für die Unbescholtenheit der Mitglieder, die sie aufnimmt.

Art. 10. Bei Veränderung des Wohnsitzes von einem Land zum andern erhält jedes Mitglied der Internationalen Association die brüderliche Unterstützung der mitverbündeten Arbeiter.

Art. 11. Obgleich vereintigt zu einem ewigen Bund brüderlichen Zusammenwirkens, behalten Arbeitergesellschaften, welche sich der Internationalen Arbeiter-Association anschließen, ihre bestehende Organisation unverfehrt.

Art. 12. Die gegenwärtigen Statuten können durch jeden Congreß abgeändert werden, sobald zwei Drittel der anwesenden Delegirten sich dafür erklären.

Art. 13. Alles, was nicht in den vorstehenden Statuten vorgesehen ist, wird durch besondere Verordnungen ergänzt, welche der Revision jedes Congreffes unterliegen.

5. Zu diesen Statuten gehören noch Verwaltungs-Verordnungen, welche der Volksstaat (1872 Nr. 12) ebenfalls veröffentlicht, in der Weise, daß auch die Beschlüsse der letzten Conferenz der „Internationale“ vom September 1871 eingetragen sind. In dieser Form lauten sie:

Verwaltungs-Verordnungen (revidirt im Einklang mit den Beschlüssen der Congresse (1866—69) und der Londoner Conferenz 1871.)

I. Der allgemeine Congreß. 1. Jedes Mitglied der Internationalen Arbeiter-Association ist stimmfähig und wählbar bei den Delegirtenwahlen zum allgemeinen Congreß.

2. Jede Zweiggeseellschaft, welches immer die Zahl ihrer Mitglieder, kann einen Delegirten zum Congreß senden.

3. Jeder Delegirte hat nur eine Stimme auf dem Congreß.

4. Die Unkosten der Delegirten werden bestritten von den sie ernennenden Zweiggeseellschaften oder Gruppen.

5. Ist eine Zweiggeseellschaft außer Stande, einen Delegirten zu senden, so kann sie sich wegen Ernennung eines gemeinsamen Delegirten mit andern benachbarten Zweigen einigen.

6. Jede Zweiggeseellschaft oder Gruppe von mehr als 500 Mitgliedern kann für jede 500 zuschüssige Mitglieder weitere Delegirten ernennen.

7. Sitz und Stimmrecht auf dem Congreß wird in Zukunft nur den Delegirten solcher Geseellschaften, Zweige oder Gruppen gestattet, welche Bestandtheile der Internationalen bilden und ihre Beiträge dem Generalrath entrichtet haben. Für solche Länder jedoch, wo die regelmäßige Organisation der Internationalen gesetzlich verhindert ist, werden Delegirte von Gewerksgenossenschaften und Arbeiter-Cooperativgeseellschaften zugelassen zu den Congreßdebatten über Principfragen, aber nicht zur Debatte und Abstimmung über Verwaltungsangelegenheiten.

8. Die Sitzungen des Congresses sind zweifach: geschlossene Verwaltungssitzungen, und öffentliche Sitzungen, denen die Debatte und Abstimmung über die allgemeinen Fragen des Congressprogramms vorbehalten ist.

9. Das Congressprogramm besteht aus den Fragen, die der vorhergehende Congress auf die Tagesordnung setzte, den Fragen, die der Generalrath zufügt und den Fragen, die ihm von den verschiedenen Sectionen, Gruppen oder deren Comites zur Annahme unterbreitet worden sind. Es wird vom Generalrath redigirt. Jede Section, Gruppe oder deren Comite, welche der Debatte des bevorstehenden Congresses eine nicht vom vorigen Congress vorgeschlagene Frage unterbreiten will, hat dem Generalrath davon vor dem 31. März Kenntniß zu geben.

10. Der Generalrath ist beauftragt mit der Organisirung der Congresses und soll den Zweiggeseellschaften, vermittelt der Föderalräthe oder -Comite's, das Congressprogramm rechtzeitig mittheilen.

11. Der Congress ernennt für jede ihm vorliegende Frage einen besonderen Ausschuß. Jeder Delegirte bezeichnet den Ausschuß, dem er anzugehören wünscht. Jeder Ausschuß liest die von den verschiedenen Sectionen und Gruppen eingereichten Denkschriften über die Frage, womit er befaßt ist. Er verarbeitet sie in einen Gesamtbericht, welcher allein in den öffentlichen Sitzungen zu verlesen ist. Er entscheidet außerdem, welche der erwähnten Denkschriften dem amtlichen Bericht über die Congressverhandlungen beizufügen sind.

12. In seinen öffentlichen Sitzungen beschäftigt sich der Congress zunächst mit den vom Generalrath auf die Tagesordnung gestellten Fragen. Demnächst erfolgt die Debatte über die übrigen Fragen.

13. Bei allen Beschlüssen über Principienfragen findet namentliche Abstimmung statt.

14. Mindestens zwei Monate vor der Zusammenkunft des jährlichen Congresses haben die Zweiggeseellschaften oder deren Föderationen dem Generalrath einen ausführlichen Bericht über ihre Thätigkeit und Entwicklung während des laufenden Jahres zu erstatten. Der Generalrath hat das Material zu einem Gesamtbericht zu verarbeiten, der allein im Congress verlesen wird.

II. Der Generalrath. 1. Die Bezeichnung Generalrath wird dem Centralrath der Internationalen Arbeiter-Association vorbehalten. Die Centralräthe der verschiedenen Länder, wo die Internationale regelmäßig organisirt ist, haben sich zu bezeichnen als Föderalräthe oder Föderalcomites mit Beifügung der Namen ihrer betreffenden Länder.

2. Der Generalrath ist gehalten, die Congressbeschlüsse auszuführen.

3. So oft seine Mittel es erlauben, wird der Generalrath einen Bericht veröffentlichen, der sich über Alles erstreckt, was von allgemeinem

Interesse für die Internationale Arbeiter-Association ist. Zu diesem Zweck sammelt er die ihm von den Föderalräthen oder Comites der verschiedenen Länder übersandten und auf anderen Wegen ihm zukommenden Materialien. Der Bericht wird in verschiedenen Sprachen aufgesetzt und gratis an die Föderalräthe oder Comites versandt, welche jeder ihrer Sectionen ein Exemplar davon übermachen. Sollte der Generalrath außer Stand sein, den erwähnten Bericht zu veröffentlichen, so hat er alle drei Monate eine schriftliche Mittheilung an die verschiedenen Föderalräthe oder Comites zu machen, welche diese ihrerseits in den Zeitungen ihrer betreffenden Länder und namentlich in den Organen der Internationalen veröffentlichen werden.

4. Jede neue Section oder Arbeitergesellschaft, welche den Anschluß an die Internationale beabsichtigt, hat den Generalrath sofort davon zu benachrichtigen.

5. Der Generalrath hat das Recht, den Anschluß jeder neuen Section oder Gruppe zuzulassen oder zu verweigern, vorbehaltlich der Berufung an den nächsten Congreß. Wo jedoch Föderalräthe oder Comites bestehen, muß der Generalrath sie zu Rathe ziehen vor Zulassung oder Verweigerung des Anschlusses einer neuen Section oder Gesellschaft innerhalb ihres Bereiches; unbeschadet jedoch seines Rechts der vorläufigen Entscheidung.

6. Der Generalrath hat ebenfalls das Recht, jede Section der Internationalen bis zum nächsten Congreß zu suspendiren.

7. Im Fall von Zwistigkeiten zwischen Gesellschaften oder Sectionen derselben nationalen Gruppe oder zwischen Gruppen verschiedener Nationalität, hat der Generalrath das Recht der Entscheidung, vorbehaltlich der Berufung an den nächsten Congreß, der endgiltig entscheidet.

8. Alle vom Generalrath zu bestimmten Sendungen ernannten Delegirten haben das Recht, allen Versammlungen der Föderalräthe oder Comites, Districts- und Localcomites und Localsectionen beizuwohnen und daselbst gehört zu werden, ohne jedoch daselbst Stimmrecht zu haben.

9. Englische, französische und deutsche Ausgaben der allgemeinen Statuten und Anordnungen sind nach der amtlichen Ausgabe des Generalraths zu veranstalten. Alle Uebersetzungen der allgemeinen Statuten und Verordnungen in andere Sprachen müssen, vor ihrer Veröffentlichung, dem Generalrath zur Genehmigung vorgelegt werden.

III. Beiträge zahlbar an den Generalrath. 1. Ein allgemeiner Beitrag von Einem Penny (Groschen) (10 Centimes) pro Mitglied an den Generalrath wird von allen Sectionen und verbündeten Gesellschaften erhoben. Dieser Beitrag ist bestimmt zur Deckung der Kosten des Gene-

ralraths wie z. B. für die Besoldung des Generalsecretärs, Ausgaben für Correspondenz, Druckschriften, Vorbereitungen für Congresse u. s. w.

2. Der Generalrath läßt anheftbare Marken, wovon jede den Werth eines Penny vorstellt, drucken, und den Föederalrätthen- oder -Comites jährlich in der verlangten Anzahl zukommen.

3. Die Föederalrätthe oder -Comites übermachen den Localcomite's, und, in deren Abwesenheit, den localen Zweigen eine der Anzahl ihrer Mitglieder entsprechende Anzahl von Marken.

4. Diese Marken sind alsdann auf das Exemplar der Statuten anzuhäften, welches jedes Mitglied zu besitzen gehalten ist.

5. Am 1ten März jedes Jahres haben die Föederalrätthe oder -Comites der verschiedenen Länder den Erlös aus den verkauften Marken dem Generalrath zu übermachen, und zugleich die unverkauften Marken zurückzusenden.

6. Diese Marken, die den Werth der Einzelbeiträge vorstellen, tragen das Datum des laufenden Jahres.

IV. Föederalrätthe oder -Comites. 1. Die Ausgaben der Föederalrätthe oder -Comite's werden von ihren betreffenden Sectionen bestritten.

2. Die Föederalrätthe oder -Comites haben mindestens monatlich einen Bericht an den Generalrath zu senden.

3. Sie haben dem Generalrath alle drei Monate Bericht über die Verwaltung und den Finanzzustand ihrer betreffenden Sectionen zu erstatten.

4. Jede Föderation kann Gesellschaften oder Sectionen zulassen, oder aus ihrer Mitte ausschließen. Sie ist jedoch nicht ermächtigt, sie ihres internationalen Charakters zu berauben, kann aber beim Generalrath ihre Suspension beantragen.

V. Local-Gesellschaften, Sectionen und Gruppen.

1. Jede Section hat das Recht, sich Sonderstatuten für ihre Localverwaltung, je nach den Localumständen und Landesgesetzen zu geben. Die Sonderstatuten dürfen jedoch nichts den allgemeinen Statuten und Verwaltungs-Verordnungen Widersprechendes enthalten.

2. Alle localen Zweige, Sectionen, Gruppen und deren Comite's sollen sich in Zukunft einfach und ausschließlich bezeichnen und constituiren als Zweige u. s. w. der Internationalen Arbeiter-Association mit Beifügung der Namen ihrer bezüglichen Vertlichkeit.

3. Demgemäß ist es den Zweigen, Gruppen und deren Comite's von nun an untersagt, Sectennamen anzunehmen, z. B. die Namen Positivisten, Mutualisten, Collectivisten, Communisten u. s. w., oder Sonderkörper zu bilden, welche unter Bezeichnungen wie: Propagandasection u.

V. m. sich eine besondere, von den gemeinsamen Zwecken der Association verschiedene Mission zuschreiben.

4. Art. 2 findet jedoch keine Anwendung auf die mit der Internationalen verbündeten Gewerkschaften.

5. Alle Sectionen, Zweige und mit der Internationalen verbündeten Arbeitergesellschaften sind eingeladen, das Präsidentenamt für ihre bezügliche Section oder Gesellschaft abzuschaffen.

6. Die Bildung weiblicher Zweiggemeinschaften innerhalb der Arbeiterklasse wird empfohlen. Dieser Artikel richtet sich selbstredend nicht gegen die Zusammensetzung von Zweiggemeinschaften aus Arbeitern und Arbeiterinnen.

7. Wo Angriffe gegen die Internationale veröffentlicht werden, ist die nächste Section oder ihr Comité gehalten, dem Generalrath sofort ein Exemplar dieser Druckschrift zu übersenden.

8. Die Adressen der Geschäftslocale aller internationalen Comité's und des Generalraths sind alle drei Monate in den Organen der Association zu veröffentlichen.

VI. Allgemeine Statistik der Arbeiterklasse. 1. Der Generalrath hat Art. 6 der Statuten, soweit er sich auf eine allgemeine Statistik der Arbeiterklasse bezieht, in Kraft zu setzen, ebenso wie die Beschlüsse des Genfer Congresses (1866) über denselben Gegenstand.

2. Jede locale Gruppe ist verpflichtet zur Ernennung eines besonderen statistischen Comité's, damit sie stets, soweit ihre Mittel gestatten, bereit sei, vom Föderalrath ihres Landes oder vom Generalrath gestellte Fragen zu beantworten. Allen Gruppen wird empfohlen, den Secretären der statistischen Comité's eine Vergütung zukommen zu lassen, in Anbetracht der allgemeinen Nützlichkeit ihres Werks für die Arbeiterklasse.

3. Am 1. August jedes Jahres sollen die Föderalräthe oder Comité's das in ihren betreffenden Ländern gesammelte Material dem Generalrath übersenden. Letzterer wird dasselbe seinerseits zu einem allgemeinen Bericht verarbeiten, der den jährlich im September stattfindenden Congressen vorzulegen ist.

4. Gewerkschaften und internationale Zweige, welche die verlangte Auskunft verweigern, sind dem Generalrath zur weiteren Beschlußnahme anzuzeigen.

5. Die in Art. 1 dieser Abtheilung erwähnten Beschlüsse des Genfer Congresses 1866 (S. später) sind folgende. „Die statistische Untersuchung der Lage der arbeitenden Klasse aller civilisirten Länder, unternommen von der Arbeiterklasse selbst, ist an sich schon ein großes internationales Werk. Um erfolgreich zu wirken, muß man das Material kennen, worauf man wirken will. Durch die Initiative eines so großen Werks beweisen die Arbeiter zudem ihre Fähigkeit

keit, ihr eigenes Geschick in die Hand zu nehmen. Der Congreß schlägt daher vor, daß an jedem Ort, wo ein Zweig unserer Gesellschaft besteht, das Werk sofort begonnen, und Material über die verschiedenen Punkte des angeführten Untersuchungsplanes gesammelt werde. Er läßt die Arbeiter Europas und der Vereinigten Staaten Americas ein, für die Zusammentragung der Elemente einer Statistik der Arbeiterklasse mitzuwirken, und ihre Berichte nebst Beweismaterial dem Generalrath einzufenden. Letzterer hat sie in einen Gesamtbericht zu verarbeiten, dem er das Beweismaterial als Anhang zufügt. Dieser Bericht, nebst Anhang, ist dem nächsten jährlichen Congreß vorzulegen und nach dessen Genehmigung auf Kosten der Association zu drucken. Untersuchungs-sche-ma, je nach Umständen zu verändern und zu ergänzen: 1. Gewerke, Name. 2. Alter und Geschlecht der Arbeiter. 3. Zahl der beschäftigten Arbeiter. 4. Löhne: a) Lehrlinge und Gehilfen; b) Tagelohn oder Stücklohn? von Zwischenunternehmern gezahlte Löhne. Wöchentlicher und jährlicher Durchschnitt. 5. a. Arbeitsstunden in Fabriken. b. Arbeitsstunden bei kleinen Meistern und in der Hausarbeit, falls das Gewerbe in diesen verschiedenen Weisen betrieben wird. c. Nacht- und Tagesarbeit. 6. Mangelstunden und Behandlung. 7. Beschaffenheit der Werkstätten und der Arbeit, Ueberfüllung, mangelhafte Ventilation, Mangel an Tageslicht, Gasbeleuchtung, Reinlichkeit u. s. w. 8. Wirkung der Arbeit auf den Körperzustand. 9. Moralitäts- und Bildungszustand, Erziehung. 10. Charakter des Geschäfts; ob mehr oder weniger gleichförmig für das ganze Jahr, oder an gewisse Jahreszeiten gebunden; ob großen Schwankungen ausgesetzt, ob fremder Concurrnz unterworfen, ob hauptsächlich für den innern oder auswärtigen Markt arbeitend. 11. Besondere Gesetzgebung über das Verhältniß zwischen Arbeiter und Meister. 12. Nahrungs- und Wohnungszustände der Arbeiter."

## Drittes Capitel.

### Die allgemeinen Congresse der „Internationale“.

1. Der Centralrath der „Internationale“, wie er am 28. Sept. 1864 gewählt worden war, hatte beschlossen, den ersten Congreß Anfangs September 1865 zu Brüssel abzuhalten. Aber die Gesellschaft war bis dahin noch nicht befestigt; be-



sonders klagten die französischen Socialisten über große Beschränkungen, welche ihnen die kaiserliche Regierung auferlegte. Ueberdies wollte sich die belgische Regierung die ungebetenen Gäste vom Leibe halten, indem sie die Bedingungen für den Aufenthalt von Ausländern verschärfte. Statt jenes Congresses berief man daher nur eine vorläufige Conferenz nach London, die im engsten Kreise stattfand.

2. Der erste allgemeine Congress, der constituirende, wurde zu Genf vom 3. bis 8. September 1866 abgehalten. Anwesend waren 60 Abgeordnete, von denen 45 Mitglieder 25 Sectionen der internationalen Arbeiterassociation und 15 Mitglieder 11 cooperirende Gesellschaften vertraten. Den Vorsitz führte Uhrmacher Jung, ein Mitglied des Generalrathes; es gelang ihm, die in 3 Sprachen geführte Verhandlung zu beherrschen. Die deutschen Delegirten waren: Joh. Phil. Becker, Präsident und Heilt, Abgeordneter der deutschen Section in Genf, Moll, Abgeordneter der Sectionen von Köln und Solingen, Müller von der Stuttgarter, Bütter von der Magdeburger Section und Schläfer von der Section der deutschen Arbeiter zu Lausanne. Aus Frankreich waren Viele gekommen, welche keine Vollmacht von ihren Sectionen aufzuweisen hatten, aber doch am Congress Theil nehmen wollten. Sie beriefen sich auf die Lage der Gesetzgebung in Frankreich, welche ihnen eine regelrechte Organisation unmöglich mache. Nach ihrer Ansicht sollte man nicht zu streng verfahren, sondern jedes sich zu den Principien der Association bekennende Einzelmitglied zu den Verhandlungen zulassen. Dagegen aber machten die Engländer geltend, daß sie als Vertreter von Gesellschaften erschienen seien, deren jede eine große Mitgliederanzahl habe, und daß durch die Zulassung von Einzelpersonen, die keine organisirte Körperschaft zu vertreten hätten, die Regel der Gleichheit bei der Abstimmung verletzt und ihrer, der britischen Delegirten, Rechte beeinträchtigt würden. Der Congress beschloß, daß das Recht der Theilnahme

an den Debatten und Abstimmungen ausschließlich auf diejenigen Delegirten zu beschränken sei, welche eine regelmäßige Vollmacht aufzuweisen hätten.

Der Congreß nahm die bereits (S. 56) erwähnten Statuten an und dazu auch die ebenfalls schon (S. 59) mitgetheilten Verwaltungsbestimmungen. Ferner besprach man die Frage, wie die Gesellschaft die Arbeiter der verschiedenen Länder in ihrem Kampfe gegen das Capital unterstützen könne; es wurde besonders betont, daß die Association den Bezug fremder Arbeiter bei Arbeitseinstellungen schon wirksam verhindert habe. Eine statistische Untersuchung über die Lage der arbeitenden Classen aller Länder wurde beschlossen. Das hiezu aufgestellte Schema haben wir ebenfalls bereits (S. 64) mitgetheilt. Ueber das Ergebnis dieser Untersuchungen, vorgenommen durch die Arbeiter selbst, ist seitdem unseres Wissens noch nichts in die Oeffentlichkeit gedrungen. Das Unternehmen hat mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen und nicht die geringste mag die Unlast der meisten Arbeiterführer zu einem solchen mühsamen, dem Ehrgeiz der Meisten nicht zusagenden Unternehmen sein.

Ein weiterer Punkt der Verhandlung war die Beschränkung der Arbeitszeit auf einen Normal-Arbeitstag von 8 Stunden für Erwachsene von 18 Jahren an. Nachtarbeit sei allmählig zu beseitigen, und besonders seien die Frauen von jeder ihrer zarteren Constitution nachtheiligen Beschäftigung auszuschließen. Diesen Beschluß nahm der Congreß mit einer Mehrheit von 50 gegen 10 Stimmen an. Die Minderheit bestand aus den französischen Delegirten, welche mit einer gesetzlichen Beschränkung der Arbeitszeit auf 10 Stunden per Tag sich begnügen wollten. Die Arbeit der Jugend und Kinder beiderlei Geschlechts, so wurde ferner erklärt, sei berechtigt, aber unter der Herrschaft des Capitals zu einem Grauel ausgeartet. Die Beschäftigung von Kindern und jungen Frauen in einer Werkstätte oder für häusliche Arbeit will der Congreß folgendermaßen gesetzlich geregelt haben: für ein Alter von 9—12 Jahren 2, von

13—15 Jahren 4, von 16—17 Jahren 6 Arbeitsstunden täglich. Die Regierungen sollen darauf bezügliche Verordnungen erlassen.

Interessant ist es zu hören, was der Congreß über die Erziehung beschloß, indem hier die Marx'schen Ideen stark hervortreten. Es wurde ausgesprochen: kein Vater und kein Arbeitgeber solle befugt sein, jugendliche Arbeit anders als in Verbindung mit Erziehung zu gebrauchen. Unter Erziehung seien drei Dinge zu verstehen: 1. Ausbildung des Verstandes. 2. Ausbildung des Körpers, wie sie in Schulen durch Turnunterricht und militärische Übungen stattfindet. 3. Technologische Erziehung, welche die allgemeinen Principien aller Productionsproceße erklärt, und gleichzeitig das Kind und die Jugend in den praktischen Gebrauch und die Handhabung der Elementarwerkzeuge aller Gewerbe einweihet. \*) Ein stufenweiser und fortschreitender cursus geistiger, körperlicher und technologischer Erziehung solle der Classeneintheilung der jugendlichen Arbeiter zu Grunde liegen; die Kosten der technologischen Schulen sollen theilweise durch den Verkauf ihrer Producte gedeckt werden; die Vereinigung bezahlter productiver Arbeit, geistiger Erziehung, körperlicher Übung und technologischen Unterrichts werde die Arbeiterklasse hoch über das Niveau der Aristokratie und Bourgeoisie erheben; die technische Erziehung der Jugend müsse sowohl theoretischer als praktischer Art sein, um zu verhindern, daß aus den projectirten technologischen Schulen nicht eine Classe von Handwerkern, sondern von Fabrikaufsehern und Werkmeistern (wohl als Hilfsmittel der Bourgeoisie) hervorgehe.

Während der Berathung der Statuten wurde die Frage aufgeworfen, ob auch das geistige „Proletariat“ zu den Arbeitern zu rechnen sei, und daher in die Association aufgenommen wer-

\*) Für diese dreifache Ausbildung für Körper, Kopf und Handarbeit, welche Allen gleichmäßig zu Theil werden muß, findet sich vielfach der Ausdruck „Enseignement intégral“ gebraucht.

den Urne. Der Plan besteht darin, auch diese Art von „Proletariat“ für die socialistische Sache zu gewinnen, da ja die Capitalmacht auf diesem Gebiete keinen geringeren Druck ausübe, als auf die eigentlichen Handarbeiter. Die Franzosen wollten nichts von der Zulassung dieser „Kopfarbeiter“ wissen; sie hatten wohl in ihrer Heimath schlimme Erfahrungen mit den „parleurs“ gemacht und betonten besonders den Unterschied, der zwischen beiden Arten von Arbeit bestehe; sie wiesen auf die Gefahr hin, die entstehen würde, wenn man die Ehrgeizigen, die Advocaten und Journalisten eindringen lasse. Gegen solche Ausführungen waren die Engländer und die Deutschen, deren Ansicht auch schließlich durchdrang. Ueber diesen Gegenstand liegt ein „Aufruf der besizlosen Handarbeiter an ihre Leidensgefährten, die besizlosen Kopfarbeiter“ vor, mit dem Motto von Karl Marx: „Die Bourgeoisie hat den Arzt, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaften in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.“ Hillmann in seinem bereits erwähnten und von der socialistischen Presse empfohlenen Schriftchen citirt (S. 6) diesen Aufruf, ohne aber Ort und Datum anzugeben. Wahrscheinlich entstammt er einem späteren Congreß, noch wahrscheinlicher aber einer Provincial-Versammlung der „Internationale“. Wir entnehmen demselben:

„Das Großbürgerthum schreitet siegreich durch die Welt, neun Zehntel der Bevölkerung sind ihm dienstbar. Strebend nach constitutioneller Monarchie, welche Ruhe und Theilnahme an der Regierung sichert, theilt es die Herrschaft mit Thron und Altar: des Thrones, um durch seine Heeresmacht die Widerspenstigen im Zaume zu halten — des Altars, um die Unzufriedenen auf ein besseres Jenseits zu verträsten. Thron, Altar und Geldsack — Adel, Geistlichkeit und Großbürgerthum — das sind die bevorzugten Stände, die großen Grund-, Fabrik-, Handels- und Verkehrsherrn, die Ausbeuter der Arbeitskraft zur Vermehrung der Capitalien, das sind die drei verblindeten Großmächte gegenüber der wehrlosen, unterdrückten Menge, der Proletarier und Kleinbürger, der besizlosen Hand- und Kopfarbeiter. Ohne Unabhängigkeit keine Freiheit, ohne Freiheit keine Gleichheit, ohne Gleichheit keine Brüderlichkeit! Weder Reiche noch Arme, weder Paläste noch Hütten! Erst mit dem Gemeinbesitze

schwändet das Vorrecht, erst mit dem Vorrecht schwändet das Unrecht. Es gilt daher auf dem Wege der Gesetzgebung die Macht der Großbesitzer zu brechen und den reinen Volksstaat aufzubauen. Ueberall in den Culturstaaten ist die Bewegung der Handarbeiter zum reißenden Strom geworden. Die industriellen Arbeiter bilden die Vorhut, die Landarbeiter folgen nach. Wo bleiben aber die besitzlosen Künstler und Gelehrten, Beamten und Lehrer, Schriftsteller, Handelsdiener und Schreiber? Dienen sie nicht alle den Mächtigen und Reichen, den Capitalgewalten und Unternehmern? ... Auf welche Weise aber soll geholfen werden? Zunächst durch Erklärung der Arbeit zur öffentlichen Sache! d. h. durch Arbeitergenossenschaften für Kunst und Naturerzeugung, welche ihre Gewerbe unter öffentlichem Vertrauen, um den Arbeitsvertrag gemeinsam und im Großen betreiben, welche je nach seiner Leistung den Arbeiter belohnen und auch den gering Begabten verdienen lassen. Der Kopfarbeiter soll durch Gehaltszulage, durch Vermehrung des Verdienstes, durch Belohnung nach Verdienst, durch Ehrenlohn gewinnen. Alles nach dem Wahlsprüche des Dichters: „Dem Verdienste seine Krone!“, sowie nach dem bekannten Lehrsatz der Volkswirtschaft: „Sohnerschaft für gemeine Handarbeit steigert durch organische Rückwirkung in denselben Verhältnisse den Preis für jedwede andere Leistung“ \*). Unsere Sache ist auch die Eure! Tretet zusammen, bildet Fachvereine wie wir zur Prüfung und Vereinbarung der Grundsätze und des Verfahrens zur Lösung der socialen Frage; tretet in Verkehr mit den nationalen Arbeitervereinen, Gewerken und Genossenschaften, sowie unter Anschluß an ihre Bestrebungen mit der Internationalen Arbeiterassociation — so weit es die Gesetze gestatten, beteiligt Euch an den Wahlen aller Körperschaften und wählt mit uns gemeinschaftlich Vertreter! Helft uns den Staat gründen, welcher im Sinne der Gerechtigkeit eine gleichmäßige Jugendzuehung auf allgemeine Kosten verwirklicht und auf diese Weise Jedermann die seiner Fähigkeit gebührende Stellung verbürgt! Auf! Proletarier aller Länder, besitzlose Kopf- und Handarbeiter aller Art, Söldner der Capitalisten und der Kriegsherren, bilden wir eine untheilbare nationale und internationale Eidgenossenschaft, eine socialdemokratische Partei! Schwören wir zur Fahne: gleiche Rechte und gleiche Pflichten! Der Sieg wird unser sein! . . .“

Die übrigen Beschlüsse des Congresses können wir kurz fassen. Den englischen Trade's Unions (den unter diesem Namen organisirten Arbeiter-Vereinen) wurde der Vorwurf gemacht, daß

\*) Diese Bekehrungsvorschläge sind doch zu allgemein gehalten, um anlodend wirken zu können.

sie sich zu sehr mit den Kämpfen des Augenblicks beschäftigen. (Als praktische Engländer thun sie dieses, während die in der „Internationale einflußreichen Franzosen sich mehr mit der Theorie und den Principien abgeben.) Sie sollten sich gegen das capitalistische System selbst wenden und auf das große Ziel, die Befreiung der gesammten Arbeiterklasse, hinarbeiten. Die Abgeordneten jener Vereine hatten damals zu Sheffield beschlossen, ihren Gesellschaften den Beitritt zur „Internationale“ zu empfehlen. — Ueberdies sprach der Genfer Congreß noch den Wunsch aus, daß alle Abgaben direct, daß der Credit international sein solle, herbeigeführt durch eine große Vereinigung der Arbeiterbanken (Spar-, Kranken- und Wander-Kassen?). Selbstverständlich protestirte man gegen jeden Despotismus, gegen die Unterdrückung Polens, gegen die stehenden Heere, an deren Stelle allgemeine Bewaffnung zu setzen sei. Ueber die religiösen Ideen und deren Einfluß wurde viel gesprochen, aber nichts beschlossen.

3. Congreß zu Lausanne. Der zweite Congreß der „Internationale“ wurde vom 2.—8. Sept. 1867 zu Lausanne abgehalten. Zu diesem hatten sich 64, nach andern Angaben 71 Abgeordnete eingefunden, darunter von Deutschen Klein für Köln und Solingen, Becker und Müller von Genf, Kastner, Löwenthal, Kircher, Schlaifer von Lausanne, Kugelmann von Hannover, Ludwig Büchner von Darmstadt, Reubrand aus Sachaudefonds, Kunkel für Neuenburg, Sadendorf für Magdeburg, Lange für Duisburg, Stump für Mainz und Wiesbaden. Der officielle Bericht über den Congreß von Lausanne erschien in französischer Sprache zu Chaux-De-Fonds, Imprimerie de la Voix de l'Avenir.

Auf diesem Congreß wurden viele Berichte der Sectionen und Gesellschaften über Erfolge und Wachsthum der Association verlesen. Den Sectionen und Comites wurde zur Pflicht gemacht, jeden Fortschritt zu unterstützen, und ganz besonders Institute zu schaffen, welche der arbeitenden Classe directen Nutzen

bringen könnten. Die Gewerkschaften (*sociétés de métier*) sollten ihre Mittel zur Errichtung von Productiv-Genossenschaften (*coopération de production*) verwenden. Der Congreß behandelte auch die Frage, ob nicht die Anstrengungen zur Emancipation des vierten Standes einen fünften Stand schaffen könnten, dessen Lage noch elender wäre. Die Anschauung ist richtig durch, daß diese Gefahr allerdings bei den gegenwärtigen Bestrebungen der Arbeitergenossenschaften vorhanden sei; die Gefahr würde aber verschwinden in dem Maße, als die Entwicklung der modernen Industrie die Production auf kleineren Stufenleiter unmöglich mache; die moderne Production in großem Maßstabe vereinige die Anstrengungen der Einzelnen und mache die gemeinschaftliche Arbeit zu einer Nothwendigkeit für Alle. Dennoch glaubte der Congreß alle Bestrebungen der Arbeiter-Gesellschaften ermutigen zu sollen, wenn man auch dahin trachten müsse, aus diesen Gesellschaften die Herrschaft des Capitals über die Arbeiter zu beseitigen, sie mit dem Gedanken der Gegenseitigkeit und Bundesgenossenschaft (*fédération*) zu durchdringen.

Vorstehender Beschluß des Congresses ist offenbar gegen jene Arbeitervereinigungen gerichtet, welche dem Socialismus ferne stehen, wie die Arbeitervereine nach Schulze-Delitzsch'schen Principien und die Hirsch'schen Gewerksvereine; es wird ihnen gesagt, daß sie allerdings nicht direct zu verwerfen, aber mit dem Geiste der „Internationale“ zu durchdringen seien, d. h. sich gegen das Capital selbst wenden müßten.

Der Congreß erklärte ferner, im gegenwärtigen Zustande der Industrie, welcher der Krieg sei, müsse man sich gegenseitig in der Vertheidigung des Lohnes (also auch dem Streben nach Lohnserhöhung) unterstützen, aber das höhere Ziel, das man zu erringen habe, sei die gänzliche Aufhebung aller Lohnarbeit (*salariat, wages system*). \*)

\*) Der Congreß beschäftigte sich auch auf Anregung aus Frankreich und Belgien mit dem Gedanken einer Phonographie, welche besonders die

Hinsichtlich des Unterrichts wurde wieder verfügt: wissenschaftlicher, technischer und productiver Unterricht, (*enseignement scientifique, professionnel et productif*); auch sollten Studien gemacht werden über ein Unterrichtsprogramm, welches alle verschiedenen Zweige umfasse (*enseignement intégral*). Ferner wurde die Errichtung von Schulen verlangt, welche Werkstätten zugleich seien (*écoles-ateliers*), denn der Socialismus der „Internationale“ will alle Menschen gleichmäßig für Kopf- und Handarbeit ausgebildet wissen. Jede religiöse Unterweisung muß nach dem Beschlusse des Congresses aus dem Unterrichts-Programm entfernt werden.

Die Beschlüsse über das Wesen und die Rolle des Staates bestimmen: der Staat ist und darf nur sein die genaue Vollstreckung der Gesetze, welche die Bürger durch Abstimmung gegeben und anerkannt haben; der Staat soll Eigenthümer der Transport- und Circulationsmittel werden, damit hiedurch das Monopol der (besonders in Frankreich bestehenden) großen Gesellschaften vernichtet werde, „welche die Arbeiterclassen ihren willkürlichen Gesetzen unterwerfen und so gleichzeitig die menschliche Würde und die persönliche Freiheit angreifen.“ Jeder Schuldige ist durch Bürger zu richten, welche vom allgemeinen Stimmrecht ernannt werden. \*) Auch sollen diese bürgerlichen

Schwierigkeiten der französischen Rechtschreibung beseitigen und so den Arbeitern das Lesen und Schreiben erleichtern sollte. Es wurde beschlossen, „daß eine universelle Sprache (also auch Pasingraphie) und eine Reform der Rechtschreibung eine große Wohlthat seien und mächtig zur Einheit der Völker und zur Brüderlichkeit der Nationen beitragen würden.“

\*) Die Socialisten ziehen juristisch gebildete Richter den Schwurgerichten vor, so lange in diesen die bestehende Classe, wie es in der Regel der Fall, überwiegt. Dieses hat sich besonders bei dem Leipziger Proceß gegen Bebel und Liebknecht gezeigt. Auch der „Neue Socialdemokrat“ (1872, No. 40) ist solcher Ansicht. Anders aber wird die Sache, wenn die Geschworenen durch's allgemeine Stimmrecht von der socialistischen Menge selbst und in deren Sinne gewählt werden, wie es hier verlangt wird.



Nichter den Schuldigen genau kennen und die Hauptursache seines Verbrechens oder Irrthums untersuchen. Aus diesem Grunde darf auch kein Schuldiger außerhalb seines Landes abgeurtheilt werden, damit man untersuchen kann, aus welchem Anlaß er von seinen Pflichten abgewichen; denn sehr oft ist die ganze Gesellschaft der einzige Schuldige.“ \*)

Zum Schluß noch die Hauptresolution, jene, welche über die socialistische Phrase hinausgeht und ein praktisches Ziel, die Nachfrage, im Auge hat. Getreu dem Grundgedanken der Marx'schen Inauguraladresse, die Arbeiter müßten zuerst die politische Macht in ihre Hände bekommen, ehe sie die socialen Zustände in ihrem Sinne umgestalten könnten, erklärt der Congreß, die sociale Befreiung der Arbeiter sei untrennbar von ihrer politischen, die Herstellung der politischen Freiheit sei eine Maßregel von absoluter Nothwendigkeit und dieses Verlangen werde er jedes Jahr wiederholen.

4. Der Congreß zu Brüssel, 6.—13. September 1868, war sehr stark besucht. Es werden 98 Abgeordnete aufgezählt, darunter von Deutschen: Klein, Messerschmied,

\*) In solcher Auffassung der Schuld liegt unstreitig ein phantastisches, die individuelle Verantwortlichkeit aufhebendes Element; auch Buckle huldigt in seinem mit Unrecht so hochgerühmten Buche dieser Anschauung. Es giebt keinen Fall, in welchem sich nicht die Gesellschaft, d. h. Erziehung und Umgang, als Veranlassung oder wenigstens als Mitschuldige bei einem Verbrechen oder Vergehen geltend machen ließen. Der Congreß erläutert seine Auffassung der Frage näher, indem er hinzufügt: „der Mangel an Unterricht (instruction) führt zum Elende, Elend zur Verthierung (abrutissement), Verthierung zum Verbrechen, Verbrechen zum Bagno, und dieser zur Erniedrigung, welche schlimmer ist, als der Tod.“ Dadurch wird jedes Verbrechen auf mangelnden Unterricht, mangelnde Aufklärung zurückgeführt; die Sittlichkeit wurzelt nicht mehr im freien Willen, sondern ausschließlich im Verstande und die Gesellschaft trägt die Schuld, wenn sie ihre Mitglieder nicht recht aufklärt. Sind diese aber aufgeklärt, so können sie, wie der Socialismus zu glauben scheint, nicht mehr anders als sittlich handeln.

für die Eisen- und Stahlarbeiten in Solingen, Moriz Hof, Mitarbeiter am Berliner „Socialdemokrat“, für Coln, Ph. Bedez, Buchstabenmoder, Eroberer der deutschen Revolutionsarmee (1849) und Abgeordneter des Centralrathes der Gruppe der deutschen Sectionen, Schepfer, Zimmermann für Mainz, Fr. Butter, Abgeordneter vom Nürnberger (socialdemokratischen) Congreß. Ein officieller Bericht über den Congreß wurde damals durch die Verwaltung des „Peuple belge“ in Brüssel (Imprimerie Lemoine, Rue de Ligne 50) veröffentlicht. Die Abgeordneten der verschiedenen Sectionen (von Brüssel, Paris, Genf, Solingen, Antwerpen, Barcelona, Gent, Lüttich, Berviers u. s. w.) erstatteten Bericht über Fortschritte und Lage des Bundes in ihrer Heimath, dann wurde der Bericht des Generalrathes vorgelesen, gegen den Krieg gesprochen und die Discussion auf die Arbeitseinstellungen gebracht. Der Congreß erklärte, daß bei dem gegenwärtigen Kampfzustande zwischen Capital und Arbeit die Arbeitseinstellungen berechtigt und nothwendig seien, sowie, daß im Schooße jedes Arbeiterbundes (fédération) ein Schiedsgericht gebildet werden solle, mit dem Auftrage, über die Zweckmäßigkeit und Berechtigung allenfalliger Arbeitseinstellungen zu beschließen. Der Congreß erklärte ferner, daß die Maschinen wie alle übrigen Arbeitsinstrumente den Arbeitern selbst gehören und zu ihrem Vortheile in Thätigkeit sein müßten, daß aber bloß durch Coöperativassociation und durch Organisation eines gegenseitigen Credites der Producent, (d. h. der Arbeiter) in den Besitz der Maschinen gelangen könne; daß die Arbeiter bei der Einführung von Maschinen gewisse Garantien und Entschädigung verlangen sollten.

Sichtlich der Unterrichtsfrage wurde wieder „instruction obligatoire et intégrale“ verlangt, die Erziehung soll wissenschaftlich und technisch sein, aber losgelöst von jeder religiösen Idee. Den Religionsbüchern und der Bibel soll der Cultus derjenigen Männer entgegengesetzt werden, welche sich um das materielle Wohlergehen, um die Republik und um das, was man

republicanische Eittlichkeit nennt, verdient gemacht haben (dies ist ein Gedanke, der in vielen socialistisch-republicanischen Köpfen, besonders in Frankreich, spukt). Ferner wurden verschiedene Pläne berathen über die Errichtung einer Anstalt, um den Credit demokratisch und für alle gleich (égalitaire) zu machen. Ueber das Eigenthum lagen viele Berichte vor; der Congreß beschloß ähnlich wie schon im vorigen Jahre in Boufanne, daß die Verkehrswege und Wadungen der Gesamtheit (collectivité sociale) gehören müßten. Dasselbe sei der Fall mit dem Boden, den Bergwerken, Steinbrüchen, Kohlengruben und Eisenbahnen. Die „Friedens- und Freiheitsliga“, eine Vereinigung von der äußersten Linken der „Bourgeoisie“, beabsichtigte, sich mit der „Internationale“ zu vereinigen; der Congreß aber erklärte einstimmig: von zwei Dingen das eine: entweder verfolgt diese Liga dasselbe Ziel wie die „Internationale“, und dann hat sie keine Berechtigung zu existiren, oder ihr Ziel ist ein anderes, und dann ist eine Vereinigung mit ihr unmöglich.

Welcher Geist auf dem Congreß herrschte, möge aus der Schlußrede Dupont's (vom Generalrath in London) entnommen werden; er sprach: „Was wir umstürzen wollen, ist nicht der Tyrann, sondern die Tyrannei. Wir wollen keine Regierungen mehr, denn die Regierungen erdrücken uns durch Steuern, wir wollen keine Armeen mehr, denn die Armeen mekeln und morden uns; wir wollen keine Religionen mehr, denn die Religionen ersticken den Verstand.“

5. Der Congreß zu Basel führte die Beschlüsse der vorhergehenden Congresse hinsichtlich der Verneinung des Privateigenthums weiter aus. Der Congreß begann am 6. September 1869 unter Theilnahme von 80 Delegirten. Als Abgeordnete aus Deutschland werden angegeben: Spier, Lehrer, für Wolfenbüttel, Rittinghausen, Publicist, für Cöln und Solingen, Lieblnecht, Redacteur des „demokratischen Wochenblattes“ vom Eisenacher (socialdemokratischen) Congreß, Heß, Publicist, für

Berlin, Janasch, Professor der Socialökonomie, für Magdeburg, Beder (bereits mehrfach genannt) für Genf, Krieger, Journalist, für Dresden, Brade, für Braunschweig, Schäfer, Student, für Barmen-Elberfeld, Bürger für Börsach, Bastin für die deutsche Section in Bréviers, Laffner für die deutschen Zweige in England. Aus Oesterreich waren anwesend Neumayer, Redacteur des „Neustädter Wochenblattes“ und Oberwinder, Journalist, für Wien. Ein Bericht über diesen Congreß wurde veröffentlicht von Molin, Abgeordneter des Pariser Cirkels der positivistischen Proletarier (consequenter Materialisten), Paris bei Armand Le Chevalier, März 1870.

Das Recht des Privateigenthums an Grund und Boden gab zu lebhafter Besprechung Veranlassung; obwohl bereits der vorhergehende Congreß sich demselben feindlich gezeigt hatte, so wollten doch einige Abgeordnete an ihm festhalten. Es waren dies die Franzosen Chémals, Zeichner aus Paris, Tolain, Graveur, für Marseille, Molin, sowie Murat, Mechaniker aus Paris; sehr heftig für die Abschaffung des Eigenthums sprachen die Deutschen Rittinghausen (aus Cöln) und Armand Gögg (Abgeordneter für die deutschen Arbeitervereine der Schweiz), ferner Bakunin u. A. Es wurde gesagt: „Entstanden aus Gewalt und Usurpation \*) muß das Privateigenthum an Grund und Boden wieder verschwinden vor jenem Eigenthum, welches geregelt wird durch die zu einem Bunde organisirten Gemeinden (par les communes organisées fédérativement).“ Mit 54 gegen obige 4 Stimmen erklärte der Congreß:

1. Die Gesellschaft hat das Recht, das individuelle Eigenthum an Grund und Boden abzuschaffen, damit es wieder in

\*) Bekanntlich lehrt solches Rousseau und baut sein System auf diese Voraussetzung. Der Gedanke, daß Grund und Boden früher Eigenthum der Gesamtheit waren, schimmert auch im „Capital“ von Marx durch. Als allgemeine Voraussetzung genommen, ist diese Behauptung aber durchaus unhistorisch.

die Gemeinschaft zurückzuführen; 2. Es ist nothwendig, Grund und Boden zum Collectiv-eigenthum zu machen.

Das Erbrecht führte zu einer Spaltung im Congreß. Die betreffende Commission hatte sich mit Einstimmigkeit gegen dasselbe ausgesprochen und gesagt: es sei untrennbar vom Privateigenthum, es trage dazu bei, daß Grundeigenthum und socialer Reichthum zum Nachtheil der großen Masse in die Hände einiger Weniger gelangen; es verhindere den Uebergang von Boden und Socialreichthum in das Collectiv-eigenthum; so sehr man das Erbrecht auch einschränken möge, so schaffe es doch immer ein Privilegium, dessen größerer oder geringerer Einfluß niemals die Rechtsungleichheit zerstöre und welches daher eine beständige Drohung gegen das Socialrecht sei; das Erbrecht sei in der politischen und ökonomischen Ordnung ein wesentliches Element aller Ungleichheiten, weil es verhindere, daß die Einzelnen die gleichen Mittel moralischer und materieller Entwicklung besitzen.

Die Commission schlug daher vor, der Congreß möge erklären, das Erbrecht sei vollständig und radical abzuschaffen und diese Abschaffung sei eine der unentbehrlichsten Bedingungen für die Befreiung der Arbeit. Dagegen erhob sich Widerspruch und bei der Abstimmung erklärten sich 32 Abgeordnete für, 23 gegen jenen Vorschlag, während 17 nicht stimmten. Eine Mehrheit war also nicht vorhanden; der Deutsche Eccarius, ein Schneider aus London, Abgesandter des Generalrathes, machte den Vorschlag, man möge das Recht zu testiren einschränken und die Erbschaftsteuer erhöhen. Dieser Antrag wurde indeß mit Stimmenmehrheit verworfen. \*)

Ist einmal das Privateigenthum hinsichtlich der wichtigsten

\*) Bei Gelegenheit der Verathung des gegen die „Internationale“ zu erlassenden Gesetzes in der französischen Nationalversammlung sprach Bicomte de Meaur (Sitzung vom 5. März 1872) über diesen Beschluß des Baseler Congresses und meinte: die Leute, welche jetzt kein Eigenthum haben, scheinen es doch, wenn einmal erlangt, auch behalten zu wollen.

Dinge, des Grundes und Bodens, abgeschafft, so versteht es sich eigentlich von selbst, daß auch das Erbrocht fallen muß. Der Bakster Congreß hatte nur noch nicht den Muth, die Konsequenz seines eignen Beschlusses zu ziehen.

Des Weitern beschäftigte sich der Congreß mit den Strike-Genossenschaften (*sociétés de résistance*), die in England in den Gewerksvereinen (*Trade's Unions*) eine so gewaltige Entwicklung gefunden haben. Die betreffende Commission sieht in diesen Strikevereinen Keime, um die Zukunft vorzubereiten und sagt: die Gruppierung der Strike-Genossenschaften wird die Gemeinde (*commune*) der Zukunft bilden und die Regierung (*gouvernement*) wird dann ersetzt werden durch den Rath der Gewerkschaften (*corps de métier*). Auf Vorschlag der Commission nahm der Congreß einstimmig folgenden Beschluß an: „Der Congreß ist der Meinung, daß die Arbeiter sich thätig mit der Schaffung von Strike-Genossenschaften (*sociétés de résistance*) in den verschiedenen Gewerkschaften beschäftigen sollen. In dem Maße als diese Gesellschaften sich bilden, mögen die Sectionen und Bundesgruppen (*groupes fédéraux*) oder Centralräthe den Gesellschaften von gleichem Gewerke Mittheilung machen, um die Bildung von internationalen Vereinigungen herbeizuführen. Diesen Bünden fällt die Aufgabe zu, alle Interessen ihrer Industrie zu wahren, die gemeinschaftlich zu ergreifenden Maßregeln zu leiten, die Arbeitseinstellungen zu regeln und thätig an ihrem Gelingen zu arbeiten, in der Erwartung, daß die Lohnarbeiter durch den Band der freien Producenten (*par la fédération des producteurs libres* \*) ersetzt werden. Der Generalrath wird eingeladen, nöthigenfalls den Vermittler zu machen für die Verbindung der Strike-Genossenschaften aller Länder.“

\*) Unter den Producenten sind hier immer, entsprechend der Theorie, daß bloß die Arbeit Werthe schafft, die Arbeiter im strengsten Sinne verstanden.

Hält man diesen Beschluß zusammen mit den früheren Rundgebungen, so kann kein Zweifel mehr bestehen über die Art, wie die „Internationale“ sich die künftige socialistische Gestaltung denkt. Die Arbeiter sollen sich in Gewerkschaften vereinigen, zu gemeinschaftlichem Widerstande und gemeinschaftlichem Angriffe gegen die bestehende Socialordnung. Die gleichartigen Gewerkschaften vereinigen sich dann miteinander und verfechten ihre Interessen in Angriff und Abwehr gemeinsam. Die „Internationale“ stellt dazu ihre Organisation zur Verfügung, ja diese Organisation hat eigentlich keinen andern Zweck, als den Kampf zu erleichtern und jene künftige Form der Gesellschaft herbeizuführen. Die Gesamtheit der Gewerkschaften jedes Ortes bildet die Commune der Zukunft, und diese Gemeinden vereinigen sich, mit der Organisation der „Internationale“ verwachsend, weiter zu höhern föderativen Gruppen. An Stelle der gegenwärtigen Regierung tritt die Herrschaft der vereinigten Gewerkschaften; Grund und Boden, überhaupt alle Productionsmittel, werden Eigenthum der Gesamtheit, diese selbst wird so organisiert, daß kein Mensch außerhalb einer Gewerkschaft stehen darf, denn alle müssen

\*) Der Baseler Congreß faßte noch einige besondere Beschlüsse, welche dem Generalrathe bedeutende Vollmachten übertrugen. Dieselben sind dem bereits auf Seite 59 abgedruckten Reglement einverleibt und wir heben daher hier blos noch folgende Bestimmung über die Abschaffung der Präsidentschafts-Würde hervor. „Es ist einer Arbeiter-Gesellschaft nicht würdig, in ihrem Schooße das monarchische und autoritative Princip zu hegen, indem sie die Einrichtung von Präsidenten beibehält, selbst wenn diese mit keiner Gewalt bekleidet sind; denn solche Unterscheidungen, auch wenn sie nur als Ehrenbezeugungen gelten, verletzen doch immer das demokratische Princip; in dieser Erwägung läßt der Congreß die Sectionen und die mit der „Internationale“ verbündeten Arbeitergesellschaften ein, die Präsidentschaft in ihrem Schooße abzuschaffen.“

Wie man sieht, geht dieses demokratische Princip hier in seiner Uebersetzung bis zur Negation der Societät, da eine Gesellschaft ohne Vorstand undenkbar ist. Das ist dies nur Doctrinarismus; in Wirklichkeit werden stets einige Wenige den Ton angeben und das Heft in der Hand haben.

geistig und körperlich, in Kopf- und Handarbeit, zu vollständiger Gleichmäßigkeit ausgebildet werden.

So ungefähr ist der Zustand gedacht, der nach Zertrümmerung der modernen Gesellschaft aufgerichtet werden soll.

6. Die Delegirtenversammlung zu London, vom 17.—23. September 1871. Auf dem Baseler Congreß hatte man Paris zum nächstjährigen Versammlungsorte für den September 1870 bestimmt. Man rechnete dabei sicher auf den Sturz des französischen Kaiserthums und den Sieg der „Freiheit“, d. h. der socialen Republik. In Bezug auf das erstere hatte man sich nicht getäuscht. Das Kaiserreich ging auf dem Schlachtfelde von Sedan an seiner eigenen Corruption zu Grunde. Am 6. Mai 1870 schrieb Liebknecht von Leipzig an den Ausschuß der zur „Internationale“ in enger Beziehung stehenden „socialdemokratischen deutschen Arbeiterpartei“, der Ausschuß möge doch beim Generalrath in London dahin wirken, daß der nächste Congreß in Mainz abgehalten werde; denn die Ausichten auf eine Revolution und den Sturz des Kaiserreichs in Paris schienen damals nicht glänzend. Die französische Regierung hatte Maßregeln gegen den Zusammentritt des Congresses getroffen. Daher machte der Generalrath von seinem Rechte Gebrauch und berief durch ein Circular vom 12. Juli 1870 den Congreß nach Mainz. Gleichzeitig schlug er \*) den verschiedenen Sectionen damals vor, den Sitz des Generalrathes von England in ein anderes Land zu verlegen und verlangte, sie möchten ihre Delegirten mit einem Imperativmandat über diesen Punkt versehen. Die Föderationen beschloßen aber einstimmig, der Generalrath solle in London bleiben. Einige Tage nach Erlaß jenes Rundschreibens brach der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich aus; jeder Congreß wurde

\*) Das Folgende nach „Les prétendus scissions dans l'Internationale, circulaire privée du Conseil général de l'Association Internationale des travailleurs, Genève“ 1872, p. 4 suiv.



dadurch unmöglich und die Föderationen übertrugen dem Generalrath von Neuem die Vollmacht, den Ereignissen gemäß die Zeit des nächsten Congresses zu bestimmen. Sobald die politische Lage es erlaubte, berief der Generalrath eine Privatconferenz. Ein öffentlicher Congress war unmöglich und hätte die Delegirten vom Continent nur der „Reaction“ denunciirt in einer Zeit, wo nach dem Sturz der Pariser Commune Alles gegen die „Internationale“ erregt war. Die Conferenz kam trotz vieler Hindernisse zu Stande; Frankreich konnte keine Abgeordneten schicken; in Italien wurde die einzige Section, die damals organisiert war, die von Neapel, in dem Augenblick, als sie einen Abgeordneten ernennen wollte, von der Polizei aufgelöst; in Oesterreich und Deutschland waren die thätigsten Socialisten im Gefängniß und die Mittel der Partei in Anspruch genommen zur Unterstützung der Familien der Verhafteten; die Americaner verwendeten die Kosten der Delegation zur Unterstützung der Flüchtlinge. Am zahlreichsten scheinen die Belgier erschienen zu sein. Alle Föderationen aber erkannten die Nothwendigkeit an, daß der Congress durch eine Privatconferenz ersetzt werde. Diese trat denn auch vom 17.—23. September zusammen, worauf der Generalrath ihre Beschlüsse veröffentlichte. Wir geben dieselben, obwohl sie theilweise in die auf Seite 59 abgedruckten Bestimmungen eingeflochten sind, noch einmal nach dem „Vorboten“ (1871 No. 12). (Auch der „Volksstaat“ 1871 No. 92 hat sie veröffentlicht.) Sie lauten:

I. Zusammensetzung des Generalraths. Die Conferenz ersucht den Generalrath, die Anzahl der Mitglieder, die er sich selbst beifügt, zu beschränken und vorzusehen, daß sie nicht zu ausschließlich einer und derselben Nationalität angehören. \*)

\*) Es waren nemlich viele Franzosen als Flüchtlinge der niedergeworfenen Pariser Commune nach England gekommen und hatten sich dem Generalrathe der „Internationale“ angeschlossen. Weiter unten (S. besondere Beschlüsse) folgt ein Beschluß, wonach die Conferenz dieß billigt, hier aber liegt offenbar ein leiser Tadel gegen den Generalrath vor, welcher

II. Benennungen der nationalen Räthe, localen Zweige, Sectionen, Gruppen und ihrer Comites. 1. Gemäß des Beschlusses des Baseler Congresses, 1867, haben die Centralräthe der Länder, wo die Internationale regelmäßig organisiert ist, sich in Zukunft zu bezeichnen als Föederalräthe oder Federalcomites mit Beifügung der Namen ihrer betreffenden Länder. Die Bezeichnung Generalrath ist dem Centralrath der Internationalen Arbeiter-Association vorbehalten. 2. Alle localen Zweige, Sectionen, Gruppen und deren Comites sollen sich in Zukunft einfach und ausschließlich bezeichnen und constituiren als Zweige u. u. der Internationalen Arbeiter-Association mit Beifügung der Namen ihrer bezuglichen Verlichkeit. 3. Demgemäß ist es den Zweigen, Gruppen und deren Comite's von nun an untersagt, Sectennamen anzunehmen, z. B. die Namen Positivisten, Mutualisten, Collectivisten, Communisten u. s. w., oder Sonderkörper zu bilden, welche unter Bezeichnungen wie: Propagandasection u. s. w. eine besondere, von den gemeinsamen Zwecken der Association verschiedene Mission sich zuschreiben. 4. Art. 1 und 2 finden jedoch keine Anwendung auf die mit der Internationalen verbündeten \*) Gewerksgenossenschaften.

III. Delegirte des Generalraths. Alle vom Generalrath zu bestimmten Sendungen ernannte Delegirten haben das Recht, den Versammlungen der Föederalräthe oder Comites, der Districts- und Local-Comites und Zweige beizuwohnen und daselbst gehört zu werden, ohne jedoch Stimmrecht zu haben.

IV. Beitrag von einem Penny (Groschen) per Mitglied an den Generalrath. 1. Der Generalrath wird anheftbare Marken, wovon jede den Werth eines Penny vorstellt, drucken, und in der verlangten Anzahl jährlich den Federalrathen oder -Comites zukommen lassen. 2. Die Föederalräthe oder -Comites werden den Localcomites und, in deren Abwesenheit, den localen Zweigen eine der Anzahl ihrer Mitglieder entsprechende Anzahl von Marken bermachen. 3. Diese Marken sind alsdann auf das Exemplar der Statuten anzuhften, welches jedes Mitglied zu besitzen gehalten ist. 4. Am 1ten März jedes Jahres haben die Föederalräthe oder -Comites der verschiedenen

dem französischen Elemente ein zu starkes Uebergewicht gegeben hatte. Den ruhigeren Deutschen und den nachternen Engländern, die sich meist an die nahe liegenden, praktisch erreichbaren Ziele halten, konnte die überschwenglich fanatische Phrasenhaftigkeit dieser Flüchtlinge nicht behagen.

\*) Bezieht sich hauptstachlich auf die englischen Gewerksvereine (Trade's Unions), welche sich der „Internationalen“ angeschlossen haben, ohne sich mit ihr zu verschmelzen.

Länder den Erlös aus den verkauften Marken dem Generalrath zu übermachen, und zugleich die unverkauften Marken zurückzusenden. 5. Diese Marken, die den Werth der Einzelbeiträge vorstellen, tragen das Datum des laufenden Jahres.

V. Bildung weiblicher Sectionen. Die Conferenz empfiehlt die Bildung weiblicher Zweiggeseßschaften innerhalb der Arbeiterklasse. Dieser Beschluß richtet sich selbstredend nicht gegen die Zusammensetzung von Zweiggeseßschaften aus Arbeitern und Arbeiterinnen.

VI. Allgemeine Statistik der Arbeiterklasse. 1. Die Conferenz beauftragt den Generalrath, Art. 5 der Originalstatuten, soweit er sich auf eine allgemeine Statistik der Arbeiterklasse bezieht, in Kraft zu setzen, ebenso wie die Beschlüsse des Genfer Congresses (1866) über denselben Gegenstand. 2. Jede locale Gruppe ist verpflichtet zur Ernennung eines besonderen statistischen Comites, damit sie stets, soweit ihre Mittel es gestatten, bereit sei, vom Föederalrath ihres Landes oder vom Generalrath gestellte Fragen zu beantworten. Die Conferenz empfiehlt allen Gruppen, den Secretären der statistischen Comites eine Vergütung zukommen zu lassen in Anbetracht der allgemeinen Nützlichkeit ihres Werkes für die Arbeiterklasse. 3. Am 1. August jedes Jahres sollen die Föederalräthe oder Comites das in ihren bezüglichen Ländern gesammelte Material dem Generalrath übersenden. Letzterer wird dasselbe seinerseits zu einem allgemeinen Bericht verarbeiten, der den jährlich im September stattfindenden Congressen oder Conferenzen vorzulegen ist. 4. Gewerksgenossenschaften und internationale Zweige, welche die verlangte Auskunft verweigern, sind dem Generalrath zur weiteren Beschlußnahme anzuzeigen.

VII. Internationale Beziehungen der Gewerksgenossenschaften. Die wachsende Tendenz der Gewerksgenossenschaften jedes Landes, sich mit den Genossenschaften desselben Gewerks in allen andern Ländern in Verbindung zu setzen, wird der Generalrath, wie bisher, unterstützen. Seine Wirksamkeit als internationaler Vermittler zwischen den nationalen Gewerksgenossenschaften hängt wesentlich von dem Beistand ab, den diese Gesellschaften selbst dem von der Internationalen unternommenen Werk einer allgemeinen Arbeiterstatistik angedeihen lassen. Die Vorstände der Gewerksgenossenschaften aller Länder werden ersucht, den Generalrath über die Adressen ihrer bezüglichen Geschäftslocale unterrichtet zu halten.

VIII. Aderbauer. 1. Die Conferenz ersucht den Generalrath und die Föederalräthe oder Comites, für den nächsten Congress Berichte vorzubereiten über die geeigneten Mittel zur Sicherung des Anschlusses der Aderbauer an die Bewegung des industriellen Proletariats. 2. Inzwischen werden die Föederalräthe oder Comites ersucht, Delegirte in die ländlichen

Districte zu schicken, um dort öffentliche Versammlungen abzuhalten, die Principien der Internationale zu verbreiten und ländliche Zweiggeseellschaften zu stiften.

IX. Politische Wirksamkeit der Arbeiterklasse. In Erwägung, daß es im Eingang der Statuten heißt: „Die ökonomische Emancipation der Arbeiterklasse ist der große Endzweck, dem jede politische Bewegung untergeordnet ist als Mittel“; daß die Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassociation (1864) besagt: „Die Herren des Grund und Bodens, und die Herren des Capitals werden ihre politischen Vorrechte stets ausbeuten zur Vertheidigung und Verewigung ihrer ökonomischen Monopole; weit davon entfernt, die politische Emancipation der Arbeiter zu fördern, werden sie fortfahren, ihr jedes mögliche Hinderniß in den Weg zu legen. . . . Die Eroberung der politischen Macht ist daher zur großen Pflicht der Arbeiterklasse geworden“; daß der Congreß von Lausanne (1867) erklärt hat: „Die sociale Emancipation der Arbeiter ist untrennbar von ihrer politischen Emancipation“; daß die Erklärung des Generalkraths über das angebliche Complot der französischen Internationale am Vorabend des Plebiscits (1870) folgende Stelle enthält: „Nach dem Wortlaut unserer Statuten haben alle unsere Zweige in England, auf dem Continent und in America unzweifelhaft die ausdrückliche Aufgabe, nicht nur Mittelpunkte für die streitbare Organisation der Arbeiterklasse zu bilden, sondern in ihren bezüglichen Ländern ebenfalls jede politische Bewegung zu unterstützen, die zur Erreichung unseres Endziels dient, — der ökonomischen Emancipation der Arbeiterklasse“; daß falsche Uebersetzung der Originalstatuten Mißdeutungen veranlaßt haben, die der Entwicklung und der Wirksamkeit der Internationalen Arbeiterassociation schädlich waren;

In Anbetracht ferner: daß die Internationale einer zügellosen Reaction gegenübersteht, welche jedes Emancipationsstreben der Arbeiter schamlos niederdrückt, und durch rohe Gewalt den Classenunterschied und die darauf gegründete politische Herrschaft der bestehenden Classen zu verewigen sucht; daß die Arbeiterklasse gegen diese Gesamtgewalt der bestehenden Classen nur als Classe handeln kann, indem sie sich selbst als besondere politische Partei constituirt, im Gegensatz zu allen alten Parteibildungen der bestehenden Classen; daß diese Constituirung der Arbeiterklasse als politische Partei unerläßlich ist für den Triumph der socialen Revolution und ihres Endziels — Abschaffung der Classen; daß die Vereinigung der Einzelkräfte, welche die Arbeiterklasse bis zu einem gewissen Punkt bereits durch ihre ökonomischen Kämpfe hergestellt hat, auch als Hebel für ihren Kampf gegen die politische Gewalt ihrer Ausbeuter zu dienen hat; —

Aus diesen Gründen erinnert die Conferenz alle Mitglieder der Internationalen: Daß, in dem streitenden Stand der Arbeiterklasse, ihre ökonomische Bewegung und ihre politische Bethätigung untrennbar verbunden sind.

X. Allgemeiner Beschluß, betreffend die Länder, wo die regelmäßige Organisation der Internationalen durch die Regierungen verhindert wird. In den Ländern, wo die regelmäßige Organisation der Internationalen in Folge der Regierungseinmischung augenblicklich unausführbar ist, kann die Association resp. ihre localen Gruppen sich unter irgend welchen anderen Benennungen reconstituiren. \*) Alle eigentlich sogenannten geheimen Gesellschaften sind und bleiben jedoch förmlich ausgeschlossen.

XI. Beschlüsse über Frankreich. 1. Die Conferenz spricht ihre feste Ueberzeugung aus, daß alle Verfolgungen die Energie der Anhänger der Internationalen nur verdoppeln, und daß die Zweige fortfahren werden, sich zu organisiren, wo nicht in großen Centren, doch mindestens nach Werkstätten und Verbindungen von Werkstätten, die sich durch ihre Delegirten miteinander in Verbindung setzen. 2. Die Conferenz fordert daher alle Zweige auf, in der Verbreitung unserer Principien in Frankreich unermüßlich fortzufahren, und in ihr Land eine möglichst große Anzahl der Druckschriften und Statuten der Internationalen einzuführen.

XII. Beschluß über England. Der Generalrath wird die englischen Sectionen in London auffordern, ein Föderalcomite für London zu bilden. Sobald dasselbe von den Zweigen in den Provinzen und von den verbündeten Gewerksgenossenschaften anerkannt sein wird, wird der Generalrath es als den Föderalrath für England bestätigen.

XIII. Besondere Beschlüsse der Conferenz. 1. Die Conferenz billigt die Beifügung der Flüchtlinge der Commune, welche der Generalrath in seinen Schoß aufgenommen hat. 2. Die Conferenz erklärt, daß die deutschen Arbeiter während des französisch-deutschen Krieges ihre Pflicht erfüllt haben. 3. Die Conferenz dankt den Mitgliedern der spanischen Föderation für die Vorlage ihrer Denkschrift über die Organisation der Internationalen, die einen abermaligen Beweis ihres Eifers für unser Gesamtwerk bietet. 4. Der Generalrath wird sofort eine förmliche Erklärung veröffentlichen, des Inhalts, daß die Internationale Arbeiter-Association durchaus nichts zu schaffen hat mit der sogenannten Verschwörung des Retshajeff, der ihren Namen betrüglisch usurpirt und ausgebeutet hat.

XIV. Instruktionen für den Delegirten Dutine. Der Delegirte Dutine wird ersucht, einen gedrängten Bericht über den Proceß

\*) Bezieht sich besonders auf Frankreich und Deutschland und die der internationalen Organisation dort entgegenstehenden Geseze.

Netſchajeff, nach den ruffiſchen Quellen, in der Genfer Egalité zu veröffentlichen. Dieſer Bericht iſt vor der Veröffentlichung dem Generalrath mitzutheilen. \*)

XV. Berufung des nächſten Congreſſes. Die Conferenz überläßt es der Entſcheidung des Generalraths, je nach den Ereigniſſen, die Zeit und den Ort des nächſten Congreſſes, oder der ihn etwa erſetzenden Conferenz zu beſtimmen.

XVI. Alliance de la Démocratie Socialiste. In Erwägung, daß die Alliance de la Démocratie Socialiste ſich ſelbſt für aufgelöſt erklärt hat (ſiehe den Brief des Secretärs der Alliance, R. Joukowsky, an den Generalrath, datirt 10 Auguſt 1871); daß die Conferenz in ihrer Sitzung vom 18. Septbr. beſchloſſen hat, daß alle beſtehenden Organisationen der Internationalen, übereinstimmend mit dem Buchſtaben und dem Geiſt der allgemeinen Statuten, ſich fernerhin einfach und auſchließlich zu bezeichnen haben als Zweige, Sectionen, Föderationen, u. ſ. w. der Internationalen Arbeiter-Association mit Zuſügung des Namens ihrer bezüglichen Verſtlichkeit; daß es demnach den beſtehenden Zweigen und Geſellſchaften fernerhin nicht geſtattet iſt, Sectennamen anzunehmen, wie z. B. Poſitiwiſten, Mutualiſten, Collectiviſten, Communiſten u., oder Sonderkörper zu bilden, welche unter dem Namen Propagandasectionen u. ſ. w. eine beſondere, von den gemeinſamen Zwecken der Internationalen verſchiedene Miſſion ſich zuſchreiben; daß der Generalrath in Zukunft Art. V. der Baſeler adminiſtrativen Congreßbeſchlüſſe des Inhalts: „Der Generalrath hat das Recht, den Anſchluß einer neuen Section oder Gruppe zuzulaſſen oder zu verweigern, vorbeſtandlich des Appells an den nächſten Congreß“ — in dieſem Sinn zu deuten und anzuwenden hat;

\*) Es ſcheint richtig zu ſein, daß die „Internationale“ mit der Verſchwörung des Netſchajeff in Rußland nichts zu thun hatte. Eine Stimme in der Allg. Ztg. 1871 No. 338 beſpricht die Beſchlüſſe dieſer Delegirten-Conferenz und ſagt: „Es liegt auf der Hand, daß man mit einer Verſchwörung nicht gern etwas zu thun haben will, die erſtens mißglückte und mit der zweitens ein gemeiner Mord verknüpft war. Und um gerecht zu ſein, muß man zugeſtehen, daß die Internationale hier keine directe Schuld hat. Dagegen ſcheint Netſchajeff, ein gelehriger Schüler Bakunins, mit der „Alliance de la démocratie socialiste“ in Verbindung geſtanden zu haben, die ſich ſeitdem (durch einen Brief vom 10. Aug. 1871, von Genf datirt und von Joukowsky unterſchrieben) aufgelöſt hat, und deren Seele lange Zeit Bakunin war.“ Dieſe Alliance rief aber wegen ihres Sectengeiſtes eine Spaltung in der Internationale hervor. Wir werden ſpäter dieſe Angelegenheit bei Beſprechung des Socialismus in der Schweiz ausführlich erwähnen und verweiſen dorthin.

Erklärt die Conferenz die Frage der Alliance de la Démocratie Socialiste für erledigt.

XVII. Spaltung in dem französisch sprechenden Theil der Schweiz. 1. Die verschiedenen Einwendungen des Föderalcomites der Jurasectionen gegen die Competenz der Conferenz werden für unzulässig erklärt. Vorstehendes ist nur ein Résumé des Art. 1. (der in seinem Wortlaut in der Genfer „Egalité“ abgedruckt ist.) 2. Die Conferenz billigt den Beschluß des Generalraths vom 29. Juni 1870.

Außerdem aber in Anbetracht der Verfolgungen, denen die Internationale gegenwärtig ausgesetzt ist, ruft die Conferenz den Geist der Solidarität und der Einigkeit an, der jetzt, mehr als je, die Arbeiter durchdringen sollte. Sie ertheilt den braven Arbeitern der Jurasectionen den Rath, sich den Sectionen der romanischen Föderation wieder anzuschließen. Falls diese Wiedervereinigung nicht thunlich, entscheidet sie, daß die Föderation der ausgetretenen Sectionen den Namen: Föderation des Jura (Fédération Jurasienne) annehmen wird. Sie kündigt ferner an, daß von nun an der Generalrath gehalten sein wird, öffentlich anzuklagen und zu verleugnen alle angeblichen Organe der Internationalen, welche nach dem Vorgang des Progrès und der Solidarité, in ihren Spalten vor dem Bourgeois-Publicum Fragen besprechen sollten, die nur zur Debatte in den localen und föderalen Comites, im Generalrath oder in den geschlossenen Verwaltungssitzungen der föderalen oder allgemeinen Congresse geeignet sind.

Anmerkung. Die nicht für die Oeffentlichkeit bestimmten Beschlüsse der Conferenz werden den Föderalräthen der verschiedenen Länder durch die correspondirenden Secretäre des Generalraths mitgetheilt werden.

Im Auftrag und Namen der Conferenz, der Generalrath: (Folgen die Namen desselben und der correspondirenden Secretäre für die einzelnen Länder.)

7. Der Congreß für 1872 wurde (Volksst. Nr. 53) vom Generalrath auf den 2. September nach dem Haag in Holland einberufen, da „die heutigen Regierungsverfolgungen gegen die Internationale sowohl in Frankreich als in Deutschland die Berufung des Congresses nach Paris oder Mainz nicht gestatten.“ In Anbetracht der politischen Umwälzungen und der Verfolgungen der Association durch die Regierungen beabsichtigt man auf vielseitigen Wunsch, eine Revision der allgemeinen Statuten und Verwaltungsorganisation vorzunehmen.

## Viertes Capitel.

### Organisation und Verbreitung der „Internationale“.

1. Der Kern der ganzen Association, die einfache Form, aus welcher sie herauswächst, ist die Gewerkschaft (*corps de métier*) (Siehe S. 79). Sie bildet gewissermaßen die Zelle im Organismus der „Internationale“. Die Arbeiter von gleicher Beschäftigung vereinigen sich zu einem localen Vereine, in welchem sie die speciellen Interessen ihres Gewerkes wahren. Diese Gewerkschaft soll zugleich die Vorstufe zu der socialistischen Productivgenossenschaft der Zukunft sein. Auch die „Bourgeoisie“ hat in Deutschland solche Gewerkevereine gegründet und sie zu bedeutendem Umfange entwickelt. Aber es besteht zwischen diesen Gewerkevereinen (unter der Leitung von Schulze-Delitzsch, Hirsch u. s. w.) und den vom Socialismus beherrschten ein principieller Unterschied. Die ersteren sind auf Grundlage der heutigen Produktionsweise organisiert und beabsichtigen, die Arbeiter durch Beförderung von Fleiß, Sparsamkeit und durch „Bildung“ allmählig dahin zu bringen, daß sie, soweit dieß überhaupt ihnen möglich ist, ihre eigenen Unternehmer werden können und sich überhaupt materiell und moralisch heben. Dabei sind auch die Strikes als Mittel zur Besserstellung der Arbeiter nicht ausgeschlossen; die Arone des Ganzen soll die Productivgenossenschaft sein. Alles aber bewegt sich noch auf dem Boden des Gegebenen, indem das Eigenthumsrecht bestehen bleiben soll. Dem gegenüber behauptet der Socialismus, der internationale und der Lassalle'sche, daß hier eine Täuschung unterlaufe, daß der Arbeiterstand als solcher auf dem Wege des Sparens niemals oder nur nach unendlich langer Zeit dazu kommen könne, sein eigener Unternehmer zu werden; Sparsamkeit und jene „Bourgeoisie“-Bildung werden bei den Socialisten nicht gepflegt; ihnen sind die Gewerkevereine ausschließlich Mittel, um die Massen in die socialistische Bewegung hineinzuziehen, und in Gährung zu erhalten. Durch



Strikes will man wohl auch Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit erlangen, aber nur als Abschlagszahlungen für die künftige „Herrschaft der Arbeit über das Capital.“ Sind einmal die Massen auf diesem Wege in umfassender Weise gewonnen, dann sollen die Gewerkschaften den Hebel bilden, um die gegenwärtige Gesellschaft auf dem politischen Wege zu stürzen und den socialistischen, auf Gemeinsamkeit des Besizes ruhenden Staat zu gründen. Die Gewerkschaften haben daher als Hauptaufgabe, die Gegenwart in die Zukunft hinüberzuleiten.

Bei Gründung der Gewerkschaften tritt dieser Zweck in der Regel selten zu Tage. Sie werden in's Leben gerufen zur gegenseitigen Unterstützung der Mitglieder in Krankheits- und Sterbefällen, zur Gewährung von Unterstützungs- und Viaticumsgeldern, zur Regelung des Lehrlingswesens und zur Wahrung der technischen Bedingungen des Gewerbes. Je mehr aber diese Vereine sich in die Agitation hineinziehen lassen, desto deutlicher tritt der sociale Zweck zurück und der socialistische hervor. Das schon mehrfach erwähnte Schriftchen von Hillmann drückt dies mit anerkennenswerther Offenheit aus, indem es (S. 10) sagt: „Hauptfache (der internationalen Gewerkvereine) soll die Förderung und Ausbreitung der Idee sein, die genossenschaftliche Arbeit an Stelle der Lohnarbeit zu setzen, um statt des Arbeitslohnes den Arbeitsertrag zu erringen.“ In dem der „Internationale“ nahestehenden „Volkstaat“ (1872 No. 37) ist ein Aufruf enthalten an die Holzarbeiter Deutschlands, sich in noch größerer Zahl der „Internationalen Gewerkschaft der Holzarbeiter“ anzuschließen, die in Deutschland und der Schweiz besteht. Die Mitgliedschaften der verschiedenen Städte seien solidarisch verbunden; wer einmal Mitglied sei, sei es überall in ganz Deutschland und der Schweiz; Zweck dieses Vereins sei, die Ehre und die materiellen Interessen seiner Mitglieder zu wahren und zu fördern durch Gründung einer allgemeinen Unterstützungskasse für Wanderschaft, Krankheit, Tod und Arbeitsunfähigkeit. „Doch die Hauptaufgabe des Vereins ist, die Idee auszubreiten, daß

durch Productiv-Associationen die Lohnarbeit beseitigt, und durch die freie Arbeit sämtlicher Genossen in Productiv-Associationen an die Stelle des Arbeitslohnes der Arbeitsertrag gesetzt werde.“

Ganz klar und scharf wurde diese Bedeutung der Gewerksvereine als Bausteine der socialistischen Zukunft ausgesprochen in der Denkschrift, welche das „Central-Comité der Sectionsgroupe der deutschen Sprache der Int. Arb. Aff. zu Genf“ dem Eisenacher Congresse der „Socialdemokratischen Arbeiterpartei“ Deutschlands unterbreitet hatte. Es heißt dort (Prot. des Eis. Congr. Leipzig 1869. Druck von F. Thiele, S. 19.):

„In Erwägung: daß die Gewerkschaften allein die richtige Form für die Arbeitervereine und die künftige Gesellschaft überhaupt bieten, und auch die in ihren Kreisen herrschenden Fachkenntnisse festen Grund zu einer exacten Socialwissenschaft legen helfen; daß in dem gleichen Maße, als sich die Organisation der Gewerkschaften vollendet, die gemischten Vereine (wie z. B. der deutsche Arbeiter- und der Arbeiterbildungsverein) ihre Existenz-Bedingung, und weil ihre Mission erfüllt habend, ihre Existenzberechtigung verlieren; daß aber den thatsächlichen Verhältnissen nicht vorgegriffen werden darf, die beiden Vereinsarten noch zeitweilig neben einander zu bestehen und zu gehen haben, bei einer gemeinsamen Organisation jedoch den gemischten Arbeitervereinen durchaus keine Anhaltspunkte zu starrem Festhalten ihrer Stellung geboten werden dürfen, dagegen der Entwicklung der Gewerkschaften alle Erleichterungen verschafft werden müssen. . . .“

Es ist klar: so lange die socialistische Agitation noch nicht mächtig genug ist, sollen Bildungs- und andere Vereine, besonders auch jene, welche rein wirthschaftlicher Natur sind, beibehalten werden; neben ihnen, und sie allmählig auffaugend, tritt die Gewerkschaft in's Leben als die eigentliche Form der Arbeitervereinigungen und als Grundlage für den socialistischen Staat der Zukunft.

2. Nicht alle Vereinigungen von international gesinnten Socialisten sind gewerkschaftlicher Natur. Manche derselben sind ohne Rücksicht auf die Beschäftigung ihrer Mitglieder organisiert, besonders solche, die viele Nichtarbeiter in sich zählen;

andere Vereinigungen können als gemischte Gewerkschaften bezeichnet werden, wie dieß vornemlich an kleinen Orten der Fall ist. Dort sind die einzelnen Gewerke meist zu schwach, um sich selbstständig zu constituiren und sie vereinigen sich daher insgesammt sogleich zu einer den ganzen Ort umfassenden Gesellschaft. Immerhin aber bilden die Gewerkschaften den Boden, auf welchem die Organisation der „Internationale“ sich aufbaut. Man hat für diese kleinsten Vereinigungen den Namen Section oder Zweig der „Internationale“ gewählt. Diese Sectionen sind also in der Regel — wenn auch nicht immer — gewerkschaftliche Vereinigungen, sei es, daß die Arbeiter jeder einzelnen Beschäftigung eine Section bilden, sei es, daß sie in kleinen Orten sich direct zu einer localen Section vereinigen. Je nach diesem Umstande ist dann auch die Benennung verschieden. Um die im modernen Socialismus so häufig vorkommenden Spaltungsversuche und die Lust zur Häresie (vom orthodoxen Standpunkte der „Internationale“ aus gesprochen) wenigstens in etwas zu hemmen, ist es diesen Sectionen (S. 62) ausdrücklich untersagt, sich besondere Namen als Communisten, Mutualisten u. s. w. zu geben oder Sonderkörper zu bilden. Jede Section hat das Recht, einen Abgeordneten zum Allg. Congreß der „Internationale“ zu senden.

3. Durch Vereinigung der Sectionen entsteht die höhere Stufe in der Organisation der „Internationale“, nemlich die Föderation; jede Section vereinigt sich mit den Nachbarsectionen zu einem Bunde, wobei den einzelnen verbündeten Vereinen die Leitung ihrer eigenen Angelegenheiten gewahrt bleibt und die höhere Vereinigung sich nur mit Dem zu beschäftigen hat, was über die inneren Angelegenheiten ihrer Glieder hinausgeht. Jede solche Gruppe von Sectionen hat ihre eigene Behörde, Föderalrath oder Föderalcomite genannt. Diese Föderativorganisation ist einer unbegrenzten Ausdehnung fähig; sie beginnt mit der localen Föderation, d. h. mit der Vereinigung

sämmtlicher Sectionen desselben Ortes und umfaßt von dort aus immer weitere Kreise. Aus der Vereinigung mehrerer durch Gemeinsamkeit der geographischen und politischen Verhältnisse auf einander hingewiesenen Föderationen erwächst die provincielle, aus mehreren provinciellen die nationale Föderation und diese schließen sich dann sämmtlich in der „Internationalen Arbeiter-Association“ zu einer großen kosmopolitischen Föderation zusammen. Solches ist wenigstens die theoretische Organisation der „Internationale“, wenn auch die Wirklichkeit fast in jedem Lande zu Abweichungen davon zwingt.

Die Organisation der „Internationale“ soll zugleich, soweit nicht praktische Bedenken dagegen sprechen, auch die Organisation des künftigen socialistischen Staates auf dem nationalen und dem internationalen Gebiete vorbereiten. Daher bildet der Bund der localen Gewerkvereine, d. h. die locale Föderation zugleich die Commune der Zukunft, denn sie stellt die künftige Localregierung vor, welche im socialistischen Staat an die Stelle der gegenwärtigen Behörden treten soll. Dieser socialistische Staat muß alle seine Glieder in Gewerkschaften einreihen, ähnlich wie im Städteleben des Mittelalters jeder Bollbürger bei einer Zunft oder Corporation eingeschrieben sein mußte. Die Vereinigung sämmtlicher Gewerkschaften eines Ortes bildet also die Gemeinde. Diese regelt und verwaltet ihre inneren Angelegenheiten selbstständig und unabhängig, darf aber dabei, wie überhaupt jede solche Föderation, niemals mit den Gesetzen der gesammten Association in Widerspruch treten (S. 62).

Jeder einzelne Föderalrath steht in der Mitte zwischen den Gliedern seiner Föderation und dem nächsthöheren Föderalrath. Er vermittelt ferner den Verkehr der ihm untergebenen Sectionen unter einander und mit dem Generalrath. Ihm liegt es ob, die Einheit innerhalb seiner Föderation zu wahren, jeder Section und Gewerkschaft die nöthige Unterstützung bei der Propaganda zu gewähren, für Ausführung der Congressbeschlüsse und der Verfügungen des Generalrathes Sorge zu tragen. Alle

Mittheilungen von oben herab gehen durch ihn und werden von ihm den Sectionen und von diesen den einzelnen Gewerkschaften kund gegeben. Der gleiche Gang wird eingehalten beim Verkehr nach aufwärts. Der Generalrath der „Internationale“ stünde bei vollkommen durchgeführter Organisation nur mit den nationalen Föderalrätthen in directem Verkehr. Der Organisation liegt das Bestreben zu Grunde, die Arbeitermassen in nationale Körper zu organisiren, entsprechend dem Art. 7 der Allg. Statuten (S. S. 58); allein wegen der vielfach entgegenstehenden gesetzlichen Hindernisse konnte dieß bisher nur in wenigen Ländern gelingen. Diese Hindernisse haben sich seit dem Falle der Pariser Commune vermehrt, indem die bürgerliche Welt und die Regierungen seit jenen schrecklichen Ereignissen der Organisation der „Internationale“ besondere Aufmerksamkeit widmen.

Statt des hauptsächlich bei den Franzosen beliebten Wortes Föderation bedient man sich auch häufig des Ausdruckes Sectionsgruppe. Welcher Art diese dann ist, ob ersten, zweiten oder dritten Ranges ergibt sich aus der näheren Bezeichnung. So würde die Sectionsgruppe der deutschen Sprache, wenn die Gesetze es erlaubten, wieder untergeordnete Sectionsgruppen für die verschiedenen Länder Deutschlands umfassen und diese Gruppen zweiten Ranges würden sich wieder in Unterabtheilungen gliedern, bis man zuletzt bei der einzelnen Section anlangt.

Wie jeder Verein und jede Section ihre besondere Versammlung hat, so auch jede Sectionsgruppe, jede Föderation. Auch dadurch bildet sich eine ununterbrochene Stufenleiter, von der Versammlung des winzigsten localen Gewerksvereins bis hinauf zum Generalcongreß der gesammten Association. Die Congresse der Föderationen kann man als Provincial- und National-Concilien betrachten. Hauptgegenstände der Beratungen sind die innern Angelegenheiten dieser Gruppen, sowie die Ausführung der Beschlüsse der allgemeinen Congresse. Auch werden hier Fragen vorberathen, welche auf dem nächsten allge-

meinen Congresse zur Verhandlung kommen und über welche die einzelnen Sectionen Berichte verlesen wollen.

4. Jede Section, sowie jede Gruppe von Sectionen (Föderation) hat ihre besonderen Satzungen; sie paßt dieselben unabhängig von jedem Einfluß den örtlichen Verhältnissen und Landesgesetzen an, unter der einzigen Bedingung, daß diese Statuten in nichts den allgemeinen Statuten und Reglements der „Internationale“ widersprechen dürfen. Im Allgemeinen sind diese speciellen Statuten bis auf die wechselnden örtlichen Verhältnisse ziemlich gleich. Textut veröffentlicht (l. c. p. 106 suiv.) die Statuten der ehemaligen Pariser Föderation, die wir als Beispiel hier folgen lassen. Sie bestimmen:

§ 1. Zwischen den Pariser Sectionen der „Internationale“ wird ein Bund geschlossen, um die Beziehungen jeder Art zwischen den verschiedenen Gruppen der Arbeiter zu erleichtern. Der Bund wird repräsentirt durch einen Bundesrath (conseil fédéral). — § 2. Der Bundesrath wird zusammengesetzt aus den Abgeordneten der verbündeten Sectionen. Die Zahl der Abgeordneten regelt sich in folgender Weise: Eine Section von höchstens 50 Mitgliedern hat einen, von 51—100 2, von 101—500 3, von 501 bis 1000 4, über 1000 5 Abgeordnete zu senden. Jede Section wählt eine gleiche Zahl von Ersatzmännern. Jede Section ernennt und wechselt ihre Abgeordneten nach Belieben. — § 3. In den ersten Sitzungen des April und October ernennt der Bundesrath sein Bureau, bestehend aus einem Schatzmeister, einem Secretär, zwei Correspondenten für die äußeren Verhältnisse, drei für Frankreich; diese Zahlen können, wenn nöthig, erhöht werden. Die Mitglieder des Bureau sind absetzbar durch den Bundesrath. Die leeren Plätze müssen unverzüglich wieder ausgefüllt werden. — § 4. Entsprechend dem Art. 6 der allgemeinen Statuten und dem Art. 5. des beigefügten Reglements wird der Bundesrath sich in Verbindung setzen mit dem Generalrath (in London), er wird ihm monatlich Bericht erstatten über die Lage der „Internationale“ in Paris. Hinwiederum wird der Generalrath vierteljährlich dem Pariser Bundesrath eine Darstellung der Lage der „Int. Arb. Ges.“ in allen Ländern übermachen. — § 5. Jede Section, welche dem Pariser Bunde beitreten will, muß 2 Exemplare ihrer Statuten und ihres Reglements einliefern, von denen das eine für den Generalrath bestimmt ist. — § 6. Entsprechend der 5. Resolution von

Basel muß der Generalrath, ehe er den Beitritt einer neuen Section oder Gesellschaft in Paris zuläßt oder zurückweist, die Pariser Föderation zu Rathe ziehen. — § 7. Entsprechend der 6. Resolution von Basel kann die Pariser Föderation den Anschluß einer Section oder Gesellschaft verweigern, sie aus ihrem Schoße austreten, ohne sie des Charakters der Internationalität zu berauben; denn der Generalrath allein kann die Suspension, der Congreß die Unterdrückung einer Section aussprechen. — § 8. Der Bundesrath hat zur Bestreitung seiner Ausgaben (Correspondenzen, Propaganda etc.) folgendes Budget: Jede zur Föderation gehörende Section zahlt 50 Cent. für Mitglied und Monat. Einer der Abgeordneten der Section muß die berechnete Summe in der ersten Monatsversammlung dem Schatzmeister einhändigen. Dieser macht in der dritten Monatsversammlung durch Anschlag im Locale die Sectionen bekannt, welche ihre Beiträge nicht geregelt haben. Verzögert sich die Bezahlung um einen Monat, so besteht die Suspension der Gesellschaft zu Recht; ihre Abgeordneten haben keine Stimme mehr im Bundesrath; nach 3 Monaten wird die Section gestrichen. — § 9. Der Bundesrath kann bei triftigen Veranlassungen höhere Ausgaben beschließen, als dieses Budget erlaubt, und zu diesem Zwecke den verhältnißmäßigen Zuschußbeitrag jeder Section festsetzen; aber in diesem Falle bleibt der Beitrag dem freien Willen überlassen. — § 10. Die Mitglieder der Pariser verbündeten Sectionen und die Glieder fremder Sectionen, welche sich vorübergehend in Paris aufhalten, können den Sitzungen des Bundesrathes als Zuhörer anwohnen. Die Mitglieder der Internationale, welche keiner Section ordnungsmäßig angehören, haben keinen Zutritt zu den Sitzungen. — § 11 bestimmt, daß die Acte des Föderalrathes der Billigung der Generalversammlungen der einzelnen Sectionen, welche wenigstens alle 3 Monate stattfinden, unterworfen werden müssen. — § 12 bestimmt über Revision der Statuten.

Die Statuten anderer Föderationen bestimmen noch über Arbeitseinstellungen, über Darlehen zu solchem Zwecke, über Unterstützungen eines streikenden Gewerkes durch die andern u. s. w. Die Statuten der Belgischen Föderation der Sectionen des centralen Kohlenbeckens (bassin du Centre) bestimmen (O. Test. l. c. p. 118.):

Zweck des Bundes ist die Einigung der Arbeiter des Bassins in dem Kampfe gegen ihre Ausbeuter, um ihnen auf diese Weise die Möglichkeit zu gewähren, früher zu ihrer Befreiung zu gelangen; die Waaren im Großen zu kaufen, um sie unter sich zu vertheilen. . . . Bei besonderen Anlässen genügt die Leitung des Bundesrathes nicht, sondern es muß ein

Congreß abgehalten werden, zu welchem jede Section 3 Abgeordnete sendet. Dieser Congreß muß immer stattfinden, wenn es sich um Veränderungen des Reglements handelt oder um Beschlüsse über Beiträge, um Rücknahme des Mandats eines oder mehrerer Bundesräthe, oder um Berathung über Maßregeln von allgemeinem Interesse.

Die romanischen Sectionen der Schweiz haben eine Föderation, deren Statuten u. A. Folgendes bestimmen:

Die Sectionen behalten ihre Autonomie, vorausgesetzt, daß in ihren Acten und Reglements nichts den General- und Bundesstatuten Gegentheiliges enthalten ist; die Sectionen müssen dafür sorgen, daß jedes ihrer Glieder fortwährend über Alles unterrichtet wird, was die „Internationale Association“ betrifft; sie werden thätig an der Errichtung von Institutionen arbeiten, um die Lage der Arbeiter zu verbessern; diese Institutionen dürfen aber nichts enthalten, was den Principien, wie sie die „Internationale“ proclamirt, widerspricht. . . . An den Orten, wo verschiedene Sectionen bestehen, müssen sie ein Local-Comite bilden, welches zwischen den Sectionen und dem Bundescomite vermittelt; diese Local- oder Cantonalcomites müssen eine lebhafte Propaganda beginnen, damit die internationale Sache in ihrem Orte oder Cantone triumphire. Die Sectionen eines Ortes können sich zu einer Generalversammlung vereinigen, so oft sie es passend finden. Die Entscheidungen jener Versammlungen stehen über denen der einzelnen Sectionen, so lange sie nicht den besonderen Interessen der genannten Section widersprechen. . . . Im Falle einer Arbeitseinstellung, welche die Grenzen eines Ortes überschreitet, übernimmt das Bundescomite die Leitung unter Controle einer Commission von 9 Mitgliedern, welche durch die kriegsführenden Orte ernannt werden. Das Bundescomite ist dem Congresse verantwortlich und kann von ihm abgesetzt werden. Jedes Jahr wird ein Congreß abgehalten, zu welchem jede Section 2 Abgeordnete senden darf. . . . Der Generalsecretär erhält für das erste Jahr einen festen Gehalt von 100 Frs. Genf ist Bundesstz.

5. Ueber all diesen Gewerkschaften, Sectionen und Sectionsgruppen steht der Allgemeine Congreß. Er faßt sämtliche auf Grund des internationalen Programms organisirten Arbeitervereine in sich zusammen und durch ihn erhält die Arbeiterbewegung den internationalen Charakter. Der Congreß allein faßt die entscheidenden Beschlüsse, welche die



haltung der ganzen Association bestimmen; in ihm liegt die höchste Gewalt, zu deren Ausübung er einen Generalrath ernennt, der aber dem Congreß unbeschränkt verantwortlich ist. Der Generalrath soll aus Arbeitern aller in der „Internationale“ vertretenen Ländern bestehen, kann sich aber eine beliebige Anzahl anderer Mitglieder beifügen. Dieses Recht der Cooptation, das schon angegriffen wurde, rechtfertigt der Generalrath (les prêt. scissions, p. 26), indem er auf das zahlreiche Personal hinweist, das nothwendig sei, um die Menge der dem Generalrath obliegenden Arbeiten zu bewältigen; indem er ferner sagt, die Glieder des Generalrathes müßten den verschiedensten Nationen angehören, die in der Association vertreten seien; es müsse ferner dabei das Arbeiterelement vorwiegen; in dieser Bedingung aber liege eine Ursache beständigen Wechsels und somit könne der Generalrath die unentbehrlichen Bedingungen nicht erfüllen ohne das Recht der Cooptation. Doch scheint ihm eine genauere Definition dieses Rechtes erwünscht, und er hat der letzten Conferenz einen darauf bezüglichen Wunsch ausgesprochen.

Der Generalrath bildet gewissermaßen eine internationale Agentur, durch welche die Vereinigung der Arbeiter ihren internationalen Charakter sich ununterbrochen bewahrt; auf solche Weise kann bewirkt werden, daß die Action der Socialisten überall eine gemeinsame ist, in allen Ländern auf dasselbe Ziel hinstrebt, welches ist die „Befreiung“ der Arbeiterklasse durch das Mittel der Politik. Der Generalrath muß vermöge seiner Stellung in Beziehung auf die socialistische Agitation und Action die Initiative ergreifen.

Principiell kann der Generalrath überall sich aufhalten, der Congreß kann stets einen Wechsel im Sitze desselben eintreten lassen und man hat es auch schon gewünscht. Thatsächlich aber bildet London den Mittelpunkt der „Internationale“ und man wird auch schwerlich den sicheren englischen Boden verlassen. Der Generalrath hat einen Präsidenten, einen Generalsecretär, einen Schatzmeister, sowie für jede nationale Sections-

gruppe einen besonderen correspondirenden Secretair. Diese sind die Organe, durch welche der Generalrath mit den einzelnen nationalen Verbänden im Zusammenhang steht. Alle Beschlüsse, Mittheilungen u. s. w. des Generalraths werden durch den betreffenden correspondirenden Secretair den großen Föderationen mitgetheilt, und von diesen weiter abwärts bis zum kleinsten Gewerksverein vermittelt. Denselben Weg, nur in umgekehrter Reihenfolge, machen die Mittheilungen nach oben. Vermöge dieser Organisation ist der Generalrath stets von Allem unterrichtet, er kennt und leitet die gesammte socialistische Bewegung in den verschiedenen Ländern, soweit sich die moderne Gesellschaft mit ihrer socialistischen Krankheit erstreckt. In Staaten, wo gesetzliche Hindernisse die Bildung von nationalen Föderationen nicht gestatten, functionirt der Generalrath zugleich als Föderalrath, indem durch seine Vermittlung die Einheit und das gemeinsame Zusammenwirken der einzelnen Sectionen solcher Länder herbeigeführt wird. Diese Bedeutung des Generalrathes und damit auch der Einfluß desselben nimmt gegenwärtig zu, weil die Regierungen die „Internationale“ in neuerer Zeit aufmerkamer überwachen und womöglich sogleich gesetzlich einschreiten. — Bei großen Ereignissen, wie nach dem Untergang der Pariser Commune oder bei einem bevorstehenden Krieg, erläßt der Generalrath einen Bericht an die ganze Association. In demselben legt er die Stellung der Gesellschaft zu dem betreffenden Ereignisse dar und sucht gleichzeitig Propaganda für die Principien der Association zu machen. Solche Manifeste werden in tausenden von Exemplaren gedruckt, in die einzelnen Sprachen übersetzt und in den Blättern der „Internationale“ veröffentlicht.

Von jedem Mitglied der Gesellschaft erhebt der Generalrath jährlich 10 Centimes; schon dieß giebt eine bedeutende Summe. Es ist aber wahrscheinlich, daß je nach Bedarf auch aus andern Quellen Einnahmen fließen, besonders aus den romanischen Ländern, wo der Socialismus sehr wohlhabende

Günner zählt, welche für ihre Ideen, die aber dann in der Regel mehr politisch als social sind, begeistert Opfer bringen. Solches schließt natürlich nicht aus, daß in der Caffe des Generalrathes zeitweilig, wahrscheinlich sogar sehr oft, tiefste Ebbe herrscht. Die Mitglieder des Generalrathes waren im Frühjahr 1872: A. Applegarth, Ant. Arnaud, M. L. Boon, F. Bradnik, G. G. Battay, Delahaye, Eugen Dupont, W. Hales, Hurlimann, F. G. Eccarius, Jules Johannard, Harriet Law, F. Lessner, Lohner, Charles Longuet, Constant Martin, Henry Mayo, Georg Milner, Charles Murray, Th. Mottershead, Pfänder, John Roach, Rozwadowski, Rühl, S. Ravier, Sadler, Cowell Stepmey, A. Taylor, Seyton, W. Townshend, Ed. Bailant, John Weston. Die correspondirenden Secretäre waren: Karl Marx für Deutschland und Rußland, Leo Fränkel für Oesterreich und Ungarn, A. Herman für Belgien, F. Cournet für Dänemark, J. G. Eccarius für die Vereinigten Staaten, Le Rossu für die vereinigten Staaten (französische Sectionen), Aug. Serrailier für Frankreich, Charles Rochat für Holland, J. P. Mac Donnell für Irland, F. Engels für Italien und Spanien, Walery Wroblewski für Polen, Hermann Jung für die Schweiz. Eine Angabe des Generalrathes in „Les préscissions“ p. 15 gibt 51 Mitglieder an, da oft ein Wechsel in den Personen und der Stärke des Generalrathes eintritt. Diese vertheilen sich nach den Nationalitäten in folgender Weise: 20 Engländer, 15 Franzosen, 7 Deutsche, 2 Schweizer, 2 Ungarn, 1 Pole, 1 Belgier, 1 Irländer, 1 Däne, 1 Italiener.

6. Ein Blick auf die Organisation der „Internationale“ zeigt, daß dieselbe streng föderalistisch ist. Die Centralisation nach oben und die Decentralisation nach unten könnten in keiner föderalistischen Staatstheorie schärfer durchgeführt sein als in diesem Bunde, wenn er sich genau nach seinen Anschauungen gestalten könnte. Jeder Theil, von der großen nationalen Föderation bis zur Section und Gewerkschaft hinab, verwaltet

seine Angelegenheiten selbstständig; die Gesamtheit stellt nur die allgemeinen Grundsätze des gemeinsamen Handelns auf, innerhalb deren die Einzelnen sich nach Belieben bewegen und sich organisieren können, wie es den jeweiligen Bedürfnissen des Ortes und der Zeit entspricht. Wo die Kräfte der kleineren Vereinigungen nicht ausreichen, tritt der Bund höherer Ordnung und zuletzt die Gesamtheit ein. In der möglichst freien Entfaltung der localen Kräfte ruht aber die dauernde Stärke selbst der gewaltigsten Macht und sicher hat diese breite Organisation neben der allgemeinen socialistischen Disposition der Zeit am meisten zu der schnellen Ausbreitung des Bundes beigetragen.

7. Früher erhielt jedes Mitglied der „Internationale“ eine Mitgliedskarte. Diese Karten waren in englischer Sprache abgefaßt, sie trugen das Datum des Beitritts des betreffenden Mitgliedes und dienten zugleich als Quittung für die Bezahlung des Jahresbeitrages. Die Vorderseite lautete:

„International Working Men's Association. Card of Membership. This is to certify that . . . . . was admitted a Member of the above Association . . . 18 . . , and paid as his Annual Subscription 1 Sgr. R. Shaw, Corresponding Secretary for America, Bernard, cor. Sec. for Belgium, Eugen Dupont, cor. Sec. for France, Karl Marx, cor. Sec. for Germany, Jules Johannard, cor. Sec. for Italy, Anthony Zubich, cor. Sec. for Poland, H. Jung, cor. Sec. for Switzerland, Co-well Stepny, Treasurer, J. George Eccarius, Sec. to Gen. Comm. London.“

Die Rückseite der Karten enthielt einen kurzen Auszug aus den Statuten der „Internationale“, in deutscher, französischer und englischer Sprache; er lautete:

„Die Emancipation der Arbeiterklasse muß durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden. Der Kampf für die Emancipation der Arbeiterklasse ist kein Kampf für neue Classenvorrechte, sondern für die Vernichtung der Classenherrschaft. Die ökonomische Unterwerfung des Arbeiters unter den Aneigner der Arbeitsmittel, d. h. der Quellen des Lebens, liegt der Knechtschaft in allen ihren Formen zu Grunde, dem socialen Elende, der

geistigen Verkümmern und der politischen Abhängigkeit. Die ökonomische Emancipation der Arbeiterklasse ist daher das große Ziel, dem jede politische Bewegung als Mittel dienen muß. Alle nach diesem Ziele strebenden Versuche sind bisher gescheitert aus Mangel an Einigung unter den verschiedenen Arbeitszweigen jedes Landes und unter den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder. Die Emancipation der Arbeiter ist weder eine locale, noch eine nationale, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe. Sie umfaßt alle Länder, worin die moderne Gesellschaft besteht, sie kann nur gelöst werden durch das planmäßige Zusammenwirken dieser Länder."

Seit einiger Zeit sind diese Karten, deren eine Menge in die Hände der französischen und deutschen Polizei fielen, abgeschafft. Gegenwärtig wird die Mitgliedschaft der „Internationale“ dadurch erworben, daß man (Volkst. 1872, Nr. 53) die Marke über den geleisteten Jahresbeitrag auf das Statutengempraxar klebt. (S. S. 62.) Solche Mitgliedsmarken können bezogen werden durch Karl Marx (1 Maitland Park, Row. Haverstock Hill, N. W. London).

8. Ueber die Verbreitung der „Internationalen Arb. Aff.“ sind die widersprechendsten Meinungen laut geworden. Auch ist es für den nicht Eingeweihten unmöglich, genaue Angaben hierüber zu machen. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß die Ausdehnung der „Internationale“ eine sehr große ist. Die Begeisterung, mit welcher der Socialismus seine Propaganda betreibt, ist eine Art religiöse und trägt viel zu den Fortschritten des Bundes bei. Seit ihrer Gründung hat diese Gesellschaft in kurzer Zeit England, Frankreich, Belgien, Italien, Spanien, Deutschland, Oesterreich, Nordamerika und andere Länder mit ihrem Netze übersponnen. Selbst in dem politisch stagnirenden Holland und in dem abgeschlossenen Rußland hat sie ihre Anhänger und ihre Sectionen. Die Angaben über die Mitgliederzahl der „Internationale“ mögen vielfach auf Uebertreibung beruhen, um „Bourgeoisie“ und Regierungen zu schrecken. Aber selbst nach Abzug solcher Uebertreibungen bleibt sicher noch eine hübsche Anzahl übrig, groß genug, um die Gefahr jenes Bundes

ermessen zu Binnen. Testat (l. c. p. 278) schätzte 1871 die Mitgliederzahl der „Internationale“ in Europa und America auf 5 Millionen, jedenfalls eine viel zu hoch gegriffene Annahme. Albert Richard, der sich „eines der ältesten und treuesten Mitglieder der Association“ nennt, später aber mit Bakunin gegen den Generalkath intrigirte, gab im „Progrès“ von Lyon (Test. l. c. p. 278) die Mitgliederzahl sogar auf 7 Mill. an. Diese Zahlen sind indessen ganz sicher übertrieben und wir erwähnen derselben nur als beispieisweise Angaben. Besonders scheint das Ereigniß der Pariser Commune der Expansionskraft der „Internationale“ einen größern Aufschwung gegeben zu haben. Es ist dieß schon im Allgemeinen bei der unleugbaren socialistischen Disposition so vieler Arbeiter wahrscheinlich; auch wird es vom Generalkath (les prêt. scissions p. 33) ausdrücklich behauptet. Die „Internationale“ beansprucht für sich zwar nicht die Urheberchaft der Pariser Commune, wohl aber deren moralische Hinterlassenschaft und solche gewaltige und tragische Ereignisse üben vielfach statt einer abstoßenden, eine zauberhaft anfassende Wirkung aus. Auch hat, wie es scheint, seit den grauenvollen Vorgängen während der Pfingsttage des Jahres 1871 zu Paris, das Petroleum einen hervorragenden Platz in dem Ideenreife des modernen Socialismus erlangt. — Es fehlt wohl nicht an Stimmen, welche behaupten, daß die „Internationale“ im Rückgange begriffen sei. Außerlich mag dieß der Fall sein, indem die Mitgliederzahl vielleicht abgenommen hat oder nicht mehr in dem früheren Verhältniß zunimmt; allein dieser Umstand ist von geringerer Bedeutung. Die wirklich eingeschriebenen Mitglieder sind nur die Cadres der großen Revolutionsarmee und daß diese ständig wächst, davon kann man sich täglich überzeugen. — Die „Internationale“ besitzt überall ihre Zeitungen, welche vielfach mit großem Geschick die wunderbaren Stellen der modernen Gesellschaft angreifen und für ihre Propaganda ausbeuten. Alles wird benutzt, um den Arbeitern in endloser Wiederholung das Lied von ihrer „Ausbeutung“

durch die Capitalisten und von ihrer „Befreiung“ durch die internationale Verbrüderung zu singen.

9. Sehr wichtig ist die Thätigkeit der „Internationale“ bei den Arbeitseinstellungen, wobei sie natürlich weniger als Verein, denn durch ihre einzelnen Mitglieder wirkt, so daß sie meistens auch sagen kann, sie habe sich nicht eingemischt. Denn der Generalrath, dessen Theilnahme zu einer amtlichen Thätigkeit der „Internationale“ erforderlich ist, wirkt bei solchen Gelegenheiten meist nur durch die private Thätigkeit einiger seiner Mitglieder. Der häufig gehörte Ausdruck, „die Internationale hat ihre Hand im Spiel“, ist meist sachlich ganz richtig, wenn auch formell so lange angreifbar, als sich nicht die Behörde des Bundes als solche öffentlich und amtlich äußert. Jede Arbeitseinstellung, wenn sie Aussicht auf Erfolg hat und nicht gänzlich unbegründet unternommen ist, wird von den socialistischen Führern unterstützt durch Zuschüsse zu den Widerstandskassen, durch Darlehen, oder durch Vermittlung von solchen bei andern Arbeitervereinen, oder durch Erlassung von Aufrufen an die Arbeiter der übrigen Föderationen. Die bei solchen Gelegenheiten zufließenden Summen sind oft sehr bedeutend. Oft aber kann gar nichts beigesteuert werden, wenn die Cassen bereits erschöpft sind, wie dieß bei vielen planlos unternommenen Strikes der Fall ist. Auch bei Beginn des großen aber mißlungenen Strikes der Grubenarbeiter des Essener Reviers im Juni und Juli 1872 machte ein Mitglied der „Internationale“ aus London dem Strikecomite ein Anerbieten; dieses aber verlor (!) die Adresse und erwähnte dann, um Geld bittend, des Vorganges im „N. Socialdem.“ (1872, No. 86.)

10. Ist die „Internationale“ eine geheime Gesellschaft? Diese Frage wird hie und da von Leuten aufgeworfen, die gerne überall Geheimbündelei entdecken. An sich ist sie es nicht, denn es gibt sicher wenige socialpolitische Parteien, welche ihre Endziele und Actionsmittel so klar vor Aller Augen legen, als der

internationale Socialismus in amtlichen und halbamtlichen Rundgebungen es gibt. Dagegen ergeht es der „Internationale“ wie jeder andern Partei; es besteht in ihrem Schoße ein Kern, der sich aus den begabtesten und einflußreichsten Mitgliedern bildet; diese wachsen allmählig zu einer Coterie aus; das eigentliche Arbeiter-Element wird dabei in den Hintergrund gedrängt, da ihm die Sorge um das tägliche Brod näher am Herzen liegen muß, als hochfliegende Agitations- und Herrschaftspläne. So wird es kommen, daß schließlich einige wenige Agitatoren von Profession, die noch überdieß vielfach gar nicht den Arbeiterkreisen entsprungen sind, der Gesellschaft ihren Geist einhauchen, sie nach ihrem Willen lenken und jede mißliebige Persönlichkeit von der Theilnahme am Einfluß ausschließen. Dadurch geräth die Gewalt in die Hand eines kleinen Kreises und mit abstract demokratischen Recepten läßt sich dagegen nicht aufkommen; denn derartige Vorkommnisse, die auch in der „Internationale“ walten, liegen zu sehr in der menschlichen Natur. Wenn man diesen engsten Kreis der „Internationale“ als eine geheime Gesellschaft betrachten will, dann ist jede politische Partei und jede thatkräftige Regierung eine solche.

## Fünftes Capitel.

### Spaltungsversuche in der „Internationale.“

1. Es gehört zu den charakteristischen Eigenschaften des modernen Socialismus, daß der Trieb nach Spaltungen, nach Schismen und Häresien bei ihm sehr stark ist. Ruht er ja ganz auf materialistischem Boden, auf welchem Egoismus und Herrschsucht so üppig gedeihen. Auch das System an sich bietet Anhaltspunkte genug für jeden, der eine eigene Meinung aufstellen und dadurch eine Rolle spielen will. Wer nicht zu den inspirirenden Kreisen der „Internationale“ gehört, oder sich nicht willig in das große Ganze eingliedern mag, kann beliebig auf eigene Faust Theorien für Weltbeglückung aufstellen und sich



Anhänger werben. Auch wird es stets solche finden. Es hat daher seit Gründung der „Internationale“ nie an Spaltungsversuchen und Spaltungen gefehlt. Bald sind es wirkliche Häresien (vom orthodoxen Standpunkte der „Internationale“ ausgesprochen), bald sind es bloß Versuche eines Ehrgeizigen, seine eigene Gesellschaft zu gründen und in dieser das erhebende Gefühl eines Socialistenkönigs zu genießen. In der Regel aber sind beide Fälle vereinigt, indem sowohl die Lehren des internationalen Socialismus, als dessen Organisation gleichzeitig angefochten werden. In beiden Fällen sind die Angriffe gegen den Generalrath gerichtet, der dann für Reinhaltung der von den Congressen genehmigten Lehre und für die bestehende Organisation der „Internationale“, also auch für seine eigene Stellung eintreten muß.

Viele dieser Angriffe wenden sich gegen die angeblich zu mächtige und zu unabhängige Stellung des Generalraths. Dieser ist allerdings theoretisch dem allgemeinen Congresse untergeordnet, da er bloß die vollziehende, jener aber die gesetzgebende Gewalt hat. Der Generalrath sagt von sich selbst (*les préscissions*, p. 27), er habe von Anfang an die Stellung einer Executivdelegation der Association eingenommen. In Wirklichkeit aber gestaltet sich aber die Sache doch so, daß man beinahe sagen kann, der Generalrath in London sei die „Internationale“. Diese Thatsache erklärt sich aus dem Verhältnisse einer Gesellschaft, welche über alle Länder verbreitet ist und eine internationale, hochpolitische, kriegerisch aggressive Wirksamkeit haben will; wäre hiebei die Executivbehörde nach doctrinär zugespitzten demokratischen Principien mit einem argwöhnisch beschränkten Mandate konstruirt, so würde ihre Thätigkeit gerade im entscheidenden Augenblick lahm gelegt sein. Daher muß der Generalrath eine bedeutende discretionäre Befugniß haben und besitzt sie auch in der That. Man vergegenwärtige sich eine Gesellschaft, welche überall die Staatsgewalt in die Hände der arbeitenden Classen bringen und die Productionsmittel zum

Gemeingut machen will. Dieß kann doch bloß durch gewalt-  
 samen Sturz der herrschenden Mächte auf politischem, ökonomischem  
 und sozialem Gebiet geschehen. Dazu aber bedarf es einer  
 Centralgewalt mit großen Befugnissen, damit sie im passendem  
 Moment unter eigener Verantwortlichkeit die gesammte Macht  
 des internationalen Socialismus auf Einen Punkt vereinigen und  
 dort den Durchbruch versuchen kann. Wäre der Generalkath  
 nichts weiter als die blinde Vollzugsbehörde eines in langen  
 Zwischenräumen zusammentretenden Congresses, wäre er ein  
 bloßes Correspondenzbureau, so würde das aggressive politische  
 Princip, das den Charakter und die Stärke der „Internatio-  
 nale“ bildet, an Macht gewaltig verlieren. Dieß wissen jene  
 Socialisten sehr wohl, die mit politischem Blick begabt sind;  
 daher treten sie auch allen doctrinären Versuchen, die Stellung  
 des Generalkaths herabzubringen, energisch entgegen.

Die Hauptstärke der Association, das eigentliche Princip  
 der internationalen Action, liegt im Generalkathe; ohne ihn  
 würde der Bund in nationale Gruppen auseinanderfallen. Daher  
 ist der Generalkath, trotz seiner theoretischen Abhängigkeit von den  
 Congressen, doch thatsächlich Herr der Situation; er überschaut die  
 gesammte internationale Bewegung. Welche entscheidende Be-  
 deutung für die Stellung der „Internationale“ der Generalkath in  
 Wirklichkeit hat, wird das Manifest zeigen, das er nach Nie-  
 derwerfung der Pariser Commune durch die Regierung Thiers'  
 ergehen ließ.

2. Die zwei größten Spaltungen in der „Internatio-  
 nale“ sind bisher in der Schweiz und in Nordamerika ausge-  
 brochen und bestehen noch fort. In der Schweiz ist der Russe  
 Bakunin Veranlasser des Schismas, in den Vereinigten Staaten  
 sind es Anhänger und Anhängerinnen der Frauenemanzipation  
 und der „freien Liebe.“ Wir werden beide Ereignisse dort näher  
 besprechen, wo wir eine Darstellung des Socialismus in jenen  
 Ländern geben. Hier mögen noch einige Spaltungsversuche

erwähnt werden, um an diesen Beispielen zu zeigen, wie der Generalrath fast ununterbrochen nach den verschiedensten Seiten hin bald die Lehre, bald die bestehende Organisation der „Internationale“ und somit auch seine eigene Stellung wahren muß. Es bildet keinen geringen Theil seiner Thätigkeit, diesen dem modernen Socialismus immanenten Sonderbestrebungen ununterbrochen entgegenzutreten. \*)

Am 8. Febr. 1870 wünschte die Gesellschaft der positivistischen Proletarier (*Proletaires positivistes*) in Paris, in die „Internationale“ aufgenommen zu werden. Der Generalrath erwiderte, daß die positivistischen Principien, wie sie in den besondern Satzungen jener Gesellschaft aufgezählt seien, Bezug hätten zum Capital und mit den Erwägungen der Allgemeinen Statuten der „Internationale“ in flagrantem Widerspruch stünden; die Gesuchsteller müßten daher die betreffenden Punkte streichen und in die „Internationale“ eintreten nicht als „Positivisten“ sondern als „Proletarier“. Jene Section erkannte die Entscheidung an, und trat in die Association ein.

Auch ein Theil der Flüchtlinge der Pariser Commune, eitle, unruhige Franzosen, machte dem Generalrath zu schaffen. Vorher schon hatten Felix Pyat und seine Anhänger in London daselbst eine französische Section der „Internationale“ gebildet, aber den Namen der Association mißbraucht, so daß der Generalrath wiederholt und noch am 10. Mai 1870 (bei dem letzten Plébiscit Napoleon's III.), als man von einer Verschwörung der „Internationale“ sprach, erklärte, jene Gesellschaft gehöre schon seit zwei Jahren der „Internationale“ nicht mehr an. Während der September-Conferenz der „Internationale“ in London (1871) gründeten ungefähr 35 Flüchtlinge der Pariser Commune eine „französische Section von 1871“. Der Generalrath glaubte Beweise zu haben, daß der Secretär dieser Section ein Polizeispion sei, gewonnen, um Sitz im General-

\*) Das Folgende nach der S. 80 dieses Buches erwähnten Schrift, p. 15 suiv.

rath zu erlangen und so diesen auszuhorchen. In den Statuten dieser „Section von 1871“ war verlangt, daß jedes Mitglied sich über seine Existenzmittel ausweisen müsse; dagegen verlangte der Generalrath am 17. Oct. 1871, dieser Passus müsse ausgemerzt werden, denn er enthalte eine „bürgerliche“ Neuerung und sei dem Geist und dem Buchstaben der Allgemeinen Statuten entgegen. Dieselbe „Section von 1871“ verlangte (§ 11 ihrer Statuten), einen oder zwei Delegirte in den Generalrath senden zu dürfen. Auch diese Anforderung sollte auf das Verlangen des Generalraths gestrichen werden, weil die Allg. Statuten der Internationale kein Recht der Sectionen anerkennen, Delegirte in den Generalrath zu senden, dieser werde gebildet durch Wahl des Congresses und durch Cooptation; allerdings seien verschiedene Sectionen in London eingeladen worden, Delegirte in den Generalrath zu senden; allein dieser habe stets die Zahl solcher Delegirten festgesetzt, und sich das Recht vorbehalten, sie zurückzuweisen oder anzunehmen; jene Delegirten seien dann Mitglieder des Generalraths geworden nicht kraft ihrer Delegation, sondern kraft des Rechts, welches die Statuten dem Generalrath geben, sich neue Mitglieder beizufügen; wenn das Verlangen jener „Section von 1871“ erfüllt würde, dann werde der Generalrath leicht zu einer Delegation der Londoner Sectionen, wobei sich der Einfluß der localen Gruppen dem der gesammten „Internationale“ unterschrieben würde; übrigens werde der Generalrath zwei Abgeordnete jener Section unter denselben Bedingungen annehmen, wie die der übrigen Sectionen von London.

Die „französische Section von 1871“, deren Mitglieder offenbar um jeden Preis eine Rolle spielen wollten, protestirte gegen diesen Beschluß; sie warf dem Generalrath vor, er habe pangermanistische Ideen und befinde sich auf der schiefen Ebene des Autoritarismus. Kaum hatten die unruhigen Geister am 14. Dez. 1871 diese Erklärung erlassen, als sie selbst uneins wurden und sich in kleine Gruppen spalteten, von denen nun

wahrscheinlich jede die unfehlbaren socialistischen Principien zu besitzen behauptet. Uebrigens, sagt der Generalrath, habe die Masse der Pariser Flüchtlinge eine Section gebildet, welche mit dem Generalrath vollkommen harmonire.

3. In neuerer Zeit ist ein anderer Spaltungsversuch, direct gegen den Generalrath gerichtet, ebenfalls in London gemacht worden. Er wird durch den deutschen Arbeiterbildungsverein in London, sowie durch den Bassalle'schen Allg. deutschen Arbeiterverein zu Berlin unterstützt. Man will eine neue „Internationale“ gründen oder den gegenwärtigen Generalrath zwingen, jene Bahnen zu wandeln, welche die Unzufriedenen ihm vorschreiben. Der Aufruf, welchen diese im Frühjahr 1872 erlassen haben, ändert — und dieß ist wohl zu beachten — nicht das Mindeste an den bisherigen Bestrebungen der „Internationale“; nach wie vor soll dieselbe „die vollständige Befreiung der Arbeiterklasse durch die Arbeiter selbst“ bezwecken. Aber der gegenwärtige Generalrath zeige sich unfähig und ohnmächtig, er habe Manifest, Statuten und Reglement der Association dem Sinne wie dem Wortlaut nach verletzt; er habe im Zeitraum von 6 Jahren mit Hilfe einer Abstimmung in Bausch und Bogen, durch Acclamation und ohne ernsthafte Discussion, seine Wiederwahl bewirkt; dieß sei „ein offenbarer Verstoß gegen das Recht des souveränen Volkes, gegen das allgemeine und directe Wahlrecht“; der Generalrath habe Mißbrauch getrieben „mit dem Artikel der Statuten, welcher ihm gegen alle demokratischen Principien das despotische Recht gab, sich nach Gutdünken durch Cooptation ihm liebbarer Mitglieder zu verstärken“; der Generalrath habe sich eine despotische Gewalt angemäzt, gleich einem Inquisitionstribunal, ohne eine Appellation zuzulassen, Ausstoßungen und Verdammungen vorgenommen und habe seine „unfehlbaren Beschlüsse der internationalen Arbeiter-Association als Gesetze aufzuzwingen“ gesucht; er habe nicht nur öffentlich die Statuten zc. gebrochen, sondern auch die Beschlüsse der Con-

rath zu erlangen und so diesen auszuhorchen. In den Statuten dieser „Section von 1871“ war verlangt, daß jedes Mitglied sich über seine Existenzmittel ausweisen müsse; dagegen verlangte der Generalrath am 17. Oct. 1871, dieser Passus müsse ausgemerzt werden, denn er enthalte eine „bürgerliche“ Neuerung und sei dem Geist und dem Buchstaben der Allgemeinen Statuten entgegen. Dieselbe „Section von 1871“ verlangte (§ 11 ihrer Statuten), einen oder zwei Delegirte in den Generalrath senden zu dürfen. Auch diese Anforderung sollte auf das Verlangen des Generalraths gestrichen werden, weil die Allg. Statuten der Internationale kein Recht der Sectionen anerkennen, Delegirte in den Generalrath zu senden, dieser werde gebildet durch Wahl des Congresses und durch Cooptation; allerdings seien verschiedene Sectionen in London eingeladen worden, Delegirte in den Generalrath zu senden“; allein dieser habe stets die Zahl solcher Delegirten festgesetzt, und sich das Recht vorbehalten, sie zurückzuweisen oder anzunehmen; jene Delegirten seien dann Mitglieder des Generalraths geworden nicht kraft ihrer Delegation, sondern kraft des Rechts, welches die Statuten dem Generalrath geben, sich neue Mitglieder beizufügen; wenn das Verlangen jener „Section von 1871“ erfüllt würde, dann werde der Generalrath leicht zu einer Delegation der Londoner Sectionen, wobei sich der Einfluß der localen Gruppen dem der gesammten „Internationale“ unterschrieben würde; übrigens werde der Generalrath zwei Abgeordnete jener Section unter denselben Bedingungen annehmen, wie die der übrigen Sectionen von London.

Die „französische Section von 1871“, deren Mitglieder offenbar um jeden Preis eine Rolle spielen wollten, protestirte gegen diesen Beschluß; sie warf dem Generalrath vor, er habe pangermanistische Ideen und befinde sich auf der schiefen Ebene des Autoritarismus. Kaum hatten die unruhigen Geister am 14. Dez. 1871 diese Erklärung erlassen, als sie selbst uneins wurden und sich in kleine Gruppen spalteten, von denen nun

wahrscheinlich jede die unfehlbaren socialistischen Principien zu besitzen behauptet. Uebrigens, sagt der Generalrath, habe die Masse der Pariser Flüchtlinge eine Section gebildet, welche mit dem Generalrath vollkommen harmonire.

3. In neuerer Zeit ist ein anderer Spaltungsversuch, direct gegen den Generalrath gerichtet, ebenfalls in London gemacht worden. Er wird durch den deutschen Arbeiterbildungsverein in London, sowie durch den Bassalle'schen Allg. deutschen Arbeiterverein zu Berlin unterstützt. Man will eine neue „Internationale“ gründen oder den gegenwärtigen Generalrath zwingen, jene Bahnen zu wandeln, welche die Unzufriedenen ihm vorschreiben. Der Aufruf, welchen diese im Frühjahr 1872 erlassen haben, ändert — und dieß ist wohl zu beachten — nicht das Mindeste an den bisherigen Bestrebungen der „Internationale“; nach wie vor soll dieselbe „die vollständige Befreiung der Arbeiterklasse durch die Arbeiter selbst“ bezwecken. Aber der gegenwärtige Generalrath zeige sich unfähig und ohnmächtig, er habe Manifest, Statuten und Reglement der Association dem Sinne wie dem Wortlaut nach verletzt; er habe im Zeitraum von 6 Jahren mit Hilfe einer Abstimmung in Bausch und Bogen, durch Acclamation und ohne ernsthafte Discussion, seine Wiederwahl bewirkt; dieß sei „ein offenkundiger Verstoß gegen das Recht des souveränen Volkes, gegen das allgemeine und directe Wahlrecht“; der Generalrath habe Mißbrauch getrieben „mit dem Artikel der Statuten, welcher ihm gegen alle demokratischen Principien das despotische Recht gab, sich nach Gutdünken durch Cooptation ihm liebbarer Mitglieder zu verstärken“; der Generalrath habe sich eine despotische Gewalt angemäzt, gleich einem Inquisitionstribunal, ohne eine Appellation zuzulassen, Ausstoßungen und Verbammungen vorgenommen und habe seine „unfehlbaren Beschlüsse der internationalen Arbeiter-Association als Gesetze aufzuzwingen“ gesucht; er habe nicht nur öffentlich die Statuten zc. gebrochen, sondern auch die Beschlüsse der Con-

greffe, die ihm nur tote Buchstaben gewesen seien. — In dieser Art geht der Aufruf weiter. Auch wird dem Generalrath zum Vorwurf gemacht, daß er seit 2 Jahren keinen Congreß mehr abgehalten und eine Rechnungsablage bisher hartnäckig verweigert habe. Um nun diesen vielen Mißständen abzuhelpfen, haben die Unterzeichner des in Rede stehenden Aufrufes einen „Universalverbandsrath der internationalen Arbeiter-Association und der social-demokratischen Vereine“ gebildet. Dieser Rath soll aus Delegirten bestehen, die nur für ein Jahr durch das allgemeine directe Wahlrecht mit Zwangs- (Imperativ-) Mandat gewählt werden und die jeder Zeit von ihren Auftraggebern wieder abberufen werden können. Die entscheidende Gewalt liegt auch hier beim Congreß, von dessen Beschlüssen aber Generalrath und Sectionen an eine Urabstimmung der verbündeten Arbeitergesellschaften sollen appelliren können.

Das Auftreten der 17 Arbeiter, welche diesen Aufruf erlassen haben, scheint uns — wie man dieß fast als Regel bei solchen Fällen annehmen kann — mehr aus persönlichen, als aus sachlichen Gründen zu entspringen. Ueberdieß liegt ihm noch jene doctrinär demokratische Anschauung zu Grunde, welche die „Internationale“ ihrer aggressiven Stärke berauben würde; sie findet daher bei den entschlossenen Socialisten keinen Anklang mehr. Aus diesem Grunde scheint auch jener Spaltungsversuch keine nennenswerthen Erfolge zu haben.

Gegen den erwähnten Aufruf erließ der Generalrath der „Internationale“ unterm 20. Mai (Volksstaat 1872 No. 44) eine Erklärung, worin er die Unterzeichner desselben kritisiert und sagt, sie seien der „Internationale“ entweder nicht angehörig oder von ihr ausgestoßen; auch seien sie gänzlich unbekannt mit der Geschichte der Organisation des Bundes, denn sie wüßten nicht, daß der Generalrath seine Rechnungen den Congressen ablege und daß nach Ausbruch des Krieges die Sectionen einstimmig die Vollmacht des Generalrathes verlängert hätten, bis ein Congreß zusammentreten könne.



## Drittes Buch.

---

Der Socialismus und die „Internationale“ in  
den verschiedenen Ländern.



Es mag passend sein, einen Blick auf den Socialismus in den wichtigsten Ländern und Staaten zu werfen; doch möge der Leser hier keine in's Detail gehende Darstellung erwarten, da wir uns auf das Hauptsächlichste beschränken müssen. Auch sehen wir von den weniger wichtigen Ländern, wie Holland, Dänemark und Portugal ab, obwohl auch dort, besonders in Dänemark, der Socialismus stellenweise starke Wurzeln geschlagen hat.

---

## Erstes Capitel.

### England.

1. Der englische Socialismus ließe sich ziemlich weit zurück verfolgen, doch genüge hier die Erinnerung an den berühmten Socialreformer Robert Owen (1771—1858), den selbst eine ununterbrochene Kette von Mißerfolgen nicht an seinem System irre machen konnte. Er ging aus von der Idee, daß der Mensch keine Verantwortlichkeit habe, daß also Lob und Tadel, Belohnung und Bestrafung wegfallen müßten; er verlangte die absolute Gleichheit aller Rechte und Pflichten, wollte kraft dessen kein Uebergewicht des Besitzes und nicht einmal der Intelligenz. Dadurch hat er die tatsächlich bestehende Gleichheit der menschlichen Natur, das gesunde Fundament jeder Demokratie, bis zur Frage übertrieben.

Aus den Oweniten entstanden die Chartisten, deren Bewegung in den vierziger Jahren zu bedenklicher Höhe wuchs.

Die Chartisten hatten bereits das Princip der „Internationale“, daß die Arbeiter zur Verwirklichung ihrer socialistischen Forderungen den politischen Weg betreten, also die Staatsgewalt erlangen müßten. Die von ihnen erstrebte Charte stellte unter anderm folgende Forderungen auf: directes, allgemeines, geheimes Stimmrecht (Ballot), Aufhebung des Censur als Bedingung der Wählbarkeit, Tagelder für die Parlamentsmitglieder, damit auch die besitzlosen Classen sich könnten vertreten lassen, überhaupt Umgestaltung der Verfassung nach rein demokratischen Principien. Einzelne Haupter des Chartismus streiften bereits stark an die später von Lassalle betonte Auffassung der socialen Frage als eine „Magenfrage.“ Der methodistische Geistliche Stephens erläuterte die Charte damals, indem er sprach: „Der Chartismus ist keine politische Frage, wobei es sich darum handelt, daß Ihr das Wahlrecht bekommt; sondern der Chartismus ist eine Messer- und Gabelfrage, die Charte, das heißt gute Wohnung, gutes Essen und Trinken, gutes Auskommen und kurze Arbeitszeit.“

2. Der Chartismus war enge verwachsen mit der Agitation gegen die Kornzölle; als endlich diese Schranken fielen, erlahmte die Bewegung und schlief ein. Die socialistische Erregung war noch nicht tief in die Arbeitermassen gedrungen. Auch hatte damals der bürgerliche Radicalismus in England noch nicht eine solche Ausdehnung gewonnen wie jetzt. Daher besaß das social-politische Programm der Chartisten in der Bourgeoisie selbst noch wenig Verbündete, die ihm die Wege geebnet hätten. Dieses ist inzwischen anders geworden. Auch unter den besitzenden Classen Englands nimmt jene doctrinäre Strömung überhand, welche die altenglischen Bahnen solider und eigenartiger Entwicklung verlassen und alles nach der Schablone des continentalen Liberalismus reformiren möchte. Auch macht sich gleichzeitig eine republicanische Bewegung bemerklich, die stark anzuschwellen droht. Obnehin hat die

englische Monarchie nur eine formelle Existenz, denn der Schwerpunkt des Staates liegt im Parlament und in diesem beim Unterhaus. Die besitzlosen Classen Englands stehen der Königsfamilie theilnahmslos gegenüber und die große Menge der cooperativ geeinigten Arbeiter ist republicanisch gesinnt. Die Besitzenden haben sich wohl noch eine starke Anhänglichkeit an das Königthum bewahrt. Die überwiegende Mehrheit derselben ist noch monarchisch, aber dieses Gefühl beschränkt sich vielfach nur auf eine patriarchalische und traditionelle Theilnahme an den Schicksalen des königlichen Hauses.

Die Bewegung in den besitzenden Classen Englands für die Republik und vor allem der mächtige Sturm zu Gunsten des allgemeinen geheimen Wahlrechtes könnten für jenes Land verhängnißvoll werden. Denn es ist sehr zu fürchten, daß die Früchte jener Reform der Demagogie und dem Socialismus zu gute kommen werden. Das Ideal des Bestrebens ist die Republik des allgemeinen souveränen Stimmrechtes; seine politischen Bestrebungen gehen daher mit denen der doctrinär-radicalen „Bourgeoisie“ Hand in Hand und schließlich unterscheiden sich beide Parteien nur noch dadurch, daß die „Bourgeoisie“ trotz aller Gleichheitsideen doch die Hauptquelle der Ungleichheit, das Privateigenthum, bestehen lassen, der Socialismus aber auch dieses der Gleichheitsphrase opfern will. Die republicanische Bewegung geht wohl mehr von den niedern Schichten der „Bourgeoisie“ aus, aber bereits mischen sich die entschieden socialistischen Elemente hinein. So wurde im Sommer 1871, als die Königin krank war, in jenen Kreisen die Frage erwogen, ob man nicht nach ihrem Tode die Republik proclamiren solle. Damals wurden Aufrufe erlassen, in welchen viel von den Menschenrechten die Rede und das socialistisch-republicanische Programm klar ausgesprochen ist. Ein solcher Aufruf verlangte:

1. Anwendung des Bundesprincips auf alle republicanischen Staaten;
2. Abschaffung der aristokratischen Titel und Vorrechte; 3. Unterdrückung

aller Monopole; 4. Abschaffung der stehenden Heere; 5. kostenfreier confessionsloser Schul- und Gewerbeunterricht nach dem Princip des Schulzwanges; 6. Verpflichtung des Staates, passende Beschäftigung für alle arbeitsfähige Bürger und Unterhalt für die Arbeitsunfähigen zu gewähren, wobei Niemand von der Arbeit des Andern leben soll; 7. Nationalisirung des Grund und Bodens (d. h. Grund und Boden, mithin auch Alles was ihm entstammt, werden zu Gemeingut erklärt; der Einfluß der „Internationale“ tritt hier deutlich hervor); 8. directe Gesetzgebung durch das Volk. Unter den Mitteln zu Durchführung der obigen Grundsätze figuriren unter anderen Einheit der Republicaner, Gründung republicanischer Clubs und Verbreitung republicanischer Grundsätze, sowie Begründung eines höchsten Gerichtshofes, des republicanischen Areopags, welcher über alle Verletzungen der Gesetze der Menschlichkeit und der Menschenrechte durch gekrönte Häupter, Staatsmänner, Parlamente und Gerichtshöfe u. aburtheilen soll. (Frankfurter Zeitung 1871 No. 253.)

3. Die englische Arbeiterbewegung hat sich seit Aufhören der Chartisten lange Zeit fast ausschließlich auf dem cooperativen Felde bewegt und dort große Erfolge erzielt, ohne aber dem allmäligen Umsichgreifen des socialistischen Abfalles der Massen vom Privateigenthum Einhalt thun zu können. Der sociale Zwiespalt steht in England in höchster Blüthe, dort ist auch der classische Boden für die großen Arbeitseinstellungen, für den Kampf um Arbeitszeit und Lohnhöhe. Wohl werden die Arbeiter nicht mehr als hands (Hände) bezeichnet zum Unterschiede von heads (Köpfe, der Bezeichnung für Kühe und Ochsen), aber der Gegensatz zwischen master und men, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, verschärft sich zusehends und spitzt sich immer mehr zu einem politischen zu. Strike und Lockout, Arbeitseinstellungen von Seiten der Arbeiter, Ausschluß sämtlicher Arbeiter von Seiten der Fabrikherrn, sind die Kampfmittel. Auch die englische Fabrikgesetzgebung konnte dem Weiterstreiten des Socialismus nur geringen Einhalt thun. Der Staat hat dort nach vielen Kämpfen mit den Arbeitsherren auf industriellem Gebiete den Schutz der Schwachen und besonders der Unmündigen übernommen. In einer umfangreichen Gesetzgebung fand dieses Streben

seinen Ausdruck; gleichzeitig mit Einschränkung der Arbeit für Weiber und Kinder wurden auch Bestimmungen erlassen, welche für die in den Fabriken beschäftigten Kinder die Schulpflichtigkeit festsetzen. Die Kinder, welche als Gegengewicht gegen die Fabrikbeschäftigung auch die Schule besuchen müssen, sind halbtimers, weil sie im Gegensatz zu den schulfreien fulltimers nur die Hälfte des Tages in der Fabrik beschäftigt werden dürfen. Eine Reihe von Fabrikinspectoren (inspectors of factories) überwacht die Ausführung der Fabrikgesetze. Diesen Männern, die sich früher wenigstens in ständigem Kampfe mit den Fabricanten befanden, kommt ein großes Verdienst zu für die Ausbildung der betreffenden Gesetzgebung.

4. Eine weittragende Bedeutung für die Entwicklung der englischen Arbeiterverhältnisse haben die Gewerkvereine (Trade's Unions) erlangt. Die Literatur über dieselben ist sehr reich, \*) doch liegt es außerhalb des Umfangs dieses Buches, uns näher mit ihnen zu beschäftigen, da sie sich nicht direct an den socialistischen Uebersetzplänen betheiligen. Ihre Geschichte reicht weit hinauf; anfangs waren sie mehr wohlthätiger Natur, bezweckten gegenseitige Unterstützung in Krankheit, Alter, bei Verunglückungen und Tod u. s. w. Als aber in den zwanziger Jahren die strengen, noch von Eduard I. herrührenden Gesetze aufgehoben wurden, welche die Arbeitercoalitionen verboten, da gestalteten sich die Gewerkvereine bald zu mächtigen Vereinigungen für Erzielung höheren Lohnes und kürzerer Arbeitszeit, sowie zum Widerstande gegen Herabdrückung der Löhne bei starkem Angebot von Arbeitskräften. Bei Arbeitseinstellungen kommen diese Vereine oft mit der Gesetzgebung in Collision, da jede gewaltsame Hemmung des Geschäftsverkehrs (restraint of trade)

\*) Thornton On Labour, 1869, Brentano, zur Geschichte der englischen Gewerkvereine, 1871, Graf von Paris, die Gewerkvereine in England, übersetzt von Lehmann, 1870, u. s. w.

untersagt ist und die Gewerksvereine bei solchen Gelegenheiten einen starken Terrorismus auf die Freiheit des Lohncontractes ausüben. \*)

Der Einfluß der englischen Gewerksvereine auf die Arbeiterverhältnisse ist sehr groß. Besonders Aufsehen haben die Vorgänge zu Sheffield (1866) erregt, wo man den widerspenstigen Arbeitern und Fabricanten die Werkzeuge vernichtete, die Häuser in die Luft sprengte und selbst vor Mord nicht zurückschreckte. Anfangs richtete sich die Thätigkeit der Gewerksvereine gegen die gewohnheitsmäßige Ueberarbeit (overtime), aber auch die Stückarbeit (piecework) wird von ihnen bekämpft. Das Letztere ist bereits ein entschieden socialistischer Zug, denn das Bestreben, für alle Arbeiter ohne Unterschied der Befähigung und des Fleißes einen gleichen Arbeitslohn einzuführen, ist communistisch und muß jeden Nerv zu fortschreitender productiver Thätigkeit, jeden Aufschwung der Industrie ertöden. — Die Mitgliederzahl der Gewerksvereine ist sehr groß, \*\*) ihre Organisation sehr straff, ja geradezu despotisch; der Druck, den sie auf die englische Industrie ausüben, ist so stark, daß man bereits angefangen hat, an der ferneren Concurrenz-Fähigkeit der englischen Fabricate zu zweifeln. Das Element der Stabilität in der Production, so wichtig für die Behauptung des Marktes, geht verloren und auch die Qualität der Erzeugnisse leidet.

---

\*) Doch bestimmt ein Parlamentsbeschluß vom 9. August 1868, daß eine solche Gesellschaft des staatlichen Schutzes ihrer Gelder nicht verlustig gehen solle, selbst wenn sie eine Beschränkung der Verkehrsfreiheit schaffe durch Festsetzung von Bedingungen, unter welchen ihre Mitglieder Beschäftigung annehmen dürfen. Früher waren die Gewerksvereine nur geduldet, sie hatten keine gesetzliche Existenz, konnten kein Grundeigenthum erwerben, nicht einmal einen betrügerischen Cassier bestrafen; nun haben sie die Rechte eingetragener Genossenschaften erlangt.

\*\*) Thornton (l. c. p. 155 seq.) schätzt die Zahl der Gewerksvereine im ganzen Königreich auf etwa 2000; sie sind fast in jeder Stadt und in jedem Gewerbe.



Es mußte den Gewerksvereinen allmählig klar werden, daß sie ihre socialen Zwecke vollständig und mit einem Schläge bloß dann erreichen können, wenn die politische Macht in die Hände der Arbeiterclassen gelangt. Daher beginnt ihre Action allmählig auf das politische Gebiet hinüberzutreten, wobei allerdings auch die rein socialen Interessen der Arbeiter nicht vernachlässigt werden. Diese Vereine widmen gegenwärtig der politischen Bewegung in England große Aufmerksamkeit und wirken ebenfalls für die Einführung der geheimen Abstimmung. — Der 4. Jahrescongreß der Trade's Unions wurde vom 8. bis 13. Januar 1872 zu Nottingham abgehalten. Anwesend waren 70 Abgeordnete, welche 8 Generalräthe, 43 Bezirksvereine und im Ganzen 255,710 Mitglieder repräsentirten. Vorsitzender war George Potter, Redacteur des Bee-Hive (Bienentorb), des Organs der Gewerksvereine. Man hielt sich allerdings auf jenem Congreß von socialistischen Reden ganz ferne, der „Internationale“ wurde so gut wie gar nicht erwähnt, dagegen eine besondere Commission eingesetzt zur Beobachtung der auf die Arbeiterfrage bezüglichen Vorgänge im Parlament. Ein Gesetz vom 29. Juni 1871 bestraft jede Belästigung und Bedrohung im Gewerbebetrieb sehr streng und gegen dieses Gesetz wendeten sich besonders die Verhandlungen; es wurde als Ausnahme- und Classengesetz hingestellt, als Benachtheiligung der (zu Strikes vereinigten) Arbeiter. Ueberhaupt traten das Classenbewußtsein und der Classengegensatz, der bereits zum Socialismus hinüberleitet, stark auf jener Versammlung hervor und fanden ihren Ausdruck besonders in dem Beschlusse, daß man möglichst darauf hinwirken solle, Arbeiter oder Arbeiterfreunde in das Parlament zu bringen, ein Unternehmen, das den englischen Arbeitern bisher, besonders wegen der offenen Abstimmung und weil der Wahlcandidat die Kosten tragen muß, noch nicht gelungen ist.

5. Die „Internationale“ hat in England rasch Boden gefaßt, obwohl sie dort wegen des Charakters der englischen

Arbeiter mit vielen Hindernissen zu kämpfen hat. Ein tief liegender principieller Unterschied besteht allerdings zwischen den Bestrebungen der englischen Gewerkvereine und denen der „Internationale“ nicht. Das Streben nach „Emancipation“ der Arbeit durch sociale und politische Mittel beherrscht beide. Daher stellte sich bald ein freundschaftliches Verhältniß zwischen der „Internationale“ und den Gewerkvereinen her. Besonders einleuchtend war für die Engländer der große Vortheil, den sie dadurch erlangen konnten, daß die „Internationale“ ihnen die Bundesgenossenschaft der festländischen Arbeiter verschaffte, und bei den großen Strikes den Zugang solcher Arbeiter wirksam verhinderte. \*) Als Haupttriebfeder für den Anschluß der Gewerkvereine an die „Internationale“ gilt Odger, während Potter, Vorsitzender auf dem erwähnten Congreß zu Nottingham, stets dagegen gewirkt hat. Odger war (Eichhoff a. a. O. S. 30) im Jahre 1868 ständiger Secretär des Londoner Gewerberaths (Trade's Council), der Centralbehörde der Gewerkvereine; gleichzeitig war er auch Präsident der „Internationale“ in den ersten Jahren der Gesellschaft. Er trat aber aus dem Generalrath aus, als dieser in einem Manifeste (S. später) die Pariser Commune verherrlichte. Eine Annäherung beider Vereinigungen wurde bewirkt auf der Delegirten-Conferenz der Gewerkvereine zu

\*) Bei Arbeitseinstellungen leistet die Organisation der „Internationale“ den englischen Gewerkvereinen große Dienste. So hatten bei einem Strike der Londoner Kochflechter die Capitalisten Arbeiter von Belgien und Holland kommen lassen. Letztere aber schlossen sich (Eichhoff a. a. O. S. 33), in Folge der Zusprache des Generalraths der internationalen Association den englischen Arbeitern an und machten gemeinschaftliche Sache mit ihnen. Während der Arbeitseinstellung der Maschinenbauer im Juli und August 1871 zu Newcastle sandte die „Internationale“, wie damals in den Blättern zu lesen war, ihre Agenten nach Dänemark, Belgien und Deutschland, um den Zugang zu verhindern. Deutsche Arbeiter ließen sich engagiren, traten aber, an Ort und Stelle angekommen, bald auf Seite ihrer englischen Kameraden. Daher pflegen die Socialisten besonders das internationale Classenbewußtsein der Arbeiter. Auf dem Congreß zu Lausanne legte der

Sheffield 1866, und es wurde damals beschlossen: „Indem die Conferenz der internationalen Arbeiterassociation für ihre Bemühungen, die Arbeiter aller Länder durch ein gemeinsames Band der Brüderlichkeit zu vereinigen, volle Anerkennung zollt, empfiehlt sie allen hier vertretenen Gesellschaften auf das Eindringlichste, sich dieser Körperschaft zu affiliiren, in der Ueberzeugung, daß dieß von der äußersten Wichtigkeit ist für den Fortschritt und das Gedeihen des gesammten Arbeiterstandes.“ Bis 1868 hatten sich auch (Sichhoff S. 73) ungefähr 50 Gewerbevereine mit ihren Zweigvereinen im Vereinigten Königreiche der „Internationale“ angeschlossen. Auf dem Genfer Congreß gab Dupont (vom Generalrath) die Zahl der englischen Anhänger der „Internationale“ auf 25,173 an. Applegarth berichtete auf dem Baseler Congreß (1869), die „Internationale“ besitze in England 230 Sectionen mit 95000 Mitgliedern. Doch sollen Zeitungsnachrichten zufolge, denen wir eine gewisse Wahrscheinlichkeit beilegen, die zahlenden Mitglieder in England gegenwärtig kaum 10000 betragen. Und diese scheinen sich nur auf das eigentliche England zu erstrecken, so daß in den beiden übrigen Theilen des Vereinigten Königreichs die Association nur wenige Anhänger zählt. In Schottland bestehen (Volkszt. 1872 Nr. 63) zwei Zweiggenossenschaften

Generalrath der „Internationale“ seinen dritten Jahresbericht vor, in welchem es heißt:

„Es pfliegte eine regelmäßige Drohung britischer Capitalisten zu sein, ihre Arbeiter, wenn diese sich nicht ihren Vorschriften fügen wollten, durch Einfuhr fremder Arbeiter aus ihren Stellen zu verdrängen. Die bloße Möglichkeit, daß solche Einfuhr stattfinden könne, war in vielen Fällen hinreichend, die britischen Arbeiter von der Aufrechthaltung ihrer Forderungen abzuschrecken. Die vom Generalrath getroffenen Maßregeln haben die Wirkung gehabt, derartigen Drohungen ein Ende zu machen. Wo irgend etwas dieser Art beabsichtigt wird, muß es insgeheim geschehen, und die geringste Kunde, die den Arbeitern zu Ohren kommt, genügt, den Plan der Capitalisten zu vereiteln. Wenn eine Arbeitseinstellung oder Fabrikschließung stattfindet, die irgend eines der affiliirten Gewerke betrifft, so werden regelmäßig die continentalen Correspondenten der Association auf der Stelle dahin unterrichtet, die Arbeiter ihrer Ortschaften zu warnen,

der „Internationale“, nemlich zu Glasgow und Aberdeen. Von Irland hört man wenig. Es wird nur betont, daß die Association dort Fortschritte mache. Doch begreift sich, daß der Ir-länder, soweit er gut katholisch ist, sich an einer Gesellschaft mit solchen Bestrebungen unmöglich theilnehmen wird.

Am 21. und 22. Juli 1872 hielt der englische Zweig der „Internationale“ seinen Jahrescongreß in Nottingham ab. Die gefaßten Resolutionen gaben dem bekannten Programm der Genossenschaft Ausdruck. Es wurde beschlossen: 1. politische Gleichheit, begründet auf Stimmberechtigung aller Erwachsenen mit verhältnißmäßiger Vertretung; 2. Jeder soll verpflichtet sein, jedes beliebige (!) Staatsamt zu bekleiden; 3. Erklärung des Bodens zu National-Eigenthum; 4. Abschaffung aller erblichen Titel und Vorrechte; 5. Abschaffung des bisherigen Systems der Friedensgerichte; 6. Religiöse Gleichheit und Abschaffung der Staatskirchen. In Bezug auf die Arbeitsfrage wurde eine Resolution gefaßt, daß der Congreß die Nothwendigkeit der Arbeitseinstellungen als Waffen gegen die Arbeitgeber zugestehet, gleichzeitig aber als einziges Ziel jeder socialen Reform die gänzliche Abschaffung des gegenwärtig bestehenden Systems betrachte und an Stelle dessen gemeinsamer Arbeitszwang einzuführen sei. Auch Irlands wurde erwähnt und dessen Schmer-

sich in kein Engagement irgend welcher Art mit den Agenten der Capitalisten des Platzes einzulassen, wo der Streit stattfindet. Und diese Maßregel ist nicht bloß auf affiliirte Gewerke beschränkt, sondern wird auf ihre Ansuchen auch zu Gunsten anderer Gewerke ausgeführt.“

Zum Danke für diese Unterstützung haben sich die englischen Gewerkevereine auch stark an den Arbeitseinstellungen auf dem Continent theilgenommen, indem sie durch Vermittlung des Generalraths der „Internationale“ Darlehen vorstreckten. So während der Arbeitseinstellung der Pariser Broncearbeiter im Februar 1867 (Sichhoff S. 34). Bei Gelegenheit der Arbeitseinstellung in den belgischen Kohlenwerken zu Marchienne, ebenfalls im Februar 1867, erließ der Generalrath der „Internationale“ einen Aufruf an die Kohlen- und Eisenarbeiter Großbritanniens zur Unterstützung ihrer streikenden Collegen in Belgien (abgedruckt bei Sichhoff S. 46).

zensserei nach einer heimathlichen Regierung (home rule) unterstützt, um so auch die Irländer zu gewinnen; man versprach ihnen Föderativregierung mit localen Parlamenten. Ferner wurde der Antrag angenommen: „Während der Congreß die Thatsache anerkennt, daß die sociale Befreiung der Arbeiterklasse das große Ziel ist, auf das unsere Anstrengungen gerichtet sein müssen, erkennt er zugleich die Thatsache an, daß die sociale Befreiung nicht ohne politische Action bewerkstelligt werden kann, und wir verpflichten uns daher, eine besondere Arbeiterpartei zu gründen, welche sich auf die Grundsätze der internationalen Arbeiter-Association stützt, und eine Agitation zur Durchführung dieses Beschlusses zu organisiren.“ Diese politische Arbeiterpartei soll also die Massen in höherem Grade als bisher der „Internationale“ zuführen; ja man träumt bereits davon, das englische Proletariat werde nun den Chartismus in neuer Form auf Grundlage der Bestrebungen der „Internationale“ aufzuwecken. Gegenüber den hartnäckigen Gerüchten von einer bevorstehenden Spaltung erklärte der Congreß, „daß die Angaben von Spaltungen innerhalb der Association, und das Gerücht, die englischen Mitglieder wollten sich von der Association lossagen, durchaus falsch sind, — die Erfindung von Leuten, welche den Fortschritt der Grundsätze der Association fürchten, und der Congreß erklärt hiermit seine Zustimmung zu den Beschlüssen der Londoner Conferenz des Jahres 1871.“

6. In der letzteren Zeit scheint zwischen den Gewerkvereinen und der „Internationale“ eine gewisse Entfremdung eingetreten zu sein, wohl dadurch hervorgerufen, daß die letztere sich allzu stark für die Pariser Commune engagierte, überhaupt den politischen Weg zu sehr betrat und die letzten Ziele des Socialismus zu deutlich aussprach. Die Engländer wollen das Mittel der Politik zwar nicht außer Acht lassen, betreiben aber ihre Action hauptsächlich auf dem socialen Gebiete, weil hier die Siege leichter zu erringen und die Früchte derselben rascher

zu pflücken sind. Dazu kommt der Unabhängigkeitstrieb der mächtigen und reichen Gewerksvereine, die ihre vollen Cassen nicht fremden und berufsmäßigen Agitatoren von manchmal zweifelhafter Ehrlichkeit vertrauen. In neuerer Zeit spielt die „Internationale“ in den Gewerksvereinen und auf deren Congressen nur eine sehr untergeordnete Rolle.

Die „Internationale“ hat überhaupt an den nüchternen Engländern einen schwer zu formenden Stoff gefunden. Franzosen und Italiener erhitzen sich rasch und werden leicht durch politische Schlagwörter gewonnen; auch der Deutsche kann sich für eine abstracte Idee in doctrinärster, aber auch thatkräftiger Weise begeistern, der Engländer dagegen beschäftigt sich in erster Linie mit seinen nächstliegenden Zuständen und deren langsamer Reform durch hartnäckige, andauernde Thätigkeit. Solches verschmäht der Franzose als zu mühsam und langweilig, er plant lieber gleich eine socialpolitische Umwälzung, die ihm alles, was er wünscht, von selbst in den Schooß werfen soll; er baut sich mit glühendem Eifer seine phantastischen Hirngespinnste und Luftschlösser auf, trägt sich mit hochfliegenden Ideen, kühnen Plänen, stolz tönenden Phrasen, lauter Dinge, die dem praktischen Engländer unverständlich sind. Auch der italienische und deutsche Socialist stehen in dieser Beziehung dem Franzosen noch näher, als dem Engländer. Sicher sind diese Gegensätze der Nationalcharaktere im Schooße der „Internationale“ oft schon heftig auf einander geplatzt. Sehr richtig scheint uns das Wort zu sein, welches Onslow Yorke in seiner angeblichen „Geheimen Geschichte der Internationale“ S. 52 irgend einem Franzosen in den Mund legt: „Was für ein klägliches Thier — dieser John Bull! keine Ideen, keine Combinationen, keine Phantasie! der wird niemals die Fackel anzünden und der Führer der Menschheit sein. Er kann das Edle, das Weihevollste, das Erhabene nicht fassen. Ihr sprecht ihm von Generalisirung, und er denkt, ihr meint einen Mann im Federhut und auf einem prächtigen Rosse.“

Ein bedeutsames Schlaglicht auf diese Charakterverschiedenheit wirft ein Brief, welchen Dupont im Namen des Generalrathes schrieb und worin er die Gründe entwickelt, warum dieser seinen Sitz in England zu behalten wünscht. Es wird dort gesagt, England biete die beste Gelegenheit zur socialistischen Revolution, seine Arbeiterbevölkerung sei aber nicht fanatisch und begeistert genug hierfür, daher müßte der Generalrath, d. h. die Fremden dieß besorgen und den Engländern den nöthigen Revolutionseifer einhauchen. Der Brief ist (Testat l. e. p. 237) ein Auszug aus einer Privat-Mittheilung des Generalrathes an den Bundesrath der romanischen Schweiz und übermittelt diesem nachstehenden Beschluß, welcher in der Sitzung des Generalrathes vom 1. Januar 1870 gefaßt wurde:

„... Obwohl die revolutionäre Initiative von Frankreich ausgehen muß, so kann England allein als Hebel dienen für eine ernsthafte ökonomische Revolution. Es ist das einzige Land, in welchem es keine Bauern giebt und das Grundeigenthum in wenigen Händen vereinigt ist; es ist das einzige Land, in welchem die capitalistische Form, d. h. die auf großer Stufenleiter combinirte Arbeit unter capitalistischen Herren — sich der gesammten Production bemächtigt hat; das einzige Land, in welchem die große Mehrheit der Bevölkerung aus Lohnarbeitern besteht, das einzige Land, in welchem der Classenkampf und die Organisation der Arbeiterclassen durch die Trade's Unions einen gewissen Grad von Reife und von Allgemeinheit erlangt hat vermöge der Herrschaft Englands über den Weltmarkt; es ist das einzige Land, in welchem jede Veränderung in den ökonomischen Thatfachen unmittelbar auf die ganze Welt einwirken muß. Wenn der große Grundbesitz und das große Capital (landlordisme et capitalisme) in diesem Lande ihren Sitz haben, so sind als Gegengewicht hierfür die Bedingungen ihrer Vernichtung dort auch viel reifer. Der Generalrath befindet sich in der glücklichen Lage, diesen großen Hebel der proletarischen Revolution in der Hand zu haben, es wäre daher eine Thorheit, fast ein Verbrechen, ihn ausschließlich in englische Hände gerathen zu lassen. Die Engländer haben ganz das zur socialen Revolution nothwendige Zeug; was ihnen fehlt, ist die Gabe der Verallgemeinerung und die revolutionäre Leidenschaft. Diesen Mangel kann bloß der Generalrath ersetzen, welcher auf solche Weise die revolutionäre Bewegung in diesem Lande und somit überall beschleunigt. Die großen Erfolge, die wir in diesem Sinne bereits erreicht haben, sind anerkannt durch die Zeitungen,

welche bei den herrschenden Classen am meisten gelten. Sie beschuldigen uns öffentlich, wir hätten den englischen Geist der Arbeiterclassen vergiftet und beinahe vernichtet, wir hätten diesen Geist zum revolutionären Socialismus gebracht. Würde man den Generalrath von dem Rathe für die englischen Angelegenheiten trennen, so hätte dieser letztere keinen Nutzen mehr und der Generalrath würde den großen Hebel aus der Hand verlieren. . . . Der einzige Punkt, an welchem der große Schlag gegen das officiële England geführt werden kann, ist Irland. Dort ist der Vorgang hundertmal leichter, weil der ökonomische Kampf ausschließlich auf das Grundeigenthum sich concentrirt und weil das Volk revolutionärer und erbitterter ist als in England. . . . Unser erstes Bedürfnis ist, Revolution in England zu machen und zu diesem Zweck muß der große Schlag in Irland geführt werden. Im Auftrag des Generalrathes der internationalen Arbeiter-Association der correspondirende Secretär für Frankreich Eugen Dupont. London 1. Jan. 1870."

Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit dieses lehrreichen Documentes müssen wir unserm Gewährsmanne Testut überlassen. Jedenfalls hat es eine starke innere Wahrscheinlichkeit für sich.

## Zweites Capitel.

### Frankreich.

1. Dieses Land hat sich der moderne Socialismus zu seinem besonderen Tummelplaze erkoren; seitdem durch die große Revolution die Schranken fielen, welche der freien Bewegung auf geistigem und materiellem Gebiete entgegenstanden, ist dort System auf System aufgetaucht; nirgendwo hat man dieselben zu solch schwindelnder Höhe aufgebaut, wie gerade in Frankreich; denn der Franzose neigt sich ganz besonders zu socialistischen Hirngespinnsten hin. Alle diese verschiedenen Systemen ruhen auf den von der ersten Revolution in das Leben eingeführten Principien; sie wollen die damals nur theoretisch gegebene Gleichheit der Menschen praktisch machen, aber jeder neue Versuch scheidet an der positiven Unmöglichkeit, dieses



Problem zu lösen. Die allgemeine Freiheit, welche erreicht werden soll, verwandelt sich bald in die allgemeine Unfreiheit, in die Sklaverei der Individuen gegenüber der Allgemeinheit, in den schrankenlosesten Absolutismus des socialistischen Staates.

Babeuf war der erste der bedeutenderen französischen Socialisten. Er machte seine Zeit erzittern, indem er die Rousseau'sche Gleichheit in die Wirklichkeit überführen wollte und zu diesem Zwecke die Gesellschaft der Egaux schuf. Abschaffung des individuellen Grundeigenthums, gemeinschaftlicher Genuß der Früchte der Erde, hervorgehend aus dem gleichen Rechte aller Menschen, war das Programm. Die St. Simonisten wollten diese rohe Theilung nicht, der Grundsatz ihres Meisters war: „Jedem nach seinen Fähigkeiten, jeder Fähigkeit nach ihren Werken.“ Die Industriels, d. h. die eigentlichen Arbeiter — wie St. Simon meinte, <sup>24</sup>/<sub>25</sub> der Nation — sollten sich mit dem Königthum vereinigen, um die Macht des Adels und der intermédiairos, d. h. der nicht Arbeitenden zu brechen. Als Wahlspruch der Letzteren, des bürgerlichen Liberalismus, stellte er auf: *Où toi quo ja m'y metto.* St. Simon erstrebte Abschaffung aller Vorrechte, vor allem jener der Geburt, daher auch des Erbrechtes, weil sonst die sociale Rangstufe dem Zufall der Geburt anheimgegeben wäre; das Eigenthum dürfe nicht mehr die Möglichkeit begründen, von der Arbeit Anderer zu leben. Obwohl die Anhänger St. Simon's bei der Verwirklichung dieser Theorien bald Schiffbruch litten, da sie auch die Weibergemeinschaft einführen wollten und die Polizei dem Scandal endlich ein Ende machte, so war doch der Einfluß ihres Meisters sehr groß. Es gab eine Zeit — es waren die ersten Jahre der Juli-Monarchie — in welcher der St. Simonismus förmlich Mode geworden war. Damals herrschte eine wahre Manie für sociale Reformprojecte und die verschiedensten Secten mit den abenteuerlichsten Namen tauchten auf. Zur selben Zeit entwickelte Fourier sein System des gemeinschaftlichen Besitzes und Genußes mit aller Phantasie eines Franzosen;

man könnte beim Lesen derselben oft meinen, sie seien im Irrenhause erdacht. Doch fand er gläubige Anhänger, wie es ja nichts Unsinniges gibt, das nicht vertheidigt werden könnte. Cabet schrieb 1840 sein *Italien* und versuchte 1848 in Texas eine Colonie zu gründen, um seine utopistischen Pläne dort zu verwirklichen; die Sache nahm ein trügerisches Ende. Buchez, weniger Socialist als Socialphilosoph, lenkte zu praktischen Maßregeln zurück und versuchte die Arbeiter durch gewerbliche Associationen vom Druck des Capitals zu befreien. Auch er konnte nicht viel ausrichten. Proudhon's wilder und anarchischer Geist ging wie ein Meteor vorüber und Pierre Verour, der 1871 in Paris starb, fand wenig Anhänger für seinen mythischen Socialismus. Louis Blanc ging von der Ansicht aus, daß die Gesellschaft Jedem Unterricht und Arbeitsmittel schulde; beides aber könne bloß der Staat geben; gleichzeitig solle dieser Staat die Concurrnz vernichten, welche die kleinen Leute erdrücke; dieses solle geschehen durch Errichtung von Socialwerkstätten; Grund und Boden seien gemeinschaftlich zu bewirthschaften unter hierarchischer Gliederung, die Arbeitslöhne sollten gleich sein für alle. Das Letztere ist der thatsächliche Communismus, mag man sich theoretisch noch so sehr gegen ihn verwahren.

Nach den schrecklichen Junitagen von 1848 bewilligte die Nationalversammlung 3 Millionen zur Unterstützung von gewerblichen Genossenschaften; aber im Verhältnisse zu diesem Aufwande wurde wenig geleistet. Mit derartigen Genossenschaften allein läßt sich der Socialismus nicht bannen. Das Empire machte diesem socialistischen Spud rasch ein blutiges Ende, wenn auch bloß vorübergehend. Es war selbst nur der gekrönte und mit Purpur umhängte Socialismus. Es balancirte auf dem Streite der Parteien und als es im Innern abgehaut hatte, wurde sein Bankerott auf dem Schlachtfelde vollständig. Schon während der letzten Jahre des Kaiserreichs tauchte die nur vorübergehend besiegte socialistische Revolution

wieder auf und nahm jedes Jahr zu an innerer Kraft und an trotzigem Auftreten; mit dem ganzen Feuer und aller Energie des französischen Geistes warfen sich die neuen Agitatoren auf das politische Gebiet.

2. Die Zeiten, während welcher der französische Socialismus sich vorwiegend mit ökonomischen Fragen beschäftigte, sind wohl für immer vorüber. Er that dies ohnehin niemals gerne. Jetzt aber hat er sein Ziel höher gesteckt und es ist ihm klar geworden, daß er bloß durch eine politische Umwälzung seine beabsichtigte Neugestaltung der Gesellschaft durchführen kann. Die social-ökonomischen Hirngespinnste sind abgelegt, die Zeit der politischen Action hat begonnen; der französische Socialismus ist zum entschiedensten Radicalismus und zum consequenten Atheismus vorgeschritten. Den Hauptanstoß für diese Consolidirung der französischen Arbeiter-Bewegung gab die Internationale Arbeitergesellschaft. Sehr wichtige Elemente derselben sind französischen Ursprungs, wie wir bereits bei ihrer Entstehungsgeschichte gesehen haben. Die „Internationale“ hat in Frankreich im Zeitraum von wenigen Jahren erstaunliche Fortschritte gemacht, sie hat alle socialistischen Elemente in sich aufgesogen und zu einer bedeutenden Macht verbunden. Das Napoleonische Vereinsgesetz machte die officielle Vereinigung der Sectionen unmöglich; dennoch aber wollte die Association sich nicht als geheime Gesellschaft betrachtet wissen und daher existirten alle Zweiggemeinschaften in Frankreich nur als Mitglieder der englischen Gesellschaft, in deren Generalrath sie durch Eugen Dupont vertreten waren. Die französischen Sectionen hatten keine Verbindung unter sich, sondern bloß mit dem Generalrath in London; jede Gesellschaft bildete eine besondere Gruppe, trat aber von Anfang an öffentlich auf.

Als im Frühjahr 1867 die pariser internationalen Arbeiter eine Denkschrift in Brüssel drucken und nach Frankreich schicken ließen, wurde sie an der Grenze confiscirt. Rouher, der

damalige Minister, sagte dem Abgesandten des Comite's der „Internationale“, er könne ein Nachsehen haben, wenn man in die confiscirte Denkschrift „einige verbindliche Aeußerungen einfließen ließe in Bezug auf den Kaiser, der soviel für die Arbeiter gethan.“ (Eichhoff a. a. O. S. 57.) Diese Thatfache zeigt die ganze Frivolität und Immoralität des bonapartistischen Regimes. Aber die Socialisten hatten zu viel Selbstachtung, um sich durch diese kleine Gefälligkeit gegen die tödlich verhaßte Regierung den freien Eintritt ihrer Broschüre zu erkaufen und die Beschlagnahme blieb aufrecht erhalten. Anfangs 1868 war wieder ein Zusammenstoß zwischen der Regierung und der „Internationale.“ Man ließ die Mitglieder des Pariser Comite's aufheben und wegen Theilnahme an einer geheimen Gesellschaft verklagen. Doch reducirte sich diese Klage auf eine solche wegen Polizei-Vergehen, nemlich wegen Bildung einer Gesellschaft von mehr als zwanzig Personen ohne Genehmigung Seitens der Regierung. Die Socialisten benutzten diese Gelegenheit, um ihre Grundsätze und ihren Haß gegen die bestehende Regierung öffentlich auszusprechen. Die Verhandlungen fanden am 20. März statt und der Eisiseur Tolain erklärte damals (Eichh. S. 59), daß die „Internationale“ thätigen Antheil genommen habe an Arbeitseinstellungen in Paris, Roubaix, Amiens zc., daß aber die pariser Section sich niemals mit politischen Fragen beschäftigt habe, welche Behauptung wohl einer strengen Kritik gegenüber nicht Stand halten könnte. Vor allem verwahrte sich Tolain gegen die Zumuthung, daß der Verein zu seiner Existenz die Ermächtigung der Regierung hätte einholen müssen; aus Princip würden die Arbeiter dies niemals thun, weil sie der Regierung nicht das Recht zustehen könnten, Rechte, die den Arbeitern und allen Staatsbürgern von selbst zukämen, zu erlauben oder zu versagen. Durch Urtheil des Gerichtshofes wurde die unter dem Namen „Bureau von Paris“ in jener Stadt errichtete Internationale Arbeiter-Association für aufgelöst erklärt. Bei der Verhandlung gegen

9 Mitglieder des neuen im März 1868 gewählten Bureaus legte Buchbinder Barlin mit großer Schärfe den Gegensatz und die unausfüllbare Kluft dar, welche die socialistischen Arbeiter von der gegenwärtigen, auf dem Eigenthum und der „Ausbeutung“ der Arbeitskraft ruhenden Gesellschaft trenne. Er schloß: „Möchte die Bourgeoisie begreifen, daß ihr Streben nicht groß genug ist, um alle Bedürfnisse der Zeit zu umfassen, und daß ihr deshalb nichts anderes mehr übrig bleibt, als in der jungen Classe aufzugehen, die ihr eine mächtige politische Wiedergeburt, die Gleichheit und die Solidarität durch die Freiheit entgegenbringt!“ Auch hier erfolgte natürlich wieder Verurtheilung.

Auch späterhin noch standen der Entwicklung der „Internationale“ in Frankreich vielfache Hindernisse im Wege. Der Londoner Generalrath sah sich daher genöthigt, am 25. Januar 1870 ein Schreiben zu erlassen (O. Test. p. 52), worin er erklärte, daß die gegenwärtige politische Lage Frankreichs nicht erlaube, ein Central-Comite (für Frankreich) zu bilden, sowie daß verschiedene Arbeiter-Gesellschaften der „Internationale“ nicht beitreten wollten, aus Furcht, der öffentliche Beitritt könnte unter gewissen Verhältnissen den Interessen jener Gesellschaften nachtheilig sein; aus diesem Grunde beschloß der Generalrath, als Mitglied der „Internationale“ jede Arbeitergesellschaft zu betrachten, welche einen directen Correspondenten beim Generalrath in London bestimme. Es wurde damals von der Vereinigung der Gewerkschaften und Sectionen zu Föderationen abgesehen, der Generalrath wollte direct die Leitung der socialistischen Bewegung in Frankreich in die Hand nehmen.

3. Trotz aller Hindernisse und da die Regierung sich nicht energisch einzuschreiten getraute und den Socialismus gegen die ebenfalls unruhig werdende Bourgeoisie zu benutzen gedachte, hat sich die „Internationale“ rasch über ganz Frankreich verbreitet. Besonders gegen Ende der sechziger Jahre

erhitzten sich die Geister sehr und jede Frage erhielt sogleich eine politische Bedeutung. Fast an allen wichtigen Punkten bildeten sich starke Sectionen der „Internationale“ und viele derselben wagten es dennoch, sich zu Föderationen zusammenzuschließen. Solcher großen Vereinigungen bestanden vor dem Kriege vier: zu Paris, Marseille, Lyon und Rouen. Die beabsichtigte Vereinigung dieser Föderationen zu einem großen französischen Bund wurde durch den äußeren und den Bürgerkrieg verhindert und gegenwärtig kann die „Internationale“ in Frankreich nur noch als geheime Gesellschaft bestehen. Nach dem Berichte des Lausanner Congresses hatte die Internationale im Jahre 1867 in folgenden Städten Boden gefaßt: Paris, Lyon, Caen, Bordeaux, Rouen, Bienne, Neuville-sur-Saone, Pantin, Saint-Denis, Chalons-sur-Saone, Tourcoing, Lille, Amiens, Ruteaux, Neufchateau, Risleux-sur-Noireau, Harcourt, Thierry, Granville, Argentan, Castelnau-dary, Auch, Orleans, Nantes, Villefranche (Rhone). Marseille, Faveau, le Havre, Alger und la Guadeloupe. Dazu kamen 1871 weitere 36 Städte, nemlich: Aix, Aureol, Roult-sur-Sulpe, Bazancourt, Bourges, Brest, Befançon, Cosne, Crest (Drome), la Ciotat, le Creuzot, Cambrai, Darnetal, Dijon, Elboeuf, Fourchambault, Givors (Rhone), Grenoble, Sanfaron (Var), Heutreginville, Limoges, Loubier (Eure), Mühlhausen, Mehun-sur-Sevre, le Mans, Neuchatel, Pont-Fabergé, Reims, Rethel, Roubaix, Saint-Etienne, Saint-Symphorien-d'Ozon, Sotteville-les-Rouen, Saint-Quentin, Sedan, Tournon (Ardeche).

4. Die allgemeine Aufmerksamkeit zog der französische Socialismus auf sich bei Gelegenheit des Strikes, der im Frühjahr 1870 auf dem großen Eisenwerke Le Creuzot (Saône et Loire) ausbrach und am 15. April nach einer Dauer von 23 Tagen mit der Unterwerfung der Arbeiter unter die Bedingungen des Arbeitsherrn (Schneider) endigte. Testut gibt sehr ausführlich die Documente für die Einmischung der „Internationale“

in jenen Strife. Er behauptet, der Generalrath in London habe 50,000 Frs. Unterstützung gesandt. Im „Mirabeau“ von Bervièrs wurde (Tostut p. 79) ein Aufruf der Pariseiler Föderation veröffentlicht, worin der Kampf der Arbeiter im Kreuzot als Kampf um den Fortschritt der Vernunft und des Rechtes dargestellt ward. Die ganze socialistische Phrasologie marschirt auf: die Feudalherren der Industrie wollen morgen wie heute und gestern immer die Ausbeuter des Volkes bleiben; in den Gesezen besteht keine Harmonie und die gegenwärtige Gesellschaft ist nicht auf den „Contract“ (von Rousseau) gegründet; Staat, Kirche und Bourgeoisie vereinigen sich zu einem Werke voll Lug und Schmach, aber das Volk wird sich rächen und sie unter den gleichen Ruinen begraben; das Princip, um welches das Volk sich in feierlicher Weise sammelt, ist die Solidarität; „wir wenden uns an alle Beteiligte, d. h. alle Enterbten, an die Arbeiter: oben herrscht Verwirrung, organisiren wir uns von unten!“ In solchem Tone werden die Arbeiter aufgefordert, für ihre stritenden Brüder zu sammeln. Auch die Föderation von Paris und ebenso die von Rouen erließen damals ähnliche Aufrufe zur Unterstützung. Nach mißlungener Arbeitseinstellung begannen die eigentlichen Demonstrationen. Die belgische Sectionsgruppe der „Internationale“ erließ eine Adresse an die Unterlegenen; dasselbe geschah von Seite der Lyoner Arbeiterinnen (Tost. p. 92). In beiden Schreiben herrscht jene Phrasenhaftigkeit, die für den romanischen Socialismus charakteristisch ist. Es wird die Plage über die „Ausbeutung“ wiederholt und die Hoffnung ausgesprochen auf den endlichen Sieg über die »Exploitours«, die angeblich den gestürzten Feudalismus in anderer Form wieder über das arbeitssame Volk bringen wollen. Die zuletzt erwähnte Adresse erklärt: „Der Krieg wird nicht aufhören, bis zu dem Tage, an welchem das Proletariat gesiegt hat, bis zu dem Tage, an welchem die Bergleute sagen können: uns gehören die Bergwerke; die Aderbauer: uns gehört das Land; die Arbeiter aller

Beschäftigungen: uns gehört die Werkstätte\*) . . . Der gegenwärtige Kampf ist nur die erste Phase einer riesigen, ökonomischen und socialen Revolution, deren Wahlspruch ist: „Keine Ausbeuter mehr, nur noch Arbeiter!“ (Plus d'exploiteurs, rien que des travailleurs!) Schließlich wird erklärt, daß die Arbeiter des Kreuzot kein anderes Verbrechen begangen hätten, als jenes „das heiligste Recht des Menschen zu verlangen, nämlich in Arbeit zu leben (vivre en travaillant).“

Diese Phrase stammt aus den Kämpfen der socialistischen Arbeiter in Lyon gegen Louis Philipp. Der Schluß der Phrase, das mourir en combattant, sollte 13 Monate später von den Pariser Socialisten auf schreckliche Weise in die Wirklichkeit übersezt werden. Auch bei den großen Arbeitseinstellungen in den Kohlengruben des Norddepartements, Ende Juli 1872, sollen fremde Aufreizungen mitgewirkt haben. Es kam dabei mehrmals zu Conflicten mit den zum Schutze der Fortarbeitenden herbeigeeilten Truppen, wobei es Todte und Verwundete gab.

5. Die Zahl der socialistischen Arbeiter in Frankreich ist sehr groß und erhält eine besondere Wichtigkeit durch ihre Zusammendrängung gerade auf den politisch wichtigsten Punkten. Zugleich haben sich fast alle Regungen des französischen Socialismus mehr und mehr in die eine große Genossenschaft verschmolzen, um die „Befreiung“ durch politische Mittel zu eringen. Der Haß gegen die bestehende Gesellschaft, gegen Besitz und höhere Stellung wächst und nimmt in den beiden Mittelpunkten des Landes, in Paris und Lyon den Charakter eines exaltirten, von religiöser Begeisterung getragenen Fanatismus an. Die französische Gesellschaft löst sich auf und die einzelnen Theile verstehen sich bereits nicht mehr. Kein Theil glaubt,

\*) Jules Favre, als Minister des Außern der franz. Republik, hat in seinem Rundschreiben gegen die „Internationale“ (S. später) diese Stelle citirt.



daß die andern noch aus wahrer Vaterlandsliebe und Begeisterung handeln können, ein leidenschaftlicher Haß, eine tödtliche Entfremdung zerrißt die einzelnen Schichten des Volkes. Dem socialen Leben fehlt jeder feste Halt und dieß äußert sich selbstverständlich und hervorragend auf politischem Gebiete. Ohne neue Festigung der schwer erschütterten socialen Grundlagen ist auf keine wahre Beruhigung und Regeneration des Landes zu hoffen. Aber die harten Lehren, welche der Krieg und der Pariser Aufstand von 1871 geben konnten, scheinen nicht verstanden worden zu sein. Selbst die Worte France und Patrie, die doch sonst alles vereinigten, haben ihren alten Zauber eingebüßt, zumal der Socialismus allmählich die Anhänglichkeit an das Vaterland verliert. Er betrachtet die Politik nur als ein Mittel zur socialen „Befreiung“ und diese hat an sich zum Lande und zur Nationalität keine Beziehung. Steigert sich aber der socialistische Gegensatz zu einem Paroxysmus, der in blinder Begeisterung wirkt, dann erheben sich leicht die Bestrebungen des Standes über die Bedürfnisse des Vaterlandes. Die consequenten Socialisten, deren Zahl allerdings nicht so groß ist, als es scheinen könnte, wünschen, daß jede Regierung sich abnutze, daß Alles sich auflöse, damit für die eigene Partei um so eher die Zeit komme, die alte Gesellschaft zu stürzen und nach socialistischen Recepten eine neue zu bauen.

Sehr deutlich trat dies in Frankreich nach der Schlacht bei Sedan hervor. In Paris versuchten die Socialisten während der Belagerung durch die Deutschen mehrmals an's Ruder zu kommen, bis es ihnen nach der Capitulation der Stadt am 18. März 1871 gelang. Sie proclamirten die Pariser „Commune“ und hielten 73 Tage Stand gegen die Truppen der Regierung, bei deren endlichem Siege sie die Denkmäler der „Tyrannei“ zerstörten und die wichtigeren Gebäude in Brand steckten. In Lyon wurde am 28. September 1871 ein ähnlicher Versuch gemacht, dem Socialismus die Herrschaft zu erringen, aber er scheiterte. Bei demselben war auch der russische Nihilist Bakunin,

dessen Thätigkeit wir bei Behandlung der Schweiz näher beschreiben werden.

Testut (l. c. p. XI.—XIII.) veröffentlicht zwei von der „Internationale“ ausgehende Documente aus der Zeit nach Sedan; sie sind besonders charakteristisch für die Haltung der französischen Socialisten und für die Stellung, welche der internationale Socialismus den vaterländischen Unglücksfällen gegenüber einnimmt. „Rühl bis ans Herz hinan“ betrachten die Socialisten den tiefen Fall der geheiligten „France“ und die furchtbare Demüthigung der großen Nation, denn all das Unglück erscheint ihnen nur als die Niederlage der „Bourgeoisie“ und als die Einleitung zur gegenseitigen Zerfleischung der alten Gesellschaft. Das „Proletariat“ der Besitzlosen hat ja nichts dabei zu verlieren und die Zukunft, welche diese Leute erstreben, kann erst kommen, wenn Alles nivellirt ist.

Jene beiden Documente, deren Aechtheit Testut garantirt, sind um so bedeutungsvoller, weil sie von einer officiellen Person der „Internationale“ ausgehen, nämlich von dem correspondirenden Secretär für Frankreich, also von einem Manne, der die Ansichten und Pläne des Generalrathes den französischen Mitgliedern mitzutheilen hatte, und durch welchen der Generalrath überhaupt die französische Bewegung leitete. Diese Briefe lauten :

1. Brief von Eugen Dupont, correspondirender Secretär für Frankreich beim Generalrath in London an Albert Richard in Lyon:

„London, 7. Sept. 1870. Das klägliche Ende des kaiserlichen Souverainetät bringt uns einen Favre und Gambetta an die Gewalt. Nichts hat sich verändert, der Bourgeoisie gehört immer noch die Macht. Unter diesen Umständen ist es die Rolle oder vielmehr die Pflicht der Arbeiter, das Bourgeoisie-Geschmeiß (vermine bourgeoise) den Frieden mit Preußen schließen zu lassen. Denn die Schmach dieser Handlung wird ihm dann stets anhängen. Die Arbeiter dürfen jene nicht kräftigen durch Aufstände, aber sie sollen die Freiheit, welche die Umstände uns gebracht, benutzen, um alle Kräfte der Arbeiterklasse zu organisiren. Die Classe der Bourgeoisie, welche in diesem Augenblick entzückt ist über ihren Triumph, wird vorläufig die Fortschritte dieser Organisation nicht wahrnehmen und am Tage des wirklichen Krieges werden die Arbeiter bereit sein.

Die Aufgabe unserer Genossenschaft ist, diese Organisation in Thätigkeit zu setzen und überall hin zu verbreiten. Verdoppelt daher euren Eifer! Ihr müßt eure Ergebenheit verhundertfachen. Ihr müßt um euch und unter die Fahne unserer theueren Genossenschaft alle thätigen und überzeugungsvollen Männer sammeln und das Ziel, das wir erreichen wollen, wird nahe sein. Der Generalrath hat allen seinen Correspondenten geschrieben, damit sich alle Anstrengungen in diesem Sinne vereinigen, um gemeinsam auf den passenden und entscheidenden Augenblick hinzuwirken.\*) Ohne Zögerung aus Wert bis zur socialen Revolution. Im Augenblicke der Gährung und der Arbeit des Volkes kann die wahre Revolution mit Riesenschritten voreilen durch gemeinsames Zusammenwirken aller Glieder (correspondants) unserer Genossenschaft. Nieder mit der Bourgeoisie! Hoch die Internationale!

Ein großer Theil der französischen Arbeiter wollte nun davon nichts wissen. Das französische Gefühl überwog bei ihnen den socialistischen Haß, sie folgten dem Aufruf der Regierung zur Nationalverteidigung und reiheten sich in die neu gebildete Armee ein. Darauf bezieht sich der zweite Brief desselben Secretärs der „Internationale“. Er ist wo möglich noch deutlicher als der erste.

2. Brief von Eugen Dupont an Bürger Charvet in Lyon, datirt vom 17. Oct. 1870.

„..... Unsere Rolle besteht darin, alle Freiheiten zu benutzen, sowie alle Ereignisse, um die Organisation der Arbeiterklasse auszubreiten. Denn ohne gute Organisation werden die Arbeiter stets das Spielzeug und die Betrogenen (dupe) der Bourgeoisie sein. Unglücklicherweise hat dieß eine große Anzahl unserer Freunde nicht begriffen: sie ließen sich durch den Patriotismus verblenden und haben sich mit den Bourgeois vereinigt, da diese überall schreien: „Vergessen wir die Verschiedenheit unserer Meinungen, opfern wir unsere theuersten Principien auf dem Altar des Vaterlandes und vertreiben wir unsere Feinde.“ Dies ist eine nichtswürdige Betrügerei, denn die Bourgeois haben nichts und hatten nichts zu opfern, und das Volk wird wieder einmal betrogen, weil es ohne Organisation ist. Nun, da es geknebelt ist, erhebt die allmächtige Reaction wieder ihr Haupt und die Verfolgung (proscription) beginnt wieder wie zu ihren schönsten

\*) Ohne Zweifel wurde also schon damals der Aufstand in Lyon und ferner auch in Paris geplant und man wartete bloß noch auf einen passenden Augenblick. Dieses geht aus dem ganzen Schreiben Dupont's hervor.

Jetten. Sehen Sie, was sich zu Paris ereignet. . . . . Brüderliches Heil für Alle!"

6. Die Bekanntschaft des Lesers mit dem Aufstande und Verlaufe der Pariser Commune von März bis Mai 1871 setzen wir voraus. Die Frage, welche Stellung die „Internationale“ zu jenen Vorgängen einnahm, hat zu vielfachen Erörterungen Veranlassung gegeben. Obgleich der Antheil, den die „Internationale“ an jenem Aufstand hatte, noch nicht in klarem Lichte gesetzt ist, so liegt doch auf der Hand, daß zwischen beiden ein mehr als geistiger Zusammenhang bestand, daß die „Internationale“ an jenem so wichtigen Platze den Versuch machte, ihre Theorie zu verwirklichen. Der Sturz der Commune war daher ein harter Schlag für den internationalen Socialismus. Dieses ergibt sich schon aus der unbedingten und leidenschaftlichen Parteinahme seitens aller Organe des Socialismus für den Aufstand und seine Thaten, sowie aus der Mühe, welche jene Blätter sich gaben, die Gewaltthaten der Commune als Ausflüsse der natürlichen Gerechtigkeit hinzustellen; für die Schreckensscenen bei der Eroberung von Paris durch die Truppen der rechtmäßigen Regierung wird fast ausschließlich diesen die Schuld gegeben, denn für jene Leute versteht es sich von selbst, daß die Empörer lauter Helden und Heilige, die Männer der Regierung aber nur „verthierte Söldlinge“ sind. Im schlimmsten Falle proclamirt der Socialismus das Recht der Revolution — ein durch die erste Revolution geheiligtes und seither bei Vielen als ein Menschenrecht geltendes Dogma, mit welchem man jeden Aufstand beschönigen kann. Schon die vorhin angeführten Briefe Dupont's zeigen, daß der Generalrath einen Aufstand der französischen Socialisten vorbereitete, um die Niederlage Frankreichs zu einem Sieg des „Proletariats“ in den größeren Städten zu benutzen. Die Principien der „Internationale“ sollten bei dieser Gelegenheit praktisch erprobt werden.

Testut erklärt (pag. VII) die „Internationale“ und die

Pariser Commune für eins und dasselbe. Als Beweis hiefür stützt er sich auf die „Egalité“, das officielle Organ der Sectionen der romanischen Schweiz (No. vom 27. Mai 1871). Das politische Ziel des Aufstandes lief auf Bildung der selbstständigen Gemeinde von Paris hinaus. Diese stellte eine große Föderation vieler einzelner Sectionen dar und die Aufständischen nannten sich daher Föderirte. Mit den übrigen Gemeinden des Landes sollte sich das selbstständige Paris dann zu einem weiteren Bunde vereinigen, um überall die sociale Republik mit der Grundlage des souveränen allgemeinen Stimmrechts herzustellen. Wie man sieht, stimmt das politische Ziel des Pariser Aufstandes mit dem politischen Ideale der „Internationale“ zusammen. Beide sind dasselbe.

7. Nach der Niederlage des Pariser Aufstandes erließ der Generalrath der „Internat. Arb.-Aff.“ unter dem Titel „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ ein Manifest „an alle Mitglieder in Europa und den Vereinigten Staaten“. Diese Adresse wurde in Deutschland im „Volksstaat“ veröffentlicht und ist in Separatabdrücken erschienen (Leipzig, Verlag der Expedition des „Volksstaat“, 1871). Wir citiren nach dieser letzten Ausgabe. Die Ansprache enthält wichtiges Material, um die politischen Anschauungen des Generalrathes der „Internationale“ und besonders seine Stellung zur Pariser Commune zu kennzeichnen; es mag daher gerechtfertigt sein, etwas länger bei diesem Gegenstande zu verweilen.

Das Schriftstück, das durch Edg. Bauer („Die Wahrheit über die Internationale“) Marx zugeschrieben wird, ist voll des schwülftigsten socialistischen Bombastes; es athmet einen glühenden Haß gegen die Männer, welche in Frankreich durch die Revolution vom 4. September 1870 an die Spitze der Regierung gelangten. Aber nicht bloß gegen diese Leute richtet sich die Wuth, sondern gegen die ganze besitzende Classe, gegen die „Bourgeoisie“ überhaupt. Die Revolution vom 4. Sept.,

welche das bei Sedan durch die deutsche Armee besiegte Kaiserreich auch formell stürzte, wird als eine reine Arbeiterrevolution hingestellt; der Antheil, den die radicale Seite der französischen Bourgeoisie daran hatte, wird gänzlich ignorirt; statt dessen betont der Generalrath, daß die siegreichen Arbeiter sich die Ergreifung der Staatsmacht durch die „Kabale“ stellenjagender Advocaten (S. 1) bloß gefallen ließen zum Zweck der nationalen Vertheidigung. Aber die neue Regierung wollte nicht über die „Preußen“ siegen, denn „ein Sieg von Paris über den preussischen Angreifer wäre ein Sieg gewesen des französischen Arbeiters über den französischen Capitalisten und seine Staatsparasiten. In diesem Zwiespalt zwischen nationaler Pflicht und Classeninteresse zauderte die Regierung der nationalen Vertheidigung keinen Augenblick — sie verwandelte sich in eine Regierung des nationalen Verraths.“ Dieser Gedanke läuft durch die ganze Adresse: die Bourgeoisie hat Paris verrathen, damit die proletarische Republik nicht in Frankreich herrschend werde. Auch in andern socialistischen Schriften tritt diese Ansicht hervor. Wie man sieht, hat der sociale Gegensatz das Gefühl der politischen Zusammengehörigkeit und den Patriotismus bei vielen schon gänzlich ertödtet. Es ist aber doch ein allgemeines Vernunftgesetz, daß eine belagerte Stadt von solcher Größe wie Paris, wenn nicht von Außen Entsatz kommt, oder sie sich selbst befreit, auf die Dauer durch Hunger zur Uebergabe gezwungen wird. Die deutschen Truppen gestatteten nun weder die Befreiung von außen noch von innen und so blieb zuletzt für die Eingeschlossenen nur die Capitulation übrig. Die Adresse macht daher den Eindruck, als wolle man die Arbeiter absichtlich über die Lage von Paris während der Belagerung täuschen, um den Fanatismus gegen die „Bourgeoisie“ zu nähren und zu vollster Gluth zu entflammen.

Die Capitulation von Paris ist also ein Werk des Verrathes, dieß steht für die Herren von der „Internationale“ so fest wie ein Dogma. Sehr bedeutungsvoll heißt es dann mit

Beziehung auf die Flucht der Regierung nach Versailles, als der Aufstand ausbrach, weiter (S. 3): „Nach dem 18. März in ihrer wilden Flucht nach Versailles ließen die „Capitulards“ den actenmäßigen Beweis ihres Verraths in Paris zurück. Um diesen zu zerstreuen, sagte die Commune in einem ihrer Manifeste an die Provinzen, würden diese Leute nicht davor zurückschrecken, Paris in einen Erümmerhaufen zu verwandeln, bespült von einem Blutmeere.“ Es wird hier angedeutet, was die socialistischen Blätter später oft wiederholt haben, daß die Regierung von Versailles es eigentlich gewesen sei, welche Paris in Brand gesetzt habe, um die Beweise ihres Verrathes zu vernichten. Der ganze Vorwurf widerlegt sich dadurch, daß die Regierung, hätte sie wirklich ein Interesse daran gehabt, Paris zu vernichten, es gewiß mit großer Gründlichkeit hätte thun können; nichts hinderte sie daran, als die französischen Truppen endlich in die Stadt eingedrungen waren. Die Regierung hatte aber kein Interesse an der Zerstörung von Paris und das Ganze erscheint als eine Ausgeburt des socialistischen, bis zum wahnwitzigen Haß gegen die bestehende Gesellschaft gesteigerten Fanatismus.

Im weiteren Verlaufe werden die Mitglieder der Regierung der nationalen Vertheidigung, Fabre, Picard, Ferry u. s. w. mit scharfen Worten möglichst schlecht gemacht. Alle drei werden Tickets of leave-men genannt, Verbrecher, welche Urlaubs- und Freilassungsscheine erhalten wollten und diese bloß in den Ruinen von Paris finden konnten. Besonders schlimm kommt Thiers weg, dem geschickt seine früheren Aeußerungen bei der Befestigung von Paris und bei dem Bombardement von Palermo (1848) vorgehalten werden; seine Entfernung durch Guizot wird eine „Verbannung vom Amt und Unterschleif“ genannt; Thiers sei consequent gewesen „nur in seiner Eier nach Reichthum und in seinem Haß gegen die Leute, die ihn hervorbringen (S. 8); der Eckstein seiner Politik sei jederzeit die Anechtung der Arbeiter durch's Capital gewesen,

er sei der vollendetste geistige Ausdruck der Classenverderbtheit der französischen „Bourgeoisie“ (S. 5).

Nach diesem kommt der Generalrath auf die Nationalversammlung in Bordeaux zu sprechen, welche die Friedenspräliminarien mit Deutschland abschloß. Das größte Verbrechen dieser Deute ist es, daß sie nicht unbedingt die Republik und zumal die sociale Republik für die einzig berechtigte Regierungsform Frankreichs hielten. Monarchische Regungen bringen die Socialisten der „Internationale“ in eine furchtbar leidenschaftliche Gemüthsstimmung. Daher wird (S. 10) von einer Verschwörung gegen die Republik gesprochen. „Nur durch den gewaltthätigen Sturz der Republik konnten die Aneigner des Reichthums hoffen, die Kosten eines von ihnen selbst herbeigeführten Krieges auf die Schultern der Hervorbringer dieses Reichthums (der Arbeiter) zu wälzen. Und so spornete gerade der unermessliche Ruin Frankreichs diese patriotischen Vertreter von Grundbesitz und Reichthum an, unter den Augen und der hohen Protection des fremden Eroberers, den auswärtigen Krieg zu ergänzen durch einen Bürgerkrieg, eine Sklavenhalter-Rebellion.“ Diesem Plane der Vertreter von Grundbesitz und Capital stand aber Paris im Wege, das die Republik heilig hielt und das sehr gereizt war. Die Regierung der nationalen Vertheidigung wollte — die Herren von der „Internationale“ wissen dieß positiv — die Kanonen der Nationalgarde den „Preußen“ ausliefern; Paris sollte also „entweder seine Waffen niederlegen auf das beleidigende Geheiß der rebellischen Sklavenhalter von Bordeaux hin — oder es mußte vortreten als der selbstopfernde Vorkämpfer Frankreichs, dessen Rettung vom Untergang und dessen Wiedergeburt unmöglich waren, ohne den revolutionären Umsturz der politischen und gesellschaftlichen Bedingungen, die das zweite Kaiserthum erzeugt hatten und die unter seiner schützenden Obhut bis zur äußersten Fäulniß herangereift waren.“

In Folge dessen brach also die Revolution vom 18. März aus, unter Oberleitung eines Central-Comites, das (S. 12)



durch die ganze Masse der Nationalgarde, einige der alten bonapartistischen Abtheilungen ausgenommen, erwählt war. „Vom 18. März (S. 14) bis zum Eindringen der Versailler Truppen in Paris blieb die proletarische Revolution so rein von allen den Gewaltthaten, von denen die Revolutionen, und noch mehr die Contrerevolutionen der „höheren Classen“ strotzen, daß die Gegner keine andern Handhaben für ihre Entrüstung finden, als die Hinrichtung der beiden Generale Becotte und Clement Thomas und den Zusammenstoß auf der Place Vendôme“; an Weidern aber war die Revolution natürlich unschuldig; der ermordete General Thomas war „ein persönlicher Feind des pariser Proletariats“ und hatte „während seines ganzen Obercommandos (S. 15) Krieg geführt „nicht gegen die „Preußen“, sondern gegen die pariser Nationalgarde“, und die „angebliche Schächtereiei unbewaffneter Bürger in der Place Vendôme ist ein Märchen.“

In dieser Weise geht es fort. Auf Seite des Socialismus steht die Berechtigung zur Revolution und ein förmlich religiöser Fanatismus; die Vertreter der neuen Gesellschaftsordnung glauben sich berufen und verpflichtet, die alte Gesellschaft umzustürzen, weil diese die schlechteste, verbrecherischste und unsittlichste auf Erden sei. Die Arbeiter, welche eine solche Darstellung der Vorgänge in Frankreich lesen, müssen sich entsetzen ob des Abgrundes von Bosheit und Verkommenheit, in welchem sich die besitzenden Classen angeblich befinden, sie müssen allmählig in Wahrheit zu der Idee kommen, die Welt könne blos durch die Arbeiter selbst reformirt werden und dieß zu bewirken, sei der heilige Beruf des Proletariats. Was von Seiten der Versailler Truppen in dem schrecklichen Bürgerkrieg geschehen, ist alles Scheußlichkeit, Mord und Raubluft, die Socialisten aber stehen groß und edel vor den Augen der Mit- und Nachwelt, denn sie vertheidigen sich blos gegen die Revolution der „Sclavenhalter“ in Versailles.

Es folgt nun die Erklärung dessen, was die Commune ist. Das Manifest des pariser Centralcomites vom 18. März

sagt (S. 19): „Die Proletarier von Paris haben in Mitten der Niederlagen und des Verraths der herrschenden Classen begriffen, daß die Stunde geschlagen hat, wo sie die Lage retten müssen, dadurch, daß sie die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten in ihre eigenen Hände nehmen. . . . Sie haben begriffen, daß es ihre höchste Pflicht und ihr absolutes Recht ist, sich zu Herren ihrer eigenen Geschichte zu machen und die Regierungsgewalt zu ergreifen.“

Der Generalrath der „Internationale“ führt nun aus, daß die centralisirte Staatsmacht, wie sie in Frankreich bestanden, allmählich unter parlamentarische Controle gestellt, daß aber diese Controle durch die besitzenden Classen geübt wurde. „In dem Maße (S. 20), wie der Fortschritt der modernen Industrie den Classengegensatz zwischen Capital und Arbeit entwickelte, erweiterte, vertiefte, in demselben Maß nahm die Staatsmacht mehr und mehr den Charakter einer öffentlichen Gewalt zur Unterdrückung der Arbeit, einer Maschine der Classenherrschaft. Nach jeder Revolution, die einen Fortschritt des Classenkampfs bezeichnet, tritt der rein unterdrückende Charakter der Staatsmacht offener und offener hervor. Die Revolution von 1830 übertrug die Regierung von den Grundbesitzern auf die Capitalisten und damit von den entfernteren auf die directeren Gegner der Arbeiter. . . . . Angesichts der drohenden Erhebung des Proletariats benutzte die vereinigte besitzende Classe jetzt die Staatsmacht rücksichtslos und frech als das nationale Kriegswerkzeug des Capitals gegen die Arbeit.“ Das Kaiserreich wurde so zur Nothwendigkeit, aber „der Imperialismus ist die prostituirteste und zugleich die schließliche Form jener Staatsmacht, die die entstehende bürgerliche Gesellschaft ins Leben gerufen hatte als das Werkzeug ihrer eigenen Befreiung vom Feudalismus, und die vollentwickelte Bourgeoisgesellschaft verwandelt hatte in ein Werkzeug zur Knechtung der Arbeit durch das Capital. Der gerade Gegensatz des Kaiserthums war die Commune. Der Ruf nach der „socialen Re-

publik“, womit das Pariser Proletariat die Februarrevolution einführte, drückte nur das unbestimmte Verlangen aus nach einer Republik, die nicht nur die monarchische Form der Classenherrschaft beseitigen sollte, sondern die Classenherrschaft selbst. Die Commune war die bestimmte Form dieser Republik.“

Es folgt nun eine große Lobrede auf die Commune, diese Form, in welcher der internationale Socialismus das Leben der Völker für die Zukunft gestaltet wissen will: „Die Commune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträthen. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterclassen. Die Commune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit.“ Die Commune hat das stehende Heer und die Polizei beseitigt und auch das „geistliche Unterdrückungswerkzeug, die Pfaffenmacht“ gebrochen. Sämmtliche Unterrichtsanstalten wurden dem Volke unentgeltlich geöffnet und gleichzeitig von aller Einmischung des Staates \*) und der Kirche gereinigt. Die richterlichen Beamten werden, wie alle öffentlichen Diener, fernerhin gewählt, sie sind verantwortlich und absetzbar.

\*) An dieser Stelle tritt die Oberflächlichkeit des ganzen Nachwortes deutlich zu Tage. Daß man die Unterrichtsanstalten von jedem Einflusse der Kirche „reinholt“, läßt sich begreifen; wie man sie auch vom Einflusse des Staates reinigen will, dieß ist unerfindlich. Man müßte sie gerade den einzelnen Familien, die Kinder haben, überlassen und dieß wird der Socialismus niemals thun, denn ihm ist die Schule die socialistische Drillanstalt für die gesammte heranwachsende Generation. Das sogleich folgende Verlangen nach Wählbarkeit und Absetzbarkeit der Richter entspricht einem Beschlusse der „Internationale“ auf dem Congresse zu Lausanne; so sichert das tausendjährige Reich der Zukunft der Unabhängigkeit der Rechtsprechung! Wozu auch? Was das Volk, d. h. eine zufällig wechselnde Mehrheit beschließt, ist wahr und gerecht; der Richter ist daher dem Volke verantwortlich für seine Urtheilsprüche. Das Volk trägt alle Gerechtigkeit in seiner Brust, es ist die höchste souveräne Instanz!

Die Commune sollte die Form der künftigen Gestaltung des gesammten politischen Lebens für Frankreich und überhaupt für alle Länder mit moderner Gesellschaft werden, denn die Organisation der „Internationale“ ist soweit möglich zugleich das Muster und die Vorbereitung für die von jenem Bunde erstrebte Organisation des social-politischen Lebens. Der abstracte Föderalismus würde herrschend werden und dieses an sich berechnete Princip würde in solcher Anwendung die Staaten in communale Atome auflösen. Der Generalrath gibt (S. 23) über diese Punkte folgende Erläuterungen:

„Die Pariser Commune sollte selbstverständlich allen großen gewerblichen Mittelpunkten Frankreichs zum Muster dienen. Sobald die communale Ordnung der Dinge einmal in Paris und den Mittelpunkten zweiten Ranges eingeführt war, hätte die alte centralisirte Regierung auch in den Provinzen der Selbstregierung der Producenten (d. h. der Arbeiter) weichen müssen. In einer kurzen Skizze der nationalen Organisation, die die Commune nicht die Zeit hatte, weiter auszuarbeiten, heißt es ausdrücklich, daß die Commune die politische Form selbst des kleinsten Dorfes sein und daß das stehende Heer auf dem Lande durch eine Volksmiliz mit äußerst kurzer Dienstzeit ersetzt werden sollte. Die Landgemeinden eines jeden Bezirkes sollten ihre gemeinsamen Angelegenheiten durch eine Versammlung von Abgeordneten in der Bezirkshauptstadt verwalten, und diese Bezirksversammlungen dann wieder Abgeordnete zur Nationaldelegation in Paris schicken; die Abgeordneten sollten jederzeit absetzbar und an die bestimmten Instructionen ihrer Wähler (mandat impératif) gebunden sein. Die wenigen, aber wichtigen Functionen, welche dann noch für eine Central-Regierung übrig blieben, sollten nicht abgeschafft, sondern an communale, d. h. streng verantwortliche Beamte übertragen werden. Die Einheit der Nation sollte nicht gebrochen, sondern im Gegentheil organisirt werden durch die Communalverfassung.“

Des Weiteren wird vom Generalrath bemerkt, daß diese neue Commune, die den modernen Staat zu stürzen habe, keine Wiederbelebung der mittelalterlichen Gemeinden sein solle, welche die Grundlage jener Staatsmacht bildeten; daß diese Communal-Verfassung kein Versuch sei, einen Bund kleinerer Staaten, wie Montesquieu und die Girondisten sie träumten, an die Stelle der Einheit großer Völker zu setzen. Schon das bloße Bestehen der Commune „setzte das Nichtbestehen der Monarchie voraus,

die, wenigstens in Europa, der regelrechte Ballast und der unentbehrliche Deckmantel der Classenherrschaft ist.“ Die Commune war „wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Resultat des Kampfes der hervorbringenden gegen die anregende Classe, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte. . . Die Commune sollte daher als Hebel dienen, um die ökonomischen Grundlagen umzuwälzen, auf denen der Bestand der Classen und damit der Classenherrschaft ruht. Sinnlich die Arbeit emancipirt, so wird jeder Mensch ein Arbeiter, und productive Arbeit hört auf, eine Classeneigenschaft zu sein. . . Die Commune wollte jenes Classeneigenthum abschaffen, das die Arbeit der Vielen in den Reichthum der Wenigen verwandelt. Sie beabsichtigte die Enteignung der Enteigner\*). Sie wollte das individuelle Eigenthum zu einer Wahrheit machen, indem sie die Productionsmittel, den Erdboden und das Capital, jezt vor Allem die Mittel zur Anechtung und Ausbeutung der Arbeit, in bloße Werkzeuge der freien und associirten Arbeit verwandelt.“ Unter weiteren Lobreden auf die Commune wird sie als „die wahre Vertreterin aller gesunden Elemente der französischen Gesellschaft“ erklärt. Gleichzeitig war sie „als eine Arbeiter-Regierung, als der kühne Vorkämpfer der Befreiung der Arbeit, im vollen Sinne des Wortes international. Unter den Augen der preußischen Armee, die zwei französische Provinzen an Deutschland annexirt hatte, annexirte die Commune die Arbeiter der ganzen Welt an Frankreich.“

Es folgt nun die Schilderung des Untergangs der Commune: „Die Forts, welche fielen, wurden nicht genommen, sondern gekauft.“ Der Krieg Thiers' gegen Paris wird ein „Räuberkrieg“ genannt, das Verfahren der Regierungstruppen als „Blutbad, unverhüllte Wildheit und gesetzlose Rache“ be-

\*) Dies ist eine Marx'sche Phrase.

zeichnet. Die Schilderung der Gräuelszenen \*) bei der Einnahme von Paris durch „Thiers und seine Bluthunde“ erschöpft sich in Beschimpfungen gegen die französische Armee und in Verhöhnungen der Socialisten. „Der selbstaufopfernde Heldemuth“ der Männer, Weiber und Kinder von Paris und die „Größe ihrer Sache“ werden in Gegensatz gestellt zu „den höllischen Thaten der Soldateska“. Nur Eines gesteht der Generalkath zu, die Brandstiftungen durch die Commune. Im Gegensatz zu manchen socialistischen Blättern werden diese Thaten anerkannt und an die Anerkennung schließt sich natürlich auch die Rechtfertigung. Der Generalkath sagt:

„Das Paris der Arbeiter hat im Act seiner heroischen Selbstopferung Gebäude und Monumente mit in die Flammen gezogen. Wenn die Beherrscher des Proletariats seinen lebendigen Leib in Stücke reißen, dürfen sie nicht länger darauf rechnen, triumphirend in die unangetasteten Mauern ihrer Wohnsitze einzuziehen. . . . Im Krieg ist Feuer eine vollständig rechtmäßige Waffe. Gebäude, vom Feinde besetzt, bombardirt man nur, um sie anzuzünden. Müssen die Vertheidiger sie verlassen, so stecken sie selber sie in Brand, damit die Angreifer sich nicht darin festsetzen können. Niedergebrannt zu werden, war stets das unvermeidliche Schicksal aller in der Schlachtfront aller regelmäßigen Armeen der Welt gelegenen Gebäude. Aber im Krieg der Geknechteten gegen ihre Unterdrücker, dem einzig rechtmäßigen Krieg in der Geschichte, da soll dieß bei Leibe nicht gelten! Die Commune hat das Feuer, im strengsten Sinne des Wortes, als Vertheidigungsmittel\*\*) gebraucht. Sie wandte es an, um den Versailler Truppen jene langen geraden Straßen zu versperren, die Hauptmann absichtlich dem Artilleriefuer offen gelegt hatte; sie wandte es an, um ihren Rückzug zu decken, gerade wie die Versailler in ihrem Vordringen ihre Granaten anwandten, die mindestens ebensoviel Häuser zerstörten, wie das Feuer der Commune. . . . Zudem hatte die Commune längst vorher öffentlich ange-

\*) Die Gräuelszenen erklären sich durch die Natur des Kampfes als eines Bürgerkrieges und eines Classenkampfes von selbst. Es ist nicht redlich, die Männer der Revolution, deren Haß gegen die „Bourgeoisie“ und die Versailler „Krautjunker“-Versammlung viel fanatischer war, als der Haß auf der andern Seite, von der Mitschuld freizusprechen und Alles auf die Soldaten und die Regierung Thiers' zu wälzen, wie es hier geschieht.

\*\*) Beim Stadthause und anderen Gebäuden doch ganz sicher nicht!

kündigt, daß, wenn zum Neuerften getrieben, sie sich unter den Trümmern von Paris begraben, und aus Paris ein zweites Moskau machen werde, wie die Vertheidigungsregierung, freilich nur als Deckmantel ihres Verraths, dies ebenfalls versprochen hatte. Gerade für diesen Zweck hatte Trochu das nöthige Petroleum herbeigeschafft."

An der Hinrichtung der 64 Geißeln war natürlich auch nicht die Commune schuld, sondern die Regierung von Frankreich und Thiers, der sich weigerte, den gefangenen Blanqui „gegen den Erzbischof und einen ganzen Haufen Pfaffen“ auszuwechseln.

Die Ansprache des Generalrathes an die Arbeiter schließt:

„Nach Pfingstsonntag 1871 kann es keinen Frieden und keine Waffenruhe mehr geben zwischen den Arbeitern Frankreichs und den Aneignern ihrer Arbeitserzeugnisse. . . . . Der Kampf muß aber und abermals ausbrechen, in stets wachsender Ausbreitung, und es kann kein Zweifel sein, wer der endliche Sieger sein wird — die wenigen Aneigner, oder die ungeheure arbeitende Majorität. Und die französischen Arbeiter bilden nur die Vorhut des ganzen modernen Proletariats. Während die europäischen Regierungen vor Paris den internationalen Charakter der Classenherrschaft betheiligen, schreien sie Zeter über die Internationale Arbeiterassociation — die internationale Gegen-Organisation der Arbeit gegen die weltbürgerliche Verschwörung des Capitals — als Hauptquelle alles dieses Unheils. . . . . Wo immer, und in welcher Gestalt immer, und unter welchen Bedingungen immer der Classenkampf irgend welchen Bestand erhält, da ist es auch natürlich, daß Mitglieder unserer Association im Vordergrund stehen. Der Boden, aus dem sie emporwächst, ist die moderne Gesellschaft selbst. Sie kann nicht niedergestampft werden durch noch so viel Blutvergießen. Um sie niederzustampfen, müßten die Regierungen vor Allem die Zwingherrschaft des Capitals über die Arbeit niederstampfen — also die Bedingung ihres eigenen Schmarozer-Daseins. Das Paris der Arbeiter mit seiner Commune wird ewig gefeiert werden als der ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft. Seine Märtyrer sind eingeschreint in dem großen Herzen der Arbeiterclassen.“

8. Dieses Manifest läßt keinen Zweifel, daß die „Commune“ das sociale und politische Ziel ist, das die „Internationale“ erstrebt, oder richtiger ausgedrückt, nach welchem hin der Generalrath der „Internationale“ die Arbeitermassen zu

dirigieren sucht. Der Generalrath hat auch in diesem hoch officiellen Actenstück den Charakter der Pariser Commune noch nach einigen Richtungen hin ausgebildet, welche bei jenem Aufstande wohl im Keime vorhanden waren, aber durch die sich drängende Entwicklung der Dinge an der völligen Entfaltung verhindert wurden. Ein fernerer Zweifel an der Solidarität, man möchte fast sagen Identität, der Commune mit der „Internationale“ ist nicht mehr möglich. Ein weiterer Beweis für die Richtigkeit dieser unserer Anschauung ist der Beschluß des Generalrathes gegen Tolain, einer der Gründer der „Internationale“. Tolain war von den Pariser Arbeitern im Frühjahr 1871 in die französische National-Versammlung gewählt worden und hatte dort seinen Sitz eingenommen, ohne, wie man es verlangt hatte, bei Proclamation der Pariser Commune auf deren Seite zu treten. Aus dieser Ursache wurde er vom Bundesrath der Pariser Sectionen aus der Association ausgestoßen und der Generalrath in London bestätigte diesen Beschluß „in Erwägung, daß der Platz jedes französischen Mitgliedes der internationalen Arbeiter-Association zweifellos zur Seite der Commune und nicht in der usurpatorischen, contrerevolutionären Versammlung von Versailles ist.“ (Vorbote 1871, No. 7, S. 109).

Zwei Mitglieder des Generalrathes, Odger und Lucraft, wiesen die Solidarität mit dem vorhin erwähnten Manifeste zurück und traten aus dem Generalrathe aus. Dennoch erklärte dieser (*les prés. sciss. p. 3*), daß von der Publication jenes Manifestes in allen civilisirten Ländern die Gemeinsamkeit der Anschauung der Arbeiterklasse über die Pariser Ereignisse herrühre.

9. Die französische Regierung mußte sich begreiflicher Weise aus Anlaß der Pariser Ereignisse ernsthaft mit der „Internationale“ beschäftigen. Bald nach der Einnahme von Paris durch die Truppen der Regierung erließ der damalige Minister



des Aeußern Jules Favre ein Rundschreiben gegen jene Gesellschaft; es ist vom 6. Juni 1871 datirt und lautet in seinen Hauptpunkten, wie sie einige Zeit später die Blätter veröffentlichten:

„ . . . Paris war durch das Regime, welches ihm die kaiserliche Regierung geschaffen, zu einer furchtbaren Crisis verdammt: sie wäre im tiefen Frieden ausgebrochen; der Krieg gab ihr den Charakter einer schrecklichen Convulsion. Es konnte nicht anders sein, indem man in dem Umkreise der Hauptstadt eine unfrühe Bevölkerung von nahe an 300,000 Arbeitern sammelte; indem es alle Aufregung leichten Genusses und alle Leiden des Elends vermehrte, hatte das Kaiserreich einen mächtigen Herd des Verderbens und der Unordnung geschaffen, wo der geringste Funke einen Brand erzeugen konnte. Es hatte eine Nationalwerkstätte geschaffen, ernährt durch fieberhafte Speculation, und welche zu entlassen ohne Katastrophe nicht möglich war.“ Favre schildert dann weiter, wie nach der Niederlage der Armeen die Pflicht der Verteidigung erfordert habe, dieses Volk zu bewaffnen und die Arbeitslosen, deren Zahl über 600,000 betrug, zu ernähren. Die Stadt habe sich über Erwartung gehalten, „aber Niemand kann die Gewalt des moralischen und physischen Verderbens schildern, dem die unglückliche Bevölkerung zur Beute wurde. . . In zwei Theile gespalten durch die Versammlung in Bordeaux, blieb die Regierung ohne Macht, sie hätte Macht erlangt durch ihre Ueberfiedelung nach Versailles, wenn die Aufwiegler nicht diesen Moment ergriffen hätten, um den Aufstand zu entzünden.“ Favre erklärt dann, wie eine kleine Gruppe politischer Sectirer schon seit dem 4. Sept. mehrmals versucht habe, sich der Gewalt zu bemächtigen. Ihr Stichwort war die Commune von Paris und später die Föderation der Nationalgarde. „Mit seltener Geschicklichkeit bereiteten sie eine geheime Organisation vor, welche sich bald über die ganze Stadt verbreitete. Durch diese bemächtigten sie sich der Bewegung vom 18. März, die Anfangs keine politische Tragweite zu haben schien. Die lächerlichen Wahlen, zu welchen sie schritten, waren nur eine Maske; Herren der bewaffneten Macht, Besitzer unermesslicher Hilfsmittel an Munition, an Artillerie, an Gewehren, dachten sie nur noch daran, durch Schrecken zu herrschen und die Provinzen zum Aufstand zu bringen. . . Sie schreckten vor keinen Attentaten zurück. Sie benutzten die Ullge, die Proscription, den Tod. Sie reichten Verbrecher ein, die sie aus den Gefängnissen befreit hatten, Deserteur und Fremde. Alles, was in Europa unsauber war, wurde herbeigerufen; Paris war das Stelldichein der Verwerflichkeit der ganzen Welt. Auf diese Art gelang es, eine große Anzahl Bürger irre zu führen und die ganze Stadt befand sich unter dem Joche eines häuslichen Fanatiker und Verbrecher. . . . Aber ich würde eines der wesentlichsten Elemente dieser

diffusen Geschichte auslassen, wenn ich nicht daran erinnern würde, daß man zur Seite der Jacobiner-Parodisten, welche die Präntion hatten, ein politisches System zu gründen, die Leiter einer Gesellschaft stellen muß, die jetzt einen traurigen Ruhm davon getragen, welche man „Internationale“ nennt, und deren Wirkung vielleicht mächtiger, als die ihrer Mitthelfer war, weil sie sich auf die Zahl, die Disciplin und den Kosmopolitismus stützte.“

Das Document beleuchtet hierauf die Gründung, die historische Entwicklung und die Principien der „Internationale“. „Wie der Name der Gesellschaft selbst sagt, wollten die Gründer der Internationale die Nationalitäten auslöschen und vermengen zu einem gemeinsamen höheren Interesse. Man konnte Anfangs glauben, daß dieser Gedanke nur durch Gefühnungen des Friedens und der Gegenseitigkeit eingegeben sei. Die officiellen Documente strafen diese Voraussetzung völlig Lügen. Die Internationale ist eine Gesellschaft des Krieges und des Hasses; sie hat zur Grundlage den Atheismus und den Communismus, zum Ziele die Vernichtung des Capitals und Derjenigen, welche es besitzen, als Mittel die brutale Gewalt des großen Haufens, die alles zerdrücken soll, was zu widerstehen versucht. Ihre Verhaltungsmaßregeln sind die Negation aller Principien, auf welchen die Civilisation beruht. Wir fordern, sagen sie in ihrem officiellen Blatte vom 25. März 1869, die directe Gesetzgebung des Volkes durch das Volk, die Abschaffung des individuellen Erbrechtes für Capitalien und Arbeitswerkzeuge, die Ueberweisung des Bodens an den Collectivbesitz. Die Verbindung erklärt sich für atheistisch \*), sagt der Generalkrath von London, der sich im Juli 1869 konstituirte, sie will die Abschaffung des Gottesdienstes, die Erzeugung des Glaubens durch die Wissenschaft, der göttlichen Gerechtigkeit durch die menschliche, die Abschaffung der Ehe. . . . Sie verlangt vor Allem Abschaffung des Erbrechtes, damit in Zukunft der Genuß mit der Production eines Jeden gleich sei. Um alle individuelle Thätigkeit, wie alles individuelle Eigenthum zu vernichten, um die Nation unter dem Joche einer Art blutigen Monarchismus zu erdrücken und daraus eine unermessliche, durch den Communismus

\*) Gegen diese Behauptung, sie sei atheistisch, hat die „Internationale“ protestirt und darauf hingewiesen, daß sie das Programm der „Alliance“ Bakunin's (hiervon später), in welcher der Atheismus und die Vernichtung der Ehe verlangt ist, nicht angenommen habe. Nichtsdestoweniger ist die Behauptung gerechtfertigt, daß die „Internationale“ atheistisch sei und daß auch unter ihrem Regime die Ehe und die gegenwärtige Gestalt der Familie keinen Bestand mehr hätte, wenn auch die Association sich noch nicht in officiellen Actenstücken darüber ausgesprochen hat.

verarmte und verdummte Horde zu machen, bewegen verirrte und verderbte Menschen die Welt, verführen die Unwissenden und schleppen die allzu zahlreichen Sectirer mit sich, welche in der Wiedererweckung dieser ökonomischen Ueberheiten Genuß ohne Arbeit und Befriedigung ihrer schlechtesten Wünsche zu finden hofften . . . Europa steht einem Werke der Zerstörung gegenüber, welches gegen alle Nationen gerichtet ist, aus welchen es zusammengesetzt ist, und gegen die Principien selbst, auf welchen alle Civilisation beruht. Nachdem es die Führer der Internationale am Werk gesehen, hat es sich nur noch zu fragen, was ihre friedlichen Erklärungen werth sind. Das letzte Wort ihres Systems kann nur der erschreckliche Despotismus einer kleinen Anzahl von Führern sein, der sich einer unter das Joch des Communismus gebeugten Menge auferlegt, die alle Anechtenschaft trägt: selbst die hassenswertheste, die Anechtenschaft des Gewissens, die weder Herz noch Feld, noch Ersparnisse, noch Gebet hat, beschränkt auf eine unermessliche Werkstätte, geführt durch den Schrecken und amtlich gezwungen, aus ihren Herzen Gott und die Familie zu verbannen. Das ist eine bedenkliche Lage. Sie erlaubt den Regierungen weder Gleichgiltigkeit noch Unthätigkeit."

Jules Favre läßt schließlich alle Vertreter Frankreichs ein, mit Aufmerksamkeit alle Fälle zu studiren, welche auf die „Internationale“ Bezug haben, und sie zu ernstern Gegenständen ihrer Unterredungen zu machen. Die Vorsicht verbietet, diese Frage leichtthin zu entscheiden und irgend etwas hintanzusetzen, was Aufklärung geben könnte. In die Geseze Strenge einzuführen, welche durch das sociale Bedürfnis erfordert wird, und diese Geseze ohne Schwäche anzuwenden, ist eine Neuerung, zu welcher Frankreich sich entschließen muß. Es ist für dasselbe eine Sache des Heils. Aber es würde unvorsichtig und schuldig sein, wenn es zu gleicher Zeit nicht darauf hinarbeiten würde, die öffentliche Moral durch eine gesunde und starke Erziehung, durch ein liberales, ökonomisches Regime, durch Liebe für die Gerechtigkeit, durch Einfachheit, durch Mäßigung, durch Freiheit aufzurichten; und wie groß auch die Prüfungen sein werden, Frankreich wird sie überstehen. . . .

Dieses Rundschreiben J. Favre's ist offenbar nicht auf Grund des Programms der „Internationale“, sondern jenes der Bakuninschen „Alliance“ (S. S. 167) abgefaßt. In welcher Weise es von den Cabineten aufgenommen wurde, darüber ist noch nichts Sicheres in die Oeffentlichkeit gedrungen. Später wurde die Sache von Spanien und dann von Preußen wieder aufgefaßt, wovon am geeigneten Ort die Rede sein wird. Im Frühjahr 1872 beschäftigte sich die französische Nationalber-

sammlung mit einem Gesetz gegen die „Internationale“. Der Bericht der Commission, welche den Gesetzentwurf zu prüfen hatte, verbreitet sich (Frankf. Ztg. 1872, 66 I) über die Entstehungsurache des Socialismus und der „Internationale“; der Arbeiterstand bilde kein besonderes Volk für sich, das allgemeine Stimmrecht habe die sociale und politische Einheit Frankreichs vollendet, es gebe nur ein einziges einheitliches französisches Volk; unter keiner gesellschaftlichen Form sei das Elend ganz zu vermeiden, da die Ungleichheit der äußeren Verhältnisse und der gesellschaftlichen Einflüsse schon durch die Natur bedingt sei; diese Ungleichheit und damit die natürliche Grundlage der menschlichen Gesellschaft selbst wolle aber die „Internationale“ aufheben; sie thue dieß durch das Anstreben des Collectiv-eigenthums, durch Längnung des religiösen Charakters der Ehe, durch die Auflösung der Familie und durch die Verwischung des nationalen Unterschiedes der Völker. Nach langen Verhandlungen, die wider Erwarten keine „Enthüllungen“ brachten und bei denen die religiösen, socialen und politischen Gegensätze Frankreichs besonders scharf zu Tage treten, wurde endlich am 14. März folgendes Gesetz gegen die Internationale angenommen:

§ 1. Jede internationale Gesellschaft, die, gleichviel unter welchem Namen und insbesondere auch unter dem Namen: Association Internationale des Travailleurs, darauf abzielt, zur Arbeitseinstellung, zur Abschaffung des Eigenthumsrechts, der Familie, des Vaterlandes, der Religion und der freien Ausübung der (vom Staate anerkannten) Culte aufzureizen, stellt durch die bloße Thatfache ihrer Existenz und ihrer Verzweigungen auf französischem Gebiet ein Attentat gegen die öffentliche Ruhe dar.

§ 2. Wer nach dem Erlasse dieses Gesetzes sich noch in die Association Internationale des Travailleurs oder in irgend eine andere Gesellschaft, die sich zu denselben Lehren bekennt und dasselbe Ziel verfolgt, aufnehmen läßt oder weiter seine Mitgliedschaft bethätigt (ou aura fait acte d'affilié), wird mit Gefängniß von drei Monaten bis zu zwei Jahren und mit einer Geldbuße von 50 bis 1000 Fres. bestraft. Es können ihm alle im Artikel 42 des Strafgesetzbuches aufgezählten bürgerlichen und Familienrechte auf einen Zeitraum von mindestens fünf und höchstens

zehn Jahren aberkannt werden. Der Ausländer, welcher in Frankreich seinen Eintritt in eine jener Gesellschaften vollzieht, verfällt denselben Strafen.

§ 3. Die Gefängnißstrafe kann auf fünf Jahre und die Geldstrafe auf 2000 Frcs. gegen alle Franzosen oder Ausländer erhöht werden, welche eine Function in einer dieser Gesellschaften angenommen oder wissenschaftlich für ihre Ausbreitung mitgewirkt haben, sei es, indem sie Zeichnungen zu ihrem Vortheil entgegengenommen oder veranlaßt, sei es, indem sie ihr collective oder einzelne Beitrittserklärungen verschafft, sei es endlich, indem sie ihre Lehren, Aufrufe oder Rundschreiben verbreitet haben. Sie können ferner nach Ablauf ihrer Strafe auf mindestens fünf und höchstens zehn Jahre unter polizeiliche Aufsicht gestellt werden. Endlich soll jedes nach diesem Gesetz verurtheilte Individuum auf zehn Jahre allen für Ausländer zulässigen Polizeimaßregeln unterworfen sein.

§ 4. Mit Gefängniß von einem bis sechs Monaten und mit einer Geldbuße von 50 bis 500 Frcs. wird bestraft, wer wissenschaftlich ein Local für eine oder mehrere Versammlungen irgend einer Gruppe oder Section einer der erwähnten Gesellschaften miethweise oder unentgeltlich hergibt, — vorbehaltlich der stärkeren Strafen, mit welchen der Code pénal die einer solchen Handlung Schuldigen bedrohen kann.

§ 5. Der Art. 463 des Strafgesetzbuchs (Herabsetzung der Strafen wegen mildernder Umstände) findet auch auf die in den vorstehenden Artikeln angedrohten Strafen Anwendung.

§ 6. Alle älteren Strafgesetze, welche durch dieses Gesetz nicht aufgehoben worden, bleiben in Kraft.

§ 7. Dieses ist zu veröffentlichen und in allen Gemeinden anzuschlagen.

Die Wirkung dieses Gesetzes ist, daß die Internationale, da ihre Entstehungsur Ursachen nicht im mindesten berührt werden, fortan den Charakter einer geheimen Gesellschaft und damit auch eine größere Gefährlichkeit annehmen wird.

## Drittes Capitel.

### Belgien.

1. Belgien war, wenn es auch keine socialistischen Systeme geboren hat, doch von jeher ein günstiges Feld für die Propaganda solcher Theorien. Alle Bewegungen, die auf französischem Boden entstanden, trugen ihre Wellen über die belgische Grenze und erregten dort die Geister; die außerordent-

liche industrielle Thätigkeit des Volkes, die große Fruchtbarkeit und die intensivste Cultur des Landes, der scharfe Gegensatz der religiösen Anschauungen und die Eigenschaft Belgiens als constitutioneller Musterstaat bewirkten, daß dort bald der Classengegensatz bei den Arbeitern erwuchs. Die „Internationale“ faßte daher rasch auch in Belgien Fuß und hat daselbst eine weite Verbreitung gewonnen. Der Lütticher Studenten-Congreß 1865 mit seinen wahnsinnigen Reden gegen weltliche und geistliche Autorität bahnte der „Internationale“ gewissermaßen den Weg. Wie anderswo, so hat auch in Belgien ein großer Theil der besitzenden Classen mit dem Feuer gespielt und scheint ebenfalls noch nicht zu erkennen, was er gethan. Damals in Lüttich erklärten die exaltirten, meist aus Paris gekommenen Studenten, daß die Zukunft dem Socialismus gehöre, und daß die Jugend revolutionär sei. Wie Kinder freuten sich die jungen Leute des freien Wortes und redeten das tollste Zeug, das sie damals in ihrer Heimath noch nicht an den Mann bringen konnten. Nun ist es allerdings richtig, daß ein großer Theil der künftigen Generation dem Socialismus oder wenigstens dem bürgerlichen Radicalismus gehört, welcher jenem die Wege ebnet, dieß ist nicht bloß in Frankreich und Belgien, sondern anderswo auch der Fall; daß aber die Zukunft dem Socialismus gehören soll, ist eine baare Unmöglichkeit, denn eine solche Gesellschaft hätte überhaupt keine Zukunft mehr.

2. Die „Internationale“ besitzt in Brüssel ein großes Blatt „La Liberté“. Außerdem huldigen noch verschiedene andere Blätter ihren Principien. Dazu gehören „Le Mirabeau“ in Derviers, „L'Internationale“ in Brüssel, „De Werker“ in flämischer Sprache in Antwerpen, „Le Droit“ in Lodekinstadt, „Reveil“ in Seraing, „Cahiers du travail“ in Lüttich u. a.

Die „Internationale“ hat in Belgien sich in zahlreiche Föderationen gruppiert. Die wichtigsten Werbebezirke sind Ber-

viers, der Hennegau, Mons und Charleroi, wo schon zu wiederholten Malen blutige Conflictе mit den Behörden und dem Militär vorgekommen sind. Die Hauptföderationen sind (O. Testut l. c. p. 184), die von Lüttich, die vom Centrum, vier Föderationen im Bassin von Charleroi (die Theilung erfolgte auf dem Congreß zu Gilly am 28. März 1869), die Föderation des Thales der Vesdre mit dem Sitz in Verviers, die Föderation von Brüssel u. s. w. Das Land zählt eine Menge von Sectionen, die alle sehr stark und sehr thätig sind. Sie bestreben sich, ihre Mitglieder stets besser zu organisiren und für den unvermeidlichen socialen Kampf fanatisch zu begeistern. Ein Berichterstatter im „Volksstaat“ (1871 Nr. 82) gibt die Zahl der Mitglieder der „Internationale“ in Verviers auf 5000 an, mit 19 Sectionen und 9 Widerstandscassen (Gewerkschaften). Als Hindernisse für die Propaganda der „Internationale“ werden dort der sehr genügsame Volkscharakter und der billige Branntwein angegeben. Die Zufriedenheit des Volkes mit seiner Lage ist überhaupt kein guter Boden für die socialistische Agitation. Die Angaben über die Mitglieder der „Internationale“ in Belgien sind verschieden. Vor dem Aufstande der Pariser Commune, welcher auf die Propaganda des Socialismus nur befruchtend gewirkt zu haben scheint, mögen es wohl 50—60,000 gewesen sein. Hillmann (a. a. O. S. 14) gibt für Mai 1869 die Zahl der Mitglieder auf 64000 an und wir halten die Angabe nicht für sonderlich übertrieben.

Die verschiedenen Sectionen und Föderationen der „Internationale“ in Belgien stehen unter einem gemeinsamen belgischen Centralrath, der mit dem Generalrath in London verkehrt, gegenwärtig durch Vermittelung von Alfred Hermann, dem correspondirenden Secretär für Belgien. Auf ihrem Halbjahrescongreß am 24. und 25. Dezember 1871 erklärten die Belgier (Volksstaat 1872, Nr. 5): die „Internationale“ sei entgegen den durch die „reactionäre“ Presse ausgestreuten Verleumdungen kein despotischer Verein, dessen Mitglieder einem von oben kom-

wenden Lösungswort gehorchten; sie sei „nur eine Gruppierung von völlig selbstständigen Bünden“, der Generalkath sei „nur ein Mittelpunkt für Correspondenzen und Aufschlüsse“; es sei aber, an der Zeit, „eine ernsthafte Revision der Statuten vorzunehmen, weil die gegenwärtigen auf jedem Congreß etwas unmethodisch verbollständigten allgemeinen Statuten nicht scharf die Rechte der Bünde abgränzen und der vorhandenen Thunlichkeit nicht gut entsprechen“; auf Grundlage solcher revidirten Statuten möge dann der nächste internationale Congreß den endgiltigen Bundesvertrag zum Abschlusse bringen.

Der letzte Congreß der Belgier, am 16. Juli 1872 zu Brüssel abgehalten, führte die auf dem eben erwähnten Congresse bereits angedeutete Opposition gegen die Stellung des Generalkath's noch weiter; mit 10 gegen 3 Stimmen erklärte er sich zwar (Volksstaat 1872 No. 59) für Beibehaltung dieser Institution, aber für Verringerung der Vollmachten des Generalkath's. Derselbe soll z. B. fortan nicht mehr das Recht haben, einzelne Sectionen bis zum Stattfinden des Jahrescongresses zu suspendiren. Damit würde er freilich den wiederholt auftauchenden Spaltungsversuchen nur mangelhaft entgegenzutreten können. Als Grund für die Opposition gegen den Generalkath werden angebliche Eigenmächtigkeiten desselben angegeben. Das Ganze möchte aber auf Bakunin'sche Wühlereien hinauslaufen, welche in Belgien großen Anklang gefunden zu haben scheinen.

## Viertes Capitel.

### Die Schweiz.

1. Dieses Ländchen bildet für sich selbst einen Mikrokosmos, sowohl was die Verschiedenheit seiner Bevölkerung, als was die Gegensätze der religiösen, politischen und socialen Anschauungen betrifft. Die Schweiz ist daher der geeignetste Län-



melplatz für die socialistische Agitation, und von jeher sammelten sich dort die unzufriedenen Elemente. Auf schweizer Boden können sie sich mit nicht geringerer Freiheit bewegen, wie in England und haben zwei Vortheile voraus: die centrale Lage im Herzen Europas, auf der Grenze der romanischen und germanischen Völker, und die größere Mannichfaltigkeit der Elemente. Der internationale Charakter des Socialismus hat sich daher in der Schweiz am frühesten bemerklich gemacht. Seitdem durch größere Freiheit der Vereine und der Presse die socialistischen Ideen auch in andern Ländern offene Propaganda treiben können, hat sich diese Bedeutung der Schweiz für den Socialismus stark verringert. Auch kann dort nicht das eigentliche Actionsfeld liegen. Denn die Schweiz wird hauptsächlich erhalten durch die um sie liegenden größeren Mächte. Fällt dort die bestehende Socialordnung, so reißt dieser Sturz auch die schweizerische Gesellschaft mit sich in den Abgrund. Umgekehrt aber würde ein Sieg des Socialismus, wenn er bloß auf die Schweiz beschränkt bliebe, als Folge nur den Untergang der schweizerischen Staaten-Gruppe herbeiführen.

Es ist daher begreiflich, daß über die Geschichte der „Internationale“ in der Schweiz nicht viel zu sagen ist. Wie in Belgien hat dieser Bund auch in der Schweiz viele Anhänger und besitzt große Sectionen. Die Hauptpunkte der „Internationale“ sind, entsprechend dem Charakter der Bevölkerung, in der romanischen Schweiz zu suchen, vor allem in Genf, dann in La Chaux de Fonds und Yverdon. Auch die deutschen Gebiete, zumal Zürich, St. Gallen und Basel sind bereits stark durchsetzt. Die Grütlibereine stehen in Bezug auf die politische Seite ihres Programms der „Internationale“ nicht fern. Anfangs mehr Arbeitervereine, zählen sie jetzt auch viele Elemente der radicalen „Bourgeoisie“ in sich, welche dort wie in anderen Ländern eifrig damit beschäftigt ist, dem Socialismus die Wege zu ebnen. Trotzdem aber lassen die Socialisten jetzt schon ihren feindseligen Ansichten über die „Bourgeoisie-Republik“ freien

Lauf; besonders klagte die „Internationale“ über die schlechte Behandlung der Flüchtlinge der Pariser Commune durch die Schweizer Regierungen.

In Genf bestanden (Testat p. 192) im Jahre 1870 allein 30 Sectionen der „Internationale,“ darunter auch eine deutsche, italienische und russische. Die romanischen Sectionen der Schweiz haben sich der Organisation der „Internationale“ gemäß zu einem Bunde zusammengeschlossen, der jährlich einen Congreß hält. Im Jahre 1871 fand dieser Congreß am 5. April zu La Chaux de Fonds statt und es wurde dort die Frage verhandelt, ob sich die „Internationale“ der Politik enthalten, und wie sie sich den Regierungen gegenüber benehmen solle. Der Congreß faßte (Testat p. 156) folgende bemerkenswerthe Beschlüsse:

1. Wir bekämpfen die Enthaltung von der Politik als in ihren Folgen verhängnißvoll für unser gemeinsames Werk. — 2. Wenn wir uns für Einmischung in die Politik und für Aufstellung von Arbeitercandidaten aussprechen, so glauben wir doch nicht, daß wir zu unserer Befreiung gelangen durch Vertretung der Arbeiter in den gesetzgebenden und vollziehenden Körperschaften. Wir wissen sehr wohl, daß die gegenwärtigen Regierungsformen (régimes) nothwendig unterdrückt werden müssen; wir wollen uns dieser Vertretung der Arbeiter bloß bedienen als ein Agitationsmittel, das nicht vernachlässigt werden darf in unserer Kampfeskraft. — 3. Die Theilnahme an der Politik ist für uns ein Agitationsmittel; unser großes Ziel deutet auf die gänzliche Umgestaltung der socialen Beziehungen hin; für uns ist jede Agitation der socialistischen Bewegung untergeordnet und dient ihr nur als Mittel; dieß wird noch überdieß bekräftigt durch die Allgemeinen Statuten unserer Association, mit denen wir uns nicht in Widerspruch setzen dürfen. — 4. Dieß zugegeben, ist zu bemerken, daß die „Internationale“ mit Energie ihre Organisation für sich verfolgen muß; denn diese Organisation ist nur die vorbereitende Form für die Zukunft (la forme préparatoire de l'avenir); diese Organisation muß ferner alle Aeußerungen des Arbeiterlebens umfassen. In diesem Sinne schließen wir uns mit vollem Herzen dem Gedanken der Arbeitervertretung an; wir bekräftigen im Princip, daß in der socialen Organisation einer nahen Zukunft nur eine einzige Vertretung bestehen darf, welche die allgemeinen Interessen leitet und darüber beschließt; diese Vertretung ist aber die der

Arbeiter. — 5. Wir glauben nicht in Anbetracht der Lage der „Internationale“, daß sie als Corporation sich in die gegenwärtige Politik einmischen soll; dieß ist ohnehin materiell unmöglich, weil in allen Ländern viele Mitglieder der Internationale Fremde sind, daher vor dem Gesetz nicht als Bürger jenes Landes anerkannt werden, in welchem sie sich befinden. Aber wir glauben, daß jedes einzelne Mitglied soviel als ihm möglich an der Politik sich betheiligen muß, und daß es dabei den Principien gemäß handelt, die wir dargelegt haben.

2. In Genf bestand lange Zeit der Centralstiz der Sectionsgroupe deutscher Sprache, mit dem Organe „Der Vorbote“. Die Sectionen der „Internationale“ in Deutschland und der deutschen Schweiz waren dort hingewiesen, aber die letzteren haben sich allmählig emancipirt und auch auf deutschem Boden haben sich die Sectionen eine selbstständige Organisation geschaffen. Der „Vorbote“ hörte daher mit Ende 1871 auf zu erscheinen. Das Blatt war entschieden republicanisch und hatte während des Krieges mit Frankreich den Wunsch ausgesprochen, Frankreich möge doch die deutschen Armeen und Fürsten gefangen nehmen, da dann auch Deutschland die Republik etabliren und nach Abschaffung der Armeen und Deportirung der Kaiser und Könige eine Verbrüderung der Völker Europas hergestellt werden könnte. (Vorgelesen während des Leipziger Prozesses gegen Bebel und Liebknecht, März 1872.) Viele Sectionen der deutschen Schweiz gründeten sich bereits 1869 einen neuen Mittelpunkt, indem sie in Zürich (Vorbote 1871 Nro. 12, S. 182) ein Centralcomite zur Organisation einer „socialdemokratischen Partei“ in der Schweiz schufen und die „Tagwacht“ als Organ erscheinen ließen. (Organ der schweizerischen Arbeiterbildungsvereine und ebenfalls der „Internationale“ sich zuneigend ist das „Felleisen“.) Das Züricher Centralcomite trat mit dem Londoner Generalrath in directe Verbindung und dadurch wurde der Centralrath für die deutschen Sectionen in Genf bei Seite gesetzt; eine Zeit lang kam dadurch Störung in die Organisation, indem die Wirksamkeit des Genfer Central-

Comites, besonders für die Ostschweiz, stark gelähmt wurde; durch das Zurücktreten jener deutschen Centralstelle in Genf ist diesem Mißstande abgeholfen worden. Die deutschen Sectionen der Schweiz unterstellten sich als eine selbstständige Föderation direct dem Generalrathе und umgingen das sonst übliche System der Föderation nach den Sprachen. Die deutschen und schweizer Verhältnisse sind allerdings auch derart verschieden, daß ein Zusammenwerfen sämtlicher Sectionen deutscher Sprache ohne Rücksicht auf die verschiedene politische Gestaltung der beiden Länder eine ohnmächtige, doctrinäre Schöpfung wäre.

Charakteristisch war der Geist, welcher auf dem Gründungsfest der „Internationale“ in Genf am 22. October 1871 sich aussprach. Man darf zwar nicht die Gesamtheit für alle Ideen Einzelner verantwortlich machen, dennoch aber finden wir in der Rede, welche „Bürger“ Gutschmann bei jener Gelegenheit hielt, einen richtigen Ausdruck der Gedanken des modernen und internationalen Socialismus. Die wichtigsten Stellen dieser Rede lauten:

„Bürger! Was Großes auch der menschliche Geist erschaffen, welche staunenswerthe Werke er auch vollbracht, keines ist folgenreicher für die Entwicklung der gesamten Menschheit, als die Gründung der internationalen Arbeiterassociation. Wir wollen, daß es einem Bismarck oder Bonaparte, oder einem andern Schurken niemals mehr möglich werde, Völker zur gegenseitigen Zerfleischung zu heizen. Wir wollen, daß den Pfaffen ihr menschheitverdummendes Handwerk gelegt wird. Wir wollen, daß die Ausbeutung der Menschen durch den Menschen aufhöre. Je mehr der Arbeiter arbeitet, er schafft nur neue Fesseln, die ihn immer tiefer in die Klauen des Capitals schlagen. „Wir wollen auf Erden glücklich sein, — wir wollen nicht mehr darben, verschlingen soll nicht der faule Bauch, was fleißige Hände erwarben.“ Wir wünschen, daß wir dies unser Ziel auf ruhigem, friedlichem Wege erreichen. Aber wenn dies nicht möglich ist, dann werden wir wie der Römer Spartacus sagen: „Gut, so wollen wir fechten!“ ... Kann es eine Mäßigung, eine Rücksicht geben, wo die überwiegend große Masse der Menschen körperlich und geistig versumpft, und wo wieder eine geringe Anzahl durch Glück, Zufall oder geschichtliche Ereignisse begünstigte Personen im raffinirtesten Genuß leben? Nein! So gewiß als diese kleine Minorität niemals auf ihre bevorzugte Stellung freiwillig ver-

zichten wird, so gewiß wird auch das Proletariat, klaren, bewußten Zieles, vereinigt in der Internationalen Arbeiterassociation für die Menschheit ein neues, glückliches Zeitalter schaffen und die Elemente, die sich in egoistisch erbärmlicher Weise dem widersetzen, — hinwegräumen.“

3. Die Schweiz ist der Schauplatz einer großen Spaltung in der „Internationale“, und zwar auf Veranlassung des russischen Nihilisten Michael Bakunin. Wir glauben, die Darstellung dieser Vorgänge etwas ausführlicher geben zu sollen, denn sie sind für das Wesen des modernen Socialismus besonders in den romanischen Ländern außerordentlich bezeichnend. Der Haß gegen jede moralische und materielle Schranke, der principielle Widerspruch gegen jede noch so berechnete Autorität, dazu das unbändig eitle Streben nach Herrschaft bilden die Triebfeder dieser Vorgänge. Nirgends als hier tritt deutlicher hervor, welches Chaos und welche Ruinen jene Leute herbeiführen würden, wenn ihnen durch Zufall und Gewalt auch nur auf kurze Zeit die Herrschaft in die Hände gegeben wäre. — Wir folgen bei Schilderung dieser Spaltung einem Privatcircular, das der Generalrath am 5. März 1872 erließ unter dem Titel „Les prétendues scissions dans l'Internationale, Genève Imprimerie cooperative, Rue du Conseil-général, 8. 1872.“

Bakunin, 1814 zu Lorfchof im Gouvernement Twer geboren, war trotz seines extremen Idealismus doch einer der thätigsten Schüler der Aufstände von 1849; in Chemnitz hatte man ihn damals gefangen genommen, worauf er von Sachsen und Oesterreich zum Tode verurtheilt, aber begnadigt und später an Rußland ausgeliefert wurde; dieses verbannte ihn 1857 nach Sibirien, von dort entfloß er auf abenteuerlichen Wegen und tauchte 1861 wieder auf. In der „Glocke“ (Kolokol), die der russische Flüchtling Herzen herausgab, predigte Bakunin dann den Panflavismus. Später wurde er in das Comité der „Friedens- und Freiheitsliga“, des äußersten linken Flügels der radicalen „Bourgeoisie“ gewählt und versuchte diesen Bund zu

seinen extrem socialistischen Anschauungen hinüberzubringen. Auf dem Congreß der Viga zu Bern im Herbst 1868 beantragte er („Globe“ vom 1. Dec. 1868, „Volksstaat“ 1872, No. 63, Beil.) in der 2. Sitzung, der Congreß möge „als die dringlichste Frage die der ökonomischen und socialen Gleichmachung (égalisation économique et sociale des classes et des individus)“ als nothwendig zur Verwirklichung von Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden anerkennen und auf die Tagesordnung setzen; denn die ganze Civilisation des Westens habe von jeher geruht und ruhe auch heute noch auf der ausschließlich physischen Zwangsarbeit einer ungeheueren Majorität, die thierisch zu leben verurtheilt sei, damit eine kleine exclusive Minderheit menschlich lebe; und diese ungeheuerliche Ungleichheit der Lebensbedingungen sei nicht etwas, was sich mit der Zeit von selbst verbessere, sondern liege in dem Geiste dieser Civilisation selbst als ewige Nothwendigkeit, weil diese abendländische Civilisation beruhe auf der absoluten Trennung der geistigen von den körperlichen Arbeiten; nun aber wollten die Arbeiter Europas, „daß es statt der bisherigen zwei Classen nur noch eine einzige Gesellschaft gebe, die, auf die Gerechtigkeit und die Arbeit gegründet, Allen den gleichen Ausgangspunkt, gleichen Unterhalt, gleiche Erziehung und gleichen Unterricht in allen Graden des Wissens, dieselben Arbeitsmittel biete und — nicht durch Gesetze sondern durch die Naturorganisation selbst — Jeden in gleicher Weise zwingt, so gut mit dem Kopfe als mit den Händen zu arbeiten.“

In einer zweiten, im Laufe derselben Sitzung gehaltenen Rede verwahrte sich Bakunin gegen den Vorwurf, er sei Communist, weil er auf dem kurz zuvor abgehaltenen Brüsseler Congreß der „Internationale“ sich für das Collectivethum erklärt habe. Den Unterschied zwischen Communismus und Collectivismus suchte er in Folgendem klar zu machen:

„Ich bin kein Communist, weil der Communismus alle Kräfte der Gesellschaft concentrirt und aufgehen läßt im Staate, weil er nothwendig

zur Centralisation des Eigenthums in den Händen des Staates, nicht, während ich die Abschaffung des Staates überhaupt will. Ich will die Organisation der Gesellschaft und des collectiven oder socialen Eigenthums von unten nach oben durch die Stimme der freien Genossenschaft, und nicht von oben nach unten durch irgend eine Autorität. Indem ich die Abschaffung des Staates will, will ich die Abschaffung des persönlichen Eigenthums, das nur eine Staatsrichtung, nur eine Consequenz des Princips des Staates ist. In diesem Sinne war ich Collectivist und durchaus kein Communist. . . . Die politische Gleichheit, die Gleichheit der politischen Rechte ohne die ökonomische ist eine Lüge; soll sie eine Wahrheit werden, dann müssen die ökonomischen Ursachen des Classenunterschiedes verschwinden — es muß das Erbrocht abgeschafft werden, welches die beständige Quelle aller socialen Ungleichheiten ist. . . . Es müssen alle Menschen zugleich intelligent und arbeitsam sein; keiner darf mehr leben können von der Arbeit des Andern; es müssen alle in gleicher Weise in den Stand gesetzt und verpflichtet sein (il faut . . . que tous doivent et puissent également), eben so gut von der Arbeit ihres Kopfes als von der ihrer Arme zu leben. Dann, aber nur dann, werden politische Freiheit und Gleichheit eine Wahrheit sein. Geben Sie allen Kindern, von ihrer Geburt an, dieselben Unterhalts-, Erziehungs-, Unterrichtsmittel, geben Sie dann allen so erzogenen Menschen dasselbe sociale Niveau, dieselben Mittel, ihre Lebensbedürfnisse durch ihre eigene Arbeit zu gewinnen, und Sie werden sehen, daß viele Unterschiede, die man für natürliche hält, verschwinden werden, weil sie nur die Wirkung einer ungleichen Vertheilung der Entwicklungsbedingungen sind. Verbessern Sie die Natur durch die Gesellschaft, machen Sie für Alle möglichst gleich (égalisez pour tous) die Entwicklungs- und Arbeitsbedingungen, und Sie werden viele Thorheiten, Verbrechen, Uebel zerstört haben.“

In der 3. Sitzung des Berner Congresses suchte Bakunin nachzuweisen, daß die positive Religion, welche der Socialismus zerstören will, nicht durch den Unterricht allein sich beseitigen ließe, sondern bloß durch die sociale Revolution und durch seine »égalisation économique et sociale«. Er sprach:

„Die Anhänger der friedlichen Revolution durch den Unterricht, die sich anstrengen, die Macht des religiösen Aberglaubens durch die bloße Propaganda der Congresses, Vereine, Zeitungen und Bücher zu zerstören, täuschen sich sehr, wenn sie hoffen, durch diese Mittel allein schon ihr Ziel zu erreichen. Die Religion ist nicht lediglich eine Verirrung des Gehirns, sondern eine leidenschaftliche und beständige Protestation der ganzen mensch-

hohen Natur und des unendlichen Reichthums des menschlichen Herzens gegen die Enge und das Elend der Wirklichkeit. Der Mensch, der in dieser Welt nur Dummheit, Ungerechtigkeit und Elend findet, schafft sich mit seiner Phantasie eine eingebildete Welt, in die er seine Wünsche, seine Hoffnungen und sein Ideal versetzt. . . . So ist die Religion entstanden und sie wird allmächtig sein, so lange Unvernunft und Ungerechtigkeit auf Erden regieren. Gehen wir also der Erde zurück, was ihr gehört, das Glück und die Brüderlichkeit; zerstören wir den Triumph des Bösen mit allen Einrichtungen der Ungerechtigkeit, gründen wir die Brüderlichkeit, d. h. das gleiche Recht eines Jeden durch die Solidarität Aller, die Freiheit in der Gleichheit — und die Religion wird keinen Existenzgrund mehr haben. Um, also die Religion zu zerstören, genügt die bloße geistige Propaganda nicht, die sociale Revolution ist erforderlich.“

Noch einmal kam Bakunin in der 5. Sitzung desselben Congresses auf den Unterschied zwischen Collectivismus und Communismus zurück; er will nicht Communist sein, weil hiedurch das Eigenthum in die Hände des Staates kommen und ebenso alle Kräfte der Gesellschaft im Staate concentrirt würden, der Staat mithin allmächtig sei; dagegen fordert Bakunin im Namen der Freiheit die Abschaffung aller Staaten und aller Classen, damit in Zukunft Unterhalt, Erziehung, Unterricht, Arbeit, überhaupt die gesammte Existenz für alle Menschen ohne Ausnahme gleich sei. Dieser Gegensatz zwischen Communismus und Collectivismus besteht indessen bloß im Kopfe Bakunin's, denn thatsächlich ist das, was er will, der Communismus in seiner höchsten Ausgestaltung; die Abschaffung des Staats und aller Staaten ist nun vollends ein Unsinn. Auch Bakunin muß die Gesellschaft irgendwie organisiren und dadurch nothwendig zum Staate kommen; wenn Bakunin für das Collectiveigenthum schwärmt, wem anders soll das gegenwärtige Privateigenthum denn gehören, als der organisirten Gesamtheit, d. h. dem Staate?

Der Berner Congress war so vernünftig, die Bakunin'schen Vorschläge abzulehnen. Dieser trennte sich daher mit der socialistischen Minderheit von der „Friedens- und Freiheits-Liga“.



um eine neue „Internationale Allianz der socialistischen Demokratie“ zu gründen. Mit Hilfe dieser »Alliance internationale de la democratie socialiste« wollte er sein Programm in die „Internationale“ einschmuggeln. Er gründete seine „Allianz“ mit einigen Anhängern, darunter Albert Richard aus Lyon, in Genf. Das Programm dieser „Allianz“ lautete nach Testut (l. c. pag. 25):

1. Die Allianz erklärt sich für atheistisch, sie will die Abschaffung der Culte, die Erzeugung des Glaubens durch die Wissenschaft und der göttlichen Gerechtigkeit durch die menschliche; sie will ferner die Abschaffung der Ehe als politische, religiöse, juristische und bürgerliche Einrichtung. — 2. Sie will vor Allem die endgiltige und gänzliche Abschaffung der Classen und die Gleichmachung der Individuen beider Geschlechter in politischer, ökonomischer und socialer Beziehung. Um dieses Ziel zu erreichen, verlangt die Allianz vor allem die Abschaffung des Erbrechts, damit in Zukunft die Genüsse eines Jeden gleich seiner Production seien und damit entsprechend der Entscheidung des letzten Arbeiter-Congresses zu Brüssel, die Erde, die Arbeitsinstrumente wie jedes andere Capital gemeinsames Eigenthum der gesammten Gesellschaft werden und nur durch die Arbeiter, d. h. durch aderbauende und industrielle Genossenschaften, nutzbar gemacht werden können. — 3. Sie verlangt für alle Kinder beider Geschlechter von ihrer Geburt an die Gleichheit der Mittel zur Entwicklung, also gleichen Unterhalt, gleiche Erziehung und gleichen Unterricht in allen Graden von Wissenschaft, Industrie und Kunst; denn diese Gleichheit, wenn sie auch anfänglich nur ökonomisch und social ist, wird mehr und mehr eine größere natürliche Gleichheit der Individuen zur Folge haben und alle künstlichen Ungleichheiten verschwinden machen, welche doch nur das geschichtliche Ergebnis einer ebenso falschen als unbilligen socialen Organisation sind. — 4. Jedem Despotismus feindlich, erkennt die Association keine andere politische Form an, als die Republik und verwirft absolut jede Allianz mit der Reaction; ebenso verwirft sie jede politische Action, deren unmittelbares und directes Ziel nicht der Triumph der Sache der Arbeiter über das Capital ist. — 5. Sie erkennt an, daß alle gegenwärtig bestehenden und mit politischer Autorität versehenen Stände (états politiques et autoritaires) sich mehr auf die einfache Erfüllung von öffentlichen Verwaltungsfunktionen in ihren betreffenden Ländern beschränken müssen, daß sie ferner ganz zu verschwinden haben vor der allgemeinen Association der freien Arbeiter, sowohl der aderbauenden, als der

industriellen. — 6. Die sociale Frage kann ihre endgiltige und wirkliche Lösung nur finden auf Grundlage der allgemeinen und internationalen Solidarität der Arbeiter aller Länder; daher verwirft die Allianz jede Politik, welche sich auf den sogenannten Patriotismus und die Eifersucht der Nationen stützt. — 7. Sie will die allgemeine Association aller Localen Associationen durch die Freiheit\*).

Dieses Programm ist das getreue Abbild der Ideen Bakunin's. Selten wohl ist der politische, sociale und religiöse Radicalismus in solcher Schärfe zum Ausdruck gekommen, als hier: es gibt keinen Gott, daher auch keinen Glauben, es gibt keine Ehe, nicht einmal eine bürgerliche, so daß an Stelle des festen Bandes, das den Leidenschaften Schranken setzt, die allgemeine Prostitution zu treten hätte; ja, selbst den natürlichen Unterschied der Geschlechter will man verwischen durch die vollkommenste Gleichheit der Erziehung und Lebensweise; es gibt kein Privateigenthum und kein Erbrecht; die Monarchie muß vernichtet werden, da nur noch die Republik berechtigt ist und zwar eine solche, in welcher die Arbeit allein gilt. Die einzige politische Action, welche zugelassen wird, besteht in dem directen Umsturz der herrschenden social-politischen Ordnung.

Unstreitig hat das Bakunin'sche Programm eine nahe Verwandtschaft mit den Bestrebungen der „Internationale“. Was die letztere gewissermaßen nur im Reime andeutet, ist hier klar

---

\*) Testut sagt (pag. 25), der Londoner Generalrath habe das Bakunin'sche Programm im Juli 1869 für international erklärt. Dies kann aber der Generalrath nicht, indem eine solche Befugniß bloß dem Congreß zusteht. In Wahrheit hat der Generalrath auch gegen jene Angabe Protest erhoben, indem er in der bereits erwähnten Ansprache „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ S. 51 erklärt: „Der Generalrath erließ ein Actenstück, das die Originalstatuten der „Allianz“ — L'Alliance de la Démocratie Socialiste — in Genf annullirte.“ Man hat überhaupt, wenn auch mit Unrecht, die pompösen Phrasen dieses Programms, die aber auch nur Phrasen sind, der „Internationale“ zur Last gelegt. Schon der ununterbrochene Kampf des Generalraths mit Bakunin spricht gegen die Berechtigung hiezu.

ausgesprochen und zu den äußersten Consequenzen entwickelt. Es ist der vollendetste Communismus; auch die „Internationale“ zielt auf diese allgemeine Nivelirung (égalité) hin, indem sie auf ihren Congressen den enseigement obligatoire et intégral beschloß, die gleichmäßige Ausbildung Aller in allem. Bakunin hat dieß zum Extrem entwickelt. Ja, sein Gleichheits-Fanatismus erhebt sich sogar zu einem Protest gegen die von der Natur selbst ins Menschengeschlecht gelegten Verschiedenheiten der Charaktere, der Anlagen und der Geschlechter. Daß sie der gesunden Vernunft und den Thatsachen damit in's Gesicht schlagen, dieß scheint die Herren wenig zu kümmern; wir werden sie nächstens die Abschaffung von Tag und Nacht beschließen sehen, da auch diese Naturerscheinung der Gleichheit widerspricht. Während das Programm der „Internationale“ den religiösen Anschauungen gegenüber sich neutral verhält, wenn auch über den Atheismus jener Association kein Zweifel obwalten kann, hat Bakunin den Atheismus an die Spitze seines Programms gestellt. In einer Beziehung aber entfernte er sich diametral von der „Internationale“; er verwarf nämlich in § 4 seines Programmes jede politische Action, „deren unmittelbares und directes Ziel nicht der Triumph der Sache der Arbeiter über das Capital ist.“ Das letzte erstrebt die „Internationale“ ebenfalls, aber nicht unmittelbar und direct, sondern dadurch, daß sie die politische Gewalt in die Hände der Arbeiter zu bringen sucht; dieß ist ihr augenblickliches Ziel, mit welchem sie dann jenen höheren Zweck zu erreichen glaubt. Statt dessen macht Bakunin die theoretische Abstraction, daß der Sieg der Arbeiter über das Capital direct und unmittelbar erreicht werden müsse. Die Leiter der „Internationale“ sind aber zu praktisch, um durch solchen Doctrinarismus die politische Thätigkeit der Association verwirren und lahm legen zu lassen; daher mußte ein Conflict entstehen, zu welchem jedenfalls auch andere Beweggründe, vermuthlich persönlicher Natur — der Streit um die Herrschaft — mitgewirkt haben.

4. Die Föderalrätthe von Paris und Belgien weigerten sich, die „Allianz“ Bakunin's anzuerkennen und dieser unterwarf daher sein Statut der Billigung des Generalraths. Letzterer beschwerte sich darüber, daß die „Allianz“ eine „Internationale“ sein wolle neben der bisherigen „Internationale“; daß sie innerhalb der letzteren gegründet sein und doch wieder außerhalb derselben stehen wolle, daß sie ihr eigenes Centralbureau habe, welches sich das Recht der Aufnahme in die „Internationale“ anmaße, und daß sie auch ihre Congresse getrennt abzuhalten beabsichtige. Daher beschloß der Generalrath in seiner Sitzung vom 22. Dec. 1868 nach Voraussendung verschiedener Erwägungen einstimmig: 1. Alle Artikel des Reglements der „Allianz“, welche über die Beziehungen zur „Intern. Arb.-Aff.“ handeln, sind null und nichtig; 2. die „Allianz“ wird nicht als Zweig der „Intern. Arb.-Affoc.“ zugelassen.

Auf ein späteres Schreiben der „Allianz“ erwiderte der Generalrath unterm 9. März 1869, daß die Ansichten der Sectionen in den verschiedenen Ländern auseinander gehen könnten, daß aber doch durch den Austausch in der Presse und auf den Congressen sich allmählig ein gemeinsames theoretisches Programm herausbilde; des Generalrathes Aufgabe sei es auch nicht, das Programm der „Allianz“ kritisch zu prüfen, er habe bloß zu untersuchen, ob es nicht der allgemeinen Tendenz der Association, d. h. der vollständigen Emancipation der arbeitenden Classe, Nachtheiliges enthalte; nun heiße es im 2. Artikel jenes Programmes: „Die „Allianz“ erstrebt die politische, ökonomische und sociale Gleichmachung der Classen“; dieß aber komme, buchstäblich genommen, auf die Harmonie zwischen Capital und Arbeit hinaus, von der die „bürgerlichen“ Socialisten so viel redeten; statt „Gleichmachung“ müsse es „Ab Abschaffung“ der Classen heißen und dieß sei das wahre Geheimniß der proletarischen Bewegung und das große Ziel der „Internationale“.

Die „Allianz“ nahm diese Bedingung an, änderte ihr

Programm dem entsprechend, löste sich in internationale Sectionen auf und wurde aufgenommen. Jetzt konnte sie sich auf dem Baseler Congreß vertreten lassen und dieß scheint ein Hauptzweck Bakunins gewesen zu sein. Er hatte gehofft, jener Congreß werde seine Vorschläge annehmen und den Generalrath nach Genf übertragen, wobei vielleicht Bakunin tonangebend geworden wäre. Dieß geschah aber nicht und damit begann der Kampf, zuerst im »Progrès« von Voce, dem persönlichen Organe Bakunins, dann aber auch in der Genfer »Egalité«, dem officiellen Journal der romanischen Föderation. Der Generalrath erklärte, er sei nicht verpflichtet, sich in einen Zeitungskampf einzulassen und das Genfer Föderalcomité möge seine Beschwerden auf dem gesetzlichen Wege, durch den correspondirenden Secretär, einreichen; niemals aber dürfe es zugeben, daß ein Zeitungsbredacteur für es spreche. Noch ehe dieses Schreiben nach Genf kam, hatte der dortige Föderalrath die Anhänger der „Allianz“ von der Redaction seines Blattes entfernt.

5. Bald wurde das Schisma vollständig. Der Versuch Bakunins, sich der Direction der romanischen Schweiz zu bemächtigen, wurde auf dem Congreß zu La Chaux de Fonds am 4. April 1870 gemacht. Es handelte sich um Zulassung der „Allianz“ in die Föderation der romanischen Schweiz und darüber entstand ein wahrer Sturm; 21 Abgeordnete [Test. l. c. p. 25 (2)] stimmten für, 18 gegen die Zulassung. Kaum war das Ergebnis der Abstimmung bekannt, als sich jene Abgeordneten, darunter die Genfer, entfernten, welche mit Nein gestimmt hatten. Beide Theile tagten nun getrennt, die Anhänger der Allianz erklärten sich für die gesetzlichen Repräsentanten der ganzen romanischen Föderation und verlegten den Sitz des Bundescomités nach La Chaux de Fonds; ihr officielles Organ, die »Solidarité« erschien zu Neuenburg. Die Genfer Sectionen billigten die Handlungsweise ihrer Abgeordneten und stießen Bakunin mit seinen Anhängern aus der alten romanischen

Föderation aus. Nach Prüfung der Acten beauftragte der Generalrath am 29. Juni das bisherige Föderalcomite in Genf und lud das neue Föderalcomite in La Chaux de Fonds ein, sich eine locale Bezeichnung zu geben (also eine einfache Section zu werden). Als es dieß nicht wollte, brach der Generalrath alle amtlichen Beziehungen zu ihm ab. Die Sache sollte der Septemberconferenz (1871) in London vorgelegt werden, als am 10. Aug. 1871 die „Allianz“ erklärte, sie habe sich am 6. Aug. aufgelöst. Daher die auf S. 86 unter XVI erwähnten Beschlüsse jener Conferenz. Aber schon am 15. Sept. verlangten die Sectirer wieder zugelassen zu werden unter dem Titel der „socialistischen Atheisten“. Solches konnte der Generalrath reglementmäßig nicht ohne den Beirath des Genfer Föderalcomites, das jene schon seit zwei Jahren bekämpfte. Ueberdieß hatte der Generalrath schon einigen christlichen Arbeitergesellschaften in England (Young men's Christian Association) erklärt, daß die „Internationale“ keinerlei theologische Sectionen anerkenne. Auch das Föderalcomite zu La Chaux de Fonds wollte mit dem Generalrathe wieder Beziehungen anknüpfen, worauf die September-Conferenz jene auf S. 87 unter XVII abgedruckten Beschlüsse faßte und den vorhin erwähnten Beschluß des Generalrathes vom 29. Juni 1870 bestätigte.

6. Die „Alliance“ lebte wieder auf, als einige Flüchtlinge der Pariser Commune nach Genf kamen und einer derselben, Malon, unter Mitwirkung von Mitgliedern der früheren „Alliance“ außerhalb der romanischen Föderation eine „Section für die revolutionär-socialistische Propaganda“ zu gründen versuchte. Sie erklärten dabei in naiver Weise, den Statuten der „Internationale“ anhängen, sich aber doch die Freiheit des Handelns vorbehalten zu wollen. Da diese Section in die „Internationale“ aufgenommen zu werden begehrte, so holte der Generalrath das Gutachten des Genfer Föderalcomites ein ;

dasfelbe protestirte gegen die Aufnahme dieses neuen „Herdes von Intriguen und Spaltungen“. Nun griff jene Section dem Generalrath heftig an, und warf ihm u. a. vor, er sei ein deutsches Comité, von einem Agenten Bismarcks geleitet; besonders aber wurde über den „Autoritarismus“ des Generalraths geklagt. Dieser wies (in der erwähnten Schrift, les prêt. sciss. p. 15 suiv.) jene Anklagen ab und zeigte, daß er immer nur den Statuten entsprechend gehandelt habe.

Die Anhänger der „Alliance“ beriefen auf den 12. Nov. 1871 einen Congreß nach Sonvillier. Es waren dort 16 Abgeordnete anwesend, welche angeblich 9 Sectionen vertraten, darunter jene auch zuletzt erwähnte neue Section zu Genf. Sie erklärten die romanische Föderation für aufgelöst und nahmen die Bezeichnung „Jurassische Föderation“ an, ganz entsprechend der bezüglichen Entscheidung der Londoner Conferenz. Dann erließen jene 16 ein Circular „an alle Föderationen der Int. Arb. Aff.“; sie klagten darin den Generalrath an, er habe im Jahre 1871 keinen Congreß zusammenberufen, scheine überhaupt die Congresse ganz durch Conferenzen ersetzen zu wollen; auch sei jene Conferenz eine geheime gewesen; \*) der Generalrath wolle ferner das specielle Programm einiger seiner Mitglieder vorherrschen lassen und deren Doctrin zur orthodoxen Lehre der Association machen. „Uebrigens“, so meinen jene 16, „war dieß nicht der Fehler jener Mitglieder (des Generalrathes), es war die nothwendige Folge, die corrumpirende Wirkung der Thatsache, daß sie am Generalrath Theil nahmen, denn es ist absolut unmöglich, daß ein Mensch, der die Gewalt über seines Gleichen hat, ein sittlicher Mensch bleibt. Der Generalrath wird ein Herd von Intriguen.“

Mit diesem Grundsatz, daß jeder Mensch, der eine Autorität hat, schon durch diese Thatsache schlecht wird, ist das

\*) Da sie nur Verwaltungssitzungen hielt, so mußten nach I. § 8 der Verwaltungsverordnungen der „Intern. Arb. Aff.“ ihre Sitzungen geschlossen sein.

permanente Chaos, die Unmöglichkeit jeder Regierung ausgesprochen. — Die Streitfragen und Vorwürfe sind ausführlich gegeben in der erwähnten Schrift (los prot. sciss. pag. 21 suiv.). Uns will es scheinen, als sei das Vorgehen jener 16 eitel Sectirerei; hätte der Generalrath wirklich gegen die Statuten gefehlt, dann würden sicher von allen Seiten ganz andere Klagen kommen; gegen die von jener Seite erhobenen aber scheint er sich gerechtfertigt zu haben\*). Daß der Generalrath sich gegen die Einmischung von streitsüchtigen und vielfach ganz unberufenen Journalisten in die Thätigkeit der Comites wandte, wird man ganz begreiflich finden, wenn man die Charaktere so vieler Herrn von der Feder bedenkt; es würde solches doch nur zu endlosen Spaltungen Veranlassung geben, wenn auch die Abgeordneten in Sonvillier das bezügliche Auftreten des Generalrathes gegen die Journalisten als Angriff auf die Gedankenfreiheit ansahen.

Den Vorwürfen, der Baseler Congreß habe die Befugnisse des Generalrathes über Gebühr ausgedehnt, entgegnete der Generalrath: die Schuld hiefür liege nur an Vatutin und seinen Anhängern, die den Generalrath damals gar nicht stark

\*) Der Volksstaat (1872 No. 3) bemerkt gegen jene Anklage bezüglich der September-Conferenz in London: „Weßhalb der Congreß durch eine Conferenz ersetzt werden mußte, ist, für uns in Deutschland und Oesterreich wenigstens, sonnenklar. Wir hätten dort nicht vertreten sein können, ohne daß unsere Delegirten bei der Rückkehr sofort abgefaßt und in sichern Gewahrsam gebracht worden wären, und in derselben Lage hätten sich die Delegirten aus Spanien, Italien, Frankreich befunden. Eine Conferenz aber, die keine öffentlichen Debatten, sondern nur Verwaltungssitzungen hält, war sehr wohl möglich, weil die Namen der Delegirten nicht an die Oeffentlichkeit kamen. Sie hatte den Nachtheil, daß sie keine Principienfragen entscheiden, keine Statutenveränderungen und überhaupt keine gesetzgebenden Handlungen vornehmen konnte und sich auf Verwaltungsbeschlüsse zur bessern Ausführung der durch die Statuten und Congreßbeschlüsse festgestellten Organisation beschränken mußte. Aber das war auch das unter den Umständen allein Erforderliche, es handelte sich um Maßregeln für den augenblicklichen Nothstand und für diese reichten sie hin.“



genug machen konnten, weil sie glaubten, damit für sich selbst zu wirken. Jene Beschlüsse, welche die Macht des Generalrathes so übermäßig stärkten, sind die Verwaltungsverordnungen II. 5, 6, 7 (S. 61).

Nach der Meinung der 16 von Sonbillier soll der Generalrath bloß ein einfaches Bureau für Correspondenz und Statistik sei, damit jedes „autoritative“ Element verschwinde. Dasselbe läßt sich nun auch auf jede Föderation und Section anwenden, denn es gibt keine Vereinigung von Menschen zu einem bestimmten Zweck ohne ein autoritatives Princip; es sei denn, man wolle das Chaos. Jene 16 behaupten (Volksstaat 1872 No. 3), nach den Statuten und ursprünglichen Congressbeschlüssen sei die „Internationale“ Nichts als „eine freie Föderation von autonomen Sectionen,“ welche die Emancipation der Arbeiter durch die Arbeiter selbst bezweckt, „außerhalb jeder, selbst durch freie Zustimmung geschaffenen, leitenden Autorität“; demnach sei der Generalrath nichts weiter als „ein bloßes statistisches und Correspondenzbureau“; diese ursprüngliche Grundlage sei aber bald gefälscht worden, zuerst durch das dem Generalrath gegebene Recht, sich selbst durch neue Mitglieder zu ergänzen, und noch mehr durch die Baseler Congressbeschlüsse, die dem Generalrath das Recht gaben, einzelne Sectionen bis zum nächsten Congress zu suspendiren und Streitigkeiten vorläufig bis zum Congressbeschuß zu entscheiden. Dadurch sei dem Generalrath eine gefährliche Macht in die Hände gegeben, die freie Vereinigung selbstständiger Sectionen in eine hierarchische und autoritäre Organisation „disciplinirter Sectionen“ verwandelt worden, so daß die „Sectionen ganz in der Hand des Generalraths seien, der nach Belieben ihre Zulassung verweigern oder suspendiren könne.“ Zum Schluß verlangte das Rundschreiben der 16, alle Sectionen möchten auf die baldige Berufung eines Congresses dringen, damit dieser den Anmaßungen des Generalrathes ein Ende mache. Im Allgemeinen aber scheint diese jurassische Föderation, obwohl ihr Circular besonders in Bel-

gien einigen Eindruck machte, bei sich zu Hause wenig Glück zu haben; denn es ist begreiflich, daß ihr Föderalrath den eigenen Sectionen gegenüber auch keine Autorität beanspruchen kann. Die Arbeiter von La Chaux de Fonds, wo die Bakunin'sche Allianz zuerst gegründet wurde, lehnen jede Beziehung zu den Sectirern ab; in einer Versammlung vom 18. Januar 1872 erwiderten sie auf das erwähnte Circular der 16, daß sie die Beschlüsse der Londoner Conferenz anerkennen und ebenso den Beschluß der romanischen Föderation vom Mai 1871, gemäß dessen Bakunin, Guillaume und ihre Schüler für immer von der „Internationale“ ausgeschlossen sind.

7. Am 2. und 3. Juni 1872 hielten die Sectionen der romanischen Schweiz (mit Ausnahme der Jurassier) ihren 4. Congreß zu Vevey. Der Congreß erklärte sich für den Generalrath in London. Auch wurde der Plan besprochen, statt der bisherigen Trennung nach Sprachen nur eine einzige große Schweizer Föderation zu bilden.

## Fünftes Capitel.

### Italien.

1. In dem Lande der Carbonari und Sanfedisten gedeiht der Socialismus sehr üppig. Der italienische Charakter ergreift alle Dinge mit großer Leidenschaftlichkeit und erhitzt sich dabei zu einem gefährlichen Fanatismus. Arbeitervereine spielten dort schon seit Langem eine wichtige politische Rolle. Mazzini hatte den Boden vorbereitet und die „Internationale“ fand leicht auch in Italien Eingang. Es war dieß besonders in den Jahren 1866 und 1867 der Fall. Ihre Hauptstütz-

punkte waren Mailand, Neapel und Genua, wozu seit 20. Sept. 1870 auch Rom kommt; doch sind die Einzelheiten der Organisation bisher noch nicht öffentlich bekannt geworden, da der Italiener das Geheimnisvolle liebt, so wenig der moderne Socialismus sonst die Deffentlichkeit scheut. Einzelne Führer der socialistischen Propaganda entwickeln eine starke Energie, vielfach aber scheint die Sache mehr auf Redenhalten als auf Handlungen hinauszulaufen. Der Italiener ist ein Phrasenheld ersten Ranges und besitzt darin eine Geschicklichkeit, in welcher ihn kaum ein anderes Volk übertrifft. Ein schwülftiger Bombast von Verwünschungen gegen die bestehende Socialordnung, eine reiche Fülle von Flüchen auf Priester, Soldaten, Aristokraten, Eigenthümer und sonstige „Volksausbeuter“, schöne Redensarten über „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und Solidarität“ kommen dabei zum Vorschein. Diese Leichtgläubigkeit der Suada trägt einerseits dazu bei, daß der socialistische Fanatismus vielfach eine bedenkliche und die geistige Zurechnungsfähigkeit alterirende Höhe erreicht, auf der andern Seite setzt sich der Italiener mit seiner Phrasenfülle leicht über die wirklichen Verhältnisse hinweg und trägt sich mit den übertriebensten Einbildungen von der Größe seiner Nation und von der Herrlichkeit der italienischen Zukunft. Viele betrachten ihr Volk sogar allen Ernstes als die Nachkommenschaft der alten Römer, so wenig ist man geneigt, mit den Thatfachen zu rechnen. Diese Vorliebe für schöne Ideale erschwert das Aufkommen einer ernstern Thätigkeit, ein Umstand, der sich nicht bloß im Parlamente, sondern auch unter den socialistischen Vereinen geltend macht. Dennoch aber wäre es ganz unrichtig, anzunehmen, daß die „Internationale“ keine Fortschritte gemacht hätte; sie scheint im Gegentheile sehr stark verbreitet zu sein, wird aber auch dort wie überall vom Charakter der Nation mächtig beeinflusst.

Die Section von Neapel hat sich als Centralsection erklärt und der Polizei schon vielfache Arbeit gemacht. Im

Frühling 1869 erließ sie einen feurigen Aufruf an die Arbeiter Italiens (abgedruckt von D. Tefut l. c. p. 254), worin die Zahl der damaligen Mitglieder jener Section auf 1200 angegeben ward. Im Sommer 1871 soll die Mitgliederzahl der „Internationale“ in Italien 10000 betragen haben; es ist dieß wenig, wenn man den leicht erregbaren Volkscharakter und die Stärke der Arbeiterbevölkerung Italiens bedenkt; es ist dagegen viel, wenn man erwägt, daß diese 10,000 Menschen meist in den politischen Centren des Landes wohnen, gut organisiert und zum Umsturz der bestehenden Ordnung fest entschlossen sind. Trotz der Menge Socialisten war dennoch im Herbst 1871 die Section von Neapel, wie der Generalrath (los prêt. sciss. p. 5) selbst angibt, die einzige organisirte Section und diese wurde damals von der Polizei aufgelöst. Nach der Londoner Conferenz erklärte sich der Turiner Arbeiterbund als Section der „Internationale“. Später spaltete sie sich, die Minderheit gründete die Gesellschaft „Emancipation des Proletariers“, wollte international sein, trat aber auf Seite der frondirenden jurassischen Föderation und unterstützte die Intriguen Bakunins. Doch kehrte sie später wieder zum Generalrathe zurück. In der jüngsten Zeit scheinen die gegen jede Autorität überhaupt gerichteten Bestrebungen Bakunins der Wirksamkeit des Londoner Generalraths in Italien starken Abbruch gethan zu haben. Am 6. Aug. 1872 waren (Volkstaat 1872 No. 68) in Rimini 21 Bakunin anhängende „internationale“ Sectionen Italiens durch ihre Abgeordnete vertreten; einstimmig wurde beschloffen: „Die Conferenz erklärt feierlich vor allen Arbeitern der Welt, daß die italienische Föderation der Internationalen Arbeiter-Affociation alle Solidarität mit dem Londoner Generalrath abbricht, dagegen um so lauter ihre ökonomische Solidarität mit allen Arbeitern verkündet und allen jenen Sectionen, welche nicht die autoritären Principien des Generalraths theilen, vorschlägt, am 2 Sept. 1872 ihre Vertreter nicht nach dem Haag, sondern nach Neuchâtel in der Schweiz zu schicken, um dort

selbigen Tags den allgemeinen anti-autoritären Congress zu eröffnen."

2. Seit den Tagen der Pariser Commune ist unter den Internationalen Italiens das Diebstehlen mit dem Petroleum sehr in Schwung gekommen; sie lassen sich nicht ungern Petrolieri nennen und auch die Erinnerungen an die Sicilianische Vesper werden hie und da nachgerufen, mit Seitenblicken auf die „Anechtheit“ der Arbeit und mit bedenklicher Beziehung zu den Trägern der modernen Gesellschaft. Durch die Schreckensscenen der Pfingsttage von 1871 in Paris, noch mehr durch deren Uebertreibung zu Sensationszwecken hat sich das Petroleum als Waffe zur Vernichtung des Bestehenden nun einmal in den Gedankenkreis des Socialismus hineingesflochten und wird nicht mehr daraus verschwinden. Man wird den Teufel so lange an die Wand malen, bis er einst wirklich kommt. Der Haß gegen die bürgerliche Gesellschaft, gegen Religion und Autorität, gegen Eigenthum, Familie, Capital u. s. w., welcher Haß oft diabolische Gesichtszüge hat, wird wahrscheinlich noch in furchtbarer Weise zum Ausbruch kommen; die italienische Geschichte ist nicht arm an Aeußerungen solchen Hasses. Die starke Schuldenlast, die auf dem Lande ruht, die finanzielle Schleudervirtschaft, welche seit 1859 haust, erleichtern die socialistische Agitation sehr. Alle Grundsätze, ganz besonders aber die conservativen Principien, wurden in den unerschöpflichen Abgrund einer Unificationspolitik geworfen, die besonders in Rücksicht auf die angewandten Mittel bisher dem Lande nur Nachtheil gebracht hat. Italien treibt anscheinend rettungslos dem finanziellen Bankerott und dem Sturz der Monarchie entgegen. Einstweilen sammelt der Socialismus alle Elemente, welche ebenfalls der früheren Ordnung feindlich sind, sich aber von den Besitzenden durch eine tiefe Kluft getrennt fühlen. Sie wollen die Revolution, welche die „Bourgeoisie“ bisher im Bunde mit der saboyischen Dynastie gemacht, weiter und

über die gegenwärtig herrschende Classe hinausführen, der grimmigste Haß wendet sich aber gegen das Papstthum und die positive Religion. Der gänzliche Mangel einer starken Regierung, die Abwesenheit einer überzeugungsvollen, einflussreichen conservativen Partei haben es dazu gebracht, daß die Schranken gegen Umsturzversuche im socialistischen Sinne nirgends morscher sind als in Italien.

Die Sprache der socialistischen Blätter ist in politischer, socialer und religiöser Hinsicht revolutionär; die wiederholten Confiscationen von Seiten der Polizei vermögen natürlich das Umsichgreifen solcher Ideen nicht im Mindesten zu verhindern. Vor uns liegt der in Turin erscheinende »Proletario Italiano, dedicato ai figli del popolo«, No. 21, vom 21. Sept. 1871. Es heißt dort:

..... Wir kommen nun an die Classe der Bourgeoisie; seht ihr nicht, mit welcher Impotenz sie euch noch im Todeskampf anschaut? Es ist die Unverschämtheit des Goldes! Seht ihr nicht, welchen Stempel sie auf der Stirne trägt! Es ist das Zeichen des Eigenthums! Möge sie sterben, so bald als möglich, dieß ist unser Wunsch! Wohlverstanden! Es handelt sich nicht um den Tod der Individuen, welche diese Classe bilden, sondern um ihren Tod als politischer und socialer Körper, welcher in ökonomischer Beziehung von den Arbeitern getrennt ist. Heutzutage ist das einzige Ziel der socialen Frage: Die Zerkünderung aller Classen, die politische, ökonomische und sociale Gleichheit. . . . Die Proletarier können nicht glücklicher werden, so lange eine mehr oder weniger beträchtliche Anzahl von Individuen existirt, welche Capitalien und Ländereien erben, ohne sie durch eigene Arbeit hervorgebracht zu haben, so lange Capitalzins und Landrente jenen Privilegirten mehr oder weniger erlauben, ohne Arbeit zu leben und sich ausschließlich geistiger Thätigkeit zu widmen — endlich so lange nicht alle Menschen bei ihrer Geburt in der Gesellschaft selbst die Mittel finden für Erziehung, Unterricht, Arbeit und Erholung. . . . Unter dem Schatten des Banners, auf welches die Zeit das Wort »Gleichheit« geschrieben, hat die Bourgeoisie die Aristokratie zerquetscht und niedergemetzelt; unter demselben Banner verlangen wir entweder den gewaltsamen Tod oder den freiwilligen Untergang der Bourgeoisie, nur mit dem Unterschiede, daß unsere Classe weniger blutdürstig ist, als die Bourgeoisie, nicht die Menschen, aber die Handlungen und die Sachen tödten will. . . . Merkt

es euch, ihr stützenden Ruinen, nicht das verkaufte Eigenthum, sondern die Arbeit macht den Bürger . . . !“

In einem zweiten Artikel derselben Nummer wird auf Grundlage des materialistischen Dogmas nachzuweisen gesucht, daß Gott nicht existiren könne. Der Verfasser, der sich den bezeichnenden Namen Lucifer gibt, schließt seine Darlegung mit einem Aufruf an die Arbeiter: „Als Deisten. seid ihr moralisch und politisch Sklaven, als Nationalisten und Materialisten werdet ihr freie Bürger sein!“

Die Kühnheit der italienischen Socialrepublicaner ist schon sehr groß geworden und die Regierung ihnen gegenüber so gut wie ohnmächtig, da sie mit der Polizei allein nicht viel ausrichten kann. Zu Lodi bei Mailand erschien 1872 schon im 2. Jahrgange ein »Almanaco repubblicano«; er läßt sich sehr gegen die Monarchie aus und enthält einen eigenen republicanischen Kalender, welcher für jeden Tag statt der Heiligennamen ein für die Republik wichtiges Datum aus der Zeit von 1789—1871 angibt. Jener Almanach predigt den nackten Atheismus und Materialismus, der sich in Italien auf besonders cynische Weise breit macht.

3. Wenn man den italienischen Socialismus, wie es hier geschieht, auch nur oberflächlich betrachtet, so treten zwei Persönlichkeiten hervor: Mazzini und Garibaldi, welche beide einen großen Einfluß auf dessen Entwicklung übten. Mazzini\*) verlor

\*) Mazzini, geb. 1808 zu Genua, wurde Jurist und nahm lebhaften Antheil an den Schicksalen Italiens. Die romantische Schule Manzoni's zog ihn an und von ihr befiel er viele Neigungen. 1830 wurde er Carbonaro und begann damit seine Laufbahn als „ewiger Verschwörer“. Stets mit der Polizei in Conflict, mußte Mazzini auswandern und ging nach Frankreich, später aber hielt er sich in der Schweiz und in London auf. Von dort aus schickte er zündende Flugschriften in das Land, um die Grundsätze des von ihm gestifteten „Jungen Italiens“ zu verbreiten. Zur „Befreiung“ Italiens organisirte er ununterbrochen Verschwörungen und Putschs, sandte dabei viele junge Leute in den Tod und pries sie dann als

in den letzten Jahren sehr an Einfluss, da einerseits die Monarchie selbst die von ihm begehrte Unificationspolitik in die Hand nahm, und andererseits das verschwommene Programm Mazzini's gegenüber der Schärfe verschwand, mit welcher die „Internationale“ ihre Forderungen aufstellt. Mazzini's Anschauungen sind eine Art mystischen Pantheismus, welcher vor dem klaren Materialismus der „Internationale“ die Segel streicht. Es ist bei Mazzini viel die Rede von Gott und vom Fortschritt; der Fortschritt sei der Zweck, zu welchem Gott die Menschen geschaffen, und die einzige Art ihn zu erreichen, sei die Association. Der Gott Mazzini's hat in der Menschheit Fleischgehalt angenommen und die Gesamtheit der Nation erscheint als dieser Gott. Mazzini aber betrachtete sich als den unfehlbaren und mit despotischer Macht ausgeühten Hohenpriester und Propheten dieses Gottes. Selbst hinsichtlich der Moral erkennt Mazzini keinen Stillstand, obwohl man doch in diesem Fundamentalgebiet des socialen Lebens seit Moses noch nicht über den Decalog hinaus gekommen ist und niemals hinauskommen wird. Ganz besonders hat Mazzini die Nationalität gepflegt und diese unterscheidet ihn von der „Internationale“, welche zwar die Nationalitäten nicht geradezu aufheben, aber doch jeden Gegensatz derselben tilgen will. Mazzini aber stellt sein Volk an die Spitze, und das nach seinen Recepten wiedergeborene Italien vertritt dann die wahre Freiheit und Sittlichkeit, den wahren Gott und den wahren Fortschritt.

Mazzini besaß ein bedeutendes agitatorisches Talent; die von ihm gegründeten Arbeitervereine waren besonders anfangs

Martyrer. Er selbst aber setzte sich selten der Gefahr aus und wußte stets geschickt zu entkommen. Mazzini erstrebte die unitarische Republik als einziges Heil für Italien, daher söhnte er sich auch später, im Gegensatz zu vielen Anderen, nicht mit der Monarchie aus, als diese das Programm der Revolution durchführte. Diese Unversöhnlichkeit dem Königthum gegenüber trennte ihn von Garibaldi, wozu noch die despotische, eigenförmige und reaktionäre Natur Mazzini's kam. Er starb am 10. März 1872 zu Pisa.



der fünfziger Jahre über ganz Italien verbreitet und hatten größtentheils den Charakter von Geheimbünden. Dieß ist der Grund, warum sich über die Organisation und politische Thätigkeit jener Vereine nicht viel sagen läßt, obwohl die letztere gewiß sehr bedeutend war. Am zahlreichsten waren die Mazzini'schen Vereine im Genuesischen, im Mailändischen und in Palermo. Bei Gründung der „Internationale“ versuchte Mazzini sich einzudrängen und die Gesellschaft zu beeinflussen. Aber seine Persönlichkeit vertrug sich nicht mit dem von Franzosen und Engländern unterstützten Marx, ein Umstand, der sich durch persönliche Eifersüchtelei, noch mehr aber durch die Verschiedenheit der Anschauung beider Socialisten erklärt. Der impotente Mazzini'sche Mysticismus mit seiner Phrasenhaftigkeit wurde beiseite geschoben. Seit jener Zeit bestand große Feindschaft zwischen Mazzini und der „Internationale“. Doch scheint die letztere in Italien die Oberhand gewonnen zu haben. Die Brüsseler *Liberté* zählt (*Volksstaat* 1871, No. 76) 8 socialistische Zeitungen Italiens auf, die sich von Mazzini losgesagt haben. Jetzt, nach Mazzini's Tode, hat die „Internationale“ noch mehr freies Feld, da er lange der Einzige war, welcher die Arbeitermassen gegen sie einnahm. Noch im Sommer 1871 rief Mazzini den Italienern von der Betheiligung an der „Internationale“ ab und führte hierzu drei Gründe an: die Verneinung der Existenz Gottes — als ob der Mazzini'sche Gott etwas Anderes wäre als eine verschwommene Phrase, die selbst den Mord heiligt — die Verneinung des Vaterlandes, der Nation und die Abschaffung des persönlichen Eigenthums; an Stelle der Nation suche die „Internationale“ die unabhängige Commune zu setzen, die sich selbst regieren solle. Anstatt der Verschmelzung der Nationen erstrebte Mazzini ein Bündniß derselben, die A. R. U. (*Alleanza repubblicana universale*). Ueber die Organisation der „Internationale“, besonders darüber, daß die vollziehende Gewalt in den Händen weniger Menschen concentrirt sei, sprach Mazzini das wahre Wort: „Eine Handvoll Indi-

viduen, die es auf sich nehmen, eine ungeheuerer Menge von Menschen verschiedener Länder, Bestrebungen, politischer Verhältnisse, ökonomischer Interessen und Hilfsmittel direct zu regieren, wird am Ende stets jede Wirksamkeit verlieren, oder wird tyrannisch regieren müssen.“

Als im September 1871 die Friedens- und Freiheitsliga in Lausanne tagte, richtete Mazzini an dieselbe ein Schreiben, das die ganze Unklarheit des Mannes kennzeichnete. Er betont dort, daß auch sein Ideal Friede, Freiheit und Association sei, ein Zwiespalt beider könne daher nur hinsichtlich der Mittel bestehen, um diese Ziele zu erreichen; die Liga meine, durch ihr „friedliches Apostolat“ dazu gelangen zu können. Dann fährt Mazzini fort:

„Auch ich wünsche dies, hoffe es aber nicht. Wäre es auch nur deshalb, weil die Karte von Europa mit Rücksicht auf das slavische Element gelindert werden, weil die republicanische Einrichtung allerwärts das Abgehorbene ersetzen, an die Stelle jener zum Phantom gewordenen Autorität treten muß, die man Monarchie nennt. Ohne wohlterwordene Rechte zu verletzen, ohne in die Vergangenheit zurückzugreifen, ohne eine der ewigen Grundlagen jeder Gesellschaft zu zerstören, muß das Eigenthum sich in der Zukunftsarbeit verlieren, muß die innige Vereinigung zwischen Capital und Arbeit die Arbeiterklasse dem Bedürfnisse, der angstvollen Ungewißheit und der flagranten Ungleichheit entreißen, welche heute vorhanden ist. Nur in Folge eines großen europäischen Kampfes wird dies zu erlangen sein. Unsere Aufgabe besteht darin, die Zwischenzeit, welche uns von diesem trennt, so viel wie möglich abzukürzen. Für mich ist es Pflicht, eine starke und heilige Initiative bei dem Volke zu suchen. Ich arbeite mit meinen Freunden, soweit es der geringe Rest meiner Kraft erlaubt, die Elemente zu einer durch den Glauben geeinigten Action zu concentriren. („Vollstaat“ 1871, Nr. 82.)

Leider vergaß Mazzini anzugeben, was er unter den ewigen Grundlagen der Gesellschaft verstand; das Privateigenthum, das sonst dazu gerechnet wird, gewiß nicht, denn er will es in die „Zukunftsarbeit“ auflösen; auch sagt er nicht, was er unter der „durch den Glauben geeinigten Action“ versteht; doch wohl nur, daß Gott Gott und Mazzini sein Prophet sei!

Mit großer Schärfe sprach sich Mazzini gegen die Pariser Commune aus und zwar in Artikeln seines Hauptorgans »Roma dal popolo«, später veröffentlicht unter dem Titel: »Mazzini e l'Internazionale par G. Mazzini, Roma 1871.« Er sagt dort, die Commune habe sich nicht für ein Princip erhoben, sondern für ihre Interesse, das sie mit einem wahnsinnigen Blutdurst, wilden Thieren gleich, verteidigte; diese Verkommenheit sei das Werk des praktischen socialen Materialismus, der vom philosophischen Materialismus in die Gemüther gesenkt worden sei. „So wie Frankreich wird jedes Volk fallen, dem der Materialismus sagt, daß Genuß und Beseitigung der Hindernisse des Genußes die Norm für das Leben sei (S. 8).

Wie man sieht, wollte Mazzini nichts wissen vom Atheismus und dessen praktischer Consequenz — dem Materialismus, auch nichts vom einseitigen Kosmopolitismus und ebenso wenig vom Rationalismus, dem libero pensiero; der letztere war seiner despotischen Natur besonders ein Greuel. Aber die mystische Anschauungsweise Mazzini's und sein delphischer Orakelton hatten begreiflicher Weise weniger Zugkraft als das klar gefasste und seiner Ziele bewußte, durchaus materialistische Programm der „Internationale“.

4. An Stelle Mazzini's hat Garibaldi das Protectorat der „Internationale“ in Italien übernommen. Eine besondere Errungenschaft für den Socialismus ist dieß freilich bei der bekannten Phrasenhaftigkeit des alten Haudegens nicht, aber schon der Name des Mannes wirkt bei den italienischen Arbeitern ungeheuer viel. Garibaldi verfügt über einige Schlagwörter, zu denen besonders die Worte Republik, Pfaffen, Tyrannei, Freiheit und Einheit gehören; besonders aber ist es das Wort Civilisation, das bei ihm, wie in den Aufrufen der Völker romanischer Zunge überhaupt, eine bedeutende Rolle spielt. Diese Stedenpferde zäumt Garibaldi auf und reitet sie mit selbstgefalliger Wiederholung stets wieder von neuem vor; er ist, wie

viele Italiener, Phantast und ja läßt ihn zeitweilig der Verstand unter dem Bombast der Ueberdopon. Im Jahre 1871 schrieb er dem Präsidenten des italienischen Arbeitertages in Rom, Petroni, einen Brief, in welchem er sich gegen die Vorwürfe vertheidigt, welche Mazzini gegen ihn erhoben. Dieser hatte Garibaldi mit theilweiser Verächtigung einen altersschwachen Narren genannt, ja, er soll sogar gesagt haben, Garibaldi sei „ein Mann mit dem Muthe eines Löwen und mit dem Kopfe eines Esels“. Die Segnerschaft Beider scheint schon aus dem Jahre 1848 herzustammen. Des Weiteren vertheidigt Garibaldi den Aufstand der Pariser Sociatisten vom Mai 1871, wendet sich gegen Versailles, wo Thiers und seine »Bureau« tagten, für die Garibaldi natürlich nur ein Gefühl des Abscheues hat, da sie nicht wie er für die republikanische Völkerverbrüderung schwärmen; die Pariser Commune konnte nach Garibaldi nicht fliegen, weil die vielen neben einander bestehenden Gewalten „aus Paris ein Babel der Doctrinäre machten.“ Die „Internationale“ findet in jenem Brief lebhafteste Anerkennung, nur solle sie sich noch „gewisser Doctrinen erledigen, die ihr vielleicht durch das Uebelwollen ihrer Freunde eingegeben worden sind“. Dann fährt Garibaldi fort:

„Muß nicht eine Gesellschaft (ich meine die menschliche Gesellschaft), wo die große Anzahl bloß um den Lebensunterhalt zu gewinnen arbeitet, und wo die Minderzahl sich durch Lüge oder Gewalt den größten Theil des Ertrages der ersteren aneignen will, anstatt ihn im Schweisse ihres Antlitzes zu erwerben, die Unzufriedenheit und die Rachegefühle derer erregen, die leiden? Ich wünsche, daß es der „Internationalen“ nicht begegnen müge, was dem Pariser Volke geschehen ist, daß sie sich nämlich nicht durch Theorien träumer zu Uebertreibungen hinreißen lasse, die sie schließlich lächerlich machen könnten, sondern daß sie die Männer, die sie auf dem Pfade der moralischen und materiellen Verbesserungen leiten sollen, vorerst studiren möge, ehe sie sich ihnen anvertraut. . . Die Internationale begnüge sich mit dem, was sie für ihr Recht hält, ohne an dem Eigenthum oder der Erbschaft Anderer zu rütteln.“\*)

\*) Mit jenen „gewissen Doctrinen“, deren sich die „Internationale“ entledigen möge, scheint Garibaldi den Kampf gegen Privateigenthum und

5. Anfangs November 1871 tagte in Rom ein Congreß italienischer Arbeitervereine, der nach vielen Intriguen und Verhinderung noch etwa 185 Vereinen zu Stande gekommen war. Jene Arbeitervereine sind meist politischer Natur, obwohl man sich neuerdings viel Mühe gibt, auch die rein ökonomischen Vereine nach Schenke-Delegha in Italien heimisch zu machen. Vor Allem erstrebten jene in Rom versammelten Vereine die Republik als Panacee gegen jedes socialpolitische Böse, als ob man je krankhafte Zustände in der Gesellschaft durch Veränderung der Regierungsform geheilt hätte. Außerdem verlangten die meisten jener Vereine noch das allgemeine Wahlrecht mit geheimer Abstimmung, Abschaffung jedes Censur- und censorischen und unentgeltlichen Unterricht; die radicalsten — und ihre Zahl ist nicht gering — sind auch für Abschaffung Gottes, des Eigenthums, des Erbrechtes und der Familie. Während der Vorbereitungen zu jenem Congresse in Rom rief Maggini den Arbeitern, sie sollten zuerst einen nationalitalienischen Bund errichten und dann mit auswärtigen Gesellschaften Verbindungen eingehen; würden sie sich aber als Individuen oder kleine Vereinigungen in ungeheurere Verbindungen (er meinte die „Internationale“) einlassen; so wäre Anarchie oder Despotismus das Ende. Auf dem Congresse selbst kam eine wenigstens formelle Vereinigung zwischen Maggini und Garibaldi zu Stande; die

Erbrecht zu meinen. Die „Internationale“ soll sich mit Dem begnügen, was sie für recht hält; aber gerade jene Opposition gegen das Eigenthum bildet ja den Angelpunkt des socialistischen Kampfes. Kurz vorher sagt Garibaldi selbst, daß in der gegenwärtigen Gesellschaft sich eine Minderzahl den größten Theil des Ertrages der Arbeit Anderer aneigne, statt ihn selbst zu erwerben; aber dieses Verhältniß, welches Garibaldi verwünscht, beruht ja auf der Monopolkraft des Eigenthums. Hält er dieses Verhältniß für eine Folge „der Sünde und Gewalt“, dann muß er dagegen ankämpfen, wie die „Internationale“ es thut. So sehen wir die ganze Unklarheit und Phrasenhaftigkeit des alten Gaudegens, der freilich seiner Lebtag nichts von solchen Dingen verstanden, aber sich um so mehr darum bekümmert hat.

beiderseitigen Parteien beschloffen, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß eine Constituante in Rom versammelt werde zur Proclamation der italienischen Republik auf socialer und internationaler Grundlage. Doch war diese Sitzung keine wirkliche und dauernde, da die religiösen Anschauungen und die socialpolitischen Stellungen beider Männer sich nicht vertrugen. Die Leiter der „Internationale“ mögen aufgeathmet haben, als die Nachricht von Mazzini's Tode eintraf. Damit war ihr gefährlichster Gegner in Italien vom Dampfplatz abberufen.

Der erwähnte Congreß hatte gegen die Regierung eine entschieden feindselige Haltung eingenommen und um diese Stimmung der Arbeitermassen zu verdecken, beeilte man sich, am 17. April 1872 einen neuen Congreß italienischer Arbeitervereine in Rom zu eröffnen. Die Mehrzahl der Teilnehmer bestand aus Adeligen, Advocaten, Parlamentsmitgliedern und Industriellen, so daß die wirklichen Arbeiter nur schwach vertreten waren. Die Verhandlungen drehten sich nur um die materiellen und geistigen Interessen des Arbeiterstandes, wie man die Arbeiter zum Sparen anhalten, den Unterricht befördern und ihre Vereine juristisch schützen könne. Ueber die Frage: „Was ist der Arbeiter?“ wurde mit italienischer Breite und verworrenem Schwulst debattirt. Wegen der ängstlichen Fernhaltung jeder politischen Beziehung protestirten die Mazzinischen Vereine gegen den Congreß, der für den italienischen Socialismus gar keine Bedeutung hat. Durch solche Mittel wird es der Regierung trotz des besten Willens nicht gelingen, die so gefährliche Bewegung zu bannen.

## Sechstes Capitel.

### Spanien.

1. Auch in diesem Lande hat die „Internationale“ überraschend schnelle Verbreitung gewonnen. Die unaufhörlichen

politischen Umwälzungen haben in Spanien seit fast einem Jahrhundert die socialen Fundamente sehr erschüttert. Dynastie und „Bourgeoisie,“ Regierung, Beamtenstand und Armee haben zu wiederholten Malen die rechtlichen und thatsächlichen Verhältnisse in revolutionärer und gewaltsamer Weise umgeworfen, warum sollte nicht auch den unzufriedenen Arbeitern einmal erlaubt sein, was sich die höheren Stände so oft zu ihrem eigenen Vortheile gestattet haben? Kann man dies überhaupt erwarten, nachdem Verschwörung, Meuterei und Treubruch im Officier- und Beamtenstande so häufig geworden? Der Unterschied ist nur, daß die bisherigen Umwälzungen zum Vortheile der höheren Stände und der „Bourgeoisie“ gemacht wurden, während die Arbeiter nun auch sich selbst emancipiren, d. h. von der Herrschaft des Eigenthums befreien wollen und zu diesem Zwecke eine sociale Revolution erstreben, welche das Werk der bisher vorwiegend politischen Umwälzungen weiter führen soll. Einstweilen hält der Bau der spanischen Gesellschaft noch zusammen, denn die Achtung vor den socialen Fundamenten haftet besonders im Landvolke ungeheuer fest. Auch werden gegen den gemeinsamen Feind des Socialismus alle andern Parteien, von den Legitimisten bis zu den „bürgerlichen“ Demokraten, Front machen.

Die „Internationale“ hat sich in Spanien besonders seit der Septemberrevolution von 1868 entwickelt. Die furchtbare Erschütterung, das Auslodern aller Leidenschaften mußte mächtig wirken, Zündstoff war unter den Arbeitermassen in Menge vorhanden und so schritt der Abfall derselben von der bestehenden Ordnung rasch vor sich. Der Herd der socialistischen Bewegung ist Barcelona, die größte Fabrikstadt des Landes, wo die »Federacion« als das officielle Organ des dortigen Bundes bestand, bis sie im Frühjahr 1872 von der Regierung unterdrückt wurde. Das Proletariat von Barcelona war von jeher leicht für communistische Ideen empfänglich. In Barcelona erscheint auch das Hauptorgan der spanischen Ab-

theilung der „Internationale“, die »Republica Social«, mit dem Motto »Abajo el existente« (Nieder mit dem Bestehenden!). Auf dem Congresse zu Basel wurde die Anzahl der Sectionen der „Internationale“ (D. Zerst p. 205) zu 185 mit über 25000 Mitgliedern angegeben. Im Frühjahr 1870 bestanden in Barcellona 38 der „Internationale“ beigetretene Gesellschaften mit 7800 Mitgliedern. Ein anderer Mittelpunkt ist Madrid, ein anderer Cadix, und selbst auf die Balearen nach Mallorca hat sich die Agitation erstreckt. Diese Vereine sind meist gut organisiert, außerordentlich rührig und hängen sehr innig mit einander zusammen. Ein kräftiger Geist, ein entschlossenes Selbstbewußtsein durchdringt sie. Der „Volksstaat“ (1871, No. 85) gibt an, daß die „Internationale“ in Spanien bereits 50 Bezirksverbände habe, die auf einer Versammlung zu Valencia in 5 größere Districte (comarcas) eingetheilt worden seien. Die Anzahl der Mitglieder der Association in Spanien belaufe sich (wohl übertrieben) auf 100,000; doch wird man sich der Wahrheit ziemlich nähern, wenn man 40,000 Mitglieder annimmt. Für Madrid werden 3—4000 Mitglieder mit 23 Sectionen angegeben. Die »Liberts« sagte im September 1871 (Volksstaat 1871 No. 75), daß die „Internationale“, obwohl ihre Organe »Solidaridad« und »Obrero« (Arbeiter) suspendirt seien, doch nicht weniger als 7 Organe habe, welche die Principien der internationalen Arbeiterassociation vertheidigen; nemlich: »la Federacion« von Barcelona, »la Emancipacion« von Madrid, »el Grito de guerra« (Kriegsruf) von Madrid, »la Razon« (Vernunft) von Sevilla, »el Derecho« (das Recht) von Cordova, »el Tejedor« (der Weber) von Valladolid; endlich ein anderes Organ in Valladolid. Es heißt dort ferner:

„Auch ist es bemerkenswerth, mit welchem Eifer die socialistischen Arbeiter in Spanien sich von allen politischen Parteien trennen; sie bringen das vielleicht noch vollständiger fertig, als in Belgien, sicher viel vollständiger als in England. Man sieht es jetzt in allen spanischen socialistischen Journalen, in der „Federacion“ wie in der „Emancipacion“: Rein Bündniß mit den politischen Parteien! Der unmittelbare Entschluß, welchen



Die Arbeiter verlangt, ist, jedes Weibchen zu einer politischen Revolution zu erwecken, welche als einziges Ziel die Aenderung der Regierungsform hat, und den ökonomischen Organismus \*) unberührt läßt. „Wir wollen nicht“ — sagen sie sehr richtig — „wir wollen nicht Jedem als Kanonenfutter während der Schlacht dienen und nach dem Siege zum Braten der Bourgeoisie.“ Die Föderation, welche die Arbeiter in Spanien anstreben, ist eine rein ökonomische Föderation, die industriell-agricole Föderation; in ihren Augen sind alle Rechte des Menschen schlechthin unüberwundlich.

Wie bekannt, werden die deutschen Arbeiter von der „Bourgeoisie“ gemahnt, sich der Politik (d. h. jeder andern als der „Bourgeoisie“-Politik) zu enthalten; besonders war dieß bei Lassalle's Auftreten der Fall, wo man den Arbeitern bloß die Politik der damaligen Fortschrittspartei erlauben wollte. Die spanischen Socialisten erklären, sich der Politik enthalten zu wollen, aber in einem ganz andern Sinne. Sie wollen von keiner Partei etwas wissen, welche eine politische ist, d. h. welche die gegenwärtige socialökonomische Ordnung bestehen läßt. Den Arbeitern genügt kein bloßer Wechsel des politischen Systems oder der Regierungsform; sie erstreben die radicale Umgestaltung der Gesellschaft und wollen daher nur sociale Partei sein. Während alle anderen Parteien die Fundamente des socialen Regimes aufrecht halten und sich auf dieser Grundlage um die Herrschaft streiten, wollen jene dieses Regime selbst stürzen und deshalb verschmähen sie jede Allianz mit den andern, von ihnen als rein politisch bezeichneten Parteien.

2. Die spanische Regierung hat sich von allen Regierungen am frühesten energisch mit der Abwehr der von der „Internationale“ drohenden Gefahren beschäftigt. Für eine solche Regierung, die auf einem ganz unterhöhlten Boden steht, ist die Existenz einer selbstbewußten, zahlreichen und gut organisirten socialistischen Partei eine doppelte Gefahr, um so mehr, als die gegenwärtigen spanischen Machthaber, einer Militär-Revolte

\*) Mit dem Privateigenthum!

entflammend, der Revolution von unten nicht mit festen und klaren Principien entgetreten und am allerwenigsten nun Andern das Recht der Revolution absprechen können. Vinger als drei Wochen debattirten die spanischen Cortes im Spätherbste 1871 über das vom Ministerium gegen die „Internationale“ in Vorschlag gebrachte Gesetz. Ein formeller Beschluß kam allerdings dabei nicht zu Stande, aber doch glaubte sich dann die Regierung für moralisch befugt, gegen die „Internationale“ vorzugehen. Während jener Verhandlungen hielt der bekannte Föderativrepublicaner Castelar wieder eine seiner schwungvollen, mehr schönklingenden als gehaltreichen Reden. Obwohl persönlich nicht Mitglied der „Internationale“ bekämpfte er die Regierungsvorlage vom Standpunkte der Gedankenfreiheit und des Associationsrechtes; sei jene Verbindung ungesetzlich, so möge man sie vor die ordentlichen Gerichte stellen; das Verlangen nach Umgestaltung des Eigenthumsrechtes könne ungerrecht sein, niemals aber sei es unmoralisch.

Auf die Angriffe in der Kammer und vom Ministerische blieb die „Internationale“ die Antwort nicht schuldig. Schon unterm 6. Aug. 1871 hatte der Secretär des spanischen Föderalrathes, Francesco Mora, den Ministerpräsidenten einen offenen Brief geschrieben, den der „Volkstaat“ (1871 No. 70) nach der Brüsseler „Liberté“ veröffentlicht. Das Schreiben ist von spanischem Stolze dictirt und obwohl es nur eine Wiederholung bekannter Dinge ist, so mag es doch von Interesse sein, insofern es wieder beweist, daß die „Internationale“ das Licht nicht scheut. Es wird dort gesagt:

„Die internationale Association der Arbeiter hat es unternommen, in klarer Weise das Problem der socialökonomischen Emancipation des Proletariats aufzuwerfen. Diese machtvolle Association bezeichnet den Eintritt der Arbeiter in das Leben der Intelligenz. Ermüdet von der rein materiellen und mechanischen Rolle, welche ihnen in der Gesellschaft zugetheilt ist, haben sie erkannt, daß die socialen Unterschiede, weit entfernt, in der Natur begründet zu sein, nichts sind, als Producte von Irrthümern und Uebereinkommen, welche der Vernunft gegenüber keinerlei Werth haben. Deshalb

protestiren die Proletarier, indem sie sich als Menschen fühlen gegen eine sociale Organisation, welche die Menschen in zwei Gruppen trennt: die eine Herren, reich und gebildet, die andere Sklaven, elend und unwissend. Das Recht, welches die Arbeiter haben, ihre vollständige Emancipation zu verwirklichen, ist auf die Natur selbst gegründet; außerdem daß es natürlich ist, ist es gerecht, und es muß gesetzlich sein, wenn das Gesetz nicht ein dem unglücklichen Proletarier ins Gesicht geschleudertes Hohn sein soll. . . . Die alte Aristokratie ist zerstört und der Mittelklasse ist es gelungen, deren Platz einzunehmen und die arbeitende Classe, das Proletariat, zu ihrem niederen Vasallen zu machen, so daß dieses die schwere Last der beiden andern Classen auf seine ermüdeten Schultern drücken fühlt: wer sieht nicht, oder kann nicht sehen, daß in den Prärogativen und Privilegien des Capitals eine Umwandlung der alten Adelsfeudalität in die capitalistische Feudalität vor sich gegangen ist; wer sieht nicht mit einem Wort, daß diese letztere in hartnäckiger und verhängnißvoller Weise die Pflichten von den Rechten zu sondern pflegt, indem sie sich die letzteren vorbehält und das ganze Gewicht der ersteren auf die Arbeiter fallen läßt; — das Proletariat hat die frevelhafte Blindheit erkannt, welche diese Classe, gestern unsere Schwester, heute unsere grimmigste Feindin, irre führt, und hat geglaubt, daß es die absolute Nothwendigkeit gebiete, Jedem zu geben, was man ihm schuldet, nicht mehr, nicht weniger, oder wie wir es selbst formuliren, daß Jeder das gesammte Product seiner Arbeit\*) erhalte: was in dieser Weise viel klarer ausgedrückt ist, weil es etwas ist, das man nicht oft genug wiederholen kann, daß der, welcher consumiren oder genießen will, die Pflicht hat, in demselben Verhältniß zu produciren, wie er consumirt.\*\*)

. . . Das sind die Bestrebungen der „Internationale“; darum hat sich die arbeitende Classe, endlich einmal ihre Interesse und ihr erhabenes Ideal verstehend, unter ihrem Banner geschaart, ohne sich um die Gefahren zu kümmern, welche die Verwirklichung dieser Absicht mit sich bringt. Wenn die „Internationale“ die Gerechtigkeit zu realisiren im Begriffe ist und sich der Glaube dem entgegenstemmt, so steht die „Internationale“ über dem Gesetz. Die Arbeiter haben das unveräußerliche unläugbare Recht, ihre Organisation zu Ende zu führen und ihre Bestrebungen zu verwirklichen. Sie werden es thun mit dem Gesetz oder trotz des Gesetzes. . . . Die „Internationale“ sucht die Grundlagen dieser aus Sklaven

\*) Der volle Arbeitsertrag! d. h. Beseitigung der im Privateigenthum ruhenden Monopolkraft der Besitzenden, aus welcher Monopolkraft das Lohnsystem entspringt. Dieß kann aber doch bloß durch Aufhebung des Eigenthums geschehen.

\*\*) Also nur die Arbeit hat Rechte, der Besitz nicht.

und Herren, Arbeitern und Müßiggängern zusammengefügten Gesellschaft zu verändern und sie durch andere zu verdrängen, damit die Arbeit, als alleinige Quelle des Reichthums und der Wohlfahrt der Völker, \*) die sociale Kategorie werde, der alle Menschen zustreben, welche verschmolzen in die einzige Classe der freien Producenten, auf der wohlbebauten Erde die ewigen Principien realisten Können, welche die Gerechtigkeit bilden. Aber wir wissen genugsam, daß sich das weder durch grundlose Unordnungen, noch durch vorübergehende politische Revolutionen verwirklichen kann. Es ist nur die Propaganda und die lebendige Verbreitung unserer Principien, durch die wir die nothwendige Einheit der Absichten zu erringen streben, damit ihre Durchführung zur Thatsache in der socialen Welt werde. . . ."

Dieselben Gedanken wurden in einer stolzen Ansprache wiederholt, die der Bundesrath der spanischen Region unter dem 17. Oct. 1871 „An die Arbeiter und alle ehrlichen Leute der Welt“ richtete (Volksst. 1871 No. 90). Es wird dort feierlich Protest erhoben gegen die Anklagen, welche der Minister in den Cortes vorgebracht hatte. Gleichzeitig sucht der Bundesrath die „Internationale“ von den sonstigen Vorwürfen zu reinigen, indem er sagt:

Man hält uns vor, daß wir die Feinde der Sittlichkeit, der Religion, des Eigenthums, des Vaterlandes und der Familie sind. . . . Weil wir im Einflange mit der Gesundheitslehre, der Wissenschaft und der Menschenwürde eine Verringerung der Arbeitsstunden verlangen, nennen sie uns Müßiggänger, sie, die ewigen Schmarotzer, die wegen ihrer Unproductivität und wegen des Capital-Monopols an dem Glende, welches die Eingeweide der Gesellschaft zerfrisst, schuld sind. Sie nennen uns Feinde der Sittlichkeit, obgleich wir für die Verwirklichung der Gerechtigkeit kämpfen. Wir werden des Angriffs auf die Religion beschuldigt. Keine Verläumdung: die „Internationale“ hat auf dem allgemeinen Congresse, wo ihre Lehren festgestellt wurden, niemals ein Wort über diesen Punkt gesagt. Wir sollen die Feinde des Eigenthums sein. Gleiche Verläumdung: wir wollen für das Eigenthum, welches schon viele Wandlungen durchgemacht hat, eine neue Umwandlung, auf daß ein Jeder unversehrt den Ertrag seiner Arbeit erhalte. Wir wollen nichts mehr, nichts weniger. Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen! Wir sollen ferner die Feinde des Vaterlandes sein. Allerdings! an die Stelle der beschränkten Vaterlandsliebe wollen wir die unbegrenzte Liebe zur Menschheit setzen, an Stelle

\*) Dies ist eine Erinnerung an Adam Smith und seine Theorie.

der engen künstlichen Grenzen des großen Vaterland der Arbeit, die Welt! Es gibt kein anderes Mittel, um solche Kriege zu vermeiden, wie der zwischen Frankreich und Preußen war. Auch Feinde der Familie sollen wir sein. Wiederum Verleumdung. Die „Internationale“ hat darüber nie ein Wort verlauten lassen. Wenn man vollen und unverfürgten Unterricht will, will man doch wahrlich nicht die Vernichtung der Familie (?). Wünscht man aber, wie viele Internationale es thun, daß die Familie nicht das Interesse, sondern die Liebe zu ihrer Grundlage haben soll, so zieht man doch wohl nicht gegen die Familie zu Felde. Wir appelliren an alle Menschen, die noch ein Herz haben. . . . . Man vermißt sich, die „Internationale“ zerschören zu wollen. Eitles Unterfangen! Um die „Internationale“ zerschören zu wollen, muß man die sie erzeugende Ursache zerschören. So lange es in der Welt dem Glende und der Unwissenheit unterworfenen Menschen, Ausgebeutete und Ausbeuter, Selaven und Herren gibt, wird die sociale Frage immer auf der Tagesordnung stehen. Stellt man uns außerhalb des Gesetzes, so arbeiten wir im Dunkeln; behagt das nicht mehr, so machen wir aus unserer heutigen Organisation eine collectivistische Arbeiterpartei und schreiten sofort zur socialistischen Revolution. Inzwischen wiederholen wir, was wir bei anderer Gelegenheit gesagt haben: „Wenn die Internationale Arbeiterassociation Gerechtigkeit schaffen will und das Gesetz dem entgegensteht, so steht die Internationale über dem Gesetze. Die Arbeiter haben ein unleugbares, undiscutirbares Recht, ihre Organisation zu gutem Ende zu führen und ihre Bestrebungen ins Werk zu setzen. Sie werden ihr Ziel erreichen mit dem Gesetze oder gegen das Gesetz.“

Die spanische Regierung ließ sich aber dadurch nicht abhalten, mit Energie gegen die Gesellschaft vorzugehen und dieselbe förmlich in Bann zu thun. Unterm 16. Februar 1872 erließ der Minister Sagasta ein Rundschreiben an die Gobernadores der Provinzen und sagte in demselben, daß die „Internationale“ Gott, den Staat, das Eigenthum und die Familie leugne; dann heißt es weiter\*):

„. . . . Immerhin kann die einfache Proclamation dieser Grundsätze, so lange sie eingeschlossen bleibt in gewisse Schranken und Formen, nicht von dem Gesetze als strafbar anerkannt werden; allein sobald jene Grund-

\*) Wir geben dieß ausführlicher, weil die spanische Regierung noch vor der französischen offene Maßregeln gegen die „Internationale“ ergriff. Alle übrigen haben sich bis jetzt mit vertraulichen Besprechungen und Anweisungen an die geheime Polizei begnügt.

sätze einmal verkündet sind, macht die Thatsache der Association und Organisation, um sie in's Werk zu setzen, ungewisselhaft eine strafbare Handlung aus, welche keinen Anspruch mehr auf Schutz haben kann. . . . Sehen Sie daher die „Internationale“ als ausgeschlossen von der Staatsverfassung und als dem Strafgesetzbuch unterworfen an, weil sie sich als Feindin der Sicherheit des Vaterlandes und als Verlezerin der öffentlichen Sicherheit erklärt hat, wegen ihrer Verneinung des Staates, des Eigenthums und der Familie; weshalb Sie denn in Allem, und selbst mit Anwendung der Gewalt, jede öffentliche Handlung verhindern müssen, die darnach strebt, ihre verbrecherische Organisation unter uns einführen zu wollen. Sie müssen ihre Anführer sogleich verhaften lassen und den Gerichten überliefern. Die Regierung Sr. Majestät hofft jedoch, daß Sie, wie es billig ist, andererseits die freie Ausübung des Associationsrechts wegen aller erlaubten Zwecke der menschlichen Thätigkeit ehren und jede bestehende oder sich bildende Gesellschaft, sie möge cooperativ oder irgend anderer Art sein, achten, begünstigen und beschützen, sobald eine solche Gesellschaft die Absicht hat, das Schicksal der arbeitenden Classe zu verbessern, oder das vielleicht verschiedene, aber niemals entgegengesetzte Interesse der Fabricanten und Arbeiter unter dem Bereich des Gesetzes in Einklang zu bringen. . . . So groß Ihr Bemühen sein muß, diesen Gesellschaften Ihre Aufmerksamkeit zu schenken und beizustehen, eben so groß muß auch Ihre Sorgfalt sein, dieselben in ihrer Thätigkeit zu studiren. Sie werden die augenblickliche Suspension einer Gesellschaft verfügen und dasselbe Kriterium auf dieselbe anwenden, womit die „Internationale“ gerichtet ist, sobald Sie die Gewißheit erlangt haben, daß die resp. Gesellschaft, wenn auch gesetzliche Formen und Absichten heuchelnd, in die „Internationale“ aufgenommen ist und eine Abtheilung oder Nebengesellschaft derselben bildet. . . .“ (Reichsanzeiger 1872, Nr. 28.)

Auch an die Gesandten Spaniens bei den auswärtigen Mächten erging ein Rundschreiben, um ein gemeinsames Vorgehen gegen den gemeinsamen Feind zu veranlassen. Es ist datirt: Madrid, 9. Febr. 1872 und wiederholt im Eingange wieder die bereits angeführten allgemeinen Klagen gegen die Association. Dann heißt es weiter:

„Unterstützt von den Erklärungen der Landesvertreter wird die Regierung alle Kundgebungen des Verbandes, welche die öffentliche Ruhe stören könnten, unterdrücken; wenn die Umstände es erfordern sollten, wird den Cortes ein Gesetzesvorschlag unterbreitet werden, behufs Auflösung des Verbandes im Einklange mit den Bestimmungen der Constitution. . . . . Aber die Regierung hat sich Weiteres vorgeetzt. Sie erwartet, daß Sie

bei der Regierung, bei welcher Sie accreditirt sind, darauf hinwirken werden, daß durch gemeinschaftliches Uebereinkommen solche Maßregeln ergriffen werden, wie sie zur Erreichung eines befriedigenden Resultates nothwendig sind. Dieß wird gerade durch die Natur des Verbandes erheischt, dessen Charakter der Universalität ihn am gefährlichsten macht. Es reicht nicht hin, daß eine Regierung vereinzelt die strengsten Maßregeln gegen dieselbe ergreift; und eben so wenig würde es hinreichen, daß die Sectionen der „Internationale“ im Bereiche einer einzelnen Nation unterdrückt würden. Es würden stets einige fanatische Anhänger übrig bleiben, welche bei der ersten günstigen Gelegenheit als Kern für eine schnelle Reorganisation dienen würden, wobei der Generalrath mächtige Bundesgenossen finden würde in der außerordentlichen Publicität, welche die periodische Presse erreicht hat, und in der Schnelligkeit der Verbindung, welche zwischen allen civilisirten Ländern besteht. Es steht daher zu hoffen, daß angesichts der Dringlichkeit der Umstände jeder Staat das Ersuchen um seine Mitwirkung an dem Werk der Vertheidigung gegen die „Internationale“ mit wohlwollender Theilnahme aufnehme. Erleichtert würde die Angelegenheit sicherlich in großem Maße, wenn eine der Großmächte sie in die Hand nehmen wollte, um die Basis eines gemeinschaftlichen Einverständnisses und eines allgemeinen und gleichzeitigen Vorgehens zu bilden. Auch würde es sehr vortheilhaft sein, wenn die Nationen, welche keine Auslieferungsverträge mit Spanien haben, sich dazu verstehen wollten, eine Convention oder einen Specialcontract abzuschließen, mit Bezug auf Alles, was sich auf den betreffenden Gegenstand bezieht.“

Hierauf antwortete der englische Minister Granville an seinen Gesandten in Madrid am 8. März 1872:

„Die Depeſche hat den Zweck, die Unterstützung auswärtiger Regierungen zu gewinnen, betreffs einer gemeinschaftlichen Bemühung zur Unterdrückung der „Internationalen Gesellschaft“. Obwohl als ein Mittelpunkt für die Verbindung zwischen Arbeitern und Gewerksvereinen in verschiedenen Theilen der Welt ins Leben gerufen, beschränkte diese Gesellschaft doch hier zu Lande ihre Operationen hauptsächlich auf Rathschläge in Sachen von Arbeitseinstellungen, und sie hat zu deren Unterstützung nur sehr wenig Geld zur Verfügung, während die revolutionären Pläne, welche einen Theil des Programms der Gesellschaft bilden, wie man glaubt, mehr die Ansicht der auswärtigen Mitglieder ausdrücken, als die der britischen Arbeiter, deren Aufmerksamkeit hauptsächlich auf Fragen bezüglich der Lohnsätze gerichtet ist. Kraft der bestehenden Gesetze Großbritanniens haben alle Ausländer das unumschränkte Recht, dieses Land zu betreten und sich hier aufzuhalten; und während sie hier bleiben, stehen sie in gleichem Grade wie die britischen Untertanen

unter dem Schutze des Gesetzes; auch können sie nicht anders bestraft werden als für einen Verstoß gegen das Gesetz und Kraft des Urtheilspruches der ordentlichen Gerichtstribunale nach einer öffentlichen Proccedur und nach einem Erkenntniß, welches sich auf die in offenem Gerichtshofe beigebrachten Beweise stützt. Keine Ausländer können als solche von der executiven Regierung des Landes verwiesen werden, mit Ausnahme von Personen, welche auf Verträge mit andern Staaten hin behufs Auslieferung von Criminalverbrechern weggeschafft werden. Britische Unterthanen jedoch, oder die Unterthanen irgend eines andern Staates, welche sich in diesem Lande aufhalten, daher seinen Gesetzen Gehorsam schulden, können durch Geldbuße und Gefängnißhaft bestraft werden, wenn sie schuldig befunden werden, an Kriegsoperation gegen irgend einen Staat, mit welchem Großbritannien in Freundschaft lebt, theilgenommen zu haben. Die Regierung Ihrer Maj. würde Versuche ausländischer Flüchtlinge in England, zum Aufstand gegen die Regierungen ihrer betreffenden Länder aufzureizen, höchlichst verdammen. Ein solches Verhalten wäre eine schreiende Verletzung der Gastfreundschaft, deren jene Personen sich erfreuen; aber die Regierung Ihrer Maj. glaubt nicht, daß Grund vorhanden ist, irgendwelche außerordentliche oder weiter Vollmachten betreffs der in England sich aufhaltenden Ausländer nachzusuchen, und sie hat keinen Grund zu zweifeln, daß diese Ansicht sowohl vom Parlamente, wie vom Publicum Englands getheilt wird.“

Diese Correspondenz wurde dem englischen Parlament Mitte April 1872 vorgelegt. Die Mächte nahmen den spanischen Antrag sehr kühl auf. Man erwiederte einige schöne Redensarten, ging aber nicht auf den Vorschlag ein. Einerseits hatten die Regierungen zu wenig Zeit und Lust, sich jetzt schon mit dem Gegenstande zu beschäftigen, anderseits fand man es wohl komisch, daß ein dermaßen zu Grunde regiertes Land in einer so bedeutungsvollen internationalen Angelegenheit die Initiative ergreifen wollte.

3. Trozdem die „Internationale“ in Spanien gewissermaßen in den Bann gethan war, hielt sie doch am 8. April 1872 ihren Nationalcongreß zu Saragossa unter Anwesenheit von 40 Delegirten. Die Regierung konnte den Zusammentritt nicht dulden, ohne sich für ohnmächtig zu erklären und vertrieb daher die Versammlung; diese erließ einen Protest und



trat in einem andern Local von Neuem zusammen. Es wurde hierauf viel über die Organisationsfrage verhandelt und gegenüber den Bakunin'schen Plänen im Sinne des Generalrathes entschieden. Das Circular der von Bakunin inspirirten „Föderation des Jura“ (S. S. 173) hatte auch in Spanien eine Spaltung hervorgerufen, ja wie die Brüsseler „Liberté“ wissen will (Volksstaat 1872 No. 41) hatte sich Bakunin's „Alliance“ in der „Internationale“ als geheime Gesellschaft constituirt, um sie in ihrem Sinne zu lenken. Sie haben 1871, als sie die Statuten der Madrider gemischten Gewerkschaft redigirten, hinter die Generalstatuten der „Internationalen“ das ganze Programm der „Alliance“ gesetzt. Die „Internationale“ soll nach ihnen nicht mehr eine „mächtige und feste Organisation des Proletariats im Kampfe gegen die Bourgeoisie“ sein, sondern ein „ungeheurer Protest gegen die Autorität“, die Centralräthe sollen nur „einfache Correspondenz- und statistische Bureaus“ sein und die „Autonomie der Sectionen“ soll absolut sein. Die „Emancipation“, Organ der spanischen „Internationale“, sprach sich unterm 20. April über diese Richtung in folgenden Worten aus:

„Nach diesen Deuten soll die Action der Arbeiterklasse als Classe Null sein und kann die Internationale bestehen und sich im Schooß der gegenwärtigen Gesellschaft vollständig entwickeln und mit allen Bourgeoisparteien in gegneitem Frieden leben, ohne sie im Geringsten zu stören; ihre Mission besteht darin, Ideen auszuarbeiten, welche sie nach und nach den politischen Parteien zu Verwirklichung anbietet, d. h. die „Internationale“ soll eine platonische Schule sein — sehr nützlich für die Ausbeuter der Arbeiter und sehr ungefährlich für die Regierungen.“

Vorläufig indessen scheint die Spaltung unschädlich verlaufen zu sein. Mit Annahme des Bakunin'schen Standpunktes würde die „Internationale“ ihren Charakter als Gesellschaft der politischen Action verlieren und am Doctrinarismus langsam dahinstorben. Der Socialismus würde damit in die untergeordnete Rolle zurücktreten, welche er unter Saint-Simon und Fourier und noch in die vierziger Jahre hinein spielte.

## Siebentes Capitel.

### Rußland.

1. Das sociale Fundament, auf welchem dieser ungeheure Coloss ruht, ist wohl breit, aber nicht fest gefügt; besonders entbehrt er vielfach der zähen Widerstandskraft gegen Unterwühlungsversuche. Die Eigenthümlichkeit der russischen Verhältnisse ermöglicht es allerdings nicht, die dortigen anttsocialen Elemente mit den westeuropäischen zu vergleichen und wir werden uns daher mit allgemeinen Umrissen begnügen müssen. Die industriellen Arbeiter sind an Zahl noch gering und zu weit über das Land vertheilt, um bestimmend auf dessen Geschicke einzuwirken, daher haben die Wählerereien der dortigen Socialisten vielfach die ländliche Bevölkerung zum Gegenstande. In dieser liegen die socialistischen Factoren, deren Bedeutung für Rußland fast noch gefährlicher erscheint, als die Partei des industriellen Proletariats für das Abendland. Der Charakter des russischen Volkes, des Bauernstandes sowohl als der höheren Classen, bildet einen günstigen Boden für den Socialismus. Die starke Centralgewalt, welche besonders in den westlichen Theilen des Reiches alles politisch und religiös uniformiren will, unterdrückt wohl derartige Bestrebungen, aber im Stillen greifen sie um sich und treten da und dort blitzartig an den Tag. Die Religion, welche in Rußland ganz den politischen Zwecken zu dienen hat und als eine fast willenlose Magd der Staatsgewalt erscheint, ist aber nicht im Stande, auf das Volk und noch weniger auf die höheren Stände einen die socialen Gegensätze verfühnenden Einfluß zu üben. Dieß ist der Fluch des Cäsaropapismus, für den die Religion nur ein Mittel zur vollendeten Beherrschung der Völker, eine Abtheilung des Polizeidepartements ist. Die russische Kirche entbehrt in Folge dessen des Geistes der selbstständigen, freien Reform, des so

nothwendigen freien Lebens und damit auch jedes socialen Einflusses. Auch auf die Landbevölkerung übt der officielle Glaube und Cultus lange nicht jene Gewalt aus, wie man gewöhnlich annimmt; Millionen, die als Glieder der orthodoxen Kirche gelten, neigen theils offen, theils geheim zu Sectenbildungen hin, die dort stets eine socialistische Färbung annehmen.

Neben diesen Secten, die unter der Hülle der staatsbürgerlichen Gleichförmigkeit im Landvolke in weiter Ausdehnung existiren, ist für Rußland am gefährlichsten der Nihilismus; er ist eine Folge des Materialismus und richtet seine Verheerungen besonders unter den höheren Ständen an. Dazu kommen die fast ununterbrochenen Verschwörungen gegen die absolutistische Regierungsform; Officiere und Beamte betheiligen sich stark an diesen unterirdischen Vorgängen und die studirende Jugend scheint mitten in denselben zu stehen. Der Radicalismus dieser Jugend, aus welcher sich dann der Beamtenstand rekrutirt, gibt den russischen Staatsmännern und Politikern viel zu denken. Die einen suchen die Ursache in der Starrheit und Gebundenheit, welche das geistige und das politische Leben in Rußland haben; die andern klagen die Zerfahrenheit der höheren Bildung an, ein dritter findet die Ursache jener unheilvollen Erscheinungen in der Abwesenheit aller festen Moralprincipien in der russischen Politik u. s. w.

Der russische Radicalismus sieht sich genöthigt, sein Hauptquartier im Auslande aufzuschlagen. In der Schweiz und in England liegen die Orte, von wo aus Agitations- und Brandschriften in das „heilige Rußland“ geschmuggelt wurden und werden. Die „Glocke“ (Kolokol) von Herzen fand Jahre lang in Rußland auf geheimen Wegen weite Verbreitung und genoß dort großes Ansehen. Aber die jüngere Generation scheint sich von Herzen getrennt zu haben; sie werfen ihm unter Anderm vor, er habe zum polnischen Aufstande gehezt und die Flüchtlinge dann in Genf, trotzdem er sich durch Speculation in americanischen Papieren bereichert hatte, hungrig umherlaufen

lassen. Die „Globe“ hörte 1867 auf, in russischer Sprache zu erscheinen und erschien noch ein Jahr hindurch französisch, bis am 1. December 1868 auch diese Ausgabe einging.

2. Ueber die Verbreitung der „Internationale“ in Rußland läßt sich begreiflicher Weise nicht viel sagen; sie gibt sich unstreitig große Mühe, Anhänger zu gewinnen und möchte sie vielfach auch unter den höheren Ständen zählen. Das spanische Socialistenorgan »Federacion« berichtete am 17. April 1870, daß wegen der schnellen Ausbreitung der „Internationale“ in Rußland Karl Marx vom Londoner Generalrath als correspondirender Secretär für jenes Land ernannt worden sei. Eine russische Section der „Internationale“, die sich wohl zumeist aus Flüchtlingen recrutirte, wurde im März 1870 zu Genf errichtet. Das größte Contingent zu den russischen Mitgliedern der „Internationale“ liefern unstreitig die Polen, die schon bei Gründung der Association deren Schöfkinder und die allgegenwärtigen Parteigänger der radicalen Revolution waren. Die polnische Emigration hat zahlreiche internationale Sectionen gebildet, die meist in der Schweiz sitzen und früher auch Frankreich heimsuchten. In den Diensten der pariser Commune, diesem Versuch der „Internationale“, politische Unabhängigkeit und eigenes Territorium zu erlangen, mögen gegen 300 Polen gestanden haben, die bekanntlich theilweise hohe militärische Stellen bekleideten.

Der Pariser „Monde“ theilte ungefähr Mitte Juli 1871 ein angeblich von der „Internationale“ herrührendes Schriftstück mit, das, von England kommend, einer Anzahl russischer Zeitungen beigelegt worden sei. Wir bezweifeln den angegebenen Ursprung desselben und möchten eher, wenn dieses Programm ächt ist, auf den Einfluß Bakunin's rathen. Jenes Manifest, in welchem sich Nihilismus, Materialismus und Communismus die Hand reichen, besagt unter Anderem:

„Wenn die socialistische Partei den Vorschlag der Regierung und aller-  
 augenblicklich herrschenden Gewalten vollendet, das heißt, wenn sie die po-  
 litische Revolution zu Stande gebracht haben wird, erklärt sie alle Güter  
 und jeden individuellen Besitz für National-eigentum.“  
 Sie wird dann, wie die folgenden Artikel des Näheren auseinandersetzen,  
 zur Bildung gemeinsamer Arbeiter-Sectionen einladen und dabei einem  
 Jeden freistellen, je nach seinen Kräften und Fähigkeiten sich der einen oder  
 der andern Abtheilung anzuschließen. Denjenigen, welche ohne „gewichtige  
 Entschuldigungsgründe“ keiner Section beitreten, bleibt nichts übrig, als  
 — zu sterben, da für sie die Speisefäle, Schlafzimmer, Communications-  
 mittel, sogar Post und Telegraphen geschlossen sind. Die Organisation  
 der Sectionen findet in den weiteren Paragraphen eine detaillirte Be-  
 sprechung, es erhellt aus denselben, daß die individuelle Freiheit auf  
 ein Minimum herabgesetzt werden soll. Alle öffentlichen Anstalten, wie  
 Speisefäle, Schlafzimmer, Schulen, Hospitäler, Bibliotheken, kurzum Alles,  
 dessen der Mensch zu seiner Existenz und zum Verkehr mit seines  
 Gleichen bedarf, steht unter der Direction des localen Bureaus.  
 Alle öffentlichen Arbeiten wie Chaussees, Bewässerungsanstalten, Eisen-  
 bahnen, Straßenreinigung und Pflasterung, und alle öffentlichen  
 Arbeiten in den Gebäuden unterliegen derselben Verwaltung. — Der  
 Artikel 12 ist ein Muster communistischer Anschauung, insofern er  
 bestimmt, daß alle Arbeiten, die keine besondere technische Vorbildung,  
 sondern nur körperliche Kraft erfordern, der Reihe nach von allen Mit-  
 gliedern aller Sectionen zu verrichten sind. Daß die Erziehung der  
 Kinder ebenfalls von der Commune besorgt wird, versteht sich von selbst,  
 jedoch sollen die Mütter, welche sich persönlich mit ihren Kindern befaßen  
 wollen, dazu das Recht haben, was sie indessen nicht von ihrer Verpflich-  
 tung entbindet, täglich während einer gewissen Anzahl von Stunden kör-  
 perliche Arbeiten zu verrichten. Derjenige, der sein ihm von der Commune  
 zubictirtes Pensum gearbeitet hat, kann in der übrigen Zeit treiben was  
 ihm behagt; er kann faulenzeln, spazieren gehen, das Theater, sei es als  
 Schauspieler; sei es als Zuschauer besuchen, sich mit der Wissenschaft ab-  
 geben, Erfindungen machen u. Wie lange ein Jeder körperlich zu ar-  
 beiten hat, hängt von den natürlichen Bedingungen der Localität, den klimati-  
 schen Einflüssen des Landstriches und der Jahreszeit ab; Ausnahmen für  
 Kranke und Schwächliche werden zugestanden. Der Artikel 20 erklärt, daß  
 „alle Rechte, Pflichten und Einrichtungen, welche sich aus der gegenwärtigen  
 socialen Ordnung ergeben, alle Insamieen der Jurisprudenz, der Polizei  
 und der Religion in der neuen Ordnung der Dinge keinen Platz mehr  
 haben.“ Der folgende Paragraph behandelt das Verhältniß der beiden  
 Geschlechter zu einander, und bestimmt, „daß die Beziehung der

beiden Geschlechter zu einander vollkommen frei ist; nachdem einmal die gegenseitige Zustimmung erfolgt, können Mann und Frau heirathen und wieder heirathen, so oft und so lange es ihnen gut scheint. Die Erziehung der Kinder ist der Gesellschaft anvertraut.

## Achtes Capitel.

### Nordamerica.

1. In diesem Lande steht dem Socialismus höchst wahrscheinlich eine große Entwicklung bevor. Alle Verhältnisse sind dazu angethan, und die freie Meinung kann sich dort fast ohne Schranken bewegen. Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit erlauben allen Parteien offen ihre Ansichten zu entwickeln und Anhänger zu werben und das „Proletariat“ macht reichlichen Gebrauch von jenen Rechten. Zudem herrscht der Materialismus, der Vater des modernen Socialismus, in der neuen Welt noch weit ausgedehnter als in der alten. Das rücksichtslose, aller moralischen Schranken bar gewordene Streben nach Besitz und Genuß bringt rasch die grellsten Classenunterschiede hervor, während bei uns die alte Tradition sich immer noch starken Einfluß bewahrt hat. Nordamerica ist das Land der reinen „Bourgeoisie“, deren Herrschaft nicht durch Monarchie und Adel beeinträchtigt wird, der Herrschaft des Besitzes. Während in Europa schon Reichthum und Erfolg jeden Matel der Sittlichkeit zudecken, so gilt dort erst recht der Grundsatz: Non olet. Der Materialismus, der die nordamericanische Gesellschaft durchdringt, bringt Erscheinungen hervor, die an die grauenvollsten Zustände des untergehenden, alles sittlichen Haltes verlustig gewordenen Alterthums erinnern. Besonders grell äußert sich jener unheilvolle Geist auf dem sittlichen Gebiete; die Immoralität der Geschlechter wächst ins Grenzenlose, die Familie, die Wurzel eines jeden gesunden Staatswesens, löst sich in den

Städten und den höheren Ständen auf. Verführung und überhandnehmende Prostitution beeinflussen das sittliche Leben in wachsendem Grade und die Schranken der Geschlechter werden niedergestrichen. Das Schrecklichste aber, was am meisten an die Greuel des Alterthums erinnert, ist der zunehmende Umfang des künstlichen Abortus und des damit zusammenhängenden Mordes. Diese Zustände werden schon als ein americanisches Laster betrachtet, da sie in der alten Welt nirgends in dem Maße vorkommen wie dort. Frauenzimmer, die sich solchen „Ärzten“ und deren Helferinnen anvertrauen, sind vielfach verloren. Die Männer und Weiber, die sich diesem Gewerbe widmen, haben vollauf zu thun und dürfen es sogar wagen, sich in den Zeitungen — eine Schmach für die Presse — anzukündigen, ein Beweis, wie abgestumpft das öffentliche Moralgefühl bereits ist. Als in Chicago eine Anzahl solcher handwerksmäßiger Kindermörder bloß gestellt wurde, bemerkte die „Illinois Staatszeitung“ in einem Artikel über „bethlehemitischen Kindermord“, auf Thatsachen und Geständnisse sich gründend: „Niemand, der von dem abscheulichen Gegenstande auch nur so viel erfahren hat, wie Jedermann erfahren muß, der nicht geflissentlich Augen und Ohren verstopft, wird es für übertrieben halten, wenn man sagt, daß alljährlich in den Ver. Staaten mindestens eine Viertel Million, wahrscheinlich aber eine halbe Million Furchtabtreibungen stattfindet.“

Die Zukunft eines Landes mit solchen Zuständen ist im höchsten Grade gefährdet. Es kann allerdings noch auf lange hinaus gedeihen und sich sogar zu bewundernswerther äußerer Größe erheben. Schließlich aber muß es, wenn keine moralische Umkehr kommt, an innerer Fäulniß und Kraftlosigkeit zu Grunde gehen. Die Entvölkerung droht ihm ganz nach dem Vorbilde der alten Welt. Bereits soll sich bei den eigentlichen Nantees die Thatsache geltend machen, daß ihr Geschlecht abnimmt; es wird sogar schon die Behauptung ausgesprochen, wenn es so fortgehe, werde der angloamericanische Stamm aussterben. Eine

Stimme in der N. Allg. Ztg. (1871 Nr. 277) sagt, daß „die statistischen Nachrichten von den Neu-England-Staaten die Zahl der Sterblichkeit unter den eingeborenen Amerikanern weit überwiegen über die Geburten derselben darbieten.“ Die Bevölkerung gerade der tonangebenden Staaten würde ohne den Nachschub von der alten Welt her aussterben.

Ueber die Ränksichtigkeit und schamlose Bestechlichkeit der amerikanischen Richter und Geschworenen sind schon viele Klagen laut geworden und die dortige Presse berichtet mit wüthen Worten von der Thatsache, je reicher ein Mörder und Betrüger sei, um so sicherer werde er freigesprochen. Es ist die unerbüllte Herrschaft des materialistischen Besitzes, die sich immer mehr in jenem Lande ausbreitet und von seinem Standpunkte aus urtheilt daher ein Socialist ganz richtig, wenn er (Vollständig 1871, No. 95) aus Newyork schreibt: „Nirgend's in Europa ist der Kampf des Proletariats rein und einzig gegen die Bourgeoisie gerichtet, denn die wirthschaftlichen Zustände sind dort überall verquickelt mit einer Masse alter, feudaler, klerikaler und monarchischer Ueberreste, und das Proletariat muß nothgedrungen Hand ans Werk legen, um den alten Schutt wegzuräumen und reine Bahn zu machen. Hier (in America) aber herrscht die reine unerbüllte, nackte Bourgeoisie.“ Besonders deutlich tritt dieser Charakter der nordamerikanischen Gesellschaft seit Niederwerfung des Trennungsversuches der Südstaaten hervor, indem seit jener Zeit die Capitalherrschaft sich immer reiner entwickelt. Die Concentration des Besitzes in wenig Hände geht rasch vor sich, wird aber stets wieder von Neuem ausgeglichen durch den ununterbrochen fließenden Strom der Einwanderung. Die amerikanische Gesellschaft kann sich noch über ungeheure Gebiete ausdehnen und dieselben in Ausbeutung nehmen. Daher ist das Aufeinanderplayen der socialen Gegensätze in jenem Lande sehr localisirt, und die Menschen wohnen noch nicht so enge aufeinander wie bei uns. Wenn aber einmal das ganze Gebiet cultivirt und dicht bewohnt ist, wenn die social-ökonomische



Scheidung der Gesellschaft nach Besitz und Nichtbesitz sich über das ganze Land erstreckt, dann wird der sociale Krieg mit voller Wuthlosigkeit geführt werden. Dorkaufing aber bewirken die erwähnten für Nordamerika charakteristischen Umstände, daß das sociale Leiden die Lebenskraft der Gesellschaft anscheinend noch gar nicht berührt.

2. Dieselben Ursachen wie in der alten Welt haben auch in der neuen den Gegensatz zwischen Capital und Arbeit hervorgerufen; er herrscht dort unvermittelter als bei uns. Selbst der Umstand, daß der Arbeitslohn in America als in einem aufblühenden Lande sehr hoch ist, kann den Vorgang der Scheidung nur etwas verlangsamen. Diese Wirkung wird aber durch andere Verhältnisse wieder ausgeglichen. Rasch trat in den größeren Mittelpunkten des Verkehrs und der Industrie das Classenbewußtsein auf und machte sich durch Arbeitsvereinigungen geltend, die theilweise in großartigem Maßstabe in's Werk gesetzt wurden. Eine Eigenthümlichkeit der americanischen Arbeiterbewegung ist die Vereinigung zu Logen, oft mit den absonderlichsten Bezeichnungen; so haben z. B. die Schuhmacher nach ihrem Schutzpatron ihre Crispinerverlogen. An sich sind derartige Verbindungen noch nicht socialistisch, und ihre Bestrebungen bilden eine äußerst bunte Musterkarte von den unschuldigsten bis zu den tollsten Tendenzen. Viele aber werden rasch zu Pflanzstätten des Socialismus. Der raschen Ausbreitung antisocialer Meinungen schadet übrigens diese bei den americanischen Arbeitern so beliebte Manie, sich geheim zu organisiren, sich durch besondere Losungsworte und Erkennungszeichen zu unterscheiden. Auch mengen sich viele Sectirer, Idealisten, Schwärmer und Schwindler in jene Vereinigungen, und an diesem Uebel ist schon mancher Arbeiterverein zu Grunde gegangen. Im „Vollstaats“ (1871, No. 57, Beilage) klagt eine Stimme darüber, daß die (wenn auch mit Unrecht) herrschende Idee, jeder könne in America schnell reich werden, die Entwicklung der Arbeiterbewegung (im

Sinne eines verzweifelnden Proletariats) komme. Doch ist auch dieß nur ein untergeordnetes Moment, welches die Bildung des proletarischen Gegensatzes gegen jeden Privatbesitz wohl verzögern, aber nicht verhindern kann.

Viele jener Arbeitervereine haben den Charakter der englischen Gewerkschaften, sie sind förmliche Trade's Unions nach britischem Muster; ihre Ziele sind mehr social-ökonomischer als politischer Natur. Die deutschen Arbeitervereine, besonders in Newyork, hatten durch den deutsch-französischen Krieg eine heftige Erschütterung erfahren, indem bei vielen ihrer Mitglieder die patriotische Begeisterung stärker wirkte, als der internationale Gedanke einer socialistischen Verbrüderung; doch trat bald eine Ernüchterung ein und die americanische Wirklichkeit machte sich wieder geltend. Als eine andere Ursache, warum viele Arbeitervereine nicht gedeihen wollen, wird im Berichte der deutschen Arbeiter-Union zu Newyork für das letzte Halbjahr 1871 (Volksstaat 1872, No. 20) angegeben, daß gar viele dieser Vereine, während das Verhältniß zwischen Capital und Arbeit ein entgegengesetztes sei, diese Gegner hätten versöhnen wollen. Diese Vereine stehen also noch auf dem Boden einer „bürgerlichen“, das Eigenthum achtenden Anschauung. In dem eben erwähnten Bericht sagte der Secretär jener Union: „Noch zwei Worte über die Arbeiterfreunde und Reformer; sie sind die allerschlimmsten Feinde der arbeitenden Classe, sie versprechen alles und halten nichts. Darum, Arbeiter, haltet das eine fest: die Befreiung von der Lohnsklaverei kann nur durch den Arbeiter selbst erzwungen werden, und das Mittel dazu ist die Vereinigung der Arbeiter aller Länder.“ — Die Arbeiter Nordamerikas haben sich schon längst zu großen Bündnen vereinigt. Die „National Labour Union“ hielt im August 1869 einen Congreß zu Philadelphia; damals zählte jene Vereinigung angeblich über 800,000 Mitglieder; auf dem Congreß waren vertreten 147 Vereine von Schuhmachern mit 50,000, 30 von Kohlenarbeitern mit 40,000 Mitgliedern, 204 Vereine von Eisen-

arbeitern und Bergleuten, 70 von Maurern, 112 von Buchdruckern, ferner Gypfer, Schmiede, Mechaniker, Zimmerleute, Schreiner u. s. w. Die africanische Race war durch 8 Abgeordnete vertreten, auch Frauen waren anwesend. Im Jahre 1871 hielt die „National Labour Union“ ihren Congreß vom 7.—10. Aug. zu St. Louis. Die Bestrebungen dieser Vereinigung ergeben sich aus ihrem sehr umfassenden Programm. Es beginnt mit dem Grundsatz: daß Land, Wasser, Luft und die Elemente überhaupt ein gemeinsames Geschenk der Natur seien, daß die Regierung aber der Verwalter und darum berechtigt wie verpflichtet sei, den Mißbrauch der Güter zu Gunsten privilegirter Classen und Corporationen, und namentlich zu Gunsten von Nichtproducenten \*) zu verhüten. Troßdem, daß die Vereinigten Staaten unbeschränkte Hilfsquellen haben, so habe doch die Masse der Arbeiter keinen Ueberschuß über den nothwendigen täglichen Bedarf, und man müsse in Krankheits- und Unglücksfällen zur Armuth, wenn nicht gar zu Verbrechen herabsinken. Die Slaverei sei zwar abgeschafft, allein der Arbeiter stehe ziemlich in demselben Verhältnisse des Slaven zu seinem Herrn und Meister, welcher dem Arbeiter die härtesten Bedingungen dicire. Die „Arbeiter-Union“ erklärt sich hierauf gegen die Bank-Monopole als Nichtproducenten, welche mit dem Producte der Arbeit speculiren, sowie gegen die Monopole der übermäßig reich werdenden Eisenbahn-Gesellschaften, welche durch den theuren Transport die Industrie und Arbeit besteuern und bedrücken — gegen die Fabrik-Monopole, welche mit dem aus dem Schweiß billiger Arbeit gezogenen Capital die kleinere Industrie der Handwerker niederdrücken und die Preise der Arbeit ausschließlich zum Nutzen des Capitals bestimmen — ferner gegen Land-Monopole, welche die Staatsländereien ausbeuten und in Zukunft eine Land-Aristokratie wie in England bilden würden. Die „Arbeiter-Union“ stellt sodann in ihrem Programm

\*) D. h. der Eigenthümer.

entsprechende Reformmaßregeln auf, und empfiehlt ebensowohl Cooperativ-Associationen wie eine festgeschlossene Vereinigung aller Arbeiter unter dieser „National-Arbeiter-Union“, um als eine politische Macht in den Wahlen und Gesetzgebungen auf die Verwirklichung ihrer Reformmaßregeln hinarbeiten. (N. Allg. Ztg. 1871, No. 277).

Diese Forderungen erinnern stark an die Bestrebungen der „Internationale“. Noch stärker drückte die Landesversammlung der Arbeitervereine zu Massachusetts aus, indem sie (Vollst. 1871, No. 95) beschloß: „Wir stellen als obersten Grundsatz auf, daß die Arbeit, die Erzeugerin des Reichthums, berechtigt ist zu Allem was sie erzeugt.“ Und der erste Beschluß lautete: „Wir erklären Krieg dem Lohnsystem (der Lohnarbeit).“

3. Es ist Gesetz des Staates Newyork, daß bei allen öffentlichen Arbeiten 8 Stunden das Tagewerk bilden sollen; diese Bestimmung wird aber vielfach nicht eingehalten und andererseits wollen die Arbeiter die achtfündige Arbeitszeit auch auf die Privatindustrie ausdehnen. Am 13. September 1871 machten sie daher eine große Demonstration zu Gunsten ihres Vorhabens. Sie durchzogen die Stadt mit ihren Bannern und Inschriften; auch die „Internationale“ betheiligte sich dabei mit einer rothen Fahne. Unter den zahlreichen Inschriften, die im Zuge getragen wurden, erwähnen wir: „Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Ausbildung und Erholung, acht Stunden Schlaf“, „Acht Stunden oder hütet Euch!“ „Acht Stunden — friedlich wenn möglich, gewaltsam wenn nöthig!“ Nach der Demonstration wurde eine Versammlung gehalten und dabei die Verbrüderung der Arbeiter gefeiert. Man hielt Reden, welche darauf hinausgingen, daß die Bergwerke, Eisenbahnen, Canäle u. s. w. Gemeineigenthum werden sollten, daß die Arbeiter sich von den beiden großen politischen Parteien des Landes, der republicanischen und demokratischen, (radicalen und conservativen)

stehen und diesen beiden „Bourgeoisieparteien“ gegenüber eine reine Arbeiterpartei mit socialen Programmen bilden sollten. Doch kann man bereits als sicher annehmen, daß die Arbeiterbewegung für 1872 wieder gescheitert ist.

Die „Internationale“ erfreut sich in Nordamerika eines ziemlich starken Aufschwungs, wenn auch die bereits erwähnten Verhältnisse der raschen Verbreitung des politischen Socialismus sehr hemmend im Wege stehen. Die erste Section wurde 1867 in Newyork gegründet; seit dieser Zeit hat sich die Anzahl derselben stark vermehrt, wenn auch genaue und zuverlässige Angaben über den Umfang der Bewegung fehlen.\*) Die Adresse des Generalkraths über den Bürgerkrieg in Frankreich wurde stark in America verbreitet.

4. Ähnlich wie in der Schweiz durch Vatutin entstand auch in Nordamerika eine Spaltung, die noch nicht beseitigt ist. Wir folgen bei Darstellung derselben einem Berichte der Madrider „Emancipacion“ vom 22. Juni 1872 (Volksst. 1872 No. 57). Die Ursache der Spaltung sind dort zwei Schwestern, sehr reich, Anhängerinnen der Frauenemancipation und besonders der „freien Liebe.“ Ihre Namen sind: Frau Victoria Woodhull und Frau Jenni Claflin, Besitzerinnen eines, „Woodhull and Claflin's Weekly“ genannten Blattes. Sie traten in die „Internationale“ ein, Frau Woodhull in die

\*) Ein Bericht im „Volksst.“ (1871 No. 77) bemerkt, es seien kürzlich beigetreten die Section Nr. 13, aus dem Bunde der Freidenker entstanden, in New-York, eine französische Section (Nr. 14) in St. Louis, eine französische Section (Nr. 15) in New-Orleans, und eine deutsche Section (Nr. 16) in San Francisco. . . . Nach einem weiteren Berichte (Volksst. 1872 No. 1) traten im Nov. 1871 der Organisation der „Internationale“ ferner bei: eine deutsche Section von Philadelphia (Nr. 25), eine americanische Section von Philadelphia (Nr. 26), eine americanische Section von Vineland, New-Jersey (Nr. 27), eine irische Section von Stadt Newyork (Nr. 28), eine französische Section von Paterson, New-Jersey (Nr. 29), eine französische Section von Philadelphia (Nr. 30).

Section 12, Frä. Glavin in die Section 9 in Newyork. Bald bildeten sich in den verschiedensten Theilen des Landes neue Sectionen, bestehend aus Anhängern des Schwesterpaars. Jede Section hatte das Recht, einen Delegirten in das in Newyork tagende Centralcomite zu senden. „Die Folge war, daß sehr bald dieser ursprünglich aus deutschen, irischen und französischen Arbeitern zusammengesetzte Föderalrath von einer Menge americanischer, bürgerlicher Abenteuerer beiderlei Geschlechts überfluthet wurde. Die Arbeiter wurden in den Hintergrund gedrängt. Der Sieg der beiden speculirenden Schwestern erschien gewiß.“ Am 30. Aug. 1871 erließ nun Section 12 ihr Manifest, gezeichnet W. West, Secretär. Darin heißt es:

„Das Endziel der „Internationale“ ist einfach, den männlichen und weiblichen Arbeiter durch Eroberung der politischen Macht zu emancipiren. Es schließt ein zuerst die politische Gleichheit und sociale Freiheit beider Geschlechter. Politische Gleichheit bedeutet die persönliche Theilnahme eines Jeden an der Vorbereitung, Verwaltung und Ausführung der Geseze, nach denen alle regiert werden. Sociale Freiheit bedeutet vollständige Sicherstellung vor aller und jeder ungehörigen Einmischung in alle Angelegenheiten rein persönlicher Natur, als z. B. religiöse Ueberzeugung, das Geschlechtsverhältniß (!), Kleidertracht u. s. w. Ferner ist darin einbegriffen die Errichtung einer Universalregierung für die ganze Welt. Selbstredend ist auch die Abschaffung aller Sprachverschiedenheit (!) in diesem Programm einbegriffen. . . Die Arbeit der Internationale schließt nichts Geringeres ein, als die Bildung, innerhalb der bestehenden Formen, einer neuen Regierungsform, die die alten zu ersetzen bestimmt ist.“

Die »Emancipacion« bemerkt hiezu, es handle sich also bei diesem Unternehmen nicht darum, die Grundlagen des bestehenden Staates umzuwälzen; was die „Internationale“ des Londoner Generalrathes will, sondern um ihn auszubeuten. Die neue „Internationale“ jener beiden Frauenzimmer mußte sich zu diesem Zweck von der Oberhoheit des bisherigen Generalrathes, von der Herrschaft der Generallstatuten und der bestehenden Congressbeschlüsse emancipiren und zu diesem Zwecke proclamirte Section 12 („W. und Gl. Weekly“, 21 Oct. 1871) „das unabhängige Recht jeder Section, die Congressbeschlüsse, die Statuten

und Verordnungen des Generatraths frei auszulegen, indem jede Section für ihr eigenes Auftreten verantwortlich ist."

Das Durcheinander nahm jetzt zu, indem sich neben Abenteurern und Schwindlern aller Art, neben Schülern und Schülerinnen der „freien Liebe“, sogar noch Geistesklöpfer und ähnliche Vertreter des americanischen Spiritualismus in die Sectionen jener beiden Frauenzimmer eindrängten. Endlich erließ Section Nr. 1, die erste in America gebildete Section der „Internationale“ (Deutsche) einen Aufruf, worin der wesentlich proletarische Charakter der Association gegenüber dem Beginnen jener gebornen Americaner hervorgehoben wurde. Die americanische Muttersection Nr. 12 antwortete sofort. In „W. u. G. Weekly“ vom 18. November 1871 erklärte sie durch ihren Secretär West: „Die Ausdehnung des gleichen Bürgerrechts auf die Frauen muß, in der ganzen Welt, vorhergehen jeder allgemeinen Veränderung im Verhältniß zwischen Capital und Arbeit. . . (Die internationale Arbeiterbewegung soll also dem Verlangen nach Frauenemancipation dienlich gemacht werden.) Die Section Nr. 12 muß ebenfalls sich erheben gegen die falsche Annahme, die den ganzen Protest (der Section 1) durchdringt, als sei die internationale Arbeiter-Association eine Organisation der Arbeiterklasse.“ Am 25. November folgte ein neuer Protest der Section 12, worin es heißt: „Die Behauptung (der Generalkstatuten), daß die Arbeiterklasse nur durch sich selbst emancipirt werden kann, ist nicht zu leugnen, aber sie ist wahr, blos in dem Sinn, daß die Arbeiterklasse nicht gegen ihren eigenen Willen emancipirt werden kann.“ Nun verlangte die (deutsche) Section 1 vom Central-Comite die Entfernung der Section 12 und die Ausschließung der Delegirten aller Sectionen, die nicht zu mindestens zwei Drittel aus Lohnarbeitern beständen. Auf diese Forderung hin spaltete sich das Central-Comite; ein Theil der Deutschen und die Irländer nebst einigen Franzosen unterstützten die Section 1, während die Americaner nebst der Mehrzahl der französischen und zwei deutschen Sectionen ein neues Central-

Comite bildeten. Der dem Londoner Generalrath tren gebildete Theil des alten Comite's erstieg am 4. December 1871 ein Circular, worin gesagt wird: „In dem Centralcomite bestand schließlich die Mehrheit aus beinahe in Vergessenheit gerathenen Reformatoren und Volksbeglückern, und so kam es, daß die Leute, die das Evangelium der freien Liebe predigten, brüderlich neben denen saßen, welche die ganze Welt mit einer gemeinsamen Sprache beglücken wollen. . . . Der erste Schritt, welcher hier gethan werden muß, um die Bewegung zu fördern, ist: zu organisiren und gleichzeitig das revolutionäre Element anzuregen, welches in dem Gegensatz der Interessen des Arbeiters und des Capitalisten liegt. . . . Die Delegirten der Sectionen 1, 4, 5, 7, 8, 11, 16, 21, 23, 24, 25 und andere Sectionen, nachdem sie gesehen, daß alles Bemühen, diesem Unfug zu steuern, vergeblich war, beschloßen deshalb nach unbestimmter Vertagung des alten Centralcomites (3. December 1871) ein neues zu gründen, welches aus wirklichen Arbeitern besteht.“

Auch das andere Centralcomite, bestehend aus den Anhängern der Woodhull, war sehr rührig, und stiftete viele Sectionen, die aber nur schwach sein sollen. Beide Comites appellirten an den Generalrath in London, und bis zu dessen Entscheidung zogen sich verschiedene Sectionen, darunter sämtliche irische, ganz zurück. Der Generalrath faßte seine Beschlüsse am 5. und 12. März (veröffentlicht im „Volksstaat“ 1872, Nr. 37). Beide Centralcomites wurden aufgefordert, sich wieder zu vereinigen und als ein und derselbe provisorische Föderalrath zu handeln bis zum Zusammentritt eines amerikanischen allgemeinen Congresses, denn Centralräthe hätten den Zweck, in jedem Lande der Arbeiterbewegung die Macht der Einheit und Verbindung zu sichern, und das Bestehen von zwei nebenbuhlerischen Centralräthen für dieselbe Föderation sei daher eine offene Verletzung der Generallstatuten; ferner empfahl der Generalrath die Einberufung eines allgemeinen Congresses von Abgeordneten der Sectionen und verbündeten Vereine der Vereinigten Staaten



zum 1. Juli 1872; diesem Congreß gebühre die Ernennung des Vöbderalrathes für die Vereinigten Staaten; derselbe Congreß habe die alleinige Befugniß, die Nebengesetze und Regeln für die Organisation der Internationalen Arbeiter-Association in den Vereinigten Staaten festzustellen, aber solche Nebengesetze und Regeln dürften nichts enthalten im Widerspruch mit den Generalstatuten und Regeln der Association. Section 12, die den Anlaß zur Spaltung gegeben, wurde vom Generalrath kraft Verwaltungsbeschluß II, 6 des Baseler Congresses suspendirt bis zum Zusammentritt des nächsten Congresses, weil sie beschlossen, daß jede Section das unabhängige Vorrecht besitze, nach ihrem Belieben die Verhandlungen der verschiedenen Congresses und die Generalstatuten und Regeln zu deuten, ein Beschluß, welcher, wenn allgemein beobachtet, von der Internationalen Arbeiter-Association nichts als den Namen übrig lassen würde. Ueberdies beschloß der Generalrath noch Folgendes:

„In Erwägung, daß die Internationale Arbeiter-Association laut Generalstatuten ausschließlich aus „Arbeitergesellschaften“ bestehen soll, (Siehe Artikel 1, 7 und 11 der Generalstatuten), daß demgemäß Art. 9 der Generalstatuten, lautend: „Jedermann, der die Grundsätze der Internationalen Arbeiter-Association anerkennt und vertheidigt, kann Mitglied werden“, keineswegs zur Bildung von Sectionen berechtigt, welche ausschließlich oder vorzugsweise aus nicht der Arbeiterklasse angehörigen Mitgliedern bestehen; daß dieser selben Ursache wegen der Generalrath vor einigen Monaten verhindert war, eine aus Studenten bestehende slavische Section anzuerkennen; daß die gesellschaftlichen Zustände der Vereinigten Staaten, obgleich in vielen anderen Punkten dem Erfolg der Arbeiterbewegung äußerst günstig, ganz besonders das Eindringen von Scheinreformern, bürgerlichen Quacksalbern und politischen Schacherern in die Internationale Arbeiter-Assoc. erleichtern; aus diesen Gründen empfiehlt der Generalrath, daß in Zukunft keine neuen americanischen Sectionen aufgenommen werden, welche nicht wenigstens zu zwei Dritteln aus Lohnarbeitern bestehen.“

Durch diese Entscheidungen des Generalrathes scheint der Streit vorläufig beigelegt zu sein, indem das Gelahren der Section 12 als nicht im Sinne der „Internationale“ erklärt wurde. Was die Weiterinnen der Spaltung eigentlich bezweckten,

wurde klar; Section 12 und ihre Anhänger hielten vom 9. bis 11. Mai 1872 zu Newyork eine große Versammlung ab und proclamirten in derselben Frau Victoria Woodhull zur Candidatin für die bevorstehende Wahl eines Präsidenten der Vereinigten Staaten, und zwar im Namen der „Internationale“. Daraufhin scheinen sich die meisten Arbeitersectionen, besonders Franzosen und Deutsche, soweit sie sich hatten verführen lassen, zurückgezogen und den Beschlüssen des Generalraths unterworfen zu haben, so daß jenes Comité der Woodhull, wie unsere Quelle (die „Emancipacion“) angibt, nur noch die bekannten zweideutigen americanischen Elemente vertrete. Diese wollen nun eine eigene, ausschließlich americanische „Internationale“ stiften. Inzwischen hat der Generalrath auf Anfragen erklärt, daß er nur das ursprüngliche Comité anerkenne.

Die „Emancipation“ fügt dieser Darstellung bei: „Alle Unparteiischen müssen sich nach diesen Thatsachen fragen: wann und wie hätte dieser Scandal ein Ende genommen, wenn kein Generalrath existirte mit der Vollmacht, die Grundprincipien der „Internationale“ aufrecht zu halten, und Sectionen und Föderationen zu suspendiren, die die Association in das Werkzeug ihrer politischen oder persönlichen Zwecke zu verwandeln versuchten?“

(In Newyork ist, wie das dortige Wochenblatt „The Days Doings“ berichtet und wie nach ihm deutsche Blätter erzählen, die Nichte von Karl Marx, Fräulein Judith Marx, besonders thätig für die Verbreitung der Ideen der „Internationale“ und der „Commune“.)

## Neuntes Capitel.

### Oesterreich.

1. Dieses Land ist in der eigenthümlichen Lage, daß es nicht bloß am socialen, sondern in noch viel höherem Grade

am nationalen Gegensatz krank. Die politischen Parteien, besonders die beiden großen Principien des föderalistischen, historisch gewordenen Kaiserthums und des modernen Einheitsstaates liegen mit einander im heftigsten Kampf. Man kann sagen, daß in Oesterreich über die künftige Gestaltung Mitteleuropas entschieden wird; denn der endgiltige Sieg des einen oder anderen Principis in jenem gewaltigen, zwischen Morgen- und Abendland liegenden Staat muß nothwendig auch auf die Politik der anderen Länder einen entscheidenden Einfluß üben. Zwischen dem politischen und nationalen Zwiespalt erwächst allmählig der sociale. Noch ist er nicht rein social geworden; er wird größtentheils noch durch die beiden andern Gegensätze überdeckt und ist besonders stark mit den politischen Bestrebungen verquickt. Die Bildung einer ausschließlich socialistischen Partei ist in Oesterreich noch gar nicht möglich, der reine Classenkampf kann nicht zu Tage treten. Dennoch aber hat der Socialismus in Oesterreich eine bedeutende Macht erlangt. Hauptpunkte seiner Agitation sind Wien, Pest, Graz und Brünn, sowie überhaupt alle industriellen Bezirke. Fast überall kam es schon zu wiederholten und ernstern Conflicten mit der Polizei und selbst mit dem Militär, so daß die sociale Frage schon aus dem Stadium des bloßen Wetterleuchtens herausgetreten ist. In Graz wurde im Frühjahr 1872 eine förmliche Schlacht zwischen Arbeitern und Militär geliefert, wobei es viele Verwundete und sogar auch einige Tode gab. Der fanatische Haß der Grazer Arbeiter gegen Gott und die bestehende gesellschaftliche Ordnung möchte schwerlich anderswo in Deutschland stärker sein. Die Führer schrecken vor derartigen Gravallen, obgleich sie gänzlich aussichtslos sind, nicht zurück, denn sie halten bei solchen Gelegenheiten zugleich Heerschau über die Revolutionsarmee; jeder solche Zusammenstoß führt zugleich das erwünschte Ergebnis mit sich, daß die sociale Kluft stets erweitert und ihre Ausfüllung schwieriger wird.

Das öffentliche Auftreten des neueren Socialismus in

Oesterreich datirt erst aus dem Jahre 1868, als die Schranken des früheren Vereinsgesetzes fielen. Hatten die antisocialen Elemente vorher nur im Stillen wirken können, so traten sie jetzt überall leb hervor und Wien wurde der Hauptpunkt für die Agitation. Rasch faßten die Lassalle'schen Principien Boden und fanden ungeheueren Beifall. Tausende von Arbeitern, — man spricht von 6- bis 12000 — traten damals in den Wiener Lassalle'schen Verein. Die auf Seite der „Bourgeoisie“ stehende Partei der Selbsthilfe nach Schulze-Delitzsch'schem Muster konnte dagegen nicht aufkommen, ihre Versammlungen wurden wiederholt von den Socialisten aus einander gesprengt. Auf dem Eisenacher Congreß, auf welchem die Bildung der „socialdemokratischen Arbeiterpartei“ Deutschlands vor sich ging, waren aus Oesterreich, wie das Protokoll jenes Congresses angibt, 98607 Arbeiter durch Abgesandte vertreten, darunter aus Wien 59000 und aus Böhmen 25000. Man darf sich freilich durch diese colossalen Zahlen nicht täuschen lassen, allein sie beweisen immerhin, daß die Bewegung damals sehr stark war.

Bald suchte auch die „Internationale“ in Oesterreich Propaganda zu machen und es gelang ihr Anfangs sehr gut. Hillmann gibt (a. a. O. S. 14) für Wien 10,000 Anhänger der „Internationale“ an, was uns nicht zu viel erscheint, wenn man nicht die wirklich in die Listen eingetragenen Arbeiter, sondern die Parteigenossen überhaupt rechnet, d. h. alle jene, welche den Principien der „Internationale“ anhängen und zur rechten Zeit dem Rufe der Führer folgen werden. Man rechnet, daß in Wien und dessen nächster Umgebung 300,000 Arbeiter leben, die bloß auf die tägliche Arbeit angewiesen sind und von jeder Schwankung des Marktes abhängen. Der leichtlebige und gennußsüchtige Sinn des Volkes erschwert das Sparen sehr und verfährt die Massen mehr zu der Anschauung, nur von socialen Umwälzungen eine Besserung ihrer Lage zu hoffen. Indessen hat es die „Internationale“ in Oesterreich noch nicht zur Bildung von regelmäßigen Sectionen und Föderationen gebracht, die

unter sich und mit dem Generalrath in einem geordneten Verkehr stehen, wie dieß in den meisten andern Ländern der Fall ist. Der Grund liegt darin, daß die politischen und nationalen Gegensätze zur Zeit Alles überdecken. Dennoch aber werden die Massen von den socialistischen Tendenzen immer stärker durchdrungen. Beispielsweise wurden in Wien in der Zeit vom 29. Juni bis 7. Juli 1872 nicht weniger als 11 Arbeiterversammlungen abgehalten und in denselben socialdemokratische Fragen besprochen. Die Helden der Pariser Commune werden verherrlicht, die Arbeiter in fortwährender Erregung gehalten und wenn der günstige Moment gekommen ist, bedarf es bloß eines rücksichtslosen und für seine Sache begeisterten Führers, und in Wien, Pesth, Brünn, Prag und andern Orten kann die Commune proclamirt werden.

Aber gerade an den richtigen Führern scheint es den österreichischen Socialisten zu fehlen. Alles artet in ein Clique- und Coteriewesen aus, die Häupter der Bewegung sehen mehr auf sich und ihre Privatinteressen, statt auf die Sache und auf die socialistischen Principien, für welche sie angeblich eintreten wollen. In der Regel ohne feste Grundsätze, ohne gründliches Wissen, besitzen jene Herren nur etwas savoir faire, Lust und Talent zur Intrigue, vor allem aber verstehen sie zu sprechen und von sich reden zu machen; es schmeichelt ihnen, die „Arbeiterkönige“ zu spielen und als solche vom Philisterium angstvollen Blickes betrachtet zu werden; Arbeitscheu, Ehrgeiz und fortdauernde Geldnoth sind bei ihnen vereinigt. Mit solchen Deuten ist dann aber auch fast Alles zu machen. Was ihnen fehlt und worunter die socialistische Bewegung dort leidet, ist die Begeisterung für die Sache selbst; denn der doctrinäre, von tiefem Gefühl und auch von Wissenschaftlichkeit getragene, die ganze Persönlichkeit erfüllende Socialismus, der in Deutschland, Frankreich und Italien so sehr vertreten ist, hat in Oesterreich keinen Boden. Das Wiener Klima ist nicht geeignet für Idealisten. Manche der Arbeiterführer scheinen wirklich von

den Sparsparrenigen der Arbeiter ein müßiges Leben zu führen, während die große Masse nur als Stimmvieh benützt wird und den Plänen der Führer dient. Eine hervorragende, einzig der Sache selbst mit glühender Begeisterung dienende Persönlichkeit, ein Mann, der mit unverwüßlichem Ernste für die Sache des Socialismus eintritt, ein Agitator vom Schlage eines Marx oder gar eines Mazzini, Männer wie Bebel, Liebknecht zc., haben es in Oesterreich, wenn sie überhaupt dort existiren, noch zu keiner Rolle gebracht.

2. Die Führer der österreichischen Arbeiter gründeten sich im „Volkswillen“ in Wien ein Organ. Bald traten jene Herren in engere Beziehungen zu den deutschen Socialdemokraten des Eisenacher Programmes und durch diese zur „Internationale“. Das „Bürgerministerium“ Herbst-Gisstra scheint sich der Arbeitermassen sehr stark zu Demonstrationen gegen „Reaction und Klerus“ bedient zu haben, um so die „liberalen“ Gesetze in Bezug auf Schule, Ehe und Kirche durchzubringen. Es ist dieß ein Beweis, daß der socialistische Gedanke bei den Arbeitern Oesterreichs noch wenig Wurzeln geschlagen hatte, denn sie bewegten sich ganz im Schlepptau der „Bourgeoisie“. Die Arbeiter Wiens machten damals die Feste der „liberalen“ Partei mit, vielleicht ohne zu wissen, daß ihr angeblicher Meister Cassalle die Feste und Reden derselben Partei in Preußen mit der ganzen Dauge seines Spottes übergossen hatte. In Deutschland wäre es nunmehr ganz unmöglich, daß sich socialistische Arbeiter massenhaft für Zwecke der „Bourgeoisie“ gebrauchen ließen, während die Arbeiter Wiens sich noch nicht in gleicher Weise emancipirt haben. — Als dann die Arbeiter vom Ministerium Gegenleistung verlangten, wies man sie ab. Am 13. December 1869 zogen ungeheuere Menschenmassen auf den Paradeplatz zu Wien, um ihre Führer zu unterstützen, welche in Anwesenheit dieser drohenden Revolutionsarmee von den Ministern das allgemeine Wahlrecht verlangten. Diese waren aber

ihrer Sache zu stehen, um durch Demonstrationen eingeschüchtert zu werden; sie ließen die Veranstalter des Aufzuges einsperren und ihnen den Prozeß machen. Gerade als die Arbeiterführer ihre Strafe antreten sollten, im Sommer 1870, brach der Krieg zwischen Frankreich und Deutschland aus. Der Reichskanzler Graf Beust beabsichtigte damals auf Seite Frankreichs zu treten. Schon seit geraumer Zeit unterhielt er durch Vermittlung seiner Vertrauten Beziehungen zu den Führern der Wiener Socialisten und, man erzählt sich, er habe damals den verurtheilten Arbeiterkönigen den Vorschlag machen lassen, sie sollten eine Volksversammlung abhalten und sich in derselben im Beust'schen Sinne aussprechen. Die betreffende Resolution hätte der schlaue Graf dann allerhöchsten Ortes, wohl als Stimme des österreichischen Volkes, zu verwenden gesucht. Als Gegenleistung stellte Beust eine Amnestie der verurtheilten Arbeiterführer in Aussicht. Diese aber trauten nicht; sie hatten sich überzeugt, daß von der „Bourgeoisie“ doch nichts für den Socialismus zu erwarten sei. Der Plan kam nicht zur Ausführung und erst das conservativ-föederalistische Ministerium Hohenwart gewährte jenen die Amnestie.

Als dieses Ministerium an's Ruder kam, spannten die Arbeiter ihre Hoffnungen anfangs sehr hoch, da Handelsminister Schöffle bei manchen als Socialist galt. Schöffle aber widmete sich einstweilen der Unterstützung des Ausgleichs der Nationalitäten, den sein College Hohenwart mit großer Meisterschaft einleitete. Ferner suchte Schöffle auch dem Börsenschwindel und der Speculationsucht zu steuern, die in Oesterreich ihre entehrende, das Volk aussaugende und alle Stände corrumpirende Thätigkeit selbst in sehr hohe Kreise hinauf ausdehnen. Bald machten auch die Arbeiter wieder Front gegen das conservative Ministerium, vereinigten sich wieder mit der „liberalen“ Partei und endlich gelang es dem Lärm der Massen, dem Einfluß des Grafen Beust, der Opposition der deutschen Cen-

traktierten und der Thätigkeit der ungarischen Regierung, Hohenwort und seine Kollegen zu führen.

Inzwischen hatte die Bildung einer föderalistischen Arbeiterpartei begonnen, hauptsächlich durch den Einfluß von Friedrich Pfotter. Ihr Programm wurde auf einer Versammlung in Brünn im Sept. 1871 in großen Zügen festgesetzt. Sie will vor Allem an dem Bestande Oesterreichs festhalten, in der Weise, wie es sich im Laufe der Zeit aus selbstständigen und unabhängigen Königreichen und Ländern zusammengeschlossen hat; auf diesem Fundamente soll reformirend weiter gewirkt werden. Das Programm verlangt daher möglichste Selbstständigkeit der einzelnen Länder, Selbstverwaltung und Selbstgesetzgebung derselben, Decentralisation in Allem, was nicht nothwendig als Reichsangelegenheit behandelt werden muß, wie Aeußeres, Armee und Reichsfinanzen. Auf socialem Gebiet verlangt die föderalistische Arbeiterpartei Begünstigung des genossenschaftlichen Industriebetriebs durch die Gesetzgebung; Zinsengarantie soll vom Staate nur ausnahmsweise gewährt werden, Coalitionsrecht, Normalarbeitstag und andere Forderungen der socialdemokratischen Partei sind auch in dieses Programm aufgenommen. Dagegen betont dasselbe das Festhalten am Eigenthums- und Erbrecht, und mißbilligt die „Internationale“, auch sofern sie die nationalen Bestrebungen bekämpft.

Wie man sieht, ist in diesem Programm kein Socialismus enthalten, denn Eigenthum und Erbrecht werden ausdrücklich anerkannt, und im Verlangen nach Staatsunterstützung vermögen wir noch keinen Socialismus zu sehen, da ja die „Bourgeoisie“ für ihre industriellen und Verkehrsunternehmungen diese Staatshilfe in Form von Zuschüssen und Zinsgarantien in reichlichem Maße beansprucht und empfängt. Eine religiöse Seite hat das erwähnte Programm nicht, doch wird der Atheismus nicht zum Parteidogma erhoben, wie es der moderne Socialismus, wenn auch nicht immer mit directen Worten, thut. Diese föderalistische Partei hat große Erfolge unter jenem



theile der Arbeiter erzielt, die noch nicht ganz mit der bestehenden Socialordnung gebrochen haben. Sehr viele derselben haben sich von der Wiener Socialistenregierung abgewandt und wurden dadurch auch dem Einflusse der „Internationale“ entzogen. Keinesfalls aber dürfen die Freunde der Ordnung und einer ruhigen Socialreform zu große Hoffnungen auf jene Partei setzen. Die meisten Anhänger der föderalistischen Arbeiterpartei sollen Slaven sein. Aber auch von den deutschen Arbeitervereinen, besonders in Böhmen und Mähren, sind viele mit jenen Principien einverstanden, denn mit großem Unrecht werden die Bestrebungen des österreichischen Föderalismus als gegen die deutsche Rationalität gerichtet, aufgefaßt.

Das „Bürgerministerium Nr. 2“, das Ende 1871 in der Person des Fürsten Auersperg an die Stelle des Ministeriums Hohenwart trat, scheint anfangs die Beziehungen, welche das erste „Bürgerministerium“ mit den Socialisten pflog, wieder aufgenommen zu haben. Es war eine Zeit lang die Rede davon, die Regierung wolle den Arbeiterführern 40,000 fl. leihen, damit sie ihr Organ, den „Volkswillen“, täglich könnten erscheinen lassen; ja man sprach sogar von 60,000 fl., welche das Ministerium zur Errichtung von Productivgenossenschaften geben wolle. Doch wurde bald wieder Alles still und jene Gelder wurden nicht verabfolgt. Dennoch aber wird jede „liberale“ Regierung in Oesterreich so lange als möglich mit den Socialisten Frieden halten, weil sie der Massen als wirksame Bundesgenossen gegen die politischen und religiösen Gegner bedarf.

3. Am 22. April 1872 begann in Pest ein Hochberrathsproceß gegen 28 Arbeiter. Dem Anklageact entnehmen wir, daß der dortige „Allgemeine Arbeiterverein“ in seinem Wochenblatte „Leftveriseg“ oder „Brüderlichkeit“ allmählig socialdemokratische Principien verkündigte, daß er die Verfassung und die monarchische Regierungsform angriff, daß Mitglieder jenes Ver-

eins mit österreichischen und ausländischen Arbeiteragitatoren (darunter Marx in London und Becker in Genf) lebhaften Briefwechsel unterhielten, daß bei den Hausdurchsuchungen viele Zeitungen von der Richtung der „Internationale“ gefunden wurden, daß man socialdemokratische Filialvereine an anderen Orten Ungarns gründete und für Arbeitseinstellungen wirkte; am 11. Juni 1871 veranstalteten die Pesther Socialdemokraten eine Trauerfeierlichkeit wegen des Sturzes der Pariser Commune; dabei wurde die (Arbeiter-)Marseillaise gesungen, es wurden aufrührerische, revolutionär-republicanische Reden gehalten und dieß gab die nächste Veranlassung für die Einleitung jenes Processes. Zur Errichtung des „freien Volksstaates“ schien den Leitern des Vereines ein sehr förderndes Mittel die Verleitung des Militärs zum Eidbruche zu sein, und in einem Pariser Briefe wurde auch die Besetzung der Ofener Citadelle beantragt; es wurde ferner verkündigt, daß das gesammte Eigenthum gemeinsam werden soll, daß der Adel, Clerus und reiche Bürgerstand aufzuhören haben, und daß alle Revolutionen deßhalb bisher ohne Erfolg geblieben seien, weil im Herzen des Volkes noch ein Gott lebe; daher müsse fortan auch Gott selbst geleugnet werden. In einem an die Landbebauer gerichteten Aufruf werden die Arbeiter aufgefordert, die Erträgnisse der Ländereien jetzt schon zu studiren, damit sie bei der allgemeinen Eigenthumsvertheilung die nöthige Aufklärung geben könnten. In einem andern Aufrufe an die Kopfarbeiter werden die Beamten, Officiere zc. aufgefordert, sich diesem Vereine als geistige Proletarier anzuschließen. Auch war beschloffen worden, Apostel heranzuziehen, die das Volk in der Provinz mit socialdemokratischen Ideen vertraut machen sollten. — Die Verhandlung dauerte eine Woche und endete mit der Freisprechung, da der Beweis für den Thatbestand des Hochverrathes nicht erbracht wurde. Es konnte nicht mit Sicherheit erwiesen werden, daß die Angeklagten wirklich die Anstalten zur Ausführung der obigen Pläne getroffen hatten. Nur

einer der Beschuldigten wurde wegen Beleidigung des Kaisers zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt.

## Behtes Capitel.

### Die „Internationale“ in Deutschland.

Da wir uns mit den Zuständen des deutschen Socialismus eingehend beschäftigen werden, so betrachten wir hier nur die Lage der „Internationale.“ In unserm Vaterlande stehen sich zwei socialistische Parteien scharf und unversöhnt, wenn auch — unseres Erachtens wenigstens — nicht unversöhnlich gegenüber, der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ in Berlin, gegründet von Lassalle, und die „Socialdemokratische Arbeiterpartei“, deren Organ, der „Volkstaat“, in Leipzig erscheint. Diese letztere Partei gehört der „Internationale“ an, während das Organ der Allg. Deutschen Arb. Ver., der „Neue Socialdemokrat“, den Londoner Generalrath heftig anfeindet. Wegen gesetzlicher Hindernisse kann die „Internationale“ in Deutschland keine offenen und regelmäßigen Sectionen und Föderationen bilden; die Soc.-Dem. Arbeiterpartei ist daher nur dem Programm der „Internationale“ beigetreten und hat sich dasselbe in seinen wichtigsten Punkten angeeignet. Einen förmlichen deutschen Zweig der „Internationale“, entsprechend der Organisation in England, Spanien, Belgien u. s. w., gibt es daher nicht, obwohl, was das Wesen der Sache anbetrifft, jene Partei die Vertreterin des internationalen Socialismus in Deutschland ist. Wer noch speciell Mitglied der „Internationale“ werden will, muß dieß durch persönlichen Beitritt thun und seinen Beitrag nach London bezahlen. Dieß geschieht indessen durch die Organe der Soc.-Dem. Arbeiterpartei. In dieser Partei bilden die wirklichen Mitglieder der „Internationale“,

deren Zahl indessen nicht groß zu sein scheint, gewissermaßen das Ferment des Socialismus. Während des Leipziger Hochverrathsprocesses (1871) gegen Bebel und Liebknecht, die Häupter der Soc.-Dem. Arbeiterpartei, schätzte der erstere (Sitzg. vom 14. März.) die Mitgliederzahl der „Internationale“ in Deutschland, vielleicht absichtlich niedrig greifend, auf nicht viel über 1000; er sagte — und dieß ist richtig — die meisten Mitglieder seiner Partei seien nicht ausdrücklich noch Mitglieder der „Internationale“, sondern begnügten sich mit dem geistigen Zusammenhang, der durch die Partei selbst vermittelt werde.

Correspondirender Secretär beim Generalrath der „Internationale“ für Deutschland ist Carl Marx. Er dirigirt speciell die internationale socialistische Bewegung in Deutschland und wohl auch in ganz Oesterreich. Ferner correspondirt er auch mit den deutschen Sectionen in der Schweiz, in England, Belgien, den Vereinigten Staaten und Frankreich, soweit diese nicht durch den Krieg vernichtet sind. Alle diese gehören zur Sectionsguppe deutscher Sprache. Im Septbr. 1867 umfaßte (Test. l. c. p. 192) diese deutsche Gruppe folgende Sectionen: Genf, Bevey, Yverdon, Neuenburg, La Chaux-de-Fonds, Morat (Canton Freiburg), Münster, Zürich, Basel, Eptingen (Baselland), Mainz, Göppingen, Solingen, Köln, Duisburg, Magdeburg, Berlin, Braunschweig, Wolfenbüttel, Darmstadt, Leipzig, Dresden, Newyork. Diese Sectionen zählten zusammen, wie Joh. Ph. Becker im Namen des betreffenden in Genf sitzenden Centralcomites auf dem Congreß zu Lausanne angab, 30,000 Mitglieder, eine Zahl, die sicher übertrieben ist. Jenes Centralcomite bestand damals (Test. p. 194) aus Becker, Kirn, Vöhrig, Kanneberg, Remy, Rau, Baumeister, Ott, Probst, Müller, Wolf, Frötscher.

Mittelpunkt der deutschen Sectionsguppe der „Internationale“ war lange Zeit hindurch Genf, wo Joh. Phil. Becker, ein ehemaliger Besenbinder aus der Rheinpfalz, das Centralbureau leitete. Eichhoff (a. a. O. S. 35, Anm.) nennt ihn

„die Seele der deutschen Arbeiterbewegung in der Schweiz“ und fügt bei, Becker habe „alle deutschen Elemente geworden, die sich bisher (1869) in Deutschland selbst der Association angeschlossen haben.“ Auch an der Gründung der Soc.-Dem. Arbeiterpartei (1869 in Eisenach) wirkte Becker ganz besonders mit. — In Genf bestand lange Zeit die Centralsection für die internationalen deutschen Arbeitervereine; sie wurde gegründet am 1. Mai 1867, ihre Statuten sind abgedruckt im „Vorboten“ 1867, S. 73. Nach § 20 derselben konnten sich in allen Orten deutsche Parteigenossen als Mitglieder des Centralvereins aufnehmen lassen und der „Vorbote“ (1871, No. 12, S. 179) gibt die Zahl solcher Mitglieder auf 385 an. Diese bildeten an ihrem Aufenthaltsorte weitere Mittelpunkte für die Agitation.

Das Organ jener deutschen Centralsection in Genf war der mehrfach genannte „Vorbote, politische und socialökonomische Monatschrift, Centralorgan der Sectionsgruppe deutscher Sprache der Internationalen Arbeiterassociation, Genf, Pré l'Evêque, 33“. Das Blatt erschien zum erstenmal im Januar 1866 und sollte der „stricke und beharrliche Vorbote einer bessern Zukunft“ sein. Becker, der das Blatt redigirte, schlug in ihm die socialistische Phraseologie breit, donnerte gegen die modernen Staaten, „deren Princip Principlosigkeit und deren Moral Unmoral“ sei (1871, S. 101); die Artikel waren unter mittelmäßig geschrieben, aber gespickt mit schwülstigen Redensarten von Wissenschaft, Zeitgeist, Cultur und Civilisation, ferner waren sie durchdrungen von einem wüthenden Haß gegen die „Bourgeoisie“, gegen Fürsten und „Pfaffen“, überhaupt gegen Alles was am Privateigenthum und an der bestehenden Ordnung, am „monarchisch-pfäffischen Ausbeutungsstaat“ festhält. Jede religiöse Anschauung, protestantisch wie katholisch, wurde mit souveräner Verachtung behandelt. Die Principien der „Internationale“, die Herstellung des Gemeinbesitzes und Vernichtung alles dessen, was sich ihm entgegenstellt, treten besonders scharf hervor in einer Stelle (1871, No. 9, S. 131);

welche zugleich als Muster für die Phrasenhaftigkeit des Blattes dienen möge:

„Solidarität, Brüderlichkeit und Liebe unter den Menschen läßt sich nicht durch Moralpredigten ins Leben rufen, sondern nur durch Gemeinbesitz, gemeinschaftliche Production, Bewirthschaftung und Nutznießung lebendig machen. Noch nie war die Ungleichheit des Besitzes und Berufes so offen hervorgetreten als in dem Zeitraume, worin die Bourgeoise die „Gleichheit vor dem Gesetze“ verkündigte und in wirklicher Beschönigung dieses Grundsatzes Gesetze schuf, welche die Ungleichheit nicht nur verewigen sollten, sondern dieselbe in ungeahntem Maße steigern mußten. Die jetzigen Jacobiner, die bloß die Revolution des vorigen Jahrhunderts vollenden, aber in keine socialistische Richtung übergehen wollen, von politischer Freiheit ohne ökonomische Gleichheit träumen, sind gedankenarme, selbstmüthige Fanatiker, deren Bestrebungen massenhafte Opfer erheischend, ohne Siegespreis bleiben, und deren Hiebe auf die Unfreiheit und Ungleichheit nur tolle Schläge in den Wind sind. Ebenso wie die Bourgeoise-Demokraten, die Friedens- und Freiheitsliga-Schwärmer mit ihren, mit Wortwerk überladenen Redefalven vielleicht ihrem Herzen zur Ehre, aber sicher ihrem Verstande zur Schmach, fortwährend neben die Scheibe schießen, indem sie aus philanthropischer Gnade wohl herablassend mit der Arbeiterbewegung liebäugeln, aber ohne an der hergebrachten ökonomischen Grundlage im mindesten zu rütteln, das Capital und die Arbeit, also Wasser mit Feuer zu versöhnen gedenken. . . Die moderne Geschichtsepoche hat die Erbschaft so vielen mittelalterlichen Schunds übernommen und conservirt, daß sie weniger ein neues Zeitalter einwohlt, als sie vielmehr die Uebergangsbrücke zu einem solchen — zum socialistischen Zeitalter — zu bewerkstelligen hat. Wie haben wir jetzt noch überall den aller Wissenschaft und Vernünftigkeit widersprechenden officiellen Dualismus von Leib und Seele, Himmel und Erde, Staat und Kirche, Fürsten- und Pfaffenherrschaft mit aller dazugehörenden Phantasmagorie und Romantik, politischen und religiösen Abenteueri, was Alles erst begraben werden muß, ehe der Uebergang in das Reich bestimmter Wissenschaft und positiven Lebens und Strebens vollbracht werden kann. . . .“

Der „Vorbote“ ging Ende 1871 ein. Wie er in seiner letzten Nummer sagte, wurde der Schwerpunkt der internationalen Arbeiterbewegung für das deutsche Element mehr und mehr nach Deutschland verlegt, indem sich dort selbstständige Organisationen bildeten; die deutschen Arbeitervereine in der Schweiz

traten aus dem Verband der Sectionsgruppe deutscher Sprache heraus und bildeten eine selbstständige Organisation. Dadurch wurden die pecuniären Hilfsmittel des Genfer Centralcomit6s vermindert, während die Propagandageschäfte wuchsen. Gleichzeitig waren mehrere internationale Organe in Deutschland selbst entstanden und in der Schweiz wurde neben dem „Vorboten“ noch die Tagwacht in Zürich gegründet, deren Comité mit dem Generalkath in London in directe Verbindung trat. So machte sich allmählig die ökonomische Unmöglichkeit geltend, den „Vorboten“ noch länger zu halten.

Als solche deutsche Organe, die zu jener Zeit in Deutschland, in der deutschen Schweiz, in Oesterreich und Amerika erschienen und mehr oder weniger mit der „Internationale“ zusammenhingen, gibt der „Vorbote“ (1871, No. 12, S. 180) an: „Arbeiter“ in Basel; „Vote am Rhein“ in Dulsburg; „Volksstimme“ in Wien; „Volksstaat“ in Leipzig; „Arbeiter-Union“ in Newport; „Volkswille“ in Wien; „Arbeiterzeitung“ in Chicago; „Proletarier“ in Augsburg und München; „Tagwacht“ in Zürich; „Bürger- und Bauernfreund“ in Grimmitzschau; „Volksfreund“ in Braunschweig; „Chemnitz' freie Presse“ in Chemnitz; „Volksbote“ in Dresden; „Hamburger und Altonaer Volksfreund“ in Hamburg; „Demokratische Blätter“ in Königsberg; „Demokratische Zeitung“ in Berlin; „Freiheit“ in Graz; „Felleisen“ in Zürich; theilweise wirkt auch der „Grütlianer“ in Bern in socialdemokratischer Richtung. Manche dieser Zeitungen sind inzwischen wieder eingegangen.

Nach der Schlacht von Sedan protestirte die „Internationale“ gegen die Fortsetzung des Krieges. Der Generalkath erließ unterm 9. Sept. ein Manifest gegen die Eroberungspläne Deutschlands, sprach von den Gefahren, welche die preußischen Siege für die Sache des Proletariats haben würden und erklärte den deutschen Arbeitern, sie würden die ersten Opfer jener Siege sein.

Das Leipziger Polizeiamt untersagte im Frühjahr 1872 die Anwerbung für die „Internationale“ und die Mitglieder-

schaft derselben, ein wenig erspriechliches Mittel. Ein ähnlicher Erlass ist in andern Städten und Staaten Deutschlands noch nicht ergangen. Er lautet:

„Nach § 20 des Gesetzes, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend, vom 22. November 1850 sind Vereine, in deren Zwecke es liegt, Gesetzesübertretungen zu begehen, dazu aufzufordern oder dazu geneigt zu machen, verboten. Da hier Versuche gemacht worden sind, für den in London unter dem Namen „Internationale Arbeiterassociation“ bestehenden Verein Mitglieder anzuwerben, dieser Verein aber, welcher neben den ausgesprochenen Tendenzen in Wirklichkeit den Zweck verfolgt, die gesetzlich bestehende politische und sociale Organisation, namentlich der monarchischen Staaten, somit auch Deutschlands und der einzelnen Reichsbundesstaaten, nöthigenfalls in gewaltthamer Weise zu beseitigen, in gleicher Weise an deren Stelle die social-demokratische Republik einzuführen, die sogenannte Arbeiterpartei in den Besitz der Staatsgewalt zu bringen und die gesetzlich bestehenden Zustände in Bezug auf Eigenthum, Besitz und Erbrecht zu Gunsten dieser Partei umzugestalten, so wird das Anwerben für diesen Verein, das Leisten von Beiträgen für denselben, sowie die fernere Mitgliedschaft desselben hiermit allen der Jurisdiction des unterzeichneten Polizeiamtes unterstellten Personen unter Hinweisung auf die in § 28 des Vereinsgesetzes angedrohten Strafen verboten.“

Leipzig, den 23. Februar 1872. Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.  
Dr. Küder.“ (Volksstaat 1872 Nr. 17.)



## **Viertes Buch.**

**Der moderne Socialismus in Deutschland.**



Es bedarf keiner Rechtfertigung, wenn wir den modernen Socialismus in unserm Vaterlande eingehender behandeln als in den andern Ländern; wir werden uns hier nicht blos, wie bisher, mit Darlegung der großen Verhältnisse begnügen, sondern in die Einzelheiten eingehen, um ein möglichst umfassendes Bild von den gegenwärtigen Zuständen des deutschen Socialismus, von dessen Anschauungen, Bestrebungen und Organisation, zu geben. Dabei verweilen wir indessen nicht lange bei den früheren socialistischen und communistischen Versuchen, welche in den dreißiger und vierziger Jahren auftauchten. Sie kamen nicht viel über dunkle Ahnungen des socialistischen Dranges hinaus. Eine weit verbreitete und mächtige Organisation konnte sich damals, selbst als Marx mitwirkte, noch nicht bilden und der Abfall von der natürlichen Socialordnung hatte die Massen noch lange nicht in dem Umfange ergriffen, wie gegenwärtig. Die Männer, die damals eine Rolle spielten, sind vielfach dahingegangen (so Weitling, der Vater des deutschen Communismus, am 26. Jan. 1871); die neue Generation hat den Socialismus in Deutschland aus dem Zeitalter der jugendlichen Schwärmerei, aus dem Stadium des Tastens und Versuchens herausgerissen und er ist nun in das reife Alter eingetreten. Wir beginnen daher sogleich mit dem Manne, welcher durch die Energie seines Auftretens, durch die Schärfe seiner Polemik, besonders aber durch seine gewaltige agitatorische Kraft die vorher unklaren Bestrebungen der socialistischen Arbeiter Deutschlands aus der Verquickung mit der Bourgeoisie herausgerissen und zur vollen Höhe des modernen Socialismus erhoben hat; es ist Ferdinand Lassalle.

## Erstes Capitel.

Ferdinand Lassalle. \*)

1. Lassalle gehört keineswegs zu den originellen Socialisten, wie Marx und fast alle Franzosen. Der Einfluß der Marxschen Ideen auf Lassalle tritt überall deutlich hervor. Dieser Umstand, ganz auf Marx zu fußen, wird Lassalle hie und da zum Vorwurf gemacht; es wäre aber bloß dann ein Vorwurf, wenn Lassalle behauptet hätte, etwas Selbstständiges und Eigenartiges zu sagen. Eine derartige Behauptung lag aber seinem nur nach Wahrheit ringenden Geiste durchaus fern. Lassalle's

\*) Ferdinand Lassalle wurde am 11. April 1825 zu Breslau geboren als der Sohn eines jüdischen Großhändlers. Der Knabe absolvirte das Gymnasium seiner Vaterstadt und zeigte schon früh große geistige Begabung und eine Aufsehen erregende Energie. Im Jahre 1840 wurde er auf die Handelsschule zu Leipzig geschickt; aber der Kaufmannsstand gefiel ihm nicht und er bezog daher 1842 die Universität, wo er sich besonders mit Philosophie und Rechtswissenschaft beschäftigte. In den Irrgängen der Hegelschen Dialectik war er bald bewandert; Talent und Kenntnisse verschafften ihm zahlreiche Gönner, Alex. v. Humboldt interessirte sich für ihn und Heinr. Heine, den Lassalle 1845 in Paris besuchte, schrieb über ihn an Barnhagen: „Mein Freund, Herr Lassalle, der Ihnen diesen Brief überbringt, ist ein junger Mann von den ausgezeichnetsten Geistesgaben; mit der gründlichsten Gelehrsamkeit, mit dem weitesten Wissen, mit dem größten Scharfsinn, der mir je vorgekommen; mit der reichsten Begabung der Darstellung verbindet er eine Energie des Willens und eine Habilität im Handeln, die mich in Erstaunen setzen. . . Herr Lassalle ist nun einmal so ein ausgeprägter Sohn der neuen Zeit, die nichts von jener Entfugung und Bescheidenheit wissen will, womit wir uns mehr oder minder heuchlerisch in unserer Zeit hindurchgelungert und hindurch gefaselt.“

In Berlin, wo sich Lassalle als Privatdocent niederlassen wollte, machte er die Bekanntschaft der Gräfin Hatzfeld (geb. am 10. Aug. 1805), die von nun an bestimmend auf sein Leben einwirkte. Die Gräfin befand sich mit ihrem Gemahl in einem langwierigen Proceß, da jener ihr die Substanzmittel verweigerte. Lassalle ergriff ihre Sache mit all dem

Stärke beruhte nur in der populären Darstellung des socialistischen Gedankens, in der scharfen Fassung der Vorschläge und ganz besonders in der agitatorischen, zündenden Einwirkung auf die Massen; in diesen Dingen aber steht er unerreicht da unter den Socialisten der modernen Zeit. Ein einzelner Mann dieser Art leistet für seine Sache weit mehr als ein Duzend Theoretiker, denen das praktische Element mangelt und die in der Regel noch einen Gehilfen brauchen, der ihre Gedanken in leicht gangbare Scheidemünze umsetzt. Ein solcher Mann war Lassalle. Sein Einfluß auf die deutschen Socialisten ist jetzt noch nach seinem Tode ein unermesslicher und man kann

Feuer, dessen er fähig war; namentlich handelte es sich darum, ein für seine Freundin sehr wichtiges Document zu erlangen, das im Besitz der Baronin von Meyendorf war; es gelang, sich in Köln (1846) einer Cassette mit dem Document zu bemächtigen und Lassalle, obwohl beim Diebstahl nicht anwesend, wurde doch als intellectuellem Urheber desselben in Untersuchung gezogen. In seiner Vertheidigungsrede vor dem Schwurgericht führte er bereits „Socialismus“ und „Proletariat“ vor, wurde aber für schuldig erkannt, Anleitung zum Cassettendiebstahl gegeben zu haben. Weil das Verdict der Geschworenen mit 7 gegen 5 Stimmen gefällt war, entschieden auch die Richter und zwar dahin, daß der Diebstahl nicht von Lassalle vorausgesehen worden, sondern blos im Gefolge der von ihm angeordneten Verfolgung der Baronin entstanden sei; Lassalle wurde daher freigesprochen.

Während der Jahre 1848 und 1849 war Lassalle am Gerichtshof zu Düsseldorf beschäftigt und nahm trotz seiner Studien und Arbeiten lebhaften Antheil an der Bewegung. Er leitete die Vorbereitungen zum bewaffneten Widerstand, als das Ministerium Manteuffel die Nationalversammlung sprengte. Vor dem Schwurgerichte suchte Lassalle, wie er dies auch später liebte, die Anklage auf den Gegner zurückfallen zu lassen, indem er behauptete, der reactionären Gewalt und der Verletzung des bestehenden Rechtes sich widersezt zu haben. Die Geschworenen sprachen ihn frei, er wurde aber wegen Widerseztlichkeit gegen einen Beamten zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Im Jahre 1854 beendigte Lassalle den Proceß für die Gräfin durch einen für dieselbe vortheilhaften Vergleich. In Berlin gefiel er sich in Excentricitäten und erregte wiederholt die allgemeine Aufmerksamkeit. Im Jahre 1857 erschien plötzlich von Lassalle ein Werk, das er mitten in den

mit vollem Rechte von seinem Auftreten die eigentliche Aera des modernen Socialismus in Deutschland datiren.

Als Vassalle die Arbeiterbewegung mit glühender Begeisterung in die Hand nahm, da stand der Conflict zwischen der preussischen Regierung (Ministerium Bismarck) und dem Abgeordnetenhaus in höchster Blüthe. Erst die kriegerischen Erfolge des Jahres 1866 glätteten die hochgehenden Wellen des inneren Zwiespaltes. Die öffentliche Meinung in „Bourgeoisie“ und Arbeiterkreisen wurde fast ausschließlich durch die

Genüssen des Lebens, im Drange der Geschäfte geschrieben hatte; es war „die Philosophie Herakleitos des Dunkeln von Ephesus“; das Buch ist mit fast erdrückender Gelehrsamkeit geschrieben und zeugt von außerordentlicher Belesenheit in jener Materie; es ist das einzige maßgebende Werk über jenen Philosophen der frühgriechischen Zeit, dessen Gedanken Vassalle zuerst aus den Fragmenten hervor suchte und in ein System brachte. Bald darauf veröffentlichte er ein breites Lese drama „Franz von Sickingen“, in welchem er seiner glänzenden Rhetorik freien Lauf ließ. Als 1859 durch den italienischen Krieg die Aera der europäischen Revolution wieder geöffnet wurde, kamen alle jene Elemente wieder in Gährung, welche seit 9 Jahren nur leise geschlummert hatten. Auch Vassalle erhob seine Stimme und schrie: „Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens, eine Stimme aus der Demokratie.“ Er wandte sich in dieser Schrift an jene ganz und halb großdeutschen Demokraten, welche damals einen Kampf gegen Frankreich wollten, und hielt ihnen vor: Oesterreich sei der Todfeind der deutschen Einheit und Frankreich eröffne daher mit diesem Kriege die Bahn zu einer künftigen von Preußen ausgehenden Unificationspolitik. Vassalle war nämlich Unionist bis zum Fanatismus.

Im Jahre 1860 schrieb Vassalle „Fichte's politisches Vermächtniß und die neueste Gegenwart“; bei der Fichtefeier am 19. Mai 1862 hielt er eine ebenfalls im Druck erschienene Rede „die Philosophie Fichte's und die Bedeutung des deutschen Volksgeistes“. In beiden Schriften macht er Propaganda für den demokratischen centralisirten Einheitsstaat. Vorher schrieb er „Lessing vom culturhistorischen Standpunkt“ und 1861 das „System der erworbenen Rechte“ in zwei starken Bänden. Auch dieß ist ein bedeutendes und sehr geistvolles Werk, in welchem seine späteren socialistischen Ideen bereits durchklingen; besonders wird auf die Vernichtung des gegenwärtigen Eigenthums- und Erbrechtes hingedeutet. Im Jahre 1862 erschien „Julian Schmidt, der Literaturhistoriker mit Scherzscholien“; hier

Fortschrittspartei beherrscht, das niedererständene Gothaertum, das sich im „Nationalverein“ organisirte. Da diese Partei über die Presse verfügte und sich in den Volksversammlungen sehr geräuschvoll benahm, so schien es, als habe sie das ganze Volk hinter sich. Die sociale Frage drohte schon damals acut zu werden und auch hiefür hatte die Fortschrittspartei ein Mittel gefunden. Sie proclamirte das Smith'sche *laissez aller*, sie sagte, der Staat habe sich jeder Einmischung in die socialökonomischen Dinge zu enthalten, einzig für die Sicherheit der geistlichen Casselle die Sichtigkeit und Leichfertigkeit des Genannten in äußerst scharfer Weise.

Allmählig war die Arbeiterbewegung in Fluß gerathen. Die näher Betheiligung Vassalles an derselben werden wir im Verlaufe unserer Darstellung eingehend schildern und stellen hier nur die Schriften zusammen, die er in dieser Angelegenheit theils zur Agitation, theils zu seiner Vertheidigung schrieb, da wir im Folgenden vielfach auf dieselben Bezug nehmen und nach den hier angegebenen Ausgaben citiren werden. Es sind:

Ueber Verfassungswesen, ein Vortrag; 3. Aufl. Leipzig, Berl. d. Allg. d. Arb.-Bereins, 1870.

Arbeiterprogramm: Ueber den besondern Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterbundes; ein Vortrag vom 12. April 1862. 3. Aufl. Leipzig, Berl. d. Allg. d. Arb.-Ber. 1870.

Macht und Recht, offenes Sendschreiben, 2. Aufl. Leipzig, Jul. Köhling, 1870.

Offenes Antwortschreiben an das Central-Comite zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeitercongresses; 1. März 1863. 2. Aufl. Zürich, Meyer und Zeller, 1868.

Zur Arbeiterfrage: Rede zu Leipzig am 16. April 1863. Leipzig, Otto Dammer.

Arbeiterlesebuch; Reden zu Frankf. a. M. am 17. und 19. Mai 1868. Frankf., Reinhold Baist, 1868.

Die Feste, die Presse und der Frankf. Abgeordnetentag, Reden im September 1863. 3. Aufl., Leipzig, Berl. d. Allg. d. Arb.-Bereins, 1871.

An die Arbeiter Berlins, eine Ansprache vom 14. October 1863. 2. Aufl. Leipzig, Berl. d. Allg. d. Arb.-Ber. 1868.

Die indirecte Steuer und die Lage der arbeitenden Classen; eine Vertheidigungsschrift. Zürich, Meyer und Zeller, 1863.

Die Wissenschaft und die Arbeiter, eine Vertheidigungsschrift. Zürich Meyer und Zeller, 1863.

Person und des Eigenthums zu sorgen und alle möglichen „Freiheiten“ zu geben; dann werde sich von selbst mit der Nothwendigkeit eines Naturgesetzes alles in der bestmöglichen Weise einrichten. Schulze-Delitsch gründete damals seine Consum-, Rohstoff- und Vorschußvereine, welche zusammen schließlich in der Productivgenossenschaft ihre Spitze und ihren Abschluß finden sollten; Arbeiterbildungsvereine wurden in Menge ins Leben gerufen und von der Fortschrittspartei nicht ohne politische Hintergedanken eifrig gepflegt; besonders lehrte man den Arbeitern, sie hätten es selbst in der Hand, durch Bildung, Fleiß und Sparsamkeit, sowie durch eifrige Benutzung der Schulze'schen Vereine ihre Lage fortschreitend zu verbessern; die „Selbsthilfe“

Der Lassalle'sche Criminalproceß (zur Vertheidigung Lassalle's in demselben). Zürich, Meyer und Zeller, 1863.

Der Hochverrathsproceß wider F. Lassalle; Vertheidigungsrede vom 12. März 1864. 2. Aufl. Leipzig, Verl. d. Allg. d. Arb.-Ver. 1868.

Die Agitation des Allg. Deutsch. Arb.-Vereins und das Versprechen des Königs von Preußen, (Konsdorfer) Rede vom 22. Mai 1864. Leipzig, Julius Rbthling, 1870.

Herr Bastiat-Schulze von Delitsch, der ökonomische Julian, oder Capital und Arbeit 1864. Berlin, Reinhold Schlingmann.

Diese Schriften, nebst den meisten der bereits vorher genannten, werden von den Socialisten Deutschlands stets wieder von Neuem aufgelegt und zu billigen Preisen in Massen unter die Arbeiter verbreitet.

Lassalle war von Aussehen groß, bleich und schlank; er besaß einen ausgesprochenen israelitischen Typus. Seine ganze Erscheinung übte, besonders wenn er, was fast bei jedem Anlasse der Fall war, in Affect gerieth, auf viele Menschen eine starke Anziehungskraft aus. Sein Ende entsprach weder einem socialistischen Agitator, noch einem Philosophen; es war excentrisch, wie seine ganze Persönlichkeit. Lassalle verliebte sich 38 Jahre, alt in ein Fräulein von Dönniges und wollte es um jeden Preis heirathen. Intriguen fachten seine Leidenschaft noch mehr an, und so entstand ein Duell mit einem Bojaren Rakowizka, von welchem Lassalle am 31. Aug. 1864 zu Genf erschossen wurde. Sein Nachfolger im Amt, eines Präsidenten des Allg. deutschen Arb.-Vereins, Bernhard Weder, hat den Hergang ausführlich geschildert. Eingehenderes über Lassalle bringe seine Biographie in „Zeitgenossen, biographische Skizzen von A. v. Wurzbach. III Heft, Wien, Hartleben, 1871.



war das große Stichwort, das den Arbeitern von allen Seiten entgegenhakte; durch diese würde sich der sociale Zwiespalt im natürlichen Verlauf der Dinge von selbst lösen und die Arbeiter würden sich so allmählig den höheren Ständen gleich stellen; zum Dank für diese ihnen von der Fortschrittspartei geleistete Hilfe sollten die Arbeiter der genannten Partei beistehen im Kampfe gegen die Regierung. Allerdings unterstützten damals sehr viele Leute jene Arbeitervereine aus humaner Gesinnung und in aufrichtiger Theilnahme am Wohle der arbeitenden Classen; gewiß aber ist, daß jene Vereine ebenso wie die damals von der Fortschrittspartei so sehr gepflegten Turner-, Sänger-, Schützen- und Feuerwehr-Vereinigungen der genannten Partei wesentlich als Stütze ihrer politischen Bestrebungen im Volke dienen sollten. Man war seiner Sache in naiver Selbsttäuschung bald so sicher, man glaubte den socialen Zwiespalt bereits in rascher Heilung begriffen, daß Schulze-Delitzsch von begeisterten, aber kurzfristigen Gemüthern feierlich zum „König im socialen Reich“ proclamirt wurde.

Alles schien im besten Gange für die Fortschrittspartei, als sich Lassalle im Frühjahr 1863 erhob. Die Arbeiter in Leipzig wollten einen allgemeinen deutschen Arbeiter-Congreß berufen, um dort über Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Spar-, Invaliden- und Krankencassen zu berathen, sowie um eine Organisation der deutschen Arbeiter zu Stande zu bringen. Sie waren keckerisch genug, sich um Rath an Robbertus-Jagekow und an Lassalle zu wenden. Damit begann der Abfall der Arbeitermassen von der Fortschrittspartei, die Sonderung des vierten Standes vom dritten; die Geschichte des modernen Socialismus in Deutschland beginnt. Das Antwortschreiben, womit Lassalle die Einladung der Leipziger Arbeiter beantwortete, bildet in seiner Schärfe und Kürze das Kriegsmanifest des aufstehenden vierten Standes, das Evangelium, welches die Lassalle'sche Lehre in Kürze enthält.

Lassalle war ein entschiedener und begeisterter Anhänger der alten Demokratie von 1848, wie er sagte, der „wahren Demokratie, die stets am Rechte festgehalten und sich zu keinem Compromisse mit der Macht erniedrigt“ habe und die nur in solchem unentwegten Festhalten an den Principien ihre Lebensfähigkeit und Stärke findet. Die Demokraten dieses Schlags waren damals noch mit der Fortschrittspartei verquickt und kämpften mit ihr gemeinsam gegen die preussische Regierung. In jener „Conflictsperiode“ aber begann die Scheidung; die Fortschrittspartei hielt Reden, hütete sich aber vor Thaten; sie erklärte die Verfassung für gebrochen, that aber nichts für die Wahrung der Rechte der Landesvertretung und dieß erregte den feurigen und lebhaft empfindenden Lassalle immer heftiger. Später (in seiner Frankfurter Rede S. 60) deutete Lassalle an, warum er nicht länger geschwiegen; er hätte nie gezweifelt, daß die von der liberalen Bourgeoisie an Stelle der Demokratie gesetzte Bewegung diesen kläglichen Ausgang zuletzt nehmen müsse; „statt, wie ihre unbedingte Pflicht gewesen wäre, das Tafeltuch zwischen der Regierung und ihr zu zerschneiden, bleibt sie (die Fortschrittspartei) ruhig an demselben Tisch mit einer Regierung sitzen, die sie selbst für criminalrechtlich verantwortlich erklärt hat.“

Ehe wir weiter gehen und die geschichtliche Entwicklung des deutschen Socialismus näher betrachten, müssen wir hier die Principien und Anschauungen Lassalle's eingehender darstellen. Die Wichtigkeit der von ihm angeregten Bewegung rechtfertigt ein längeres Verweilen bei diesem Gegenstande. Ohnedieß kann man jetzt erst mit Ruhe auf jene Zeit zurücksehen.

2. (Lassalle's politische Anschauungen.) In Philosophie und in der theoretischen Politik hatte sich Lassalle Flüchte zum Muster erkoren und mit Begeisterung faßte er dessen Verherrlichung des deutschen Einheitsstaates auf. Lassalle preist

Fichte besonders in zwei kleinen Schriften, in welchen er die politische Anschauung Fichte's ganz zu seiner eigenen macht.

Die Demokratie Lassalle's unterschied sich streng von der besonders in Süddeutschland beliebten föderalistischen Anschauung. Durch Fichte veranlaßt, war Lassalle entschiedener Anhänger des streng centralisirten nationalen Einheitsstaates und huldigte dieser Idee mit glühender Begeisterung. Lassalle, der doctrinäre Zuspitzungen sehr liebte, übertreibt offenbar, wenn er (Die Feste, die Presse u. s. w. Leipzig, S. 23) sagt, der Föderalismus sei überhaupt nie im Stande, ein einiges Volk zu erzeugen; so habe die mit diesem Princip nothwendig gegebene Vertiefung in die Particularinteressen in Nordamerica den Haß gegen einander im Herzen des Volkes hervorgerufen und den damaligen (1863) Bürgerkrieg herauf beschworen; in Deutschland zumal sei es der größte innere Widerspruch, von Föderalismus und Freiheit in einem Athem zu reden. Andere Leute stellen Centralismus und Freiheit in Gegensatz, aber Lassalle meint:

„Wenn das Recht dieser (damals noch) 34 Fürsten auf ihre Kronen so groß wäre, daß es mit Fug entgegengesetzt werden könnte dem Rechte des Volkes auf ein nationales Dasein, wenn dieses Recht der Fürsten so groß wäre, daß es mit Fug entgegengesetzt werden könnte der gesammten deutschen Nation und dieser mit Recht verbieten könnte, überhaupt als Nation da zu sein — dann wäre dieses Recht doch offenbar noch viel größer den einzelnen Stämmen gegenüber, und ich weiß nicht, mit welchem Rechte man dann nach Freiheit und nach irgend welcher Beschränkung dieser angeammten Kronengewalt im Innern strebe!“ (Die Feste u. S. 24.)

Das Sophisma liegt hier offen vor; Lassalle betrachtet es als ein feststehendes Dogma, daß das nationale Dasein blos im Einheitsstaat bestehen könne; sind die Fürsten dieser Staatsform entgegen, dann sind nach Lassalle die deutschen Volksstämme rechtlose Sklaven ihrer Fürsten, eine ungeheuerliche Anschauung! — Den Föderalismus bezeichnet Lassalle (Fichte's politisches Vermächtniß, S. 15) als den „Urfeind der deutschen Einheit“;

aus ihm entstehe die Eitelkeit, die Eifersucht und Erbitterung der deutschen Volksstämme gegeneinander; ferner: „Der Föderalismus ist das, was aufzuheben ist, wenn wir einer glorreichen nationalen Zukunft fähig sein sollen . . . Alle Föderativrepublikaner sind ganz ebenso reactionär als die Bundestügler . . . Neben diesem großen Gegensatz von Föderation und Volkseinheit sinkt sogar der Gegensatz zwischen Monarchie und Republik zu einem relativ unbedeutenden herab.“ (Fichte's pol. Verm. S. 14.) Hierher gehört auch die Aeußerung Vassalle's, die Frankfurter Reichsverfassung sei eine „reactionäre Utopie“ und schon 1849, als sie erlassen wurde, der letzte Beweis für die Impotenz des Föderalismus gewesen. Mit besonderer Betonung berief sich Vassalle dabei stets auf die Aussprüche Fichte's und schloß sich (Fichte's pol. Verm. S. 22) begeistert den Worten desselben an:

„Dieses Postulat von einer Reichseinheit, eines innerlich und organisch durchaus verschmolzenen Staates darzustellen, sind die Deutschen berufen, und dazu da im ewigen Weltplane. Und so wird von ihnen aus erst dargestellt werden ein wahrhaftes Reich des Rechts, wie es noch nie in der Welt erschienen ist, in aller der Begeisterung für Freiheit des Bürgers, die wir in der alten Welt erblicken, ohne Aufopferung der Mehrzahl der Menschen als Sklaven, ohne welche die alten Staaten nicht bestehen konnten: für Freiheit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschengestalt trägt. Nur von den Deutschen, die seit Jahrtausenden für diesen großen Zweck da sind und ihm langsam entgegenreifen; ein anderes Element für diese Entwidlung ist in der Menschheit nicht da.“\*)

\*) Würde doch jeder, der sein Vaterland wahrhaft liebt, dahin wirken, daß wir nicht in den Chauvinismus der von uns besiegten Franzosen verfallen. Ein mächtiger Verbündeter Deutschlands in dem gewaltigen Kampfe war die nationale Ueberhebung jenes Volkes, wodurch es blind wurde gegen seine Fehler und für die Vorzüge anderer Nationen. Würde sich Deutschland aber auch hüten vor jenen Philosophen, welche sich ihren eigenen Weltplan zurechtlegen und diesen als den göttlichen Weltplan unserem Volke unterzuschieben suchen. Die nationale Selbstvergötterung hat noch niemals gute Früchte getragen und die Geschichte wird auch für das „Volk der Denker“ keine Ausnahme von dieser Regel machen.

Als begeisterter Unitarier wirkte Vassalle 1859 in seiner Schrift „Der italienische Krieg u.“ gegen die Beteiligung Preußens an dem Kriege zwischen Oesterreich und Frankreich. In der preussischen Neutralität erkannte er mit Recht den ersten Schritt auf der Bahn zum künftigen nationalen Einheitsstaat. Als Vorbedingung hierzu galt ihm die Beseitigung des Dualismus; Oesterreich müßte seiner selbstständigen Weltstellung beraubt, es müßte von Italien und Ungarn losgelöst und zu einer deutschen Provinz gemacht werden, dann erst sei Deutschland constituirt. Freudig begrüßte daher Vassalle Napoleon's III. Kriegserklärung gegen das ihm so verhaßte Oesterreich; obwohl die Demokratie Napoleon's Feindin sei, müsse sie doch hier auf seine Seite sich stellen und die Sache, nicht die Person im Auge haben; der Demokratie rief er zu: *Tua res agitur!* denn Oesterreich sei das „reactionäre Princip“, ein gänzlich lebensunfähiger Zwangsstaat. Da Vassalle seinen Kulturbegriff bloß in der Centralisation des nationalen Staates findet, so erschien ihm Oesterreich, das nur vermöge des föderalistischen Princips bestehen kann, naturgemäß als der „kulturfeindlichste Staatsbegriff Europas.“\*) Daher beschwor er die Demokratie, Italien nicht an seiner Erhebung zu hindern, denn das Schlussergebniß der Krisis werde „die nationale Wiedergeburt Deutschlands“ sein.

Den Begriff der Demokratie faßte Vassalle (Der italienische Krieg, S. 6) dahin zusammen: er sei, auf den allgemeinsten Ausdruck reducirt, nichts Anderes als Autonomie, Selbstgesetzgebung des Volkes nach Innen; diese könne aber nicht gedacht werden, wenn nicht das Recht auf Autonomie nach Außen, auf vom Ausland unabhängige Selbstgestaltung des Volkslebens vorausginge! Das Princip der freien, unabhängigen Nationali-

\*) Während der Conflictzeit, 1863, scheint Vassalle seine Ansicht über Oesterreich etwas geändert zu haben und von der preussischen Spitze abgelenkt zu sein. Er sagt (Antw.-Schr. S. 6) es gebe, und zwar mit Einschluß Oesterreichs, fast keine einzige deutsche Regierung, welche der preussischen nicht noch bedeutend voraus wäre (auf dem Weg der Demokratie).

täten sei also die Basis und Quelle, die Mutter und Wurzel des Begriffs der Demokratie überhaupt.

Wie man sieht, ist Lassalle's Demokratie derart, daß sie über dem Begriff der Rationalität den sehr concreten Begriff der einzelnen Volksstämme gänzlich ignorirt, sie majorisiren läßt und kein selbstständiges Leben derselben duldet. Will man aber mit der Selbstgesetzgebung consequent sein, so muß dieselbe doch auch den Stämmen und kleinern socialen Gruppen zu Theil werden. Lassalle war überhaupt, so klar er sonst sah, in manchen Dingen ein Doctrinär; dieß zeigte er besonders da, wo er seine demokratischen Anschauungen auf das Heerwesen anwandte. So sagte er (Ueber Verfassungswesen S. 25), die Dienstzeit der Soldaten müsse 6 Monate dauern, damit man einerseits die vollkommenste militärische Ausbildung erreiche und doch durch die mit der kurzen Dienstzeit zusammenhängende beständige Erneuerung des Heeres ein wahres Volksheer und kein Fürstenheer bekomme; ferner dürften die niederen Officiere bis mindestens zum Major eingeschlossen nicht von oben ernannt, sondern sollten von den Truppentörpern selbst gewählt werden, damit auch diese Stellen nicht in volksfeindlichem Sinne besetzt würden! Lassalle huldigte eben auch der unsinnigen Anschauung Rousseau's, daß das Volk gut und die höheren Stände verderbt seien, daß somit eine principielle Feindschaft zwischen den jetzigen Regierungen und ihren Völkern bestehen müsse.

3. (Lassalle's volkswirtschaftliche Anschauungen.) Lassalle's Stärke lag nicht so sehr auf politischem, als auf volkswirtschaftlichem Gebiete. Auch hat bloß ein Theil der deutschen Socialisten, derjenige, welcher sich jetzt noch nach Lassalle benennt, die politischen Ausführungen desselben sich zur Richtschnur genommen. Die andere, zur „Internationale“ gehörende Partei ist föderalistisch und baut den Staat von unten nach oben auf durch immer weiter schreitende Vereinigung

der individuellen und localen Gestaltungen. Beide aber adoptiren die von Vassalle gegebene Kritik der bestehenden volkswirthschaftlichen und socialpolitischen Zustände, welche Kritik wir daher ausführlich geben wollen. Keiner hat so wie Vassalle klärend auf die Lage eingewirkt, da er mit seiner radicalen Vorurtheilslosigkeit die Dinge in unbarmerziger Weise zerzauste.

Vassalle hatte sich von jeher mit besonderer Vorliebe der Nationalökonomie und Statistik gewidmet und sich besonders mit der Lage der bezugslosen, industriellen und ländlichen Arbeiter beschäftigt. Er konnte in diesen Fragen mit einem umfang- und inhaltreichen wissenschaftlichen Apparat auftreten; damit vereinigte er eine gründliche classische Bildung, reiches Wissen in den allgemein bildenden Fächern, sowie eine gewandte, in den philosophischen Irrgängen erfahrene Dialektik.

Die ökonomischen Anschauungen Vassalle's fußten auf Smith, Ricardo und Marx. Auf die ökonomischen Anschauungen beider letzten bezieht er sich häufig. So gesteht er (Vass.-Schulze S. 149), daß alles was er über das Geld und die gesellschaftliche Bedeutung der Arbeitszeit als Maßeinheit des Werthes gesagt habe, aus Marx entnommen sei. Ueberhaupt erhebt Vassalle nirgends die Präntension, etwas Neues und Originelles aufzustellen. Ricardo, sagt Vassalle (Vass.-Sch. S. 147), „ist der Chef und die letzte Entwicklung der Bourgeoisie-Ökonomie, die seit ihm keinen Fortschritt mehr gemacht hat. Er hat die bürgerliche Ökonomie bis zu ihrem Gipfel entwickelt, d. h., bis hart zu dem Abgrunde, wo ihr Vermöge ihrer eigenen theoretischen Entwicklung selbst nichts mehr übrig bleibt, als umzuschlagen und Social-Ökonomie zu werden.“ \*)

\*) Vassalle spricht hier eine große Wahrheit aus, welche aber die moderne Nationalökonomie nicht begreifen zu wollen scheint. Um eine Wissenschaft zu werden, darf sie die wirthschaftlichen Verhältnisse nicht als etwas Abstractes behandeln, sondern sie muß dieselben als einen Theil, wenn auch einen sehr wichtigen Theil einer höheren Wissenschaft, der Social-Wissenschaft, auffassen, sie darf sich nicht eine Societät construiren, deren ganze Thätigkeit bloß in Consumption und Production aufgeht. Für

Unter dem Titel „Grundlinien einer wissenschaftlichen Nationalökonomie“ beabsichtigte Baffalle ein größeres Werk zu schreiben; in demselben wollte er die consequent fortentwickelten Ideen von Ricardo und Marx mit den herrschenden Ansichten und bestehenden Zuständen in einen ausführlich begründeten Widerstreit setzen. An der Verwirklichung dieses Vorhabens wurde er aber durch die Agitation verhindert, in welche er sich mit seinem „Antwortschreiben“ stürzte. Grundgedanke und Programm jenes beabsichtigten Werkes waren (Bast.-Sch. S. VII) in folgender Stelle seines 1861 veröffentlichten „Systems der erworbenen Rechte“ enthalten:

„In socialer Beziehung steht die Welt an der Frage, ob heute, wo es kein Eigenthum an der unmittelbaren Benutzbarkeit eines andern Menschen mehr gibt, ein solches auf seine mittelbare Ausbeutung existiren solle, d. h. gründlich: ob die freie Bethätigung und Entwicklung der eigenen Arbeitskraft ausschließliches Privateigenthum des Besitzers von Arbeitssubstrat und Arbeitsvorschuß (Capital) sein, und ob folgeweise dem Unternehmer als solchem und abgesehen von der Remuneration seiner etwaigen geistigen Arbeit, ein Eigenthum an fremdem Arbeitswerth (Capitalprämie, Capitalprofit, der sich bildet durch die Differenz zwischen dem Verkaufspreis des Productes und der Summe der Löhne und Vergütungen sämtlicher, auch geistiger Arbeiten, die in irgend welcher Weise zum Zustandekommen des Productes beigetragen haben) zustehen solle.“

An Stelle der theoretischen Entwicklung seiner Anschauungen begann Baffalle mit der praktischen Agitation für dieselben. Immerhin aber hat er seine hauptsächlichsten socialökonomischen Sätze in dem gegen Schulze-Delitzsch gerichteten Buche „Bastiat-Schulze von Delitzsch, der ökonomische Julian, oder Capital und Arbeit“, niedergelegt. Es ist eine polemische Gelegenheitschrift, mit fliegender Haß und schneidender kritischer Schärfe geschrieben. Mit seinem Gegner springt er in leiden-

Baffalle ergiebt sich (Bast.-Sch. S. 42) mit Recht alle Einsicht in ökonomischen Dingen aus der menschlichen Gesellschaft; das ökonomische Gebiet ist das Gebiet der gesellschaftlichen Zusammenhänge und diese sind „die uralte orphische Kette“, welche alles Existirende unzerreißbar aneinander bindet. (Bast.-Sch. S. 25, 27.)



schaftlicher Weise um und überschreitet dabei manchmal sehr die Grenze des Erlaubten. Doch darf man dabei nicht vergessen, daß Lassalle durch die ihm von Seite der „Bourgeoisie“-Presse widerfahrene Behandlung sehr gereizt war, und daß er es überhaupt liebte, sich in seiner Agitation und Vertheidigung stark zu erhitzen.

4. Bezüglich der Lehre vom Werth (Bast.-Sch. S. 121 ff.) wendet sich Lassalle besonders gegen den Franzosen Bastiat; nach diesem ist der Werth das Verhältniß zweier ausgetauschten Dienste. Lassalle dagegen sagt, diese Bastiat'sche Kategorie des Werthes sei jeder ökonomischen Bestimmtheit beraubt und daher gar keine ökonomische Kategorie mehr; ihr gegenüber stellt sich Lassalle auf den Ricardo'schen Satz, im Preis der Producte werde nichts bezahlt als Arbeitsmengen (Arbeitsquanta), wonach also (a. a. O. S. 125) Capitalzins und Profit keine constituirenden Factoren des Preises der Dinge bilden \*): von diesem Satze, meint Lassalle, müsse alle neuere wissenschaftliche Oekonomie ausgehen; der Capitalprofit bilde sich „aus dem Unterschiede der Vergütung der Arbeitsquanta durch die Consumenten und der Arbeitslöhne durch die Unternehmer“, mit andern Worten: er bilde sich durch einen Abzug vom Arbeitsertrag des Arbeiters, durch welchen Abzug die dem Arbeiter zufallende Vergütung seines Arbeitsquantums auf den Arbeitslohn herabgesetzt werde; in diesem Unterschiede zwischen Arbeitsquantum und Arbeitslohn stecke besonders Zins und Profit des Capitals, stecke die ganze sociale Frage.

Dem Bastiat'schen Dienst gegenüber führt Lassalle ferner aus, daß dadurch der Smith-Ricardo'sche Grundsatz, (die Arbeit

\*) Marx nimmt, wie man sich erinnern wird, die gesellschaftliche Arbeit als die (Tausch-)Werth bildende Substanz und die gesellschaftliche Arbeitszeit als Maßstab des Tauschwerthes an. Diese letztere ist das Arbeitsquantum Ricardo's. Lassalle fußt auf Ricardo und Marx.

sei Princip und Maßstab aller Werthe) in sein absolutes logisches Gegentheil verkehrt werde; der Werth bei Bastiat, der „Dienst“, repräsentire die ersparte Anstrengung, sei also etwas Negatives und bedürfe zu seiner Messung wieder eines Maßstabes, der zuletzt doch nur in der geleisteten Arbeit bestehen könne; Bastiat lege den Werth in die dem Consumenten ersparte, in die nichtgethane Arbeit und dieß sei ein Unsinn, welcher noch dazu der Praxis direct widerspreche; denn die gesammte Production, jeder Fortschritt beruhe in der positiven Arbeit, die zur Production eines Gegenstandes erforderlich sei (Bast.-Sch. S. 142).

Mit Ricardo und Marx löst auch Baffalle die Werthe in die Arbeitsquanta auf, in die Arbeitszeit, welche zur Herstellung des betreffenden Productes erforderlich ist. Die Uebereinstimmung mit Marx wird vollständig, wo Baffalle (Bast.-Sch. S. 148) sagt, die in Betracht kommende Arbeitszeit sei nicht die individuelle, sondern die gesellschaftliche Arbeitszeit, weil heutzutage im Zeitalter der Arbeitstheilung Jeder nur das herstelle, was er nicht selbst brauche. In dem fertigen Product ist, wenn es auf den Markt kommt, nicht die individuelle Arbeit des Arbeiters, sondern allgemeine gesellschaftliche Arbeitszeit geronnen.

5. Das Capital faßt Baffalle wie die ökonomischen Kategorieen überhaupt, nicht als eine logische, sondern als eine historische Kategorie auf, d. h. diese Begriffe sind ihm nicht ein für allemal im Verstande, in der Natur der menschlichen Gesellschaft unveränderlich gegeben, sondern entstehen und vergehen mit dem Verlauf der Geschichte. Daher ist auch die Productivität des Capitals kein Naturgesetz „sondern (Bast.-Sch. S. 201) eine Wirkung von ganz bestimmten historischen Zuständen, die mit andern historischen Zuständen wieder verschwinden kann und muß.“ Selbst die juristische Kategorie „Eigenthum“, sowie alle juristischen Kategorieen, daher auch Erbrecht und Familienrecht, sind für

Vassalle blos „Kategorien des historischen Geistes“. — In der Regel wird das Capital definirt als Arbeitsinstrument, als aufgehäufte Arbeit, oder als ein Product, das fortzeugend zur Production verwendet wird; diese drei Definitionen, sagt Vassalle, sind nicht unrichtig, aber sie enthalten nicht das Unterscheidende, das, was das Capital gerade zum Capital macht; „das unbedingte Kennzeichen des Capitals ist, werbend auftreten zu können“, also unabhängig von der Arbeit seines Besitzers diesem Einkommen zu bringen und sich fortzeugend durch dem Capitalisten fremde Arbeit zu vermehren. Die Definition des Capitals als aufgehäufte Arbeit sei (Wast.-Sch. S. 82) objectiv richtig, aber sie entbehre der näheren Bestimmung, ob diese Anhäufung auch die Arbeit dessen ist, dem sie gehört; charakteristisch für Smith und die ganze „liberale Oekonomie“ sei die unbefangene und naive Voraussetzung dieser Einheit zwischen Eigenthümer und Arbeiter. Dagegen sieht Vassalle und mit ihm der moderne Socialismus überhaupt die Eigenschaft, welche das Capital von den übrigen Arbeitsinstrumenten scheidet, gerade darin, daß es auch ohne die Arbeit seines Besitzers diesem fortzeugend Einkommen, Rente bringt; damit dieß aber der Fall sei, müßten bestimmte historische Zustände bestehen und die erste Bedingung hierzu sei die Theilung der Arbeit; dann erst sei die selbstständige Productivität des Capitals, seine Productivität in der Trennung von der Arbeit seines Eigenthümers möglich (Wast.-Sch. S. 159 ff.). Der Sklavenbesitzer des Alterthums sei mehr als Capitalist gewesen, da ihm außer dem Arbeitsinstrument auch die Arbeiter rechtlich zu eigen gehörten; mit der Theilung der Arbeit komme die Trennung des Arbeiters vom Arbeitsinstrument, und jetzt erst komme auch ein Zustand, in welchem der Arbeiter vom Ertrag seiner Arbeit dem Besitzer des Arbeitsinstruments abgebe, was jener von ihm verlange; erst dieser bestimmte historische Zustand gebe den Arbeitsinstrumenten den Charakter als Capital. Daher erklärt Vassalle (Wast.-Sch. S. 91) das Capital als „eine Form der

Arbeit“, denn unter Voraussetzung jener historischen Verhältnisse werde der Charakter der Arbeit capitalistisch. \*)

Rassalle geht nun auf die Entstehungsgeschichte des Capitals ein: Im Alterthum gab es keine Capitalisten, da noch wenig Gelegenheit war (außer im Handel und der schwach entwickelten Industrie) sein Geld werbend in fremder Production anzulegen; auch später waren die Darlehen meist consumtiv, wurden aus Noth gemacht und diese Noth des Nächsten auszubenten, um sich zu bereichern, galt als Schimpf; dieß ist der Sinn der mittelalterlichen Wucherverbote. Zu jener Zeit herrschte ein viel verschlungenes, mosaikartiges System von Naturaldiensten, deren Ertrag aber der Empfänger, so reich er sein mochte, noch nicht capitalisiren, d. h. noch nicht in fremder Production für sich werbend anlegen konnte; auch in der städtischen Industrie herrschte damals überall Besonderheit und Gebundenheit; freie Concurrrenz, Massenproduction und dadurch bewirkte Billigkeit konnten nicht entstehen, daher auch hier nicht an Capitalisiren des Ertrages zu denken war; nur im Welthandel begann sich das Capital als solches zu entwickeln, weil hier das Geld seine fortreizende Wirksamkeit ungehindert entfalten konnte und ungeheure Gewinnste brachte; endlich sprengte in der französischen Revolution der allmählig herangewachsene Riese Capital seine Fesseln, eroberte die freie Concurrrenz und warf alle rechtlichen Beschränkungen nieder; jetzt kommt die weiterschreitende Theilung der Arbeit, die Massenproduction für den Welthandel; die Production von Tauschwerthen setzt alles Andere bei Seite; jetzt muß alles durch die Geldform hindurch, weil der Gebrauchswerth gegen den Tauschwerth zurücktritt und die Naturalwirthschaft täglich mehr verschwindet. Ueber die jetzigen Zustände sagt Rassalle:

\*) Rassalle sagt hier ausdrücklich, daß er sich auf Marx stütze; dieser aber sagt (Capital, 1867 p. VIII), Rassalle habe sich in seiner auf das Capital bezüglichen Darstellung bedeutende Mißverständnisse zu Schulden kommen lassen.

„Das Arbeitsinstrument, welches selbstständig geworden, und mit dem Arbeiter die Rollen vertauscht hat, den lebendigen Arbeiter zum todtten Arbeitsinstrumente herabgesetzt, und sich selbst, das todtte Arbeitsinstrument zum lebendigen Zeugungsorgane entwickelt hat, das ist das Capital!“ (Waff.-Sch. S. 203).

Als Definition für ein Compendium gibt er :

„Capital ist der unter Theilung der Arbeit bei einer in einem Systeme von Tauschwerthen bestehenden Production und bei freier Concurrenz geleistete Vorschuß vorgethaner Arbeit, welcher zum Lebensunterhalt des Producenten bis zur Verwerthung des Productes an den definitiven Consumenten erforderlich ist, und zur Folge hat, daß der Ueberschuß des Productionsertrages über diesen Lebensunterhalt auf denjenigen, resp. diejenigen sich vertheilt, welche den Vorschuß geleistet haben.“ Auch die Beschaffung der Rohstoffe durch das Capital, die man hier vermisse, reducire sich auf die Beschaffung von Lebensunterhalt der Arbeiter, welche jene Rohstoffe producirten. „Was die ganze Reihe der Capitalisten leistet, die nacheinander vorschießend auftreten, ist nichts anders als der Lebensunterhalt für die ganze Reihe von Arbeitern (Rohstoffarbeitern, Bergwerkern ic.), die zum Zustandekommen des Productes beigetragen haben.“ (W.-Sch. S. 203.)

Rassalle stellt also die Kräfte der Natur dem Menschen unentgeltlich zur Verfügung; dem Monopol der Besitzenden, welches im Preise der Rohstoffe eine so große Rolle spielt, kann er keine naturrechtliche Bedeutung beilegen. Darin liegt aber die socialistische Aufhebung der Eigenthums. — Wie Marx findet auch Rassalle das Capital par excellence, das absolute Capital, im Geld; so lange die Producte den Salto mortale in das Geld noch nicht gemacht haben, sind sie nicht Capital. Heutzutage muß alles durch die Geldform hindurch und erhält erst dadurch seinen werbenden Charakter:

Der Pulsschlag des Capitals intermittirt und in diesen seinen Pausen heißt er — Produkt. Kommt dieser Pulsschlag wieder in Fluß, so wird wieder das Product aufgehoben und zu weiterer Production verzehrt!.. Die Production ist ein Fluß, dessen bewegende Macht das Capital bildet. Das Product ist Geronnensein dieses Flusses. . . . Es gibt nun ein einziges Product, in welchem dieser Pulsschlag niemals intermittirt,

sondern stets in lebendiger Blutwärme vorhanden ist, ein Product, das immer zugleich Capital ist, und dieses Capital-Product ist das Geld. \*)

6. Lassalle kommt nun zur Schilderung der modernen Produktionsweise und der gegenwärtigen Weltperiode. Die französische Revolution hatte Leibeigenschaft, Hörigkeit und Zunftbeschränkungen mit einem Schläge hinweggeräumt, die Arbeit war rechtlich frei, der Jubel unendlich, aber es war

\*) Lassalle wandte sich mit besonderer Schärfe gegen die von der „Bourgeoisie“-Ökonomie behauptete Entstehung des Capitals durch „Sparen“, also durch Entbehrung des Producenten, der sich des Verschleuderns und des Genusses seiner Producte enthält und dadurch angeblich zum Capitalisten wird. Der Grundlauge nach, meint Lassalle (Bast.-Sch. S. 81) sei diese Illusion der gesammten liberalen Ökonomie eigenthümlich und nothwendig. Die angebliche Entstehung einer Sache durch Sparen, also durch Nichtverzehren, erklärt Lassalle mit Recht für einen Unsinn, denn was gespart werden soll, muß doch zuerst vorhanden sein, muß zuerst producirt werden; die Quelle der Capitalbildung ist daher die Production, die menschliche Arbeit und Intelligenz. Man müßte denn gerade zwischen dem Product an sich und demselben Product, wenn es erspart ist, einen Unterschied finden, der die Aufstellung einer eigenen ökonomischen Kategorie für das ersparte Product begründen würde, was sich aber nicht rechtfertigen ließe. Ueberdies kann man bloß die Lebens- und Genusmittel verzehren, nicht aber Rohstoffe, Maschinen u. s. w.; werden dieselben verkauft und wird der Erlös verjubilert, so tritt bloß ein Wechsel des Besitzers, nicht aber ein Verzehren des Productes ein; dieser Vorgang ist für die Rationalökonomie sehr gleichgiltig und hat ausschließlich Bezug zur Wirthschaft des Individuums. Der Einzelne, meint Lassalle mit Recht, könne durch Sparsamkeit allmählig zum Capitalisten werden, niemals aber könne das Capital als ökonomische Kategorie durch Sparsamkeit entstehen; diese Verwechslung zwischen Volks- und Privatwirthschaft sei selbst in den renommirtesten Lehrbüchern zu finden. Mit beißendem Spott behandelte Lassalle auch jene Anschauung, welche im Zusammenhang mit der oben besprochenen Capitalentstehungs-Theorie den Capitalzins als den Entbehrungslohn hinstellte, als eine Vergütung dafür, daß die Unternehmer und Capitalisten sich Entbehrungen auferlegten, ihr Einkommen nicht verjubilerten, sondern es der Industrie zuwendeten. Man sollte es wirklich nicht für möglich halten, daß man den Unternehmergewinn und den Capitalzins in einer so läppischen Weise zu rechtfertigen versucht

nichts an der alten Thatsache geändert, „daß die Arbeiter ihren Arbeitsertrag in die Taschen der besitzenden Classe fließen lassen müssen;“ der „alte Ausbeutungszustand blieb bestehen“:

„Die jetzt plötzlich rechtlich für „frei“ erklärten Selbeignen, Übrige, Junzugesellen und Beherlinge hatten, sie und ihre Vorfahren, Jahrtausende hindurch für die Bevorrechteten aller Art die Arbeit verrichtet und befanden sich jetzt, rechtlich frei und factisch mittellos den in den Händen der Besitzenden aufgehäuften Capitalien gegenüber. . . . Was blieb und hätte. Kann man keine besseren Gründe dafür angeben, so schweige man lieber. Der Unternehmerge Gewinn folgt, wenn man den als Arbeitslohn zu betrachtenden Theil desselben abzieht, einfach aus dem rechtlichen Bestande des Privateigenthums und fast dasselbe Verhältniß waltet hinsichtlich des Capitalzinses. Auf jene Weise kann man das Eigenthum nimmermehr gegen die socialistischen Angriffe vertheidigen. Trefflich ironisirte Baffalle die angeführte Behauptung der liberalen Oekonomie, indem er (Wass.-Sch. S. 110) schrieb: „Der Capitalprofit ist der „Entbehrungslohn! Glückliches Wort, unbezahlbares Wort! die europäischen Millionäre, Asceten, indische Büßer, Säulenheilige, welche auf einem Bein auf einer Säule stehen, mit weit vorgebogenem Arm und Oberleib und blaffen Mienen einen Teller in's Volk streckend, um den Lohn ihrer Entbehrungen einzusammeln! In ihrer Mitte und hoch über alle seine Mitbüßer hinaustragend als Hauptbüßer und Entbehrer das Haus-Rothschuld! Das ist der Zustand der Gesellschaft! Wie ich denselben nur so bezeichnen konnte.“

Baffalle wies auch die Meinung Jener ab, welche den von ihm angegriffenen Capitalzins und Unternehmerge Gewinn dadurch rechtfertigen wollten, daß sie beides als Entschädigung für die Leitung der productiven Unternehmungen, als Lohn für die geistige Arbeit hinstellten. Er wies darauf hin, daß bloß ein verhältnißmäßig sehr geringer Theil des Unternehmereinkommens der Lohn für die geleistete geistige Arbeit sei, und erklärte, daß er diesen Lohn nicht unter dem von ihm angegriffenen Capitalprofit verstehe; sehr viele Unternehmer und Eigenthümer kümmern sich nur wenig um die Benutzung ihres Eigenthums, sie wenden geringe oder keine geistige Arbeit dabei an, ziehen aber trotzdem eine hohe Rente davon; Andere, und dazu gehören besonders die Actiengesellschaften, auch der Staat bei seinen Posten und Eisenbahnen, lassen die Leitung des Unternehmens durch Angestellte und Directoren besorgen, welche für ihre geistige Mithewaltung entschädigt werden und den Eigenthümern und Actionären hübsche Summen abliefern, die man nimmermehr wird als Arbeitslohn hinstellen können.

bleibt ihnen übrig, als trotz der „rechtlichen Freiheit“, trotz der Erklärung der freien Concurrrenz, das Leben für des Lebens Nothdurft zu verkaufen . . . und zwar zu einem Lohne, der den vollsüßlich nothwendigen Lebensunterhalt nur höchst ausnahmsweise und niemals auf längere Zeit übersteigen kann?“

So ist, sagt Vassalle, in der heutigen Productionsweise die Production allerdings gemeinschaftlich, aber die Vertheilung des Ertrags individuell, indem das Product auch seinem Werth nach in das Eigenthum des Unternehmers übergeht (Wass.-Sch. S. 43); der Arbeiter erhält dafür bloß die durchschnittliche Lebensnothdurft, er „muß losschlagen, executirt vom Hunger“, die Waare „Arbeit“ ist am ungünstigsten in der Concurrrenz gestellt, daher bei ihr am seltensten eine Erhöhung des Marktpreises eintritt; denn jeder Eigenthümer einer anderen Waare kann warten, bis wieder günstige Conjunctionen eintreten, der Arbeiter aber nicht; ohne sich zu ruiniren vermag kein noch so hochherziger Unternehmer dieses Verhältniß zu ändern und „jedem, der dies versuchte, würde von seinem Nachbar der Dold der freien Concurrrenz, mit der er nicht mehr Schritt zu halten vermöchte, durch Brust und Rücken gestoßen werden. Dies ist es, was unter der Herrschaft der freien Concurrrenz die menschliche Physiognomie unserer Zeit specifisch bestimmt. . . . Die kalte, unpersönliche Beziehung des Unternehmers auf den Arbeiter als auf eine Sache, auf eine Sache, die wie jede andere Waare auf dem Markte nach dem Gesetz der Productionskosten erzeugt wird, — das ist es, was die durchaus specifische, durchaus entmenschte Physiognomie der bürgerlichen Periode bildet!“ (Wass.-Sch. S. 190 ff.)

Dieser Zustand entspringt aus dem Unterschiede zwischen Arbeitsquantum und Arbeitslohn; vermöge der Theilung der Arbeit und vermöge der Uebermacht des Capitals wird der Arbeiter statt des ihm gebührenden Arbeitsquantums mit dem Arbeitslohn, der knappen Lebensnothdurft abg gespeißt; da somit in dieser heutigen Gesellschaft „jeder im Eigenthum nur Das sein nennt,



was nicht sein Arbeitsproduct ist“, so schließt Lassalle diese Darlegung mit dem Satze: „Das Eigenthum ist Fremdtum geworden“ (Bast.-Sch. S. 209).

7. (Lassalle's Geschichtsphilosophie). Ein Jahr vor dem Beginn seiner Agitation, am 12. April 1862, legte Lassalle in einem Berliner Handwerkerverein seine Auffassung der Geschichte und die sich daraus für ihn ergebende logische Fortentwicklung dar. Der Vortrag (veröffentlicht unter dem Titel „Arbeiterprogramm“) ist charakteristisch für Lassalle; die leitenden Zielpunkte seiner Agitation treten bereits so scharf hervor, daß wir nicht umhin können, uns näher damit zu beschäftigen. Lassalle sagt darin:

Im Mittelalter war der Grundbesitz das herrschende Element, die Grundeigenthümer, Adel und Geistlichkeit, suchten, wie jeder herrschende Stand, die Lasten des öffentlichen Wesens auf die anderen Classen überzuwälzen, daher sie auch für die Steuerfreiheit ihrer Besitzungen sorgten. Allmählig wuchs das revolutionäre Element im Handel, in der Industrie und der bürgerlichen Production heran, das Capital begann sich zu bilden. Diese Factoren drängten auf freie Production, daher auch auf große Absatzgebiete und Massenproduction hin. Diese letztere und die stets weitergehende Theilung der Arbeit stehen in Wechselwirkung zu einander. Als die Umwälzung endlich eintrat, war die Abhängigkeit des Grundbesitzes vom beweglichen Vermögen, von der reich gewordenen Bourgeoisie bereits thatsächlich vorhanden, der dritte Stand war zwar rechtlich noch nichts, factisch aber schon alles, bis endlich die Revolution von 1789 dieser seiner Stellung auch die gesetzliche Sanction gab. Die Productionsbeschränkungen fielen, die Maschine und die freie Concurrenz beherrschten das Feld. Der dritte Stand trat gegenüber den beiden privilegierten Ständen, die er besiegt hatte, als Vertreter der gesammten Menschheit auf; aber er machte sich bald zu einem neuen privilegierten Stande, indem er das

Wahlrecht, die active Theilnahme am Staatsleben durch den Censur beschränkte und so die Lohnarbeiter ausschloß. Dadurch wurde der bürgerliche Besitz Grundbedingung zur Herrschaft über den Staat. Als herrschender Stand suchte diese Bourgeoisie auch die Steuerfreiheit für sich zu gewinnen und dies geschah durch eine unerhörte Entwicklung des Systems der indirecten Steuern. Diese sind nach Lassalle das Institut, vermöge dessen das Privilegium der Steuerfreiheit für das Großcapital verwirklicht wird und die Kosten des Staatswesens auf die ärmeren Classen überwälzt werden, da der größte Theil des Staatseinkommens durch solche Steuern aufgebracht wird. (Diese indirecten Steuern haben besonders in Frankreich eine weitgehende Entwicklung gefunden.) Dennoch aber wird die directe Steuer zur Bedingung des Wahlrechts gemacht, so daß in der That die Bourgeoisie herrscht.\*)

Aber auch — damit beginnt Lassalle die pantheistische Ausspinnung seiner Ideen — die Periode des bürgerlichen Besitzes ist abgelaufen; die Geburtsstunde der neuen Zeit war der 24. Februar 1848, als durch den vierten Stand das allgemeine und directe Wahlrecht proclamirt wurde. Dieser vierte Stand ist aber der letzte und äußerste, er kann kein Privilegium

\*) Das Schlagwort „Bourgeoisie“ als Inbegriff der Capitalbesitzer, soll von Louis Blanc herrühren; Lassalle versteht unter einem Bourgeois (Arb.-Prog. 1870 S. 21) jenen Bürger, welcher, „nicht zufrieden mit der thatsächlichen Annehmlichkeit eines großen Besitzes, den bürgerlichen Besitz, das Capital, auch noch als die Bedingung hinstellen will, an der Herrschaft über den Staat, an der Bestimmung des Staatswillens und Staatszweckes Theil zu nehmen“; „dann erst wird der Großbürger zum Bourgeois, dann macht er die Thatsache des Besitzes zur rechtlichen Bedingung der politischen Herrschaft, dann charakterisirt er sich als einen neuen privilegierten Stand im Volke, der man das herrschende Gepräge seines Privilegiums allen gesellschaftlichen Einrichtungen eben so gut, ausdrücken will, wie dies der Adel im Mittelalter mit dem Privilegium des Grundbesitzes gethan.“

wieder einführen, wie es die Bourgeoisie gethan. Durch ihn wird als Krone der geschichtlichen Entwicklung jede Classenherrschaft beseitigt, „seine Sache ist die Sache der gesammten Menschheit, seine Herrschaft die Herrschaft Aller“. Daher ist die Idee des vierten Standes als des herrschenden Princips der Gesellschaft kein Schrei der Spaltung, sondern der Versöhnung, die Ausgleichung für alle Gegensätze „und um seines Inhalts willen selbst dann noch ein Schrei der Liebe, wenn er als Schlachtruf des Volkes ertönt.“

Das Princip des Arbeiterstandes soll also für die Zukunft das herrschende Princip der Gesellschaft werden. Das formelle Mittel zur praktischen Verwirklichung dieses Gedankens ist gegenüber dem Censur der Bourgeoisie das allgemeine und directe Wahlrecht, wodurch die Staatsgewalt in die Hände der besitzlosen Classen kommen soll, da diese die überwiegende Mehrheit bilden. Dieses Wahlrecht kann wohl vorübergehend Fehlgriffe machen, ist aber nach Lassalle das einzige Mittel, welches auf die Dauer von selbst wieder solche Mißgriffe ausgleicht, da schließlich doch der gewählte Körper das getreue Abbild des wählenden Volkes sein werde (und dieses die Quelle des Rechtes und der Sitte ist). Lassalle wendet sich dann gegen den Einwurf, als sei der Gedanke, das Princip der untersten Classen zum herrschenden Princip des Staates zu machen, unsittlich, gefährlich und barbarisch; im Jahr 1793 habe man in Frankreich das entgegengesetzte Vorurtheil gehabt und nach Rousseau's Vorgange die höheren Stände für unsittlich und verderbt, das niedere Volk für gut und sittlich gehalten und man habe sogar in der damaligen Erklärung der Menschenrechte bestimmt: „Jede Institution, welche nicht voraussetzt, daß das Volk gut und die Obrigkeit bestialisch sei, ist fehlerhaft.“ Lassalle neigt sich selbst sehr der letzteren Anschauung zu und beruft sich dabei auf seinen Leibphilosophen Fichte, welcher erklärt habe, „daß die Schlechtigkeit nach Verhältniß des höheren

Standes zunehme.“ Indem Laffalle nun die innern Gründe hiefür auffucht, argumentirt er in folgender Weise:

„Die Entwicklung der Völker, der Abheuzug der Geschichte geht seit lange auf eine immer steigende Abfaffung der Privilegien, welche den höheren Ständen ihre Stellung als höhere und herrschende Stände garantiren. Der Wunsch nach Forterhaltung derselben oder das persönliche Interesse bringt daher jedes Mitglied der höheren Stände, das sich nicht (wie Laffalle selbst) durch einen großen Blick über sein ganzes persönliches Dasein erhoben und hinweg gesetzt hat — und dies können nur immer sehr wenig zahlreiche Ausnahmen sein — in eine principieel feindliche Stellung zu der Entwicklung des Volkes, zu dem Umsichgreifen der Bildung und Wissenschaft, zu den Fortschritten der Cultur, zu allen Abheuzügen und Siegen des geschichtlichen Lebens. Dieser Gegensatz des persönlichen Interesses der höheren Stände und der Culturentwicklung der Nation ist es, welcher die hohe und nothwendige Unfittlichkeit der höheren Stände hervorrufft. Es ist ein Leben, dessen tägliche Bedingungen Sie sich nur zu vergegenwärtigen brauchen, um den tiefen inneren Verfall zu fühlen, zu dem es führen muß. Sich täglich widersetzen müssen allem Großen und Guten, sich betrüben müssen über sein Seligen, über sein Mißlingen sich freuen, seine weiteren Fortschritte aufhalten, seine bereitsgebehenen rückgängig machen oder verwünschen zu müssen. Es ist ein fortgesetztes Leben wie in Feindes Land — und dieser Feind ist die sittliche Gemeinschaft des eigenen Volkes, in der man lebt, und für welche zu streben alle wahre Sittlichkeit ausmacht. . . . Dazu die Nothwendigkeit, dieß Alles, entweder gegen die eigene Stimme des Bewußtens und der Intelligenz zu thun, oder aber diese Stimme schon gewohnheitsmäßig in sich ausgerottet zu haben, um nicht von ihr belästigt zu werden, oder endlich diese Stimme nie gekannt, nie etwas Besseres und Anderes gekannt zu haben, als die Religion des eigenen Vortheils“! (Arch.-Progr. S. 33.)

Dieser Gegensatz des persönlichen Interesses zur Culturentwicklung der Nation — fährt Laffalle fort — fehlt bei den unteren Classen ganz; die Selbstsucht ist bei ihnen Fehler der Einzelnen und nicht der nothwendige Fehler der ganzen Classe, wie bei den höheren Ständen; das persönliche Interesse der einzelnen Glieder dieser Classe, statt sich der geschichtlichen Bewegung entgegenzustellen, und dadurch zur Unfittlichkeit verdammt zu sein, fällt „durchaus zusammen mit der Entwicklung des gesammten Volkes, mit dem Siege der Idee, mit den Fort-

schritten der Cultur, mit dem Lebensprincip der Geschichte selbst, welche nichts anderes als die Entwicklung der Freiheit ist.“  
Daher ruft Laffalle den Arbeitern zu:

„Ihre Sache ist die Sache der gesammten Menschheit. Sie sind in der glücklichen Lage, daß Dasjenige, was Ihr wahres persönliches Interesse bildet, zusammenfällt mit dem zuckenden Pulsschlag der Geschichte, mit dem treibenden Lebensprincip der sittlichen Entwicklung. Sie können daher sich der geschichtlichen Entwicklung mit persönlicher Leidenschaft hingeben und gewiß sein, daß Sie um so sittlicher dastehen, je glühender und verzehrender diese Leidenschaft in ihrem hier entwickelten reinen Sinne ist“.

8. Im weiteren Verlaufe seines Vortrages („Arbeiterprogramm“) vergleicht Laffalle die Staatsidee des vierten Standes mit jener der Bourgeoisie. Er sagt:

„Die sittliche Idee der Bourgeoisie ist diese, daß ausschließlich nichts anderes, als die ungehinderte Selbstbethätigung seiner Kräfte jedem Einzelnen zu garantiren sei. Wären wir alle gleich stark, gleich geschickt, gleich gebildet und gleich reich, so würde diese Idee als eine ausreichende und sittliche angesehen werden können. Da wir dieses aber nicht sind und nicht sein können, so ist dieser Gedanke nicht ausreichend, und führt deshalb in seinen Consequenzen nothwendig zu einer tiefen Unsitlichkeit. Denn er führt dazu, daß der Stärkere, Geschicktere, Reichere den Schwächeren ausbeutet und in seine Tasche steckt. Die sittliche Idee des Arbeiterstandes dagegen ist die, daß die ungehinderte und freie Bethätigung der individuellen Kräfte durch das Individuum noch nicht ausreiche, sondern daß zu ihr in einem sittlich geordneten Gemeinwesen noch hinzutreten müsse: die Solidarität der Interessen, die Gemeinsamkeit und die Gegenseitigkeit in der Entwicklung. Entsprechend diesem Unterschiede, faßt die Bourgeoisie den sittlichen Staatszweck so auf: er bestehe ausschließlich und allein darin, die persönliche Freiheit des Einzelnen und sein Eigenthum zu schützen. Dies ist eine Nachwächteridee deshalb, weil sie sich den Staat nur unter dem Bilde eines Nachwächters denken kann, dessen ganze Function darin besteht, Raub und Einbruch zu verhüten. Wollte die Bourgeoisie consequent ihr letztes Wort aussprechen, so müßte sie gestehen, daß nach diesen ihren Gedanken, wenn es keine Räuber und Diebe gäbe, der Staat überhaupt ganz überflüssig sei.“\*)

\*) Laffalle bezeichnet diese Staatsidee, welche den Staat ganz aufgabe und in die bloße bürgerliche Gesellschaft der egoistischen Interessen umwandle, als die Staatsidee des Liberalismus. Er übersah dabei, daß der „Liberalismus“ diese Staatsidee bloß auf ökonomischem Gebiete kultivirt und auch hier nur theoretisch.

Die Staatsidee des vierten Standes aber, wie sie Vassalle auffaßt, beruht darauf, daß die Geschichte ein Kampf ist mit der Natur, mit Elend, Unwissenheit, Armuth, Machtlosigkeit und mit Unfreiheit aller Art; die fortschreitende Beseitigung dieser Machtlosigkeit, d. i. die Entwicklung der Freiheit, kann nicht kommen, wenn jeder Einzelne für sich steht; der Staat hat daher „die Function, diese Entwicklung der Freiheit, diese Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit zu vollbringen. Der Staat ist diese Einheit der Individuen in einem sittlichen Ganzen, eine Einheit, welche die Kräfte aller Einzelnen, welche in diese Vereinigung eingeschlossen sind, millionenfach vermehrt, die Kräfte, welche ihnen allen als Einzelnen zu Gebote stehen würden, millionenfach vervielfältigt. . . . Der Zweck des Staates ist, durch diese Vereinigung die Einzelnen in den Stand zu setzen, solche Zwecke, eine solche Stufe des Daseins zu erreichen, die sie als Einzelne niemals erreichen könnten, sie zu befähigen, eine Summe von Bildung, Macht und Freiheit zu erlangen, die ihnen sämmtlich als Einzelnen schlechthin unerreichlich wäre.“ Vassalle folgert aus dieser Auffassung vom Staat die Pflicht desselben, sich der Arbeitersache im Vassalle'schem Sinne anzunehmen und er zeigt auch später den Arbeitern, daß einzig und allein der Staat ihnen helfen könne. Wir werden daher später noch einmal auf die Vassalle'sche Staatslehre zurückzukommen haben. Jedenfalls scheidet die eben erwähnte Auffassung vom Staate wahrhaft belebend ab von der trostlosen, im praktischen Leben überdies nicht anzunehmenden und nicht angenommenen „Nachtwächteridee“ der „Manchester-schule“, die den Staat rein nach den wirthschaftlichen Interessen der Besitzenden construiren möchte. Der Staat ist die civilisirte und auf dem Wege der Civilisation fortschreitende Gesellschaft, dieß ist der Grundgedanke der Vassalle'schen Auffassung und hinsichtlich desselben muß man ihm beistimmen.

Zum Schluß seines Vortrages faßte Vassalle noch einmal seine Ansichten zusammen, beglückwünschte die Arbeiter, in einer

Zeit geboren zu sein, welche bestimmt sei, diese glorreichste Arbeit der Geschichte — das Princip des vierten Standes zum Princip der ganzen Gesellschaft zu machen — zu erleben. In diesem Sinne rief er den Arbeiten zu:

„Nichts ist mehr geeignet, einem Stande ein würdevolles und tief sittliches Gepräge aufzudrücken, als das Bewußtsein, daß er zum herrschenden Stande bestimmt, daß er berufen ist, das Princip seines Standes zum Princip des gesammten Zeitalters zu erheben, seine Idee zur leitenden Idee der ganzen Gesellschaft zu machen und so diese wiederum zu einem Abbilde seines eigenen Gepräges zu gestalten. Die hohe weltgeschichtliche Ehre dieser Bestimmung muß alle Ihre Gedanken in Anspruch nehmen. Es ziemen Ihnen nicht mehr die Laster der Unterdrückten, und die müßigen Zerstreuungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsinm der Unbedeutenden. Sie sind der Fels, auf welchen die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll! Der hohe sittliche Ernst dieses Gedankens ist es, der sich mit einer verzehrenden Ausschließlichkeit Ihres Geistes bemächtigen, und Ihr Gemüth erfüllen muß. . . .“\*)

9. Lassalle's Antwortschreiben. (Kritik der Schulze'schen Vereine.) In dem eben erwähnten Vortrag hat Lassalle seine Geschichtsauffassung und seinen Staatsbegriff dargelegt. Beides fand praktische Erläuterung durch die Agitation, in welche er bald darauf von fremder Hand hineingezogen

\*) Wegen dieses Vortrages wurde Lassalle vor Gericht gestellt unter der Anklage, die beschlossenen Classen zum Haß und zur Verachtung gegen die Besitzenden öffentlich angereizt zu haben. Die Verhandlungen wurden vor dem Stadtgericht zu Berlin am 16. Januar 1863 geführt und endeten mit der Verurtheilung Lassalle's zu 4 Monaten Gefängniß wegen „Gefährdung des öffentlichen Friedens durch Anreizung der Angehörigen des Staates zum Haß und zur Verachtung gegen einander.“ Seine Vertheidigung gab Lassalle unter dem Titel „Die Wissenschaft und die Arbeiter“ heraus; er berief sich in derselben hauptsächlich darauf, daß sein Vortrag rein wissenschaftlich gewesen, und daß nach §. 20 der preussischen Verfassung die Wissenschaft und ihre Lehre frei seien. — Lassalle appellirte gegen das Urtheil, wurde aber auch in zweiter Instanz und zwar zu 100 Thaler Geldstrafe verurtheilt. Bei dieser Gelegenheit hielt Lassalle eine glänzende Rede zur Vertheidigung seiner im Arbeiterprogramm aufgestellten Behauptung, die indirecte Besteuerung sei das Institut, „durch welches die Bourgeoisie (soweit sie dieß überhaupt vermag) das Privilegium der Steuerfreiheit

wurde und die er dann mit aller Begeisterung und Leidenschaftlichkeit durchführte, deren seine ideal angelegte und stark fühlende Seele fähig war. Wie haben schon (S. 239) erzählt, in welcher Weise Lassalle veranlaßt wurde, sein „Antwortschreiben an das Centralcomite zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeitercongresses zu Leipzig“ abzufassen. Es ist vom 1. März 1863 datirt und enthält in engem Rahmen die ganze Theorie Lassalle's zur Lösung der socialen Frage. Es verdient daher eine eingehende Darlegung.

Im October 1862 hatte zu Berlin eine Versammlung stattgefunden, zur Vorbereitung des geplanten allg. deutschen Arb.-Congresses. Damals waren zwei Strömungen herorgetreten; die einen wünschten, die Arbeiter sollten sich um die politischen Händel gar nicht kümmern, die anderen meinten, sie sollten sich als Anhänger der damals in Aller Mund befindlichen preussischen Fortschrittspartei betrachten. Lassalle erklärte beides für irrig, und sagte, der Arbeiter habe sich sehr um die politische Bewegung zu kümmern, da er die Erfüllung seiner legitimen Interessen blos von der politischen Freiheit erwarten könne; anderseits aber sei es nicht weniger falsch, sich politisch nur als Anhänger der Fortschrittspartei zu betrachten, denn die

für das große Capital verwirklicht und die Kosten des Staatswesens den ärmeren Classen der Gesellschaft aufbürdet.“ Das hier Gesagte belegte Lassalle in seiner unter dem Titel: „Die indirecte Steuer und die Lage der arbeitenden Classen“ herausgegebenen Verteidigungsrede in classischer Weise durch überreiche Citate aus den berühmtesten Werken der volkswirtschaftlichen und statistischen Literatur. Er führt (S. 6) aus, daß der preussische Staat 1855 seine 109 Mill. Thlr. Einnahmen deckte aus 12 Mill. directer Staatsgebühren und 12 Mill. wirklicher directer Steuern, so daß also 85 Mill. für die indirecten Steuern übrig blieben; diese letzteren fallen besonders auf die beschloßenen Classen, sowohl wegen der Natur der indirecten Steuern — da sie, um etwas zu ertragen, auf die nothwendigsten Lebensmittel gelegt werden müssen und daher wie Kopfsteuern wirken — als auch, weil die genannten Classen die Aberwiegende Mehrzahl der Staatsangehörigen umfassen. Aber auch zu den directen Steuern tragen (die indirecten Steuern u. s. w. S. 64) die unbemittelten Classen fast 70 % bei.



Arbeiterpartei habe viel principiellere politische Ziele; die Fortschrittspartei aber sei nur die Wiedererhebung des „verrufenen Gothaerthums“, sie habe keinen Sinn für politisches Ehrgefühl und sei einer entschlossenen Regierung gegenüber ohnmächtig; überdies müsse jede Hoffnung beseitigt werden, von der Fortschrittspartei auch nur die geringste reelle Entwicklung der freiheitlichen Interessen zu erwarten; es sei ferner zweifelhaft, ob jene Partei, wenn sie den Sieg über die preussische Regierung errungen, diesen Sieg „im Interesse des gesammten Volkes oder nur zur Aufrechterhaltung der privilegierten Stellung der Bourgeoisie ausnützen würde; d. h. ob sie diesen Sieg zur Herstellung des allgemeinen gleichen und directen Wahlrechts, welches durch die demokratischen Grundsätze und die legitimen Interessen des Arbeiterstandes geboten ist, verwenden würde oder nicht.“ Daher kommt Lassalle zu dem Ergebniss:

„Der Arbeiterstand muß sich als selbstständige politische Partei constituiren und das allgemeine gleiche und directe Wahlrecht zu dem principiellen Losungswort und Banner dieser Partei machen. Die Vertretung des Arbeiterstandes in den gesetzgebenden Körpern Deutschlands — dieß ist es allein, was in politischer Hinsicht seine legitimen Interessen befriedigen kann. Eine friedliche und gesetzliche Agitation hiefür mit allen gesetzlichen Mitteln zu eröffnen, das ist und muß in politischer Hinsicht das Programm der Arbeiterpartei sein.“

Lassalle geht nun zur socialen Frage über und spricht sein Bedauern aus, daß man auf dem beabsichtigten Congresse noch über Freizügigkeit und Gewerbefreiheit debattiren wolle; „alle diese Debatten hätten mindestens den Einen Fehler — um mehr als fünfzig Jahre zu spät zu kommen! Freizügigkeit und Gewerbefreiheit sind Dinge, welche man in einem gesetzgebenden Körper stumm und lautlos decretirt, aber nicht mehr debattirt.“ Weiter wendet er sich gegen den Vorschlag, durch Spar-, Invaliden-, Hilfs- und Arantencassen die Arbeiterfrage zu lösen; der Nutzen dieser Institute sei relativ und äußerst untergeordnet; sie könnten wohl dem Leichtsinne u. s. w. entgegenwirken und verhindern, daß einzelne Arbeiterindividuen

noch unter die normale Lage ihres Standes hinabgedrückt würden; wenn aber der Zweck der jetzigen Arbeiterbewegung sei, die normale Lage des gesammten Arbeiterstandes zu verbessern — und dieß müsse der Zweck sein — dann seien jene Institute ganz und gar ohnmächtig. Um dieß näher zu belegen, beruft sich Lassalle auf das Zeugniß des bekannnten, inzwischen verstorbenen, conservativen Arbeiterfreundes B. A. Huber in Wernigerode, der die nöthige Unbefangenheit habe, während die Anhänger der liberalen Schule sich und die Arbeiter täuschten. Auch Huber ist in dieser Beziehung gleicher Ansicht wie Lassalle. Dieser wendet sich dann zur Betrachtung der von Schulze-Delitzsch gemachten Vorschläge, die Arbeiter sollten sich durch Selbsthilfe zu Consum-, Rohstoff- und Vorschußvereinen zusammenthun und so allmählig ihre Stellung derart verbessern, daß sie auch Productivgenossenschaften gründen und dadurch selbstständige Unternehmer werden könnten. Lassalle kritizirt nun jene Vorschläge und behandelt dabei Schulze in sehr achtungsvoller Weise, die scharf contrastirt gegen den Ton, den er später in „Bastiat-Schulze“ anschlug. Er sagt, die Frage: „Sind die Schulze-Delitzsch'schen Associationen, die Credit- und Vorschuß-, die Rohstoff- und die Consumvereine im Stande, die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes zu bewirken?“ müsse mit einem entschiedenen Nein beantwortet werden. Lassalle beweist dieß durch näheres Eingehen auf den Charakter der von Schulze gegründeten Vereine; er sagt: die Credit-, Vorschuß- und Rohstoffvereine können bloß für Den existiren, der sein Geschäft auf eigene Rechnung betreibt, also für den kleinen Handwerker, während sie für den Arbeiter im engeren Sinne, der in der fabrikmäßigen Großproduction beschäftigt ist, gar nicht bestehen; es ist aber „die nothwendige Bewegung unserer Industrie, täglich immer mehr den fabrikmäßigen Großbetrieb an die Stelle des handwerksmäßigen Kleinbetriebs, oder des Zwerggewerbes zu setzen und folglich täglich immer eine größere Anzahl von Handwerkern in den in der fabrikmäßigen Groß-

production beschäftigten eigentlichen Arbeiterstand hinüberzutreiben.“ Dadurch schon wird die Zahl derjenigen immer kleiner, welche jene Vereine benutzen können. Ueberdies vermögen „der Concurrenz der fabrikmäßigen Großproduction gegenüber, welche sich täglich mehr an die Stelle des kleinen handwerksmäßigen Betriebs setzt, auch die in demselben ausharrenden Handwerker durch die Credit- und Rohstoffvereine keineswegs geschützt zu werden.“ Auch dieß werde wieder durch Huber bestätigt, daher könnten die erwähnten Vereine „auch in Bezug auf den kleinen Handwerker nur den Todeskampf, in welchem das kleine Handwerk der Großindustrie zu unterliegen und Platz zu machen bestimmt ist, verlängern, die Qualen dieses Todeskampfes vermehren und die Entwicklung unserer Cultur unnütz aufhalten, während sie den eigentlichen, in der Großindustrie beschäftigten und täglich wachsenden Arbeiterstand überhaupt nicht berühren.“

10. Vassalle geht jetzt über zur Betrachtung der Consumvereine; diese können allerdings den ganzen Arbeiterstand umfassen, aber doch nicht die Lage desselben verbessern. Um dieß zu beweisen, kommt Vassalle auf das „eherne ökonomische Lohngesetz“ zu sprechen, welches „unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage“ die Lohnhöhe bestimme; dieses Gesetz, dessen Voraussetzungen man niemals außer Acht lassen darf, drückt Vassalle folgendermaßen aus:

„Das eiserne ökonomische Gesetz, welches unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit, den Arbeitslohn bestimmt, ist dieses: daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den nothwendigen Lebensunterhalt reducirt bleibt, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist. Dies ist der Punkt, um welchen der wirkliche Tageslohn in Pendelschwingungen jederzeit herum gravitirt, ohne sich jemals lange weder über denselben erheben, noch unter denselben hinterfallen zu können. Er kann sich nicht dauernd über diesen Durchschnitt erheben — denn sonst entstände durch die leichtere, bessere Lage der Arbeiter eine Vermehrung der Arbeiterreihen und der Arbeiterfortpflanzung,

Wahlrecht, die active Theilnahme am Staatsleben durch den Censur beschränkte und so die Lohnarbeiter anschlöß. Dadurch wurde der bürgerliche Besitz Grundbedingung zur Herrschaft über den Staat. Als herrschender Stand suchte diese Bourgeoisie auch die Steuerfreiheit für sich zu gewinnen und dieß geschah durch eine unerhörte Entwicklung des Systems der indirecten Steuern. Diese sind nach Lassalle das Institut, vermöge dessen das Privilegium der Steuerfreiheit für das Großcapital verwirklicht wird und die Kosten des Staatswesens auf die ärmeren Classen übergewälzt werden, da der größte Theil des Staatseinkommens durch solche Steuern aufgebracht wird. (Diese indirecten Steuern haben besonders in Frankreich eine weitgehende Entwicklung gefunden.) Dennoch aber wird die directe Steuer zur Bedingung des Wahlrechts gemacht, so daß in der That die Bourgeoisie herrscht.\*)

Aber auch — damit beginnt Lassalle die pantheistische Ausspinnung seiner Ideen — die Periode des bürgerlichen Besitzes ist abgelaufen; die Geburtsstunde der neuen Zeit war der 24. Februar 1848, als durch den vierten Stand das allgemeine und directe Wahlrecht proclamirt wurde. Dieser vierte Stand ist aber der letzte und ärmste, er kann kein Privilegium

\*) Das Schlagwort „Bourgeoisie“ als Inbegriff der Capitalbesitzer, soll von Louis Blanc herrühren; Lassalle versteht unter einem Bourgeois (Arb.-Progr. 1870 S. 21) jenen Bürger, welcher, „nicht zufrieden mit der thatsächlichen Annehmlichkeit eines großen Besitzes, den bürgerlichen Besitz, das Capital, auch noch als die Bedingung hinstellen will, an der Herrschaft über den Staat, an der Bestimmung des Staatswillens und Staatszweckes Theil zu nehmen“; „dann erst wird der Großbürger zum Bourgeois, dann macht er die Thatsache des Besitzes zur rechtlichen Bedingung der politischen Herrschaft, dann charakterisirt er sich als einen neuen privilegierten Stand im Volke, der nun das herrschende Gepräge seines Privilegiums allen gesellschaftlichen Einrichtungen eben so gut, ausdrücken will, wie dies der Adel im Mittelalter mit dem Privilegium des Grundbesitzes gethan.“

wieder einführen, wie es die Bourgeoisie gethan. Durch ihn wird als Krone der geschichtlichen Entwicklung jede Classenherrschaft beseitigt, „seine Sache ist die Sache der gesammten Menschheit, seine Herrschaft die Herrschaft Aller“. Daher ist die Idee des vierten Standes als des herrschenden Princip der Gesellschaft kein Schrei der Spaltung, sondern der Versöhnung, die Ausgleichung für alle Gegensätze „und um seines Inhalts willen selbst dann noch ein Schrei der Liebe, wenn er als Schlachtruf des Volkes ertönt.“

Das Princip des Arbeiterstandes soll also für die Zukunft das herrschende Princip der Gesellschaft werden. Das formelle Mittel zur praktischen Verwirklichung dieses Gedankens ist gegenüber dem Censur der Bourgeoisie das allgemeine und directe Wahlrecht, wodurch die Staatsgewalt in die Hände der besitzlosen Classen kommen soll, da diese die überwiegende Mehrheit bilden. Dieses Wahlrecht kann wohl vorübergehend Fehlgriffe machen, ist aber nach Vassalle das einzige Mittel, welches auf die Dauer von selbst wieder solche Mißgriffe ausgleicht, da schließlich doch der gewählte Körper das getreue Abbild des wählenden Volkes sein werde (und dieses die Quelle des Rechtes und der Sitte ist). Vassalle wendet sich dann gegen den Entwurf, als sei der Gedanke, das Princip der untersten Classen zum herrschenden Princip des Staates zu machen, unsittlich, gefährlich und barbarisch; im Jahr 1793 habe man in Frankreich das entgegengesetzte Vorurtheil gehabt und nach Rousseau's Vorgange die höheren Stände für unsittlich und verderbt, das niedere Volk für gut und sittlich gehalten und man habe sogar in der damaligen Erklärung der Menschenrechte bestimmt: „Jede Institution, welche nicht voraussetzt, daß das Volk gut und die Obrigkeit bestialisch sei, ist fehlerhaft.“ Vassalle neigt sich selbst sehr der letzteren Anschauung zu und beruft sich dabei auf seinen Leibphilosophen Fichte, welcher erklärt habe, „daß die Schlechtigkeit nach Verhältniß des höheren

Standes zunehme.“ Indem Lassalle nun die innern Gründe hiefür auffucht, argumentirt er in folgender Weise:

„Die Entwicklung der Völker, der Athenzug der Geschichte geht seit lange auf eine immer steigende Abschaffung der Privilegien, welche den höheren Ständen ihre Stellung als höhere und herrschende Stände garantiren. Der Wunsch nach Forterhaltung derselben oder das persönliche Interesse bringt daher jedes Mitglied der höheren Stände, das sich nicht (wie Lassalle selbst) durch einen großen Blick über sein ganzes persönliches Dasein erhoben und hinweg gesetzt hat — und dies können nur immer sehr wenig zahlreiche Ausnahmen sein — in eine principieel feindliche Stellung zu der Entwicklung des Volkes, zu dem Umsichgreifen der Bildung und Wissenschaft, zu den Fortschritten der Cultur, zu allen Athenzügen und Siegen des geschichtlichen Lebens. Dieser Gegensatz des persönlichen Interesses der höheren Stände und der Culturentwicklung der Nation ist es, welcher die hohe und nothwendige Unfittlichkeit der höheren Stände hervorruft. Es ist ein Leben, dessen tägliche Bedingungen Sie sich nur zu vergegenwärtigen brauchen, um den tiefen inneren Verfall zu fühlen, zu dem es führen muß. Sich täglich widersetzen müssen allem Großen und Guten, sich betrüben müssen über sein Gelingen, über sein Mißlingen sich freuen, seine weiteren Fortschritte aufhalten, seine bereits geschehenen rückgängig machen oder verwünschen zu müssen. Es ist ein fortgesetztes Leben wie in Feindes Land — und dieser Feind ist die sittliche Gemeinschaft des eigenen Volkes, in der man lebt, und für welche zu streben alle wahre Sittlichkeit ausmacht. . . . Dazu die Nothwendigkeit, dieß Alles, entweder gegen die eigene Stimme des Gewissens und der Intelligenz zu thun, oder aber diese Stimme schon gewohnheitsmäßig in sich ausgerottet zu haben, um nicht von ihr belästigt zu werden, oder endlich diese Stimme nie gekannt, nie etwas Besseres und Anderes gekannt zu haben, als die Religion des eigenen Vortheils“! (Arb.-Prog. S. 33.)

Dieser Gegensatz des persönlichen Interesses zur Culturentwicklung der Nation — fährt Lassalle fort — fehlt bei den unteren Classen ganz; die Selbstsucht ist bei ihnen Fehler der Einzelnen und nicht der nothwendige Fehler der ganzen Classe, wie bei den höheren Ständen; das persönliche Interesse der einzelnen Glieder dieser Classe, statt sich der geschichtlichen Bewegung entgegenzustellen, und dadurch zur Unfittlichkeit verdammt zu sein, fällt „durchaus zusammen mit der Entwicklung des gesammten Volkes, mit dem Siege der Idee, mit den Fort-

Schritten der Cultur, mit dem Lebensprincip der Geschichte selbst, welche nichts anderes als die Entwicklung der Freiheit ist.“ Daher ruft Vassalle den Arbeitern zu :

„Ihre Sache ist die Sache der gesammten Menschheit. Sie sind in der glücklichen Lage, daß Dasjenige, was Ihr wahres persönliches Interesse bildet, zusammenfällt mit dem zuckenden Pulsschlag der Geschichte, mit dem treibenden Lebensprincip der sittlichen Entwicklung. Sie können daher sich der geschichtlichen Entwicklung mit persönlicher Leidenschaft hingeben und gewiß sein, daß Sie um so sittlicher dastehen, je glühender und verzehrender diese Leidenschaft in ihrem hier entwickelten reinen Sinne ist“.

8. Im weiteren Verlaufe seines Vortrages („Arbeiterprogramm“) vergleicht Vassalle die Staatsidee des vierten Standes mit jener der Bourgeoisie. Er sagt :

„Die sittliche Idee der Bourgeoisie ist diese, daß ausschließlich nichts anderes, als die ungehinderte Selbstbethätigung seiner Kräfte jedem Einzelnen zu garantiren sei. Wären wir alle gleich stark, gleich geschickt, gleich gebildet und gleich reich, so würde diese Idee als eine ausreichende und sittliche angesehen werden können. Da wir dieses aber nicht sind und nicht sein können, so ist dieser Gedanke nicht ausreichend, und führt deshalb in seinen Consequenzen nothwendig zu einer tiefen Unsitlichkeit. Denn er führt dazu, daß der Stärkere, Geschicktere, Reichere den Schwächeren ausbeutet und in seine Tasche steckt. Die sittliche Idee des Arbeiterstandes dagegen ist die, daß die ungehinderte und freie Bethätigung der individuellen Kräfte durch das Individuum noch nicht ausreiche, sondern daß zu ihr in einem sittlich geordneten Gemeinwesen noch hinzutreten müsse: die Solidarität der Interessen, die Gemeinsamkeit und die Gegenseitigkeit in der Entwicklung. Entsprechend diesem Unterschiede, faßt die Bourgeoisie den sittlichen Staatszweck so auf: er bestehe ausschließlich und allein darin, die persönliche Freiheit des Einzelnen und sein Eigenthum zu schützen. Dies ist eine Nachwächteridee deshalb, weil sie sich den Staat nur unter dem Bilde eines Nachwächters denken kann, dessen ganze Function darin besteht, Raub und Einbruch zu verhüten. Wollte die Bourgeoisie consequent ihr letztes Wort aussprechen, so müßte sie gestehen, daß nach diesen ihren Gedanken, wenn es keine Räuber und Diebe gäbe, der Staat überhaupt ganz überflüssig sei.“\*)

\*) Vassalle bezeichnet diese Staatsidee, welche den Staat ganz aufgeben und in die bloße bürgerliche Gesellschaft der egoistischen Interessen umwandeln, als die Staatsidee des Liberalismus. Er übersah dabei, daß der „Liberalismus“ diese Staatsidee bloß auf ökonomischem Gebiete cultivirt und auch hier nur theoretisch.

Die Staatsidee des vierten Standes aber, wie sie Lassalle auffaßt, beruht darauf, daß die Geschichte ein Kampf ist mit der Natur, mit Elend, Unwissenheit, Armuth, Machtlosigkeit und mit Unfreiheit aller Art; die fortschreitende Beseitigung dieser Machtlosigkeit, d. i. die Entwicklung der Freiheit, kann nicht kommen, wenn jeder Einzelne für sich steht; der Staat hat daher „die Function, diese Entwicklung der Freiheit, diese Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit zu vollbringen. Der Staat ist diese Einheit der Individuen in einem sittlichen Ganzen, eine Einheit, welche die Kräfte aller Einzelnen, welche in diese Vereinigung eingeschlossen sind, millionenfach vermehrt, die Kräfte, welche ihnen allen als Einzelnen zu Gebote stehen würden, millionenfach vervielfältigt. . . . Der Zweck des Staates ist, durch diese Vereinigung die Einzelnen in den Stand zu setzen, solche Zwecke, eine solche Stufe des Daseins zu erreichen, die sie als Einzelne niemals erreichen könnten, sie zu befähigen, eine Summe von Bildung, Macht und Freiheit zu erlangen, die ihnen sämmtlich als Einzelnen schlechthin unerreichlich wäre.“ Lassalle folgert aus dieser Auffassung vom Staat die Pflicht desselben, sich der Arbeitersache im Lassalle'schem Sinne anzunehmen und er zeigt auch später den Arbeitern, daß einzig und allein der Staat ihnen helfen könne. Wir werden daher später noch einmal auf die Lassalle'sche Staatslehre zurückzukommen haben. Jedenfalls scheidet die eben erwähnte Auffassung vom Staate wahrhaft belebend ab von der trostlosen, im praktischen Leben überdies nicht anzunehmenden und nicht angenommenen „Nachtwächteridee“ der „Manchester-schule“, die den Staat rein nach den wirthschaftlichen Interessen der Besitzenden construiren möchte. Der Staat ist die civilisirte und auf dem Wege der Civilisation fortschreitende Gesellschaft, dieß ist der Grundgedanke der Lassalle'schen Auffassung und hinsichtlich desselben muß man ihm beistimmen.

Zum Schluß seines Vortrages faßte Lassalle noch einmal seine Ansichten zusammen, beglückwünschte die Arbeiter, in einer



Zeit geboren zu sein, welche bestimmt sei, diese glorreichste Arbeit der Geschichte — das Princip des vierten Standes zum Princip der ganzen Gesellschaft zu machen — zu erleben. In diesem Sinne rief er den Arbeiten zu:

„Nichts ist mehr geeignet, einem Stande ein würdevolles und tief sittliches Gepräge aufzudrücken, als das Bewußtsein, daß er zum herrschenden Stande bestimmt, daß er berufen ist, das Princip seines Standes zum Princip des gesammten Zeitalters zu erheben, seine Idee zur leitenden Idee der ganzen Gesellschaft zu machen und so diese wiederum zu einem Abbilde seines eigenen Gepräges zu gestalten. Die hohe weltgeschichtliche Ehre dieser Bestimmung, muß alle Ihre Gedanken in Anspruch nehmen. Es ziemen Ihnen nicht mehr die Laster der Unterdrückten, und die müßigen Zerstreuungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsinm der Unbedeutenden. Sie sind der Fels, auf welchen die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll! Der hohe sittliche Ernst dieses Gedankens ist es, der sich mit einer verzehrenden Ausschließlichkeit Ihres Geistes bemächtigen, und Ihr Gemüth erfüllen muß. . . .“\*)

9. Lassalle's Antwortschreiben. (Kritik der Schulze'schen Vereine.) In dem eben erwähnten Vortrag hat Lassalle seine Geschichtsauffassung und seinen Staatsbegriff dargelegt. Beides fand praktische Erläuterung durch die Agitation, in welche er bald darauf von fremder Hand hineingezogen

\*) Wegen dieses Vortrages wurde Lassalle vor Gericht gestellt unter der Anklage, die beschlossenen Classen zum Haß und zur Verachtung gegen die Besthenden öffentlich angereizt zu haben. Die Verhandlungen wurden vor dem Stadtgericht zu Berlin am 16. Januar 1863 geführt und endeten mit der Verurtheilung Lassalle's zu 4 Monaten Gefängniß wegen „Gefährdung des öffentlichen Friedens durch Anreizung der Angehörigen des Staates zum Haß und zur Verachtung gegen einander.“ Seine Verttheidigung gab Lassalle unter dem Titel „Die Wissenschaft und die Arbeiter“ heraus; er berief sich in derselben hauptsächlich darauf, daß sein Vortrag rein wissenschaftlich gewesen, und daß nach §. 20 der preussischen Verfassung die Wissenschaft und ihre Lehre frei seien. — Lassalle appellirte gegen das Urtheil, wurde aber auch in zweiter Instanz und zwar zu 100 Thaler Geldstrafe verurtheilt. Bei dieser Gelegenheit hielt Lassalle eine glänzende Rede zur Verttheidigung seiner im Arbeiterprogramm aufgestellten Behauptung, die indirecte Besteuerung sei das Institut, „durch welches die Bourgeoisie (soweit sie dieß überhaupt vermag) das Privilegium der Steuerfreiheit

wurde und die er dann mit aller Begeisterung und Leidenschaftlichkeit durchführte, deren seine ideal angelegte und stark fühlende Seele fähig war. Wie haben schon (S. 239) erzählt, in welcher Weise Lassalle veranlaßt wurde, sein „Antwortschreiben an das Centralcomité zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeitercongresses zu Leipzig“ abzufassen. Es ist vom 1. März 1863 datirt und enthält in engem Rahmen die ganze Theorie Lassalle's zur Lösung der socialen Frage. Es verdient daher eine eingehende Darlegung.

Im October 1862 hatte zu Berlin eine Versammlung stattgefunden, zur Vorbereitung des geplanten allg. deutschen Arb.-Congresses. Damals waren zwei Strömungen hervorgetreten; die einen wünschten, die Arbeiter sollten sich um die politischen Händel gar nicht kümmern, die anderen meinten, sie sollten sich als Anhänger der damals in Aller Mund befindlichen preussischen Fortschrittspartei betrachten. Lassalle erklärte beides für irrig, und sagte, der Arbeiter habe sich sehr um die politische Bewegung zu kümmern, da er die Erfüllung seiner legitimen Interessen bloß von der politischen Freiheit erwarten könne; andererseits aber sei es nicht weniger falsch, sich politisch nur als Anhänger der Fortschrittspartei zu betrachten, denn die

für das große Capital verwirklicht und die Kosten des Staatswesens den ärmeren Classen der Gesellschaft aufbürdet.“ Das hier Gesagte belegte Lassalle in seiner unter dem Titel: „Die indirecte Steuer und die Lage der arbeitenden Classen“ herausgegebenen Vertheidigungsrede in classischer Weise durch überreiche Citate aus den berühmtesten Werken der volkswirtschaftlichen und statistischen Literatur. Er führt (S. 6) aus, daß der preussische Staat 1855 seine 109 Mill. Thlr. Einnahmen deckte aus 12 Mill. directer Staatsgebühren und 12 Mill. wirklicher directer Steuern, so daß also 85 Mill. für die indirecten Steuern übrig blieben; diese letzteren fallen besonders auf die besitzlosen Classen, sowohl wegen der Natur der indirecten Steuern — da sie, um etwas zu extrahiren, auf die nöthwendigsten Lebensmittel gelegt werden müssen und daher wie Kopfsteuern wirken — als auch, weil die genannten Classen die überwiegende Mehrzahl der Staatsangehörigen umfassen. Aber auch zu den directen Steuern tragen (die indirecten Steuern u. s. w. S. 64) die unbemittelten Classen fast 70 % bei.

Arbeiterpartei habe viel principiellere politische Ziele; die Fortschrittspartei aber sei nur die Wiedererhebung des „verrufenen Gothaerthums“, sie habe keinen Sinn für politisches Ehrgefühl und sei einer entschlossenen Regierung gegenüber ohnmächtig; überdies müsse jede Hoffnung beseitigt werden, von der Fortschrittspartei auch nur die geringste reelle Entwicklung der freiheitlichen Interessen zu erwarten; es sei ferner zweifelhaft, ob jene Partei, wenn sie den Sieg über die preussische Regierung errungen, diesen Sieg „im Interesse des gesammten Volkes oder nur zur Aufrechterhaltung der privilegierten Stellung der Bourgeoisie ausnützen würde; d. h. ob sie diesen Sieg zur Herstellung des allgemeinen gleichen und directen Wahlrechts, welches durch die demokratischen Grundsätze und die legitimen Interessen des Arbeiterstandes geboten ist, verwenden würde oder nicht.“ Daher kommt Lassalle zu dem Ergebnis:

„Der Arbeiterstand muß sich als selbstständige politische Partei constituiren und das allgemeine gleiche und directe Wahlrecht zu dem principiellen Losungswort und Banner dieser Partei machen. Die Vertretung des Arbeiterstandes in den gesetzgebenden Körpern Deutschlands — dieß ist es allein, was in politischer Hinsicht seine legitimen Interessen befriedigen kann. Eine friedliche und gesetzliche Agitation hiefür mit allen gesetzlichen Mitteln zu eröffnen, das ist und muß in politischer Hinsicht das Programm der Arbeiterpartei sein.“

Lassalle geht nun zur socialen Frage über und spricht sein Bedauern aus, daß man auf dem beabsichtigten Congresse noch über Freizügigkeit und Gewerbefreiheit debattiren wolle; „alle diese Debatten hätten mindestens den Einen Fehler — um mehr als fünfzig Jahre zu spät zu kommen! Freizügigkeit und Gewerbefreiheit sind Dinge, welche man in einem gesetzgebenden Körper stumm und lautlos decretirt, aber nicht mehr debattirt.“ Weiter wendet er sich gegen den Vorschlag, durch Spar-, Invaliden-, Hilfs- und Krankencassen die Arbeiterfrage zu lösen; der Nutzen dieser Institute sei relativ und äußerst untergeordnet; sie könnten wohl dem Leichtsinne u. s. w. entgegenwirken und verhindern, daß einzelne Arbeiterindividuen

noch unter die normale Lage ihres Standes hinabgedrückt würden; wenn aber der Zweck der jetzigen Arbeiterbewegung sei, die normale Lage des gesammten Arbeiterstandes zu verbessern — und dieß müße der Zweck sein — dann seien jene Institute ganz und gar ohnmächtig. Um dieß näher zu belegen, beruft sich Lassalle auf das Zeugniß des bekannnten, inzwischen verstorbenen, conservativen Arbeiterfreundes B. A. Huber in Wernigerode, der die nöthige Unbefangenheit habe, während die Anhänger der liberalen Schule sich und die Arbeiter täuschten. Auch Huber ist in dieser Beziehung gleicher Ansicht wie Lassalle. Dieser wendet sich dann zur Betrachtung der von Schulze-Delitzsch gemachten Vorschläge, die Arbeiter sollten sich durch Selbsthilfe zu Consum-, Rohstoff- und Vorschußvereinen zusammenthun und so allmählig ihre Stellung derart verbessern, daß sie auch Productivgenossenschaften gründen und dadurch selbstständige Unternehmer werden könnten. Lassalle kritisiert nun jene Vorschläge und behandelt dabei Schulze in sehr achtungsvoller Weise, die scharf contrastirt gegen den Ton, den er später in „Bastiat-Schulze“ anschlug. Er sagt, die Frage: „Sind die Schulze-Delitzsch'schen Associationen, die Credit- und Vorschuß-, die Rohstoff- und die Consumvereine im Stande, die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes zu bewirken?“ müsse mit einem entschiedenen Nein beantwortet werden. Lassalle beweist dieß durch näheres Eingehen auf den Charakter der von Schulze gegründeten Vereine; er sagt: die Credit-, Vorschuß- und Rohstoffvereine können bloß für Den existiren, der sein Geschäft auf eigene Rechnung betreibt, also für den kleinen Handwerker, während sie für den Arbeiter im engeren Sinne, der in der fabrikmäßigen Großproduction beschäftigt ist, gar nicht bestehen; es ist aber „die nothwendige Bewegung unserer Industrie, täglich immer mehr den fabrikmäßigen Großbetrieb an die Stelle des handwerksmäßigen Kleinbetriebs, oder des Zwerggewerbes zu setzen und folglich täglich immer eine größere Anzahl von Handwerkern in den in der fabrikmäßigen Groß-

production beschäftigten eigentlichen Arbeiterstand hinüberzutreiben.“ Dadurch schon wird die Zahl derjenigen immer kleiner, welche jene Vereine benutzen können. Ueberdieß vermögen „der Concurrenz der fabrikmäßigen Großproduction gegenüber, welche sich täglich mehr an die Stelle des kleinen handwerksmäßigen Betriebs setzt, auch die in demselben ausstarrenden Handwerker durch die Credit- und Rohstoffvereine keineswegs geschützt zu werden.“ Auch dieß werde wieder durch Huber bestätigt, daher könnten die erwähnten Vereine „auch in Bezug auf den kleinen Handwerker nur den Todeskampf, in welchem das kleine Handwerk der Großindustrie zu unterliegen und Platz zu machen bestimmt ist, verlängern, die Qualen dieses Todeskampfes vermehren und die Entwicklung unserer Cultur unnütz aufhalten, während sie den eigentlichen, in der Großindustrie beschäftigten und täglich wachsenden Arbeiterstand überhaupt nicht berühren.“

10. Vassalle geht jetzt über zur Betrachtung der Consumvereine; diese können allerdings den ganzen Arbeiterstand umfassen, aber doch nicht die Lage desselben verbessern. Um dieß zu beweisen, kommt Vassalle auf das „eiserne ökonomische Lohngesetz“ zu sprechen, welches „unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage“ die Lohnhöhe bestimme; dieses Gesetz, dessen Voraussetzungen man niemals außer Acht lassen darf, drückt Vassalle folgendermaßen aus:

„Das eiserne ökonomische Gesetz, welches unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit, den Arbeitslohn bestimmt, ist dieses: daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den nothwendigen Lebensunterhalt reducirt bleibt, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist. Dies ist der Punkt, um welchen der wirkliche Tageslohn in Pendelschwingungen jederzeit herum gravitirt, ohne sich jemals lange weder über denselben erheben, noch unter denselben hinterfallen zu können. Er kann sich nicht dauernd über diesen Durchschnitt erheben — denn sonst entstände durch die leichtere, bessere Lage der Arbeiter eine Vermehrung der Arbeiterreihen und der Arbeiterfortpflanzung,

eine Vermehrung der Arbeiterbevölkerung und somit des Angebots von Händen, welche den Arbeitslohn wieder auf und unter seinen früheren Stand herabdrücken würde. Der Arbeitslohn kann auch nicht tief unter diesen nothwendigen Lebensunterhalt fallen, denn dann entstehen — Auswanderungen, Ehelosigkeit, Enthaltung von der Kinderzeugung und endlich eine durch Elend erzeugte Verminderung der Arbeiterzahl, welche somit das Angebot von Arbeiterhänden noch verringert und den Arbeitslohn wieder auf den früheren Stand zurückbringt. Der wirkliche durchschnittliche Arbeitslohn besteht somit in der Bewegung, beständig um jenen seinen Schwerpunkt, in den er fortwährend zurücksinken muß, herumzukreisen, bald etwas über denselben (Periode der Prosperität in allen oder einzelnen Arbeitszweigen), bald etwas unter ihm zu stehen (Periode des mehr oder weniger allgemeinen Nothstandes und der Krisen).“ \*)

Mit Recht erklärt Lassalle dieses eiserne Lohngesetz, über welches alle Männer der Wissenschaft einstimmig seien, für den Angelpunkt seiner ganzen Beweisführung und Agitation; denn er stützte darauf seinen Beweis, daß der Arbeiterstand als solcher nicht sparen könne, daß die angepriesene Selbsthilfe für einige Wenige vielleicht möglich, für den ganzen Stand aber nur eine Illusion sei. Daher sollten die Arbeiter jeden, der ihnen von Verbesserung ihrer Lage spreche, fragen, ob er dieses Gesetz anerkenne oder nicht; im letzteren Falle täusche er die Arbeiter oder verrathe die kläglichste Unerfahrenheit in der Nationalökonomie. Weil aber dieses Gesetz bestehe, so seien die Arbeiter „die Klasse der Enterbten“ und mit Nothwendigkeit ausgeschlossen,

\*) Dieses „eiserne Lohngesetz“ fand ungeheueren Widerspruch; man fühlte instinctmäßig, welche fundamentale Wichtigkeit es für die socialistische Agitation hatte und versuchte daher jenes Gesetz umzustößen und als nicht existirend zu erklären. Lassalle zeigte sich aber in diesem Kampfe seinen Gegnern an Kenntnissen, Geist und Schärfe der Dialektik weit überlegen. Er bewies (Zur Arbeiterfrage, Rede zu Leipzig am 16. April 1863; Arb.-Legebuch, Rede zu Frankfurt am 17. und 19. Mai 1863), daß die bedeutendsten Oekonomen selbst der „liberalen Schule“ dieses Gesetz gekannt und ausgesprochen hatten; so Ad. Smith, J. B. Say, Ricardo, St. Mill. Rau, Roscher, Zacharia, M. Wirth, Bastiat u. a. Daß im Allgemeinen die industriellen Arbeiter durch Strikes ihre Löhne über das Lebensminimum bringen und somit auch sparen können, dieß beweisen die reichlich gefüllten Cassen der englischen Gewerbevereine. Lassalle aber hat nicht bloß

selbst von der durch die Fortschritte der Civilisation gesteigerten Productivität ihrer eigenen Arbeit: für die Arbeiter „immer die Lebensnothdurft, für den Unternehmeranteil immer Alles, was über dieselbe hinaus von der Arbeit producirt wird“; wohl könne eine geringe Verbesserung kommen dadurch daß im Laufe der Zeit sich das nothwendige Lebensminimum durch Aufnahme und Beibehaltung allmählig hinzukommender Genüsse erhöhe, aber dennoch werde der Arbeiter immer auf dem untersten Rand der in jeder Zeit gewohnheitsmäßig erforderlichen Lebensnothdurft herumtanzten, bald ein wenig über ihm, bald ein wenig unter ihm stehen. So lange also einige Arbeiter zu Consumvereinen zusammentreten, werde die Lohnhöhe im Allgemeinen nicht berührt, und die Lage der Mitglieder solcher Vereine erleichtert; beginnen aber diese Vereine den gesammten Arbeiterstand zu umfassen, so müsse vermöge des ehernen Lohngesetzes der Arbeitslohn in Folge des billiger gewordenen Lebensunterhaltes fallen und das Verhältniß sei wieder wie früher; daher vermöchten auch die Consumvereine nicht zu helfen und verlören mit dem Grade ihrer Ausbreitung an Bedeutung und Wirksamkeit. \*) die industriellen Lohnarbeiter, sondern die gesammte beschloße Bevölkerung im Auge, von welcher die Erstgenannten nur einen kleinen, wenn auch den rührigsten Theil bilden. Berücksichtigt man dieß und behält man ferner die Voraussetzung Lassalle's — „unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage“ — im Auge, so besteht jenes Lohngesetz sicher. Die Voraussetzungen sind: die wirthschaftlichen Freiheiten, eine in normaler Vermehrung befindliche Bevölkerung und das heutige Eigenthumsrecht; sehr rasch wird sich dadurch ein Zustand ergeben, in welchem die Vermehrung des Volkes und die Monopolkraft des Eigenthums in ihrem Zusammenwirken den Lohn im großen Ganzen wirklich Preis um das zum Leben Nothwendige oscilliren machen. Statt dieses Gesetz zu bekämpfen und zu leugnen, hätte man sich gegen dessen socialistische Deutung wenden sollen.

\*) Wir machen darauf aufmerksam, daß die Lassalle'sche Kritik der Schulze'schen Vereine hinsichtlich ihrer Wirksamkeit für die Arbeiterbevölkerung durch die bisherigen Erfahrungen gerechtfertigt worden ist. Ganz besonders gilt dieß von den Vorschauvereinen, die fast ausschließlich zu Bankunternehmungen der kleinen Bourgeoisie geworden sind.

11. **Rassalle's Vorschläge.** Rassalle kommt nun zur Darlegung seines eigenen Vorschlags, indem er sagt:

„Sollte das Princip der freien individuellen Association der Arbeiter nicht vermögen, die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes zu bewirken? Allerdings vermag es das — aber nur durch seine Anwendung und Ausdehnung auf die fabrikmäßige Großproduction. Den Arbeiterstand zu seinem eigenen Unternehmer machen — das ist das Mittel, durch welches — und durch welches allein — jenes eiserne und grausame Gesetz beseitigt sein würde, das den Arbeitslohn bestimmt! Wenn der Arbeiterstand sein eigener Unternehmer ist, so fällt jene Scheidung zwischen Arbeitslohn und Unternehmergewinn und mit ihr der bloße Arbeitslohn überhaupt fort, und an seine Stelle tritt als Vergeltung der Arbeit der Arbeitsertrag!“

Aus eigenen Kräften vermag der Arbeiter dieß nicht zu bewirken; er ist zu schwach, die Productionsmittel von selbst in seinen Besitz zu bekommen, denn dazu sind heutzutage, wenn es in friedlicher, gesetzlicher Weise geschehen soll — wie Rassalle es erstrebt — ungeheure Capitalien nöthig. Die isolirten Anstrengungen vermögen dieß nicht, daher muß der Staat eintreten; seine Aufgabe ist es, „die große Sache der freien individuellen Association des Arbeiterstandes fördernd und entwickelnd in seine Hand zu nehmen und es zu seiner heiligsten Pflicht zu machen, den Arbeitern die Mittel und Möglichkeit zu ihrer Selbstorganisation und Selbstassociation zu bieten.“ Dadurch werde, meint Rassalle, die Selbsthilfe, die von Schulze'scher Seite gepredigt wird, noch nicht aufgehoben, aber eine wirkliche Besserung des Arbeiterstandes können doch nur durch jene Hilfeleistung des Staates herbeigeführt werden: „Das ist gerade die Aufgabe und Bestimmung des Staates, die großen Culturfortschritte der Menschheit zu erleichtern und zu vermitteln. Dies ist sein Beruf. Dazu existirt er, hat immer dazu gedient und dienen müssen.“ \*)

\*) Die Lehre der „Manchester'schule“ daß die freie Concurrrenz alles am besten regeln, daß der Staat in keiner Weise in die wirtschaftlichen Verhältnisse eingreifen dürfe — eine Lehre, die gegenwärtig wissenschaftlich überwunden ist und praktisch nie lebensfähig war — wird von Rassalle



Nachdem so Lassalle gezeigt, daß bloß der Staat helfen könne, leitet er noch eine fernere Berechtigung der Arbeiterbevölkerung auf Staatshilfe ab, indem er die Frage aufwirft:

(Arb. Beschw. S. 37) „eines der unintelligentesten, stupidesten und culturfeindlichsten Vorurtheile genannt. Sich speciell gegen die Panacee der freien Concurrenz wendend, sagt er (Arbeiter-Beschw. S. 34): „Handelte es sich um die Concurrenz zwischen Capitalisten und Capitalisten, so wäre das sehr plausibel; aber handelt es sich um die Concurrenz zwischen den Mittel- und Capitallosen mit den Capitalisten, so ist diese Concurrenz ein Wettkampf zwischen einem Bewaffneten und einem Unbewaffneten!“ Damit die Concurrenz wirklich frei sei, müßte man vorher die Umstände gleich machen, es müßten entweder die Besitzenden sich vorher ihres Vermögens entäußern, oder die Arbeiter müßten gleichfalls Capital erhalten, damit sie wirklich concurriren könnten. Lassalle weist ferner nach, daß es mit der Ausführung der Theorie von der Nichteinmischung des Staates den Männern, die sie aufstellen, nicht einmal ernst sei; er verweist (Zur Arb.-Frage S. 18) zu diesem Zwecke auf die Vorgänge in England, wo, als die Arbeiter während der Baumwollennoth 1862 massenhaft auswandern wollten, die Manchesterherren verlangten, der Staat möge ihnen helfen, damit sie nicht, wenn die Lage in Nordamerica sich gebessert, zu wenig Arbeiter hätten und höhere Löhne bezahlen müßten. Selbst die „Times“ hatte damals die Herren verhöhnt, da sie ihrer bisherigen Theorie in's Gesicht schlugen, als plötzlich ihr Geldbeutel unter derselben litt. Lassalle erwähnt auch (Antw.-Schr. S. 22) des Eintretens des englischen Staates zu Gunsten der Emancipation der arbeitenden Classen (Ablösung der Sklaverei 1833); auch sei die Gewährung staatlicher Zinsgarantien, die doch vorwiegend der „Bourgeoisie“ zu gute komme, sicher eine Intervention des Staates, ohne welche man vielleicht gar keine Eisenbahnen hätte. (Anfang 1872 gewährte das österreichische Abgeordnetenhaus, in welchem die „Bourgeoisie“ herrscht, für Unterstützung von Privateisenbahngesellschaften 10<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Mill. Gulden Staatsvorschuße und man wird nicht irren, wenn man sagt, viele jener Herren haben sich diese Subventionen selbst votirt.) Es giebt nichts, was so sehr der Wissenschaft, der Praxis und der Geschichte widerspricht, als jene einseitige Doctrin, und doch erhitzen sich die Wortführer der „liberalen Schule“ damals Lassalle's Aeußerungen gegenüber in einer Weise, die jetzt nach 10 Jahren, wo die „Manchestertheorie“ in den letzten Zügen liegt, nur Mitleid erregen kann. Nicht mit Unrecht erklärte Lassalle den Staat für das „uralte Bestrafwerk der Civilisation“, das er gegen moderne Barbaren verteidige.

Was ist der Staat? Er greift zur amtlichen Statistik und findet dort, daß 1850 in Preußen  $\frac{1}{2}$  % der Bevölkerung ein Einkommen von über 1000 Thlr.,  $3\frac{1}{4}$  % ein Einkommen von 400—1000 Thlr.,  $7\frac{1}{4}$  % von 200—400,  $16\frac{3}{4}$  % von 100—200 und  $72\frac{1}{4}$  % ein Einkommen von unter 100 Thlr. hatten. Dieses Einkommen fiel auf den classenfeuerpflichtigen Kopf der Bevölkerung, welcher durchschnittlich eine Familie von 5 oder mindestens über 3 Personen repräsentirt. Nimmt man die beiden untersten Classen als in der allergebrüdetsten Lage befindlich und rechnet auch die  $7\frac{1}{4}$  % der dritten Classe als noch unbemittelt dazu, so lebten damals  $96\frac{1}{4}$  % der Bevölkerung in gedrückter und dürftiger Lage. Daher ruft Lassalle den Arbeitern zu: „Ihnen, also den nothleidenden Classen gehört der Staat, nicht uns, den höheren Ständen, denn aus Ihnen besteht er! Was ist der Staat? fragte ich, und Sie ersehen jetzt aus wenigen Zahlen handgreiflicher als aus vielen Büchern die Antwort: Ihre, der ärmeren Classen, große Association — das ist der Staat!\*)

Lassalle eilt nun zum Schluß und sagt:

„Der einzige Weg zur Aufhebung jenes grausamen, den Arbeitslohn bestimmenden Gesetzes, an welches der Arbeiterstand wie an einen Marterpfahl geschmiedet ist, ist die Förderung und Entwicklung der freien, individuellen

\*) Auch diese Ausführungen Lassalle's erregten einen wahren Wuthschrei, aber wiederum mit großem Unrecht. Man war entrüstet darüber, daß er diese nackte statistische Thatsache, die bisher nur in den Büchern der Gelehrten verzeichnet war, und von der die „Bourgeoisie“ selbst keine rechte Kenntniß hatte, so unerschrocken vor den „Proletariern“ ausplauderte. Man erkannte die gewaltige Bedeutung dieser Zahlen für Lassalle's Agitation, denn auf sie stützte er seine Hoffnung, die ungeheure Mehrzahl der Bevölkerung an ihrem Interesse zu packen, sie auf seine Seite zu bringen und dann mittelst des allgemeinen Stimmrechts die Staatsgewalt in die Hände der Besitzlosen zu spielen. Daher suchten seine Gegner, wiewohl vergeblich, die Richtigkeit der erwähnten Zahlen zu bestritten. Auch hier griff man die Sache wieder unrichtig an, denn was macht es aus, wenn man von den  $96\%$  steuerpflichtigen Köpfen, die ein Einkommen unter 400 Thlr. haben, einige Procente abhandelt? Ja selbst wenn man

Arbeiterassociationen durch die helfende Hand des Staates. Die auf die rein atomistisch-isolirten Kräfte der Arbeiterindividuen gebaute Arbeiterassociationsbewegung hat nur den Werth gehabt, handgreiflich den praktischen Weg zu zeigen, auf welchem die Befreiung vor sich gehen kann, glänzende, praktische Beweise zur Beseitigung aller wirklichen oder vorgeschüpften Zweifel über die praktische Ausführbarkeit zu liefern und es eben dadurch dem Staat zur gebieterischen Pflicht zu machen, seine stützende Hand diesem höchsten Culturinteresse der Menschheit zu leihen. . . .

„Wie aber den Staat zu dieser Intervention vermögen?“

„Und hier wird nun sofort sonnenhell die Antwort vor Aller Augen stehen: dies wird nur durch das allgemeine und directe Wahlrecht möglich sein. Wenn die gesetzgebenden Körper Deutschlands aus dem allgemeinen directen Wahlrecht hervorgehen — dann und nur dann werden Sie den Staat bestimmen können, sich dieser Pflicht zu unterziehen. Dann wird diese Forderung in den gesetzgebenden Körpern erhoben werden, dann werden die Männer, die Ihrer Sache hingegeben sind, mit dem blanken Stahl der Wissenschaft bewaffnet, zu Ihrer Seite stehen und Ihre Interessen zu schützen wissen! Und dann werden Sie, die unbemittelten Classen der Gesellschaft, es jedenfalls nur sich selbst und Ihren schlechten Wahlen zuschreiben haben, wenn und so lange die Vertreter ihrer Sache in der Minorität bleiben. . . .

„Organisiren sie sich als ein allgemeiner deutscher Arbeiterverein zu dem Zweck einer gesetzlichen und friedlichen, aber unerträglich, unablässigen Agitation für die Einführung des allgemeinen und directen Wahlrechts in allen deutschen Ländern. Von dem Augenblick an,

jene Zahl auf 90% zurückführt, so bleibt doch die schreiende Ungleichheit in der Gesellschaft bestehen. Lassalle vertheidigte seine Aufstellungen ausführlich in „Die indirecte Steuer u.“, S. 55 ff., und sehr scharf im „Arbeiterlesebuch“, S. 23 ff. Dort sagt er, daß von der steuerpflichtigen Bevölkerung Preußens 1,3% ein Einkommen von über 1000 Thlr., 3% ein solches von über 500 Thlr. haben, wobei der Steuerpflichtige als Repräsentant einer Familie von 5 Köpfen gerechnet werde; 95,7% der steuerpflichtigen Bevölkerung also habe auf die Familie von 5 Personen ein Einkommen von unter 500 Thlrn. und diese, sagte Lassalle, gehören jedenfalls zu den ganz unbemittelten Classen, auf welche er seine Agitation berechnet hatte. (Frankreich zählte etwa 1860 346,000 ländliche Wohnungen ohne Fenster, 1,817,328 ländliche Wohnungen, die bloß Thür und ein Fenster hatten, und in diesen Höhlen hausten zusammen ungefähr 10 Mill. Menschen; ein Drittel der Gesamtbevölkerung jenes Landes lebt also sicher im höchsten menschlichen Elende. Arb.-Besch. S. 26.)

wo dieser Verein auch nur 100,000 deutsche Arbeiter umfaßt, wird er bereits eine Macht sein, mit welcher Jeder rechnen muß. Pflanzen Sie diesen Ruf fort in jede Werkstatt, in jedes Dorf, in jede Hütte. Mögen die städtischen Arbeiter ihre höhere Einsicht auf die ländlichen Arbeiter überströmen lassen. . . . Stiften Sie Cassen, öffentliche Blätter, welche täglich dieselbe Forderung erheben und die Begründung derselben aus den socialen Zuständen nachweisen. Verbreiten Sie mit denselben Mitteln Flugschriften zu demselben Zwecke. Besolden Sie aus den Mitteln dieses Vereins die Agenten, welche dieselbe Einsicht in jeden Winkel des Landes tragen, das Herz eines jeden Arbeiters, eines jeden Häuslers und Ackernechts mit demselben Rufe durchbringen. Entschädigen Sie aus den Mitteln dieses Vereins alle solche Arbeiter, welche wegen ihrer Thätigkeit für denselben Schaden und Verfolgung erlitten haben. . . .

„Wenn Sie diesen Ruf — was Ihnen binnen wenigen Jahren gelingen kann — wirklich durch die 89 bis 96 Procent der Gesamtbewölkerung fortgepflanzt haben werden, welche die armen und unbemittelten Classen der Gesellschaft bilden, dann wird man Ihrem Wunsche nicht lange widerstehen! . . . Das allgemeine Wahlrecht von 89 bis 96 Procent der Bevölkerung als Magenfrage aufgefaßt und daher auch mit der Magenwärme durch den ganzen nationalen Körper hinverbreitet — seien Sie ganz unbesorgt, meine Herren, es giebt keine Macht, die sich dem lange widersetzen würde!

„Dies ist das Zeichen, das Sie aufpflanzen müssen. Dies ist das Zeichen, in dem Sie siegen werden? Es giebt kein anderes für Sie!“

12. Zusammenfassung und nähere Ausführung der Vorschläge Lassalle's. Man kann nicht umhin, dieses Antwortschreiben dem Besten an die Seite zu stellen, was auf dem Gebiete der populären Kritik und Agitation je geleistet wurde. Die Schärfe der Sprache, die Klarheit der Beweisführung sind meisterhaft, das Ganze zeugt von großer Beherrschung des Stoffes, von ausgebreitetem Wissen und ist durchdrungen von tiefer, edler Begeisterung für die Sache der „Enterbten.“ Der Vorschlag ist einfach: der Arbeiter soll an Stelle des Arbeitslohns den ganzen Ertrag seiner Arbeit, das volle Aequivalent für das von ihm geleistete Arbeitsquantum erhalten; statt dessen steht er unter der Herrschaft des ehernen

Lohngesetzes, welches ihm die abstracte Selbsthilfe unmöglich macht; es bleibt daher nur die Hilfe durch den Staat übrig; dieser ist das einzige Gebiet, auf welchem der Arbeiter noch als Mensch gilt; auf gesellschaftlichem Wege gibt es aus der gesellschaftlichen Lage der Arbeiter keinen Ausgang, sondern blos auf dem politischen, also durch den Staat,\*) die große Association der besitzlosen Classen; das Mittel hiezu ist die Democratisirung des Staates durch das allgemeine Stimmrecht. Daher rief Lassalle den Arbeitern zu: Organisirt den Gegensatz zwischen Besitz und Nichtbesitz, verbreitet diese Ideen vom Staat und von der Staatshilfe vermittelt einer gewaltigen Agitation durch die große Menge der besitzlosen Classen, durch die sämmtlichen 95 % des socialen Körpers und wir wollen sehen, welche Macht auf die Dauer unseren Forderungen wird widerstehen können! Ist einmal das allgemeine Stimmrecht errungen, so kommt dann die sociale Revolution in unserem Sinne von selbst, „entweder in voller Geseßlichkeit, und mit allen Segnungen des Friedens, wenn man die Weisheit hat, sich zu ihrer Einführung zu entschließen bei Zeiten und von oben herab — oder aber sie wird innerhalb irgend eines Zeitraums hereinbrechen unter allen Convulsionen der Gewalt mit wild wehendem Lockenhaar, erzne Sandalen an ihren Sohlen!“ Jetzt sichern noch Censur und combinirtes Wahlsystem\*\*) der Bourgeoisie die Herrschaft, im

\*) Es ist nicht unwahrscheinlich, daß Lassalle zu dieser Idee von der Staatshilfe durch Louis Blanc gebracht wurde. Er selbst hat darüber in der Hitze des Kampfes nichts angegeben. Louis Blanc hatte schon 1841 in seiner Organisation du Travail den Plan gemacht, wie die Staatsgewalt für die Besizlosen gegen die Besizenden zu benutzen sei; der Staat solle mit seinen übermächtigen Mitteln in die Concurrnz eingreifen, durch von ihm gegründete Unternehmungen die Privatindustrie vernichten und schließlich sollten die Arbeiter die verschiedenen Etablissements in eigene Verwaltung erhalten.

\*\*) Das preußische Dreiclassenwahlgesetz von 1849, sagt Lassalle (Ueber Verfassungswesen, S. 15), gab damals 153,808 sehr reichen Leuten eben soviel politische Macht als 2,691,950 Bürgern, Bauern und Arbeitern

demokratischen Staat der Zukunft aber haben die besitzlosen Classen die Mehrheit der gesetzgebenden Versammlungen und daß diese Versammlungen ihre legislative Befugniß mit keiner anderen Gewalt mehr theilen, daß die Executive ihnen allein verantwortlich ist, dieses setzt Lassalle, der radicale Demokrat, als selbstverständlich voraus.

Ehe wir den Faden der geschichtlichen Entwicklung wieder aufnehmen, müssen wir noch die Ansichten Lassalle's in Manchem näher ausführen, um irrigen und mißverständlichen Auffassungen derselben zu begegnen.

Die Staatshilfe, wie sie Lassalle verlangte, sollte kein Gegensatz zur Selbsthilfe sein und die letztere durchaus nicht aufheben; er meinte im Gegentheil, die Staatshilfe sei eigentlich eine sociale Selbsthilfe in großartigem Maßstab, eine Selbsthilfe, welche sich die Besitzlosen durch die verbündeten Kräfte, der Gesamtheit, deren größten Theil sie bilden, verschaffen; erst die Creditgewährung durch den Staat ermögliche die wirkliche Selbsthilfe der Arbeiter. Aber diese Art der Selbsthilfe kam erst eintreten im demokratischen Staate der Zukunft; erst wenn die Besitzlosen selbst zum Staat werden, ist die Staatshilfe auch Selbsthilfe. Es ist nicht, wie oft behauptet wird, der gegenwärtige Staat, sondern es ist der Staat des souveränen allgemeinen Stimmrechtes, auf den Lassalle seine Anhänger verweist. Daher betonte er auch wiederholt, das Erste sei die Erringung des allgemeinen Stimmrechtes, dann komme das Uebrige, wenn die Massen vom Geist seiner Agitation durchdrungen seien, von selbst. \*)

zusammen; die sehr reichen und die mäßig reichen Leute, also die beiden ersten Wählerclassen, besitzen nach jenem Gesetz zusammen noch einmal so viel politische Gewalt wie die ganze übrige Nation.

\*) „Habe ich euch denn auf den gegenwärtigen Staat, auf den Polizeistaat hingewiesen? Ich habe Euch für diese Hilfe hingewiesen auf den zukünftigen, unter die Herrschaft des allgemeinen und directen Wahlrechtes gestellten Staat. Auf den Staat also, der die höchste Entfaltung der Freiheit sein und unter der Herrschaft des gesammten Volkes stehen wird!“ („An die Arbeiter Berlins“, S. 27.)

Ein weiterer Irrthum, dem man oft begegnet, ist der, als habe Lassalle direct die Steuerkraft des Staates in Anspruch nehmen wollen, um den Arbeitern die Mittel zur Errichtung ihrer Productivgenossenschaften zu geben. Er hielt dazu vorläufig etwa 100 Mill. Thlr. für nöthig und meinte sogar (Arb.-Lesebuch S. 44), diese seien noch zu viel für den Anfang. Um den Arbeitern dieses Geld zu verschaffen, verlangte Lassalle nur eine Creditoperation des Staates vermittelt einer Staatsbank und erläuterte dieß durch folgende Ausführung:

„Wenn eine Bank z. B. hundert Millionen in ihre Kasse legt, so kann sie nun 400 Millionen in Banknoten ausgeben und dieß beruht lediglich auf der Erfahrungsthatsache, daß nie mehr als ein Viertel der Banknoteninhaber sich gleichzeitig präsentiren, um ihre Bettel gegen baares Geld einzuwechseln. Auf diesem einfachen Grundsatz, auf dieser Erfahrungsthatsache, beruhen sämtliche Banken, die Banknoten ausgeben. Diese Thatsache ist ein sociales Factum, eine in der Natur Aller liegende Thatsache. Wer diese sociale Thatsache ausbeutet, der hat zu seiner Benutzung im unterstellten Beispiel 300 Millionen, ohne daß er sie irgend einem Andern entzieht. Ist es nun nicht eine Sünde und Schande, daß man, wie gleichwohl heutzutage in den meisten Staaten der Fall ist, einzelnen Capitalisten oder einzelnen Gesellschaften von Capitalisten die Concession ertheilt, dieses in der Natur Aller wurzelnde Factum für ihren besondern Vortheil auszubenten? Was in der Natur Aller wurzelt und nur durch diese, durch keine individuelle That, hervorgebracht ist, — das dürfte doch auch wieder nur Allen, d. h. dem Staate, zu gute kommen! Wenn Etwas, so ist dieses, gerade so wie die Münze, ein nothwendiges Staatsregal. Wir müssen also eine deutsche Staatsbank haben, eine Bank von Deutschland, — und dann hätte ja der Staat das Geld, das er für diese Associationen braucht, doppelt und dreifach und ohne daß es dem „armen Bauer“ einen Pfennig kostete!“ (Arb.-Lesebuch S. 46.)

Indem sich Lassalle gegen den lächerlichen Vorwurf, mit der „Reaction“ im Bunde zu sein, verwahrte, sagte er: „Nicht auf den jetzigen Staat habe ich Euch hingewiesen, sondern auf den Staat, der unter die Herrschaft des allgemeinen und directen Wahlrechtes gestellt wird. Darum ist es so lächerlich, hier von Reaction zu sprechen, denn es ist doch klar, daß unter dem allgemeinen und directen Wahlrecht der Staat jedenfalls ein ganz anderer sein würde, als der heutige.“ (Arb.-Lesebuch, S. 42.)

Gewiß liegt in dieser Ausführung noch nicht das Mindeste von Socialismus, denn wenn der Staat mit seinem Credit und selbst direct aus dem Beutel der Steuerzahlenden derartige Unterstützungen von je gegeben hat und gibt, so kann er diesen Vortheil auch einmal Arbeitergesellschaften zuwenden. Der Socialismus liegt vielmehr nur in der Bedeutung, welche Lassalle einem solchen Vorgehen des Staates gibt, indem er es als Beginn einer Entwicklung betrachtet, welche zuletzt das Privateigenthum aufheben soll. Lassalle meint ferner, eine Abhängigkeit der Arbeiter vom Staate solle durch derartige Vorschüsse nicht eintreten; das Recht des Staates über die mit seiner Hilfe gegründeten Associationen habe sich zu beschränken auf die Controle, daß die vorgeschossenen Gelder auch wirklich in dem durch die Gesetze vorgeschriebenen Sinne verwendet werden; es wäre ein privatrechtliches Verhältniß und „der Staat würde bloß Gläubigerrechte haben“ (Arb.-Vesebuch S. 41)\*. Ueberdies sei dieser Staat ja das besitzlose und arbeitende Volk selbst.

13. Die Lassalle'schen Productivgenossenschaften. Lassalle betonte besonders, daß sein Vorschlag so gleich in großartigem Maßstabe ausgeführt werden müsse, wenn er überhaupt von Wirkung sein solle. Durch Gründung weniger Associationen könne man vielleicht einigen Arbeitern aufhelfen,

\*) Man warf Lassalle vor, er wolle mit seinem Vorschlage die französischen Rationalwerkstätten von 1848 wieder in's Leben rufen. Dagegen sagte er, seinem Plane gemäß solle der Staat nicht organisiren, nicht selbst Unternehmer sein, sondern bloß durch Creditgewährung die Arbeiter in die Lage setzen, für eigene Rechnung zu arbeiten. Lassalle wies ferner (Wass.-Sch. S. 255 ff.) ausführlich nach, daß jene Werkstätten nicht von L. Blanc, sondern von seinen Feinden in's Leben gerufen worden seien, um den Anhängern Blanc's eine von der Regierung bezahlte und von ihr abhängige Arbeiterarmee entgegenstellen zu können, daß ferner bloß unproductive Arbeiten verrichtet wurden, daß man damals der Privatindustrie keine Concurrenz habe machen wollen und daß das Unternehmen lediglich als ein Almosen an die Arbeiter zu betrachten sei; jene Werkstätten könnten daher nicht als Beweise gegen Lassalle's Vorschläge gebraucht werden.



niemals aber dem Arbeiterstande als solchem, und selbst jene würden durch die freie Concurrnz mit den übermächtigen Capitalien der Bourgeoisie bald wieder erdrückt werden; eine kleine Summe für den beabsichtigten Zweck wäre daher hinausgeworfen, die Frage könne blos im Großen gelöst werden. Die Gründung dieser Productivgenossenschaften soll bei den industriellen Arbeitern beginnen und sich allmählig über sämtliche Lohnarbeiter ausdehnen. Darüber sagte Lassalle (Antw.-Schreiben S. 25, Anm.):

„Diese Associationen würden natürlich erst allmählig und im Laufe der Zeit den gesammten Arbeiterstand umfassen. Sie würden zu beginnen haben in solchen Industriezweigen, welche sich durch ihre Natur, indem sie verhältnismäßig die größte Arbeiterzahl beschäftigen, am meisten zur Association eignen. Sie würden zu beginnen haben in solchen Districten und Localitäten, welche durch die Art ihrer Gewerbsthätigkeit, durch die Dichtigkeit ihrer Bevölkerung, sowie durch die freiwillige Disposition derselben zur Association — alles drei in der Regel zusammenfallende Momente — vor den andern sich zur Association eignen. Sie würden, sobald erst eine Anzahl solcher Associationen bestehen, immer spielender und leichter für alle anderen Gewerbezweige und Localitäten einzuführen sein, da natürlich alle mit Hilfe des Staates sich bildenden Associationen in einen Creditverband untereinander zu treten hätten und treten würden. Außer dem Creditverband könnte ein Asscuranzverband die verschiedenen Vereine umfassen, welcher etwaige eintretende Geschäftsverluste durch ihre Vertheilung bis zur Unmerklichkeit ausglühe. Der Staat würde endlich keineswegs den Dictator bei diesen Gesellschaften zu spielen haben, sondern ihm nur die Festsetzung und resp. Genehmigung der Statuten und eine zur Sicherung seiner Interessen ausreichende Controle bei der Geschäftsführung zusehen. Wöchentlich würde den Arbeitern zunächst der orts- und gewerbsübliche Arbeitslohn zu entrichten und am Schlusse des Jahres der Geschäftsgewinn des Vereins als Dividende unter sie zu vertheilen sein. Die praktische Ausführbarkeit und höchst lucrative Existenzfähigkeit solcher Associationen überhaupt könnte ja nur von der Unwissenheit geleugnet werden, welcher es unbekannt ist, daß bereits sowohl in England wie in Frankreich zahlreiche Arbeiterassociationen bestehen, welche rein auf die Anstrengungen der isolirten Arbeiter angewiesen, die sie bilden, dennoch zu hoher Blüthe gelangt sind.“

Ueber denselben Gegenstand sagt er: (Arbeiter-Lesebuch, S. 43.)

„Der Capitalzins steht zu 5 % im Allgemeinen. Dieser Capitalzins (nicht zu verwechseln mit dem Unternehmergewinn) wird von dem Unternehmer selbst dem Capitalisten bezahlt. Diese 5 Procent geben jährlich 5 Millionen Thaler, die man gleichfalls von Neuem, wenn wir jene 100 Millionen hätten, zu demselben Zwecke, zur Gründung von Arbeiter-associationen, aussthan könnte. Durch die Kraft des Zinseszinses würden binnen 14 Jahren diese jährlichen 5 Mill. das Capital verdoppelt haben, und wir würden von da ab 200 Millionen haben, so daß wir von nun ab 10 Millionen jährliche Zinsen hätten, welche wir für Arbeiter-Associationen verwenden könnten. Nehmen Sie nun (beispielsweise und willkürlich) an, daß im Durchschnitt aller Gewerbe auf ein Capital von einer Million Thaler ungefähr 4000 Arbeiter arbeiten könnten. Auf Grund der 100 Millionen Thaler also könnten sich 400,000 Arbeiter associiren; das wäre mit ihren Familien, wenn wir sie durchschnittlich auf 5 Personen veranschlagen, eine Bevölkerung von 2 Mill.; mit 10 Mill. jährlichen Zinsen könnte neuen 40,000 Arbeitern jährlich die Möglichkeit der Freiheit und des Wohlstandes erblihen und somit neuen 200,000 Menschen, oder während der ersten 14 Jahre, so lange wir nur 5 Millionen jährlich annehmen, mindestens wiederum neuen 20,000 Arbeitern jährlich mit ihren Familien, und so wäre ein Weg gegeben, der in einer bestimmten Zeit Euch alle aus der Wüste führt, alle arbeitenden Classen der Gesellschaft ohne Ausnahme. Aber das ist noch nichts! So viel seht Ihr doch ein, daß ein industrieller Gewerbezweig dem andern in die Hände arbeitet; was für den Einen sein Industrieproduct ist, ist für den Andern der Rohstoff, auf und an welchem er seine Arbeit anfängt. Der Gerber arbeitet dem Schuhmacher in die Hand, der Tuchfabrikarbeiter dem Schneider, die Eisen- und Stahlarbeiter dem Maschinenbauer, dieser wieder hundert anderen Gewerken u. s. f. Wenn also z. B. erst 70 oder 80 Gewerke im Großen associirt wären, so brauchte das 71te gar kein neues Geld, sondern es brauchte nur den Credit der 70 früheren und hätte an diesem Credit die hinreichende Bedingung seiner Existenz, denn es bezieht von diesen bereits bestehenden Gesellschaften seinen Rohstoff und seine Maschinen. Und wenn erst 150 solcher Associationen bestehen, können neue 20 ohne neues Geld sich bilden und in jenem Credit die Bedingung ihrer Arbeit haben. So sehen Sie, daß meine frühere Rechnung, es würden auf jedes Jahr auf Grund der neuen 5 oder 10 Millionen neue 20,000 oder 40,000 Arbeiter befreit werden können, noch eine viel zu geringe ist, und daß, wenn die Associirung erst vorgeschritten wäre und sich entwickelt hätte, weit größere Massen sich jährlich associiren und zum Licht der Freiheit und des Wohlstandes hindurch bringen könnten, weit größere Massen und in weit schnellerer Zeit, als durch mein früheres Rechenzempel gegeben ist. Darum habe ich schon in meinem Antwort-

schreiben gesagt, daß alle diese Arbeiter-Associationen in einem Creditverband unter einander zu stehen haben“.

Es ist ein großer Irrthum, zu glauben, Paffalle habe bloß die Arbeiter im engeren Sinne aus dem Lohnverhältniß befreien wollen. Er hatte mit seinem Vorschlag alle die von ihm berechneten 95 % der Bevölkerung im Auge und rief diese auf, seine Gedanken auszuführen. Allerdings wandte er sich zunächst nur an die industriellen Arbeiter, weil diese, obwohl im Verhältniß zur Gesamtzahl der Besitzlosen wenig zahlreich, doch am meisten socialistisch erregt sind, und weil sie bereits in der Organisation begriffen waren, mithin seiner Agitation das günstigste Feld darboten. Daß er sich nicht auf sie beschränkte, erklärte er, wo er (Arb.-Veseb. S. 51) sagte, das Interesse aller Capitallosen sei solidarisch und die Productivgenossenschaft sei auch für die ländlichen Arbeiter und für ganze Dorfschaften wohl durchführbar; wenn allerdings der praktische Anfang zunächst mit den industriellen Arbeitern gemacht werden müsse, so geschehe dieß aus folgenden Gründen:

„Der ländliche Arbeiter, und wenn er auch nur ein Auhgut hat, wenn er sogar seinen Getreideacker nur mit Hacke und Spaten bearbeitet, bildet sich immer noch ein, ein Eigenthümer zu sein; er ist noch nicht disponirt zur Association, und diese Disposition dazu, die Bereitwilligkeit, die kann nicht erzwungen werden. Aber hervorgerufen kann sie werden durch Erfolge, dadurch nämlich, daß der ländliche Arbeiter den großen Erfolg bei den industriellen Arbeitern sieht. Wenn er diese in einer ganz andern Lage sehen wird und auf seine Frage, woher dieß Alles kommt, die Antwort erhalten wird: durch die Association, — dann wird sich auch bei ihm dieselbe Bereitwilligkeit und Geneigtheit zur Association einfinden, die heute bereits in dem industriellen Arbeiterstande eine so vorwiegende ist. Zugleich werden durch diese große Association der industriellen Arbeiter ganz neue Productionsverhältnisse entstehen, welche auch die Bewirthschaftung des Bodens im Großen ebenso nothwendig, als leicht ausführbar machen und dadurch eine Quelle der Bereicherung für die ganze Gesellschaft, eine Quelle einer erstaunlichen Vermehrung der gesammten nationalen Production herbeiführen würden.“ (Arb.-Veseb. 1863, S. 52 u. 53.)

Paffalle setzt dann (Arb.-Veseb. S. 54) auseinander, wie die Durchführung seines Vorschlages allen Unbemittelten,

also auch der kleinen Bourgeoisie (den Handwerksmeistern, Lehrern, niedern Beamten u. s. w.) helfen würde; der Lohn der gewöhnlichen Handarbeit (unqualificirten Arbeit) wirke normirend für alle höheren Arbeiten in der Gesellschaft; die industriellen Arbeiter sollen die Avantgarde bilden; werde ihr Einkommen durch die Einführung und allgemeine Verbreitung der Productivgenossenschaft erhöht, so müßten sich nothwendiger Weise auch die Lebensverhältnisse der niedern Beamten und der kleinen Bürger in der Richtung nach oben verändern, denn sonst fehle es der Gesellschaft an Leuten, welche diese Arbeiten noch ferner verrichten wollten, da sie nicht mehr über, sondern unter dem Verhältniß zur gewöhnlichen physischen Arbeit bezahlt würden. Die Lassalle'sche Productivgenossenschaft soll also der archimedische Hebel sein, um die bisherige Gesellschaft aus den Angeln zu heben. In Anbetracht dieser ungeheuren Perspective sagt Lassalle (Arb.-Veseb. 1863, S. 54): „Ich verlange vom Staate nur den kleinen Finger! Von selbst würde sich daraus mit der Kraft des fortzeugenden Lebens alles Weitere organisch entwickeln. Wer 50 Jahre nach dieser Maßregel wieder auf die Welt käme, würde sie nicht wieder erkennen.“

14. Lassalle will durchaus noch keine Lösung der socialen Frage geben, sondern nur die spätere Lösung anbahnen. Sein Vorschlag soll bloß ein praktisches Uebergangsmittel und zwar (Vasf.-Sch. S. 211) das mildeste Uebergangsmittel sein \*) Die Staatshilfe soll nur den Anstoß geben zu einer unabsehbaren Entwicklung, als deren Endpunkt, für die Gegen-

\*) „Für Theoretiker die — fast überflüssige — Bemerkung, daß der Vorschlag der Productiv-Associationen mit Staatscredit noch keineswegs die „Lösung der socialen Frage“ darstellen soll. Ich habe nirgends in meinem Antwortschreiben von der „Lösung der socialen Frage“ gesprochen, ja, ich habe deshalb den Ausdruck „sociale Frage“ überhaupt vermieden. Ich habe ausdrücklich nur von einer praktischen Maßregel zu einer „Verbesserung der Lage der arbeitenden, nothleidenden Classen“ gesprochen. Die definitive „Lösung der socialen Frage“ wird die Arbeit von Generationen

wart noch kaum sichtbar, die „Lösung der socialen Frage“ darstehe. Die vom Staate ermöglichten Productivgenossenschaften erklärte Proudhon (Proudh.-Sch. 1864, S. 212) als das „organisch unaufhaltsam zu aller weiteren Entwicklung treibende und sie aus sich entfaltende Senforn.“ In der That wäre dieß auch der Fall. Ueber die künftige Gestaltung der sich aus diesem Senforn heraus entwickelnden Gesellschaft hat Proudhon auch manche Andeutungen gegeben. Als selbstverständlich gilt ihm (die Agit. d. Allg. D. Arb.-Ver. u. das Verspr. d. R. v. Pr. Leipzig. 1870, S. 47), daß die durch das allgemeine Stimmrecht zur Theilnahme an der Gesetzgebung berufenen Arbeiter als erste Forderung gründlichen und unentgeltlichen Unterricht in den Volksschulen für Alle erstreben würden; daß dieser Unterricht confessionslos, später auch religionslos sein soll, sagt Proudhon nicht, denn es versteht sich bei ihm von selbst. — Proudhon erwartet aus der Durchführung seines Vorschlages eine ungeheure Vermehrung der Production; wenn die gedrückte Classe, das arbeitende Volk (also 90—95 % der Bevölkerung) in einer bedeutend besseren Lage sei, so werde es sich eine Menge Genüsse verschaffen, die es jetzt in ihrer Mehrzahl nicht habe; aus dieser Vermehrung der Consumption folgt die Vermehrung der Production. Ferner sagt Proudhon (Proudh.-Sch. S. 216 ff.):

„Wenn der Staat zu einer solchen Befreiung der Arbeit im Großen sich entschliesse, so würden sich in jeder Stadt nicht einzelne Arbeiter, sondern alle Arbeiter des betreffenden Gewerkes, also das ganze Gewerk selbst, oder mindestens alle solche Arbeiter desselben, die sich überhaupt zu Productivassociationen vereinigen wollen, zur Association melden. . . (Folgt nun ein Hinweis auf die Associationen in Paris nach der Julirevolution.) Im Arbeiterstande ist von selbst der lebendige Trieb vorhanden, immer einen ganzen Productionszweig in einer Stadt in eine Association zu sein und das Resultat einer Reihe von Einrichtungen und Maßregeln, von denen sich organisch jede folgende aus der früheren entwickeln muß. Die durch den Staatscredit hervorgerufenen Productiv-Associationen sind eben auch deshalb das angezeigte bahnbrechende Mittel, weil sie in der Zukunft Verhältnisse schaffen müssen, die von selbst eine weitere Entwicklung hervorufen.“ (Arb. Lesebuch, S. 41.)

concentriren. Ueberdies würde der Staat diesem Triebe nachhelfen, indem er in jeder Stadt nur einer Association in jedem besonderen Gewerkszweig den Staatscredit zu Theil werden ließe, allen Arbeitern dieses Gewerkes den Eintritt in dieselbe natürlich offen haltend. . . . Die Productivassociationen, das ist, die an jedem Ort in die verschiedenen Produktionszweige zerfallende Productivassociation! Es wäre sehr bald an jedem Ort immer ein ganzer Produktionszweig in Eine einzige Association concentrirt, und jede Concurrenz zwischen Associationen einer Stadt von vornherein unmöglich, wodurch für die Association das Risiko, welches der einzelne Unternehmer für sein Capital läuft, beseitigt ist und die Association sich der gesicherten immer vorschreitenden Blüthe bemächtigt. Ueberdies könnte nicht nur ein Creditverband die sämtlichen Arbeiterassociationen, sondern auch ein Affecuranzverband entweder sämtliche Arbeiterassociationen überhaupt oder zunächst vielleicht praktischer bloß sämtliche Arbeiterassociationen im Lande innerhalb desselben Gewerkszweiges umfassen und alle etwaigen Verluste zur Unmerklichkeit ausgleichen. Durch die gegenseitige Mittheilung und Einsicht der Bilanzen und Geschäftsbücher innerhalb der Associationen desselben Gewerkes im Lande wäre das leichte Mittel gegeben, solche Produktionszweige, die aus besonderen Ursachen in einer bestimmten Stadt nicht blühen können, in dafür vortheilhafter gelegene Orte zu versetzen. . . . Die sämtlichen Arbeiterassociationen würden also in einen Creditverband und mindestens zunächst die Associationen desselben Produktionszweiges im Lande in einen Affecuranzverband treten. Alle diese Associationen würden sehr bald den natürlichen Trieb zu einer einheitlichen Organisation unter einander empfinden und wäre es mindestens zunächst auch nur soweit, um sich gegenseitige Kenntniß von dem Zustande und den Bedingungen der gesammten Production zu geben. . . . In den Geschäftsbüchern dieser sämtlichen Associationen und durch die zur Kenntnißnahme derselben niedergelegten Central-Commissionen wäre die wahrhaftige Statistik des Produktionsbedarfs und hierin also die Möglichkeit gegeben, die Ueberproduction zu vermeiden. Und selbst so lange dies noch nicht völlig möglich wäre, würden sich die Ueberproductionen, da diese Associationen bei ihren gewaltigen Mitteln dem Bedürfnisse concurrirenden Losschlagens entzogen wären, in einfache Vorausproduction verwandeln? Welche Quelle des Segens wäre es für die ganze Gesellschaft, ihr die Ueberproduction und ihre Krisen zu ersparen. . . . Eine ungeheure positive Bereicherung der gesammten Gesellschaft würde ferner in Folge dieser Kostenersparnisse und Steigerung der Productionserträge durch die Concentrirung der Production und jene großen Associationen herbeigeführt werden“ (weil diese großen Genossenschaften unendlich billiger produciren würden, als die gegenwärtige zerbrockelte Production).

Vassalle weist ferner darauf hin, daß nur bei der Productivassociation auf großem Fuß der Aderbau zu seiner ganzen Ertragsfähigkeit gebracht werden könne, denn dazu gehörten großartige Betriebsmittel, welche bloß die Productivgenossenschaft in der ausgedehnten Weise, wie sie Vassalle voraussieht, aufwenden könne; ferner würden bei der Production der Zukunft alle faux frais, alle unnützen Kosten, Annoncen, Reclamen, Betrug und Fälschung, Bestechung von Zeitungen u. s. w. wegfallen, alles Dinge, welche aus der gegenwärtigen Concurrnz entspringen. Auch die Richtung der Production würde sich verändern, indem sich die Production nach den Consumenten richtete, und Consumenten ohne Zahlungsmittel — wie der Arbeiterstand heutzutage für Alles sei, was die unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse überschreite — nicht als Consumenten gelten; in der künftigen Gesellschaft aber würden sich, wie Vassalle meint, die Gegenstände der Production vorherrschend nach den Bedürfnissen des Arbeiterstandes richten, der gesellschaftliche Reichthum würde sich ungeheuer vermehren und sogar ein neuer Kunstdurchbruch könne erst aus dieser Weltwende hervorgehen; wegen der nahen Verbindung des Staats mit den Productivgenossenschaften wäre es auch dann erst möglich, eine Menge von Unternehmungen in's Werk zu setzen, die, obwohl von unermesslichem Erfolge für Wohlfahrt und Reichthum, heutzutage von Niemand unternommen werden können; denn es sei durchaus unwahr, „daß die freie Concurrnz ein Mittel ist, den Reichthum der Gesellschaft als solcher zu fördern; nur in sofern ist dies wahr, als der hervorzurufende Reichthum sich zugleich ganz oder zum Theil von den unternehmenden Privatindividuen in Beschlag nehmen und ausbeuten läßt. Große Unternehmungen aber, und wenn sie die höchste Bereicherung der Nation zur Folge hätten, können, falls sie nicht zugleich dieser Bedingung entsprechen, unter der freien Concurrnz schlechthin nicht vorgenommen werden.“ (Wass.-Sch. S. 227). Vassalle erläutert dieß noch durch einige Beispiele, wobei er auch darauf hindeutet, wie der Staat, wenn

er erst einmal das ganze Volk sei, so daß dieses eine Interesse daran habe, die reichen Schätze der tropischen Gegenden für das gegenwärtig darben- und hungernde Volk erschließen könne. Das ganze Gebiet der Wissenschaft könne erst dann befruchtend für die Nation werden.

15. Es konnte nicht fehlen, daß gegen Lassalle wegen seiner mit großer Leidenschaftlichkeit geführten Agitation ein Proceß wegen Vorbereitung zum Hochverrath erhoben wurde. Bei dieser Gelegenheit setzte er seinen *Revolutionsbegriff*\*) auseinander. Nachdem er den Allg. Deutsch. Arbeiterverein gegründet hatte, machte er eine Reise in die Rheinlande, um dort Heerschau zu halten über die Arbeitermassen, die sich bereits seiner Fahne angeschlossen hatten. Zurückgekommen nach Berlin erließ er eine in 16000 Exempl. gedruckte, äußerst excentrisch gehaltene Ansprache „An die Arbeiter Berlins“, in welcher er die tendenziös entstellten Angaben widerlegte, welche die Zeitungen über seinen Empfang in den Rheinlanden gebracht und die ihn auf's Höchste empört hatten. In dieser, von großer Erregung zeugenden Schrift war wiederholt ausgesprochen, daß die preussische Verfassung niemals auch nur einen Tag zu Recht bestanden habe, da sie das Product eines Rechtsbruches sei, wobei die „Bourgeoisie“ das gesetzlich bestehende Recht des Volkes preis gegeben habe; wer für Aufrechterhaltung der preussischen Verfassung wirke, sei ein Feind der Volkspartei, die für Einführung des vor jener Verfassung rechtlich bestandenen allgemeinen directen Wahlrechts agitiren müsse, wie es der Lassalle'sche Verein thue. Auf diese Aeußerungen hin wurde gegen Lassalle die Anklage erhoben, er habe sich in jener Brochure einer Handlung schuldig gemacht, „durch welche ein hochverrätherisches, nemlich auf gewaltsame Aenderung der preussischen Staatsverfassung abzielendes Unternehmen vorbereitet

\*) Der Lassalle'sche Revolutionsbegriff ist für den ganzen modernen Socialismus in Deutschland charakteristisch.



wurde.“ Die Sache kam zur Verhandlung am 12. März 1864 vor dem Staatsgerichtshof zu Berlin; die Staatsbehörde suchte nachzuweisen, daß Lassalle auch vor Anwendung der Gewalt nicht zurückschrecken würde, um seinen demokratischen Staat herzustellen; schon in dem immensen Druck, den Lassalle durch seinen Verein auf die Regierungen auszuüben beabsichtige, liege eine Gewalt, man wolle dadurch eine vis compulsiva entfalten.

Der Proceß konnte natürlich nur ein Tendenzproceß sein, denn bezüglich der eventuellen Anwendung von Gewalt durch Lassalle ließ sich nur eine moralische Ueberzeugung gewinnen. Lassalle betonte besonders, es gebe kein Verbrechen des Hochverrathes, das in Worten bestehe, es sei ihm weder ein bestimmtes hochverräterisches Unternehmen, noch eine reale Handlung nachgewiesen, welche die Ausführung eines derartigen Unternehmens vorbereite; der concrete Thatbestand fehle gänzlich, daher sei sein Proceß ein Tendenzproceß. Das Gericht entschied freisprechend, denn man konnte dem Angeklagten in der That nicht die mindeste Vorbereitung zu einer auf Hochverrath zielenden Handlung nachweisen und an sich war seine Agitation nicht strafbar, es sei denn man wolle der Freiheit der Meinung, die unsere Zeit proclamirt hat, in's Gesicht schlagen.

Bereits in seiner Verteidigungsrede vor dem Berliner Criminalgericht hatte sich Lassalle über seinen Revolutionsbegriff ausgesprochen; er sagte damals (Die Wissenschaft und die Arbeiter S. 46) mit Bezug auf seinen „Arbeiterprogramm“ betitelten Vortrag:

„Allerdings gebrauche ich sehr häufig das Wort „revolutionär“ und „Revolution“. Mit diesem Wort will mich der Staatsanwalt zu Boden schlagen! Denn er, dasselbe nur in seiner engen juristischen Bedeutung nehmend, vermag das Wort „Revolution“ nicht zu lesen, ohne geschwungene Heugabeln vor seiner Phantasie zu sehen! Das ist aber nicht die wissenschaftliche Bedeutung dieses Wortes und schon der constante Sprachgebrauch in meiner Schrift (Arbeiterprogramm) hätte den Staatsanwalt darüber belehren können, daß hier das Wort in seinem andern wissenschaftlichen Sinne genommen ist. So nenne ich darin die Entwicklung des Landesfürsten-

thums eine revolutionäre Erscheinung. So erkläre ich ausdrücklich die Bauernkriege, die doch wahrhaftig hinreichend mit Gewalt und Blutvergießen ins Leben traten, für eine nur in ihrer Einbildung revolutionäre Bewegung. (Arbeiterprogramm S. 7). Den Fortschritt der Industrie dagegen, der sich im 16. Jahrhunderte entwickelt, nenne ich, obgleich dabei kein Schwert aus der Scheide gezogen wurde, wiederholt und fortlaufend ein „wirklich und wahrhaft revolutionäres Factum“, ebenso nenne ich die Erfindung der Baumwollspinnerei eine vollständige, eine tatsächlich eingetretene Revolution. . . . Revolution heißt Umwälzung, und eine Revolution ist somit stets dann eingetreten, wenn, gleichviel ob mit oder ohne Gewalt — auf die Mittel kommt es dabei gar nicht an — ein ganz neues Princip an die Stelle des bestehenden Zustandes gesetzt wird, Reform dagegen tritt dann ein, wenn das Princip des bestehenden Zustandes beibehalten und nur zu milderer oder consequenteren Folgerungen entwickelt wird. Auf die Mittel kommt es wiederum dabei nicht an. Eine Reform kann sich durch Insurrection und Blutvergießen durchsetzen, eine Revolution im größten Frieden.“

Ähnlich drückte sich Lassalle in seiner Vertheidigungsrede vor dem Kammergericht (Die indirecte Steuer u. s. w. 1863, S. 131) und in seiner Vertheidigungsrede in dem eben beschriebenen Hochverrathsprozesse (S. 21) aus. Baldemal erklärte sich Lassalle als Revolutionär, weil er glaube, daß ein neues sociales Princip an die Stelle des gegenwärtig herrschenden gesetzt werden müsse; damit aber habe er noch nicht gesagt, daß dies mit Gewalt geschehen müsse; denn die Frage der Mittel hänge (Hochverr.-Proc. S. 22) von der politischen Conjectur ab und in Bezug auf diese Frage, ob und in wie fern Gewalt anzuwenden sei, behalte er sich vor, sich „jederzeit nach den jeweiligen praktischen Umständen zu entscheiden“. Das war deutlich und ehrlich gesprochen. Daß Lassalle bei günstiger Gelegenheit auch vor Anwendung der Gewalt, vor Aufruhr und Empörung nicht zurückschrecken würde, um sein „neues Princip“ einzuführen, hat er damit unverblümt ausgesprochen. Er war auch zu sehr durchdrungen von der Nothwendigkeit, daß sein Princip dereinst noch herrschend werden müsse; dies stand bei ihm fest als ein unumstößliches Axiom, das er

sich nach seiner pantheistischen Weltanschauung und Geschichtsphilosophie zurecht gelegt hatte. Die Ueberzeugung davon machte ihn zu einem Fatalisten und schwachmüthigen Bedenken hinsichtlich der Wahl der Mittel hätte er, vor der Entscheidung stehend, niemals Raum gegeben. Damals aber und während seiner übrigen kurzen Lebenszeit plante Lassalle keine Revolution, das Wort im gewöhnlichen Sinne genommen. Keine Spur eines Beweises läßt sich aus seinem Auftreten und aus seinen Schriften für die gegentheilige Annahme erhaschen. Er trug sich mit dem Gedanken, daß die Fortführung seiner Agitation „mit der Magenwärme“ durch den ganzen nationalen Körper hindurch alle entgegenstehenden Mächte von selbst zur Unterwerfung bringen werde.

16. (Lassalle über die Bourgeoisie.) Von Seiten der „Bourgeoisie“ und ihrer Presse wurde Lassalle nicht gut behandelt. Man fühlte die große Bedeutung des Mannes, seine agitatorische Kraft und die schneidende Schärfe der Kritik, die er den herrschenden socialökonomischen Anschauungen zu Theil werden ließ. Daher gingen in der Polemik die edleren Regungen, die am Gegner wenigstens das überzeugungsbolle und ehrliche Streben anerkennen sollten, fast ganz unter. Lassalle's Anschauungen und seine Person selbst wurden in einer Weise angefeindet, welche der Sache, die man vertreten wollte, nicht im geringsten würdig war. Wir geben gerne dabei zu, daß er selbst, gekränkt und mißhandelt \*), oft das richtige Maß

\*) Wie ungerechtfertigt, wie oberflächlich und durch den bisherigen Verlauf der socialistischen Agitation gründlich widerlegt ist z. B. folgende Ausführung in der Berliner Volkszeitung (1863 Nr. 94): „Wie alle Affront liebenden halbreifen Geister hat Herr Lassalle glücklicher Weise die Marotte, vor einem Publicum gelehrt erscheinen zu wollen, dem die Gelehrsamkeit fremd ist, und er mischt so große Portionen von Halbwissen in seine auf das Volk berechneten Arbeiten, daß er diesem unverständlich bleibt und seiner Gefährlichkeit gründlich Abbruch thut.“

Lassalle stand damals bereits mitten in seiner Agitation; das bis

bei der Entgegnung überschritt, aber er stand allein vor einer Menge gegnerischer Personen und Zeitungen, die ihn nicht immer ehrlich behandelten. Wir müssen daher schon, um das Bild Lassalle's möglichst vollständig zu machen, auch seine hauptsächlichsten Äußerungen über die „Bourgeoisie“ und deren Presse anführen.

Lassalle klagte besonders darüber, daß die „liberale“ Presse alles zu seinen Ungunsten entstelle, sich in endlose Lügen über ihn, seine Partei und seine Bestrebungen ergebe, ihre Spalten — was kein anständiges Blatt thun kann — seinen Verichtigungen verschließe und jeder Mannes würde ermangle. Eines der auffallendsten und wirklich empörenden Beispiele hiefür erzählt er selbst in „Die Feste, die Presse u. s. w.“ (S. 35 ff.) und in „An die Arbeiter Berlins“ (S. 1 ff.), wo die Vorgänge in Solingen erwähnt werden. — Für Lassalle steht die „Bourgeoisie“ am Ende ihrer Herrschaft; die „bürgerliche Weltperiode“ sei abgelaufen und jene Zeit beginne, in welcher das von Lassalle proclamirte Princip des vierten Standes die Herrschaft ergreife und damit die Gesellschaft zu ihrer höchsten Vollendung bringen werde. Daß es so sei, dieß schließt Lassalle (Bast.-Sch. S. 144) besonders „aus dem geistigen Verfall der Bourgeoisie“; ebendasselbst (p. VI) spricht er von den „entsetzlichen Geisteskrüppeln“, welche die Bourgeoisie zu ihren Führern und Helden und somit zum Ausdruck ihres geistigen Gesamtstandpunkts als Classe habe; wie ganz anders sei dies zur Zeit der großen französischen Revolution gewesen, als die Bourgeoisie die Hülle sprengte und stegreich die Zügel der Herrschaft ergriff! Er sagt (Bast.-Sch. S. 244):

dorthin von ihm Geschriebene hätte genügen sollen, den Vorwurf des Halbwissens von ihm abzuwenden. Lassalle stand entschieden auf der Höhe moderner Philosophie und Geschichtsanschauung, wie wenige seiner Zeitgenossen und wie kaum einer von denen, die ihn mit so großem Lärm bekämpften. Man wird es ihm daher auch zu Gute halten, wenn er (Bast.-Sch. S. 232) von der „tiefen, berufsmäßigen Unwissenheit“ der Zeitungsredacteurs spricht. So ganz Unrecht hat er damit nicht.

„Die französischen Nationalversammlungen des vorigen Jahrhunderts vereinigten in sich alles Genie und allen Geist Frankreichs, es gab damals in Frankreich nicht einen einzigen Gedanken, welcher über die von diesen Versammlungen erstrebten Ziele hinausgegangen wäre. Sie standen auf der höchsten theoretischen Höhe ihrer Zeit, auf dem Bildungsgipfel derselben! So waren sie der lebendig gewordene Geist ihrer Zeit und ihres Landes, und daher die Macht, mit welcher sie über dasselbe verfügten, die hinreißende Begeisterung, mit welcher sie dasselbe erfüllten!“

Heutzutage aber sei „die geistige Niederung“ das Niveau der Bourgeoisie, denn:

„es ist das specielle Schicksal Deutschlands, daß in ihm die Bourgeoisie zur Herrschaft strebt, nicht zur Zeit ihrer eigenen Blüthe, wie sie dies in Frankreich und England that, sondern zu einer Zeit, wo diese Blüthe durch die gesammte Weltentwicklung bereits innerlich verfault ist. Die sogenannte bürgerliche Weltperiode ist im Ablaufen begriffen, und in naivster Verwechslung das Ende einer Periode für ihren Anfang nehmend, glaubt unsere Bourgeoisie Frühlingsswehen und Knospendurchbruch in sich zu verspüren!“ (Dast.-Sch. p. VII).

Woher aber diese absolute geistige Versimpelung des Bürgerthums in Deutschland, dem Lande so großer Männer? Darauf antwortet Lassalle:

„Ach, es ist ein altes Gesetz der Geschichte: Classen gehen unter durch dasselbe, was sie zur Herrschaft gebracht hat. Es ist die Entwicklung der Theilung der Arbeit, welche die europäische Bourgeoisie zur Herrschaft gebracht hat, und es ist hundert Jahre her, daß der Schotte Ferguson in zwei Zeilen den Grund angibt, welcher aus derselben Theilung der Arbeit den Untergang der europäischen Bourgeoisie bewirken mußte, den geistigen Untergang, welcher die Ursache ihres politischen und der Vorläufer ihres socialen Unterganges ist. „And thinking itself, in this age of separation, may become a peculiar craft.“ (Ad. Ferguson, an essay on the History of Civil Society pag. 278.) „Und das Denken selbst, in diesem Zeitalter der Theilung der Arbeit, mag zu einem besonderen Handwerk werden!“ Und es ist zu einem besondern Handwerk geworden, das Denken des Bürgerthums, und in die elendsten Hände ist dieses Handwerk gefallen — in die unserer „Zeitungen!“\*) . . . Nicht der Koran

\*) „Der Gipfel der Schamlosigkeit ist der, daß die Zeitungen selbst mit der ungenirtesten Offenheit ihr Geldinteresse als den Grund ihres Schweigens (gegen die Regierung in der Conlictszeit) eingestanden. . . . So kam es aber freilich auch, daß damals zum ersten Male offen eingestanden

und die Bibel wurden in ihrer Zeit gläubiger nachgebetet, als heute die Zeitungen! Das nationale Denken, soweit es sich im Bürgerthum darstellt, wird heutzutage von den „Zeitungen“ fabricirt! Wer heut eine Zeitung liest, der braucht nicht mehr zu denken, nicht mehr zu lernen, nicht mehr zu untersuchen. Er ist mit Allem fertig und steht „über“ Allem. . . . Ja wohl, die Zeitungen! Sie sind das functionirende Gehirn unseres Bürgerthums geworden! Der „Bürger“ denkt nicht, selbst wenn und wo er die erforderliche Fähigkeit dazu weit besser hätte, als diejenigen, von denen er das fertige Gedankenfabricat bezieht. . . . Noch weniger wendet er sich an die Engroshändler des Gedankens, auf welche Deutschland stolz ist, an seine großen Denker und Philosophen. Sondern wie diejenigen, denen die Mittel fehlen, ihre Lebensbedürfnisse im Voraus und im Großen bei dem Engroßisten zu entnehmen, sie schlecht und verfälscht beim kleinen Krämer beziehen müssen, so wird von ihm das Gedankenfabricat täglich fitz und fertig aus den Händen der elendesten Handlanger, aus den Händen der liberalen Zeitungsschreiber bezogen! . . . Aber der Zeitungscultus kann als solcher nicht offen eingestanden werden. Es wäre zu schmachlich, wenn eine Nation offen eingestände, in ihrem Denken und Glauben von einer Handvoll verkommener Literaten abhängig zu sein, die, zu jeder bürgerlichen Handthierung zu schlecht, unfähig zu jeder selbstständigen Gedankenleistung, nur noch — so sehr schlagen die Gegenätze in einander um! — gut genug sind, den Gedankenproceß der Nation in anonymer Zeugung zu bestimmen! Der Zeitungscultus bedarf daher, wie jeder Cultus, seiner mystischen Göttin! Diese mystische Göttin ist die öffentliche Meinung. . . .“

Diese Expectoration voll Haß und Verachtung schließt Lassalle mit den Worten:

„Und da scheint aller Widerstand um so unmöglicher, als es im Namen der Freiheit und der Sittlichkeit ist, daß diese stupide Tyrannei gegen ein namenlos betrogenes Volk ausgeübt, die Zuchtrüthe dieses Cliquen-Monopols geschwungen und die Kränze einer falschen Popularität vertheilt werden! Dieser großen Hure von Babylon stolz und gebieterisch entgegenzutreten und ihre Lügen-Altäre zu zerschmettern, — darin besteht alle Mannheit und alle Ehre unserer Periode! . . . Der Verfaulungsproceß der europäischen Bourgeoisie ist überall in vollem Gange. . . .“ (Wast.-Sch. S. 252 ff.)

wurde, daß — was freilich den Eingeweihten seit lange kein Geheimniß mehr war — unsere Zeitungen, statt Soldaten und Vorkämpfer der Freiheit zu sein, nichts sind, als eine industrielle Capital-Anlage mit Geld-Speculation!“ (Die Feste, die Presse zc. S. 10.)

Vassalle steht (Die Wissensch. und die Arb., S. 26) das Heil für die Welt bloß in der Allianz zwischen der Wissenschaft und dem Volk; diese beiden allein seien groß geblieben in dem allgemeinen Verfall des europäischen Lebens, in der schleichenden Verzehrung der Selbstsucht; die Vereinigung beider allein könne den Schoß europäischer Zustände mit neuem Leben befruchten; dieser Allianz der beiden entgegengesetzten Pole der Gesellschaft habe er sein Leben geweiht. Unter Wissenschaft versteht Vassalle natürlich seine eigenen Anschauungen, zu deren Verwirklichung sich das Volk erheben soll.

17. Vassalle's Auftreten war durchaus getragen von Selbstbewußtsein und Unerblichkeit. Er war tief durchtränkt von der Bildung und Wissenschaft der modernen Zeit. Mit weit größerer Berechtigung als die meisten seiner Gegner konnte er (Bast.-Sch. S. 241) mit Recht von sich sagen: „Ich schreibe jede Zeile, die ich schreibe, bewaffnet mit der ganzen Bildung meines Jahrhunderts.“ Vassalle trat daher in seinen vielfachen Processen oft mit einer an Anmaßung grenzenden Sicherheit auf, die sich zu einer über alle Maßen verletzenden und herausfordernden Sprache steigern konnte. Er war den meisten seiner Widersacher an Geistesstärke und Kenntnissen bedeutend überlegen. In nationalökonomischen Dingen ließ er die Richter und Staatsanwälte seine Ueberlegenheit fühlen. Seine gewandte Dialektik verführte ihn aber sehr häufig zu überscharfsinnigen und daher der logischen Spitze entbehrenden Schlußfolgerungen. Alle agitatorischen Handlungen Vassalle's entsprangen der edelsten Humanität, sowie einer tief empfundenen, glühenden Begeisterung für die Sache der „Enterbten“. Dieß fand seinen Ausdruck in den schönen Worten, die er während seines schon S. 261 (Anm.) genannten Processes den Richtern zurief:

„Von zwei Dingen Eines. Entweder lassen Sie uns Cyperwein trinken und schöne Mädchen küssen, also nur dem gewöhnlichen Genußgoismus fröhnen — oder aber, wenn wir von Staat und Sittlichkeit sprechen wollen,

so lassen Sie uns alle unsere Kräfte der Verbesserung des dunkeln Booses der unendlichen Mehrheit des Menschengeschlechtes weihen, aus deren nachtbedeckten Fluthen wir Besitzende nur hervorragen, wie einzelne Pfeiler, gleichsam um zu zeigen, wie dunkel jene Fluth, wie tief ihr Abgrund sei!" (Die indirecte Steuer zc. S. 88.)

Die Selbstlosigkeit und die Ehrlichkeit Lassalle's sind über jeden Zweifel erhaben. Niemals hat er wissentlich während seiner Agitation eine Unwahrheit gesprochen oder behauptet. Damit verband er eine radicale Vorurtheilslosigkeit, die in ihrer Ehrenhaftigkeit und unerschrockenen Wahrheitsliebe höchst achtenswerth ist. Erhaben über jede persönliche Rücksicht trat er für seine Ideen ein und verbreitete sie mit allem leidenschaftlichen Feuer seiner leicht erregbaren Natur, ohne Furcht, aber mit dem Bewußtsein, daß er selbst dabei zu Grunde gehen könne (Die Agit. des Allg. d. Arb.-B. u. f. w., S. 37). Lassalle war aber auch stolz darauf, daß er, ein einzelner Mann, den Ruf erhoben habe für die Arbeiter gegen die gesammte Presse der Fortschrittspartei, und daß nach kaum einem Jahr seine Anhänger schon in die Tausende zählten.

Einer der stupidesten Vorwürfe, die gegen Lassalle erhoben wurden, war der, daß er im Dienste der „Reaction“ stehe. Es war dieß ein Schlag auf das Gehirn so vieler gedankenarmen Tröpfe. Weil Lassalle in seiner Agitation der preussischen Fortschrittspartei entgegentrat, so mußte er natürlich für Herrn v. Bismarck während der damaligen conflictszeit ein sehr erwünschter Bundesgenosse gewesen sein. Auch in Bezug auf die äußere Politik huldigte er dem Gedanken des preussisch-deutschen Einheitsstaates. Zwischen Lassalle und Bismarck bestand daher ein gewisses Verständniß, das sich aber nimmermehr zum Einverständniß entwickelte und auch bei dem Charakter Lassalle's gar nicht dazu entwickeln konnte. Sicher hat Lassalle niemals eine Unterstützung von der preussischen Regierung angenommen, denn sonst hätte die Casse seines Vereins nicht so klägliche Ebbe zeigen können. Wohl dachte man von Seiten der Regierung daran,



die Arbeiterbewegung als Mittel gegen die Fortschrittspartei zu gebrauchen, allein der ehrliche Lassalle hätte sich niemals mit Bismarck verbündet und sein Princip aufgegeben. Die unbeschnittene Ehrenhaftigkeit Lassalle's, sein Charakter, seine Offenheit, seine ganze Vergangenheit hätten ihn doch vor der abgeschmackten Erfindung bewahren sollen, er sei mit der „Reaction“ im Bunde.

Lassalle hoffte, daß die Initiative in der socialen Frage von den Besitzenden ausgehe, „als ein Product der Wissenschaftlichkeit und der Liebe, nicht als eine Gährung des Hasses und der wilden sansculottischen Wuth“ (Arb.-Veseb. S. 55). Dabei aber meinte er, ob die Besitzenden sich zu der von ihm geforderten That entschließen würden oder nicht, davon hänge es nicht ab, denn die von ihm gepredigte neue Zeit müsse mit fatalistischer Nothwendigkeit kommen. Daher trat Lassalle als Prophet des vierten Standes, als ein neuer Reformator („Zur Arbeiterfrage“, Rede v. 16. Apr. 1863, Schluß) auf, welcher dem 19. Jahrhundert ein neues Gedankenprincip einhauchen wollte; er trug sich in dieser Hinsicht mit großen Hoffnungen. In einem Jahr, meinte er (Arb.-Veseb. S. 67) werde sich die ganze Demokratie in Deutschland um ihn geschart haben. Prophetisch sagte er in seinem Hochverrathsproceß am 12. März 1864 den Richtern voraus, in Jahresfrist werde Bismarck das allgemeine Wahlrecht octroyiren, weil ihm in den damaligen Kämpfen mit der Bourgeoisie nichts Anderes mehr übrig bleibe. Lassalle irrte sich nur um wenige Monate, und an der Proclamation jenes Wahlrechtes für den Norddeutschen Bund im Frühjahr 1866 hatte Lassalle's Agitation sicher nicht geringen Antheil. Wohl aber täuschte sich Lassalle in seiner hauptsächlichsten Hoffnung, daß es nur einiger Jahre bedürfe, um die Masse der Besitzlosen mit seinen Ideen derart zu durchtränken, daß ihrem Anprall weder „Bourgeoisie“ noch Regierungen widerstehen könnten und daß dann der Staat vorläufig wenigstens für die industriellen Arbeiter etwas thun müsse.

Mit Lassalle hat der deutsche Socialismus seine mächtigste Triebfeder verloren. Die Bewegung schreitet allerdings weiter, die Wogen schwellen zusehends höher, aber die Agitation zehrt größtentheils von den zündenden Worten, die Lassalle hinterlassen. Seine agitatorische Begabung war ganz erstaunlich; der schlanke, bleiche Israelite, selbst ein Besizender, schien die Massen der „Enterbten“ wie mit Zauberkraft an sich zu fesseln. Die reichen geistigen und materiellen Hilfsmittel, über welche Lassalle gebot, erlaubten ihm, seine ganze Thatkraft der Verbreitung des Socialismus zu widmen. Dieß hat jetzt aufgehört; aber die Anregung ist gegeben, seine Werke werden in tausenden von Exemplaren unter den Arbeitern verbreitet und die wachsende Zahl seiner Schüler verehrt in ihrem Meister mit religiöser Begeisterung den Messias einer bessern Zukunft.

18. (Lassalle als Socialist.) Obwohl der Socialismus das ganze Wesen Lassalle's durchdringt, so wurde er von ihm doch nicht mit hinreichender Klarheit ausgesprochen, da die Thätigkeit Lassalle's mehr auf Agitation, als auf theoretische Grundlegung und tief eingehende Ausführung sich richtete. Er beschränkte sich auf praktische, in die Massen geworfene, für diese greifbare Vorschläge und sah mit Recht darin eine Hauptursache seiner Erfolge. Aus der veränderten Theilung der Production, was Lassalle zunächst erstrebte, hätte sich dann, wie er wohl wußte, alles Weitere von selbst ergeben. Unsere Aufgabe ist es nun, hier eine kleine Rückschau zu halten und zu untersuchen, ob und in welcher Weise Lassalle zu den Socialisten zu rechnen ist.

Beginnen wir mit dem ökonomischen Gebiete; es ist die materielle Grundlage für das gesammte sociale und politische Leben, auf ihm prägt sich daher der Socialismus stets am schärfsten aus. Die Cardinalfrage ist hier die des Privateigenthums, und dieser gegenüber ist die Auffassung Lassalle's entschieden socialistisch. Er gründet das Eigenthum naturrechtlich

nur auf die Arbeit des betreffenden Individuums, so daß jeder bloß das sein eigen nennen darf, was er selbst erarbeitet hat. Paffalle spricht dieß unter Anderem aus, wo er (Bast.-Sch. S. 210) sagt, der Socialismus — den er anpreist — wolle „nicht das Eigenthum aufheben, sondern im Gegentheil individuelles Eigenthum, auf die Arbeit gegründetes Eigenthum erst einführen.“

Eine derartige Auffassung des Eigenthumsrechtes widerspricht direct dem bisherigen Begriffe desselben; aber dieser Begriff ist für Paffalle auch nur eine historische Kategorie. Bisher verstand man, seit es eine Civilisation gibt, unter dem Rechte des Privateigenthums die ausschließliche Herrschaft über einen mehr oder weniger ausgedehnten Kreis von Naturstoffen mit der rechtlichen Befugniß, die in diesen Stoffen liegenden Kräfte unabhängig benutzen und andere Menschen von denselben ausschließen zu können. Wer daher eine hinreichende Quantität solcher Güter entweder in Natur oder in Geldform besitzt, der braucht sein Eigenthum nur in fremder Production umsichtig anzulegen und eine Rente ohne eigene Arbeit ist ihm gesichert; denn kraft des bisher geltigen Eigenthumsrechtes ist der Besitzlose auf den Besizenden angewiesen, er muß seine Arbeit in den fremden Stoff hineinlegen und dem Eigenthümer desselben einen Theil vom Ertrage seiner Arbeit abliefern. Dieser Zustand, meint Paffalle, widerspreche dem naturrechtlichen Begriffe des Privateigenthums, gemäß dessen nur die eigene Arbeit des Individuums Früchte bringen und Eigenthum erzeugen soll, daher sagt er (Bast.-Sch. S. 209): „das Eigenthum ist Fremdtum geworden.“ Diese productive Selbstständigkeit des Capitals gegenüber der Arbeit will Paffalle vernichten; zu diesem Zwecke muß, da jede gewaltthame Expropriation vermieden werden soll, der gesammte Arbeiterstand vermittelt einer organisch fortwirkenden Einrichtung Herr über die Naturstoffe werden, ohne welche keine Production möglich. Diesem Gedanken entsprangen

die Vassalle'schen Productivgenossenschaften, sie sollen den Communismus herbeiführen.

Der Vassalle'sche Eigenthumsbegriff hängt enge zusammen mit der Smith-Ricardo'schen Theorie, daß die Arbeit Princip und Maßstab des Werthes der Dinge sei. Von dem Sage, sagt Vassalle (Wast.=Sch. S. 124) müsse alle neuere wissenschaftliche Oekonomie ausgehen, daß im Preis der Producte bloß Arbeitsquanta bezahlt werden, d. h. vom Arbeiter in die Producte gelegte gesellschaftliche (Durchschnitts-)Arbeit: „im Preis der Producte wird bloß die menschliche Arbeit bezahlt und nicht die Kräfte der Natur“ sagt Vassalle (Wast.=Sch. S. 206). Diese Anschauung setzt also voraus, daß die Kräfte der Natur selbst unentgeltlich sind, daher im Preise der Dinge ihrem Besitzer nicht mitbezahlt werden. Auch diese Annahme widerspricht schnurstracks dem allgemein giltigen Eigenthumsrechte, vermöge dessen der Eigenthümer von Naturkräften gerade aus der Thatsache des bloßen Besitzes ohne eigene Arbeit eine Rente ziehen kann. Jene Anschauung Vassalle's, daß die Kräfte der Natur unentgeltlich seien, ist bereits der Communismus. Dieser ist in der That das innerste ökonomische Princip Vassalle's, aus ihm entspringen seine Theorien und zu ihm soll ihre Verwirklichung die Gesellschaft hinleiten.

Die Vassalle'sche Anschauung, daß das Eigenthum bloß der individuellen Arbeit seines Besitzers entspringen darf, hebt auch das Erbrecht auf. Denn jetzt haftet das Eigenthum nur noch an der lebenden und arbeitenden Person; verwendet diese ihr Besitzthum nicht mehr für sich, so muß es nothwendig an die Gesamtheit zurückfallen. Privateigenthum darf von dieser bloß durch Arbeit erworben werden. Ohnehin erklärt Vassalle (Wast.=Sch. S. 201, Anm.) das Erbrecht in gleicher Weise wie das bisher giltige Eigenthumsrecht ausdrücklich für eine Kategorie des historischen Geistes; beides sind ihm Begriffe, die sich im Laufe der Zeit verändern können und werden.

Der Satz, das Eigenthum sei Fremdtum geworden, ist nur eine Uebersetzung des Proudhon'schen »La propriété c'est le vol«. Wenn das Eigenthum naturrechtlich bloß noch Ertrag der eigenen Arbeit des Besitzers sein soll, dann kommt die heutige Vertheilung des Productionsertrages in all den Fällen auf Diebstahl hinaus, wo der Besitzende sein Eigenthum bei fremder Arbeitwerbend anlegt, also nach der Laffalle'schen Anschauung Capitalist wird; denn die Productivität des Besitzes, unabhängig von der Arbeit des Besitzenden, ja vielleicht ohne dieselbe, bildet bei Laffalle das Kennzeichen des Capitals. Haftet das Eigenthum ausschließlich an der Arbeit, so erscheint der Eigenthümer, der Rentner als Benachtheiliger und Ausbeuter jener, welche in das fremde Besitzthum ihre Arbeit hineinlegen und dafür bloß mit dem Arbeitslohn, sei es auch in der Form eines Pachtvertrages, abgefunden werden. Laffalle will diese „Ausbeutung“ vernichten, damit der Arbeiter den vollen Arbeitsertrag, das Aequivalent des von ihm geleisteten gesellschaftlichen Arbeitsquantums erhalte. Zu diesem Zweck muß man nicht bloß den Capitalzins, sondern auch die Bodenrente aufheben, denn auch diese beruht in ihrer Beziehung zum Arbeiter und Pächter auf der Monopolkraft des Privateigenthums. Die „Ausbeutung“ kann nur dann verschwinden, wenn sämtliche Productionsfactoren, vor allem der Grundbesitz, dem alles entstammt, Gemeineigenthum werden.

Das Endziel, welches Laffalle auf social-politischem Gebiete erstrebt, ist unstreitig die Beseitigung aller Classenunterschiede. Wohl gebraucht er diesen Ausdruck nicht, sondern spricht zunächst von einer Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes; aber schon in der Art und Weise, wie dies geschehen soll, liegt der Socialismus. Es soll nemlich die Idee des Arbeiterstandes zum herrschenden Princip der Gesellschaft gemacht werden, so daß, entsprechend dem „Athenzug der Geschichte“ immer mehr die Privilegien fallen, „welche den höheren Ständen ihre Stellung als höhere und herrschende Stände garantiren.“ Thatsächlich

kommt dieß auf eine sociale Gleichmacherei, auf die Aufhebung der Classenunterschiede hinaus, denn das wichtigste Privilegium, das nach Lassalle in nächster Linie weichen muß, ist die gegenwärtige Form des Eigenthums. Beseitigung der Classenherrschaft nebst der damit verbundenen Unterdrückung und Ausbeutung ist ein durchaus berechtigtes Verlangen; es ist ferner noch nicht im Mindesten socialistisch, da es sich rein auf politischem Felde bewegt. Lassalle aber will die Classenunterschiede austilgen, indem er das allgemein gültige Eigenthumsrecht aufhebt und es durch sein dem Communismus entstammendes Princip, daß bloß die Arbeit Eigenthum schaffe, ersetzt.

Ganz deutlich wird die socialpolitische Gleichmacherei, die am Ende der Lassalle'schen Gedankenreihe steht, wenn man die Wirkungen in's Auge faßt, welche er von seinen Productivgenossenschaften erwartete. Diese sollen die Einleitung bilden zu einer gewaltigen, organisch sich fortbewegenden Umwälzung, welche ihr Ziel in der Lassalle'schen Weltanschauung hat. Vor allem soll in den Productivgenossenschaften und durch sie erst die „wahre Idee des Eigenthums“ in der Gesellschaft herrschend werden, jenes Eigenthums, welches einzig der Arbeit entspringt und den Collectivbesitz der Naturstoffe zur Voraussetzung hat. Am Productionsertrag nimmt jeder Arbeiter in der Weise Theil, daß „der Ertrag der Production an Alle, die zu ihr beigetragen haben, nach Maßgabe ihrer Leistung zu vertheilen“ ist (Wast.-Sch. S. 211). Dieß erinnert stark an das Saint-Simonische: »A chacun selon sa capacité, à chaque capacité selon ses oeuvres.« Ob eine derartige Vertheilung des Productionsertrags, so wie die Menschen nun einmal sind, überhaupt möglich wäre, haben wir hier nicht näher zu untersuchen. Wo ist aber das Tribunal, welchem die distributive Gerechtigkeit in dieser Sache anzuvertrauen wäre? Es könnte da zuletzt keiner zufriedengestellt werden.

Die Productivgenossenschaft soll ferner — und dieß ist ihr Hauptzweck — bewirken, daß das Lohnsystem allmählig aus

der socialen Organisation entfernt werde, damit der Arbeiter den „vollen Arbeitsertrag“ erhalte. Es ist von Lassalle bereits in Aussicht genommen, daß sie sich allmählig auf sämtliche Besitzlose, auf die oft genannten 95 % der Bevölkerung erstrecke. In dem Maße, als dieß geschieht, verliert das heutige Privateigenthum stets mehr die Gelegenheit, sich in fremder Production werbend anlegen zu können und seinem Besitzer, ohne daß dieser hiefür zu arbeiten braucht, Früchte zu bringen. So würde durch eine organische Entwicklung im Schoße der Gesellschaft allmählig die Kraft des Eigenthums, über fremde Arbeit zu gebieten, erlöschen, das Capital würde wieder zum „toten, dienenden Arbeitsinstrument“ degradirt, productiv wäre bloß noch die individuelle Arbeit.

In gleicher Lage, wie die Eigenthümer und Capitalisten, würden sich aber auch jene Arbeiter befinden, welche den ihnen zufallenden Productionsertrag nicht ganz verbrauchen wollten oder könnten. Der Rest, der ihnen nach Befriedigung sämtlicher Bedürfnisse und nach Befriedigung ihrer Genüsse übrig bliebe, wäre für sie nutzlos, denn sie könnten ihn nicht zinstragend anlegen. Diese Leute hätten bloß die Wahl, jenen Rest entweder aufzuspeichern (zu welchem Zwecke er die im socialistischen Staate mehr zurücktretende Geldform haben müßte) oder ihn zu verjubeln.\*)

\*) Höchst wahrscheinlich würde daher jener Theil der Arbeiter, welcher zuerst mit Productivgenossenschaften beglückt würde, an der ferneren Ausdehnung dieser Einrichtung auf weitere Kreise bald jeden Geschmack verlieren. Jene Leute würden rasch vom Socialismus curirt sein und es machen, wie die bekannten Pioniere von Rochdale. Diese hatten es als einfache Arbeiter durch Fleiß und Sparsamkeit allmählig zu einer eigenen Spinnerei gebracht, in welcher außer den eigentlichen Besitzern noch gewöhnliche Arbeiter beschäftigt waren; anfangs hatte jeder Arbeiter, gleichviel ob er nebenbei Theilhaber der Fabrik war, oder nicht, einen Antheil am Reingewinn erhalten. Bald aber fühlten sich jene, welche zugleich Actionäre der Fabrik waren, als „bürgerliche“ Unternehmer und beschloßen, die bloßen Arbeiter ausschließlich nach dem Lohngeetze zu behandeln. Solche Bestre-

Vassalle setzte voraus, daß seine Genossenschaften durch den Staat des allgemeinen Stimmrechts sogleich in großem Maßstabe in's Leben gerufen würden; denn nur so könnten sie das bürgerliche Capital siegreich immer weiter zurückdrängen, ihm jeden socialen Einfluß nehmen, und schließlich sämtliche Besitzlosen in ihren Kreis ziehen. Zur Bildung und Ausbreitung dieser Genossenschaften der industriellen Arbeiter würde eine umfangreiche Creditgewährung genügen, damit sie in Besitz der nothwendigen Rohstoffe und Hilfsmittel kommen könnten. Bis hierher würde die Entwicklung noch friedlich und organisch weiterschreiten; sowie aber jene Genossenschaften sich auch auf die ländliche Bevölkerung ausdehnen sollten — und auch dieß lag in Vassalle's Absicht, — müßte man zur gewaltsamen Expropriation schreiten; denn ein anderes Mittel, um solchen Productivgenossenschaften den nothwendigsten Rohstoff, Grund und Boden, zu verschaffen, gibt es nicht. Der hierzu nöthige Gewaltact würde in gesetzlicher Form vom Staate des allgemeinen Stimmrechtes vorgenommen werden; er wäre bloß für jene kein Gewaltact, welche die Souveränität des Staates auch über das sociale Fundament des Privateigenthums anerkennen. In Wirklichkeit aber schafft der Staat das Eigenthum nicht, sondern baut sich erst auf demselben auf. Vassalle hat die Nothwendigkeit dieser Expropriation der Grundbesitzer allerdings nirgends ausgesprochen; aber sie folgt aus dem Geiste seines Systems von selbst.

Haben nun die Productivgenossenschaften einmal eine solche Ausdehnung gewonnen, daß sie den größten Theil jener 95 %

bungen würden auch bei den Vassalle'schen Productivgenossenschaften sehr bald eintreten. Denn zur Durchführung des Communismus, auf den das Ganze hinausläuft, bedarf es einer starken freiwilligen Disciplin, einer Selbstopferung, wie sie nur hier und da einige Menschen, niemals aber die Massen haben und trotz aller socialistischen Erziehung nimmermehr erhalten werden; erwägt man noch dazu den ganz materialistischen Charakter des modernen Socialismus, so kann man mit Leichtigkeit voraussagen, daß mit der Verwirklichung der Vassalle'schen Theorien der furchtbarste „Krieg Aller gegen Alle“ ausbrechen würde.



der Bevölkerung, daß sie die Mehrheit der Besitzlosen umfassen, dann fehlt nur noch ein Schritt, um diese Associationen in den Staat zu verwandeln. Dieß sah auch Lassalle voraus; er wollte allerdings niemanden zwingen, seinen Genossenschaften beizutreten, bald aber würden sich, so hoffte er, die Arbeiter in Menge herbei drängen; da diese Genossenschaften die Lohnarbeit beseitigen, den Arbeiterstand als solchen „emancipiren“ sollen, so ist ihre Ausdehnung über sämtliche Besitzlose selbstverständlich. Ueberdieß sollten diese Associationen in einen Credit- und Affecuranz-Verband treten, wobei auch, wenn sie einmal sehr verbreitet wären, die Production gemeinsam festgesetzt und geregelt werden sollte; damit jede Ueberproduction und die daraus entspringenden Krisen für die Zukunft unmöglich seien.

Bei einer solchen Entwicklung der Lassalle'schen Productivgenossenschaften sind wir mitten im socialistischen Staat angekommen. Die Productivgenossenschaften umfassen immer weitere Kreise des Volkes, ziehen allmählig die überwiegende Mehrheit der industriellen und agricolen Bevölkerung in sich hinein, machen jede isolirte oder gar capitalistische (mit Lohnarbeitern betriebene) Productionsweise unmöglich, organisiren sich zu weitgreifenden, das gesammte nationale Ueber-einschließenden Verbänden, so daß bald eine vollständige Identität zwischen den Gliedern des Genossenschaftsverbandes und den Gliedern des Staates hergestellt wäre. Schließlich geht der Staat ganz im Verbanne der Genossenschaften auf, diese selbst umspannen das gesammte sociale Leben, die längst geträumte staatliche „Organisation der Arbeit“ ist hergestellt, Staat und Gesellschaft sind Eins. Das wenige Privateigenthum (im bisher giltigen Sinne), das sich noch erhalten hat, würde zuletzt vom souveränen Volk als der „Sittlichkeit“ des socialistischen Staatsgedankens widersprechend, ganz aufgehoben werden. In solcher Weise würde sich die Entwicklung der Productivgenossenschaften im Lassalle'schen Sinne gestalten, der sociale und politische Communismus müßte alles verschlingen.

Der politische Hebel, mittelst dessen Bassalle diese Umgestaltung zu erreichen hoffte, ist das allgemeine Stimmrecht, angewandt von einer für seine Ansichten begeisterten Mehrheit. Auch hierin zeigt Bassalle seine geistige Verwandtschaft mit Marx. Beide erklären den politischen Weg als das einzige Mittel, um die social-ökonomische Revolution herbeizuführen. Für beide steht es fest, daß der Arbeiterstand sich organisiren und die politische Macht in seine Hand bringen muß, um sich social zu „emancipiren“. Bassalle hoffte, die Umwälzung werde sich auf dem friedlichen Wege einer organischen Entwicklung vollziehen, er trug sich mit dem stolzen Gedanken, seine Agitation werde in Bälde so anschwellen, daß Regierungen und „Bourgeoisie“ von selbst nachgeben müßten. Stets wiederholte er, daß seine Agitation eine friedliche und gesetzliche sein solle, er erklärte (Arb.-Prog. S. 21) ausdrücklich das gegenwärtig einmal erworbene Eigenthum als unantastbar. Marx dagegen, der die „Internationale“ einige Wochen nach Bassalle's Tode gründete, ist erhaben über die Idee, daß die Bewegung friedlich ihr Ziel erreichen könne. Er erkennt klar, daß hier bloß die gewaltsame Revolution helfen kann, und sicher wäre Bassalle später auf denselben Weg gekommen, besonders nachdem seine Hoffnungen auf das lawinenartige Anschwellen seiner Agitation so schnell zu Wasser geworden waren.

Durch und durch socialistisch ist auch die Bassalle'sche Anschauung vom allgemeinen Stimmrecht. Wir verkennen durchaus nicht die relative Berechtigung dieser Institution, aber in der Weise, wie sie von Bassalle und den Socialisten überhaupt aufgefaßt wird, ist sie entschieden zu verwerfen. Wir sehen hier die politische Ausgestaltung derselben Idee, die auf social-ökonomischem Gebiete als Communismus auftritt. Die Anschauung, daß im Staate der Zukunft das allgemeine Stimmrecht absolut herrsche ohne Unterschied des Besitzes und selbst der besonderen Befähigung, ist nur der politische Communismus, die Nivelirung auch des staatlichen Lebens, allerdings die noch

wendige Begleitung und Folge des ökonomischen Communismus. Dieser erhält erst dadurch seine staatliche Sanction. Das allgemeine Stimmrecht, das angeblich seine Correctur, wie die „Freiheit“ der Manchestertheorie, in sich selbst trägt, gilt bei den Socialisten für die Panacee gegen jedes social-politische Uebel, denn es kann ihrer Ansicht nach auf die Dauer nicht irren. Was das Volk unter diesem System beschließt, ist der höchste existirende Wille und im Gehorsam gegen dessen Befehle liegt die wahre, die einzige Sittlichkeit, so daß ein solches Volk unter einer wahren Dictatur der Sittlichkeit lebt; das einzige Verbrechen besteht nur noch darin, diesen Geboten des allgemeinen Stimmrechts zuwider zu handeln. Das allg. Stimmrecht ist der Hegel'sche präesente Gott; es besteht keine vom Menschenthum unabhängige und über demselben stehende Norm des Rechts und der Moral, der socialistische Staat schafft aus eigener Machtvollkommenheit sich seine eigenen Fundamente sowie den Coder des Rechtes und der Sitte. Und wer ist denn dieses souveräne Volk, das im allgemeinen Stimmrecht sich ausdrückt, in Wirklichkeit? Es sind die Parteiführer, und jene, welche dem Volk schmeicheln und es dadurch geschickt nach ihrem Sinne und nach ihren Interessen zu leiten verstehen. Unter der Larve der Sittlichkeit und der Selbstregierung und Freiheit würde mit Nothwendigkeit die abscheulichste Tyrannei und der schmachvollste Absolutismus kommen müssen, den die Welt je gesehen.

Die höchste Potenz des Socialismus liegt bei Puffe darin, daß er vermöge seiner pantheistischen Idee von der logischen Weiterentwicklung eine stets höher gehende Bewirklichung der Sittlichkeit und des Glückes in Aussicht stellt; mit fatalistischer Nothwendigkeit muß dieß kommen, denn daraufhin geht ja der „Athemzug der Geschichte“. . Zulezt muß daher das tausendjährige Reich der Wohlfahrt und des höchsten irdischen Glückes für Alle erscheinen. Puffe gebraucht diesen Ausdruck zwar nicht, deutet aber (Wast.-Sch. S. 266 ff.) die Sache doch an. Daß dieses tausendjährige Reich im natürlichen Verlaufe der

Dinge niemals kommen kann, dafür werden schon die Menschen selbst sorgen. Dieß ist einer der Hauptfehler der Socialisten, daß sie die Natur der Menschen nicht annehmen wie sie ist. Daß Lassalle jene Aera der höchsten Potenz des Glückes auf dem Wege der natürlichen Fortentwicklung träumt, dieß halten wir für den stärksten und alles Uebrige zusammenfassenden Ausdruck des modernen Socialismus.

Lassalle zieht die socialistischen Konsequenzen seiner pantheistischen Geschichtsauffassung in überraschender und scharfer Weise. Wenn wirklich vermöge eines der Menschheit immanenten Gesetzes, vermöge eines inneren pantheistischen Dranges die Entwicklung der Gesellschaft stets zu größerer Vernunft und Freiheit fortschreitet, so muß zuletzt nothwendig ein Zeitalter des äußersten irdischen Glückes kommen, eingeleitet durch immer weiter gehende Hereinziehung der niederen Classen in Besitz und Genuß. Zuletzt müssen in der That diese Classen, da sie die überwiegende Mehrheit bilden, das herrschende Princip der Gesellschaft werden, d. h. jene Aera des höchsten irdischen Wohles muß sich auf die gesammte Menschheit erstrecken. Daher reclamirt jetzt der vierte Stand für sich das Recht, in die Gesellschaft einzutreten und dieses tausendjährige Reich zu verwirklichen. Kraft jenes pantheistischen Gesetzes sagt Lassalle (Die Wissenschaft. u. d. Arb. S. 40) auch, daß allerdings die Herrschaft der Idee der „Bourgeoisie“ eine weltbefreiende That gewesen sei, daß sie der gewaltigste sittliche und culturohistorische Fortschritt, die unerläßliche Vorbedingung und Durchgangsstufe sei zur Entwicklung der Idee des Arbeiterstandes; jetzt aber sei es an der Zeit, daß der dritte Stand im vierten aufgehe, damit die volle Herrschaft der Vernunft und der Freiheit komme.

Wenn in der That die Sittlichkeit der Auffassung des Pantheismus entsprechend darin besteht, daß man sich dem angeblich logisch fortschreitenden welthistorischen Gedanken vollen und freudigen Herzens anschließt, dann müssen consequenter Weise

alle jene unfittlich sein, welche sich der Verwirklichung dieses „göttlichen Weltplanes“ widersetzen. Der Socialismus erklärt daher — und von seinem Standpunkt aus hat er Recht — alle für unfittlich, welche durch Festhalten an der Institution des Privateigenthums die Ribellirung der Gesellschaft in eine einzige Classe und damit die Verwirklichung der Idee des vierten Standes verhindern wollen. Ihm sind daher die höheren Stände, ihm sind alle, welche durch Besitz, Bildung und Intelligenz sich dem Aufgehen in die ribellirte Allgemeinheit widersetzen, tief unfittlich; sie sind Feinde der angeblich nothwendigen historischen Entwicklung, also Feinde der Menschheit. Diese Anschauung, die Lassalle (Arb.-Programm S. 33 ff.) energisch ausgedrückt hat, ist ein ganz wesentlicher Charakterzug des modernen Socialismus. Consequent führt dieß zur Schreckensherrschaft, zur Barbarei, und diese Leute glauben noch im Namen einer Gottheit zu handeln, welche angeblich im Menschengeschlecht immer klarer zum Bewußtsein kommt.

## Zweites Capitel.

### Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein.

1. Das Auftreten Lassalle's übte einen bezaubernden Einfluß auf die Arbeiter; die Begeisterung und Gluth, mit welcher er seine Ideen vortrug, pflanzten sich wie mit elektrischer Wirkung auf die Zuhörer über, die meist alles festen Haltes in der Betrachtung social-politischer Dinge entbehrten. Lassalle besaß auch ganz das Zeug zu einem Arbeiterkönig. Der schmeichelhafte Gedanke, daß die Arbeiterbewegung die Ausgestaltung der Sittlichkeit in der Weltgeschichte, daß die Sache der Arbeiter die Sache der Menschheit selbst sei, die Schlagfertigkeit

und die classische Schärfe Lassalle's, der Umstand, daß er den Arbeitern nicht Steine bot statt des Brodes, sondern ihnen eine baldige Zukunft des höchsten Glückes in Aussicht stellte, gewannen ihm rasch Tausende von Anhängern; sie sahen in ihm den Messias der „Enterbten“, der das Evangelium der Besitzlosen predige und die Kirche der Zukunft gründen werde. Mit achtungswerther Begeisterung scharten sie sich um ihn, als den Stifter einer neuen, der wahren Religion. Nachdem Lassalle sein „Antwortschreiben“ erlassen hatte, begründete er auf den Wunsch des betreffenden Comité's am 16. April 1863 seine Ansichten noch näher in einer Versammlung zu Leipzig vor ungefähr 4000 Menschen. Eine große Zahl von Arbeitern war rasch für seine Ansichten gewonnen und jetzt verbreitete sich die Agitation mit Riesenschritten über Deutschland. Am 17. und 19. Mai hielt Lassalle zwei ein Ganzes bildende Reden zu Frankfurt a. M., worauf sich auch die Arbeiter des Rheingauges für ihn erklärten. Im Sommer und im Herbst desselben Jahres folgte dann die Agitation am Niederrhein. Hier war Lassalle von Düsseldorf her persönlich bekannt und in demokratischen Kreisen sehr beliebt. Die Reise glich einem Triumphzug; in Barmen, Solingen und Elberfeld hielt er Heerschau über die Arbeitermassen, die sich zu Tausenden begeistert um seine Fahne drängten. Der Grimm und leider auch die Entstellung- und Verschweigungssucht seiner Gegner kannte keine Grenzen.

Am 22. Mai 1863 hatte Lassalle zu Leipzig den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gegründet; er wurde zum Präsident desselben auf 5 Jahre gewählt. Die Statuten dieses Vereins lauteten in der von Lassalle gegebenen Form und mit den seither beschlossenen Nachträgen:

Statut des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins.\*)  
§. 1. Unter dem Namen: „Allgemeiner deutscher Arbeiter-

\*) Wie es Lassalle am 23. März 1863 aufgestellt hat.

verein“ begründen die Unterzeichneten für die deutschen Bundesstaaten einen Verein, welcher, von der Ueberzeugung ausgehend, daß nur durch das allgemeine gleiche und directe Wahlrecht eine genügende Vertretung der socialen Interessen des deutschen Arbeiterstandes und eine wahrhafte Beseitigung der Classengegenstände in der Gesellschaft herbeigeführt werden kann, den Zweck verfolgt, auf friedlichem und legalem Wege, insbesondere durch das Gewinnen der öffentlichen Ueberzeugung, für die Herstellung des allgemeinen gleichen und directen Wahlrechts zu wirken.“) §. 2. Jeder deutsche<sup>\*\*)</sup> Arbeiter wird durch einfache Beitrittserklärung Mitglied des Vereins mit vollem, gleichem Stimmrecht und kann jeder Zeit austreten. Ueber die Frage, ob Jemand ein Arbeiter im Sinne des Vereins sei, entscheidet der Vorstand. Ebenso ist der Vorstand berechtigt, auch Nichtarbeiter, welche dem Verein beitreten wollen und mit den Grundsätzen und Zwecken desselben einverstanden sind, als Mitglieder aufzunehmen. §. 3. Der Sitz des Vereins, der keine Zweigvereine haben kann, dem vielmehr alle Mitglieder ohne Rücksicht auf ihren Wohnort unmittelbar angehören, ist Berlin. Der Sitz kann durch einfachen Majoritätsbeschluß des Vorstandes an jeden andern Ort des § 1 gedachten Gebietes verlegt werden. Er bleibt unverändert derselbe, wenn der Vorstand es für gut finden sollte, sich ein oder das andere Mal an einem andern Ort behufs seiner Verhandlungen zu versammeln. § 4. Die Angelegenheiten des Vereins werden verwaltet durch den Vorstand, bestehend aus einem Präsidenten und 24 Mitgliedern, unter welchen ein Cassierer und ein besoldetes<sup>\*\*\*)</sup> Secretär, welche sämmtlich in dem § 1 gedachten Gebiete wohnen müssen. Ihre Wahl erfolgt in der Generalversammlung, für den Präsidenten das erste

\*) Die Generalversammlung zu Berlin am 24. Mai 1872 fügte hier noch bei:

„Durch fortwährende geordnete Agitation auf friedlichem und gesetzlichem Wege dahin zu wirken, daß das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht dazu benutzt wird, nur solche Abgeordneten als die gesetzgebenden und administrativen Körper zu senden, welche nach der Erringung voller politischer Freiheit die Errichtung von Productivassociationen mit Staatshilfe nach den Vorschlägen Ferdinand Lassalle's zu ihrer Hauptaufgabe machen.“

\*\*) Durch Beschluß der Generalversammlung in Berlin am 24. Mai 1872 wurde das Wort „deutsche“ gestrichen, da sonst z. B. viele dänische Arbeiter ausgeschlossen wären.

\*\*\*) Die Generalversammlung vom 24. Mai 1872 streich dieses Wort „besoldet“, da ja Präsident und Cassier auch besoldet seien.

Mal auf fünf Jahre, sonst auf ein Jahr nach absoluter Majorität.\*) Die Vorstandsmitglieder werden durch die Generalversammlung auf ein Jahr gewählt mit der näheren Bestimmung, daß im ersten Jahre ihrer Function die Hälfte derselben durch's Loos ausscheidet. Am Ende des zweiten Jahres treten die Nichtausgelosten ab.\*\*) Alle Ausgeschiedenen sind sofort wieder wählbar. Der Präsident ist berechtigt, für Behinderungsfälle seine sämmtlichen Befugnisse auf einen von ihm aus den Vorstandsmitgliedern zu ernennenden Vicepräsidenten zu übertragen. § 5. Ueber die innere Organisation, den Geschäftsgang, die Förderungsmittel auf den § 1 gedachten Wegen, Schreib- und Cassenwesen befindet nach einfacher Majorität der Vorstand. Wenn der Präsident es für dringlich hält, so kann er, vorbehaltlich der in drei Monaten einzuholenden Genehmigung des Vorstandes, alle Anordnungen treffen. Die eventuelle Verantwortlichkeit des Präsidenten in solchen Fällen wird durch die Genehmigung des Vorstandes und, wenn diese nicht erfolgt, durch die Genehmigung der Generalversammlung gedeckt. Der Präsident setzt Generalversammlungen und Vorstandsberatungen, sowie den Ort derselben an. Jährlich einmal muß eine Generalversammlung abgehalten werden. Der Präsident ist übrigens verpflichtet, jederzeit eine Generalversammlung innerhalb sechs Wochen einzuberufen, wenn unter Angabe des bestimmten Grundes entweder die Majorität des Vorstandes oder ein Sechstel sämmtlicher Vereinsmitglieder schriftlich bei ihm darauf anträgt. Vorstandsberatungen müssen vom Präsidenten jederzeit innerhalb vier Wochen einberufen werden, wenn die Majorität des Vorstandes darauf anträgt. Alle im Namen des Vereins zu erlassenden Veröffentlichungen werden vom Präsidenten unterzeichnet. §. 6. Beim Eintritt hat jedes Mitglied zwei Silbergroschen zu zahlen, von da ab einen halben Silbergroschen wöchentlich. Durch die Nichtbezahlung des Beitrags in vier auf einander folgenden Wochen wird die Mitgliedschaft verwirkt. Mitglieder, welche gegen die Vereinszwecke handeln oder die Würde des Arbeiterstandes durch ihre Haltung in sittlicher und politischer Hinsicht beeinträchtigen, können vom Vorstande ausgestoßen werden. Gegen eine solche Verfügung des Vorstandes kann von

\*) Die Generalversammlung zu Berlin hat am 10. Januar 1870 beschlossen wie folgt: Bei der Vereinigung der beiden Vereine (des Schweizer'schen und Hassfeld'schen, hievon später) ist das Statut so aufgefaßt, daß der Präsident nach dem allgemeinen directen und gleichen Wahlrecht zu wählen ist, und dabei hat es um so mehr zu bleiben, als diese Auffassung durch die erfolgte Abstimmung des Vereins als richtig anerkannt ist.

\*\*) Die Generalversammlung vom 24. Mai 1872 beschloß, daß außer dem Präsidenten noch fünf Vorstandsmitglieder in Berlin sein sollen.



dem Betroffenen ein Recurs an die nächste Generalversammlung eingelegt werden, wenn derselbe von sechzig Mitgliedern unterzeichnet ist. Die Dauer des Vereins ist vorläufig auf 30 Jahre bestimmt, kann aber durch Beschluß der Generalversammlung beliebig ausgedehnt werden. § 7. Die Generalversammlung kann mit einem Antrag auf Statutenänderung nur befaßt werden, wenn ein solcher Antrag von sechzig Mitgliedern des Vereins unterzeichnet, drei Monate vor der Generalversammlung beim Vorstande eingereicht worden ist, welcher diesen Antrag sofort sämmtlichen Mitgliedern bekannt machen muß. Die Aenderung der Statuten kann in der betreffenden Generalversammlung nur mit wenigstens zwei Dritteln der Stimmen beschloffen werden, jedoch kann eine solche Aenderung erst nach dreijährigem Bestehen des Vereins eintreten.

Das Geschäftsreglement des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ lautet:

§ 1. Da der Präsident nicht an allen Orten anwesend sein kann, ernannt er für alle Orte, wo der Verein Mitglieder hat, oder wo denselben Mitglieder beitreten wollen, einen Bevollmächtigten. Derselbe hat den Auftrag vom Präsidenten, in dessen Namen Einzeichnungen in die Vereinsliste vorzunehmen. Der Präsident ernannt seine Bevollmächtigten immer nur für die Dauer bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung des Vereins. Jedoch setzt jeder Bevollmächtigte bis zur Ernennung eines neuen Bevollmächtigten seine Function fort. § 2. Da der Verein seinen Sitz in Berlin hat, so wird vom Präsidenten in Gemäßheit des preussischen Vereinsgesetzes der Berliner Polizei das Verzeichniß der Mitglieder aller Orte eingereicht. Der Präsident wird seine Bevollmächtigten anweisen, die Verzeichnisse derart an, ihn einzusenden, daß er der Berliner Polizeibehörde die vom Gesetz vorgeschriebenen Einreichungen fortklaufend machen kann. Eine Vernachlässigung der Pflicht, die Verzeichnisse an den Präsidenten in Gemäßheit der von ihm erteilten Weisungen einzusenden, zieht sofortige Absetzung des Bevollmächtigten nach sich. Den localen Polizeibehörden haben die Bevollmächtigten das Mitgliederverzeichnis nicht einzureichen, da an den einzelnen Orten keine Zweigvereine bestehen, vielmehr alle Mitglieder unmittelbar dem zu Berlin seinen Sitz habenden Verein angehören. Verlangen die localen Polizeibehörden durchaus die Einreichung, so kann dieselbe geschehen, jedoch nur unter ausdrücklicher Rechtsverwahrung. Der Bevollmächtigte hat auch in dem Falle, wo er nothgedrungen das Mitgliederverzeichnis der localen Behörde eingereicht hat, ein Verzeichniß an den Präsidenten zu senden, damit dieser die gesetzliche Einreichung in Berlin vornehmen kann. § 3. Wenn die Vereinsmitglieder sich an irgend einem Orte außer Berlin versammeln wollen, so sollen sie dies, da sie keinen Zweigverein bilden.

nicht auf Grund des Vereinsrechtes, sondern nur auf Grund des Versammlungsrechtes thun. Jemand ein Mitglied beruft zum ersten Male die Vereinsmitglieder zu einer Versammlung. Die Versammlung wählt wie jede Versammlung einen Vorsitzenden und einen Schriftführer und beauftragt, wie dies bei Versammlungen häufig vorkommt, irgend einen Anwesenden mit der Ausschreibung der nächsten Versammlung. In jeder Versammlung werden — lediglich für diese Versammlung — ein Vorsitzender (beziehungsweise ein Vorsitzender und Stellvertreter) und ein Schriftführer, in der Regel durch Acclamation gewählt und erhält Jemand den Auftrag, die nächste Versammlung zu berufen. Jede Versammlung — sei es nun, daß zu einer solchen vom Veranstalter derselben nur Vereinsmitglieder eingeladen sind, sei es, daß dieselbe öffentlich mit Zutritt für Jedermann stattfindet — jede Versammlung ist besonders der Polizei vorschriftsmäßig in Gemäßheit des Versammlungsrechtes anzumelden. §. 4. Um den Mitgliedern die Unbequemlichkeit zu ersparen, ihre Beiträge selbst an den Vereinscassierer abgeben zu müssen, sowie zum Zwecke der Verminderung der Postkosten bezeichnet der Präsident an den verschiedenen Orten ein Mitglied, welches die Eintrittsgelder und Beiträge einzusammeln hat. Der Beitragsammler hat allmonatlich (spätestens am 15. des Monats für den vorangegangenen Monat) die Beiträge nebst Abrechnung an den Vereinscassierer zu schicken. Die Säumigen werden veröffentlicht.\*) Zur Controle, so wie zur Unterstützung des Beitragsammlers ernennt der Präsident drei Revisoren, welche ihm über jede Ungehörigkeit, die der Beitragsammler sich in Sachen der Vereinsgelder zu Schulden kommen läßt, sofort Bericht zu erstatten haben. Der Präsident verfügt alsdann das Weitere. Beschwerden über diese Verfügungen gehen an den Vorstand und die Generalversammlung. §. 5. Da die Mitglieder an den einzelnen Orten keine Zweigvereine bilden, so haben sie sich auch aller Maßnahmen und Einrichtungen zu enthalten, welche den Schein erregen könnten, als ob ein Zweigverein vorliege. Sie haben also insbesondere keine localen Vorstände oder Beamte irgend welcher Art einzusetzen und keine locale Cassenverwaltung einzurichten. §. 6. Der Präsident ist befugt, Ausgaben zu verfügen, welche der Cassierer auf seine Anweisung zu leisten hat. Dagegen ist der Präsident von jeder Mitwirkung am Finanzwesen ausgeschlossen. Die regelmäßige Controlle des Rechnungswesens besorgt der Vorstand, in

\*) Hierzu beschloß die Generalversammlung vom 23. Mai 1872: „den Präsidenten zu beauftragen, von Zeit zu Zeit im Vereinsstheil bekannt zu machen, daß die Beiträge nach Abzug der localen Unkosten, welche die Hälfte der Beiträge nicht übersteigen dürfen, monatlich an die Hauptkasse zu schicken sind.“

Letzter, Inftanz die Generalverfammlung. Letztere ertheilt auch die Entlaſtung. Alle drei Monate hat der Caſſierer beim Vorſtand eine ſummarische Aufſtellung der Einnahmen und Ausgaben einzureichen. Der Präſident rechnet mit der Generalverſammlung ab. § 7. Beſchwerden gegen den Präſidenten und die ſonſtigen Vereinsbeamten können beim Vorſtand eingereicht werden. Es werden einzelne Vorſtandsmitglieder bezeichnet, welche die betreffenden Beſchwerdeſchriften, Beweisſtücke u. ſ. w. entgegenzunehmen und dafür zu ſorgen haben, daß der Generalverſammlung richtig Bericht erſtattet werde, damit auf dieſe Weiſe jedes Mitglied die Gewißheit hat, mit ſeinen etwaigen Beſchwerden bei der Generalverſammlung zur Geltung zu kommen. § 8. Laut Beſchluß der Generalverſammlung in Berlin (Mai 1871) ſoll noch als Zuſatz aufgenommen werden: daß dem Präſidenten unzweifelhaft das Recht zuſtehe; an Stelle eines ausgeſchiedenen Vorſtandsmitgliedes ein anderes Mitglied bis zur nächſten Generalverſammlung zu ernennen.

Wie man ſieht, iſt dieſe Organifation ſtraff centralifirt. Der Präſident hat eine faſt monarchiſche Gewalt, wenn auch auf breiteſter demokratiſcher Grundlage. Der Vorſtand übt wohl eine Controle über den Präſidenten aus, allein es fehlt ihm doch die Macht, in die regelmäßige Thätigkeit deſſelben einzugreifen, ſchon deßwegen, weil der Vorſtand über ganz Deutſchland zerſtreut iſt. Der Präſident leitet die geſammte Politik und Verwaltung des Vereins, eine Organifation, die ſpäter ſehr ſchlimme Früchte trug. Der Präſident iſt gewiſſermaßen ein Arbeiterkönig und aus dieſer Stellung erklärt ſich auch, daß er bei ſeinen Reiſen wie ein Fürſt empfangen wird. Um die Vereinsgeſetze nicht zu verletzen, beſteht bloß ein einziger Verein zu Berlin, der ſeine Mitglieder überall zählt. Dieſe vereinigen ſich an den einzelnen Orten nicht zu Vereinen, ſondern zu Mitgliederſchaften, welchen der Präſident einen „Bevollmächtigten“ ſetzt, der ſeine Stelle vertritt.

2. Laſſalle war auf 5 Jahre zum Präſidenten gewählt worden, hatte aber wenig Freude an ſeiner Schöpfung. Mit der ihm eigenen Energie führte er ſein Amt und war unermüdblich in der Agitation durch Reiſen, Reden und Flugſchriften. Bald aber trat die Enttäuſchung ein; er hatte ſich hiñſichtlich

der Disposition der bestzlosen Massen und hinsichtlich der propagandistischen Kraft seiner Ideen verrechnet. Wohl war die Zahl seiner Anhänger keine geringe, aber die große Masse scharte sich nicht so schnell, wie er gedacht, um seine Fahne. Seine Absicht, durch eine gewaltige, plötzliche Kraftentfaltung Regierung und „Bourgeoisie“ zum Nachgeben zu zwingen, erwies sich jeden Tag mehr als Phantasie. Eine schwermüthige Stimmung bemächtigte sich des Mannes, der sonst alles mit voller Seele und im Schwung der Begeisterung vollführt hatte. So schrieb er im Frühjahr 1864 an seinen General-Bevollmächtigten:

„Neue Gelder kann ich schlechterdings nicht mehr beschaffen, und ebensowenig schon jetzt den Verein zu Grunde gehen lassen, so lange Hoffnung am politischen Himmel winkt. Ich bin nicht nur an die Grenze der Geldopfer, die ich bringen kann, gekommen, sondern ich habe eigentlich, was ich vernünftigerweise opfern konnte, weit überschritten. Was ich bis vorigen September für Geldopfer gebracht habe, wissen Sie! das waren Capitalien!“

„Ich bin todmüde, und so stark meine Organisation ist, so wantt sie bis in ihr Mark hinein. Meine Aufregung ist so groß, daß ich keine Nacht mehr schlafen kann! Ich wälze mich bis 5 Uhr auf dem Lager und stehe mit Kopfschmerz und tief erschöpft auf! Ich bin überarbeitet, überangestrengt, übermüdet im furchtbarsten Grade, die wahnsinnige Anstrengung, den Julian außer und neben allem Anderen in 4 Monaten auszuarbeiten, die tiefe und schmerzliche Enttäuschung, der fressende, innere Aerger, den mir die Gleichgiltigkeit und Apathie des Arbeiterstandes in seiner Masse genommen, einflößt — beides zusammen war selbst für mich zu viel! Ich treibe ein métier de dupes und ärgere mich innerlich zu Tode, um so mehr als ich diesem Aerger nicht Luft machen kann, und ihn noch immer würgen, oft noch das Gegentheil behaupten muß! Und gleichwohl werde ich die Fahne nicht fallen lassen, so lange noch irgend ein Hoffnungsflämmchen an dem politischen Horizonte blinkt. Dazu der noch viel größere Aerger, zu wissen, wie glänzend die Dinge stehen würden, wenn der Arbeiterstand seine Pflicht gethan hätte!“

Als ihm der Vorschlag gemacht worden war, eine Zeitung zu begründen, welche das Organ des Arbeitervereins sein sollte, rechnete er vor, daß bei den dormaligen Zuständen des Vereins nicht daran zu denken sei:

„Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß wir uns Alle mitammen über das geistige Leben im Arbeiterstande sehr getäuscht haben: Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein zählt erst circa 3000 Mitglieder — und vielleicht fehlen noch mehrere Hundert zu dieser Zahl — das sagt Alles. Wer hätte diese Mattheit und Theilnahmslosigkeit für möglich halten sollen! Das wird sich erst wirklich ändern, wenn gewisse politische Ereignisse eintreten und die Massen in Bewegung bringen. Und solche Ereignisse können allerdings in einiger Zeit kommen. Es handelt sich darum, sich bis dahin zu halten.“

Diese Ereignisse, in denen die Lassalle'sche Organisation eine große politische Rolle hätte spielen können — Lassalle sollte sie nicht mehr erleben. Sein Tod, den er (31. Aug. 1864) leichtsinniger Weise selbst herbeiführte, wirkte' auf Freund und Feind wie ein Blitz vom heiteren Himmel. Bei vielen seiner Anhänger setzte sich die Ansicht fest, er sei als Opfer eines geheimen, gegen die Arbeiter-Bewegung gerichteten Planes gestorben, er sei für die Arbeitersache gefallen.

Nach Lassalle's Tode begann sein Verein zu kränkeln und sich aufzulösen. Der Mangel eines hervorragenden Führers ließ die Bewegung erlahmen. Dazu kam die große politische Umwälzung in Deutschland, wodurch die sociale Bewegung ohnedieß zurückgedrängt wurde. Zuerst wählten die Arbeiter Bernhard Becker zum Präsidenten; dieser war erst vor Kurzem aus England zurückgekehrt, wo er lange Zeit als Flüchtling gelebt hatte. Wie man sagt, entzweite sich Becker bald mit der Gräfin Hagfeld, jener Dame, die Lassalle viel zu verdanken hatte und die ihm besonders während seines unglücklichen Verhältnisses zu Frä. v. Dönniges sehr beigestanden war. Die ehrgeizige, kluge und reiche Gräfin wollte jetzt, wie es scheint, die Rolle einer Socialistenkönigin spielen. Noch im Todesjahre Lassalle's tauchte v. Schweizer auf\*). Er war von Frankfurt, wo er Advocat gewesen, nach Berlin gezogen und gab dort seit dem 1. Jan.

\*) J. B. Dr. jur. v. Schweizer, geb. 12. Juli 1834 zu Frankfurt a. M., besuchte das Gymnasium zu Aschaffenburg, studierte Rechtswissenschaft zu Berlin und Heidelberg, ward Advocat zu Frankfurt a. M., dann Schrift-

1865 den „Socialdemokrat“ heraus. Jetzt verfügte die Partei über ein Organ, dessen Gründung Vassalle vergeblich in Aussicht genommen hatte. Eigentümer des Blattes waren v. Schweizer und ein Herr v. Hoffstetten, ebenfalls ein Süddeutscher.\*)

Schweizer, ein sehr talentvoller Mann, gab im „Socialdemokrat“ der Partei eine Haltung, welche die zur „Internationale“ neigenden Elemente, besonders auch die süddeutschen Demokraten, immer mehr abstoßen mußte. Er wandte sich dem neu aufgehenden Gestirn Bismarck's zu und damit begann eine tiefe Spaltung zwischen den unitarischen und den föderativen Republicanern unter den deutschen Socialisten. Im Febr. 1865 legte Schweizer in 5 Artikeln unter der Ueberschrift „Das Ministerium Bismarck“ die künftige deutsche Politik des Letzteren, wie sie sich später enthüllen sollte, dar. Preußen, sagte er, habe sich bisher in Opposition zum deutschen Reiche entwickelt, mit einem besonders hartnäckigen, aber berechtigten Particularismus seiner royalistischen Bevölkerung; nachdem es sich in revolutionärer Weise so vergrößert habe, müsse es noch weiter um sich greifen, denn es sei noch unfertig; ein wahrhaft preußischer Minister müsse daher die Friederichsche Politik wieder aufnehmen „mit Blut und Eisen“. Der Schluß der Artikel lautete: „Der Bundestag und Oesterreich, die Mittel- und die Kleinstaaten

voller, Verfasser von „Der Zeitgeist und das Christenthum“ und des socialdemokratischen Romans: „Lucinde, oder Capital und Arbeit.“ Er verheirathete sich im Sommer 1872 und lebt nun in Berlin, mit literarischen Arbeiten beschäftigt.

\*\*) Von Hoffstetten entzweite sich später mit Schweizer wegen des Eigenthums am „Socialdemokrat“; aber ersterer behauptete sich trotz aller Angriffe (besonders auf der Elberfeld-Barmer Generalversammlung im April 1869) im Besitze des Blattes. Vom 1. Januar 1868 an verschwand der Name Hoffstetten vom „Socialdemokrat“. Wegen des Eigenthums entstand ein Streit selber, den Hoffstetten 1869 in einer Schrift darlegte: „Mein Verhältniß zu Herrn von Schweizer und zum Socialdemokrat.“ Gegenwärtig befindet sich v. Hoffstetten in den Reihen der Socialdemokratischen Arbeiterpartei und ist an der Redaction der „Demokratischen Ztg.“ in Berlin beschäftigt.

sind schlechthin ohnmächtig der deutschen Frage gegenüber — im Guten wie im Schlimmen. Actionsfähig in Deutschland sind nur noch zwei Factoren: Preußen und die Nation. Preussische Bourgeoisie oder deutsche Proletariatskräfte — wir sehen kein Drittes.“

Diese Artikel erregten ungeheures Aufsehen in socialistischen Kreisen und die Spaltung mußte endlich zum Ausbruch kommen. Die meisten Süddeutschen und alle Anhänger des internationalen Socialismus wollten von Preußen und dem „deutschnationalen Chauvinismus“ nichts wissen; sie behaupteten, Schweizer wolle den Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein als Mittel für die Bismarck'sche Politik benutzen und sie mögen damit nicht ganz Unrecht gehabt haben, denn der Verein lief offenbar Gefahr, sein sociales Ziel bei Seite zu setzen und sich auf das Feld der reinen Politik zu begeben, auf welchem doch niemals die Stärke einer socialistischen Partei liegen kann. Ihr darf die Politik, bloß Mittel zum socialen Zweck sein. Im Sinne Lassalle's war die Haltung Schweizers nicht. Ueberdies hatte Reichardt und sein Freund Bebel gleich nach Gründung „der Internationale“ (im Herbst 1864) den Plan gefaßt, die deutsche Arbeiterbewegung auf den Boden der „Internationale“ hinüberzuleiten. Das Vorgehen Schweizers bot hierzu den nächsten Anlaß, da ein großer Theil der Arbeiter das Vertrauen zu ihm verlor und der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein sehr zurückging. Bald hatte der „Socialdemokrat“ nur noch etwa 400 Abonnenten. Eine Generalversammlung zu Frankfurt, 30. Novbr. 1865, führte zum Rücktritt Beder's, an dessen Stelle Lölde, Präsident wurde.

Nach dem principiellen Gegenstand gegen die föderalistischen Demokraten: erwiderte im Allg. Deutschen Arb.-Verein noch ein unsterk, sehr persönlicher Zwiespalt; die Gräfin Haffseld behauptete, nach dem Sinne des Lassalle'schen Statuts dürfe der Präsident nicht durch die Generalversammlung, sondern er müsse durch Wahlbewegung sämtlicher Vereinsmitglieder gewählt werden. Diese Streitfrage verwirrte die Geister noch mehr. Auf der 3.

Generalversammlung (17. Juni 1866) trat Lölde wieder ab und Perl aus Hamburg wurde Präsident. In demselben Jahre wurde wegen der steigenden Wirren noch eine weitere Generalversammlung zu Erfurt (27. Dec. 1866) nöthig. Diese stellte, durch Schweizer veranlaßt, das Programm „Durch Einheit zur Freiheit“ auf, was die föderalistischen Socialisten vollends zur „Internationale“ hindrängte. Gleichzeitig kam es zum offenen Bruch mit der Gräfin Haysfeldt. Die Dame bildete einen eigenen Verein, dessen Präsident der inzwischen verstorbene Kupferschmied Försterling wurde. Auf der 5. Generalversammlung des Lassalle'schen Vereins zu Braunschweig (19. Mai 1867) trat auch Perl ab und jetzt wurde Schweizer Präsident. Eine Zeit lang begann der Verein wieder aufzublühen, wie überhaupt die socialistische Partei in Deutschland damals ziemlich ausgedehnt, wenn auch innerlich tief gespalten war. Auf dem Norddeutschen Reichstag war sie damals vertreten durch Schweizer (Eberfeld und Barmen), Fritzsche (Vennep-Mettmann), Hasenclever (Duisburg), wozu der Haysfeld'sche Verein Försterling (Chemnitz) und Wende (Freiberg), die internationalen Elemente Bebel und Plebnecht (auch für 2 sächsische Wahlkreise) sandten. Die sechste Generalversammlung des Allg. Deutsch. Arbeitervereins wurde zu Berlin (25. Nov. 1867) und die siebente zu Hamburg (25. Aug. 1868) abgehalten. Damals zählte der Verein angeblich 8000 Mitglieder. In demselben Jahre löste die Leipziger Polizeibehörde den Verein, der bisher seinen Sitz daselbst gehabt hatte, auf; doch constituirte er sich sogleich wieder in Berlin unter demselben Namen.

Schweizer dirigitte den Verein ganz selbstständig und unabhängig; Oppositionsgeistes gegenüberdrohte er mit seinem Rücktritt und übte dadurch eine starke Pression aus. Er hielt seine Leute in strenger Zucht und zog sich in Berlin eine tüchtige Armee heran, mit welcher er Vieles wagen konnte. Besonderes Talent entwickelten seine Anhänger damals in der Kunst, Volksversammlungen zu sprengen, so daß die gegnerischen Parteien sich immer



mehr auf Privatversammlungen angewiesen sahen. Die Socialisten drängten sich in Menge in die ausgeschriebene Versammlung, rissen durch ihre Mehrheit das Präsidium an sich und verwandelten auf diese Weise manche Versammlung der Fortschrittspartei in eine socialdemokratische. Dabei mußten die ursprünglichen Einberufer der Versammlung zu dem Spotte, der ihnen gethan wurde, auch noch Prügel hinnehmen, wenn sie nicht gutwillig gingen; Tölke's Knüppel spielte damals eine große Rolle und wurde sagenhaft. Im Geiste Lassalle's war dieses Eindringen in fremde Versammlungen mit der Absicht, sie zu sprengen, durchaus nicht.

3. Unter Schweizer's Präsidentschaft kam auch die principielle Spaltung zwischen den unitarischen und föderativen Socialrepublicanern zum Ausbruch. Die letztern hatten sich schon längst von Schweizer abgewandt. Marx, F. Engels, J. P. Beder, Küstow, Liebknecht, Professor Wuttke u. andere zogen sich vom „Socialdemokrat“ zurück, indem sie Schweizer für einen preußischen Regierungsagenten hielten, der die Arbeiterfrage dem „Junkerthum und der Reaction“ dienstbar zu machen habe; auch wurde die Organisation des Vereins bekämpft, welche der Dictatur eines einzigen Mannes zu freiem Spielraum lasse und an sich schon große Gefahren für die Partei bringe. Besonders scharf führte Liebknecht den Kampf gegen Schweizer in seinem 1868 gegründeten „Demokratischen Wochenblatt“. Die Anhänger der „Internationale“ begannen sich zu sammeln und es gelang ihnen, eine große Arbeiterversammlung zu Nürnberg zur Annahme des Programmes der „Internationale“ zu bewegen. Es war dieß der fünfte Vereinstag der deutschen Arbeitervereine (5. Sept. 1868). Die anwesenden 115 Delegirten vertraten ungefähr 14000 Arbeiter und beschloßen mit 69 gegen 46 Stimmen (74 gegen 37 Vereine) unter dem Vorfize Babels und mit hervorragender Mitwirkung Liebknechts Folgendes:

„Der zu Nürnberg verkommene 5. deutsche Arbeitertag erklärt in nachstehenden Punkten seine Uebereinstimmung mit der Internationalen Arbeiter-Association: a) die Emancipation der arbeitenden Classen muß durch die arbeitenden Classen selbst erkämpft werden. Der Kampf für die Emancipation der arbeitenden Classen ist nicht ein Kampf für Classenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Classenherrschaft. b) die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit von dem Monopolisten (dem ausschließlichen Besizer) der Arbeitswerkzeuge bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, des socialen Elendes, der geistigen Herabwürdigung und der politischen Abhängigkeit. c) Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Classen. Die sociale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt, und nur möglich im demokratischen Staate.“

Hierzu wurde noch folgende Erwägung beschlossen:

„Daß alle auf die ökonomische Emancipation gerichteten Anstrengungen bisher an dem Mangel der Solidarität zwischen den vielfachen Zweigen der Arbeit jedes Landes und dem Nichtvorhandensein eines brüderlichen Bandes der Einheit zwischen den arbeitenden Classen der verschiedenen Länder gescheitert sind; daß die Emancipation der Arbeit weder ein locales, noch ein nationales, sondern ein sociales Problem ist, welches alle Länder umfaßt, in denen es moderne Gesellschaft gibt, und dessen Lösung von der praktischen und theoretischen Mitwirkung der vorgezeichneten Länder abhängt.“

Der Zusammenhang mit dem internationalen Programm, ja die wörtliche Nachahmung desselben, tritt sogleich hervor. Damit hatte die „Internationale“ in Deutschland festen Boden gewonnen. Es begann jetzt ein erneuter Kampf mit Schweizer, der seine Gegner als im Solde der „Bourgeoisie“, des vertriebenen Königs von Hannover und des ebenfalls entthronten Kurfürsten von Hessen stehend, erklären ließ \*). Jetzt war keine Bereinigung mehr möglich; Liebknecht erklärte, Schweizer müsse um jeden Preis beseitigt werden, die Person Schweizer's sei ihm gleichgiltig, aber er bekämpfe in demselben den „Imperial-Socialismus und den Bismard'schen Cäsarismus“, Gemein-

\*) Ueber die eigentliche Quelle des Liebknecht-Bebel'schen Solde siehe bei der Socialdemokratischen Arbeiterpartei.

sam mit Bebel begab er sich auf die Generalversammlung des Allg. Deutsch. Arbeitervereins zu Barmen-Elberfeld im April 1869 und begründete dort die Beschuldigung, daß Schweizer systematisch die Arbeiter zu spalten suche und im Interesse der preussischen Regierung arbeite. Schweizer setzte durch, daß über seine Anklage zur Tagesordnung übergegangen wurde; doch kam eine Vereinigung dahin zu Stande, daß man sich gegenseitig in den Parteiblättern nicht mehr angreifen solle. Schweizer scheint diese Uebereinkunft zuerst gebrochen zu haben; die Abneigung und das Mißtrauen vieler Arbeiter gegen ihn wuchs zusehends, wozu noch sein höflicher Streit mit Herrn von Hoffstetten wegen des Eigentums am „Socialdemokrat“ nicht wenig beitrug. Endlich erließen Bebel und Liebknecht, unterstützt von Bracke, (Braunschweig), Spier, Dork (Hamburg), Geib (Hamburg), Dornhorst (Wiesbaden) u. A. einen Aufruf zu einem Congreß nach Essenach; dort wurde die „Socialdemokratische Arbeiterpartei“ gegründet und die Spaltung der deutschen Socialisten endgiltig besiegelt.

4. Ehe wir diese Spaltung näher schildern, müssen wir den Gang der Ereignisse im Allg. Deutschen Arbeitervereine selbst noch verfolgen. Auf der Barmen-Elberfelder Generalversammlung hatten von 54 Abgeordneten 42 Schweizer ein Vertrauensvotum erteilt, während sich 12 der Abstimmung enthielten. Bebel und Liebknecht setzten es durch, daß der Vorstand statt aus 24 Mitgliedern wie bisher nur noch aus 12 bestehe, die an Einem Orte wohnen sollten; hierzu wurde Hamburg gewählt und dadurch die Macht des Präsidenten sehr geschwächt. Einige Monate nach dieser Generalversammlung machte Schweizer einen Staatsstreich, rief den Beschluß der Generalversammlung um und ließ die Wiederherstellung der alten Ordnung durch ein Plebisit sanctioniren, das ja stets einer kräftigen Regierung Recht gibt. Nachdem so Schweizer die frühere Organisation wieder hergestellt, vereinigte er sich, um seine Stellung noch mehr zu

befestigen, im Jahre 1869 mit der Hafffeld'schen Partei, an deren Spitze Mende als Strohmann stand. Letzterer blieb bei der Präsidentenwahl in der Minderheit und Schweizer behielt seine Würde. Aber diese Vereinigung dauerte nicht lange. Nach wenigen Monaten trat wieder eine Trennung ein, die sich nicht mehr hob. \*)

5. Zur Gründung ihrer Partei erließen Bebel und Liebknecht folgenden Aufruf:

Parteigenossen! Ihr wißt, wie wir nach der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins in Barmen-Elberfeld in Nr. 14 des „Demokratischen Wochenblattes“ erklärten, keine Angriffe weiter gegen

\*) Die weiteren Schicksale der Hafffeld'schen Fraction mögen hier noch kurz erwähnt werden. Ihr Präsident wurde Mende, das Vereinsblatt wurde durch Hafffeld'sches Geld unterhalten. Der Verein sank sehr rasch zu solcher Bedeutungslosigkeit herab, daß die beiden andern socialistischen Parteien gar nicht mehr auf eine Vereinigung mit dem Mende'schen Verein reflectiren. Die Organisation dieses kleinen Vereins ist im Wesen dieselbe, wie die des Lassalle'schen Vereins und der Zwist scheint sich hauptsächlich um die Herrschaft der Gräfin Hafffeld gedreht zu haben. Ein kleiner Streit zwischen diesem Verein und dem Lassalle'schen erhob sich, als Mende nach Beendigung des deutsch-französischen Krieges das Verlangen aufstellte, das Deutsche Reich möge von den 5 Milliarden, welche Frankreich zu zahlen hat, einige Millionen hergeben zur Gründung der Lassalle'schen Productiv-Genossenschaften. Der „Neue Socialdemokrat“, Organ des Lassalle'schen Vereins, wies mit Recht darauf hin, daß Lassalle diese Hilfe nicht vom jetzigen, sondern vom demokratischen Staat der Zukunft verlangt habe. Mende hatte besonders zu Gladbach Anhänger gefunden, machte aber auf seinen Agitationsreisen überall schlechte Geschäfte. Im Anfang 1872 wurde er gehirnleidend und hat sich seither nicht mehr erholt. Organ dieses Vereins war die „Freie Zeitung“, die mit wenigen Hundert Abonnenten ihr Dasein fristete. Im Juni 1872 ging sie ein und zwar, wie die Blätter damals meldeten, nicht aus Mangel an Lesern, obgleich dieser zugegeben ward, sondern aus Mangel an einem Redacteur. Es fanden sich — so schreibt sie selbst — für die Redaction der „Freien Zeitung“ nur „Seute von völliger Gefinnungslosigkeit, die für Geld Alles thun, oder Unfähige.“ Die Partei, die bisher schon nur dem Namen nach existirte, kann damit wohl als erloschen betrachtet werden.

Herrn von Schweizer zu bringen. Wir haben unser Wort ehrlich gehalten, und die mit Herrn von Schweizer einige Wochen später getroffene Uebereinkunft streng erfüllt. Nicht so der Gegner, wie u. A. die auf Herrn von Schweizer zurückzuführenden Vorgänge in mehreren Leipziger Versammlungen beweisen. Unser Auftreten in Thüringen und die Billigung, welche es Seitens der dortigen Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins fand, hat Herr von Schweizer nicht behagt, er beging die Lächerlichkeit, uns verbieten zu wollen, ohne seine Einwilligung und Genehmigung mit Mitgliedern seines Vereins zu verkehren. Wir haben eine solche Zumuthung einfach zurückgewiesen. Das gibt Herr v. Schweizer Veranlassung, im „Socialdemokrat“ vom 23. Juni zu erklären, daß er unser Benehmen als „Vertragsbruch“ ansehe und sich an die stattgehabten Abmachungen nicht mehr gebunden halte. Wir nehmen den uns hingeworfenen Fehdehandschuh freudig auf. Die Komödie, welche Herr von Schweizer und Herr Wende als Präsidenten der beiden Fractionen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins im vollen Einverständnisse mit der Frau Gräfin Hafffeld und ihren höheren Protectoren jetzt aufführen, hatte, wie uns vom ersten Augenblick klar war und was von befremdeter und genau unterrichteter Seite bestätigend mitgetheilt wurde, keinen andern Zweck, als die beiden Herren über den Kopf zu wachsen drohende Opposition in den eigenen Vereinen gemeinsam niederzuhalten und zugleich den Kampf mit uns nachdrücklicher führen zu können. Die „Lassalleaner“, wie die zwei „Führer“ gut orthodox ihre vereinigten Fractionen nennen, sollen gegen uns, die ehrliche Social-Demokratie, gesetzt werden. Die Woffe in der Pantheonversammlung in Leipzig; wo „Präsident“ Wende selbst das Wort führte, hat das bewiesen. Wohl an, wir treten mit aller Kraft und Zuversicht in den Kampf ein und werden ihn führen Hand in Hand mit den principientreuen, klarsichtigenden Elementen im früheren Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Es wird sich zeigen, ob die Corruption, die Gemeinheit, die Bestechlichkeit auf jener Seite, oder die Ehrlichkeit \*) und die Reinheit der Absichten auf unserer Seite, den Sieg davon trägt. Unsere Forderung sei: Nieder mit der Secterei! Nieder mit dem Personencultus! Nieder mit den Jesuiten, die unser Princip mit den Worten anerkennen, in Handlungen es verrathen! Hoch lebe die Socialdemokratie, hoch die Internationale Arbeiter-Association! Leipzig, den 23. Juni 1869. Liebtnecht. Debel.“

Der Eisenacher Congreß, den Debel und Liebtnecht nebst ihren Anhängern, die ganze Partei der „Internationale“, aus-

\*) Seit dieser Zeit nannten sich die Gegner Schweizers die Ehrlichen und bezeichneten die Andern als die „Unehrllichen.“

geschrieben hatten, wurde vom 7.—9. Aug. 1869 abgehalten. Auch die Mitglieder des Allg. Deutschen Arbeitervereins hatten Zutritt. Liebknecht eröffnete die Versammlung am Nachmittag des 7. mit dem Bemerkten, daß die Anhänger Schweizers gewaltsam in den Saal eindringen wollten, anstatt in vorgeschriebener Weise ihre Mandate abzugeben und dadurch das Recht des Eintritts zu erwerben. Fast allgemein herrschte die Ansicht, die Schweizerianer seien bloß gekommen, um die Versammlung zu sprengen oder deren Aufhebung durch die Polizei zu veranlassen. Ein Versuch, sich mit den Anhängern Schweizers, die sich in einem abgesonderten Locale versammelt hatten, zu vereinigen, blieb erfolglos. Die Einberufer des Congresses rüsteten sich nun auf einen gewaltsamen Angriff der Gegenpartei, die auch schließlich etwa 100 Mann stark erschien, aber die Treppen besetzt und den Feind in entschlossener Haltung fand. Wider alles Erwarten gaben sie nun ihre Mandate ab und erhielten dafür Einlaßkarten. Jetzt wurde der Congress durch Geib aus Hamburg eröffnet. Zunächst beantragte er, ein Bureau zu wählen, worauf Geib und Bebel zu Präsidenten vorgeschlagen wurden. Damit wäre der Sieg für die Gegner Schweizers entschieden gewesen und nun ging der Scandal los. Die Schweizerianer behaupteten, man müsse zuerst die Mandate prüfen und dazu solle jede Partei 3 Mann wählen, dann erst möge man zur Eröffnung des Congresses schreiten; denn es seien Personen da, die keine Mandate, sondern bloß einfache Mitglieder-Parten hätten. Es war offenbar auf Sprengung des Congresses, auf die Verhinderung aller Beratungen abgesehen. Ueber diese Frage entstand großer Streit; das Congress-Protocoll (Leipzig, Druck von F. Thiele S. 11) berichtet weiter: „Vorsitzender Geib will sprechen, kann aber bei dem ungeheuren Lärm, verstärkt durch zahlreiche Rufe: Schluß! Schluß! nicht durchdringen. Das Läuten der Glocke verschwindet in dem unbeschreiblichen Lärmen, der aus dem Hintergrunde stets von Neuem hervorbricht, und nur die vorderen Reihen der Delegirten

vernehmen Geib's Worte: „Es ist der Antrag auf sofortigen Schluß dieser Geschäftsordnungsdebatte gestellt worden, damit wir weiter kommen. Meine Herren! Diejenigen, die für sofortigen Schluß der Debatte sind“ — — Furchtbarer Lärm ringsum. „Es ist beschlossen worden, zuerst das Bureau zu wählen; es handelt sich“ — — (furchtbarer Lärm, in welchem die Stimme des Vorsitzenden verschwindet). „Wer für Schluß der Geschäftsordnungsdebatte ist“ — — (die Majorität erhebt die Hand). „Angenommen!“ — „Diejenigen, die dafür sind, daß das Bureau definitiv erwählt wird, mögen die Hand erheben.“ — — — Angenommen! — Großer Lärm. Schweizerianer Aurin springt in der Mitte der Versammlung auf einen Stuhl, schreit wie ein Wahnsinniger und fächelt mit den Armen in der Luft umher. Zu verstehen ist nichts.“

Der Vorsitzende ließ nun eine Pause von 5 Minuten eintreten, während welcher das unbeschreiblichste Durcheinander herrschte. Endlich sollte darüber abgestimmt werden, ob das Bureau provisorisch oder definitiv zu wählen sei, aber wiederum brach ein solcher Standal aus, daß Geib weitere 10 Minuten Pause geben mußte. Nun wurde der Lärm noch stärker, und dauerte etwa eine halbe Stunde; bei erneutem Versuch, zur Abstimmung zu schreiten, erklärte der Schweizerianer Lölde: „Gewiesen ist, daß sich Personen hier im Saal befinden, die einfach zugelassen worden sind auf Grund ihrer Mitgliedertarten! (Rufe: Nicht wahr!) Ich erkläre im Namen meiner Parteifreunde, daß wir an den heutigen Verhandlungen nicht mehr Theil nehmen, weil sie undemokratisch sind.“ Wieder begann der Lärm, bis Geib erklärte: „Der Congreß ist in Folge des Lärms für heute geschlossen! Ich, als erwählter Vorsitzender, berufe hiermit einen neuen Congreß auf morgen Vormittag 10 Uhr in den „Möhren“ (einen andern Gasthof). Es haben nur die mit gelben Karten versehenen Delegirten Zutritt!“

Geib sandte im Auftrage der Berufer des Congresses die Mandate der Schweizer'schen Abgeordneten an Lölde zurück; diese

Mandate hatten dahin gelautet, es sei festzuhalten an der Organisation des Allgemeinen Deutschen (Schweizer'schen) Arbeiter-Bereins; diese Mandate widersprachen, weil gebunden, den Absichten der Congreß-Berufser, welche ja eine neue Organisation der Socialisten wollten. Am folgenden Tage, 8. Aug., fand nun der constituirende Congreß der Socialdemokratischen Arbeiterpartei statt. Die weitere Geschichte dieser Partei werden wir später erzählen.

6. Die Anhänger Schweizers beschloffen in einer Separatversammlung eine Resolution, welche die Bestrebungen der Gegner verwarf und Laffalle's Principien und Organisation für die allein richtigen erklärte. Zugleich wurden die Arbeiter Oesterreichs und die außerdeutschen Mitglieder der „Internationale“ begrüßt als getreue Mitkämpfer für die gemeinschaftlichen Ziele: die Zerstörung der Capitałmacht und die Vernichtung der „Reaction.“ Trotzdem machte die neue Partei starke Fortschritte und es kam an vielen Orten zu Conflicten mit den Anhängern Schweizer's, wobei die beiderseitigen Gegner meist handgreiflich wurden.

Der Allg. Deutsch. Arbeiterverein scheint im Verlauf des Jahres 1870 sehr zurückgegangen zu sein. Theils wirkte der Krieg lähmend auf die Agitation, theils verlor Schweizer mehr und mehr die Lust, sich noch länger mit der Sache zu beschäftigen. Die von ihm gegründeten Gewerkschaften (hievon später) erwachen wieder, das Parteiorgan, der „Socialdemokrat“, machte schlechte Geschäfte und ging am 30. April 1871 mit einem Abonnentenstand von nicht über 2700 ein. Es wurde erklärt, der Eigenthümer (Schweizer) wolle keine Opfer mehr bringen, die Partei aber habe noch keine Einrichtung getroffen, um die nöthigen Summen für den Zweck eines Parteiorgans beizuschaffen. Mit dem 1. April 1871 hatte Schweizer ein kleines Blättchen, „Der Agitator“, zu veröffentlichen begonnen. Es war beispiellos billig, dennoch aber entsprach es nicht seinen Erwar-



tungen und ging am 1. Juni wieder ein. Endlich trat Schweizer von der Leitung des Vereins zurück und Ende Juni wurde die Neuwahl des Präsidenten vorgenommen. Die meisten Orte wählten einstimmig Hasenclever \*). Am 1. Juli proclamirte Schweizer diese Wahl und legte sein Amt nieder unter dem Ausdruck der Freude über das Dank- und Vertrauensvotum der kurz vorher im Mai abgehaltenen jüngsten Generalversammlung. \*\*) Organ der Partei

\*) Wilhelm Hasenclever, Bohrer zu Helver in Westphalen, geboren 19. April 1837 zu Arnshagen, besuchte das Gymnasium daselbst bis zur Secunda und redigirte 1863 bis 1864 die „Westphälische Volkszeitung“ in Hagen, vertrat auf dem Norddeutschen Reichstage den Wahlkreis Düsseldorf-Duisburg.

\*\*) Es verging kein Jahr, da erfolgte eine Auseinandersetzung des Vereins mit Schweizer, durch welche die mehrfach erwähnten Beschuldigungen der Eisenacher Partei gegen Schweizer eine merkwürdige Beleuchtung erhielten. Schweizer hatte nämlich, so erzählt der „Neue Socialdemokrat“ (1872 No. 65) der Generalversammlung des Vereins im Mai 1872, obwohl er keine Berechtigung dazu hatte, einen ganzen Tag unbehellig beigewohnt und „aufmerksam die Anschuldigungen mit angehört, die ihm, dem früheren Präsidenten, von verschiedenen Delegirten gemacht wurden und die darin gipfelten, daß er während seiner Präsidentschaft in der intimsten Verbindung mit der preussischen Regierung und der Berliner Polizeibehörde gestanden habe.“ Das Schweigen des redgewandten Mannes zu diesen Anschuldigungen erscheint selbstverständlich dem „N. Socialdemokrat“ als Zugeständniß. Am 2. Tage der Generalversammlung verließ Schweizer den Saal, da einige Abgeordneten auf seine unberechtigte Anwesenheit aufmerksam machten. Die Sache wurde ruchbar und der „Volksstaat“, Organ der Eisenacher, versäumte nicht, eine Anfrage an seinen Berliner Kollegen zu stellen. Dieser versuchte auszuweichen, allein Schweizer brach selbst das Schweigen, indem er in der „Berliner Börsenzeitung“ die Richtigkeit des Vorgangs zugab; er habe allerdings keine formelle Berechtigung gehabt, jener Versammlung anzuwohnen, allein doch geglaubt, angeht dessen, was er früher in der Arbeiterfrage geleistet, werde man darüber hinwegsehen; aber diese Formfrage sei den versammelten „Führern“ und „Agitatoren“ nur Vorwand gewesen; solche Beweise von Undankbarkeit seien „jedoch sehr erklärlich bei Leuten, von denen leider nur ein sehr kleiner Theil durch die Begeisterung für eine neue Idee bewegt wird, wäh-

wurde der mit dem 1. Juli in's Leben tretende „Neue Socialdemokrat“. Das Blatt ist Eigenthum der Partei selbst und hat die Schulden des alten, Schweizer gehörigen „Socialdemokrat“, sowie des „Agitator“ übernommen. Schweizer hatte versprochen, diese Schulden zu bezahlen, that es aber nicht (Generalv. von 1872 Prot. S. 60).

7. Seit dieser Zeit hat sich die Partei innerlich gekräftigt und dehnt sich zusehends aus, da auf Agitation sehr viel ver-  
 zehrend weitaus die Meisten nur durch den Reiz gegen die höheren Gesellschaftsklassen oder durch andere unschöne Motive angetrieben werden.“

In Folge dieses Schreibens ging der „N. Socialdemokrat“ scharf mit Schweizer um; besonders verletzt fühlte er sich durch das Wort „Undank“ und sagte (1872 No. 65): Schweizer „war Besitzer des früheren „Socialdemokrat“ und sein sehnlichster Wunsch war, daß das Blatt recht große Ueberschüsse abwerfen möchte, damit Herr v. Schweizer den Gewohnheiten der höheren Gesellschaftsklassen gemäß ein sehr feines Leben führen könnte. Ueberschüsse gab's nicht viel und besonders in den letzten 1 1/2 Jahren nicht, da ein großer Theil der deutschen Arbeiter mit Mißtrauen auf Herrn v. Schweizer und „sein Privatunternehmen“ blickte, dann aber auch weil das Blatt durchaus nicht radical genug in letzter Zeit austrat — die Abonnenten schwanden — später allerdings auch noch in Folge des Krieges — bis auf 2700. Was that nun die „undankbare“ Partei? Die Partei, welche von den etwaigen Ueberschüssen nicht einen Heller zu sehen bekommen hätte. Sie dotirte Herrn von Schweizer innerhalb eines halben Jahres mit über 2500 Thalern. Und das Merkwürdigste daran ist, daß gerade Männer, welche nach Herrn von Schweizer jetzt die „Führer und Agitatoren“ sind, diese „undankbaren“ Männer, die Hauptveranlasser solcher Dotationen waren. Und der jetzige „Undank“ ist nur entstanden (wie Schweizer sagte) „durch den Reiz gegen die höheren Gesellschaftsklassen oder durch andere unschöne Motive.“ Wir trauten unsern Augen kaum, als wir das lasen. Wir haben Schweizer hochgeachtet und gerade deshalb hochgeachtet, weil er gerade derjenige war, der vorzugsweise den Classenhaß gepredigt hat — dies jetzt völlig so unschön gewordene Motiv.“

Schweizer hat sich unseres Wissens bisher nicht mehr in dieser Sache vernehmen lassen, man darf daher annehmen, daß die Angabe, er habe sich in einem halben Jahr 2500 Thaler Unbesorgelbet geben lassen, um damit „den Gewohnheiten der höheren Gesellschaftsklassen gemäß ein sehr feines Leben zu führen,“ auf Wahrheit beruht. Ein Arbeiterlohn mit 5000 Thaler Jahresgehalt? Natürlich bräute der

wendet wird. Das Blatt vertritt mit besonderer Energie die Principien Lassalle's, hat dieselben aber doch, wie wir später zeigen werden, schon etwas weiter entwickelt. Eine Politik auf eigene Hand, wie sie Schweizer trieb, ist nicht mehr zu bemerken, wir haben in der That eine Arbeiterpartei vor uns. Die letzte Generalversammlung wurde vom 22.—25. Mai 1872 in Berlin abgehalten. Anwesend waren außer den Vereinsbeamten (Präsident, Secretär, Cassier, Redacteur und den 3 Mitgliedern der Control-Commission) noch 44 Delegirte, welche zusammen 98 Orte mit 8264 Stimmen vertraten. Der Verein ist (Prot.

„Vollstaat“ (1872 Nro. 48) dieß aus und sprach von „sauer verdienten Arbeiter-Groschen“. Man muß nun wohl auch annehmen, daß die allgemeine Beschuldigung Tölké's (Prot. der Generalversammlung vom Mai 1872, Seite 9) gegen Schweizer, dieser habe die eingehenden Gelder des Vereins für sich verbraucht, richtig ist. Der „Vollstaat“ behauptet aber ferner, daß die jetzigen Führer des Allg. Deutsch. Arb.-Ver., Hasenclever und Hasselmann, auch Theil genommen hätten an den Schweizer'schen Schwelgereien (daß sie ihm jene 2500 Thaler hauptsächlich verschafft, gestehen die Führer des Vereins selbst zu). Der „Vollstaat“ wendet sich daher gegen diese Führer mit den Worten: „Der Bourgeois ist ein Engel gegen Euch. Der Bourgeois stimmt, was nur einmal nach den bestehenden Zuständen zu nehmen, er als ein heiliges, unantastbares Recht ansieht. Ihr aber bekämpft den Bourgeois, spiegelt dem Arbeiter vor, sein Menschenrecht ihm zu erobern und benützt dann die sauer ererbten Groschen, die er im Glauben an Eure Ehrlichkeit freudig Euch dargebracht, um sie einem Ruffling und Schwelger der schlimmsten Sorte in den immer fatten Taschen zu jagen!“

Auch in politischer Beziehung scheint Schweizer's Haltung in der That zweideutig gewesen sein. Man muß sich zur Annahme hinneigen, Schweizer habe den Zweck gehabt, die Arbeiterbewegung zu spalten, damit sie nicht zu sehr anschwelle und dadurch den Regierungen bedenkliche Verlegenheiten bereiten könne. Zum allerwenigsten hat er nichts gethan, um diese Annahme zu widerlegen. Daher beschloß auch die Generalversammlung vom Mai 1872: — und hierin gab sie wieder Nichtmacht und Befehl Nicht — Schweizer dürfe, weil gewisse Gründe vorlägen, Mißtrauen gegen ihn zu haben, nicht mehr Mitglied des Allg. Deutschen Arbeitervereins werden. Der Beschluß wurde (Prot. S. 40) angenommen mit 5595 Stimmen (29 Abgeordnete), gegen 1177 Stimmen (8 Abgeordnete), während sich 1209 Stimmen der Abstimmung enthielten.

S. 2) über 145 Orte verbreitet, hat seine Schulden getilgt und hofft im nächsten Jahre bedeutende Summen für Agitation verwenden zu können. Dieses Ergebniß der gegenwärtigen Vereinsleitung steht im starkem Gegensatz zu der ununterbrochenen Ebbe in der Casse des Schweizer'schen Vereins. Sogleich nach Schluß jener Generalversammlung wurden 8 Agitatoren nach allen Richtungen hinausgeschickt, um als Wander-Apostel die Arbeitermassen zu gewinnen. Der Vorstand des Vereins setzt sich nach den Wahlen jener Generalversammlung zusammen aus: A. Kapell, Eßs, Zielowsky, welche zu gleicher Zeit die Beschwerdec Commission bilden. Ferner wurden gewählt: A. Hörig, Hamburg. G. Winter, Altona. C. B. Richter, Wandsebeck. L. Lingner, Achim. H. Rudolph, Hannover. Chr. Bahne, Barmen. J. Zwiener, Bielefeld. A. Dreesbach, Düsseldorf. J. Stürz, Offenbach. E. Fleischmann, Karlsruhe. P. Schneider, Frankfurt a. M. H. Leichardt, Stuttgart. E. Berthold, Cassel. W. Knöllner, Brandenburg. Fischer, Cöthen. G. Kiepling, Bauzen. E. Stuhr, Dresden. A. Spielmann, Peterstwaldau. L. Pfüger, Stettin. Die Präsidentenwahl im Sommer 1872 ergab für Hafencleber 4087 Stimmen von 4391 abstimmanden Vereinsmitgliedern. Die Verbreitung der Partei ergibt sich am besten aus der Anzahl der Stimmen, welche die einzelnen Delegirten auf der letzten Generalversammlung vertraten. Darnach zählte der Verein damals in folgenden Städten die beigefegte Anzahl von Mitgliedern: Berlin 976, Hamburg 870, Altona 700, Hannover 350, Rötzen-Bernburg 280, Brandenburg 241, Flensburg 199, Frankfurt a. M. 177, Bremen 170, Iserlohn 147, Essen 130, Reudsburg 125, Stuttgart 121, Offenbach 118, Raumünster 102, Karlsruhe 90, Elberfeld 90, Ottersen 83, Frankenthal 80, Heidelberg 65, Barmen 60, Bockenheim 60, Mannheim 35; auch viele kleine hier nicht aufgezählte Orte haben oft eine sehr bedeutende Mitgliederzahl aufzuweisen. Der „Neue Socialdemokrat“ berechnete, an die letzte Generalversammlung anschließend,

die Zahl der Parteimitglieder, welche regelmäßigen Beitrag gezahlt hatten, auf 21154; das Protocoll jener Versammlung gibt aber die Zahl der durch Mandate Vertretenen nur auf 8264 an. Bezüglich der Stärke der Partei bei den Wahlen, sagt erwähntes Blatt, habe sich herausgestellt, daß auf je ein zahlendes Vereinsmitglied 20 mit der Partei stimmende Arbeiter gerechnet werden dürften. Am wenigsten verbreitet ist der Verein („N. Socialdemokrat“ 1871 Nr. 76) in West- und Ostpreußen, Schlesien und Süddeutschland. Der Hauptpunkt der Bewegung ist Berlin, wo noch vor wenigen Jahren die Massen sich so schwach an der socialistischen Agitation betheiligten, daß selbst Lassalle's Feuergeist sie nicht aufrütteln konnte. Man will darauf hinwirken, daß der Verein in Berlin die Herrschaft erhalte, und besonders die Abgeordnetenwahl in der Hand habe. Die übrigen Parteien sind in jener Stadt schon seit langer Zeit bezüglich der Volksversammlungen auf die Gnade der Socialdemokraten angewiesen. Aber auch an andern Orten ist die Expansionskraft des Vereins ziemlich stark. Das Vereinsorgan, „Der Neue Socialdemokrat“, von Hasselmann für die Parteizwecke sehr passend und in der Absicht ununterbrochener Agitation redigirt, erfreut sich eines starken Aufschwunges. In den ersten Quartalen mußten außer den alten Schulden von 1500 Thaleru, — darunter auch die an Schweizer zu zahlende Kaufsumme — noch 700 Thlr. Zuschüsse für's Blatt aufgebracht werden (Generalk. 1872, Prot. S. 2). Im 2. Quartal 1872 warf das Blatt 700—800 Thaler Ueberschuß ab, welche zur Agitation verwendet werden sollten. Der Abonnentenstand wurde am 29. Oct 1871 auf 5000 angegeben, No. 23 desselben Blattes von 1872 sprach bereits von 5600; für das 2. Quartal 1872 wurden (Nr. 71) 6700, am 4. Aug. (No. 89) 7400, am 11. Sept. (No. 105) 8056 Abonnenten angegeben; die Auflage selbst mußte also noch größer sein, da sicher von vielen Nummern eine bedeutende Anzahl für die Agitation verwendet, d. h. gratis vertheilt wird. Der Höhe

des Abonnentenstandes nach folgen sich (Nro. 93 vom 14. Aug. 1872), Berlin (2272), Altona-Ottensen (1403), Hamburg (1095), Hannover (219), Essen (154), Harburg (91), Kiel (80), Bremen (76), Neumünster (76), Barmen (76), Elberfeld (64), Frankfurt a. M. (62). Der Abonnentenstand des „N. Socialdem.“ scheint größer als der seines feindlichen Bruders „Volksstaat“, allein die Partei des Letzteren besitzt noch eine hübsche Anzahl andere Blätter, während der Allg. D. Arb.-Verein nur über den „N. Socialdem.“ verfügt.

8. Der Allg. D. Arb.-Verein ruht ganz auf Laffalle und seinen hinterlassenen Schriften. Diese sind das Evangelium, mit dessen Verbreitung und Auslegung man sich beschäftigt. Zugleich hat sich ein hochentwickelter Laffalle-Cultus ausgebildet; unzählige Gedichte und Lieder, meist besser gemeint als gefornrt, preisen ihn; sein Todestag wird stets feierlich begangen. Die Partei oder ihr Organ — beides ist identisch — erstrebt den „vollen Arbeitsertrag“ für die Arbeiter. Dieß kommt, wie schon bemerkt, auf principielle Vernichtung des bisherigen Eigenthumsrechtes und des Lohnsystems hinaus. In dieser Beziehung steht die Partei ganz unter dem Einfluß von Marx; so sagt der „N. Socialdem.“ (1872 Nro. 3), der Tauschwerth der herabgebrachten Waaren sei der Ertrag der Arbeit des werththätigen Volkes. Dieser volle Arbeitsertrag muß gesichert werden, „dadurch daß (N. Socialdem. 1872 Nro. 3) Productivassocationen allmälig über das gesammte Gebiet der Industrie, sowie der Landwirthschaft und des Verkehrs sich ausbreiten, den Werth ihrer Erzeugnisse durch Uebereinkommen regeln und der Arbeit entsprechend an ihre Mitglieder den Ertrag vertheilen. Dies erstrebt auch die socialistische Arbeiterpartei, welche zunächst die Gründung von Productivassocationen mit Staatscredit will, damit aus ihnen allmälig die socialistische Gesellschaft erwächst, die im Gemeinbesitz aller Productionsinstrumente einen Bund von Associatio-

nen bildet.“ In diesen Worten liegt sowohl das Programm Lassalle's, als auch die von uns bereits gegebene logische Weiterentwicklung seiner Ideen bis zum Communismus.

Die socialistische Umgestaltung der Gesellschaft wird verlangt, kraft des Naturrechtes, denn „naturrechtlich muß aller Werth Eigenthum der Arbeiter, welche ihn schufen, werden.“ „Der Bruch des Naturrechtes (d. h. die „Ausbeutung“ der Arbeiter durch das Lohngesetz) erzeugt den Classenkampf“ und dieser „wird nicht eher enden, bis sein Grund, die Trennung von Capital und Arbeit, damit auch die Ausbeutung in der Arbeiter-Association verschwindet,“ „So lange („N.-Socialdemokrat“ 1871 Nro. 17) das Vorrecht besteht, mittelst Capitals und Grundbesitzes Capitalgewinn und Bodenrente: ohne Arbeit einzuziehen, so lange also diese Classen neben einander bestehen, so lange kann von einer Gleichberechtigung der Menschen nicht die Rede sein, vielmehr kann nur der gänzliche Untergang der machthabenden besitzenden Classe und somit das Entstehen einer einzigen arbeitenden und in Associationen organisirten Volkseinheit, welche nicht mehr ausgebeutet wird, zur Gleichheit Aller führen und somit das Ziel der Socialisten sein.“

Das Princip des vierten Standes, die vier Grundsätze der Socialdemokratie, faßt der „N. Soc.=Dem.“ (1872 Nro. 38) zusammen in den Worten „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Solidarität.“ Desselben Ausdruckes bedient sich auch die Internationale. Ganz wie Lassalle bekämpft sich auch der „N. Socialdem.“ als Gegner der Staatshilfe durch die gegenwärtigen „reactionären“ Regierungen. Zuerst muß (1871 Nr. 59) die Mehrheit des Parlaments aus Arbeitervertretern bestehen und an der Spitze der Mehrheit des Volkes eine solche Machtentfaltung zeigen, daß sich die „reactionären“ Regierungen (und auch die Vortage) vor ihm bogen. Daher wird die politische Einheit [der „freie Volksstaat“, gestützt auf eine Volkswehr und mit voller Press- und Vereinsfreiheit (N. Socialdem. 1872 Nro. 2)] gefordert; dieß schafft das Arbeiterthum: noch nicht aus

der Welt, ist aber die erste Voraussetzung für die sociale Befreiung. Durch die aus der Volksvertretung hervorgehende Oberleitung „würden dann (R. Socialdem. 1871, No. 78) die Dauer der Arbeitszeit, der Maßstab für die Vertheilung des gesammten Arbeitsertrages unter die Productivassociationen und ihre Mitglieder, auch die gewerbliche Heranbildung der Kinder, die Ausnutzung aller Erfindungen, das Verkehrsweisen zc. nicht bloß gerecht, sondern auch viel leichter geregelt werden, als es jetzt durch Krisen, Börsenschwindel, Concurrnz und Strikes geschieht“. Daß am Schlusse der Lassalle'schen Entwicklung der Communismus steht, hat Hasenclever zugestanden in einer Rede am 29. Oct. 1871 zu Berlin, in welcher er sagte: (R. Socialdem. 1871, No. 54):

„Es sind zunächst zwei Formen durchzumachen, wovon die zweite erst in langsamer Entwicklung erreicht werden kann. Zunächst wird in den voraus erstrebten Productiv-Associationen sowohl der Lohn, wie auch der Antheil am Geschäftsgewinn nach Verhältniß der Talente und Fähigkeiten des Einzelnen zur Vertheilung kommen. Sobald die Productiv-Associationen sich in für die Privatunternehmungen erdrückender Weise entwickelt haben, wird sich von selbst die zweite Form bilden, nach welcher zwar der Lohn ungleichmäßig ausgezahlt, dagegen der Geschäftsgewinn gleichmäßig vertheilt wird. Und erst, wenn dieser Zustand sich in das Wesen der Menschheit eingebürgert, wenn nicht mehr, wie heute, die Bedürfnisse und die Erziehung der Menschheit so verschieden sind, wird die Idee der reinen Brüderlichkeit (d. h. doch der Communismus) Boden gewinnen können. Da die Menschen nach der Entwicklung der zweiten Form des Socialismus sich so ziemlich auf gleicher Stufe der Bildung befinden und annähernd gleiche Bedürfnisse haben werden, so ist dieser Schritt nicht schwierig.“

Diese dritte Periode, „in welcher Alles gleichmäßig am Ertrage der Production Theil nimmt“, nennt Hasenclever den demokratischen Socialismus.

9. Die Organisation der Arbeit. Wie die künftige landwirthschaftliche Produktionsweise gestaltet werden soll, hat der „R. Socialdem.“ (1871, No. 57) in folgender Weise ausgesprochen:



„Selbstverständlich verwerfen die Socialisten von vorn herein jede Art von Ausbeutung des arbeitenden Volkes durch Einzelne, somit auch das Gewinnen der Bodenrente durch die Grundbesitzer. In der socialistischen Gesellschaft soll lediglich die Arbeit, die körperliche und geistige Anstrengung der Menschen, belohnt werden durch den Genuß der erzeugten Güter, und ferner soll die Arbeit im Großen und mit Hilfe aller Erfindungen der Wissenschaft betrieben werden. Es ist daher klar, daß in der vollständig ausgebildeten socialistischen Gesellschaft, Industrie wie Landwirtschaft, beide durch Arbeiterproductivassocationen betrieben werden müssen. Es werden in diesem Falle die Kleinbauern und Landarbeiter aus ihrer gegenwärtigen Lage, wo sie der mannigfaltigsten Ausbeutung preisgegeben sind, erlöst sein und den ihrer Arbeit entsprechenden Theil an dem nationalen Arbeitsertrage unverkürzt erhalten. Die Organisation der Landwirtschaft hat man sich dann im großen Ganzen folgendermaßen vorzustellen: Aller Grund und Boden ist Gemeineigenthum \*). Die einzelnen Dörfer bilden mit so viel umliegenden Grundstücken, als von der Dorfbevölkerung bebaut werden können, eine Productivgenossenschaft, und die zur Oberleitung der Industrie und des Landbaues gewählte Volksvertretung sorgt dafür, daß jenen Productivgenossenschaften, respective Dorfgemeinden, durch Weg- und Eisenbahnbau, sowie durch Lieferung von Ackerbaumaschinen, chemischen Düngstoffen, Zuchtvieh u. s. w. der Ackerbau möglichst ergiebig und mühelos (!) gemacht wird. Alle diese ländlichen Productivgenossenschaften stehen untereinander in Verbindung, bilden gewissermaßen eine einzige Association; damit einzelne Dorfgemeinden nicht durch den schlechteren Boden oder durch Missernten vor andern benachtheiligt werden, sondern damit der Gewinn unter sie der von ihnen geleisteten Arbeit entsprechend vertheilt werden kann. Endlich hat die leitende Volksvertretung abzuschätzen, wie sich die alljährlich hervorgebrachten Mengen von landwirtschaftlichen und industriellen Producten zu einander und zu der auf sie verwendeten Arbeitsmenge verhalten; damit so in gerechter Weise festgestellt wird, wie viel an Jahreseinkommen die verschiedenen Arbeiterzweige verlangen können. Dies sind die Hauptzüge des socialistischen Landbaues.“

\*) Durch die Gemeinsamkeit des Grundbesitzes soll auch die Wohnungsnoth der Großstädte, die bereits eine sehr ernste Frage geworden ist, geheilt werden. Der „N. Socialdem.“ (1871 No. 37) sagt: „So lange Privatgrundbesitzer den Boden dem Gebrauch des Volkes entziehen können, werden sie denselben zur Ausbeutung benutzen. Erst eine Gesellschaft, welche im Gemeinbesitz aller Productionsinstrumente, also auch des Grund und Bodens, ist, wie die socialistische, wird diese Ausbeutung beseitigen.“

In der Hauptsache läuft dieß auf das Programm der „Internationale“ hinaus, und nur über die Details der künftigen „Organisation der Arbeit“ werden noch Differenzen bestehen, die aber jeder praktischen Wichtigkeit entbehren. Der ganze Plan würde selbstverständlich an seiner Undurchführbarkeit scheitern und einen bürokratischen Apparat erfordern, gegen welchen die so hoch entwickelte moderne Bürokratie noch als das Regime des Selbstgovernment erscheinen würde. Diese socialistische „Organisation der Arbeit“ wird vom „N. Socialdem.“ näher ausgeführt (1872 Nro. 39) wie folgt:

„Der sociale Staat hat im großen Ganzen die Production in folgender Weise einzutheilen: Erstens wird statistisch festgestellt, wie viel an allen Gebrauchsgegenständen notwendig ist, Lebensmittel, Wohnungen, Bekleidungs- und Vergnügungsinstitute, wie z. B. Museen und Theater, eingerechnet — und die Production wird so bemessen, daß nur eine geringe Ueberschussproduktion erfolgt, soweit dies nämlich nöthig ist, damit durch Missetaten und Unfälle kein Mangel eintritt. Diese statistische Berechnung wird um so leichter auszuführen sein, als die einzelnen Staatsbürger mittelst der Gemeinden den Konsum regeln können, so daß durch die Letzteren bei der die Gesamtproduction leitenden Behörde der Bedarf im Voraus regelmäßig bestellt werden kann. Sodann haben die Leiter der Gesamtproduction festzustellen, was an neuen Establishments, Culturarbeiten und Verkehrsmitteln geschaffen werden soll. Alles dies macht zusammen die Arbeitsmenge aus, welche vom Volk geleistet werden muß, und welche Arbeit nun unter die einzelnen Productivassocationen nach Maßgabe ihres Gewinnes und ihrer Leistungsfähigkeit vertheilt werden muß. Selbstverständlich denken wir hierbei nicht an eine despotische Regelung der Arbeit, wie man sie fälschlicherweise uns vorwirft. Vielmehr wird die leitende Centralbehörde für die Production entweder das freigewählte Volksparlament selbst oder eine specielle Behörde sein, die aber auch aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgehen muß. Die speciellere Zutheilung der Arbeit an die einzelnen Assocationen kann innerhalb der nationalen Verbände der Assocationen der einzelnen Gewerbezweige vor sich gehen. Ist z. B. statistisch festgestellt, daß hundert Millionen Schuhe und Stiefel aller Art für das nächste Jahr erforderlich sind und hergestellt werden können, so wird augenscheinlich eine Generalversammlung von Delegirten aller Schuhmacherassoactionen die Lieferungen am zweckmäßigsten unter diese einzelnen Assocationen vertheilen können. Dergestalt läßt sich leicht die gesammte Production eines socialistischen Staates regeln. Des Zusammenhangs wegen sei hier bemerkt,

daß die Staats- und Gemeindebeamten im socialen Staat für ihre Leistungen selbstverständlich besoldet werden müssen; ihr Einkommen wird nach dem üblichen Arbeitsertrag, der bei der Production gewonnen wird, bemessen werden. Auch Baffalle hat dies bekanntlich kurz ausgeführt.

„Wir sind mit der Vertheilung der zu leistenden Arbeit jetzt bis zu den einzelnen localen Associationen gekommen. Solche Productionassociationen müssen von Arbeitern gebildet werden, soweit die Befähigten bei der Arbeit persönlich mit einander in Wechselwirkung treten. Es werden also eine solche Association bilden: die Arbeiter einer oder mehrerer Fabriken am selben Ort, welche dasselbe Fabricat produciren, sodann die ortsangehörigen Arbeiter eines Gewerbes, die Belegschaft einer Grube, die Arbeiter einer bestimmten Eisenbahnstrecke, die Handleute eines Dorfes, dem seiner Einwohnerzahl entsprechend bestimmte Grundstücke zugewiesen sind, die Besatzung eines Schiffes u. s. w. Von solchen einzelnen Associationen wird mittelst der ihnen vom Staate zugeheilten Productionsinstrumente — worunter Fabriken und Grundstücke natürlich mit einbegriffen sind — das Rohmaterial verarbeitet, welches sie unter Umständen von anderen Associationen beziehen, oder an solche zur weiteren Verarbeitung abliefern. Die Associationen wählen sich selbst ihre Geschäftsführer und bestimmen ihre inneren Einrichtungen, z. B. Arbeitsreglement, Vertheilung der Arbeit; andererseits hat das Staat das Recht der Oberaufsicht, um zu verhüten, daß aus Unfähigkeit oder Abwilligkeit keine Mittel von der Association verschleudert werden. Alle diese Associationen stehen natürlich unter sich im Verbands. Die fertigen Gebrauchsgegenstände kommen endlich in Staatsmagazine, von wo sie die Consumenten beziehen können.

„Aus dem Vorstehenden ergibt sich, daß mit großer Einfachheit (1) eine Organisation der nationalen Arbeit geschaffen werden kann, welche alle Geschäftszweige umschließt. Und ebenso leicht erfülllich ist, daß die Volksparlamente der socialistischen nationalen Staaten durch internationalen Verkehr auch den gesammten Weltmarkt regeln können.“

Nro. 41 desselben Jahrganges führt dieß weiter in Bezug auf die Vertheilung der Güter und schreibt:

„Wir treffen (bei der Frage nach der gerechten Vertheilung der durch die Arbeit erzeugten Güter) zunächst auf die Frage, nach welchem Princip den einzelnen Arbeitern Das zufallen muß, was als ihr Antheil am Arbeitsertrag des gesammten Volkes zu betrachten ist. Denn in der socialdemokratischen Gesellschaft arbeiten Alle, die Rohproducte gehen durch zahllose Hände, bis sie zu den fertigen Waaren geworden sind, und diese Waarenmasse, also der Arbeitsertrag des ganzen Volkes, muß nun nach einem solchen Princip unter die Einzelnen zum Verbrauch vertheilt werden,

daß Keiner den Andern übervorthelt; eben darin liegt ja die sociale Gerechtigkeit, welche wir erstreben, daß Niemand auf Kosten eines Mitmenschen genießt und ihn somit ausbeutet. Ueber dieses Princip der gerechten Vertheilung der Arbeitserzeugnisse ist in früheren Zeiten unter den verschiedenen socialistischen und communistischen Schulen viel Streit gewesen, und es haben bald von überspannter Phantasie eingegebene, bald auf roher Gleichmacherei beruhende Erklärungen stattgefunden. Gegenwärtig sind nur zwei Richtungen erwähnenswerth, welche für dieses Princip eine bestimmte Formel angeben, nämlich der neuere Socialismus im engeren Sinne des Wortes, und der neuere Communismus, welcher für gewöhnlich von uns unter dem allgemeinen Ausdruck Socialismus mit begriffen wird.

„Der engere Socialismus stellt nun für den Antheil des einzelnen Arbeiters an der Production den Grundsatz auf: „Jeder genieße gemäß seiner Leistung.“ Der neuere Communismus sagt dagegen: „Jeder genieße gemäß seiner Anstrengung.“ Die beiden Formeln, so neben einander gestellt, scheinen sich schroff auszuschließen und gehen auch von zwei verschiedenen philosophischen Anschauungen aus. Denn die erstere sagt, daß der größere oder geringere Nutzen, welchen die Arbeit eines Menschen der Gesamtheit gewährt, der Maßstab für seinen Genuß sein soll, während die zweite Formel, die Größe der Anstrengung seiner körperlichen und geistigen Kräfte, welche der Einzelne der Gesamtheit weicht, das Maß sein soll.

„Das letzte dieser Principien, das communistische, kommt dem der Gleichheit und Brüderlichkeit am nächsten, da ein Arbeiter, welcher in Folge geringerer Begabung selbst bei größerer persönlicher Anstrengung, doch weniger leistet als ein Anderer, jedenfalls ohne persönliches Verschulden hinter diesem letzteren zurückstehen würde, wenn nur die Leistung maßgebend wäre. Das socialistische Princip hat aber seinerseits wieder den Vorzug, ein Sporn für jeden zu sein, die persönliche Leistungsfähigkeit zu steigern. Hieraus ergibt sich, daß, als Uebergang von den heutigen, auf Egoismus beruhenden Gesellschaftszuständen zu den neuen, das socialistische zu hohen Leistungen anspornende Princip das passendste sein mag, während in späteren Zeiten, wo Generationen der neuen Gesellschaft herangewachsen sind und der Sporn des persönlichen Vorteils durch den Sporn des Eifers für das Gemeinwohl ersetzt wird, das der vollen Gleichheit am nächsten kommende communistische Princip allmählig sich geltend machen kann.

„Zu ganz derselben Schlussfolgerung wie aus dieser ideellen Betrachtung kommen wir, wenn wir praktisch die socialistische und communistische Einkommensvertheilung gegen einander abwägen. Ja, wir finden dann sogar, daß eine Grenze zwischen beiden gar nicht gezogen werden kann.

„Zunächst ist es klar, daß selbst wo das socialistische Princip: „Jedem nach Leistung“ herrscht, eine Ausnahme stattfinden muß, wenn es sich um halb oder ganz arbeitsunfähig gewordene Leute handelt. Diesen ist selbstverständlich kein Hungeralmosen, sondern ein ähnliches Einkommen, wie den zur Arbeit Fähigen zu sichern. Sodann muß des Gemeinwohles halber und aus einfachen Gründen der Gerechtigkeit die Ungleichheit der Erziehung der Kinder Bemittelter und Unbemittelter fortfallen, so daß der Staat nicht bloß die Kosten der Schulen, sondern auch der Erziehung im großen Ganzen trägt. Durch diese Umstände wird die ganze Streitfrage schon in andere Bahnen gelenkt. Noch mehr thut dies die Großproduction, welche in der neuen Gesellschaft ganz unberechenbar zunehmen muß. Eine Productivassociation von Arbeitern, in welcher noch eine Art von Handwerkskleinbetrieb z. B. Schuhmacherei stattfindet, wird sich wohl noch bequemer nach socialistischer als nach communisticcher Art organisiren lassen. Es könnten von dieser Association die einzelnen Arbeiten den Mitgliedern gewissermaßen in Accord ausgetheilt werden, und der Gewinn des Einzelnen würde nach den festgesetzten Leistungen ausfallen. Weit schwieriger würde sich aber ein Berechnen der Leistung in großen Associationenfabriketablissements machen, z. B. in einer Spinnerei verbunden mit Weberei und Wirkerei, wo alles durch Großmaschinerie betrieben wird. Dort dauert die Arbeitszeit so lange als wie die Maschinerie im Gange ist; schneller kann auch Niemand arbeiten als der Nebenmann. Hier ist also gleiche Anstrengung, und die Leistung ist eine Gesamtleistung, welche sich nicht theilen läßt. Nur gegenüber der Leistung eines anderen Etablissements ließe sich eine andere Leistung feststellen.

„Am stärksten wird das communisticche Princip gegenüber dem socialistischen endlich dort zur Geltung gebracht, wo es sich im großen Ganzen um die Feststellung des Einkommens verschiedener Industriezweige handelt. Bei Abschätzung der Höhe dessen, was die Maschinendauer, Weber, Bergleute, Schneider u. s. w. in gerechtem Verhältniß für ihre Arbeit als Einkommen zu beziehen haben, läßt sich das Princip der Anstrengung allein als maßgebend betrachten. Es wird also z. B. durch eine frei gewählte Behörde abgeschätzt, wie lang der Normalarbeitstag für jeden dieser Berufszweige, entsprechend der Anstrengung, die darin nöthig sein muß. Und sodann wird nach geleisteten Normalarbeitstagen des Maß der Anstrengung festgestellt und zugleich das Einkommen bestimmt.

„So ist es z. B. sehr denkbar, daß im großen Ganzen die Vertheilung des Productionsertrags unter die Associationen nach diesem communisticchen Princip geschieht, während die Associationen oder ein Theil derselben unter ihre einzelnen Mitglieder den ihnen zufallenden Theil des Nationaleinkommens nach dem socialistischen Grundsatz der Leistung vertheilen.

„Aus dem Vorstehenden ergibt sich wohl zur Genüge, daß ein eigentlicher Widerstreit zwischen den neueren Schulen des Socialismus und Communismus nicht stattfindet; beides sind nur zwei Methoden, nach welchen in der neuen Gesellschaft die Vertheilung des Einkommens vor sich gehen kann und die sogar neben einander existiren können. Außerdem hat diese Frage erst von dem Augenblick an Interesse, wo die heute bestehende Ausbeutung beseitigt und die social-demokratische Gesellschaft vorhanden ist.“

Auch hinsichtlich des Staates fußt die Partei ganz auf den Anschauungen Lassalle's, auf der centralisirten Republik des allgemeinen, souveränen Stimmrechts, das als höchster Gott absolut herrschen soll. Auch die „Internationale“ huldigt ganz demselben Grundsatz, construirt aber — und hierin liegt eine principielle Unterscheidung beider Richtungen — den Staat föderalistisch. Der „Neue Socialdemokrat“ (1871 No. 51) meint, der Normalarbeitstag, die Berechnung der Arbeitsleistung, die Bestimmung der Preise, die Bestellung der Waaren und die Anlage von neuen Fabriken, Eisenbahnen u. könnten nur im Einverständnis Aller, also durch Abgeordnete aller Associationen des Landes bewirkt werden. „Wenn aber schon der gewöhnliche Güterumsatz im socialistischen Staat ein solches im vollsten Sinne centralistisches System voraussetzt, so ist es klar, daß die politische Leitung ebenso eingerichtet sein muß, da die heutigen Localinteressen dann vollständig wegfallen. Eine Grenze muß freilich dem Centralismus gesetzt werden, und so werden in Gemeinde und Association, freie Wahl der Beamten, wofern diese die nöthigen Kenntnisse nachweislich besitzen, und freie Beschlußfassung über innere Angelegenheiten solcher Corporationen ebenso gestattet sein, wie die freie Wahl des Berufs einem jeden Bürger gewährleistet sein muß.“

Plebiscit, Imperativmandat der Abgeordneten, Volkswehr, Abschaffung des blinden militärischen Gehorsams, Wahl der Officiere durch die Mannschaft werden im socialistischen Staat eingeführt. Durchaus socialistisch sind auch die Jugendberziehung und der Schulunterricht; der Staat wird Herr über die künftige Generation, er schult und stützt sie nach seinen Anschauungen

zurecht; das Recht der Eltern auf ihre Kinder wird vernichtet. Der „N. Socialdem.“ (1872 Nro. 37) schreibt:

„Der Schulunterricht muß völlig gleich für alle Kinder im Staat sein und das Besuchen höherer Schulen nicht von dem Willen der Eltern, sondern von der Befähigung der Kinder abhängig sein, in deren Erziehung somit Gemeinde und Staat praktisch fördernd eingreifen. Religion und Philosophie, welche Letztere in nicht zu langer Zeit wohl an Stelle der Ersteren treten wird, sind Gewissenssache des einzelnen Bürgers.“

Man hat sogar schon die Frauenfrage näher behandelt, ein Capitel, von welchem der moderne Socialismus bisher sich ziemlich fern gehalten und dadurch einstweilen den Fehler früherer socialistischen Systeme vermieden hat. Der Gemeinbesitz von Grund und Boden, wenn er dem Materialismus entspringt, führt auch zur Weiber-Gemeinschaft als einer anderen Aeußerung des materialistischen Communismus. Schon Marx gibt einige Andeutungen über eine derartige Beziehung der Geschlechter zu einander im socialistischen Staate. In einer Versammlung des Allg. Deutsch. Arb.-Vereins zu Berlin („N. Socialdem.“ 1872 Nro. 18) sprach Hasenclever: Erst wenn die Ausbeutung abgeschafft sei, werde die Prostitution aufhören und das Weib seinem Berufe, der Erziehung der Kinder, zurückgegeben werden; die Frage würde durch den „entwickelten socialistischen oder richtiger communistischen Staat“ von selbst geregelt werden; denn in diesem Staat, wo die Gesamtheit der Pflicht der Erziehung und Erhaltung der Kinder trage, wo kein Privatcapital bestehe, sondern alle Productionsinstrumente Gemeingut seien, brauche die Frau nicht mehr aus Rücksicht für ihre Kinder an einen Mann juristisch gefesselt zu werden. Der Bund der Geschlechter werde lediglich ein moralischer sein, und dann wänte ein solcher Bund, wenn die Charaktere nicht harmonischen, gelöst werden.

Dies streift schon ziemlich an die Weibergemeinschaft hin; offener sprach die Auflösung aller Schranken ein anderer Redner, Jörissen, aus, indem er („N. Socialdem.“ 1872 Nro. 19) sagte: Ein Mädchen, welches über seine Siede frei verfüge, sei

keine Prostituirte — es sei das freie Weib der Zukunft. Im Zukunftsstaat solle nur die Liebe die Verbindungen der Geschlechter leiten; zwischen dem Eheweib und einer sogenannten Prostituirten sei nur ein quantitativer Unterschied. Die Kinder müßten den Müttern gehören und der Staat für beide sorgen. Diese Ansichten fanden gerade keinen vollen Beifall, aber auch keinen principiellen Widerspruch. Besonders sittenrein in dieser Beziehung wollte der Socialismus niemals erscheinen.

10. Stellung des Vereins zur gewerkschaftlichen Bewegung. Hinsichtlich einer der wichtigsten Erscheinungen der socialistischen Bewegung sieht sich der Allgem. D. Arb.-Verein genöthigt, vom Lassalle'schen Boden abzugehen und die Handlungsweise der „Internationale“ nachzuahmen. Diese und die Eisenacher Partei in Deutschland suchen sich der Gewerkschaften zu bemächtigen, um dieselben als Vorschulen für den Socialismus zu benutzen und die gewerkschaftlich organisirten Arbeiter allmählig für ihre Pläne zu gewinnen. Zugleich soll die Vereinigung der Arbeiter nach Gewerken die Grundlage für die Organisation des socialistischen Staates der Zukunft bilden. Diese letztere Anschauung hat auch der Lassalle'sche Socialismus, im Uebrigen aber haben die Gewerkschaften in dem Agitations-system Lassalle's keinen Raum. Der große Agitator trug sich ja allen Ernstes mit der Idee, in wenigen Jahren würde sich die Mehrzahl der Besitzlosen um ihn geschaart haben, so daß die Regierungen nachgeben müßten und der demokratisch-socialistische Staat sich dann durch einfache Beschlüsse des Parlaments, hinter welchem die Massen stünden, einführen ließe. Lassalle wollte seine Bewegung vorerst rein politisch halten, die Regierungsgewalt direct in die Hände der 95 Procent Besitzlosen legen und hoffte dann mit Leichtigkeit die tiefsteingreifenden socialen Umwälzungen herbeizuführen. Daher wollte er in seinem Verein eine ganz einheitliche Organisation, die nicht noch kleinere Organisationen in ihrem Schoße trage, sondern sich



einzig mit der Gewinnung der Massen für das allgemeine Stimmrecht im Lassalle'schen Sinne beschäftigen sollte. Nach am 27. Juli 1864 erklärte er in einem Circular von Hight-Kaltbad seinen Verein für einen Agitations-Verein, der nicht Vereinspielerei treiben solle. Aber Lassalle hatte sich getäuscht, indem er einerseits die ungeheure Macht der positiven Religion ignorirte, andererseits die Natur der deutschen Arbeiter verkannte. Rein politische Lehren, wenn sie noch so feurig vorgebracht werden und noch so lockende Perspektiven für die Zukunft eröffnen, wirken weit weniger als die gewerkschaftliche Vereinigung, welche die Arbeiter gleichen Berufes zusammen führt, dadurch einem vorhandenen Bedürfnis entgegen kommt und zugleich den Arbeitern ermöglicht, durch Coalition und Strife schon für die Gegenwart sich sociale Vortheile zu erringen, ohne das in weiter Ferne liegende politische Ziel abwarten zu müssen. In diesem Verkennen der Natur der Arbeiter-Bewegung liegt der schwache Punkt der Lassalle'schen Organisation. Diesem Fehler des Meisters wären seine Schüler erlegen, wenn sie sich nicht entschlossen hätten, auch ihrerseits die gewerkschaftliche Bewegung zu pflegen, um dadurch mit der „Internationale“ und den „Eisenachern“ die Concurrenz halten zu können.

Schon Schweiger fühlte die Nothwendigkeit, die gewerkschaftliche Bewegung in die Hand zu nehmen, und beehrte als Präsident des Vereins auf der Generalversammlung zu Hamburg am 25. August 1868 die Ermächtigung, einen allgemeinen Arbeiter-Congress zur Gründung von Gewerkschaften in der Art der englischen Trade's Unions nach Berlin zu berufen. Schweiger beabsichtigte dadurch das Strikewesen zu organisiren, da er mit Recht hierin das beste Mittel zur Werdung des Klassenkampfes erblickte. Der Congress versagte ihm die Erlaubnis hierzu, weil die Strikes — entsprechend der Lassalle'schen Lehre — als auf der heutigen Produktionsweise beruhend, kein socialistisches Mittel seien. Schweiger berief jetzt den erwähnten Congress in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter und wie richtig er ge-

rechnet, zeigte die starke Theilnahme. Der Congreß versammelte sich am 26. September 1868 in Berlin; er war von 206 Abgeordneten aus Deutschland besucht, welche 142,000 Arbeiter aus 110 Orten vertraten. Die Anhänger der von der Fortschrittspartei gegründeten Gewerkschaften wurden, weil sie angeblich gekommen seien, „um im Interesse der Capitalisten Unfrieden und Störung unter den Arbeitern zu verursachen“, als sie sich nicht gutwillig entfernen wollten, gemäß der von Schweizer eingeführten Taktik an die Luft gesetzt. Dann wurde eine Reihe von Gewerkschaften gegründet, welche unter einer Centralbehörde, die Schweizer selbst war, sich zu einem Bunde vereinigten. Später hob man die einzelnen Gewerkschaften wieder auf und schuf den Allg. Deutsch. Arbeiter-Unterstützungsverband. Dieser besteht noch fort in engster Verbindung mit dem Allg. Deutschen Arbeiterverein und hielt gleichzeitig mit demselben seine letzte Generalversammlung am 27. und 28. Mai 1872 zu Berlin; vertreten waren daselbst („N. Socialdem.“ 1872 No. 63) 837 Mitglieder durch 18 Abgeordnete. Zum Präsidenten wurde bei der letzten Wahl im Juli 1872 ebenfalls Hasenclever gewählt.

Trotz aller Bemühungen wollte die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland nicht recht in Führlinien kommen. Jene großen Verbände, wie sie in England mit wohlgefüllten Strikcassen bestehen, konnte man noch nicht gründen, da die Arbeiterbewegung durch Baffalle und die „Internationale“ sogleich auf das politische Gebiet geführt wurde. Erst in den letzten Jahren haben sich die Arbeitseinstellungen vermehrt; aber es mangelt ein nachhaltiger Fonds und eine Organisation der Strikes. Der Allg. Deutsche Arbeiterverein sah sich schließlich genöthigt, dieser Bewegung, die wahrhaft epidemisch geworden ist, Concessionen zu machen; sie an den Orten, wo es viele Mitglieder hat, selbst in die Hand zu nehmen, obwohl er dadurch gegen die Baffalle'schen Principien verstoßt. Er lief sonst Gefahr, durch die „Internationale“ und die Eisenacher Partei verdrängt zu werden.

Auch war das Eingreifen in die Gewerkschaftsbewegung das einzige Mittel, um in Berlin festen Fuß zu fassen. Im Sommer 1871 fanden dort mehrfache große Arbeitseinstellungen, besonders der Zimmerleute und der Maurer statt. Dies gab den Anlaß, eine große Vereinigung sämtlicher dortigen Arbeiter, einen Berliner Arbeiter-Bund zu gründen mit dem speciellen Zweck der Organisirung von Strikes.\*) Die Anregung hiezu ging vom Allg. Deutschen Arbeiter-Verein aus und der „Neue Socialdemokrat“ wurde Organ des Bundes. Auf diese Weise bahnte sich der Allg. Deutsche Arbeiterverein den Weg in die Massen der Berliner Arbeiter, die selbst dem Feuergeiste Lassalle's sehr kühl gegenüber gestanden waren. Nun aber hat das Vereinsorgan in Berlin selbst eine größere Verbreitung gefunden und der socialistische Gedanke greift dadurch schneller

\*) Die Statuten dieses Berliner Arbeiter-Bundes besagen unter Anderem: Der Bund hat den Zweck, durch gemeinsames Handeln der Berliner Arbeiter die Lage derselben zu verbessern, und zwar durch allmälige Verkürzung der Arbeitszeit bis auf 9 Stunden täglich, Abschaffung der Nacht- und Sonntagsarbeit, Erhöhung der Löhne und Wahrung der persönlichen Ehre und Freiheit der Arbeiter. Die Erreichung dieses Zieles erstrebt der Bund durch planmäßiges Vorgehen der Arbeitercorporationen bei Stellung ihrer berechtigten Forderungen, und falls die letzteren nicht auf gültlichem Wege durchgesetzt werden, durch organisirte Strikes... Zur Erreichung seiner Zwecke gründet der Bund eine Bundes-Strikecasse, (in welche jedes Mitglied 2 Silbergroschen monatlich einzahlt)... Strikes müssen 8 Tage vor ihrem Ausbruch dem Bundesauschuß schriftlich angezeigt werden; geschieht dies nicht, so geht das Recht auf Unterstützung verloren. Bei Arbeitsausfällen und ganz außerordentlichen Maßregeln der Arbeitgeber den Arbeitern gegenüber, welche einen Strike zur Folge haben, ist eine Anmeldefrist nicht erforderlich; jedoch sind die Strikenden verpflichtet, am selbigen Tage den Bundesauschuß hiervon in Kenntniß zu setzen. Der Bundesauschuß beschließt binnen 48 Stunden darüber, ob Strikes gerechtfertigt und zeitgemäß sind und demnach unterstützt werden können. Wenn der Bundesauschuß diese Frage bejaht hat, stellt er diesbezüglich einen Antrag bei der nächsten ordentlichen oder bei einer außerordentlichen Generalversammlung. Die Generalversammlung beschließt endgültig, ob und bis zu welcher Höhe der Strike zu unterstützen ist. Der Bundesrath führt die Unterstützung aus.

um sich. Eine weitere gewerkschaftliche Organisation, die mit dem Allg. Deutschen Arbeiterverein in Verbindung steht, ist der Allg. Deutsche Maurerverein, der ebenfalls den „N. Socialdem.“ zu seinem Organ hat.

Auf der letzten Generalversammlung des Allg. Deutschen Arbeitervereins zu Berlin wurde die Beteiligung an der gewerkschaftlichen Bewegung sehr lebhaft erörtert. Töbke hatte sich sehr gegen die „Vereinspielerei“ ausgesprochen, welche durch Unterstützungs-Verbände, Maurerverein, Kranken- und Strikes-Cassen die Centralisation des Lassalle'schen Princips durchbreche; dadurch würde der Allg. Deutsche Arbeiterverein selbst und dessen Agitation schwer geschädigt, indem die gewerkschaftliche Bewegung alles zu überwuchern drohe; die Arbeiter schlossen sich lieber den Gewerkvereinen als dem Allg. Deutschen Arbeiterverein an. Töbke meinte, um diese schädlichen Folgen zu beseitigen, solle der Verein die Organisation der Strikes in die Hand nehmen und innerhalb des Vereins selbst durchführen (wie es die „Internationale“ und die „Eisenacher“ thun). Es wurde bei der Debatte wiederholt betont, daß die Strikes und die Gewerkschaftsbewegung allerdings nicht zum Lassalle'schen Princip paßten, daß man sich aber nicht ablehnend gegen sie verhalten dürfe, um nicht, besonders in großen Städten, ganz bei Seite geschoben werden; bloß durch das Ergreifen der gewerkschaftlichen Bewegung sei die Berliner Mitgliedschaft so groß geworden; hielte man sich fern, so fiel diese Bewegung der Fortschrittspartei oder der „Internationale“ in die Hände; die großen Massen seien nicht für Ideale zu begeistern, sie suchten materielle Erfolge und diese böten ihnen die Gewerkschaften; man könne zugleich in denselben Recruten für den Verein werben; daher sollten die Gewerkschaften vorläufig noch Mittel zum Zweck sein, um die Arbeiter allmählig in den Allg. Deutschen Arbeiterverein und auf die Bahn des politischen Socialismus hinüberzuleiten; sobald als möglich aber müßten diese Verbindungen, als dem Lassalle'schen Princip der Centrali-

sation widersprechend, aufhören. Die Generalversammlung lehnte (Prot. S. 43) die Verbindung der Strikes mit dem Allgem. Deutschen Arbeiterverein mit 5772 gegen 2131 Stimmen ab und beschloß mit 4731 gegen 3446 Stimmen: daß sobald als möglich alle innerhalb der Partei bestehenden gewerkschaftlichen Vereinigungen aufgelöst und die Mitglieder dem Allg. Deutschen Arbeiterverein zugeführt werden sollten; eine weitere Ausdehnung der Stricetassen sei als eine Störung der Centralisation der Arbeiter nicht praktisch. Ein Antrag Tölke's, überall, wo es für die Vereinszwecke gut sei, solche Arbeiterbünde wie in Berlin zu gründen und Vereinsmitglieder an die Spitze derselben zu bringen, wurde (Prot. S. 42) abgelehnt. Das Princip Lassalle's wurde also trotz seiner Schwäche gegenüber der Praxis beibehalten.

11. Verhältniß des Allg. D. Arbeiter-Vereins zur „Internationale.“ Die gleiche Feindschaft, welche der Allg. D. Arbeiterverein, beziehungsweise dessen Organ, der „N. Socialdemokrat“, gegen die Socialdemokratische Arbeiterpartei hegt, trägt er auch dem Generalkathe der „Internationale“ gegenüber zur Schau. Hinsichtlich der allgemeinen Ziele des Lassalle'schen Vereins und der „Internationale“ besteht keine Differenz, die Verwandlung der Productionsmittel in Gemeineigenthum, die Organisation der gesammten Bevölkerung in Productivgenossenschaften, die absolute Herrschaft des omnipotenten socialistischen Staates mit dem souveränen allgemeinen Stimmrecht werden von Beiden erachtet. Der Gegensatz zwischen Föderalismus und Centralisation ist zur Zeit noch gegenstandslos. Die harte Concurrenz der „Internationale“, welche Concurrenz die Lassalleaner bereits zur Pflege der gewerkschaftlichen Vereinigungen genöthigt, wirkt höher nicht mit zu dem Angriffen gegen Marx u. die „Internationale“. Schon die Maßlosigkeit dieser Angriffe weist auf ihren Ursprung ab irato hin. Indessen ist der Allgem. Deutsche Arbeiterverein durchaus nicht „national“ im Gegensatz zu „international“.

Jene übertriebene deutschnationale Begeisterung, welche Lassalle durchdrang, so daß er im deutschnationalen Staate die höchste Sittlichkeit fand, hat sich nicht auf seine Schüler vererbt. Diese wissen, daß das Wesen des Socialismus mit der Nationalität als solcher nichts gemein hat, ohne daß die Socialisten deswegen schon un- oder gar antinational zu sein bräuchten. Der „N. Socialdemokrat“ (1871 No. 70) erklärt daher seine Partei für national und kosmopolitisch zugleich; er will den deutschen socialistischen Staat und die Völkerverbündung dadurch, daß die social-politische „Befreiung der Arbeiterclassen dann zum Gemeingut der ganzen Menschheit“ gemacht werde. Dasselbe Blatt erklärte ferner (1872 No 64), daß es „leere Wortklauberei ist, einen Widerspruch zwischen nationaler und internationaler Bewegung der Arbeiter zu finden. In Wahrheit ist es nämlich die politische und sociale Aufgabe der Arbeiter aller Völker, das Naturrecht zur Anerkennung zu bringen, und da das natürliche Recht durchaus nichts Anderes wird, mag man es nun in Deutschland oder Frankreich, in Europa oder in America fordern; so geht daraus hervor, daß die Interessen und Ziele der Arbeiterklasse gar keinen räumlichen Unterschied zulassen.“ Dann aber wird weiter ausgeführt, daß diese Eroberung des Naturrechtes bloß innerhalb der einzelnen nationalen Staaten geschehen könne, da es keinen Weltstaat gebe und somit das einheitliche Angriffsobject wegfalle; daher sei die socialistische Theorie zwar kosmopolitisch, die Arbeiter-Organisationen aber müßten stets auf nationalem Boden erwachsen.

Au sich läßt sich gegen diese Argumentation nicht das Beste einwenden. Aber auch die Organisation der „Internationale“ erstreckt sich auf nationalem Boden, nur will sie den Arbeitermassen noch die Vorteile der gegenseitigen Unterstützung bieten, da allerdings der Weltstaat fehlt, aber das gemeinsame Angriffsobject in dem internationalen, capitalistischen Charakter der modernen bürgerlichen Gesellschaft liegt und die in jedem Lande

vorgehenden Angriffe einheitlich geleitet werden sollen. Daher die weitaus größere Gefahr der „Internationale“.

Schon auf der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu Hamburg (25. Aug. 1868) ließ Schweizer erklären:

„In Erwägung, daß der Druck des Capitals und der Reaction in allen Culturländern aus im Wesentlichen gleichen Ursachen auf der Arbeiterklasse lastet und daß die Bestrebungen der Arbeiter nur dann erfolgreich sein können, wenn sie einheitlich zusammenhängend in allen Culturländern auftreten — ist es die Pflicht der deutschen Arbeiterpartei, mit den Arbeiterparteien aller Culturländer, die von denselben Principien gemeinsam geleitet werden, gemeinsam vorzugehen.“

Der Barmener Generalversammlung des selben Vereins ließ Schweizer vorschlagen (Socialdemokrat 1869 No. 14):

„Der Verein schließt sich dem Programm und den Bestrebungen der Internationalen Arbeiterassociation an. Wenn der Verein nicht in die Association eintritt, so unterläßt er dieß lediglich im Hinblick auf die in Deutschland bestehende Vereinsgesetzgebung. So lange der Eintritt in die Association nicht stattfinden kann, wird der Verein fortwährend mit der Association möglichst in tatsächlicher Uebereinstimmung und tatsächlichen Zusammenwirken zu verbleiben suchen.“

Gründe hierfür waren: die volksfeindlichen Elemente (Militär-, Adels- und Priesterherrschaft und die Capitalmacht der „liberalen Bourgeoisie“) lassen in der ganzen Culturwelt auf dem arbeitenden Volke, sitzen und halten sich über die Grenze der einzelnen Staaten hinaus; daher könne der Kampf gegen diese Elemente und ihre Herrschaft bloß im internationalen Zusammenwirken des arbeitenden Volkes mit Erfolg geführt werden.

Man sieht, daß der jetzige Verein seine Haltung in dieser Frage etwas verändert hat, wie wir glauben, theilweise aus rein persönlichen Gründen. Die neueste Erklärung des Vereins über diesen Punkt wurde auf einer von ihm veranstalteten Vollversammlung zu Berlin gegeben. Es waren, weil gerade die Generalversammlung abgehalten worden, fast sämtliche Delegirte des Vereins anwesend, somit die gesammte Parteirepräsentanz. Die Beschlüsse lauten („N. Socialdem.“ 1872 No. 20):

„In Erwägung, daß der Druck des Capitals und der Reaction in allen Culturländern gleichermaßen auf der Arbeiterklasse lastet und daß es somit im gemeinsamen Interesse der Arbeiter aller Länder liegt, sich social und politisch zu befreien, erklärt die Versammlung: daß die Arbeiter jedes Landes verpflichtet sind, sich national zum Kampfe für ihre Rechte zu organisiren, und sodann in principieller Uebereinstimmung und gemeinsam mit den Arbeiterparteien aller Culturländer zu handeln. — Die Versammlung betrachtet den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein als den Vertreter der deutschen Arbeiterklasse innerhalb der gesammten internationalen Arbeiterbewegung.“

## Drittes Capitel.

### Die Socialdemokratische Arbeiterpartei.

1. Wir haben die Trennung dieser Partei von dem Allg. Deutschen Arb.-Verein auf dem Eisenacher Congreß bereits auf S. 322 ff. erzählt. Den Hauptanstoß zu dieser Neubildung gab das Bestreben der „Internationale“, in Deutschland sich selbstständig zu constituiren; zu diesem Zwecke mußte die Lassalle'sche Organisation durchbrochen werden, weil in derselben für die „Internationale“ kein Raum war. Ferner glaubten die Führer, Grund zur Annahme zu haben, daß Schweizer die Arbeiterbewegung nach den Plänen und im Dienst der „Reaction“ leite; auch hätten die extrem demokratischen Elemente, welche den Anstoß zur Seccession gaben, die Centralisation, indem sie diese in Verbindung mit der Schweizer'schen Diktatur für gleichbedeutend mit Despotismus hielten.

Nachdem die Anhänger Schweigers den Saal verlassen hatten (S. 324), wurden die Verhandlungen ohne fernere Spaltung zu Ende geführt. Nach Angabe des Protocolls waren anwesend 263 Delegirte, die etwa 300 Vereine mit zusammen 155,486 Auftraggebern vertraten. Hauptgegenstand der Versammlung war die Annahme einer neuen Organisation der socialdemokratischen Partei. Gegen die bisherige Lassalle'sche Organis-



sation sprach besonders Bebel; er sagte (Protocoll des Eisenacher Congresses S. 16 ff.):

„Es gibt in unserer Parteio rganisation keinen Führer mehr, und das ist nothwendig; sobald eine Partei bestimmte Personen als Autorität anerkennt, so verläßt sie den Boden der Demokratie, denn der Autoritätsglaube, der blinde Gehorsam, der Personencultus ist an sich undemokratisch. Deswegen wollen wir statt Einer Person, fünf Personen an die Spitze stellen. Aber es war noch ein Anderes, was zur Trennung und Verbitterung der beiden bisherigen Parteien wesentlich mit beigetragen, die Arbeiter gegen einander gehetzt hat und das lag daran, daß der einzelnen Person, welche die Leitung in der Hand hatte, auch die Möglichkeit gegeben war, zugleich auch die öffentliche Meinung in der Partei zu machen, was dadurch möglich war, daß das Parteio rgan Privat-eigenthum dieser Person war, daß dieselbe in diesem Organe nur Das veröffentlichte, was ihr paßte, alles Andere unterdrückte und der Masse den Glauben beibrachte, daß das im Blatt Veröffentlichte das allein Richtig sei. Auf diese Weise ward jeder Opposition der Mund verklopft, denn durch dies Organ konnte man sofort (wie es Schweizer gethan) Dem für einen Berückter erklären, der in irgend einer Sache mit der einzelnen Person nicht einverstanden war. Was nun diese Gefahr betrifft, so können wir sie nur dadurch vermeiden, daß das künftige Parteio rgan nicht das Eigenthum einer oder mehrerer Personen, sondern daß es Eigenthum der Partei wird, daß die Partei über seine Rechte entscheidet, daß die officiellen Vertreter der Partei darüber zu entscheiden haben, wenn das Blatt sich irgend einen Verstoß gegen die Organisation oder einzelne Mitglieder zu schulden kommen läßt. Daß in dieser Beziehung bis jetzt sehr viele Klagen vorgelegt haben, und daß ferner oft eine Einsendung, wenn sie der betreffenden Redaction nicht in den Raum paßte, gefälcht wurde und schließlich als ein Artikel im Blatt erschien, der Dem ganz und gar nicht entsprach, was der Einsender hätte ausdrücken wollen, — dies wird vermieden werden, indem der Ausschuß die Aufsicht über das Blatt hat, und, falls selbst der Ausschuß — was ja denkbar — sich solchen Beschwerden gegenüber theilnahmslos verhielt, die Control-Commission eintritt, welche Redaction und Ausschuß zur Verantwortung zu ziehen hat.“

„Bei einer solchen Organisation, wie die des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, (wobei jeder Ort die Namen seiner Mitglieder einsenden muß, die dann der Polizei mitgetheilt werden müssen) hat die Polizei für ganz Deutschland ein „schwarzes Buch“ in Händen; binnen zwei Stunden sind mittelst telegraphischer Ordre alle Socialdemokraten in ganz Deutschland beim Aragen gefaßt, denn die Namen liegen auf dem Bisticker Polizeibü-

„In Erwägung, daß der Druck des Capitals und der Reaction in allen Culturländern gleichermaßen auf der Arbeiterklasse lastet und daß es somit im gemeinsamen Interesse der Arbeiter aller Länder liegt, sich social und politisch zu befreien, erklärt die Versammlung: daß die Arbeiter jedes Landes verpflichtet sind, sich national zum Kampfe für ihre Rechte zu organisiren, und sodann in principieller Uebereinstimmung und gemeinsam mit den Arbeiterparteien aller Culturländer zu handeln. — Die Versammlung betrachtet den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein als den Vertreter der deutschen Arbeiterklasse innerhalb der gesammten internationalen Arbeiterbewegung.“

## Drittes Capitel.

### Die Socialdemokratische Arbeiterpartei.

1. Wir haben die Trennung dieser Partei von dem Allg. Deutschen Arb.-Verein auf dem Eisenacher Congreß bereits auf S. 322 ff. erzählt. Den Hauptanstoß zu dieser Neubildung gab das Bestreben der „Internationale“, in Deutschland sich selbstständig zu constituiren; zu diesem Zwecke mußte die Basfalle'sche Organisation durchbrochen werden, weil in derselben für die „Internationale“ kein Raum war. Ferner glaubten die Führer, Grund zur Annahme zu haben, daß Schweizer die Arbeiterbewegung nach den Plänen und im Dienst der „Reaction“ leite; auch hatten die extrem demokratischen Elemente, welche den Anstoß zur Secession gaben, die Centralisation, indem sie diese in Verbindung mit der Schweizer'schen Dictatur für gleichbedeutend mit Despotismus hielten.

Nachdem die Anhänger Schweigers den Saal verlassen hatten (S. 324), wurden die Verhandlungen ohne fernere Spaltung zu Ende geführt. Nach Angabe des Protocolls waren anwesend 263 Delegirte, die etwa 300 Vereine mit zusammen 155,486 Auftraggebern vertraten. Hauptgegenstand der Versammlung war die Annahme einer neuen Organisation der socialdemokratischen Partei. Gegen die bisherige Basfalle'sche Organis-

sation sprach besonders Bebel; er sagte (Protocoll des Eisenacher Congresses S. 16 ff.):

„Es gibt in unserer Parteilorganisation keinen Führer mehr, und das ist nothwendig; sobald eine Partei bestimmte Personen als Autorität anerkennt, so verläßt sie den Boden der Demokratie, denn der Autoritätsglaube, der blinde Gehorsam, der Personencultus ist an sich undemokratisch. Deswegen wollen wir statt Einer Person, fünf Personen an die Spitze stellen. Aber es war noch ein Anderes, was zur Trennung und Verbitterung der beiden bisherigen Parteien wesentlich mit beigetragen, die Arbeiter gegen einander gehetzt hat und das lag daran, daß der einzelnen Person, welche die Leitung in der Hand hatte, auch die Möglichkeit gegeben war, zugleich auch die öffentliche Meinung in der Partei zu machen, was dadurch möglich war, daß das Parteilorgan Privateigenthum dieser Person war, daß dieselbe in diesem Organe nur Das veröffentlichte, was ihr paßte, alles Andere unterdrückte und der Masse den Glauben beibrachte, daß das im Blatt Veröffentlichte das allein Richtig sei. Auf diese Weise ward jeder Opposition der Mund verklopft, denn durch dies Organ konnte man sofort (wie es Schweitzer gethan) Dem für einen Verräther erklären, der in irgend einer Sache mit der einzelnen Person nicht einverstanden war. Was nun diese Gefahr betrifft, so können wir sie nur dadurch vermeiden, daß das künftige Parteilorgan nicht das Eigenthum einer oder mehrerer Personen, sondern daß es Eigenthum der Partei wird, daß die Partei über seine Rechte entscheidet, daß die officiellen Vertreter der Partei darüber zu entscheiden haben, wenn das Blatt sich irgend einen Verstoß gegen die Organisation oder einzelne Mitglieder zu schulden kommen läßt. Daß in dieser Beziehung bis jetzt sehr viele Klagen vorgelegt haben, und daß ferner oft eine Einsendung, wenn sie der betreffenden Redaction nicht in dem Namen paßte, gelöscht wurde und schließlich als ein Artikel im Blatt erschien, der Dem ganz und gar nicht entsprach, was der Einsender hätte ausdrücken wollen, — dies wird vermieden werden, indem der Ausschuß die Aufsicht über das Blatt hat, und, falls selbst der Ausschuß — was ja denkbar — sich solchen Beschwerden gegenüber theilnahmslos verhielt, die Control-Commission eintritt, welche Redaction und Ausschuß zur Verantwortung zu ziehen hat.“

„Bei einer solchen Organisation, wie die des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, (wobei jeder Ort die Namen seiner Mitglieder einsenden muß, die dann der Polizei mitgetheilt werden müssen) hat die Polizei für ganz Deutschland ein „schwarzes Buch“ in Händen; binnen zwei Stunden sind mittelst telegraphischer Ordre alle Socialdemokraten in ganz Deutschland beim Aragen gefaßt, denn die Namen liegen auf dem Berliner Polizeibü-

Präsidium beponirt. Nach der von uns vorgeschlagenen Organisation ist nur nöthig anzugeben, wer im Ausschuß oder Comité ist, und weiter wird nichts nöthig sein. Den Vereinsgesetzbestimmungen in den einzelnen Staaten werden sich die Localen Organisationen fügen müssen. Ich will nicht behaupten, daß wir eine Organisationsvorlage entworfen haben, nach welcher uns die Behörde in keiner Weise etwas anhaben kann. So lange unsere jetzigen Vereinsgesetze noch existiren, werden wir keine Organisation schaffen können, die uns vor jeder Polizei-Obsequenz schützt; aber wir müssen eine Organisation schaffen, welche es der Polizei möglichst schwer macht, uns am Stragen zu fassen."

Darauf hin wurden Programm und Organisation der Partei angenommen. Verfasser des ersteren ist Bebel, der sich als solcher im Leipziger Proceß (Sitzg. v. 12. März) bekannte. In seiner neuesten Fassung, die aber von der ursprünglichen sich nur wenig unterscheidet, lautet es (Volksst. 1872 Nr. 80):

Programm der socialdemokratischen Arbeiterpartei:  
 I. Die socialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt die Errichtung des freien Volksstaats. II. Jedes Mitglied der socialdemokratischen Arbeiterpartei verpflichtet sich, mit ganzer Kraft einzutreten für folgende Grundsätze:  
 1) Die heutigen politischen und socialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit der größten Energie zu bekämpfen. 2) Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Classe ist nicht ein Kampf für Classenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Classenherrschaft. 3) Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von den Capitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, und es erstrebt deshalb die socialdemokratische Arbeiterpartei unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch genossenschaftliche Arbeit den vollen Arbeitsvertrag für jeden Arbeiter. 4) Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Classe. Die sociale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat. 5) In Erwägung, daß die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn diese gemeinsam und einheitlich den Kampf führt, gibt sich die socialdemokratische Arbeiterpartei eine einheitliche Organisation, welche es aber auch jedem Einzelnen ermöglicht, seinen Einfluß für das Wohl der Gesamtheit geltend zu machen. 6) In Erwägung, daß die Befreiung der Arbeit weder eine locale noch nationale, sondern eine sociale Aufgabe ist, welche alle Länder, in denen es moderne Gesellschaft gibt, umfaßt, bezieht sich die socialdemokratische Arbeiterpartei, soweit es die Vereinsgesetze gestatten, als

Zweig der Internationalen Arbeiterassocation, sich deren Bestrebungen anschließend. \*) III. Als die nächsten Forderungen in der Agitation der socialdemokratischen Arbeiterpartei sind geltend zu machen: 1) Ertheilung des allgemeinen gleichen directen geheimen Wahlrechts an alle Männer vom 20. Lebensjahre an zur Wahl für das Parlament, die Landtage der Einzelstaaten, die Provincial- und Gemeindevvertretungen, wie alle übrigen Vertretungskörper. Den gewählten Vertretern sind genügende Diäten zu gewähren. 2) Einführung der directen Gesetzgebung (d. h. Vorschlags- und Verwerfungsrecht) durch das Volk. 3) Aufhebung aller Vorrechte des Standes, der Geburt und der Confession. 4) Errichtung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. 5) Trennung der Kirche vom Staat, und Trennung der Schule von der Kirche. 6) Obligatorischer Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten; 7) Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung der Geschworenen- und Fachgewerbegerichte, Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und unentgeltliche Rechtspflege. 8) Abschaffung aller Press-, Vereins- und Coalitions Gesetze; Einführung des Normalarbeitstags; Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit. Beseitigung der durch die Zucht- und Arbeitshausarbeit den freien Arbeitern geschaffenen Concurrenz. 9) Abschaffung aller indirecten Steuern und Einführung einer einzigen directen progressiven Einkommensteuer und Erbschaftsteuer. 10) Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatscredit für freie Productionsgenossenschaften unter demokratischen Garantien.

Der Schlußsatz, der „Staatscredit für freie Productivgenossenschaften unter demokratischen Garantien“ verlangt, ist besonders hervorzuheben, denn er ist der Kern des Lassalle'schen Systems, der dadurch mit herübergenommen wird. Die Partei nannte sich „Socialdemokratische Arbeiterpartei“ obwohl dies eigentlich als eine Tautologie aufgefaßt wird. Auf dem Dresdener Congreß (Prot. S. 114) erklärte Bebel, daß eine socialdemokratische Partei nur eine Arbeiterpartei und daß eine Arbeiterpartei nur eine socialdemokratische Partei sein könne;

\*) Die Absätze II, 2—6 sind dem Programm der „Internationale“ (S. 56) entnommen, um dadurch den Zusammenhang der Partei mit derselben zu documentiren. Im Absatz II, 3 wurde hinter „Abschaffung der jetzigen Productionsweise (Lohnsystem)“ der Passus „durch genossenschaftliche Arbeit“ auf Beschluß des Congresses eingeschaltet; der ursprüngliche Entwurf enthielt diese Stelle nicht.

Bebel und Bracke hatten zu Eisenach die Bezeichnung „demokratisch-socialistisch“ vorgeschlagen, weil mit dem Worte socialdemokratisch sehr viel Mißbrauch getrieben werde und man in Deutschland überhaupt erst dann socialistisch vorgehen könne, wenn man den demokratischen Staat habe. Doch wurde die erste Bezeichnung angenommen, weil einige Führer andernfalls mit ihrem Austritt aus der Partei gedroht hatten.

Wir lassen nun die Organisation der Partei, die Geschäftsordnung derselben und die des Parteiausschusses folgen:

Organisation der socialdemokratischen Arbeiterpartei:  
 § 1. Die socialdemokratische Arbeiterpartei hat ihren Sitz in Eisenach.  
 § 2. Jedes Mitglied der Partei hat einen monatlichen Beitrag von 1 Gr. (3/4 Gr. Südd., 5 Gr. Söterr., 12 Cent.) für Parteizwecke zu entrichten. Sache des Ausschusses ist es, einzelnen Orten den Beitrag zu ermäßigen. Für locale Ausgaben haben die Parteimitglieder an jedem Ort selbst aufzukommen.  
 § 3. Der Beitrag ist monatlich franco an den Parteiausschuß abzuliefern.  
 § 4. Wer drei Monate lang seine Pflichten gegen die Partei nicht erfüllt, wird nicht mehr als Parteimitglied betrachtet.  
 § 5. Mindestens Ein Mal im Jahre findet ein Partei-Congreß statt, auf dem über alle die Partei berührende Fragen berathen und beschloffen, der Vorort der Partei sowie der Sitz der Controlcommission und der Ort für den nächsten Partei-Congreß bestimmt wird. — Die Entschädigung für den Ausschuß, resp. einzelne seiner Mitglieder setzt der Congreß fest.  
 § 6. Außerordentliche Congresse finden statt, wenn der Ausschuß oder die Controlcommission mit absoluter Majorität dies beschließt, oder wenn ein Sechstel sämmtlicher Parteimitglieder darauf anträgt.  
 § 7. Zu jedem Congreß ist die vorläufige Tagesordnung mindestens 6 Wochen vorher durch den Ausschuß im Parteiorgan bekannt zu machen. Die innerhalb der nächsten drei Wochen nach erfolgter Bekanntmachung von Seiten der Parteigenossen einlaufenden Anträge sind alsdann mindestens 14 Tage vor dem Congreß als definitive Tagesordnung zu veröffentlichen. Selbstkündige Anträge, welche innerhalb der letzten 9 Wochen vor dem Congreß oder erst auf dem Congreß gestellt werden, kommen nur dann zur Verhandlung, wenn sich mindestens ein Drittel der Delegirten dafür erklärt.  
 § 8. Jeder Delegirte hat eine Stimme. Die Parteimitglieder, welche sich an einem Orte an den Wahlen betheiligen, dürfen nicht mehr als fünf stimmberechtigte Abgeordnete zum Congreß senden. Parteimitglieder, welche nicht Delegirte sind, haben nur beratende Stimme.  
 § 9. Spätestens drei Wochen nach dem Congreß muß das Congreßprotocoll allen Mitgliedern zum Kostenpreise

zugänglich gemacht werden. Alle Congressbeschlüsse, welche eine Abänderung des Statuts, die Grundsätze und die politische Stellung der Partei oder die Besteuerung derselben betreffen, müssen innerhalb sechs Wochen nach dem Congress der Urabstimmung aller Parteimitglieder unterbreitet werden. Einfache Majorität der Abstimmenden entscheidet. Das Resultat der Abstimmung wird im Parteiorgan veröffentlicht. § 10. Die Leitung der Parteigeschäfte ist einem Ausschuss von fünf Personen, als einem Vorsitzenden und dessen Stellvertreter, einem Schriftführer, einem Cassierer (der eine entsprechende Caution zu leisten hat) und einem Beisitzer, übertragen. Sämmtliche Ausschussmitglieder müssen an Einem Orte oder in dessen einseitigem Umkreise wohnhaft sein, und werden von den, am Vororte der Partei wohnhaften Parteimitgliedern in besonderen Wahlgängen durch Stimmzettel mit absoluter Majorität gewählt. Weder ein Mitglied der Redaction noch der Expedition des Parteiorgans darf im Ausschuss sein. Treten im Laufe des Jahres beim Ausschusse Vacanzen ein, so hat der Vorort — mit Ausnahme des in § 15 erwähnten Falles — nach demselben Wahlmodus die Ergänzungswahlen vorzunehmen. § 11. Der Ausschuss muss innerhalb 14 Tagen nach stattgehabtem Congress gewählt sein; bis zu dieser Wahl verbleibt dem bisherigen Ausschuss, falls der Congress nicht anders verfügt, die Geschäftsführung. § 12. Der Ausschuss fasst alle Beschlüsse gemeinsam und ist nur dann beschlussfähig, wenn in einer ordentlich einberufenen Sitzung wenigstens drei Mitglieder anwesend sind; derselbe gibt sich, soweit nicht der Congress darüber bestimmt, selbst eine Geschäftsordnung. Der Ausschuss ist dem Parteicongress für alle seine Handlungen verantwortlich. § 13. Um Eigenmächtigkeiten des Ausschusses möglichst zu verhüten, konstituirt die Partei eine Controlcommission von 11 Personen, an die alle von dem Ausschuss unberücksichtigt gelassenen Beschwerden zu richten sind, und die zugleich die Geschäftsleitung des Ausschusses zu controliren hat. § 14. Die Controlcommission wählen die Parteimitglieder desjenigen Orts und seines einseitigen Kreises, welcher von dem Parteicongress als Sitz der Controlcommission bestimmt worden ist. Die Wahl erfolgt durch Stimmzettel und hat spätestens 14 Tage nach dem Congress stattzufinden. § 15. Die Controlcommission ist verpflichtet, die Geschäftsführung, Acten-Bücher, Cassé u. des Ausschusses mindestens vierteljährlich einmal zu prüfen und zu untersuchen, und ist berechtigt, falls sie begründete Ursache hat und der Ausschuss die Abhülfe der Unregelmäßigkeiten verweigert, einzelne Mitglieder wie den gesammten Ausschuss zu suspendiren, sowie nöthige Schritte für provisorische Weiterführung der Geschäfte zu thun. Es müssen solche Beschlüsse mit  $\frac{2}{3}$  Majorität der Controlcommission gefasst werden und ist, wenn mehr als die Hälfte der Ausschussmitglieder suspendirt wird, innerhalb 4 Wochen ein

Partei-congrèß einzuberufen, der endgiltig in der Sache entscheidet. § 16. Der Sitz des Ausschusses kann, wenn letzterer seinen Pflichten nachgekommen, wieder gewählt werden, dagegen muß der Sitz der Controlcommission jährlich wechseln. § 17. Die Partei gründet eine Zeitung als Organ unter dem Namen „Der Volksstaat, Organ der socialdemokratischen Arbeiterpartei“. Das Organ erscheint in Leipzig und ist Eigenthum der Partei. Personen und Gehalt des Redactions- und Expeditionspersonals, des Druckers, Preis des Blattes wird durch den Ausschuß bestimmt. Streitigkeiten hierüber entscheidet die Controlcommission, in letzter Instanz der Partei-congrèß. Die Haltung des Blattes ist streng dem Parteiprogramm anzupassen. Einsendungen von Parteigenossen, welche demselben entsprechen, sind — soweit der Raum des Blattes ausreicht — unentgeltlich anzunehmen. Beschwerden über Nichtaufnahme oder tendenziöse Färbung der Einsendungen sind bei dem Ausschuß, in zweiter Instanz bei der Controlcommission anzubringen, welcher die endgiltige Entscheidung zugeht. § 18. Zur Ueberwachung der geschäftlichen Leitung des Parteiorgans haben die Mitglieder desjenigen Orts, an welchem das Parteiorgan erscheint, alljährlich (und zwar innerhalb drei Wochen nach stattgehabtem Partei-congrèß) eine Verwaltungskommission aus drei Mitgliedern zu wählen. Diese Commission hat die Controle über Verwaltungs- und Finanzwesen des Blattes, sowie solches nicht direct vom Parteausschuß erledigt wird, auszuüben, und ist verpflichtet, jederzeit auf Verlangen dem Parteausschuß, beziehentlich der Controlcommission, sowie einem jeden Partei-congrèß Bericht zu erstatten und Rechenschaft abzulegen. \*) § 19. Die Parteigenossen verpflichten sich, mit allen durch die örtlichen Verhältnisse gebotenen Mitteln für Ausbreitung und Kräftigung der Partei Sorge zu tragen.

**Geschäftsordnung der Socialdemokratischen Arbeiterpartei. \*\*)** § 1. Die bestehenden Vereinsgesetze in den meisten Staaten Deutschlands machen es der Partei unmöglich, sich als Mitgliedschaften an den einzelnen Orten zu constituiren oder mit bestehenden Localvereinen, als: Socialdemokratische Arbeitervereine, Arbeiterbildungsvereine u., in Verbindung zu treten. Demgemäß haben sich die Parteigenossen regelmäßig und zwar, wenn möglich mindestens wöchentlich ein Mal auf Grund des bestehenden Versammlungsrechtes zu versammeln. § 2. Der Vertrauensmann hat zu diesem Zweck die rechtzeitige polizeiliche Anmeldung der Versammlung zu übernehmen, die Versammlung zu eröffnen und ein Bureau,

\*) Dieser § wurde auf dem Dresdener Congreß (1871) eingeschaltet; S. 8. 113 jenes Protocols.

\*\*) Angenommen auf dem Dresdener Congreß (S. 107 ff. des Prot.)



bestehend aus einem Vorsitzenden und dessen Stellvertreter, einem Schriftführer und einem Beitragsammler, wählen zu lassen. Die Wahl des Bureaus hat in jeder Versammlung stattzufinden. § 3. Jedes Parteimitglied erhält bei seiner Aufnahme eine Mitgliedskarte, das Programm, die Organisation und Geschäftsordnung der Partei und des Ausschusses eingehändigt. § 4. Für je 50 Exemplare des Aufnahmematerials haben die Parteigenossen 10 Sgr. = 35 Kr. süddeutsch = 125 Centimens an die Parteikasse zu entrichten. § 5. Alljährlich und zwar innerhalb drei Wochen nach stattgehabtem Parteicongreß hat der Ausschuß den Vertrauensmann neu zu ernennen, welcher von den Parteimitgliedern der einzelnen Orte mit absoluter Stimmenmehrheit vorgeschlagen wird. Die genaue Adresse des Vertrauensmannes ist innerhalb 8 Tagen nach erfolgter Ernennung dem Parteiausschuß anzuzeigen. § 6. Die Mitglieder an jedem Orte sind berechtigt, die Ernennung eines neuen Vertrauensmannes zu verlangen, wenn derselbe ihrem Vertrauen nicht entsprochen. Von jeder innerhalb des Geschäftsjahres erfolgten neuen Ernennung ist dem Ausschuß innerhalb drei Tagen die genaue Adresse des Ernannten mitzutheilen. § 7. Pflicht des Vertrauensmannes ist es, die Parteisteuern nach Ablauf eines jeden Monats und spätestens bis zum 15. des nachfolgenden Monats an den Parteiausschuß abzuliefern. Ist die Ablieferung der Steuer bis zu dem angegebenen Termin nicht erfolgt, dann kann der Parteiausschuß die sämmtigen Orte im Parteiorgan veröffentlichen und zur Zahlung auffordern. § 8. Die Mitglieder an jedem Ort wählen vierteljährlich 2 Revisoren, welche die Cassirung und Ablieferung der Parteisteuern zu controliren haben. § 9. Auf dem Parteicongreß können nur diejenigen Personen vertreten sein, welche ihren Parteipflichten vollständig nachgekommen sind. § 10. Zur Deckung der Sozialausgaben können die Mitglieder an jedem Ort sich eine freiwillige Steuer in beliebiger Höhe auferlegen oder dieselben durch freiwillige Sammlungen decken. Die Parteisteuern sind voll und ganz — es sei denn, daß der Parteiausschuß (s. § 2 der Organisation) anders beschließt — in der im § 7 dieser Geschäftsordnung angegebenen Frist abzuführen. § 11. Alle Briefe, Geld- und Kreuzbandsendungen an die Organe der Partei sind franco einzusenden.

**Geschäftsordnung für den Parteiausschuß der Socialdemokratischen Arbeiterpartei.** § 1. Der Ausschuß ist verpflichtet innerhalb drei Tagen nach erfolgter Wahl sich zu constituiren und die Constatirung sofort im Parteiorgan anzuzeigen. § 2. Der Ausschuß ist verpflichtet, wöchentlich mindestens eine Sitzung abzuhalten und den regelmäßigen Sitzungstag im Parteiorgan bekannt zu geben. § 3. In einer Aufbewahrung der eingehenden Correspondenz ist der Ausschuß, nachdem seine Mitglieder von dem Inhalt derselben Kenntniß erhalten, nicht ver-

pflichtet, ausgenommen solche Schriftstücke, welche als Beleg für die Verwaltung der Partei unumgänglich nothwendig sind. Dagegen ist über alle einlaufenden Briefe ein Verzeichniß anzulegen, welches die laufende Nummer, Datum des Eingangs, Ort und Name des Absenders enthält. § 4. Die Führung von Copirbüchern für die Partecorrespondenz ist dem Ausschuß wie einzelnen Mitgliedern desselben verboten, dagegen ist derselbe verpflichtet zur Anlegung eines Verzeichnisses für alle abgehenden Schriftstücke, welches laufende Nummer, Datum des Abgangs, Angabe des Orts und der Person des Empfängers enthält. § 5. Der officiële Verkehr mit politischen Vereinen und Organisationen ist dem Ausschuß, als gegen die in den meisten Staaten bestehenden Vereinsgesetze verstoßend, untersagt. § 6. Alle Erlasse, Bekanntmachungen und Schriftstücke des Ausschusses haben nur dann officiële Gültigkeit, wenn dieselben von mindestens 2 Ausschußmitgliedern unterzeichnet sind.

Fassen wir die Organisation der Partei noch einmal kurz zusammen. An der Spitze steht ein aus fünf Personen bestehender Ausschuß, der die Geschäfte führt und durch eine Controlcommission von elf Mitgliedern in seiner Amtsführung überwacht wird. Ausschuß und Controlcommission werden durch die Parteimitglieder jener Orte ernannt, welche vom Congreß als jeweiliger Sitz dieser Behörden bestimmt werden. Die Controlcommission kann, wenn Anlaß hiezu vorhanden, den ganzen Ausschuß suspendiren. Um mit den Vereinsgesetzen nicht in Conflict zu kommen, hat die Partei keine Localvereine, sondern die Parteigenossen jedes Orts versammeln sich stets nur auf Grund des Versammlungsrechtes; sie wählen einen Vertrauensmann, der dann vom Ausschuß als solcher bestätigt wird. Dieser Vertrauensmann sammelt die Parteisteuern ein, verkehrt aber stets nur als Person und nicht als Vertreter des Vereins mit dem Ausschuß.

Als Sitz des Parteiausschusses bestimmte der Eisenacher Congreß Braunschweig-Wolfenbüttel, als Sitz der Controlcommission Wien. Durch die Wahl Wiens wollte man auch die Partei auf Oesterreich ausdehnen, allein es gelang nicht, da die dortige Polizei den bestehenden Vorschriften gemäß die Wahl der Mitglieder der Controlcommission nicht duldete. Man ver-

legte daher später jene Commission nach Hamburg. Sehr bald erlosch auch fast jede Beziehung der Partei nach Oesterreich.

2. Der zweite Congreß der Socialdem. Arb.-Partei tagte in Stuttgart vom 4.—7. Juni 1870. Das Protocoll nennt (S. 9) 74 Delegirte, welche 111 Orte mit etwa 15,000 Parteigenossen vertraten. Das dem Protocoll angehängte Verzeichniß führt indessen nur 66 Abgeordnete als Vertreter von 13147 Parteigenossen und Gewerkschaftsmitgliedern auf. Vertreten waren 88 alte Orte, während 47 aus dieser Kategorie keine Delegirten gesendet hatten; dazu die inzwischen erfolgte Ausbreitung der Partei über 25 neue Orte, ergab eine Gesamtverbreitung zur Zeit jenes Congresses über 160 Orte. — Auch in Stuttgart kam es wieder zu Störungen durch die Anhänger Schweizers. Der Vorsitzende mußte die Versammlung zuerst auf 10 Minuten aussetzen und dann, um den Ausbruch großen Scandals zu verhüten, aufheben. Zu einer darauf folgenden geschlossenen Sitzung erhielten nur die Parteimitglieder gegen Vorzeigung ihrer Karten Einlaß. Liebknecht berichtete sodann über die politische Stellung der Partei und betonte, daß die Partei auch eine politische sein müsse, indem er sagte: „Mit den Strikes und anderen unpolitischen Agitationsmitteln erreicht man niemals die Abschaffung des Lohnsystems. Erst mit dem Falle des ganzen heutigen Staats ist auch ein neues Productionssystem möglich. Wir müssen uns deshalb des Staats bemächtigen und einen neuen begründen, der die Classenherrschaft nicht kennt, weder Herren noch Knechte duldet und die Gesellschaft auf genossenschaftlicher Grundlage organisiert. . . . Wenn wir nun auch international sind, so würden wir dennoch einen großen Fehler begehen, wollten wir die nationalen Angelegenheiten aus dem Auge verlieren. Hier ist Deutschland, hier der Kampf!“ Im Weiteren trat Liebknecht gegen Preußen auf, das als mächtigster Staat in Deutschland für den Socialismus am gefährlichsten sei und dem sich daher auch die Bourgeoisie in die Arme

geworfen habe; ferner habe Preußen wie das kaiserliche Frankreich die demokratischen Ideen gefälscht und zu absolutistischen Zwecken mißbraucht; das allgemeine Stimmrecht im Norddeutschen Bunde sei nur ein Adter für die Gedankenlosen, denn bloß in einem freien Staate bringe es die wahre Volksmeinung zum Ausdruck, in einem despotischen sei es nur Mittel der Verblendung und Unterdrückung; der Reichstag sei nur ein Scheinparlament, bloß dazu vorhanden, um dem Volke die Thatsache zu verhüllen, daß der Schirmherr des Norddeutschen Bundes mit Recht von sich sagen könne: »L'état c'est moi!«  
 Dennoch, meinte Liebknecht, solle sich die Partei an den Reichstagswahlen beteiligen, aber wesentlich für die Zwecke der Agitation; „nicht zu dem Reichstag sollen unsere Abgeordneten sprechen, sondern über die Köpfe der Reichstags-Mitglieder hinweg zum Volke.“ Darauf hin wurde folgender von Liebknecht und Bebel verfaßter Antrag angenommen:

„Die Socialdemokratische Arbeiterpartei beteiligt sich an den Reichstags- und Zollparlamentswahlen lediglich aus agitatorischen Gründen. Die Vertreter der Partei im Reichstag und Zollparlament haben, soweit es möglich, im Interesse der arbeitenden Classe zu wirken, im Großen und Ganzen sich aber negierend zu verhalten und jede Gelegenheit zu benutzen, die Verhandlungen beider Körperschaften in ihrer ganzen Richtigkeit zu zeigen und als Komödientenspiel zu entlarven. Die Socialdemokratische Arbeiterpartei geht mit keiner andern Partei Allianzen oder Compromisse ein, dagegen empfiehlt der Congreß, bei den Wahlen zum Reichstag und Zollparlament da, wo die Partei einen eigenen Candidaten nicht aufstellt, solchen Candidaten ihre Stimme zu geben, die wenigstens in politischer Hinsicht wesentlich unsern Standpunkt einnehmen. Namentlich empfiehlt der Congreß, in den Bezirken, wo die Partei von Auffüllung eigener Candidaten absteht, von andern Arbeiterparteien aufgestellte wirkliche Arbeiter-Candidaten zu unterstützen.“

Wichtiger waren die Verhandlungen über die „Grund- und Forderungenfrage“. Die darauf bezüglichen Beschlüsse des Basler Congresses der „Internationale“ (S. 76) hatten großes Aufsehen erregt und der Socialdemokratischen Arbeiterpartei die offene Feindschaft der süddeutschen Volkspartei zugezogen, mit welcher

sie nur hinsichtlich der rein politischen Ziele übereinstimmte. Die Führer der deutschen Socialisten waren für die Baseler Beschlüsse und opferten dafür die Unterstützung der Volkspartei. In einem Brief vom 17. Nov. 1869 (Leipziger Proceß, Sitzg. v. 13. März) erklärte Liebknecht: „Die Volkspartei verlangt ein Desaveu der Baseler Beschlüsse; nimmer! Ich bin selbst Communist. Die Grundeigenthumsfrage muß aber den Bauern nur nach und nach klar gemacht werden.“ Auf dem Stuttgarter Congreß wurden die Baseler Beschlüsse offen angenommen. Bebel berichtete darüber, vertheidigte jene Beschlüsse und sagte, man müsse auch die ländlichen Arbeiter in die socialistische Frage herüberziehen, was am leichtesten dadurch geschehe, daß man ihnen persönlichen Vortheil biete; das Verlassen der alten, communistisch nach Familien und Stämmen gegliederten Gesellschaft sei der Beginn der Unterdrückung und Ausbeutung der Mehrheit durch die Minderheit gewesen; „der Grund und Boden wurde Eigenthum der Herren, das Volk war um sein Eigenthum betrogen.“ Auf Bebels Vorschlag beschloß der Congreß:

„In Erwägung, daß die Erfordernisse der Production, wie die Anwendung der Gesetze der Agronomie — wissenschaftliche Bewirthschaftung des Bodens — den Großbetrieb beim Ackerbau erheischen, und, ähnlich wie in der modernen Industrie, die Einführung von Maschinen und die Organisation der ländlichen Arbeitskraft nothwendig machen, und daß im Allgemeinen die moderne ökonomische Entwicklung den Großbetrieb im Ackerbau erstrebt; — in Erwägung, daß demgemäß bei dem Ackerbau wie bei der Großindustrie die allmällige Verdrängung der kleinen und mittleren Eigenthümer durch die Großbesitzer vor sich geht, das Elend und das Abhängigkeitsverhältniß der weitaus größten Mehrzahl der Ackerbaubevölkerung zu Gunsten einer kleinen Minorität stetig zunimmt und dies den Gesetzen der Humanität und Gerechtigkeit zuwiderläuft; — in Erwägung, daß die productiven Eigenschaften des Bodens, die keine Arbeit erheischen, das Material aller Producte, und aller brauchbaren Dinge bilden:

„Spricht der Congreß die Ansicht aus, daß die ökonomische Entwicklung der modernen Gesellschaft es zu einer gesellschaftlichen Nothwendigkeit machen wird, das Ackerland in gemeinschaftliches Eigenthum zu verwandeln und den Boden von Staatswegen an Ackerbaugenossenschaften zu verpachten, welche verpflichtet sind, das Land in wissenschaftlicher Weise auszubenten und

den Ertrag der Arbeit nach contractlich geregelter Uebereinkunft unter die Genossenschaften zu vertheilen. Um die vernünftige und wissenschaftliche Ausbeutung des Grund und Bodens zu ermöglichen, hat der Staat die Pflicht, durch Errichtung entsprechender Bildungsanstalten die nöthigen Kenntnisse unter der ackerbautreibenden Bevölkerung zu verbreiten. Als Uebergangsstadium von der Privatbewirthschaftung des Ackerlandes zur genossenschaftlichen Bewirthschaftung fordert der Congreß, mit den Staatsdomänen, Ghatullengütern, Fideicommissen, Kirchengütern, Gemeindeländereien, Bergwerken, Eisenbahnen u. zu beginnen, und erklärt sich deshalb gegen jede Verwandlung des oben angeführten Staats- und Gemeinbesizes in Privatbesiz."

Auf dem Stuttgarter Congreß kam auch eine Vereinigung der Socialdemokratischen Arb.-Partei mit der süddeutschen Fraction zu Stande. Diese, auch die vierte Fraction genannt, (die drei übrigen waren Schweizer, Mende und Bebel-Liebknacht) hatte sich aus dem Allg. Deutschen Arb.-Verein lösgelöst und am 23. Januar 1870 zu Augsburg unter Vorsitz des Schriftfegers Franz einen Congreß abgehalten. Sie bildete in Augsburg einen selbstständigen socialdemokratischen Verein, an dessen Spitze ein Collegium stand. Das Programm lautete:

Ertheilung des allgemeinen, gleichen, directen und geheimen Wahlrechts ohne allen und jeden Censur vom 20. Lebensjahre an zur Wahl aller gesetzgebenden Körper; Staatshilfe in Form von Staatscredit für freie Productivgenossenschaften; Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besizes, der Geburt und der Confession; Abschaffung aller Preß-, Vereins und Coalitionsgeetze; Abschaffung aller indirecten Steuern und Einführung einer einzigen directen progressiven Einkommen- und Erbschaftsteuer; unentgeltliche Rechtspflege; allmälige Auflösung des gesammten Grundeigenthums und Ueberführung desselben in den Gesammtbesiz der Nation. Hiernach Organisation des Landbaues in der Form von Productivassociationen, und endlich Gründung einer Gesammtgewerkschaft mit Gegenseitigkeit für alle Gewerkschaften.

Da sich dieses Programm wenig von dem der „Internationale“ unterschied, so konnte leicht eine Vereinigung herbeigeführt werden. Die drei Delegirten der süddeutschen Fraction (Franz, Neff und Tauscher) vertraten 900 Mitglieder; man einigte sich (Prot. S. 10) zu folgendem Beschluß: „Die Dr-

ganisation und das Programm der Partei, ohne daß man sie von beiden Seiten als unverbesserlich betrachtet, werden als für die vereinigte Partei verbindlich angesehen. Das Eingehen des „Proletarier“ (das etwa 1300 Abonnenten zählende Organ jener Fraction) wird nicht durch die Vereinigung bedingt. Die Redaction unterwirft sich gleich der des „Volkstaats“ der Controle des Ausschusses. Ein etwaiges Deficit des Blattes zu übernehmen ist die Partei nicht verpflichtet.“

Der „Proletarier“ ging aber nach Auflösung der süddeutschen Fraction mit Schulden belastet ein. Der Stuttgarter Congreß wählte für das folgende Jahr zum Sitz des Ausschusses Braunschweig, als Ort der Controlcommission Hamburg.

3. Mit dem Ausbruche des Krieges gegen Frankreich drohte der Socialdemokratischen Arbeiterpartei eine Spaltung. Ein Theil der Arbeiter, besonders in Norddeutschland, ließ sich von der nationalen Begeisterung fortreißen und der Ausschuß in Braunschweig, der unter dem Einfluß dieser Strömung stand, wollte ein darauf bezügliches Manifest erlassen. Die Parteilmitglieder in Mittel- und Süddeutschland aber, vor allem die Redaction des „Volkstaat“, waren dagegen, da sie von einem Sieg Preußens große Nachtheile für die Partei fürchteten und sich nicht in nationaler Begeisterung gegen Frankreich erhitzen konnten. Die Spaltung trat indessen nicht offen zu Tag und wurde bald wieder beseitigt. Die Mehrheit der Controlcommission sprach sich in Anbetracht der starken nationalen Strömung für möglichst neutrale Haltung des Parteiorgans aus, aber unter Berücksichtigung des internationalen Standpunktes der Partei. Zur Zeit des Belagerungszustandes in Norddeutschland ließ die preussische Regierung den Ausschuß plötzlich verhaften und nach Böhmen abführen; es mußte daher eine provisorische Parteileitung eingesetzt werden, als deren Sitz Dresden gewählt wurde.

Der dritte Congreß der Partei wurde vom 12.—15. August 1871 in Dresden abgehalten. Anwesend waren 56

Delegirte, welche 81 Orte und Vereine mit zusammen 6255 Parteigenossen vertraten. Um ein Bild von der damaligen Verbreitung der Partei zu geben, führen wir hier die Namen der wichtigsten Orte mit den auf dem Congreß vertretenen Mitgliedern an. Es sind: Leipzig (871), Chemnitz (631), Braunschweig (500), Grimnitzgau (310), Dresden (240), Glauchau (200), Magdeburg (160), Reichenbach (150), Zwickau (150), Nürnberg (123), Frankenhäusen (100), Frankenberg (100) Mainz (100), Hamburg (75), Hannover (53), München (50), Berlin (48), Bamberg (42), Frankfurt a. M. (40), Augsburg (40), Kassel (40), Breslau (30), Bielefeld (22). Oft haben, besonders in Sachsen, sehr kleine Orte eine unverhältnißmäßig starke Mitgliedschaft. Bei der Reichstagswahl im Frühjahr 1871 brachte es die Partei in ganz Deutschland auf 150,000 Stimmen, darunter in Sachsen allein auf 48000. Doch klagt die Partei, daß sie besonders im Voigtlande, in der Freiburger Gegend und in der Saupfz noch zu wenig Fuß gefaßt habe. Die österreichischen Arbeiter, die auf dem Eisenacher Congresse noch stark vertreten waren, hatten auf dem Dresdener Congreß nur 2 Repräsentanten, die noch überdieß aus Oesterreich verwiesen worden.

Eine weitere Ausbildung des Parteiprogrammes brachte der Dresdener Congreß nicht. Angenommen wurden folgende Beschlüsse:

„Der Congreß erklärt es für die Pflicht eines jeden Arbeiters, einzutreten für Erlämpfung eines durch Gesetz festgestellten Normalarbeits-tags von höchstens 10 Stunden zum Schutze der Arbeiter gegen übermäßig lange Arbeitszeit.“

„Der Congreß empfiehlt den Parteigenossen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die Einführung des allgemeinen directen und geheimen Wahlrechts für die Wahlen zu den Landtagen der einzelnen Staaten und der einzelnen Gemeindevertretungen zu agitiren.“

„Der Congreß erklärt: Der Reichstag hat, wie überhaupt, so besonders bei dem angeblich im Interesse der Arbeiter erlassenen Haftpflicht-gesetz dieses Interesse in so mangelhafter Weise berücksichtigt, daß das erlassene Gesetz weit davon entfernt ist, die gerechten Forderungen der



Arbeiter nach ausreichendem Schutz gegen Gefahr an Leib und Leben und genügender Entschädigung bei eingetretenen Unglücksfällen zu befriedigen."

Sonderbarer Weise gebot der anwesende Polizeibeamte dem Referenten Most aus Augsburg, der über die politische Stellung der Partei sprechen wollte, sich aller und jeder Abschweifung auf die Pariser Commune, beziehungsweise auf die Stellung der Partei zu derselben, zu enthalten. Der Congreß protestirte dagegen und Most sagte, wenn die Reaction sich international verbinde, dann müsse sich selbstverständlich auch die Revolution international verbinden; auf seinen Vorschlag wurde beschloffen:

„Der Congreß erklärt seine volle Zustimmung zu der Haltung des Parteiorgans „Volksstaat“ gegenüber den politischen und socialen Fragen des vergangenen Jahres. Insbesondere billigt der Congreß den durch den „Volksstaat“ unterhaltenen geistigen Zusammenhang der Deutschen Socialdemokratie mit der internationalen Arbeiter-Association!“

Der Pariser Commune wurde noch überdies ohne Debatte die Anerkennung votirt. In den geschlossenen Sitzungen wurde viel über die zu gründende Genossenschaftsdruckerei als Partei-eigenthum gesprochen, man kam aber nicht zur Entscheidung. Zum Sitz des Ausschusses wurde Hamburg, zum Sitz der Controlcommission Berlin gewählt und als Ort des nächstjährigen Congresses Mainz bestimmt.

4. Der Congreß zu Mainz trat am 8. Sept. 1872 zusammen. Da bei Druck dieses Bogens der officiële Bericht der Partei noch nicht erschienen, so sind wir hierüber lediglich auf Zeitungsnachrichten angewiesen. Wir benutzen vorzugsweise einen vom „Volksstaat“ (Nr. 76) abgedruckten Bericht des Hülfer „Demokratischen Wochenblattes“, da der Berichtsherausgeber des eigentlichen Parteiorgans verhaftet worden war. Anwesend waren auf dem Mainzer Congreß 55 Abgeordnete mit 87 Mandaten; die meisten derselben waren aus Sachsen und Süddeutschland, Norddeutschland hatte wenig Abgeordnete. Preußen war ebenfalls vertreten. Dort aus Hamburg,

Lischler und Secretär des Parteiausschusses, eröffnete die Versammlung; das Bureau wurde folgendermaßen zusammengesetzt: Rotteler (Grimmitschau) I. Präsident, Bahsteich (Chemnitz) I. Stellvertreter, Burthardt (Stuttgart) II. Stellvertreter, Dr. Bedendahl (Fürth) I. Secretär, Memminger (Nürnberg) II. Secretär, Hempel (Dresden) I. Stellvertreter, Kleiß (Cöln) II. Stellvertreter. York berichtete über die Fortschritte der Partei; er wies darauf hin, daß dieselbe bei Beginn des Jahres 1872 noch sehr an den Nachwirkungen des Krieges gelitten habe; allein nach wenigen Monaten habe die Bewegung wieder größere Dimensionen angenommen und augenblicklich sei die Agitation im regen Gange, selbst in Gegenden, wohin früher nie socialistische Ideen gedrungen seien. Das Parteiorgan, der „Volksstaat“, habe seit 12 Monaten um ungefähr 1800 Abonnenten zugenommen und die Partei selbst um ungefähr 4000 Mitglieder. Allerdings bleibe in Bezug auf die Agitation noch Manches zu wünschen übrig, da theils die agitatorischen Kräfte, theils die nöthigen Gelder nicht disponibel seien. Doch auch dafür würden die Aussichten besser. Leider gewannen die Maßregelungen gegen die Führer und Redacteurs der Partei immer größere Ausdehnung, dieß verhindere aber keineswegs die Verbreitung der radicalen Ideen. Die Förderung des Gewerkschaftswesens legte Hartung aus Zürich den deutschen Arbeitern dringend an's Herz; dieß sei das Mittel, die Arbeiter überhaupt zu vereinigen und die Massen zu organisiren. — Der Antrag Münchens, den Namen der Partei zu verändern, wurde unter folgender Motivirung abgelehnt:

„In Erwägung, daß der Name „Socialdemokratische Arbeiterpartei“ der ursprüngliche und bisherige Name unserer Partei war; daß dieser Name im In- und Ausland von allen Unterrichteten so verstanden wird, wie er verstanden werden soll, als Name der Partei der „arbeitenden“ Elemente der menschlichen Gesellschaft aller Länder und Nationen im Gegensatz zu den die Arbeit Anderer ausbeutenden Classen und Individuen; in Erwägung, daß eine Aenderung des Namens in Wahrheit werthlos sein würde, wenn diese Aenderung des Namens nicht die Aenderung der Principien

enthält oder vorbereiten soll; daß Niemand an den vollen, gesicherten und ehrlichen Fortbestand unserer Principien nach einer solchen bedeutungsvollen Namensänderung mehr glauben wünte; in Erwägung, daß Elemente, welche den Namen Arbeiter nicht als Ehrennamen hochachten, durchaus nicht die Weihe haben, unserer Partei anzugehören: aus diesen Gründen beschließt der Congreß, den Antrag auf Umänderung des Namens unserer Partei in Social-demokratische Partei zu verwerfen."

Es wurde ferner beschlossen, eine allgemeine deutsche Arbeiterstatistik in's Werk zu setzen, und zwar aus eigenen Kräften; ein Antrag „alle gesetzgebenden Körper zu einer gründlichen Untersuchung der Erwerbs-, Ernährungs-, Wohnungs- und Gesundheitsverhältnisse der arbeitenden Classe durch wissenschaftlich gebildete Fachmänner aufzufordern, wurde abgelehnt, „weil es mit der Ehre von Arbeitern unvereinbar sei, an die bestehenden Regierungen und gesetzgebenden Körper zu petitioniren, nachdem diese die Arbeiter bisher immer nur getäuscht und alle ihre gerechten Forderungen hinten gehalten hätten.“ Bezüglich der religiösen Frage lagen zwei Anträge vor, einer von München, der es den Parteimitgliedern zur Pflicht machen wollte, aus den Landeskirchen auszutreten, der andere von Rülßen, über den Münchener Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Memminger stellte, weil es aus taktischen Rücksichten nicht gerathen sei, auf die Mitglieder einen Zwang bezüglich des Austritts zu üben und weil andererseits die religiöse Frage auch für die Partei von solcher Wichtigkeit sein müsse, daß man unmöglich ohne jegliche Rundgebung zur Tagesordnung übergehen dürfte, den Antrag:

„Es sei den Mitgliedern, nachdem sie durch Annahme des Parteiprogramms factisch mit jedem religiösen Bekenntniß gebrochen hätten, zu empfehlen, auch formell aus den kirchlichen Genossenschaften auszutreten.“

Dieser bedeutungsvolle Antrag wurde angenommen. Ferner faßte der Congreß noch folgende Beschlüsse, zu deren Gültigkeit aber gemäß § 9 der Parteiorganisation (S. 353) eine Urabstimmung aller Parteimitglieder nothwendig ist, nemlich es sei:

### 1. § 4 der Organisation beizufügen:

„Auch hat der Ausschuß, unter Zustimmung der Controlcommission, das Recht, in außergewöhnlichen Fällen den ordentlichen Congreß an einen andern, als den laut § 5 bestimmten Ort zu berufen.“

### 2. § 8 der Organisation folgende Fassung zu geben:

„Die Parteimitglieder eines jeden Ortes haben das Recht, einen Delegirten zum Congreß zu senden. Größere Orte können auf je 200 stimm-berechtigte Parteigenossen einen Delegirten wählen. Jeder Delegirte hat eine Stimme. Der Parteausschuß, die Controlcommission, die Redaction des Parteiorgans können durch je ein stimmberechtigtes Mitglied vertreten sein. Parteimitglieder, die nicht Delegirte sind, haben nur beratende Stimme.“

### 3. § 10 der Organisation desgleichen:

„Die Leitung der Parteigeschäfte ist einem Ausschuß von 5 Personen, als einem Vorsitzenden und dessen Stellvertreter, einem Schriftführer, einem Cassierer (der eine entsprechende Caution zu leisten hat) und einem Beisitzer übertragen. Sämmtliche Ausschußmitglieder müssen am Parteivorort oder in dessen einseitigem Umkreise ihren Wohnsitz nehmen; sie werden von den Parteimitgliedern, welche am Parteivorort und in dessen einseitigem Umkreise wohnhaft sind, in besonderen Wahlgängen durch Stimmzettel mit absoluter Majorität gewählt. Sollte bei der ersten Wahlhandlung eines Wahlganges die absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht werden, so hat zwischen den beiden meistbestimmten Personen eine engere Wahl stattzufinden. Weder ein Mitglied der Redaction noch der Expedition des Parteiorgans darf dem Ausschuß angehören. Treten im Laufe des Jahres Vacanzen ein, so hat der Vorort — mit Ausnahme des in § 15 erwähnten Falles — nach demselben Wahlmodus wie bei der Gesamtwahl, die Ergänzungswahl vorzunehmen.“

### 4. § 14 der Organisation desgleichen:

„Die Controlcommission wird gewählt von und aus den Mitgliedern desjenigen Ortes und seines einseitigen Umkreises, welcher von dem Parteicongreß als Sitz der Controlcommission bestimmt worden ist.“

Die Wahl erfolgt durch Stimmzettel und hat spätestens 14 Tage nach dem Congreß stattzufinden. Ergänzungswahlen sind nach gleichem Wahlmodus vorzunehmen.“

### 5. § 18 folgende Fassung zu geben:

„Zur Ueberwachung der geschäftlichen Leitung des Parteiorgans haben die Mitglieder desjenigen Ortes, an welchem das Parteiorgan erscheint, alljährlich (und zwar innerhalb drei Wochen nach stattgehabtem Parteicongreß) drei Revisoren zu wählen. (Unter Umständen sind dieselben vom

Ausschuß zu ernennen. \*) Die Redactoren haben nach Anweisung des Parteiausschusses mindestens einmal monatlich das Cassenwesen des Blattes zu revidiren, jederzeit auf Verlangen dem Parteiausschuß, beziehentlich der Controlcommissiön, sowie einem jeden Parteicongreß Bericht zu erstatten und Rechenschaft abzulegen."

6. zwischen § 18 und 19 folgenden § einzuschalten:

„Der Ausschuß ist verpflichtet, die vierteljährliche Abrechnung der Parteeasse, sowie der Caffe des „Vollstaats“, nachdem beide Theile von den zuständigen Parteibehörden geprüft worden sind, jedesmal in der ersten Hälfte des neuen Quartals den Parteimitgliedern gedruckt zur Kenntniß zu bringen.“

Das Ergebniß dieses Plebiscits, das zweifelsohne zustimmend ausfallen wird, soll bis 16. Oct. 1872 dem Parteiausschuß in Hamburg eingefendet werden.

Zum Ort des nächsten Congresses wurde Nürnberg-Fürth, zum Sitz der Controlcommissiön Breslau und zum Sitz des Parteiausschusses wieder Hamburg gewählt. Die Hamburger Parteimitglieder nehmen am 22. Sept. die Ausschußwahl vor und diese ergab folgendes Resultat: Ed. Prey, Tischler, 1. Vorsitzender. Friedr. Lenz, Tischler, 2. Vorsitzender. Th. Jord, Tischler, Schriftführer. H. Benneke, Schuhmacher, Cassierer. Ernst Stiedentopf, Schuhmacher, Beisitzer.

Ebenso wählten die Breslauer Parteigenossen am 23. Sept. die Controlcommissiön; diese besteht aus (Vollst. Nr. 78): Meißner, Vorsitzender, Dehne, Stellvertreter, Hase und Järber, Schriftführer, Kräter, Kriemichen, Geiser, Scheil, Zapfe, Hat und Schaal.

\*) Die eigenthümlichen Verhältnisse in Leipzig, wo die Polizeibehörde jede Mitgliedschaft verboten hat, veranlaßte den Congreß, es dem Ausschuß zu überlassen, in welcher Form er die Controlle des Parteeorgans handhaben will. Weder Redactions- noch Expeditions- noch Verwaltungscommissions-Mitglieder dürfen Mitglieder der Partei sein. Der Ausschuß wird demgemäß solchen Privatpersonen diese Functionen übertragen, von deren zweifelsohner Gesinnungstreue er überzeugt ist und die nöthige Sicherheit auf dem Wege des Civilvertrages zu erlangen suchen. (Num. des Parteiausschusses im Vollstaats Nr. 80.)

5. Die Stärke der Partei ergibt sich am besten aus der Verbreitung ihres Organes, des „Volksstaat“. Dieser wurde auf dem Eisenacher Congresse gegründet; man wollte mit dem Titel andeuten, daß die Partei den „freien Volksstaat“ erstrebe. Anfänglich hatte das Blatt noch den Zusatz „früher Demokratisches Wochenblatt“, da es aus diesem von Liebknecht redigirten Blatte hervorgegangen war. Der Stuttgarter Congreß gab ihm den Titel „Der Volksstaat, Organ der Socialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerksgenossenschaften“. Es erschien von jeher zu Leipzig. Die Auflage des „Volksstaat“ betrug 1869 3000, wobei das Blatt noch ein Deficit von etwa 270 Thlr. pro Quartal hatte. Langsam nahm die Verbreitung zu und nach den eigenen Angaben der Redaction war die Auflage im 2. Quartal 1871 3212, im 3. Quartal 4146, im 4. 4488, im 1. Quartal 1872 4800, am Schluß des 2. Quartals 5447, während am 21. Sept. 1872 (Volksst. No. 75) über 6000 Abonnenten angegeben werden, so daß jedesmal eine bedeutende Zunahme der Verbreitung sich zeigt. Wächst der Leserkreis noch bis Ende 1872 in gleicher Weise, so hat sich die Auflage in zwei Jahren mehr als verdoppelt. Auf dem Dresdener Congreß (1871) wurde der Schuldenstand des „Volksstaat“ auf 1675 Thlr. angegeben. Der Localabsatz in Leipzig und Umgegend betrug damals 655 Exemplare; der Hauptabsatz geschieht durch Colporteurs und in Paqueten, nur ein geringer Theil durch directe Abonnements auf der Post. Der Krieg hatte dem Aufschwung des Blattes sehr geschadet, so daß die Redaction (Liebknecht und Hepner) auf einen Theil des ohnehin geringen Gehaltes verzichten mußte. Im Frühjahr 1872 wurden Bebel und Liebknecht, die beiden hauptsächlichsten Mitarbeiter am „Volksstaat“, zu je 2 Jahren Gefängniß verurtheilt, das Blatt hat aber dadurch nicht das Mindeste an Frische und Schärfe eingebüßt. Verantwortlicher Redacteur ist Nuth, Mitredacteur ist der Israelite Hepner, der ebenfalls mit den beiden Genannten vor Ge-

recht stand, aber freigesprochen wurde; auch wird vermutet, daß Bernhard Becker, der ehemalige Präsident des Allg. Deutschen Arbeitervereins, beim „Volksstaat“ mitarbeite. Becker hat sich nemlich ebenso wie von Hoffstetten, schon längst den „Eisenachern“ zugewandt, und hat als Delegirter den Haager Congreß der „Internationals“ besucht.

Außer dem „Volksstaat“ werden die Bestrebungen der Partei in Deutschland noch durch folgende Blätter von mehr localer Verbreitung vertreten: „Crimtschauer Bürger- und Bauernfreund“, „Chemnitzer Freie Presse“, „Dresdener Volksbote“, „Braunschweiger Volksfreund“, deren Abonnentenzahl insgesammt auf 7500 angegeben wird. Der Partei sehr nahe verwandt, wenn auch mehr der radicalen Bourgeoisie angehörend, sind: die „Demokratische Zeitung“ in Berlin und das „Fürther Demokratische Wochenblatt“. Es ergibt sich hieraus, daß die Socialdem. Arb.-Partei weit stärker verbreitet ist, als der Berliner Ripale, der nur den „N. Socialdemokraten“ besitzt.

Diese wachsende Verbreitung der socialistischen Anschauungen und des „Volksstaates“ steht in ungenügender Weise im Widerspruch mit der Behauptung der Socialdemokratischen Arbeiterpartei auf ihren Congressen: In Eisenach: 155,486; zu Stuttgart 13,147; in Dresden nur noch 6255 Parteigenossen vertreten. Doch ist hierbei zu bemerken, daß in Eisenach aus Oesterreich 98,607 Arbeiter vertreten waren, wozu noch die Schweizer mit 5100 kamen; zieht man diese ab, so bleiben noch 51,779 übrig als Anzahl jener Arbeiter Deutschlands, deren Delegirte bei Gründung der Socialdem. Arb.-Partei in Eisenach mitwirkten. Es kann aber als sicher angenommen werden, daß man in Eisenach die Stärke vieler vertretenen Arbeitervereinigungen zu hoch angab, da sehr viele abgerundete Zahlen in der Zusammenstellung figuriren und sogar Volksversammlungen, deren Stärke in der Regel um das Doppelte überschätzt wird, als Mandatare aufgeführt sind; ferner hatten eine Menge ein-

zelter Gewerkschaften ihre Abgeordneten gesendet, was auf den späteren Congressen wegfiel. Immerhin hat aber ein Abgang der Partei gegen ihre Stärke zu Eisenach stattgefunden; so war Mannheim in Eisenach mit 500 Mitgliedern, in Dresden gar nicht vertreten; die Schuhmacher von Dresden sandten nach Eisenach einen Abgeordneten, der 1285 Stimmen vertret, während auf dem Dresdener Congreß die Gesamtzahl der dortigen Parteimitglieder überhaupt nur noch mit 240 vertreten war. Der Krieg und eine natürliche Reaction, welche auf die Erziehung der Parteien zur Zeit des Eisenacher Congresses folgte, haben sicher am meisten zu dieser äußerlichen Veruhigung in der Arbeiterbewegung mitgewirkt. Man muß sich aber hüten, aus diesem Kleinerwerden der Zahlen auf eine verminderte Gefährlichkeit der Socialdemokratie zu schließen. Trotz der äußerlichen Verringerung ihres Wirkungskreises, die wir nur für eine scheinbare halten, kann sehr wohl eine zunehmende innere Kräftigung, ein festes Zusammenschließen der Parteigenossen stattgefunden haben, wofür auch die wachsende Auflage des Parteiorganes spricht. Etwas Anderes ist die Anzahl der Anhänger der Parteibestrebungen, und etwas Anderes ist die Summe der organisierten und regelmäßig zahlenden Mitglieder. Während in Eisenach Niemand fragte, ob die vertretenen Arbeiter auch ihre finanziellen Pflichten gegen die Partei erfüllt hatten, wurde dies auf den folgenden Congressen stets strenger genommen, daher auch die geringere Anzahl von Mandatären. Sollte nun dieselbe Regel in Eisenach angewendet, so wäre die Zahl der vertretenen Arbeiter aus Deutschland höchstens 10,000 gewesen. Das regelmäßige Bezahlen der Beiträge ist überhaupt der schwächste Punkt jeder socialdemokratischen Organisation; und die Klagen hierüber wiederholten sich ununterbrochen bei beiden, deutschen Parteien. Der Cassenbericht der Socialdemokratischen Arb.-Partei für 1871 sagt:

„Die Höhe der eingegangenen Parteibeiträge entspricht nicht im Entferntesten den Anforderungen, die wir bei voller Pflichterfüllung eines jeden



Parteigenossen an die Disziplinabilität der Partei: es sollen keine Kosten für Freilich wenn große Orte mit alten Mitgliederzahlen, die als Säulen der social-demokratischen Bewegung Deutschlands gelten sollten, nicht größer Summen einsenden und in der Opferwilligkeit und Zahl der freuerndem Mitglieder hinter armen Weberbörse des Erzgebirges zurückstehen; dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn die Partei noch mehr von 11000 Abkommen der verschiedenen Parteigruppen nicht können erwarten kommt. Hierbei erinnern wir zugleich an die Bestimmung, daß künftig nur diejenigen als Parteigenossen stimmberechtigt auf dem Parteicongreß sein sollen, die ihre Parteipflichten auch wirklich erfüllt haben. Es ist dringend geboten, daß die Parteigenossen einmal in gleich aufopferungsfähiger Weise als dies sehr oft für Zwecke von höchst untergeordneter Bedeutung geschieht, die die Parteiinteressen, dadurch fördern, daß alle ungenutzten ausstehenden Gelder an die Parteeasse eingesandt werden. So lange dies nicht geschieht, ist kaum daran zu denken, daß eine thatkräftige Agitation für die Ausbreitung unserer Ideen und damit zugleich der Partei betrieben werden kann."

6. Die Socialdemokratische Arbeiterpartei ist der deutsche Zweig der „Internationalen“, wenn auch ein Versuch um Aufnahme in die „Internationalen“ nicht gestellt worden ist und nicht gestellt werden konnte. Nach II Punkt 6 ihres Programms betrachtet sich die Partei als Zweig der „Internationalen“, soweit es die Weisung der Parteigesetze gestattet. Da aber eine offizielle Verbindung nicht statt haben kann, so erklärte Bebel auf dem Eisenacher Congresse (Prot. S. 7A): Ich sehe keinen andern Weg, als daß sich Jeder für sich als Mitglied der „Internationalen“ aufsuchen läßt, und ich kann mittheilen, daß auch Karl Marx sich in diesem Sinne ausgesprochen hat. Dagegen, daß jedes Mitglied der deutschen social-demokratischen Partei für sich auch noch Mitglied der „Internationalen“ wird, kann die Polizei nicht einschreiten — es ist durchaus gesetzlich. In Frankreich bestehen ganz ähnliche Vereingeseetze, und Marx führte mir das Beispiel der 10,000 Spanier Arbeiter an, die erst kürzlich erklärt haben, sie könnten sich zwar nicht in corps der „Internationalen“ anschließen, weil die Gesetze dies verbieten, aber sie seien persönliche Mitglieder der

„Internationale“ geordnet, was des Gesez nicht verbiete.“ Dieser Ausweg wurde auch angenommen und dann Liebknecht als Abgeordneter zum Baseler Congreß gesandt. Weil der amtliche Verkehr der Partei mit dem Generalrath unzulässig ist, so geschieht die Correspondenz nur von Person zu Person, was hauptsächlich auf dasselbe hinausläuft. Als Briefe von Marx in London und Labendorf in Zürich an den „Auschuß“ der Partei einliefen und der Polizei in die Hände fielen, da erklärte Bracke in dem später noch zu erwähnenden Braunschweiger Proceß, für eine Unkenntniß der deutschen Vereinsgesetze von Seiten der Briefschreiber könnte die Empfänger keine Verantwortung treffen.

7. Wie die „Internationale“, so fußt auch die Socialdemokratische Arbeiterpartei auf den Gewerkschaften und hat viele derselben in's Leben gerufen; ohne daß diese sich direct mit der Partei verschmölzen haben. Die Bezeichnung „Internationale Gewerkschaft“, welche manche derselben anfangs noch trugen, ließ man fallen, da sie zu Mißverständnissen und Stellenweife zu Antipathien Veranlassung gab. Die wirtschaftlichen Zwecke dieser Gewerkschaften bilden das Nushängestück, um die Arbeiter in die socialistische Agitation hineinzuziehen; diese aber ist die Hauptsache und man hat sich auch noch keine Mühe gegeben, es zu verschleiern. Beispiele hierfür liegen sich in Menge anführen: Wir haben schon auf Seite 89 ein solches gegeben, das dem Circular des Ausschusses der Gewerkschaft der Holzarbeiter (Nr. 2, 1872) entnommen ist. Diese Gewerkschaft gehört zu der best organisirten und zahlreichsten. Sie hielt ihre zweite Generalversammlung zu Mainz vom 17. bis 19. April 1870, wobei 25 Deputirte als Vertreter von 150 Mitglieder anwesend waren. Auf der dritten Generalversammlung, am 18. Juni 1872 zu Erfurt abgehalten, waren 1483 Mitglieder vertreten; die meisten derselben befinden sich zu Hamburg, Altona, Erfurt, Dresden und Leipzig. Die Organisation dieser

„Gewerkschaft der Holzarbeiter“ entspricht derjenigen der Socialdemokratischen Arbeiterpartei, als deren Ableger man sie betrachten kann. Wir geben im Folgenden die wesentlichsten Bestimmungen der Statuten:

§ 1. Zweck des Vereins ist: die Ehre und die materiellen Interessen seiner Mitglieder durch gegenseitige Unterstützung zu wahren und zu fördern. — § 2. Es soll dies erreicht werden zunächst: a) durch die Gründung einer allgemeinen Versicherungsbank zur Unterstützung in Krankheits- und Sterbfällen, sowie zur Unterstützung arbeitsunfähig gewordener Genossen; b) durch Gründung einer allgemeinen Wanderunterstützung; c) durch Unterstützung der Genossen in den in §§ 14, 15, 16. genau bestimmten Fällen der Arbeitslosigkeit und Gewährleistung von Schutz gegen Bedrückungen und ungerechte Anforderungen an die Mitglieder, von welcher Seite dieselben auch ausgehen mögen; d) durch Regelung des Lehrlingswesens, indem der Verein einer Uebersetzung der einzelnen Fachgewerbe mit Lehrlingen in geeigneter und wirksamer Weise entgetreten wird; e) durch Veröffentlichung sachgemäßer statistischer Erhebung über die Lohn- und Arbeiterverhältnisse der betreffenden Gewerbe und wird der Verein es sich zur Aufgabe machen, ein eigenes Organ zu schaffen, bis dahin aber ein von der Generalversammlung zu bestimmendes Arbeiterblatt als Gewerkschaftsorgan zu bezeichnen und nach Kräften zu unterstützen. Doch soll die Förderung und Ausbreitung der Idee, durch Productivassocationen (genossenschaftliche Arbeit) das Löhnungssystem in jeder Form zu beseitigen, — an Stelle des Arbeitslohnes den Arbeitsertrag zu setzen, die Hauptaufgabe des Vereins sein. § 3. Mitglied kann jeder Arbeiter, jeder Kleinmeister aus nachbenannten Gewerben sein: Tischler (Schreiner), Stellmacher (Wagner), Böttcher (Küper), Bildhauer, Pianoforte-Arbeiter, Drechsler, Glaser, Korbmacher, Bürstenmacher u. s. w., sowie alle fachverwandten Gewerbe. § 4 bestimmt, daß Arbeiter, welche wegen entehrender Verbrechen bestraft wurden, sich ein Jahr tadellos aufgeführt haben müssen, ehe sie aufgenommen werden können. — § 5. Beim Eintritt in die Gewerkschaft ist ein Eintrittsgeld von 5 Sgr. = 17 $\frac{1}{2}$  Kr. südd. zu entrichten. — § 6. Die laufende Steuer beträgt wöchentlich 1 Sgr. In außerordentlichen Fällen ist der Ausschuss im Einverständniß mit der Controlcommission, ermächtigt, Extrasteuern zu erheben. Der Beweis der Nothwendigkeit ist bei Ausschreibung der Steuern vom Ausschuss zu führen. § 7. Antheil an den Rechten der Mitglieder erlangt der Eingetretene erst, nachdem er ein Vierteljahr dem Verein beigezahlt hat. Es ist durchaus nicht gestattet, sich die Mitgliederrechte durch Voraus- oder Nachzahlung der Steuerbeiträge zu erwerben. — § 8. Der Mitgliedschaft wird außer

in Fällen von Krankheit oder Arbeitslosigkeit verlosch, wie mehr als 6 Wochen Steuer restirt, oder ein entsprechendes Verbrechen begangen hat. — § 19. Mitglieder, welche zum Militär eingezogen werden, sind während der activen Dienstzeit von ihren Pflichten und Rechten suspendirt. Desgleichen sind Mitglieder, die länger als 14 Tage krank sind, von den während der Krankheit entstandenen Steuern zu entbinden. § 11. Jedes Mitglied ist verpflichtet, an dem Orte, wo es in Arbeit steht, der Krankenunterstützungscasse der Gewerkschaft beizutreten. — § 12. Berechtigte Mitglieder, welche um Arbeit zu suchen sich auf der Reise befinden, erhalten in den vom Directorium bekannt gemachten Orten Reisegeld. Das Reisegeld beträgt für jede in gerader Richtung zurückgelegte Meile in den Sommermonaten 1 Sgr., in den Wintermonaten  $1\frac{1}{2}$  Sgr. Wer länger als 4 Wochen auf der Reise ist, erhält, wenn ihm innerhalb dieser Zeit Arbeit angewiesen worden ist, während der ferneren Reisezeit keine Unterstützung. § 18. Verheirathete Mitglieder haben Anspruch auf 12 Thlr. Beerdigungsgeld; jedoch wird dieses Geld nur einmal und zwar an die legitimen Erben ausgezahlt. — § 14. Anspruch auf Unterstützung aus der Gewerkschaftscasse hat jedes Mitglied, welches durch sein Auftreten für die Gewerkschafts- oder Arbeiterinteressen brodblos geworden — gemäßregelt — ist. Die Unterstützung beträgt pro Tag 15 Sgr. für Verheirathete. Für Unverheirathete, wenn sie nicht durch zwingende Verhältnisse an den Ort gebunden sind, pro Tag 10 Sgr. und wird überhaupt nicht oder nicht ferner gewährt, sobald dem betreffenden Mitgliede sofortige annehmbare Arbeit zum ordentlichen Lohne nachgewiesen wird, wozu jedes Mitglied verpflichtet ist. Die Auszahlung erfolgt täglich. — § 15. Bei Fragestellung einzelner Mitglieder hat, wenn Anspruch auf die Unterstützung erhoben wird, die Mitgliedschaft am Orte durch Zweidrittel-Majorität festzustellen, ob und inwiefern die erhobenen Ansprüche berechtigt sind, oder nicht. Diesem an den Ausschuss einzulehrenden Gutachten ist die Ansicht der Minorität beizufügen. — § 16. In Betreff der Arbeitseinstellungen gelten folgende Bestimmungen: Die Controlcommission beschließt darüber, welche Arbeitseinstellung auf Kosten des Vereines begonnen resp. unterstützt werden soll, und bewilligt aus der Casse die nöthigen Mittel. — § 17. In dem Fall, daß die Casse nicht die Mittel besitzt, um die Arbeitseinstellung zu unterstützen, erstattet der Ausschuss den Antrag der Controlcommission allen Mitgliedschaften zur Abstimmung vorzulegen. Die Genehmigung der Arbeitseinstellung durch diese Abstimmung erfolgt mit Zweidrittel-Mehrheit erfolgen. Wird auf diese Weise die Einstellung genehmigt; so sind alle Mitglieder, nicht nur allein die, welche davon Nutzen, verpflichtet, einen entsprechenden, nach der Zahl der zu unterstützenden und der gesammten Mitgliederzahl der Gewerkschaft bestimmten Beitrag

zu entrichten. Die Höhe dieses pro Tag und Mitglied zu zahlenden Betrags soll übrigens beim Ausschreiben der Urabstimmung dem Mitgliede gleich mitgetheilt werden. — § 18. Alle Angelegenheiten der Gewerkschaft verwaltest ein **Ausschuß** von 5 Personen, bestehend aus dem Vorsitzenden, dessen Stellvertreter, dem Hauptcassierer und zwei Beisitzern. Sämmtliche Ausschußmitglieder müssen an einem Ort oder in dessen zweimüthigem Umkreise wohnen. — § 19. Zur Überwachung der Geschäftsführung des Ausschusses bestimmt die Generalversammlung einen Ort, wo die **Controlcommission**, bestehend aus 11 Personen, ihren Sitz hat; die Mitglieder dieses Ortes haben spätestens binnen 14 Tagen nach der Generalversammlung die Wahl vorzunehmen. — § 20. Der Ausschuß ist die ausführende Behörde. Zur Ausführung für den Verein ständiger Verträge ist die **Unterschiff** von mindestens 8 Mitgliedern desselben erforderlich. — § 21. In dem Orte, wo der Ausschuß seinen Sitz hat, sind von den Mitgliedern aus ihrer Mitte 3 Revisoren zu wählen, welche mindestens einmal vierjährlich den Ausschuß controliren müssen, denen aber auch die Befugniß zusteht, diese Controlle auszuüben, so oft es ihnen nöthig erscheint. — § 22. Die **Controlcommission** als beschließende Behörde der Gewerkschaft entscheidet in allen Angelegenheiten, die nicht ausdrücklich der Generalversammlung vorbehalten sind. In allen Fällen kann aber die Anordnung des Ausschusses, welche dieser innerhalb seines Wirkungskreises trifft, bei derselben Beschwerde geführt werden. Die Commission kann jederzeit einen Controlleur ernennen, welcher das Recht hat, wenn ein Mitglied des Ausschusses seine Pflicht nicht erfüllt, die Suspendirung desselben zu beantragen. Die Controlcommission kann mit einer Mehrzahl von zwei Mitgliedern jedes Mitglied des Ausschusses vom Amte suspendiren, muß aber binnen acht Tagen Anklage und Bertheidigung an alle Bevollmächtigten senden, um durch die von denselben sofort einzuberufenden Mitgliederversammlungen die endgültige Entscheidung durch die Gesamtheit der Mitglieder herbeizuführen. — § 24. Die **Einsammlung** der Mitgliederbeiträge und die **Auszahlung** der Unterhaltungen zu ernsthaflichen, ist Absicht da, wo sich mindestens 10 Mitglieder befinden, von denselben aus ihrer Mitte ein Bevollmächtigter, ein Cassierer, und drei Revisoren zu wählen und dem Ausschuß anzuzeigen. Falls nicht innerhalb 8 Tagen von Seiten des Ausschusses Einsprüche gegen die Zulässigkeit der Wahl erhoben wird, ist die Wahl als gültig anzusehen. — § 25. Das **Vermögen** der Gewerkschaft ist unveräußerlich. Die Mitglieder der Gewerkschaft haben keinen Anspruch an das Gewerkschaftsvermögen. Die Auflösung der Gewerkschaft kann nur dann erfolgen, wenn  $\frac{3}{4}$  der Mitgliederzahl dafür sind, oder über das Vermögen der Gewerkschaft der Concurs eröffnet wird, in welchem Falle der Ausschuß eine Generalversammlung

einguberufen hat; diese wählt eine Commission, die von da ab die Angelegenheit zum Austrage bringt. — § 27. Jedes Jahr wird in dem Zeitraume vom 1. April bis 1. Juli eine Generalversammlung der Gewerkschaft abgehalten, zu welcher jeder Ort für sich oder mehrere zusammen einen oder mehrere Delegirten zu wählen hat. — § 29. Außerordentliche Generalversammlungen müssen vom Ausschusse jederzeit einberufen werden, wenn die Controlcommission einstimmig oder  $\frac{1}{6}$  der gesammten Mitglieder der Gewerkschaft es verlangt. Weigert sich der Ausschuss auf Antrag der Commission eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, so soll durch Urabstimmung aller Mitglieder darüber entschieden werden. — § 30. Zu den Befugnissen der Generalversammlung gehören: a) Gesetzgebung für die Gewerkschaft. b) Prüfung bzw. Bestätigung der Rechnungsberichte. c) Wahl des Vororts und des Sitzes der Controlcommission. d) Bestimmung der Beamtengehalte und Cautionen. e) Regelung der Agitation zur Ausbreitung der Gewerkschaft. — § 32. Die Generalversammlung gibt sich ihre Geschäftsordnung selbst, doch soll für alle Wahlen absolute, für Abänderung der Statuten  $\frac{2}{3}$  Majorität erforderlich sein. — § 33. Jede Abänderung der Statuten muß auf Antrag von  $\frac{1}{6}$  der Mitglieder der Urabstimmung unterbreitet werden. Doch ist zur Verwerfung solcher beschlossenen Abänderung eine Majorität von  $\frac{2}{3}$  aller Mitglieder erforderlich.

Im Allgemeinen sind diese Gewerkschaften noch sehr schwach. Die der Holzarbeiter zählte auf ihrer letzten Generalversammlung zu Erfurt 1883 vertretene Mitglieder, eine lächerlich geringe Anzahl, wenn man die Menge von Arbeitern bedenkt, welche in Deutschland in den betreffenden Gewerken beschäftigt sind. Die ganze Organisation liegt noch sehr im Argen; die Spaltung der Arbeiter in verschiedene Parteien, wodurch oft die Angehörigen derselben Werkstatt sich in zwei feindselige Lagen scheiden, trägt nicht wenig dazu bei. Die Schwäche der Bewegung ergibt sich besonders bei einem Vergleich mit den großen englischen Gewerkschaften, die Tausende von Mitgliedern zählen, fast stets gefüllte Cassen haben und eigene Anwälte bezahlen zur Durchführung ihrer Streitigkeiten mit den Fabrikanten. Sehr fehlt den deutschen Gewerkschaften die Centralisation des gewerkschaftlichen Gedankens in einer energischen Persönlichkeit; es mangelte ihnen bisher jede zusammenfassende Organisation und dieß macht sich besonders bei den Arbeitseinstellungen fühlbar.

Daher das Streben, die verschiedenen Gewerkschaften zu centralisiren und eine „Gewerkschafts-Union“ zu Stande zu bringen. Wir haben schon gesehen, wie der Allg. Deutsche Arbeiterverein sich der gewerkschaftlichen Bewegung, obgleich sie seinem Princip fremd ist, zu bemächtigen sucht und suchen muß, um nicht überflügelt zu werden; denn der Arbeiter wird meist nur durch den materiellen Vortheil des Augenblickes bewegt. Der Gedanke einer Gewerkschafts-Union wurde von der Socialdemokratischen Arbeiterpartei eifrig gepflegt; ihre Mitglieder sind die treibenden Kräfte in den Gewerkschaften; diese selbst sollen die Vorhule der Partei bilden und ihr eine zahlreiche Armee für die künftige politische Thätigkeit heranziehen. An den Orten, wo die einzelnen Gewerke zu schwach sind, um sich selbstständig zu organisiren, will man gemischte Gewerkschaften gründen, damit auch dort die socialistische Bewegung Wurzel fasse. Nach langen Vorbereitungen und Berathungen kam endlich der Gewerkschafts-Congreß zu Erfurt zu Stande, welcher die erstrebte Union herbeiführte. Dieser Congreß tagte vom 15. bis 17. Juni 1872 und war besucht von 51 Delegirten, welche 6152 Gewerkschaftsmitglieder, 3768 Mitglieder von Fachvereinen, 1488 Mitglieder von freien Vereinigungen, im Ganzen also 11,358 Arbeiter vertraten. Am zahlreichsten waren die Holz- und Metallarbeiter, dann die Schuhmacher und Schneider vertreten, während die Maurer (die besonders in Berlin unter Lassalle'scher Fahne organisiert sind), die Weber, Maler, Kürschner, Spengler und Häfner nur je einen oder einige Abgeordnete gesendet hatten. Die großen Gewerkschaften der Cigarrenarbeiter, der Hutmacher und Buchdrucker waren gar nicht vertreten. Das Protocoll jenes Congresses wurde bei W. Bracke jr. in Braunschweig gedruckt. Einige der Anwesenden wollten alle Arbeiter in einen einzigen Topf werfen, so daß die Debatte sich um die Frage, ob Gewerkschafts-Union oder Unions-Gewerkschaft drehte. Die letztere wäre der Organisation des Allgem. Deutschen Arb.-Vereins verwandt geworden, aber das föderative

Prinzip stiegte. Der Congreß beschäftigte sich mit Befestigung der Statuten und erklärte Leipzig zum Sitz des Unions-Ausschusses; außerdem wurde noch in einer Nachversammlung die Abschaffung der Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken und Werkstätten beschlossen; von Bedeutung ist noch folgender derselben Versammlung entsprungener Beschluß:

„In Erwägung, daß die Capitalmacht alle Arbeiter, gleichviel ob sie konservativ, fortschrittlich-liberal oder Social-Demokraten sind, gleichwohl bedrückt und ausbeutet, erklärt der Congreß es für die heiligste Pflicht der Arbeiter, allen Parteihader beiseite zu setzen, um auf dem neutralen Boden einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation die Vorbedingung eines erfolgreichen kräftigen Widerstandes zu schaffen, die bedrohte Existenz sicherzustellen, und eine Verbesserung ihrer Klassenlage zu erlangen. Insbesondere aber haben die verschiedenen Fraktionen der social-demokratischen Arbeiterpartei die Gewerkschaftsbewegung nach Kräften zu fördern, und spricht der Congreß sein Bedauern darüber aus, daß die Generalversammlung des Allg. Deutschen Arbeitervereins einen gegentheiligen Beschluß gefaßt hat.“

Die Satzungen dieser Gewerkschafts-Union lauten im Wesentlichsten:

§ 1. Die Gewerkschafts-Union bezweckt die Vereinigung der deutschen Gewerkschaften, Gewerkschaften und Fachvereine, welche die materielle Besserung und geistige Erhebung der Arbeiterklasse zu erlangen bestrebt sind. Die „Union“ umfaßt also alle gewerkschaftlichen Arbeiterkreise Deutschlands, die sich in selbstständigen Gewerkschaften, Fachvereinen und gemischten Gewerkschaften organisiert haben. — § 2. Die „Gewerkschafts-Union“ wird demgemäß der Mittelpunkt sein für die diesen Zweck verfolgenden Bestrebungen der in ihr vereinigten Fachgewerkschaften. a) Zur Unterstützung ihrer Mitglieder bei Streitigkeiten oder auch bei Haftentlassungen und Bedrückungen derselben, b) Zur Gewährung von Rechtschutz in dergleichen Fällen, c) Zur Regelung der Arbeitsvermittlung, d) Zur Förderung statistischer Ermittlung über die Lage der Arbeiter der verschiedenen Gewerbe in Beziehung auf Löhne, Arbeitszeit, Lebensstellung, etc. e) Zur Gewinnung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitslose, f) Zur Unterstützung der Bestrebungen der Arbeiter durch Produktionsgenossenschaften, g) Gründung von Gewerkschaftsorganen zur Förderung der Vereinszwecke in der Presse und wird die weitere Agitation dafür kräftig unterstützen. — § 3. Jedem einzelnen der Union zugehörigen Gewerbe- oder Fachvereine bleibt es überlassen, seine



Satzungen und Verwaltungseinrichtungen insoweit selbstständig zu ordnen, als dies mit dem Statut oder den Congressbeschlüssen der „Union“ vereinbar ist. § 6. Die an einem Orte bestehenden zur „Union“ gehörenden Gewerkschaften und Fachvereine zc. haben sich monatlich einmal gemeinschaftlich zu versammeln, die gemeinsamen Unions- und Gewerksangelegenheiten zu regeln, insbesondere aber für die Kräftigung der „Union“ am Platze, sowie für die Agitation zu deren Ausbreitung an anderen Orten Sorge zu tragen. § 7. Jedes Mitglied einer zur „Union“ gehörenden Gewerkschaft oder Fachvereins zc. ist verpflichtet, in Orten, wo eine Mitgliedschaft oder Fachverein der eigenen Gewerkschaft noch nicht besteht, jedoch eine andere zur Union gehörende Gewerkschaft existirt, dieser sofort beizutreten, außerdem aber mit allen Kräften dafür zu wirken, daß eine Mitgliedschaft der eigenen Gewerkschaft hies Leben gerufen wird. — § 8. An allen Orten, wo die Zahl der Arbeiter zu gering ist, um Mitgliedschaften verschiedener Gewerkschaften oder Fachvereine zu gründen, können dieselben zu einer gemischten Gewerkschaft als Unions-Mitgliedschaft zusammentreten. — § 10. Die Leitung der Gewerkschafts-Union wird ausgeübt: a) durch den Congress als gesetzgebenden und beschließenden Körper; b) durch einen Ausschuß, welcher die Ausführung der Beschlüsse des Congresses zu fördern, zu schützen und streng zu überwachen, sowie die Union nach innen und außen zu vertreten hat; von demselben können alle Vereine, Local- und Gewerkschaftsausgänge zur Rechenschaft gezogen werden; c) durch eine Controlcommission als überwachende Behörde. — § 12. Der Centralausschuß ist berechtigt, zur Durchführung der mit der Thätigkeit der „Union“ überhaupt zusammenhängenden Agitation wie folgt über Gelder aus der Casse zu verfügen: a) So lange die jährlichen Einnahmen der Union unter 1000 Thlr. betragen, über jährlich 250—350 Thlr. b) Wenn die jährlichen Einnahmen zwischen 1000 und 2000 Thlr. betragen, über jährlich 350—500 Thlr. c) Wenn die jährlichen Einnahmen zwischen 2000 und 3000 Thlr. betragen, über jährlich 500—1000 Thlr. — § 13. An dem Orte, wo der Centralausschuß der „Union“ seinen Sitz hat, sind alljährlich in der Zeit vom 1.—15. Juli von den wählbaren Mitgliedern aus ihrer Mitte drei Central-Haupt-Cassier-Beisitzer zu erwählen, welche mindestens monatlich einmal den Centralausschuß kontrolliren müssen, denen aber auch die Befugniß zusteht, die Controlle auszuüben, so oft es ihnen nöthig erscheint. — § 15. Alljährlich findet ein Congress der Gewerkschafts-Union statt. Ort und Zeit des Congresses bestimmt die Unions-Behörde. Jede zur Union gehörende Gewerkschaft ist gehalten, ihre ordentliche Generalversammlung zu gleicher Zeit und an demselben Orte abzuhalten, falls der Centralausschuß nicht davon abfindet, oder durch ihren Ausschuß sich vertreten zu lassen. § 17. Zu den Functionen des Congresses gehört: 1) Bestimmung des

Ortes, an welchem der Centralausschuß und die Controlcommission ihren Sitz haben. b) Prüfung bzw. Entlastung der betreffenden Beamten, c) Beschlußfassung über Agitationsmittel, d) Beschlußfassung über Statutenabänderungen, e) Bestimmung der Beamten-Gehalte und Cautionen, f) Rechtsprechung über unerledigte Streitigkeiten. — § 19. Jede von einem Congreß beschlossene Abänderung der Statuten muß auf Antrag von  $\frac{1}{6}$  der Mitglieder der Urabstimmung unterbreitet werden. Doch ist zur Verwerfung solcher beschlossener Abänderungen eine Majorität von  $\frac{2}{3}$  aller Mitglieder erforderlich. — § 20. Auf Antrag aller Gewerkschaftsverwaltungen oder wenn der dritte Theil sämtlicher Unionsmitglieder es beantragt, muß der Centralausschuß einen außerordentlichen Congreß einberufen. — § 21. Die Controlcommission beschließt in allen Angelegenheiten, soweit solche nicht ausdrücklich dem Congreß vorbehalten sind. Bei Streitigkeiten zwischen den Unionsvereinen, die vom Ausschuß nicht geschlichtet werden, entscheidet die Controlcommission mit einfacher Majorität, desgleichen über Streitigkeiten zwischen dem Centralausschuß und den Gewerkschaftsausschüssen oder Localverwaltungen. — § 22. Zur Förderung der Unionszwecke sind von jedem Mitglied pro Monat 8 Pf., pro Quartal 2 Sgr. (7 Kr.) an die Centralcasse der Gewerkschafts-Union zu entrichten. Dieser Betrag wird in den Beiträgen der Mitglieder mit erhoben, und von dem Hauptcassierer der verschiedenen Gewerkschaften an die Centralcasse der „Union“ eingefandt. Aus der Centralcasse der Union werden bestritten: a) Die Unterstützung bei Arbeitseinstellungen und der Gemagregelten, soweit solches durch dies Statut bestimmt ist. b) Die Agitationskosten für Ausbreitung der Union. c) Alle Verwaltungskosten. — § 26. Anspruch auf die Unterstützung der Union haben nur die Gewerkschaften, Fachvereine u., die sich der „Union“ angeschlossen und ihre Pflichten erfüllt haben. Die Gewerkschafts-Union wird demgemäß nur für die materielle Unterstützung der Striker der ihr zugehörenden Gewerkschaften resp. Fachvereine eintreten. — § 27. Der Localausschuß soll bei Berathung eines solchen Antrags auf Unterstützung die Forderungen der Arbeiter sorgfältig prüfen und gewissenhaft erwägen, ob dem Antragstellern ein anderes Mittel, ihre Forderung zu erreichen, nicht übrig blieb, insbesondere, ob alle Versuche gegenseitiger Auseinandersetzung und Vereinbarung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern resultatlos geblieben sind. Ist dies geschehen, und der Localausschuß genehmigt den Antrag der betreffenden Arbeiter, so hat derselbe sofort am betreffenden Orte selbst alle zur Unterstützung notwendigen Maßregeln zu treffen, und sofern die betreffenden Arbeiter einer Gewerkschaft als Mitglieder angehören, dieser, sofern dies nicht der Fall ist, der Centralverwaltung der „Union“, darüber Bericht zu erstatten. — § 28. In Betreff solcher Arbeitseinstellungen, die erst beabsichtigt werden, aber noch nicht im Gange sind, a) Wenn irgendwo

Arbeiter eine Einstellung beabsichtigen, so hat der Vertreter der betreffenden Arbeiterschaft im Localausschuß auf Grund einer eingehenden und genauen Berichterstattung den Antrag zu stellen: „Der Ausschuß möge die beabsichtigte Einstellung genehmigen und für Unionsache erklären, sowie auch die erforderlichen Unterstützungen bewilligen.“ Die Berichterstattung nebst Antrag hat binnen 3 Tagen in einer Sitzung des Centralausschusses der Union zu erfolgen. b) Der Centralausschuß hat in der Sitzung, in welcher der Antrag gestellt wird oder in einer binnen 2 Tagen stattfindenden weiteren Sitzung über den Antrag zu entscheiden. Gleichviel was die betreffende Gewerkschaft beantragt hat, kann beschlossen werden, entweder die Genehmigung zur Einstellung endgiltig oder vorläufig zu versagen, oder dieselbe zu ertheilen u., oder endlich bessere Berichterstattung zu verlangen. c) Ist die Genehmigung zur Einstellung versagt worden, so hat der Vorsitzende die Betreffenden binnen zwei Tagen zu benachrichtigen. Ist hingegen die Einstellung für Unionsache erklärt worden, so hat der Ausschuß sofort zu bestimmen, welche Beträge den Feiernden entrichtet werden sollen und hat der Ausschuß binnen drei Tagen die erforderlichen Anordnungen zu treffen. d) Nur solche Arbeiter, welche zur Union gehören, erhalten bei Strikes Geldmittel aus der Unionscasse. e) Bei Einstellungen, die Unionsache sind, hat die betreffende Gewerkschaft die Hälfte der in Gemäßheit der Ansätze des Ausschusses erforderlichen Summen aufzubringen. f) Bei Einstellungen, wobei unter fünf Procent der Mitglieder der betreffenden Gewerkschaft betheiligte sind, kann erst nach Ablauf von vier Wochen, wenn alsdann die Einstellung noch nicht zu Ende gelangt ist, vom Vertreter der Arbeiterschaft der Antrag, die Einstellung für Unionsache zu erklären, gestellt werden. Sind über fünf oder unter zehn Procent betheiligte, so gilt dasselbe nach Ablauf von zwei Wochen. g) Der Ausschuß soll, wenn er eine Einstellung für Unionsache erklärt hat, zugleich die Forderungen der Arbeiter nur insoweit genehmigen, als sie den Verhältnissen entsprechen. Die Feiernden, resp. die betreffende Gewerkschaft, haben sich den Aussprüchen des Central-Ausschusses und den im Allgemeinen hierauf begründeten Anordnungen der Union, sowie den in Betreff der Einstellung überhaupt getroffenen Anordnungen zu fügen. Geschieht dies von Seiten der Feiernden nicht, so hört die Einstellung auf Unionsache zu sein, und ist damit zugleich die Unterstützung durch die Union aufgehoben. h) Der Ausschuß kann in einzelnen Fällen von allen vorstehenden Bestimmungen abgehen, wenn ein dergleichen Beschluß einstimmig gefaßt wurde. Die Unterstützungen sind die einzelnen Feiernden werden nicht. Die Person nur als Darlehn eines Vertrauensmannes verabsolgt und ist ein auf diesen lautender Schuldschein von dem Empfänger zu unterzeichnen. Streikende, welche ohne Genehmigung die Arbeit aufnehmen, haben die erhaltenen

Darlehen unbedingt zurückzahlen. — § 29. Einstellungen, welche bereits in vollem Gange sind, ohne daß das in der betreffenden Gewerkschaft oder Union vorgeschriebene Verfahren beobachtet worden wäre, können nur ausnahmsweise Unionssache werden. Es ist hierzu nöthig, daß ein detsfalliger Antrag einstimmig angenommen wird. Für Ausschließungen (Verbindungen von Arbeitgebern zur Ausübung der Arbeit) gelten — mit den selbstverständlichen Aenderungen — dieselben Bestimmungen, wie für die Einstellungen — § 30. Wenn der Cassenbestand der Central-Haupt-Casse nicht ausreicht zur Unterstützung der zur Unionssache gemachten Arbeitseinstellungen, so sind durch den Ausschuß in Uebereinstimmung mit der Controlcommission, die Ausschüsse aller zur Union gehörenden Gewerkschaften zc. mit Ausnahme der im Strike befindlichen Gewerkschaft anzuweisen, aus den Beständen der Haupt- und Ortscaffen einen, dem Umfang der Arbeitseinstellung angemessenen Betrag der Central-Haupt-Casse zu diesem Zwecke zur Verfügung zu stellen. Die Höhe dieser Beiträge wird nach Procenten auf Antrag des Ausschusses von der Controlcommission bestimmt. — § 32. Die Gewerkschafts-Union hat ein eigenes Pres-Organ unter dem Namen „Die Union, Organ der deutschen Gewerkschaften, Gewerks- und Fachvereine“, welches als wöchentliche Beilage dem Volksstaat beigegeben wird. — § 33. Der Localauschuß der „Gewerkschafts-Union“ an dem Orte, an welchem das Organ gedruckt wird, übt unter Oberaufsicht des Central-Ausschusses die Controle über die Redaction und Administration des Blattes aus. In zweifelhaften Fällen hat derselbe über Aufnahme oder Ablehnung zum Abdruck eingesandter Artikel — so weit solche nicht etwa der Beurtheilung des Central-Ausschusses zu unterbreiten sind, zu entscheiden.

Hauptzweck dieser Gewerkschafts-Union ist schon die von Schweizer beabsichtigte und in Angriff genommene Organisation der Arbeitseinstellungen. Diese sind ja das beste und beliebteste Mittel zur socialistischen Agitation.

8. Wir haben noch zweier Prozesse zu gedenken, welche gegen die hervorragendsten Mitglieder der Socialdemokratischen Arbeiterpartei zu Braunschweig und Leipzig geführt wurden. Nach dem Sturz des französischen Kaiserreichs am 2. und 4. September 1870 wurde auf die Sympathie der internationalen Socialisten der neuen Republik in Paris zu. Dort bestand die erstrebte Regierungsform und überdies besaßen

die socialistischen Elemente in Paris: einen besonders starken Einfluß, so daß man hoffen konnte, — was sich später auch verwirklichte; — die Republik in Paris auch materiell zu einer socialistischen zu machen. Es wünschte man der jungen Republik das beste Gedeihen und trug sich mit dem Gedanken, von dort aus später auf die übrigen Ränder zu wirken. Dabei entstand eine Agitation der deutschen Socialisten; damit Frankreich ein möglichst günstiger Friede zu Theil werde, weil ja der Krieg gegen Napoleon und nicht gegen das französische Volk geführt worden sei. Die Stimmung der Socialisten äußerte sich in einem „Manifest an die deutschen Arbeiter“; das des Braunschweiger Ausschusses der Socialdemokratischen Arbeiterpartei am 5. September 1870 erschien; es wurde im „Volksstaat“ abgedruckt und noch überdies in 10,000 Exemplaren verbreitet. In demselben heißt es:

„Der französischen Regierung muß ein ehrenvoller Friede gestattet werden. . . Eine Pflicht des deutschen Volkes ist es, ja in seinem eigenen Interesse liegt es, einen ehrenvollen Frieden der französischen Republik zu gewähren. . . Vor Allem ist es Pflicht der deutschen Arbeiter, denen die Einheit der Interessen zwischen dem deutschen und dem französischen Volke zum höchsten Lebensgenusse geworden ist; die in den französischen Verbänden nur ihre Brüder sehen, mit denen gleiches Noth und Streben sie einen solchen Frieden für die französische Republik zu verlangen. An den deutschen Arbeitern ist es, auszusprechen, daß sie im Interesse Frankreichs und Deutschlands nicht gewannen find, eine Beschimpfung des französischen Volkes zu dulden, nachdem dasselbe sich erdgiltig von dem insinuenen Friedensbrüder losgesagt.“ Weiter fertigt das Manifest gegen die Proclamation von Elsaß und Lothringen. „Es ist durchaus notwendig, daß die Partei sofort an allen Orten in Gemäßheit unseres Manifestes möglichst großartige Kundgebungen des Volkes gegen Annexion von Elsaß und Lothringen und für einen ehrenvollen Frieden mit der französischen Republik veranstaltet.“

Diese Agitation, welche der diplomatischen Nation, sehr hinderlich worden konnte, veranlaßte die preussische Regierung zum sofortigen Einschreiten. Unter der Herrschaft des Befehlshaber des Reichs wurden in Braunschweig, Wolfenbüttel, Harburg, Gotha, Leipzig und anderen Städten hervorragende Mitglieder

der in Rede stehenden Partei verhaftet und nach Witten in Ostpreußen abgeführt. Zugleich wurde der „Volksstaat“ im Bereich des Generalgouverneurs des norddeutschen Küstenlandes verboten. Eine gerichtliche Einschreitung erfolgte aber bloß gegen vier Mitglieder des Ausschusses zu Braunschweig. Es waren Kaufmann Wilhelm Bracke jun., 29 Jahre alt, ein ideal angelegter und für die „Emancipation“ der darbenenden Menschheit schwärmender Mann; Maschinen-Techniker Leonhard von Bonhorst aus Saub, 31 Jahre alt; früherer Lehrer zu Wolfenbüttel, Samuel Spier, 33 Jahre alt; Schneidergefelle Joh. Aug. Carl Kühn aus Leipzig, 42 Jahre alt; sämmtliche angeklagt des Vergehens gegen die öffentliche Ordnung. Die Verhafteten sollten zuerst wegen Hochverraths in Untersuchung gezogen werden; doch ließ man diesen Punkt fallen und hielt sich an kleinere Vergehen. Die Anklage betonte die revolutionäre Tendenz der Partei und des für die Haltung des Partei-Blattes verantwortlichen Braunschweiger Ausschusses, sowie die vielfachen Geschäftsverbindungen, in welchen dieser Ausschuss mit dem Generalkath der „Internationale“ gestanden habe, „obgleich auf dem Eisenacher Congresse selbst solche Verbindung als gesetzwidrig durch Bebel anerkannt wurde mit dem Bemerken, daß Solches schlechterdings nicht gesagt werden dürfe.“ Verschiedene, im Besitze des Ausschusses gefundene Briefe von Carl Marx beweisen diesen Geschäftsverkehr. Die erwähnten Correspondenzen, namentlich mit dem Londoner Generalkathe, lassen erkennen, daß von dem Ausschusse die Oberleitung des Generalkathes anerkannt wurde.“ Der Staatsanwalt suchte besonders die moralische Ueberzeugung herbeizuführen, daß die Angeklagten und ihre Partei mit allen Mitteln und wenn es nicht anders ginge, auch mit Gewalt, eine social-republicanische Erhebung herbeizuführen und dazu sogar die Hilfe der französischen Gefangenen in Deutschland benutzen wollten. Als Ziel der Angeklagten und ihrer Partei gab die Anklageschrift an: „Gewalt-samer Umsturz der monarchischen Staatsverfassungen Deutschlands,

**Kampf des Proletariats gegen alle Besitzenden, Herstellung** — nicht der vielgeschmähten Bourgeois-Republik, sondern der socialistischen und communistischen Republik unter der rothen Fahne und zwar, da an die Einführung solcher Zustände im friedlichen Wege kein vernünftiger Mensch denken kann, im Wege der rothen Gewalt, der Revolution.“

Man hätte erwarten sollen, daß die Angeklagten diese Gelegenheit benutzen würden, um sich als Propheten des vierten Standes zu proclamiren. Aber der Geist Vassalle's fehlte; statt sich zu Märtyrern einer, wenn auch in ihren Zielen verfehlten, doch immerhin von edlen Motiven geleiteten Bewegung zu machen, zogen sie es vor, die Bedeutung ihrer Reden und Handlungen abzuschwächen. Die Schuld für den officiellen Verkehr mit der „Internationale“ schoben die Angeklagten auf die Häupter derselben, welche mit den deutschen Vereinsgesetzen nicht vertraut seien; sie producirten eine von Carl Marx in London abgegebene eidliche Erklärung, worin bezeugt wurde, erstens, daß die Socialdemokratische Arbeiterpartei, deren Ausschuß seinen Sitz in Braunschweig hatte, niemals verlangt habe, ein Zweig oder eine Section der „Internationale“ zu werden; zweitens, daß auch eine Einreihung als Zweig oder als Section der „Internationale“ nicht stattgefunden, und drittens, daß viele Mitglieder der in Rede stehenden Socialdemokratischen Arbeiterpartei einzeln in die „Internationale“ aufgenommen worden seien. Bracke war in der Voruntersuchung so naiv, zu behaupten, sie hätten den socialdemokratischen Volksstaat innerhalb der Monarchie verwirklichen wollen; ähnlich äußerte sich auch Spier, indem er meinte, die zehn Punkte des Eisenacher Programms seien ganz gut mit einer Monarchie verträglich, wenn auch freilich seiner subjectiven Meinung nach später die allgemeine Republik kommen werde. Bracke sagte ferner: Zwar wünsche er den friedlichen Weg, aber die geschichtliche Erfahrung zeige, daß die Regierungen in der Regel verblendet seien, wie z. B. ersichtlich sei aus der Emancipation des Bürgerstandes in der ersten französischen Revolution; es

sei nicht die Schuld der Socialdemokraten, wenn die Möglichkeit der Gewalt vorausgesetzt werden müsse; die rothe Republik werde voraussichtlich das geschichtliche Resultat sein und in dieser rothen Republik werde die Liebe herrschen; auch gehe das bereits aus den Schriften Vassalle's hervor; wenn die Arbeiter nicht auf dem friedlichen Wege zum Ziele gelangen, werden allerdings Zudungen kommen, welche Bracke nicht gerne sehen würde, da von seiner Partei der friedliche Weg verfolgt werde; was er thun würde, wenn eine solche Zudung käme, könne er jetzt noch nicht sagen.

Am 27. Nov. 1871 fällte das Braunschweiger Kreisgericht seinen Spruch und verurtheilte auf Grund der §§. 110, 128 und 131 des Reichsstrafgesetzbuches und des Braunschweigischen Vereinsgesetzes Bracke und von Bonhorst zu je 16 Monaten, Spier zu 14 Monaten und Kühn zu 5 Monaten Gefängniß unter Anrechnung der erlittenen etwa fünfmonatlichen Untersuchungshaft. Der herzogliche Cassationshof zu Wolfenbüttel aber vernichtete auf eingelegte Berufung diese Entscheidung am 16. Februar 1872 und verurtheilte nur wegen Verstosßes gegen §. 33 des Braunschweigischen Vereinsgesetzes vom 4. Juli 1853 Bracke und von Bonhorst zu je 3 Monaten, Spier zu 2 Monaten Gefängniß und Kühn zu 6 Wochen Haft und zur Bezahlung eines Theils der Kosten. Die erkannten Strafen waren durch die Untersuchungshaft gebüßt. Der citirte §. 33 lautet: „Mitglieder von Verbindungen, welche gesetzwidrige Zwecke verfolgen, hinsichtlich deren das Criminalgesetzbuch nicht speciell eine Strafe androht, sind mit Gefängniß von 14 Tagen bis 6 Monaten zu belegen.“

So betrachtete auch der Cassationshof die Socialdemokratische Arbeiterpartei als eine Verbindung, welche gesetzwidrige Zwecke verfolgt. Doch konnte er keinen Anhaltspunkt finden, um das Urtheil des Kreisgerichts zu erneuern, weil dieses sich dabei mehr auf moralische Ueberzeugung von den Bestrebungen der Angeklagten



als auf Handlungen derselben und auf positive Thatfachen ge-  
stützt hatte.

9. Großes Aufsehen erregte ein anderer Proceß, der im März 1872 zu Leipzig gegen die geistigen Häupter der Partei, **Webel**\*) und **Liebnecht**\*\*\*) und gegen den unterzeichnenden Redacteur des „Volkstaat“, **Hepner**, geführt wurde. Die Verhandlungen dauerten vom 11. bis 26. März. Die Anklage lautete auf Vorbereitung zum Hochverrath und schloß:

„War auch der Tag des gewaltsamen Angriffs noch nicht festgesetzt, war auch die Art der Ausführung desselben in ihren Einzelheiten noch nicht vorgezeichnet, wie solches zu dem rücksichtlich des Hochverraths besonders weit gefaßten Begriff einer vorbereitenden Handlung an sich nicht erforderlich ist, so war man doch darüber einig, daß der gewaltsame Angriff überhaupt unternommen werden sollte, daß die Zeit daun gekommen sein werde, wenn man über eine geschlossene und gehörig disciplinirte Kämpfermasse als ein festes Ganzes werde verfügen können, und daß für die Art der anzuwendenden Gewalt die bei anderen als Muster aufgestellten Staatsrevolutionen verübte Gewalt maßgebend sei.“

\*) **Ferdinand August W e b e l** ist geboren am 22. Februar 1840 in Cöln. Sein Vater war preussischer Unterofficier und starb sehr frühzeitig, so daß sich seine Mutter zum zweitenmal verheirathete. Der Knabe empfing seinen ersten Unterricht in der Dorfschule zu Braunweiler, siedelte später mit seinen Eltern nach Wezlar über und besuchte die dortige Volksschule. Er lernte vom 14. Jahr an das Drechslerhandwerk, ging mit dem 18. Jahr in die Fremde, bereiste namentlich Süddeutschland, kehrte einige Jahre später nach Wezlar zurück, um seiner Militärpflicht Genüge zu leisten. Seine Schwächlichkeit befreite ihn jedoch davon. Im Jahre 1860 zog **Webel** nach Leipzig und machte sich dort 1864 als Drechsler selbstständig. Er ist eines der begabtesten Parteimitglieder und ein tüchtiger Redner.

\*\*) **Wilhelm Martin Christian Liebnecht** ist am 29. März 1826 in Gießen geboren. Er besuchte das Gymnasium zu Gießen, darauf die Universitäten zu Gießen, Marburg und Berlin. Er wollte sich auf die akademische Laufbahn vorbereiten, wurde jedoch durch seine politische Thätigkeit daran verhindert. Durch die Bekanntschaft mit den Schriften **St. Simons** war er Socialist geworden. Im Begriff, nach America auszuwandern, wurde er durch einen Herrn, den er zufällig in Gießen

Daher erklärte die Anklagekammer Bebel, Liebknecht und Hepner als „dringend verdächtig des Vorhabens: 1. gegen die Regierungsrechte des sächsischen Staatsoberhauptes und gegen die Verfassung des sächsischen Staates, um dieselbe in ihren hauptsächlichsten Bestandtheilen aufzuheben, sowie gegen die Selbstständigkeit und Verfassung des Norddeutschen Bundes, jetzigen Deutschen Reiches, einen gewaltsamen Angriff zu unternehmen; 2. die Verfassung des Norddeutschen Bundes, jetzigen Deutschen Reiches, und des sächsischen Staates gewaltsam zu ändern, und zwar beides in der Weise, daß unter Beseitigung der monarchischen Staatsform die Republik zu dem Zweck in Deutschland errichtet werde, um dem Arbeiterstande, beziehungsweise dem Proletariat, die staatliche Herrschaft zu sichern, und unter deren Schutz alsdann communistiche, beziehungsweise ähnliche extreme socialistiche Einrichtungen innerhalb der Gesellschaft einzuführen.“

traf, veranlaßt, das nicht zu thun, sondern in die Schweiz zu gehen. Er gedachte sich daselbst als Lehrer und Advocat niederzulassen. Bei Ausbruch der Februarrevolution ging er nach Paris, um dort im Verein mit Herwegh, Struve u. über die Wege und Mittel zu berathen, wie auch in Deutschland die Republik zu begründen sei; eine schwere Krankheit verhinderte ihn jedoch längere Zeit, in dieser Hinsicht thätig zu sein. Sodann betheiligte er sich an der badischen Revolution, flüchtete in die Schweiz, wirkte dort in den Arbeitervereinen, wurde ausgewiesen und ging nach England; 1862 kehrte er nach Berlin zurück und war bei der „Nordd. Allg. Ztg.“ thätig, als diese noch großdeutsch-demokratisch war. Dort hätten — so gab Liebknecht im Leipziger Prozesse (Spg. vom 11. März) an — die „preussischen Junker und die preussische Regierung“ die nachhaltigsten Versuche gemacht, ihn zur Ausbeutung der Arbeiterbewegung in ihren Interessen zu gewinnen. Als er darüber Gewißheit empfangen, habe er jede Verbindung mit den „Agenten und Goldschreibern des Herrn v. Bismarck“ aufgegeben und von diesem Augenblick an hätten die polizeilichen Verfolgungen gegen ihn begonnen; er sei verhaftet worden und mußte drei Monate Gefängniß verbüßen. Weiter erfolgte die Ausweisung aus Preußen, worauf Liebknecht nach Leipzig ging, wo er sich seit dem Jahre 1865 aufgehalten hat. Sodann Redacteur des „Demokratischen Wochenblatt“, übernahm er die Redaction des „Volksstaat“ als Hauptredacteur. Er bezeichnete sich selbst als einen „Soldaten der Revolution.“

Wie man sieht, beschränkte sich die Anklage fast ausschließlich auf das politische Gebiet, indem den Angeklagten vorgeworfen wurde, die gewaltsame Einführung der Republik zu planen; die socialen Ziele, denen diese politische Umwälzung nur als Mittel zu dienen hätte, wurden nur zum Schluß angedeutet und fanden auch im Verlaufe des Proceßes wenig Berücksichtigung. Unseres Bedünkens ist es aber in weit höherem Grade staatsgefährlich, das Eigenthum als die Monarchie abschaffen zu wollen. Der Leipziger Proceß war demnach mehr gegen die augenblicklich unbequemen Feinde der bestehenden Staatsform, als gegen die Feinde jeder dauernden Socialordnung gerichtet.

Bezüglich des Verhältnisses der Partei zur „Internationale“ wurde nichts Neues zu Tage gefördert. Liebknecht behauptete, die Unterordnung des Parteiausschusses unter den Generalrath in London habe sich bloß auf administrative Angelegenheiten beschränkt. Der Hauptpunkt der Anklage drehte sich um die Frage: haben die Angeklagten, die sich offen zur Republik bekennen, eine gewaltsame Veränderung der bestehenden Staatsverfassung und damit eine hochverräterische Handlung vorbereitet? Um dieß zu entscheiden, wurden aus dem „Volkstaat“ folgende Stellen verlesen:

„Die Freiheit und Einheit Deutschlands kann sich nur mit einander vollziehen und nur in der Entthronung aller Fürsten bestehen.“ (Volkstaat 1869 Nr. 4.)

„Ist die Einheit der Partei hergestellt, dann haben wir heute die 100,000 Mann, die Lassalle für nothwendig hielt, und vielleicht mit majestätisch ruhigem Ernste in den gesetzgebenden Körpern oder mit wildwühendem Bodenhaar wird dann die Revolution vollzogen werden, deren Ziele die Aufhebung der heutigen ungerechten staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse und die Einführung des socialdemokratischen Volksstaats sein wird, der rothen Republik.“ (Volkst. 1870 Nr. 11.)

„Hier steht in erster Linie die politische Revolution. Es ist natürlich nicht daran zu denken, daß die europäischen Monarchien sich selbst den Todesstoß versetzen werden.“ (Volkst. 1870 Nr. 19.)

„Ohne ein wenig Gewalt werden die alten Parteien das Scepter

nicht aus der Hand geben, vermittelt dessen die ganze Staatsmaschine im Gange erhalten wird. Auch dann also, wenn das Stimmrecht ein wirkliches Arbeiter-Parlament geschaffen hat, werden wir nicht durch das Wort, sondern nur durch die entschiedene That zum eigentlichen Siege gelangen. Bildung, Organisation eines Revolutionsheeres ist die Hauptsache.“ (Volksst. 1870 Nr. 29.)

Bebels Schrift „Unsere Ziele“ wurde ebenfalls vertlesen; sie hat folgenden Schluß:

„Zwei Wege giebt es nur, unser ökonomisches Ziel zu erreichen. Der eine ist: nach Herstellung des demokratischen Staates die allmähliche Verdrängung der Privatunternehmer durch die Gesetzgebung. Dieser Weg würde eingeschlagen werden, wenn die beteiligten Kreise, gegen welche die socialdemokratische Bewegung gerichtet ist, bei Zeiten zur Einsicht gelangten und auf dem Wege des Compromisses ihren Untergang als exploitirende Classe und ihren Uebergang als Gleiche in die Gesamtheit zu bewerkstelligen suchten. Der andere, entschieden kürzere, aber auch gewaltthätigere Weg wäre die gewaltthätige Expropriation, die Beseitigung der Privatunternehmer mit Einem Schläge, einerlei durch welche Mittel. Darnach hängt also der Ausgang der Krise von der Capitalistenclasse selbst ab, der Charakter der Krise wird bestimmt durch die Art, wie sie die in ihren Händen befindlichen Machtmittel anwendet. Läßt sie es auf die physische Gewalt ankommen — auf wessen Seite bei diesem Messen der physischen Kräfte endlich der Sieg fallen wird, darüber ist kein Zweifel. Die Masse ist auf der Seite des arbeitenden Volkes, das sittliche Recht auch. Nur die nöthige Einsicht in die Masse gebracht und der Kampf ist entschieden. Man entsetze sich nur nicht über diese mögliche Anwendung der Gewalt, zeterne nicht über Unterdrückung berechtigter Existenzen, gewaltthätige Expropriation und dergleichen! Die Geschichte lehrt, daß zu allen Zeiten die neuen Ideen in der Regel erst durch gewaltthätigen Kampf ihrer Vertreter mit den Vertretern der Vergangenheit zur Geltung gelangten und daß dann die Kämpfer für die neuen Ideen die Vertreter der Vergangenheit so tödtlich als möglich zu treffen suchten. Ich erinnere wiederholt an 1789, bis zu einem gewissen Grad an 1830 bezüglich Frankreichs; an 1848 für Deutschland, wo das Bürgertum den Kampf ebenfalls aufnahm, aber durch den Mangel an revolutionärer Energie am deutlichsten seine geistige Impotenz als Classe darthat, auf halbem Wege stehen blieb; und durch das Schiboleth des Constitutionalismus mit den Resten des Feudalismus und dem Adrighum Frieden schloß. Wären die Arbeiter damals in ihrer Zahl die von heute gemessen, der politische Kampf wäre entschieden, für den socialen wäre die Bahn frei. So haben wir

also in den verschiedenen Geschichtsperioden, wie die Gewalt ihre Rolle spielt, und nicht mit Unrecht ruft da wohl Karl Marx aus in seinem Buch „Das Capital“, wo er den Entwicklungsgang der kapitalistischen Production schildert: „Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie ist selbst eine ökonomische Potenz“.

Aus einer Rede Liebknechts zu Berlin, die etwa 3 Jahre vor dem Proceß unter dem Titel erschien: „Ueber die Stellung der Socialdemokratie“, wurde folgender Passus verlesen:

„Ich bin Republicaner — die Thatsache, daß ich in einer Monarchie lebe, macht mich nicht zu einem Royalisten. Die Gewalt erkennen wir wohl an, aber nur als eine Thatsache, die wir so lange ertragen, bis die Gewalt nicht mehr die Gewalt hat. Wir legen die Hände nicht ruhig in den Schoß, sondern benutzen alle Waffen, welche die herrschende Gewalt uns gelassen hat, zur Bekämpfung der herrschenden Gewalt.“ — An einer anderen Stelle heißt es; „Revolutionen werden nicht mit hoher obrigkeitlicher Erlaubniß gemacht; die socialistische Idee kann nicht innerhalb des heutigen Staates verwirklicht werden, sie muß ihn stürzen, um in's Leben treten zu können. Kein Friede mit dem heutigen Staat.“ Sodann: „Der Socialismus ist keine Frage der Theorie mehr, sondern einfach eine Machtfrage, die mit keinem Parlament, die nur auf der Straße, auf dem Schlachtfelde gelöst werden kann.“ Haben wir die Massen der Arbeiter hinter uns, können wir sagen: „Berlin gehört uns“. Und dann gehrt uns Deutschland, denn hier in Berlin sht der Hauptfeind, hier wird die Entscheidungsschlacht geschlagen. Von Berlin aus wurde Deutschland geknechtet, in Berlin muß Deutschland befreit werden.“\*)

Liebknecht sprach sich in der Sitzung vom 18. März folgendermaßen aus:

„Der Begriff: „freier Volksstaat“ wird von der Mehrzahl der Parteigenossen freilich als Republik aufgefaßt, aber ergibt sich daraus die Ab-

\*) Der „Volksstaat“ schrieb (1870 Nr. 22): „Der ausschließliche Besitz der Arbeitswerkzeuge in den Händen Einzelner — besitzen diese in Maschinen, Werkzeugen und sonstigem Material oder in Grundeigenthum — soll aufhören, sei es durch allmälige Verdrängung der Privatunternehmer durch die Gesetzgebung, wofern die Kreise, gegen welche die socialistische Bewegung gerichtet ist, sich zu Compromissen herbeilassen; oder, wenn dies nicht der Fall ist, durch Beseitigung der Privatunternehmer mit Einem Schlag, einer Letz durch welche, Mittel!“

sicht gewaltfamer Einführung derselben? Ueber die Art der Einführung hat kein Mensch sich irgendwie geäußert. Ist aber einmal das Volk in seiner Mehrheit für unsere Meinungen gewonnen, dann ist der Staat unserer Meinung, denn das Volk ist der Staat. Staat ohne König ist denkbar, Staat ohne Volk ist nicht denkbar. Die Regierung ist der Diener des Volkes . . . Wird die Einführung der Republik legal beschlossen, etwa von einem Parlament, und die bestehende Regierung widersezt sich Dem gewaltfamer, so hat nach meiner Ansicht jeder Bürger die Pflicht, der Gewalt Gewalt entgegen zu setzen.“

Die Frage des Präsidenten, ob Liebknecht meine, eine bestehende Staatsform könne nur mit Gewalt geändert werden, bejaht der Befragte (Sizung v. 12. März) in Bezug auf militärische Staaten und verweist dabei auf Frankreich.

Ferner erklärte Liebknecht, daß seine Partei nur insofern „revolutionär“ sei, als sie die radicale Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse anstrebe und immer nach der Richtung thätig gewesen sei, sich die Majorität im Lande zu verschaffen; dieß sei aber nicht strafbar.

Bracke von Braunschweig, der als Zeuge vorgeladen war, erklärte, es sei niemals ein Plan für gewaltfamen Umsturz der Staatsgewalt verabredet worden; er halte dafür, daß die Forderungen der Partei auch auf friedlichem Wege erreicht werden können; jedoch angesichts der Gehässigkeit und Feindseligkeit der Gegner sei die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß sie schließlich einmal Gewalt anwenden müßten; dann sei es aber nicht ihre Schuld, sondern die ihrer Gegner.

Die Staatsanwaltschaft beharrte auf der Behauptung, daß die Angeklagten in der That eine gewaltfame Veränderung der Verfassung bezweckten. Man irrt indessen nicht, wenn man die Bestrebungen und den Gedankengang der Angeklagten dahin zusammenfaßt: Sie wollten, vorläufig wenigstens, durch Aufklärung der Massen und mittelst des allgemeinen Stimmrechts die Mehrheit des Volkes und der gesetzgebenden Körper für ihre Principien erwerben, so daß die Fürsten und bestehenden Classen

sich fügen müßten; würden diese es aber nicht thun, dann allerdings müsse man zur Gewalt greifen; die Schuld daran falle aber auf die widerstrebende Minderheit. Dagegen betonte der Staatsanwalt: Die Angeklagten mußten wissen, daß bloß von einem gewaltthätigen Umsturz eine Veränderung der Verhältnisse zu erwarten sei; sie könnten unmöglich selbst glauben, daß ihr Ziel sich auf friedlichem Wege erreichen ließe; wenn Männer von solcher Bedeutung wie Marx und solcher Begabung wie Bebel und Liebknecht sich der Herstellung der Republik widmen, würden sie auch die Mittel zur Erreichung dieser Ziele in Betracht ziehen; sie seien daher in die Bewegung eingetreten mit dem Bewußtsein, bloß durch Anwendung von Gewalt ihre Ziele erreichen, ihre Pläne verwirklichen zu können.

Die Vertheidigung erimerte zunächst an den Eölnner Communistenproceß; wie jener sei auch der gegenwärtige ein Tendenzproceß, ein Rebel ohne Kern; es sei nicht nachgewiesen, daß die Angeklagten die Republik mit Gewalt einzuführen beschlossen hätten, die vorgelesenen Documente hätten bloß Gesinnungen, aber keine Thatsachen beigebracht, die Schlußfolgerung des Staatsanwaltes sei falsch; es sei überdies ganz wohl möglich, daß einst in fernen Zeiten die Republik doch auf friedlichem Wege komme; zur Anwendung der strafrechtlichen Bestimmungen fehle es an einem bestimmten Entschluß gewaltthätig einzugreifen, und darauf allein komme es hier an.

Die Geschworenen — lauter „Bourgeois“ — entschieden mit 8 gegen 4 Stimmen im Sinne der Anklage; bei einem Verhältniß von 7 zu 5 Stimmen wäre das Verdict freisprechend gewesen. Hepner, dessen Ungefährlichkeit gegenüber Bebel und Liebknecht offen zu Tage lag, wurde freigesprochen, die beiden andern aber für schuldig erklärt, Handlungen vorgenommen zu haben, wodurch das hochverräterische Unternehmen, die Verfassung des Königreichs Sachsen und die Verfassung des Norddeutschen Bundes, jetzigen Deutschen Reichs, gewaltthätig zu ändern, vorbereitet worden ist. In Folge dessen wurde jeder

zu zwei Jahren Festungshaft verurtheilt, auf Grund der §§ 86 und 81<sub>2</sub> des Reichsstrafgesetzbuches.

Wir müssen mit einem großen Theil der deutschen Presse diesen Proceß für einen Tendenzproceß erklären; es konnté durchaus nicht nachgewiesen werden, daß die Angeklagten wirklich Handlungen vorbereitet hätten, um die Staatsverfassung gewaltsam zu stürzen; daß sie im entscheidenden und günstigen Moment auch vor der Gewalt nicht zurückschrecken würden, liegt auf der Hand, aber eine Vorbereitung zu einer bestimmten, gewaltsamen und revolutionären Handlung konnte nicht bewiesen werden. Die bloße Verbreitung staatsgefährlicher Lehren wird aber vom Reichsstrafgesetzbuch unberücksichtigt gelassen. Daher erklärte Liebtnecht in einem Schreiben an die „Morningpost“ (Volkst. 1872 No 49): „Auch nicht der Schatten eines Beweises, daß ein derartiges Unternehmen von uns geplant worden sei, ward vorgebracht. Da die gesammte Correspondenz der Partei vor unserer Verhaftung in die Hände der Behörden gefallen war, ist dieser Mangel an Beweisen ein positiver Beweis dafür, daß überhaupt kein derartiger Plan existirte.“ In diesem Urtheil stimmte auch die gesammte gemäßigete Presse überein. Auch das Verhalten des Gerichtspräsidenten kann nicht als unparteiisch und objectiv bezeichnet werden. Der Proceß erinnert an den S. 284 erwähnten Proceß gegen Lassalle; auch jener war ein Hochverrathsproceß, endete aber mit Freisprechung. Vier Wochen nach dem Leipziger Proceß begann der S. 223 geschilderte Socialistenproceß in Pest; die Angeklagten verfolgten dort dieselben Pläne wie Bebel und Liebtnecht, wurden aber freigesprochen, weil ebenfalls kein Beweis beigebracht werden konnte, daß sie wirklich Anstalten zu gewaltsamer Durchführung ihrer Absichten getroffen hätten. In Leipzig wurde ausschließlich die Tendenz der Angeklagten verurtheilt; Tendenzproceßesse werfen aber immer einen trüben Schatten auf das Zeitalter, das ihrer zu bedürfen glaubt.

... Liebtnecht und Bebel appellirten, ihre Beschwerden wurde ver-



worfen und sie traten ihre Haft in Subertusburg an. Wenige Monate später wurde Bebel wegen Majestätsbeleidigung noch zu 9 Monaten Gefängniß und Verlust des Reichstagsmandates (das er vom 17. sächsischen Wahlkreis erhalten hatte) verurtheilt. Die Partei agitirt für Wiederwahl ihres Abgeordneten.

10. Das Leipziger Polizeiamt hat am 8. December 1871 in seinem Bezirke die Mitgliedschaft der Socialdemokratischen Arbeiterpartei, das Leisten von Beiträgen zu derselben, sowie das Anwerben von Mitgliedern bei vierwöchentlicher Haftstrafe verboten. Als Grund hierfür wurde angegeben, daß die Leipziger Mitglieder als ein, nach dem sächsischen Vereinsgesetz verbotener Zweigverein zu betrachten seien und daß das Organ der Partei als Zweck des Vereins, wenn nicht directe Aufforderung zum Hochverrath, so doch die Absicht verrathe, zu Gesetzesüberschreitungen nach dieser Richtung geneigt zu machen. Auf eingelegten Recurs hin wurde dieses Verbot durch die höheren Verwaltungsinstanzen bestätigt und ein künftiges, auf das ganze Königreich ausgedehntes Verbot der Partei ist daher nicht unwahrscheinlich. In Sachsen, wo die Partei am zahlreichsten ist, wird sie auch am meisten verfolgt und der „Volkstaat“ klagte in den Sommermonaten 1872 beständig darüber. Er meinte, bei Bemessung der Geldbußen von Seiten der Gerichte sei die Absicht unverkennbar, „unsere notorisch arme Partei finanziell zu ruiniren und zum Aufgeben ihrer Organe zu zwingen.“ Ferner fügte er bei: „In Sachsen hat die Social-Demokratie, außer dem „Volkstaat“ noch drei Organe — den „Bürger- und Bauernfreund“ in Grimnitzschau, die „Freie Presse“ in Chemnitz, den „Volkboten“ in Dresden. Woblan, der Redacteur des „Bürger- und Bauernfreund“, Kwasnietzki, figt; der Redacteur des „Volkboten“, Otto Walflex, figt; der Redacteur der „Freien Presse“, Syber, figt ein anderer Redacteur der „Freien Presse“, Bahleisch, hat bis vor einigen Monaten auf längere Zeit geessen, und ein dritter Redacteur der „Freien Presse“, Wost, hat bis vor weni-

gen Wochen geessen und wird in wenigen Wochen wieder sitzen; und endlich von den Redacturen und ständigen Mitarbeitern „des Volksstaats“ sitzen augenblicklich vier: Hepner, Ruth, Liebknecht und Bebel.“

11. Die beiden großen socialdemokratischen Parteien Deutschlands, die Lassalle'sche und die Eisenacher, sind, wie sich unschwer ersehen läßt, hinsichtlich der politischen und socialen Bestrebungen so gut wie einig. Die Republik des souveränen allgemeinen Stimmrechts und der weitest gehende Radicalismus sind die politischen, Vernichtung des Privateigenthums und Organisirung der gesammten Production durch den Staat sind die socialen Forderungen. Auch über das Mittel hiezu, daß nemlich die Arbeitermassen die politische Gewalt zum Zwecke der Erreichung ihrer socialen Ziele erobern müssen, besteht keine Differenz. Anlaß zu Streitigkeiten könnte daher nur aus der zur Zeit ganz müßigen Frage entstehen, ob der künftige socialistische Staat föderalistisch oder centralistisch eingerichtet sein solle, sowie aus dem Streit über Werth oder Unwerth der beiderseitigen Parteiorganisationen. Trotz dieser ganz untergeordneten Differenzen liegen die Organe der beiden Parteien miteinander in ununterbrochener Fehde, die je länger sie währt, um so erbitterter wird; der Kampf zwischen politischen Parteien entgegengesetzter Richtung könnte nicht heftiger sein, als der hier von Leuten geführt, die auf gleichem Boden stehen und das nemliche Ziel erstreben. Wegen dieser inneren Einheit der Bestrebungen bewegt sich der Kampf fast nur auf persönlichen Gebiete. Lüge, Entstellung und Verleumdung werfen die beiderseitigen Organe fast in jeder Nummer einander vor; doch scheint uns der „Volksstaat“ in dem ganzen Kampfe die gemeinsame Sache mehr im Auge zu haben als der „N. Socialdemokrat“. Jede Seite zeigt die andere des Verrathes an der Arbeiter Sache, des Eiderständnisses mit der „Reaction“, Anklagen, welche die beiden Parteien bereits zur Zeit des Eisenacher Congresses gegen einander schleuderten. Dabei triumphierte

der „Volksstaat“, als die langjährige Opposition Liebknechts und Bebel's gegen Schweizer durch die letzte Generalversammlung des Allg. Deutschen Arb.-Vereins zu Berlin (Mai 1872) gerechtfertigt wurde. Aus Anlaß der Verurtheilung Schweizers durch jene Versammlung wandte sich der „Volksstaat“ dann gegen den Präsidenten des Cassalle'schen Vereins, Hafenclever und gegen Hasselmann, den Redacteur des „Neuen Socialdemokrat“; Hafenclever sei eine unbedeutende Persönlichkeit, beide seien die langjährigen Freunde und Creaturen Schweizers gewesen, könnten daher unmöglich so ganz unschuldig sein, als sie sich nun stellen, nachdem die erwähnte Generalversammlung beschloffen hatte, Schweizer dürfe nicht mehr Mitglied des Vereins werden.

Der „Neue Socialdemokrat“ erklärt seine Partei für die einzige wahre Arbeiterpartei; Bebel und Liebknecht seien mit der „Reaction“ und mit der Polizei im Bunde; ein Vorwurf, der zu läppisch ist, um bei Unparteiischen Gläubigen zu finden. Schon als die Eisenacher Partei sich gründete, und dabei mit bedeutendem Selbstinteresse auftrat, suchten die Gegner von Bebel und Liebknecht die Quelle jener Gelder gedankenloser Weise am hannoverschen Hofe in Freging und bei dem enthronten Ruffürsten von Kurhessen. Es kann aber nun durch die Verhandlungen des leipziger Socialistenprocesses als erwiesen betrachtet werden, daß die Häupter der Eisenacher Partei damals bedeutende Summen aus dem sogenannten Revolutionfonds erhielten. Dieser wurde von Rinkel im Anfang der fünfziger Jahre gesammelt und sollte zur Revolutionirung und Gründung einer Republik in Deutschland dienen; später erhielt ein politischer Mithing, Dr. Rabendorf in Zürich, die Verwaltung dieses Fonds; die gesammelte Summe mag im Jahre 1852 etwa 80,000 Dollars betragen haben. Obgleich Rabendorf nicht zur eigentlich socialistischen Partei gehört — er sprach sich gegen die Baseler Beschlüsse aus — so gab er doch schon 1868 an Bebel 3500 Franc; später gab er an den Ausschahöber

Socialdemokratischen Arbeiterpartei weitere 3000 Frcs., dann wieder an Bebel 500 Frcs., welche zu einer Agitationsreise Bebels in Süddeutschland und für die Reise Liebnechts zu dem Baseler Congreß verwendet wurden. Das Geld wurde stets nur bedingungslos und zur freien Verwendung der Partei angenommen. Der Cassenbericht der Partei für 1869 erwähnt (S. 5) einer Summe von 536 Thlr. (2010 Frcs.) als freiwilligen Beitrag aus Zürich im Herbst 1869; ebenso erwähnt der Cassenbericht vom 1. Januar bis 31. Mai 1870 (S. 7) einer freiwilligen Gabe aus Zürich im Frühjahr 1870 von 268 Thlrn. (1005 Frcs.); sicher sind dieß Beiträge von Badendorf.

Wir halten Bebel und Liebnecht für durchaus ehrliche Socialdemokraten, denen es mit ihrer Sache heiliger Ernst ist, die jedes Opfer für dieselbe bringen, und welche in Allem nur auf den Gegenstand selbst, nicht auf die Person sehen. Dagegen fehlt uns das Wort, um das Gebahren des „N. Socialdemokraten“ zu bezeichnen, der in Nr. 81 seines Blattes (1872) versuchte, die „Eisenacher“ des Völkens mit den „Ultramontanen“ zu verdächtigen. Abgesehen von den unverschämlichen Gegensätzen zwischen ultramontan und socialdemokratisch, die schon von vornherein ein Zusammengehen ausschließen, müßte man dazu doch wirkliche Beweise beibringen, ohne man so etwas aussprechen könnte. Entweder, was das Wahrscheinlichste ist, glaubt die Redaction des „N. Socialdem.“ selbst nicht an die Wahrheit jener Aeußerung, oder sie verräth sehr wenig Urtheilskraft. Es erinnert dieß an die einfältige Behauptung, die 1863 aus den Reihen der Fortschrittspartei erhobte, Lassalle sei mit der „Reaction“ im Bunde. Die Eisenacher deuten es dem „N. Socialdemokrat“ Abel, daß er fast ausschließlich die Capitalmacht angreife, mit der Staatsgewalt aber meist sehr sanft umgehe, wogegen der „Volkshaar“ in rasendem Preußen- und Fürstenhaß das Mögliche leistet. Wenn auch der Allg. Deutsche Arb.-Verein gar manche Polizeimeßregeln erfährt, so ist er von Processen, wie die

zu Braunschweig und Leipzig, bisher verschont geblieben; doch wird er in neuerer Zeit durch die von den Regierungen drohenden Maßregeln mehr dazu gedrängt, auch politisch zu opponiren. Man könnte gegen die Häupter des Allg. Deutschen Arb.-Bereins dieselben Anklagen erheben, auf Grund deren Bebel und Liebknecht verurtheilt wurden; daß man dieß noch nicht gethan, scheint ein Zeichen zu sein, daß man den Führern der Eisenacher und ihrer Partei eine größere politische Gefährlichkeit zuschreibt.

An Versuchen, die beiden Parteien zu verschöhnen, hat es in der letzten Zeit nicht gefehlt. Erst dann könnte ja eine ernsthafte Action der Socialisten in Deutschland gegen die moderne Gesellschaft kommen; allein die Macht der Persönlichkeiten scheint uns zu stark, als daß so rasch eine Vereinigung erfolgen könnte. Nun, wo Bebel und Liebknecht auf zwei Jahre beseitigt sind, ginge es vielleicht eher, wenn auch die Lassalleaner einige Personen wollten fallen lassen. Allein der Allg. Deutsche Arb.-Berein beruft sich den Vereinigungsversuchen gegenüber auf seine von Lassalle gegebene Organisation, die er nicht aufgeben dürfe; doch hat man diese, wie schon auf S. 340 ff. bemerkt, bezüglich der gewerkschaftlichen Bewegung, wenn auch mit Verwahrungen, durchbrochen. Auch müßte der „N. Socialdemokrat“ aufhören, seine Partei als die einzige Arbeiterpartei, die „Eisenacher“ dagegen direct oder indirect als abgeschwächte Socialisten zu bezeichnen. Denn in der That ist jene Partei nicht weniger socialistisch als die Lassalle's.

In dem Bewußtsein, daß die socialistischen Kräfte in ihrer Zerplitterung nicht viel bedeuten, kam die Frage einer Verschönerung auf dem Mainzer Congresse der Socialdem. Arb.-Partei wieder zur Sprache und der „N. Socialdem.“ (Nr. 109) entnahm der Chemnitzer „Freien Presse“ folgendes Referat darüber: „Bezüglich des Verhältnisses der Partei zum Allg. Deutsch. Arb.-Berein nahm man den Breslauer Antrag an, der also lautet: Der Allg. Deutsche Arb.-Berein ist seinen Principien gemäß der einzige natürliche Bundesgenosse der

Socialdemokratischen Arb.-Partei; der Congreß beauftragt demgemäß den Ausschuß, ein principiellcs Zusammengehen mit dem Allg. Deutsch. Arb.-Verein immer von Neuem zu versuchen, ferner dafür Sorge zu tragen, daß die Haltung aller, dem Allg. Deutsch. Arb.-Verein abgeneigten Mitgliedschaften eine versöhnliche werde. „Im Allgemeinen gab sich der Wunsch kund, daß Angriffe gegen den „Neuen Socialdemokrat“, soweit sie nicht unumgänglich nothwendig sind, eingestellt werden. Ein Beschluß wurde dahin gefaßt, daß man erwarte, daß die Reaction sich die auf dem Congreß kundgegebenen Ansichten zur Notiz nehmen werde.“

Nach einigen weiteren gegenseitigen Zänkereien erklärte nun die Red. des „Volksstaat (Nro. 78) dem „N. Socialdem.“ unterm 23. Sept.:

„Wir wollen von nun an alle Polemik gegen ihn einstellen, unter der Bedingung, daß er 1) unsere Partei ausdrücklich und unzweideutig als eine socialdemokratische anerkennt und sie, wenn er von ihr spricht, stets bei ihrem richtigen Namen nennt, und 2) daß er die Angriffe gegen die Internationale Arbeiterassociation unterläßt. Wir unsererseits erklären, wie wir das schon des öfteren gethan haben, 1) daß wir die Mitglieder des Allg. D. A. V. als unsere Parteigenossen ansehen, was nicht ausschließt, daß wir gegen gewisse Persönlichkeiten im Allg. D. A. V. so lange ein entschiedenes Mißtrauen hegen werden, bis die von unserer Seite geltend gemachten Verdachtsgründe conclusiv widerlegt sind. 2) Erklären wir uns bereit, einen Vorschlag zu unterstützen, welcher dahin ginge: einen gemeinschaftlichen Congreß der beiden Fractionen einzuberufen, auf welchem die Differenzpunkte behufs einer Einigung besprochen werden. Sollte eine Einigung resp. Verschmelzung nicht möglich sein, dann müßte wenigstens ein gemeinsames Programm aufgestellt, und die Formen festgesetzt werden, innerhalb deren eine gemeinsame Action (bei Wahlen, der Agitation etc.) sich zu bewegen hätte. Ein von beiden Theilen gleichmäßig zu wählender Ausschuß hätte die Ausführung der vereinbarten Punkte zu überwachen. Ferner möchten wir noch die Niederlegung eines aus beiden Fractionen gleichmäßig zu wählenden Schiedsgerichts befürworten, das die gegen verschiedene Mitglieder der beiden Fractionen von der andern Seite erhobenen Anklagen zu untersuchen und zu richten hat.“

„Bemerken wollen wir nur, daß ähnliche Vorschläge, wie die soeben angedeuteten, privatim schon wiederholt Mitgliedern des Allg. D. A. V. von uns unterbreitet und von diesen auch gebilligt worden sind.“

# Fünftes Buch.

---

## Schlussfolgerungen.





## Erstes Capitel.

### Zusammenfassung.

Es kann nicht im Zwecke dieser Arbeit liegen, ausführlich die Erscheinungen zu besprechen, denen die sociale Krankheit entsprungen ist. Da wir uns hier hauptsächlich mit der pragmatischen Darstellung der socialistischen Bestrebungen beschäftigen, so lassen wir daher die Genesis des modernen Socialismus bei Seite liegen und wenden uns sogleich an die Zusammenfassung der Erscheinungsformen desselben. Schon bei flüchtiger Betrachtung ergibt sich, daß die Hauptrichtungen unter den Socialisten nur in wenigen Punkten auseinander gehen. Sehen wir ab von den kleineren Sectenbildungen, so können als ernsthafteste Vertreter des modernen Socialismus bloß die „Internationale“ mit ihrer deutschen Abzweigung und der Lassalle'sche Verein in Frage kommen. Beide sind aber bezüglich der wichtigsten Punkte vollkommen einig. Wie Lassalle, so fußen auch seine Nachfolger auf Marx, da sie ja eingestandener Maßen bloß die Lassalle'schen Lehren und Vorschläge zur Ausführung bringen wollen. Der moderne Socialismus in seiner Wissenschaftlichkeit aufgefaßt und auf eine einzige Persönlichkeit zurückgeführt, ist daher Marx. Bei Marx sind allerdings die politischen Zielpunkte des modernen Socialismus weniger scharf ausgeprägt wie die socialen; allein er und die „Internationale“ erstreben ebenfalls die Staatshilfe und die staatliche Organisation der Arbeit. Ersterer sagte in seiner Inauguraladresse (S. 55 dieses Buches): „Um die gewerbthätigen Massen zu retten, müßte

Cooperativarbeit zu nationalen Dimensionen entwickelt und folgerichtig durch Staatsmittel gefördert werden.“ Die Redaction des „Volksstaat“ bemerkt in Nr. 37 (1872) beim Abdruck eines Artikels in einer Anmerkung: „Wenn der Verfasser sich gegen die Regelung der Production durch den Staat erklärt, so möchten wir wissen, wie denn anders er sich die sociale Frage gelöst denkt.“

Sehen wir von der praktisch gegenwärtig ganz bedeutungslosen Frage, ob föderative oder einheitlich centralisirte Republik, ab, so ist kein principieller Unterschied zwischen der „Internationale“ und den jetzigen Lassalleanern zu entdecken. Die socialen und politischen Ziele sind die gleichen: Erlangung der politischen Gewalt für die Arbeiterklasse, damit dieselbe dann ihre socialen Forderungen verwirklichen könne; diese laufen auf Gemeinbesitz der Productionsmittel, auf Organisirung der Production durch den Staat, auf Verwandlung des Staates in industrielle und agricole, auf dem Communismus beruhende Productionsgenossenschaften hinaus. Die Weiterentwicklung der Lassalle'schen Lehre durch seine Schüler hat dieselben stark der „Internationale“ genähert, und besonders hinsichtlich der schärferen Betonung der communistischen Grundlage. Es gibt in der That keine wahrhaft socialistische Partei, die mit dem socialpolitischen Programm der „Internationale“ principiell im Widerstreit stünde. Weil dieses Programm rein social, d. h. von jeder besonderen nationalen Zuthat frei ist, so können Alle dort Anknüpfungspunkte finden. Die wissenschaftlichen Voraussetzungen und die Hauptzielpunkte der verschiedenen wichtigsten Gruppen des modernen Socialismus sind identisch.

Während der Allg. Deutsche Arbeiterverein zur Erreichung seines Zieles sich des allgemeinen Stimmrechts und einer damit verbundenen friedlichen Entwicklung bedienen will, ist die „Internationale“ minder scrupulös; sie nimmt es mit den Mitteln noch weniger genau und wird, wie sie zu Paris gezeigt hat, jeden Weg betreten, der ihr zur Herr-

schaft verhelfen kann. Aber auch darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die Führer des Allg. Deutsch. Arbeitervereins ganz ebenso wie jene der Eisenacher Partei im gegebenen Augenblick jede theoretische Bedenklichkeit fallen lassen würden, um statt des langsamen, mühevollen und doch aussichtslosen Weges friedlicher Agitation mit einem kühnen Griff, sei es auch über Leichen hinweg, die Herrschaft zu erreichen. Denn daß der erste Weg sie niemals zum Ziele führen wird, davon werden sie sich nun fattsam überzeugt haben. Sämtliche socialistische Parteien streben nach thätigem Eingreifen der organisirten Proletarierrmassen bei irgend einer großen Erschütterung. Ebenso sind sie sämtlich für die Republik des allgemeinen Stimmrechts. Die „Internationale“ möchte Europa in kleine communale und föderativ geeinigte Republiken zerschlagen, während die Lassalleaner die einheitlich centralisirte deutsche Republik wollen, die sich dann mit den übrigen auf dem gleichen Princip aufgebauten Staaten zu einem friedlichen Bunde vereinigen würde.

Der moderne Socialismus hat sich ein besonderes Schlagwort geschaffen, wie die erste französische Revolution der „Bourgeoisie“ es gethan. Er hat die drei Worte, welche das Jahr 1789 auf sein Banner schrieb, die Phrase, „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ ebenfalls angenommen, aber noch das Wort „Solidarität“ beigelegt. Dieses letztere Wort wird besonders betont, indem dadurch die phrasenhaften Principien der großen Revolution ihre Weiterbildung und Ergänzung nach socialistischer Richtung hin erhalten sollen. Das Wort „Solidarität“ bildet eine Reaction gegen die Atomisirung, welche jene erste Revolution in der Gesellschaft hervorgebracht hat; es bedeutet die Wiederzusammenfassung der Gesellschaft gegenüber dem »Laisser aller, laisser faire« der „Bourgeoisie“ es ist der Ausdruck für die ächt politische und sehr gesunde Idee der Gegenseitigkeit in der Entwicklung, die hier nur in socialistischem Sinne genommen wird. Gleichzeitig deutet das Wort „Solidarität“ auf die Gemeinschaft der zum Classenbewußtsein

gekommeneu Besitzlosen gegenüber den Besitzenden hin und auf die Organisation der Gesellschaft im socialistischen Staat. Die Solidarität findet ihren Ausdruck im Communismus, welcher jenes Wort nicht entbehren kann, um sich wenigstens ethisch zu rechtfertigen.

Die drei Hauptrichtungen des modernen Socialismus lassen sich in den Worten zusammenfassen, welche Dr. Boruttau im „Volksstaat“ (1871, No 88, 89) schrieb: „Der Socialismus ist eine neue Weltanschauung, welche sich auf religiösem Gebiet als Atheismus, auf politischem als Republicanismus und auf ökonomischem Gebiet als Communismus ausdrückt.“ Nach diesen drei Richtungen wollen wir jetzt den modernen Socialismus näher betrachten.

## Zweites Capitel.

### Der moderne Socialismus auf dem politischen Gebiete.

1. Da der Socialismus jede persönliche Herrschaft wenigstens in der Theorie abschaffen will, so ist er entschieden republicanisch und haßt die Monarchie. Für die meisten Socialisten sind Monarchie und Tyrannei gleichbedeutende Begriffe, während doch in Wahrheit die Tyrannei nur im Mißbrauch der Autorität besteht, sei diese eine monarchische, eine republicanische oder eine patriarchalische. Die constitutionelle Monarchie, mit welcher die „Bourgeoisie“ so sehr zufrieden ist, so lange sie selbst dabei herrschen und ihre Interessen befriedigen kann, verwirft der Socialismus vollständig; seine Staatsform ist einzig die Republik und zwar die des souveränen allgemeinen Stimmrechtes, wobei die Beamten und öffentlichen Diener nur die blinden Vollzugsorgane der herrschenden Mehrheit sein dürfen. Zwar wurde das Wort Republik noch auf keinem socialdemokratischen Congreß als für die Parteimitglieder verbindlich aufgestellt, weil

es sich zu sehr von selbst versteht. Die Monarchie hat für diese Leute keine naturrechtliche Bedeutung, ihre Existenz bringt für sie daher auch keine rechtliche Verpflichtung mit sich. Auch die radicale Bourgeoisie, die „Volkspartei“ ist repulicanisch; sie verwirft ebenfalls das constitutionelle System mit seinen ständigen Conflicten und Compromissen, und verlangt das allgemeine Stimmrecht mit den weitest gehenden politischen Consequenzen. Doch besteht zwischen diesem linken Flügel der „Bourgeoisie“ und den Socialdemokraten ein principieller, unversöhnlicher Zwiespalt. Einig sind beide hinsichtlich der politischen Forderungen, als da sind: die Republik mit der Souveränität des allgemeinen, directen und geheimen Wahlrechtes für alle staatlichen und communalen Angelegenheiten; directe Gesetzgebung durch das Volk, welches auch alle Aemter besetzt; Imperativmandat der Volksvertreter, so daß diese nur noch das selbstlose Sprachrohr der Mehrheiten ihrer Wähler sind; Taggelder für die Abgeordneten; Referendum und Initiative (nach dem Muster der Schweiz); unbegrenzte Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit; Abschaffung der indirecten Steuern und Ersetzung derselben durch eine progressive Einkommensteuer; Aufhebung aller politischen Vorrechte für Geburt, Stand, Besitz und Confession; Herstellung einer Volkswehr an Stelle der stehenden Armeen, wenn möglich sogar Wahl der niederen Officiere durch die Mannschaft; radicale Trennung von Staat und Kirche als Vorspiel einer baldmöglichen Abschaffung jeder positiven Religion, an deren Stelle nur noch Vernunft und Wissenschaft die Herrschaft zu führen haben; Trennung der Schule von der Kirche, Aufhebung des Bestimmungsrechtes der Eltern über die Wahl der Schule für ihre Kinder, Herstellung der Allmacht des Staates über die Schule, so daß diese mit dem Heere die große nationale Drillanstalt für die künftige Generation bilden soll; unentgeltlicher, obligatorischer und confessionsloser Unterricht in der Volksschule zur Erlangung eines gewissen, unbedingt nothwendigen Minimums von Kenntnissen für den Genuß der staatsbürgerlichen Rechte ic.

Viele dieser Forderungen, besonders hinsichtlich der Schule, werden auch von der Bourgeoisie par excellence, dem „Liberalismus“ erhoben. Die Frage nach der Organisation des künftigen demokratischen Staates wirkt trennend, sowohl im Lager der „Volkspartei“, als in dem der Socialdemokratie, insofern es sich darum handelt, ob die künftige Republik föderativ oder einheitlich centralisirt sein soll.

So lange es sich um die Erlangung der politischen „Freiheiten“, um die Niederwerfung der Schranken gegenüber einer ungehinderten Agitation und gegenüber der politischen Rebellion handelt, gehen bürgerliche Demokratie und Socialdemokratie einträchtig Hand in Hand. Später aber scheiden sich die Wege, und endlich müssen sich die Bundesgenossen von gestern als Todfeinde gegenüber stehen. Die bürgerliche Demokratie muß entweder die Folgerungen ihrer Principien auch auf das sociale Gebiet hinüberziehen und das der vollen und radicalen Gleichheit entgegenstehende Privateigenthum bekämpfen, d. h. sie muß Socialdemokratie werden, oder sie wird von der letzteren ebenfalls als „Bourgeoisie“ bezeichnet und mit nicht geringerem Haß verfolgt als jener, den der Socialismus dem „Liberalismus“, der Bourgeoisie par excellence, entgegenbringt. Zur „Bourgeoisie“ gehören im socialistischen Jargon ja alle, welche die Monopolkraft des Privateigenthums, das heutige Eigenthumsrecht, bestehen lassen wollen, so radical sie auch sonst sich geberden. Bleibt die Demokratie an jener Grenze stehen, will sie nicht zur Socialdemokratie weiter schreiten, so wird ihr diese letztere sagen, die Gleichheit und Freiheit, welche sie erstrebe, sei nur Phrase. Und in der That sind alle Redensarten von Gleichheit und Freiheit im demokratischen Sinne nur leere Worte, so lange das Hauptbollwerk jeder Ungleichheit, das Privateigenthum, bestehen bleibt. Denn für die consequente Demokratie kann die bloße politische Freiheit nicht genügen; diese ist nur eine hohle Form, wenn nicht auch die Gleichheit der materiellen Lebensbedingungen und damit die „Freiheit“ auf socialökonomischem Gebiete besteht, zu

welchem Zwecke das Collectiv-eigenthum hergestellt werden soll. Was hilft dem Besitzlosen die bloße politische Freiheit, wenn er nicht auch in socialer Beziehung frei und dem Besitzenden gleich ist? Alsdann erwacht, sobald er einmal von der Autorität abgefallen, nothwendig in ihm das Bestreben, die politische Freiheit nur als Mittel zur Erlangung seiner socialen Befreiung zu benutzen. Dies zeigen ganz klar die Vereinigten Staaten von Nordamerica. Dort besteht die weitestgehende politische Freiheit und sie wird im vollsten Umfange geübt; dennoch erschallt auch dort der Ruf nach „Emancipation der Arbeit und des Proletariats“. Eine ähnliche Erscheinung läßt sich in einigen Cantonen der Schweiz beobachten, wo die Bestrebungen der radicalen Bourgeoisie mehr oder weniger gestiegen haben; trotzdem sind jene Cantone die wichtigsten Herde für die socialistische Agitation und die dort herrschende Form der Republik gilt in den Augen der Socialdemokraten nur als eine „Bourgeoisie“-Republik, die zu vernichten sei.

Betragen von dem Bewußtsein, daß der Gegensatz zwischen Besitz und Nichtbesitz durch die bloße politische Freiheit niemals gehoben werden kann, löst sich allmählig die Socialdemokratie von der bürgerlichen Demokratie los und erklärt die politischen Freiheiten nur als Abschlagszahlung, sowie als Uebergang zur Errichtung des socialistischen Staates. Der letzte Umstand unterscheidet die Socialdemokratie von allen übrigen Parteien. Diese wollen sämmtlich entweder die eigene Herrschaft oder doch wenigstens die Herrschaft ihrer Grundzüge im Staat, wollen also diesen Staat auf seinen gegenwärtigen natürlichen Fundamenten bestehen lassen; auch der Socialismus will die Herrschaft im Staate haben; er will aber noch mehr, er will die Herrschaft über den Staat in der ausdrücklichen Absicht, die socialen Grundlagen desselben umzuwälzen.

2. Der moderne Socialismus legt, wie die radicale Demokratie überhaupt, das Wahlrecht sowie die übrigen politischen

und socialen Rechte nur in die menschliche Persönlichkeit als solche. Es ist dies eine Reaction sowohl gegen den Feudalstaat, als gegen die „Bourgeoisie“, welche besonders in Frankreich den Staat für sich ausgebeutet hat und auch in andern Ländern allmählig das tonangebende, den Staat für seine Interessen bestimmende Element geworden ist. Auf der andern Seite liegt in der erwähnten Anschauung des Socialismus offenbar eine Uebertreibung des an sich berechtigten demokratischen Principis von der Gleichheit aller Menschen, die auf der Gleichheit der abstracten menschlichen Natur fußt.

Der Höhe des modernen Socialismus ist das souveräne allgemeine Stimmrecht und der darauf ruhende Staat. Was ist aber dieser Staat des absoluten allgemeinen Stimmrechtes anders als die organisirte Sklaverei der Minderheit, die despotische Herrschaft der Mehrheit, ja in der Regel nicht einmal der Mehrheit, sondern irgend einiger Volksführer? Es läuft bei derartigen Abstimmungen auch meist eine große Selbsttäuschung mit unter. Denn wenn nicht alle Berechtigten zur Urne gehen, so kann die Volksstimme nicht einmal formell vollkommen zum Ausdruck kommen. Nun sind aber die Wahlenthaltungen meist sehr zahlreich und in der Regel sind es die conservativen Elemente im Volke, die sich von den Agitationen und Wahlen fern halten. Eine Minderheit stimmt ab, ersezt, was ihr an Zahl abgeht, durch Värm und geberdet sich als das „Volk“ und preist die eigenen Beschlüsse als die „Volksstimme“.

Die Herrschaft des absoluten allgemeinen Stimmrechtes bedeutet ferner die Vernichtung jeder feststehenden Rechtsnorm, jeder höher begründeten Sittlichkeit, überhaupt die Beseitigung jener ewigen Grundsätze, auf denen allein Freiheit und Civilisation gedeihen können. Die „Bourgeoisie“, aus deren Menschenrechten das allgemeine Stimmrecht entsprungen, hat dasselbe theoretisch als richtig hingestellt, verweigert dessen Anwendung aber so lange als möglich, angeblich, weil die Zeit dazu noch nicht gekommen sei und die Massen noch nicht die gehörige



politische „Bildung“ hätten, um den richtigen Gebrauch von jener Institution zu machen. Der wahre Grund ist der, daß die Bourgeoisie, ohne sich selbst und ihr innerstes Princip, die Herrschaft des beweglichen Besitzes, aufzuheben, niemals dieses allgemeine Stimmrecht ehrlich wollen kann. Der moderne Socialismus aber, der jede Ungleichheit radical abschaffen will, muß jenes Stimmrecht zu seinem politischen Principe machen; es ist für ihn nicht bloß, wie man bei flüchtigem Blicke auf Lassalle vielleicht meinen könnte, das politische Mittel zum socialen Ziele, sondern es soll auch nach Erreichung dieses socialen Zweckes das Lebensprincip jeder öffentlichen Thätigkeit der neu gegründeten Gesellschaft sein.

Der moderne Socialismus glaubt im allgemeinen Stimmrecht die einzige Bürgschaft gegen alle Classenherrschaft, gegen jede Tyrannei zu haben; das Volk, d. h. die in der Productivgenossenschaft organisirten Bürger geben durch Mehrheitsbeschluß die Gesetze; gewählte, jederzeit verantwortliche und absetzbare Executivbehörden haben für die Ausführung derselben zu sorgen; selbst die Richter sollen nach einem Beschlusse des Congresses zu Lausanne durch das allgemeine Stimmrecht gewählt werden. Dieser Wahlmodus — so argumentirt man — bringe die unverfälschte Volksmeinung zum Ausdruck und könne ferner auf die Dauer nicht irren, er trage sein Correctiv in sich selbst, er sei, wie Lassalle sagt, die Lanze, welche die Wunden wieder heilt, die sie geschlagen; zuletzt werde, glaubt man, das Volk doch hinsichtlich der Personen und Sachen das Richtige wählen. Dieß möchte wohl der Fall sein bei einem materiell, intellectuell und moralisch gesunden Volke, niemals aber bei einem solchen, das von socialistischen Ideen durchtränkt ist und dem Materialismus huldigt. Daß das allgemeine Stimmrecht unaufhörlich sich selbst täuschen kann, wenn es von geschickten Agitatoren, die nicht aussterben werden, dirigirt wird, liegt auf der Hand. Niemand wird die Menge jene Ruhe und politische Bildung haben, die nöthig sind, um sich vom Einfluß gewissenloser Schreiber, Intriganten

ganten und Dictatoren frei zu machen. Am Allerwenigsten aber würde dieß in einem communistisch-materialistischen Staatswesen der Fall sein. Die Socialisten begehen — und darin liegt einer ihrer Hauptfehler — den großen Irrthum, daß sie die Menschen nicht nehmen, wie sie sind. Das allgemeine Stimmrecht in seiner unbeschränkten Anwendung wird stets die Waffe sein, womit die eine Partei die andere überstimmt, beherrscht und ausbeutet — auch im socialistischen Staat.

Noch in anderer Beziehung ruht die socialistische Lehre von der beglückenden Kraft des allgemeinen Stimmrechtes auf einer unrichtigen Voraussetzung. Es gibt Dinge, über welche selbst der größten Mehrheit und der höchst stehenden Persönlichkeit keine Gewalt zusteht; dazu gehören die naturrechtlichen Grundlagen der Gesellschaft, also auch das Privateigenthum, ferner die großen Grundsätze des Rechtes und der Moral. Unrecht und Unsitlichkeit werden dadurch niemals zu Recht und Sitte, daß eine Mehrheit von Menschen und selbst alle Menschen zusammen sie dazu erklären; sie sind Principien und Kategorien höherer Ordnung. Es heißt die Grundbegriffe der menschlichen Gesellschaft geradezu auf den Kopf stellen, wenn man dieß vergißt, wie der Socialismus es thut. Dieser handelt dabei freilich nur nach dem Vorbilde so vieler Mitglieder der „Bourgeoisie“, wenn er annimmt, daß die Volksvertretung Recht, Gesetz und sogar das öffentliche Gewissen in ihrer Brust trage und mit schrankenlosem Absolutismus darüber verfügen könne. Auch der „moderne Staat“ huldigt dieser Anschauung und darf sich nicht verwundern, wenn der Socialismus, der ja die Mehrheit des Volkes, das Interesse der Besitzlosen zu repräsentiren glaubt, dasselbe absolutistische Princip nun auf Privateigenthum und Monarchie anwendet. So werden dem Staate seine Fundamente unter den Füßen weggezogen und den Regierungen möglichen vielleicht noch zu spät die Augen aufgehen.

Die Anschauung, daß der Staat — sei es der des allgemeinen Stimmrechtes oder nicht — Recht und Gesetz schranken-

los schaffen könne, ohne sich dabei um höhere, unverfärbare Principien zu kümmern, vernichtet alles Recht, alle Ordnung und Stabilität. An die Stelle der ewigen Grundlagen der Civilisation treten die Willkür und der Absolutismus einer wechselnden Mehrheit oder das Belieben und der Despotismus irgend eines Regierungs-Collegiums oder eines Monarchen. Eine gedeihliche Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft ist ohne feste, über die willkürliche Anerkennung erhabene Grundlagen nicht möglich. Dieser staatliche Absolutismus, diese Omnipotenz der regierenden Gewalten oder des allgemeinen Stimmrechtes ist eine Einrichtung von höchst revolutionärem Charakter. Der Absolutismus hat daher noch immer die Revolution erzeugt. Dadurch, daß man alle festen Schranken mit Füßen tritt und ihrer Autorität beraubt, wird das Volk schließlich regierungsunfähig und der Cäsarismus zuletzt das einzige Auskunftsmittel; dieser aber muß früher oder später durch die Revolution gestürzt werden. Wenn gar das allgemeine Stimmrecht sich zum absoluten Herrschaftsaufwirst, wenn also die Massen Revolutionäre aus Princip werden, dann müssen die Regierungen (Fürsten oder Parteien) ebenfalls absolutistisch, ja selbst tyrannisch werden, nur damit wenigstens die Ordnung bestehe, damit die Gesellschaft dem principiellen Umsturz gegenüber erhalten werde.

Ein Staat, der dem allgemeinen Stimmrecht die souveräne Gewalt einräumt, wird niemals ein Staat der Freiheit sein. Es ist eine leere Phrase, zu sagen, daß ein solches Volk sich selbst regiere. Kein Despotismus ist drückender, als jener der Majorität, besonders wenn es wie hier sich eine Herrschaft in Dingen anmaßt, die über Mehrheitsbeschlüsse erhaben sind. Der socialistische Staat ist daher der wahre Zwangsstaat; der Einzelne ist Sklave der Mehrheit; seine Fähigkeiten, sein Leben gehören nur dem Staate, und jene Zeiten des Alterthums lehren wieder, in welchen der Mensch nur etwas galt als Mitglied des Staates. Die Gesellschaft wird nichts, der Staat alles. Ein solcher omnipotenter Staat ist der Moloch, dem

Alles und Jedes geopfert wird. Wenn man aber diesen Staat näher betrachtet, so ist er in Wahrheit nichts Anderes und wird niemals etwas Anderes sein können, als die herrschende Partei und deren sehr menschliche Privatinteressen. Zu einer Republik, besonders zu jener des allgemeinen Stimmrechtes, gehören Republicaner und diese gedeihen auf dem Boden des modernen Socialismus und Materialismus am allerwenigsten.

## Drittes Capitel.

### Der moderne Socialismus auf social-ökonomischem Gebiet.

1. Hiermit betreten wir das Hauptgebiet der socialistischen Thätigkeit, den Mittelpunkt der Bestrebungen, um welche sich alles Weitere, theils als Mittel zum Zweck, theils als Folgerung gruppirt. In der ganzen Gesellschaft ruht Alles auf social-ökonomischem Boden und das politische Leben ist daher nur ein von jenem abgeleitetes. Die socialen Ziele sind die Triebfedern für das politische Verhalten; es sind überall die social-ökonomischen, die Standesinteressen, die in der Politik zum Ausdruck kommen und sie beherrschen. Ganz dasselbe gilt daher auch für den Socialismus.

Das sociale Ziel des Socialismus faßt sich darin zusammen, daß die bloße politische Freiheit eine leere Form sei ohne die sociale und daß diese sociale Freiheit nur zu erreichen sei durch die „Emancipation“ der Arbeit von dem Druck des Capitals. In Wirklichkeit kommt dieß auf die Vernichtung des Privateigenthums hinaus, denn es ist thatsächlich unmöglich, die capitalistische Productionsweise und das nothwendig zu ihr gehörige Lohnsystem in anderer Weise zu beseitigen. Man spricht von der Herrschaft des Capitals über die Arbeit und

meint das Eigenthumsrecht, kraft dessen der Eigenthümer durch Anwendung fremder Arbeit eine Rente ziehen kann. In Folge der Beschränktheit der Productionsmittel und der Unbeschränktheit der Vermehrung der Menschen hat das Eigenthum eine Monopolkraft über die Besitzlosen und dieß zeigt sich ganz besonders bei der modernen, auf Großbetrieb ruhenden Productionsweise. Das Capital, das hierbei eine so große Rolle spielt, ist nur eine Erscheinungsform des Privateigenthums. Sobald einmal die Besitzlosen von dieser Institution abzufallen beginnen, fängt die Bildung des Proletariats als des vierten Standes an, und die Interessen dieses neuen Standes dictiren ihm sein sociales und politisches Programm. Dann wird das Collectiv-eigenthum, der Communismus verlangt, damit alle Classenunterschiede sich in dem einzigen Stande der „Bürger“ verschmelzen und so die Gleichheit und Freiheit in der Brüderlichkeit und Solidarität hergestellt werde. Da die Classenunterschiede vorwiegend auf ökonomischen Unterschieden beruhen, so können sie ohne Aufhebung dieser letzteren nicht beseitigt werden. Von allen Privilegien besteht im „modernen“ Staat nur das des Eigenthums noch fort; daher will der Socialismus das Werk vollenden, das die Bourgeoisie in der berühmten Nacht vom 4. August 1789 begann, aber zu ihren Gunsten und zu Ungunsten der Besitzlosen unvollendet ließ, die Vernichtung aller Privilegien. Die Bourgeoisie — so sagt der moderne Socialismus — habe sich damals vom Druck der beiden älteren Stände emancipirt, von dem monarchischen Adel und der Geistlichkeit, indem sie die politische Gleichheit und darauf fußend, das Recht der Mehrheit proclamirte, aber sie habe diese Errungenschaften wieder gefälscht durch Einführung des Censur, der sich auf die ökonomische Ungleichheit gründet und diese sanctionirt; die neue, die letzte Revolution solle nun die wahre Freiheit und Gleichheit herstellen. So lange dieß nicht der Fall, sieht der Socialismus als Frucht der ersten französischen Revolution bloß einen Wechsel der herrschenden Classe; die wahre Freiheit fehle, so lange die ökonomische

Ungleichheit und damit die „Ausbeutung“ bestehen; daher könne erst mit der socialistischen Revolution der wahre, der größte Culturfortschritt kommen; denn die auf dem Regime des Privateigenthums erwachsene Bildung sei Unbildung, die moderne Cultur Uncultur, weil humanitätswidrig; erst der Socialismus erhebt seiner Ansicht nach, jede Aneignung dadurch, daß er die Quelle der socialen Ungleichheit, das Privateigenthum, vernichten will. Der gesammte moderne Socialismus fußt auf dem Worte, das Marx in seiner Inauguraladresse gesagt: „daß die ökonomische Unterwerfung des Arbeiters unter den Aneigner der Arbeitsmittel, d. h. der Lebensquellen, der Aneignung in all ihren Formen zu Grunde liegt, dem gesellschaftlichen Elend, der geistigen Verkümmern und der politischen Abhängigkeit.“ Aus diesem Grunde erklärt sich der Socialismus für den wahren Culturfactor, weil er das Reich der Cultur auf die gesammte Menschheit ausdehnen, auch die besitzlosen Classen in das Leben und in die Gesellschaft einführen wolle, während die „Bourgeoisie“ durch das Privateigenthum die Cultur zu einem Monopol weniger Bevorrechtigter mache.

Der socialistische Arbeiter, der von solchen Anschauungen durchdrungen ist, begnügt sich daher nicht mit einer bloßen Aufbesserung seiner Lage; dadurch unterscheidet er sich ganz wesentlich von dem nicht socialistischen Arbeiter. Jener will die radicale Umwälzung, damit er selbst Herr über die Productionsmittel werde. Zu diesem Zwecke ist ihm die bloße politische Freiheit ungenügend. Er kämpft nicht gegen eine bestimmte Staatsform, gegen die Monarchie, um der Republik willen, er befehdet auch diese, wenn die „Bourgeoisie“ dort herrscht. Bisher hat sich der Arbeiter durch die „Bourgeoisie“ und den „Liberalismus“ für die verschiedensten Staatsformen begeistern lassen, und die Kämpfe der „liberalen“ Partei um die Herrschaft ausgefochten; dem zum socialistischen Bewußtsein gekommenen Arbeiter aber sind die verschiedenen Staatsverfassungen

der „Bourgeoisie“ bloß noch leere Trugbilder; er hat von den Barrikadenkämpfen bisher nichts mitgebracht, als „eine andere Form, elend zu sein“ und wird die Waffen nur noch für die eigene Sache ergreifen.

Um den gegenwärtigen Zuständen abzuhelpfen, soll der Staat der Zukunft sämtliche Produktionsmittel, Grund und Boden, Verkehrswege und Arbeitswerkzeuge „nationalisiren“ und durch die Gesamtheit für die Gesamtheit verwalten. Dieser Tendenz entspringt das Feldgeschrei: »A bas l'exploitation de l'homme par l'homme!« Nieder mit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen! Demselben Gedanken entspringen auch die Schlagwörter von der „Emancipation der Arbeit“, von der „Herstellung des vollen Arbeitsertrages“ u. s. w. Alles dieß läßt sich nur verwirklichen durch Aufhebung des Lohnsystems, d. h. durch Vernichtung des Privateigenthums und seiner monopolistischen, eine Rente erzeugenden Kraft. Die Produktionsmittel sollen, wie der Baseler Congreß sich ausdrückte »rentrer à la communeauté«. Diese Bezeichnung ist ganz im Sinne Rousseau's, dem überhaupt der moderne Socialismus vieles entliehen hat. Rousseau, der mit großem Unrechte als Philosoph betrachtet wird, setzte einen ehemaligen Naturzustand des Communismus voraus und meinte: *retournons à la nature!* Ist dann dieser Naturzustand, diese Herrschaft des Naturrechtes wieder hergestellt, dann beginnt die Leitung der Production, die „Organisation der Arbeit“ durch den Staat. Hinsichtlich der Vertheilung des Productionsertrages ist man freilich noch nicht über die socialistische Phrase hinausgekommen. An dieser Klippe müßte der Socialismus, wenn er je einmal praktisch sich bethätigen könnte, unbedingt scheitern. Man vergewöhnliche sich die Saint-Simonistische Phrase, daß Jeder nach seiner Fähigkeit, jede Fähigkeit nach ihren Werken am Productionsertrag Theil nehmen solle, so wird man sogleich ersehen, daß die Verwirklichung dieser abstracten Formel zu den Unmöglichkeiten gehört.

2. Die principielle Grundlage des modernen Socialismus, die naturrechtliche Leugnung des Privateigenthums, haben die gegenwärtigen Socialisten bereits in der Wiege der modernen Nationalökonomie gefunden. Adam Smith, der Vater der wissenschaftlichen Volkswirtschaft, ignorirt in seiner Werththeorie ebenfalls die monopolistische Kraft des Eigenthums; er hebt ganz wie Marx, wenn auch nur stillschweigend, die substancielle Verbindung zwischen Gebrauchs- und Tauschwerth auf, indem er erklärt, daß die Arbeit der wahre Maßstab des Tauschwerthes aller Güter sei \*). Bei Smith ist dieser Satz noch mit Unklarheit behaftet, und es finden sich auch Widersprüche daselbst. Es ist ferner schwierig zu sagen, ob Smith in Wahrheit die Ansicht habe aufstellen wollen, daß die Arbeit überhaupt die Quelle und der einzige Factor der Werthe sei, oder ob er bloß habe sagen wollen, daß der Besitzlose dem Besitzenden die Güter durch seine Arbeit ablaufen müsse und daß nur in solcher Beziehung die Arbeit der Maßstab für den Tauschwerth der Güter bilde. Immerhin werden Smith's Aeußerungen ganz allgemein so aufgefaßt, als habe er damit sagen wollen, die Arbeit sei nicht bloß der Maßstab, sondern auch die Quelle aller Tauschwerthe. In dieser Weise aber ist die Theorie irrig, denn es wird dadurch der Einfluß des Privateigenthums auf den Tauschwerth gänzlich eliminirt, und so der Zusammenhang zwischen Gebrauchs- und Tauschwerth aufgehoben. Nun ist aber doch der Gebrauchswerth eines Gegenstandes ein constituirendes Element bei Bildung des Tauschwerthes. Die meisten Lebens- und Genußmittel, alle welche der Erde entstammen, sind nur in beschränkter Anzahl vorhanden, da der Umfang der Productionsmittel selbst, aus

\*) Ad. Smith, Untersuchungen über die Natur und die Ursachen des Nationalreichthums, Frankfurt und Leipzig, 1796. I. Band, I. Buch, V. Cap. S. 48, 50, 54, 60.

Ad. Smith, Inquiry into the Natur and Causes of the Wealth of Nations, Basilea 1791, Vol I, Book I, Chap. V. pag. 44, 45, 48, 54.



denen sie durch die Arbeit erzeugt werden, sehr begrenzt ist. Der Ertrag der Production läßt sich nicht beliebig vermehren, ja er wächst nicht einmal proportionell mit der aufgewendeten Arbeit, während die Menschen den Trieb nach unbegrenzter Vermehrung haben. In Folge dieser Verhältnisse erlangt der Besitzer von Arbeits- und Productionsmitteln den Besitzlosen gegenüber die Stellung eines Monopolisten und übt auch einen wesentlichen Einfluß aus auf die Bildung des Tauschwerthes, da sich dieser von dem Gebrauchswerth der Dinge nicht trennen läßt. Im Tauschwerth steckt dann nicht blos der Werth der in den Gegenstand hineingelegten Arbeit, sondern auch die Rente des Eigenthümers. Es ist daher irrig, den Tauschwerth ganz vom Gebrauchswerth loszulösen und die Arbeit als einzige Quelle und Factor des Tauschwerthes zu erklären, wie es Smith mehr oder weniger klar gethan. Da Smith's Wert lange Zeit als ein Evangelium galt und die Grundlage der wissenschaftlichen Nationalökonomie bildet, so halten wir uns für berechtigt, ihn für den Vater und die auf ihm fußende Volkswirtschaft für die Wiege des modernen, wissenschaftlichen Socialismus zu erklären.

Ricardo hat auf den Smith'schen Ausführungen weiter gebaut und dieselben systematisch entwickelt; jetzt liegt der Werth einer Sache ausschließlich in der vom Producenten geleisteten Arbeit. Vassalle sagt hierüber (Vast.-Schulze, S. 122): „Der alte Adam Smith'sche Satz, daß die Arbeit die Quelle und der Factor aller Werthe sei, der bei Smith noch oft mit Schwankung und Widerspruch behaftet auftritt, von Ricardo dann aber zu einem consequenten und streng durchgeführten System entwickelt ward . . .“ Auch die meisten übrigen Nationalökonomien haben jenen Smith'schen Satz blind hingenommen und derselbe wird sogar vielfach als die bedeutendste wissenschaftliche Leistung Smith's gepriesen. So kam es, daß der Nationalökonomie die hohe sociale Bedeutung des Privateigenthums fast ganz verloren ging, und man die centrale Stellung desselben für die Pro-

duction und besonders für die Vertheilung der Güter nur wenig gewürdigt hat. Ja das Bewußtsein davon kam derart abhanden, daß Carey sein dreibändiges Werk „Die Grundlagen der Socialwissenschaft“ schreiben konnte, ohne des Eigenthums mehr als nur vorübergehend zu erwähnen! Es ist dieß eine Folge der bürgerlichen Oekonomie, welche die Bedeutung der Arbeit, so hoch dieselbe auch zu stellen ist, doch übertrieben und dadurch dem Socialismus eine wissenschaftliche Grundlage geschaffen hat. Die Arbeit ist ohne Zweifel einer der wichtigsten Pfeiler der Cultur, der Civilisation und der Moral; auch liegt in dem Sage, daß die Arbeit allein die Werthe schaffe, etwas Humanitäres. Dagegen wirkt dieses Princip, isolirt hingestellt, auflösend, weil eine dauernde Socialordnung doch nur mit dem Regime des Privateigenthums möglich ist. Während die Arbeit in der Gesellschaft das Element der fortschreitenden Cultur und der sittlichen Kraft repräsentirt, bildet das Eigenthum das eben so nothwendige Element der Stabilität.

Aus der Weiterentwicklung der Smith-Ricardo'schen Werththeorie folgt die Unterscheidung zwischen Arbeitsquantum und Arbeitslohn. Der Arbeiter liefert eine bestimmte Quantität Arbeit, erhält aber nicht die volle, dadurch vollbrachte Werthvermehrung bezahlt, sondern wird vom Eigenthümer des verarbeiteten Materials abgelohnt. Laffalle hat in diesen Unterschied zwischen Arbeitsquantum und Arbeitslohn die ganze sociale Frage concentrirt. Marx hat das Verhältniß mehr wissenschaftlich, wenn auch in der abstoßenden Hegel'schen Weise dargelegt. In ihm fand die antisociale Werththeorie von Smith, Ricardo und deren Nachfolgern schließlich ihren schärfsten Ausdruck und ihre socialistische Nuzanwendung. Während die bürgerliche Volkswirthschaft die hohe Bedeutung des Privateigenthums für die Werthbildung theoretisch bei Seite setzte, praktisch aber doch beibehielt, hat der Socialismus den Muth, offen die Consequenzen zu ziehen; er ist über das Wollen und Nichtkönnen

hinaus und darin liegt immerhin ein ungeheurer Fortschritt, denn jetzt erst kann die so nothwendige Umkehr der Wissenschaft erfolgen. Baffalle sah scharf, daß die bürgerliche Oekonomie mit ihrer Entwicklung der Smith'schen Theorie von der Bedeutung der Arbeit am Ende angekommen sei, wo sie umschlagen und Socialökonomie werden müsse. In richtiger Consequenz der Smith-Ricardo'schen Theorie verstand er darunter, daß die Arbeit nun in ihr volles Recht eingesetzt und der „volle Arbeitsertrag für den Arbeiter“ gewährt würde. In solchem Sinne meinte er (Bast.-Schulze, S. 147), die Socialökonomie sei sowohl ein Kampf gegen Ricardo, als ebensosehr eine immanente Fortbildung seiner Lehre.

Wie schon bemerkt, ist diese Umwandlung und Weiterbildung der bürgerlichen Oekonomie in die Socialökonomie durch Marx erfolgt. Er hat mit logischer Schärfe das weiter entwickelt, was Smith aussprach, aber nicht ausdachte; er hat vor Allem die von Smith nur thatsächlich festgehaltene principielle Scheidung zwischen Gebrauchs- und Tauschwerth auch theoretisch und apodiktisch ausgesprochen. Ferner hat Marx die Smith'sche Werththeorie mit Recht dahin näher präcisirt, daß er nicht von der Arbeit schlechthin spricht, sondern die gesellschaftliche Durchschnittsarbeit zur Substanz des Tauschwerthes, das gesellschaftliche (durchschnittliche) Arbeitsquantum zum Maßstab des Tauschwerthes machte.

Unsere bisherigen Ausführungen über die socialistische Natur der Werththeorie Smith's und der ihm nachfolgenden bürgerlichen Oekonomie finden ihre Bestätigung durch den „Neuen Socialdemokrat“, welcher im Sommer 1871 schrieb:

„Wenn alle Werthgegenstände das Erzeugniß, der Ertrag der Arbeit sind, sind sie da nicht natürlich auch das Eigenthum derer, welche sie erzeugen haben? Ist aller Reichtum daher nicht das naturrechtliche Eigenthum der Arbeiter, welche mit Hand und Kopf ihn geschaffen haben? Und ist daher, der Theil, welcher als Capitalgewinn von dem Arbeitsertrag durch die Capitalmacht vorweggenommen wird, nicht vom Standpunkte des natürlichen Rechts aus eine Verraubung der Arbeiterklasse? Das heutige

Recht steht also mit dem Naturrecht im schärfsten Widerspruch. Es ergibt sich hieraus, daß es die hohe, sittliche Aufgabe der Arbeiterklasse ist, diese mit dem natürlichen Recht in Widerspruch stehende Gesellschaft zu bekämpfen und eine Gesellschaftsform herbeizuführen, in welcher der Ertrag der Arbeit ihr selbst zufällt und kein ehernes Lohngesetz Massenelend erzeugt."

In Nr. 3 des Jahrgangs 1872 sagt dasselbe Blatt, von Adam Smith und Ricardo an hätten alle bedeutenderen Social-Ökonomen anerkannt, daß der Tauschwerth der producirten Werthgegenstände sich lediglich durch die auf ihre Herstellung verwendete gesellschaftliche Arbeitsmenge bemesse; dann heißt es weiter:

"Also ist der Tauschwerth der gesammten hervorgebrachten Waaren der Ertrag der Arbeit der gesammten geistig und körperlich thätigen Volksmenge, und das vorhandene Capital hat selbst keinen Werth geschaffen. Es ist daher auch naturrechtlich lediglich das werththätige Volk, welches Anspruch auf diesen Gewinn der nationalen Production hat, nicht das todt Capital. Gleichwohl bekommt in der heutigen Gesellschaft das arbeitende Volk durch die Wirkung des von der Wissenschaft anerkannten ehernen Lohngesetzes, weil die Arbeitskraft eine Waare ist, deren Tauschwerth sich nach ihren Herstellungskosten bemißt, als Lohn nur einen Theil der erzeugten Güter, während die Capitalmacht das übrige als Capitalgewinn für sich behält. Es sind also nur zwei Möglichkeiten da, entweder die heutigen Zustände bleiben und die Arbeit wird nach ihren Herstellungskosten bezahlt, oder die socialistische Gesellschaft sichert der Arbeit den vollen Ertrag."

So haben also Smith und die meisten bürgerlichen Volkswirthe, sowie auf ihnen fußend die socialistischen Nationalökonomien das Privateigenthum jedes Einflusses auf die Bildung der Tauschwerthe entkleidet. Ist aber einmal die Arbeit allein Quelle und Maßstab des Tauschwerthes, hat das Eigenthum an demselben kein Recht mehr, so sind consequenter Weise die Kräfte der Natur Jedermann unentgeltlich zur Verfügung gestellt; das Eigenthum hört auf, ein werthbildender Factor zu sein. Die Anschauung, daß die Stoffe und Kräfte der Natur allen Menschen unentgeltlich gehören, liegt schon den Entwicklungen von Marx zu Grunde; auch Lassalle huldigt derselben [Bast.-Schulze, S. 206; (S. 296 dieses Buches)]. Von dieser Anschauung ist aber nur noch ein Schritt zu dem Satze von

Proudhon, das Eigenthum sei Diebstahl \*). Gemäß der vorhergegangenen Entwicklung muß dieser Satz für die Socialisten mit Nothwendigkeit hinsichtlich des in der modernen Production werdend angelegten Eigenthums, noch mehr aber hinsichtlich der Früchte dieses Eigenthums gelten. Der Socialismus handelt nur consequent nach der von der bürgerlichen Oekonomie überkommenen Theorie, wenn er die Verwerflichkeit des Capitalgewinnes beweist, denn in letzter Instanz kommt dieser Gewinn immer auf eine Rente aus dem Besitz von Produktionsmitteln hinaus, auf ein Einkommen, welches der Eigenthümer kraft des Eigenthumsrechtes, aber ohne eigene Arbeit hat, und auf welches daher der Arbeiter ein natürliches Recht zu besitzen glaubt. So erklärt sich die Uebersetzung, welche Lassalle von dem oben erwähnten Proudhon'schen Satze gab, indem er sprach: „Das Eigenthum ist Fremdthum geworden!“

Welch herrlicher Stoff ist es auch für den socialistischen Agitator, wenn er sich auf die Wissenschaft von Smith und Ricardo bis herab zu Marx und Lassalle berufen und seinen Zuhörern sagen kann: „Die Arbeit allein schafft Werthe; diese stolzen Paläste, ihr habt sie gebaut; diese Fülle von Genüssen, ihr habt sie erarbeitet mit dem Schweiß eures Angesichtes, mit den Schwielen eurer Hände; euch gehören sie daher von rechts wegen kraft des unveräußerlichen Naturrechtes; aber unter der Herrschaft der gegenwärtigen socialen Organisation versagen euch die besitzenden Classen den vollen Ertrag eurer Arbeit, sie eignen sich euer eigenstes Eigenthum an, und ihr bleibt immer was ihr wart, elende, darbende Proletarier! Stürzt daher diese Organisation, die Ursache eurer Ausbeutung, vernichtet die jetzige Produktionsweise, denn wenn sie auch formell noch so sehr zu Recht besteht, so ist sie doch ein täglich sich erneuern-

\*) Der Grundsatz „La propriété, c'est le vol“ soll nicht von Proudhon zuerst aufgestellt worden sein, sondern von Brissot herühren, der bereits vor der ersten französischen Revolution eine Schrift unter diesem Titel schrieb.

des, schweres materielles Unrecht gegen euch, gegen die Männer der Arbeit!"

3. Aus der Anschauung, daß bloß die Arbeit Werthe schaffe, daß die Stoffe und Kräfte der Natur Allen gehören, folgt auch die Theorie vom Normalarbeitstag, der eine bestimmte Grenze angeben soll für die Dauer der Arbeitszeit. Die Forderung nach einem Normalarbeitstag ist gegenwärtig noch nicht klar und scharf im socialistischen Sinne gestellt; sie ist noch verquidt mit den Ansprüchen der Humanität gegenüber der oft vom herzlosesten Egoismus und schmachvoller Brutalität eingegebenen übermäßigen Ausdehnung der Arbeitszeit. Allmählig aber tritt in dieser Forderung auch die socialistische Anschauungsweise hervor. Diese entspringt der von Marx aufgestellten Unterscheidung zwischen nothwendiger und thatsächlicher Arbeitszeit (S. 16 d. B.). Der Socialismus verwirft principiell die moderne, auf dem Privateigenthum ruhende Productionsweise; er setzt die Gemeinsamkeit der Productionsmittel und die gemeinsame Bearbeitung derselben als naturrechtlich zu erstreben voraus; er hat daher von seinem Standpunkte aus ganz Recht, wenn er eine „nothwendige Arbeitszeit“ annimmt, innerhalb welcher bei einer communistisch organisirten Production die Lebensmittel und Bedürfnisse für sämtliche Angehörige eines nationalen Verbandes erarbeitet, sowie alle Ansprüche der Cultur an die Production befriedigt werden können. Da durch die Erhöhung der Cultur, durch das Weiterschreiten der Wissenschaft, durch Maschinen und Arbeitstheilung der gesammte Productionsertrag sich immer rascher und mit stets abnehmendem Aufwande von Zeit und Mühe erreichen läßt, so sinkt diese „nothwendige Arbeitszeit“ mit jedem dieser Fortschritte herab und in demselben Maße wird auch der Normalarbeitstag im socialistischen Staate geringer. So erklärt es sich, wenn der „Volksstaat“ (1872 Nr. 42) schreibt:

„In England [S. verschiedene Briefe im Boshive (Organ der englischen Gewerkvereine)] wird schon der zweifkündige Normalar-

beitstag für die Zukunft befürwortet. Der Normalarbeitstag, das heißt die zur Vollbringung der nothwendigen Gesellschaftsarbeit nothwendige Arbeitszeit des Individuums, muß mit der steigenden Productivität der Arbeit (durch verbesserte Maschinen, wissenschaftlicheren Betrieb, größere Concentrirung der Production u. s. w.) beständig abnehmen. Schon 1827 rechnete Robert Owen aus, daß 5 Mill. englische Arbeiter mit Hilfe der Maschinen die Arbeit von 400 Millionen Handarbeitern verrichteten, daß also durch die Maschinen die Productivität der Arbeit um das Achzigfache gesteigert worden! Die heutige Gesellschaft läßt dem Arbeiter die Vortheile der erhöhten Productivität der Arbeit nicht zu gute kommen. In einer geordneten, auf Gerechtigkeit gegründeten Gesellschaft wird die nothwendige Gesellschaftsarbeit und deren Ertrag gleichmäßig vertheilt sein, und wird der Normalarbeitstag sein: die der Zeit nach abgemessene nothwendige Gesellschaftsarbeit, dividirt durch die Zahl der Arbeitsfähigen. Ist das Ergebnis 12 Stunden täglich, so sind 12 Stunden der Normalarbeitstag, ist es 8 Stunden, so haben wir den achtfündigen, und ist es 2 Stunden, so haben wir den zweifündigen Normalarbeitstag. Man sieht hieraus, daß von einem absoluten Normalarbeitstag nicht die Rede sein kann. Da aber der ächte menschliche „Fortschritt“ darin besteht, die Natur mehr und mehr dem Menschen dienstbar zu machen, oder, was dasselbe ist, die Productivität der Arbeit zu erhöhen, so muß mit der voranschreitenden menschlichen Entwicklung der Normalarbeitstag immer kürzer werden. Schon jetzt läßt sich die Cultur einer Volks nach der herrschenden Durchschnittsarbeitszeit berechnen. Je länger sie ist, desto niedriger die Bildungsstufe, je kürzer, desto höher.“

4. Wenn man die Socialisten hört, so wollen sie nicht das Eigenthum abschaffen, sondern bloß das gegenwärtige Eigenthum, soweit dieses einen capitalistischen Charakter hat, d. h. ohne die eigene Arbeit seines Besitzers demselben Früchte bringt; an Stelle dieser Art Eigenthum soll das wahre Eigenthum treten, das nur der Arbeit des Eigenthümers selbst entspringt. Es ist dieß eine consequente Anwendung des Grundsatzes, daß bloß die Arbeit Werthe erzeugt, daß somit das Eigenthum sich naturrechtlich nur auf die Arbeit stützen kann. Auch in dieser Beziehung hat die bürgerliche Oekonomie durch ihre ganz verkehrte Auffassung der Dinge das Feld geebnet. Anstatt das Eigenthum nach allen Richtungen hin festzuhalten (daher auch

die moralischen Verpflichtungen der Besitzenden zu betonen), hat man die Ansicht acceptirt, daß aller Werth von der Arbeit ausgehe und hat den Capitalgewinn als Arbeitslohn zu rechtfertigen gesucht. Man hat sich damit schon auf den Boden des modernen Socialismus gestellt und den rechtlichen Bestand des gegenwärtigen Privateigenthums aufgegeben. Ähnlich war es, als man das Capital als ersparte und aufgehäufte Arbeit definirte und dabei als selbstverständlich voraussetzte, daß Anhäufers und Arbeiter dieselbe Person seien, eine Voraussetzung, die eben sehr häufig nicht eintrifft.

Daß der moderne Socialismus dem gegenwärtig bestehenden Eigenthum ein auf eigener Arbeit des Besitzers beruhendes entgegenstellt, ersehen wir aus Marg. Auf Seite 744 seines „Capital“ setzt er das „capitalistische Privateigenthum“ und das „individuelle, auf eigene Arbeit gegründete Privateigenthum“ in Gegensatz. Dieses letztere soll hergestellt werden „auf Grundlage der Errungenschaft der capitalistischen Aera, der Cooperation freier Arbeiter und ihrem Gemeineigenthum an der Erde und den durch die Arbeit selbst producirten Productionsmitteln.“

Positiv spricht sich Lassalle (Vast.-Schulze, S. 210) aus, indem er sagt: „Was der Socialismus will, ist nicht das Eigenthum aufheben, sondern im Gegentheil individuelles Eigenthum, auf die Arbeit gegründetes Eigenthum erst einführen.“ Der „Vollstaat“ (1871 Nr. 108) drückt denselben Gedanken aus, indem er sagt:

„Der Socialismus, und folglich auch die Internationale, will nicht das Capital zerstreuen, sondern bloß den heutigen Capitalismus, der das Capital zum Monopol einer Classe, und zum Mittel der Unterdrückung des Proletariats macht; der Socialismus will nicht das Eigenthum vernichten, sondern im Gegentheil, indem er Jedem den vollen Ertrag seiner Arbeit fähert, jedem Arbeiter — und wer nicht arbeiten will, gegen den hat die Gesellschaft natürlich keine Pflichten, als die der Erziehung zum nützlichen Staatsbürger — sein Eigenthum gewährlasten, dessen er heute durch die capitalistische „Theiler“ beraubt wird. Was endlich das Erbrecht angeht, nun, so gestaltet sich in der socialistisch organisirten Gesellschaft der ganze Streit um die Erbschaftsfrage zu einem Streit um des Adlers Bart.



Diese Frage hat überhaupt nur ein Interesse für Den, welcher auf dem Boden der heutigen Gesellschaft steht, und sich einen Zustand nicht denken kann, welcher die ökonomische Ungleichheit organisch ausschließt, und die möglichst vollkommene Entwicklung des Individuums zum Zweck hat."

Wenn man die im Vorstehenden dargelegte socialistische Theorie vom Eigenthum auf den Besitz der primären Rohstoffe, des Grundes und Bodens, anwendet, so kommt dieß einer förmlichen Expropriation gleich. Erzeugt nur die Arbeit Werth und Eigenthum, dann bleibt dem Eigenthümer bloß noch der rohe, unbearbeitete Stoff; jede durch Arbeit an demselben hervorbrachte Werthvermehrung gehört nicht dem Eigenthümer, sondern dem Arbeiter. Die Rente, die gegenwärtig der bloßen Thatsache des Besitzes entspringt, wird dadurch aufgehoben, und der bisherige Eigenthümer erntet nur dann die Früchte seines Besitzthumes, wenn er es selbst bearbeitet. Die Bedeutung des Eigenthums wird auf diese Weise gänzlich vernichtet; von hier bis zur thatsächlichen Proclamation des Collectiveigenthums ist nur Ein Schritt.

Auf Grundlage des Gemeinbesitzes beginnt dann die neue Vertheilung des Productionsertrages. Jeder Arbeiter soll dem neuen Eigenthumsbegriff entsprechend, die durch seine Arbeit hervorbrachte Werthvermehrung zu eigen erhalten. Die Vertheilung wird von Gesellschaft wegen geregelt. Hier stehen sich nun (man vergleiche das auf S. 336 d. B. von der Redaction des „N. Socialdemokrat“ Dargelegte) zwei Principien gegenüber. Das eigentlich socialistische belohnt Jeden gemäß seiner Leistung, das communistische gemäß seiner Anstrengung. Entsprechend der von dem gesammten modernen Socialismus angenommenen Theorie über das naturrechtliche Eigenthum: gehört die Werthvermehrung naturrechtlich dem Arbeiter; es müßte daher Jeder gemäß seiner Leistung belohnt werden. Und doch wäre diese Vertheilung des Productionsertrages, obwohl sie gemäß der Theorien des modernen Socialismus über Werth und Eigenthum nur der natürlichen Gerechtigkeit zu entsprechen scheint, in Wahrheit

das schreiendste Unrecht. Denn es würden dabei diejenigen am besten wegkommen, welche auf sehr fruchtbarem Boden, in besonders ergiebigen Bergwerken u. s. w. beschäftigt wären; sie würden mit leichter Mühe Werthe produciren, zu denen die meisten Anderen längerer Zeit und weit größerer Anstrengung bedürften. Die Benachtheiligung wäre um so schwerer, als die Productionsmittel selbst Allen gehörten. Es dürfte also nur die gesellschaftliche, d. h. die durchschnittliche Arbeitszeit, mithin auch nur die ihr entsprechende gesellschaftliche (durchschnittliche) Werthvermehrung maßgebend sein und somit wäre die Vertheilung des Productionsertrages glücklich beim Communismus angekommen. So verlangt der Socialismus einerseits im Namen der natürlichen Gerechtigkeit für den Arbeiter den vollen Arbeitsertrag, andererseits kann er im Namen derselben Gerechtigkeit dieses Verlangen gar nicht durchführen, weil eben niemals die gleiche Arbeit auch gleichen Ertrag bringt, da die von der Natur gegebenen Productionsmittel selbst in's Unendliche individualisirt sind. Dieses unlösbare Dilemma entspringt dem Gemeineigenthum der Productionsmittel, die man, um das Reich der Gleichheit zu gründen, auch vorerst gleich machen müßte, so daß Grund und Boden, Bergwerke u. s. w. sämmtlich von gleicher Productivität wären. Hält man am Collectiveigenthum fest, so muß man, um gerecht zu sein, auch zu einer communistischen Vertheilung des Productionsertrages greifen. Damit ist aber der Untergang von Freiheit, Cultur und Fortschritt gegeben, der communistische Staat wird niemals etwas anderes als ein gewaltsam zusammengehaltener Staat von Sklaven sein können. Die auf dem Privateigenthum beruhende Organisation der Production und die hieran sich schließende Vertheilung des Productionsertrages ist eben doch trotz aller Mängel die relativ beste, weil die einzig mögliche und haltbare.

## Viertes Capitel.

### Die religiöse Stellung des modernen Socialismus.

1. Die ganze socialistische Bewegung ist, wo sie sich vollkommen ausgestaltet hat, durchaus materialistisch und atheistisch. Sie ist es schon deshalb, weil die positive Religion der stärkste Feind des Socialismus, das Bollwerk gegen alle Umsturzelehren ist. Die Heilighaltung des Privateigenthums, der Gehorsam gegen die weltliche und geistliche Autorität werden von ihr mit aller Eindringlichkeit als göttliches Gebot gelehrt. Gegenüber ungerechtem und absolutistischem Auftreten der Behörden und Regierungen erlaubt das positive Christenthum das Recht und befiehlt sogar unter Umständen die Pflicht des passiven Gehorsams und des friedlichen Widerstandes; dagegen verwirft es jede Empörung und jede gewaltsame Revolution. Daher kann ein Arbeiter von positivem Glauben niemals Socialist sein. Wohl kann er die Arbeiterbewegung mitmachen, aber nur soweit sie Ziele erstrebt, die mit seiner religiösen Anschauung verträglich sind; er darf das Recht des Eigenthums nicht antasten, sich nicht zur Empörung hinreißen lassen und muß auch in der Werkstatt sich den berechtigten Anordnungen des Arbeitsherrn fügen. Daß der Socialismus daher jeder positiven Religion feindselig sein muß, begreift sich; mit Recht sagt Dr. Boruttau (S. 406 dieses Buches), der Socialismus sei auf religiösem Gebiete der Atheismus; ferner sagt er (Volksstaat 1871 Nr. 28):

„Die Hoffnung auf ein befriedigendes Gelingen der socialistischen Revolution ist eine schwärmerische Utopie, so lange man es verabsäumt, durch allgemeine und gründliche Volksaufklärung den Gottesaberglauben auszurotten. Da dieses zu thun niemand anderes als die Socialisten selber fähig oder willens ist, so ist es unsere Pflicht, diese Arbeit mit Eifer und Hingebung zu erfüllen und niemand anders ist des Namens eines Socialisten würdig, als wer, selbst Atheist, der Ausbreitung des Atheismus mit allem Eifer seine Anstrengung widmet. Die Redaction des

„Volksstaat“ wird, wenn sie consequent sein will, zugestehen müssen, daß es unmöglich ist, die Nothwendigkeit der gegen den Staat gerichteten politischen Agitation anzuerkennen und gleichzeitig die Nothwendigkeit der gegen die Kirche (die Fundament und Unterbau des Staates ist) gerichteten, der religiösen Agitation zu leugnen.“

Daß der moderne Socialismus durchaus atheistisch ist, liegt auf der Hand; ein flüchtiger Blick in die Zeitungen und Schriften, die im socialistischen Lager erscheinen und massenhaft unter den Arbeitern verbreitet werden, genügt, um sich davon zu überzeugen. Auch die Schriften von Marx und Lassalle fußen auf demselben Boden. Für den modernen Socialismus, wenn er sich consequent entwickelt hat, besteht der Begriff eines persönlichen Gottes nicht mehr, der socialistische Staat der Zukunft ist der einzige Gott. Allerdings wurde der Atheismus auf den verschiedenen Congressen noch nicht als Resolution aufgestellt und zum Parteidogma erhoben. Dennoch aber hat der „Volksstaat“ (1871 Nr. 75) Recht, wenn er sagt, der Atheismus der „Internationale“ sei nicht durch ihre Satzungen bedingt, bestehe aber doch bei den meisten Internationalen. Auf dem Mainzer Congreß der Socialdemokratischen Arbeiterpartei wurde offen erklärt, daß die Parteimitglieder „durch Annahme des Parteiprogrammes factisch mit jedem religiösen Bekenntniß gebrochen hätten.“

Indem die socialistischen Arbeiter atheistisch werden, folgen sie nur dem Beispiele, das ihnen ein Theil der „Bourgeoisie“ gibt. Die Massen sehen, daß der Gottesbegriff so vieler Mitglieder der höheren Stände nur noch ein pantheistischer ist, in dessen weiten Falten jede Rechtsverletzung und die lauzeste Moral sich einnisten und rechtfertigen kann. Die niederen Stände greifen diese Ideen auf und kommen, durch das Beispiel von oben verletzt, ebenfalls zum Pantheismus, der sich bei ihnen rascher als in den höheren Schichten der Gesellschaft zum Atheismus und Materialismus, seinen letzten praktischen Consequenzen, entwickelt. Daß die Massen, denen dadurch der Himmel ge-

nommen ist, um so ungestümmer und gewaltfamer die Erde reclamiren, wird Niemanden Wunder nehmen.

Bei der Propaganda für die socialistischen Ideen wird in der Regel die religiöse Stellung der Arbeiter sehr vorsichtig berührt; es wird meist betont, daß die Forderungen der Arbeiter mit den religiösen Anschauungen durchaus nichts zu thun hätten. Religion und Kirche werden zur Privatsache jedes Einzelnen erklärt, auf die man keinen Zwang übe, die aber auch sich jeder Beziehung auf das praktische und politische Leben zu enthalten hätten. Als ob dieß je möglich wäre und als ob nicht des Menschen Anschauungen und Handlungen durch seine Stellung zu den höchsten Fragen der menschlichen Existenz ganz wesentlich beeinflusst werden müßten. Ist die Religion auf das Innerste des Menschen zurückgedrängt, und jeder Aeußerung nach außen entkleidet, so verliert sie nothwendiger Weise auch ihren Einfluß auf die Haltung der Menschen gegenüber dem Eigenthum, der Ehe und der Autorität. Dadurch werden die Grundpfeiler der Gesellschaft allmählig in den Augen der zum Socialismus neigenden Arbeiter wankend und hinfällig. Das Verhalten des Menschen gegenüber seines Gleichen, die Stellung des Einzelnen in seiner ganzen Lebenssphäre wird zuletzt nur noch bestimmt durch die materialistischen Lehren des Socialismus. Das positive religiöse Bekenntniß reducirt sich auf einige unklare Vorstellungen, auf allgemeine deutungsvolle, aber meist nichtsagende Worte, auf schöne Phrasen ohne Kern; damit aber weiß der Arbeiter am allerwenigsten etwas anzufangen. So wird mit eiserner Consequenz alles Positive vernichtet, als Aberglaube, Heuchelei und Unsinn erklärt, der sich der Wissenschaft, besonders der Naturwissenschaft gegenüber nicht halten könne. Der religiöse Glaube wird nicht bloß mit souveräner Verachtung, sondern mit wahrem Hasse behandelt. So sagt der „Vorbote“ (1871, Nr. 7, S. 100): „Wer Wissenschaft und Religionsglauben in Harmonie bringen will, dessen Hirnfunction ist schon im Voraus arg in Disharmonie gebracht“. Ähnliche Stellen liefert die

Lectüre der socialistischen Erzeugnisse in Menge. Durch eine consequent mit diesen Gedanken getränkte Literatur werden die Massen schließlich zum rohesten Nihilismus gebracht, sie pflegen nur noch den „Cultus der gesunden Sinnlichkeit“, des ausschweifendsten Genusses und der maßlosesten Begierde. Mit dem Verschwinden der Religion verlieren die socialen Fundamente ihre stärkste Sanction, der Geist der socialen Revolution greift siegreich um sich und erfüllt die Arbeiter immer mehr mit unauslöschlichem Haffe gegen jeden, der mehr ist und mehr hat, als der in solcher Weise verführte „Proletarier“.

Dem wahren Socialisten gilt die positive Religion nur als ein Gängelband, an welchem die Regierungen und herrschenden Stände die Massen in Zucht und Ordnung halten; als ein Mittel, durch welches die Grundpfeiler der bisherigen Gesellschaft, Eigenthum und Autorität, gestützt werden sollen. Die Behandlung der Religion von Seiten vieler Mitglieder der „Bourgeoisie“ und von Seiten der meisten Regierungen, die Einrichtung der Staatsreligionen und Landeskirchen gibt Anhaltspunkte genug zur Begründung dieser Anschauung. Im Hinblick auf die kirchlichen Conflictte der Gegenwart sagen die Socialisten ungefähr Folgendes: Bisher haben Fürsten, Adel, Patricier, Bürger und „Pfaffen“ sich in die Herrschaft über die arbeitenden Classen durch Compromisse getheilt, wobei sie die Religion als Zucht- und Bändigungs mittel der Massen benutzten; jetzt glauben Bourgeoisie und Regierungen, die „Pfaffen“ entbehren und ihre Herrschaft durch die Gewalt, das Strafgesetz und die „Bildung“ allein behaupten zu können. — Interessant und für die Socialisten charakteristisch ist der Gedankengang einer für die Verbreitung in Arbeiterkreisen bestimmten Brochure: „Die religiöse Frage und die Arbeiter, eine Stimme aus der Socialdemokratie; Leipzig, 1869, Verlag von F. Thiele“. In dieser Schrift wird den Arbeitern gerathen, sich dem Geiste der neuen Cultur entsprechend den freireligiösen Vereinigungen anzuschließen, und dann wird die Stellung der

Arbeiter diesen Genossenschaften gegenüber näher geprüft. Der Protestantismus sei früher revolutionär gewesen und habe die ganze Politik säcularisirt, aber die protestantischen Fürsten hätten bald den Bürgerstand vergessen, dem sie ihre Unabhängigkeit von Kaiser und Papst zu verdanken gehabt; der Bürgerstand sei allmählig zu der Idee gekommen, daß die selbstständige Macht der Fürsten nicht dem Willen Gottes, sondern dem Willen der Bürger zu verdanken sei. Daher die englische und die große französische Revolution. Aber auch die Bourgeoisie, nachdem sie die Menschenrechte und die Herrschaft der Vernunft proclamirt, sei erschrocken bei dem Gedanken, daß auch der vierte Stand diese für sich beanspruchen könne, und sage nun: Gott lebt noch, er wird noch ferner fortregieren, aber unter Aufsicht und Controle der Bourgeoisie. Dies sei geschehen, damit sich der Arbeiterstand mit der Gleichheit der abstracten Rechte begnüge und nicht auch factisch die sociale Gleichheit anstrebe. Daher seien, damit das Gesetz gesichert sei, Gottesdienst, Papstthum und Königthum wieder hergestellt worden, in Wirklichkeit aber sollte der König den Willen der besitzenden Bürgerschaft zur Ausführung bringen, unter dieser Bedingung sei er wieder eingesetzt worden, er sollte bloß scheinbar herrschen. Aber doch werde sich die Bourgeoisie hüten, die Kirchen zu stürzen, denn wenn man am Throne Gottes rüttle, sei dem Menschen nichts mehr heilig, außer seinen Wünschen und selbst nicht der Besitz. Der gegenwärtige Streit zwischen Staat und Kirche sei daher nur ein Scheingefecht verbündeter Unterdrücker, das den Arbeiterstand nichts angehe. Der Protestantismus sei reactionär geworden und habe ebensowenig eine Zukunft, wie der Katholicismus. Die Arbeiter dürften aber auch mit den freien Gemeinden bloß gehen insofern diese freien Gemeinden in jedem Menschen einzig den Menschen, d. h. in wirthschaftlicher Beziehung den Arbeiter achten und von einem durch Gott verordneten Besitzstande nichts wissen wollen. Zum Schluß wird darüber geklagt, daß so viele Vertreter dieser freien Gemeinden

für das göttliche Recht des Besitzes feien und daher dem Arbeiter feindlich gegenüber treten. Die freien Gemeinden feien mit Ausnahme eines kleinen Bruchtheiles Stützen des Besizthums von Gottes Gnaden. — Wie man sieht, ist die Frage über das Eigenthum der Cardinalpunkt des Socialismus.

2. Hier mögen noch einige Betrachtungen über die Stellung der Ehe im künftigen socialistischen Staate Platz finden. Die Ehe muß nothwendig aufhören, die feste Schranke gegen die Leidenschaften zu bilden; sie artet unter der Wirkung der die socialistische Gesellschaft durchdringenden Ideen von selbst in die allgemeine Prostitution aus. Allerdings hat sich der moderne Socialismus in seinen berufenen Vertretern noch nicht amtlich über die Ehe ausgesprochen. Aber es ist klar, daß ein System, welches auf Atheismus und Materialismus beruht, zu keinen anderen Consequenzen führen kann als die erwähnten. Man hat sich bis jetzt mit anerkennenswerther Klugheit der Behandlung dieser Frage, die von jeher für alle religiös-politischen Anschauungen einen Cardinal- und Wendepunkt bildete, ferne gehalten. Doch haben sich bereits verschiedene Anklänge nach der von uns angedeuteten Richtung hin bemerklich gemacht. Die Aeußerungen in einer Versammlung zu Berlin haben wir bereits (S. 339) berichtet. Bei Gelegenheit einer Vereinigung von Anhängern der „Internationale“ in Madrid am 22. Oct. 1871 ergriff eine gewisse Guillermina Rosas das Wort; sie verdamnte (Vorbote 1871, Nr. 11, S. 170) die Moral der heutigen Mittelclasse, die ihren Besitz aus dem Schweiße des Proletariats presse, wie die Moral der Aristokratie, die ihre Vorrechte aufgebaut habe aus dem Blute der Bürger; sie erklärte sich als Gegnerin jedes Ehegesetzes; einen Gott werde sie nur dann anerkennen, wenn derselbe sinnlich wahrnehmbar vor sie hintrete mit den Worten: „Ich bin dein Gott“.

Die Familie hört auf, ein selbstständiges und in ihrer Sphäre unabhängiges sociales Wesen zu sein, sie wird durch den Staat



rechtlos gemacht, da dieser ihr jede freie Verfügung über die Kinder entzieht. Der socialistische Staat begnügt sich nicht mehr mit dem Oberaufsichtsrecht, das dem Staate im Namen des allgemeinen und öffentlichen Wohles über die Familien zusteht. Weil das Individuum nur im Staate und durch denselben existirt, so wirkt dieser sich ganz besonders zum Herren der heranwachsenden Generation auf, um diese nach seinem Belieben mit Vernichtung jeder persönlichen und Gewissensfreiheit in seinem Sinne zurecht zu stellen. Hierbei folgen die Socialisten nur den Bestrebungen des vorgeschrittenen „Liberalismus“, der ja auch jede Freiheit dem allmächtigen Staatsgötzen schlachtet. In einer auf Collectivbesitz, auf communisticcher Bewirthschaftung und Vertheilung des Ertrages ruhenden Gesellschaft läßt sich die Frage der Jugenderziehung auch gar nicht anders behandeln; das Princip, daß die Kinder dem Staate und nicht den Eltern gehören, ist nur die Anwendung des communisticchen Gedankens auf dieses Gebiet. Der socialistische Staat muß eben nach allen Richtungen hin ein Zwangsstaat sein und kann dieses Princip nicht verleugnen, ohne sich selbst der Auflösung preis zu geben.

2. Auch die Unterrichtsfrage — so viel umkämpft im modernen Staate — verdient hier noch eine kurze Erwähnung, da sie sich ebenfalls von der Stellung der Gesellschaft zu den religiösen Ideen nicht trennen läßt. Im Allgemeinen ist das Unterrichtssystem des modernen Socialismus noch wenig entwickelt, doch haben sowohl die Congresse der „Internationale“ als auch Aeußerungen im „N. Socialdemokrat“ die großen Grundzüge angegeben. Der Unterricht der Zukunft ruht auf dem vollkommensten Zwang; die Gleichheit soll auch auf diesem Gebiete gewaltsam herbeigeführt und die allgemeine geistige Verflachung, die ohnedieß schon so weit gediehen ist, künstlich befördert werden. Der Unterricht soll für alle gemeinsam sein, es darf in der Erziehung kein Unterschied mehr bestehen zwischen

bemittel und unbemittelt; alle werden von dem communistischen Staat, dessen Eigenthum die Jugend ist, gleichmäßig nach allen Richtungen hin ausgebildet, damit fürder keiner mehr über die Andern hervorrage, damit nicht das Reich der Gleichheit durch Unterschiede in Kenntnissen und Bildung gestört werde. Ja, man glaubt sogar, wenn dieses Unterrichts- und Erziehungssystem einige Zeit gedauert hat und mehrere Generationen zurecht dressirt sind, daß sich dann auch die natürlichen Unterschiede der Menschen vermindern und sie, entsprechend den von neueren Naturforschern aufgestellten Hypothesen, mit immer größerer Gleichheit in Begabung und Charakter das Licht der Erde erblicken. So hofft die communistische Gesellschaft, ihre Grundsätze selbst dem noch ungeborenen Geschlechte beibringen zu können. Dem geschilderten Unterrichtssystem liegt derselbe Gedanke zu Grunde, der sich praktisch als allgemeines Stimmrecht, socialökonomisch als Communismus und sittlich als gegenseitige Prostitution kund gibt. Seitdem die große Wohlthätigkeit früherer Jahrhunderte nachgelassen, ist die höhere Bildung heutzutage leider nur zu sehr ein Privilegium der höheren Geburt, der bevorzugten materiellen Stellung. Der Socialismus hat nicht Unrecht, wenn er sich gegen diese künstliche Begünstigung wendet, die häufig mittelmäßigen oder ganz talentlosen Menschen zu gute kommt; er treibt aber die Sache in das andere Extrem, indem er vom Communismus Abhilfe begehrt.

Nach der socialistischen Anschauung hat der Staat, d. h. die Gesamtheit allein das Recht, Unterricht zu erteilen; ihm gehört die künftige Generation mit Leib und Seele. Weder die Familie, noch freie Vereinigungen, oder gar vom Staate ganz unabhängige Kirchengenossenschaften haben fernerhin bei Unterricht und Erziehung etwas mitzureden, denn Staat und Gesellschaft fallen absolut zusammen. Da im communistischen Staat alle Menschen möglichst gleichmäßig arbeiten müssen, so wird die Jugend in Allem gleichmäßig unterrichtet, in Wissenschaft, Moral und productiven Thätigkeiten. Dieß faßt sich

zusammen in dem auf den Congressen der „Internationale“ so sehr betonten Ausdruck Enseignement intégral; Wissen und Können, Kopf- und Handarbeit sollen auf das Innigste vereinigt sein.

Selbstverständlich ist der Unterricht im socialistischen Staat losgelöst von jeder religiösen Idee; an Stelle derselben tritt die reine Philosophie. Da es aber doch zu sehr im menschlichen Herzen liegt, einen Cultus zu pflegen, so wird der Cultus der großen Männer eingeführt. Der Unterricht muß obligatorisch sein und es ist für den communistischen Staat nur consequent, wenn er auch die gesammten Kosten dieser Erziehung auf die öffentlichen Ausgaben übernimmt. Die französischen Socialisten bezeichnen dieß als die indemnité alimentaire, und diese ist streng genommen nur eine natürliche Folge der allgemeinen Schulpflicht. Der auf dem Communismus beruhende Staat kann in dieser Beziehung viel consequenter sein, als der „moderne“ Staat, bei welchem der obligatorische Schulbesuch immer kränkelt, so lange die Eltern ihre Kinder noch für den Erwerb des täglichen Brodes benutzen müssen. Anders im socialistischen Staat, wo ohnedieß jeder auf Kosten der Gesamtheit lebt, weil die Arbeit zwangsweise und gemeinsam ist.

## Fünftes Capitel.

### Die Berechtigung zur Revolution.

1. Der moderne Socialismus tritt mit der Prätention auf, im Gegensatz zu dem bestehenden positiven Rechtszustande in Staat und Gesellschaft das unüberwindbare, in der Vernunft gegebene und durch die socialistische Wissenschaft klar zu machende Naturrecht zu erstehen. Dieses Naturrecht, so wie er es auf-

faßt, führt ihn zur Republik des allgemeinen souveränen Stimmrechtes, zum Communismus und vor Allem zur Lehre, daß bloß die Arbeit Werth erzeuge. Daher wird der Socialismus die Rechts-Verbindlichkeit der Grundlagen unseres bestehenden socialen und politischen Zustandes niemals anerkennen, sondern ihnen gegenüber stets auf sein Naturrecht verweisen. Die Socialisten erklären die modernen Verhältnisse als der natürlichen Organisation der Gesellschaft widersprechend und suchen daher dieselben zu beseitigen, entweder mit dem Gesetz, oder gegen das Gesetz!

Diese Betonung, die der Socialismus dem natürlichen Recht zu Theil werden läßt, entspringt einer vernünftigen und wissenschaftlichen Reaction gegen jene besonders in Deutschland einst so einflußreiche philosophische Rechtsanschauung, welche alles Recht nur positiv sein ließ; sie erkannte kein auf ewigen Vernunftnormen ruhendes, daher natürliches und unverjährbares Recht an; für jene Leute entsprangen alles Recht und alle Moral lediglich dem positiven, menschlichen Willen und dadurch wurde nur dem Absolutismus und Cäsarismus gebient. In Wirklichkeit aber fußt alles positive Recht auf dem natürlichen, baut sich erst auf demselben auf und darf hinsichtlich der Grundfragen ihm niemals widersprechen. Daß der Socialismus gegenüber der Schrankenlosigkeit in diesen Dingen wieder auf das unverjähnbare Naturrecht hingewiesen, ist eines seiner Hauptverdienste, wenn auch die socialistische Auffassung des Naturrechtes als eine ganz irrige zu bezeichnen ist. Der Satz, daß das Naturrecht und die natürliche Gerechtigkeit über dem positiven Recht steht, ist unleugbar richtig; er bildet ja eine der hauptsächlichsten Einwendungen gegen den Socialismus, der durch seine Bestrebungen gerade jene Organisation der Societät, wie sie sich aus der Natur des Menschen ergibt, in ihren Grundlagen vernichten will. Das Naturrecht ist ferner das Bollwerk der Freiheit gegenüber der Willkürherrschaft von Regierungen oder Parteien. Was aber die Socialisten als Forderungen der

natürlichen Gerechtigkeit ansehen, wäre die Vernichtung der Ordnung und des Fortschrittes, der Untergang der Civilisation.

Man kann ohne Widerspruch zu fürchten behaupten, daß der Bundesrath der spanischen Föderation einen gemeinsamen Gedanken des modernen Socialismus aussprach, indem er am 17. October 1871 (S. 195 dieses Buches) die stolze Erklärung gab: „Wenn die Internationale Arbeiter-Association Gerechtigkeit schaffen will und das Gesetz Dem entgegensteht, so steht die „Internationale“ über dem Gesetz. Die Arbeiter haben ein undiscutirbares Recht, ihre Bestrebungen in's Werk zu setzen; sie werden ihr Ziel erreichen mit dem Gesetz oder gegen das Gesetz.“

Aus der Behauptung, auf dem Naturrecht zu fußen, nur die natürliche Gerechtigkeit verwirklichen zu wollen, leitet der Socialismus auch seine Berechtigung zur Revolution ab. Die Umwälzung der alten Gesellschaft ist herbeizuführen „friedlich wenn möglich, gewaltsam, wenn nöthig.“ Daß der moderne Socialismus seinen Revolutionsbegriff in dieser Weise auffaßt, darüber lassen die Rundgebungen des spanischen Zweiges der „Internationale“, die Aeußerungen Lassalle's (S. 286 d. B.), sowie die Verhandlungen des Leipziger Hochberrathsprozesses (S. 389) nicht den mindesten Zweifel. In classischer Weise hat dieß Lassalle ausgesprochen, indem er sagte: Die sociale Revolution wird kommen „entweder in voller Geseßlichkeit, und mit allen Segnungen des Friedens, wenn man die Weisheit hat, sich zu ihrer Einführung zu entschließen bei Zeiten und von oben herab — oder aber sie wird innerhalb irgend eines Zeitraums hereinbrechen unter allen Convulsionen der Gewalt, mit wild wehendem Lodenhaar, erzne Sandalen an ihren Sohlen!“ Daher wird der Socialismus, sobald die Massen in seinem Sinn fanatisirt sind, zur Verwirklichung seiner Ziele vor nichts zurückschrecken, denn er glaubt dabei für eine heilige Sache zu wirken. Mit richtigem Gefühle haben sich alle consequenten und wahren Socialisten für die Pariser Commune erklärt und die

Vertheidigung alles dort Vorgefallenen übernommen. Die internationale Solidarität der revolutionären Begeisterung konnte sich nicht unwiderleglicher offenbaren.

Der moderne Socialismus weiß sehr wohl, daß sein Ziel auf dem Boden der heutigen Gesellschaft und des gegenwärtigen Staates nimmermehr erreicht werden kann; alle Anstrengungen, das sociale Problem auf diesem Boden zu lösen, werden von seiner Seite nur mit Hohn behandelt. Jedes Entgegenkommen der herrschenden und besitzenden Classen hinsichtlich Arbeitszeit und Lohnhöhe, seien die Zugeständnisse noch so groß, werden höchstens als Abschlagszahlungen behandelt. Jede Annäherung an seine Bestrebungen in Bezug auf politische Freiheit oder Steuerfragen ermuntert ihn zu noch weiter gehenden Forderungen, zu noch schärferer Formulirung seiner Endziele. An eine friedliche Erreichung derselben aber können die Vertreter des Socialismus, wenn sie die Lage ernstlich prüfen, unmöglich selbst glauben. Dasselbe hatte sich hierüber in doctrinärer Weise anfangs einer Täuschung hingeeben, bald aber hätte auch er zur Einsicht kommen müssen, daß er einzig durch gewaltsamen Umsturz das Ziel erreichen könne, wenn er nicht — was wahrscheinlicher gewesen wäre — schon vorher resignirend und voll Verachtung gegen den Arbeiterstand, der seinem Rufe nicht in Masse gefolgt war, von der Agitation zurückgetreten wäre. Die Regierungen werden in Einheit mit sämtlichen höheren und besitzenden Ständen alle verfügbaren Mittel anwenden, um sich zu erhalten; aber auch abgesehen davon ist es ganz unmöglich, die Massen der Besitzlosen für die sociale Revolution zu gewinnen, so lange die Achtung vor dem Eigenthum und der Gehorsam gegen die staatliche Autorität durch die Religion sanctionirt sind. Es gehört allerdings nicht zu den Unmöglichkeiten, nicht einmal zu den Unwahrscheinlichkeiten, daß sich da oder dort (selbst auf friedlichem Wege) eine socialistische Autorität aufwirft und ihren Hexensabbath aufführt. Doch kann dieß nur in kleineren Verhältnissen oder in besonders ungünstiger Lage des Staats ge-

sehen. Da nun der Socialismus unmöglich resigniren wird, wenn er die Forderungen der angeblichen natürlichen Gerechtigkeit nicht in friedlicher Weise erreichen kann, so bleibt ihm bloß der Weg des gewaltsamen Umsturzes. Auch hat der Socialismus noch niemals, so wenig wie der „Liberalismus“, eine principielle Abneigung gegen diesen Weg kund gegeben. Aus Klugheits- oder Opportunitätsrücksichten hat er vielleicht diese und jene Empörung verurtheilt, niemals aber die Revolution an sich. Ja seine Vertreter haben schon wiederholt betont, daß jedes Epoche machende Princip bloß durch die Gewalt in's Leben trat, daß jede neue Weltwende mit Blut inaugurirt wurde. Daher schreibt der „Neue Socialdemokrat“ (1871 Nr. 17): „Soll die Arbeiterclasse warten, bis die Bourgeoisie freiwillig ihre Vorrechte preisgibt — das heißt bis in alle Ewigkeit warten — oder soll sich die Arbeiterclasse zum Kampf organisiren, um, zur Herrschaft gelangt, jene Vorrechte aus der Welt zu schaffen und somit allen Classen und aller Ausbeutung ein Ende zu machen? Letzteres ist der einzige Weg, welchen die Arbeiterpartei als richtig anerkennt.“

Im „Volkstaat“ (1871 Nr. 89) spricht Dr. Borntau von jenen Socialisten, welche die Enthaltung von der Politik verlangen; er sagt: Das Hauptargument dieser Leute ist „der Hinweis auf das Gefühl des Widerwillens, das man dagegen empfindet, mit einem Feinde mit glühenden Mitteln weiter zu verhandeln, der uns bereits mit bewaffneter Gewalt gegenüber gestanden und nach gewonnenem Siege dieselbe so grausam mißbraucht hat; es sei eine Würdelosigkeit, wenn ein Theil der Socialisten fortfahre, mit den Vertretern der „Ordnung“ über politische Rechte zu verhandeln, nachdem dieses längst bis zum Ueberdruß geschehen und der hinlänglichste Beweis geliefert sei, daß unser Gegner niemals seinen Willen ändern werde, vor einer andern Macht als der Gewalt des Schwertes zu weichen.“

Man würde sich aber sehr irren, wenn man glaubte, des Socialismus werde unter allen Umständen und um jeden Preis

loszuschlagen. In allzu tolle Unternehmungen wird man sich nicht einlassen. Der Pariser Aufstand hatte bei der damaligen Lage der Stadt und Frankreichs wohl die meisten Chancen für's Gelingen; man wird aber in Zukunft vielleicht noch besser seine Zeit abzuwarten suchen, wie in der Vergangenheit. So sagt die Genfer »Egalité« vom 22. Januar 1870: „Zwei Strömungen sind noch vorhanden in der Volksmasse: -die eine wird gebildet von den Männern der Vergangenheit und würde sich zu einer Revolution um jeden Preis treiben lassen; die andere, aus der jungen Generation zusammengesetzt, nähert sich der „Internationale“; sie will keine Abenteuer suchen, ehe nicht die Kräfte gut organisiert sind, damit die Sache der Arbeit nicht ein für allemal betrogen werde.“ Gerade in Genf, wo der Socialismus ungefähr 5,000 Anhänger zählen könnte, wäre es nicht schwierig, bei Einigkeit, guter Organisation und zumal bei zuverlässiger Führung durch einen Handstreich im geeigneten Augenblick das Staatsruder zu ergreifen.

2. Weil sich der Socialismus für einen Vertreter der natürlichen Gerechtigkeit gegenüber der in der modernen Gesellschaft herrschenden „Ausbeutung, Sklaverei und Unterdrückung“ hält, so wohnt seinen Anhängern etwas Fatalistisches inne. Sie sind von dem endlichen Sieg ihrer Sache felsenfest überzeugt und es herrscht bei ihnen nicht der mindeste Zweifel, daß sich der socialistische Staat früher oder später auf den Trümmern der heutigen Gesellschaft aufbauen müsse. Dieser Fatalismus, der sich mit Pantheismus paart, macht eine socialistische Revolution so gefährlich; die Arbeiter glauben unerschütterlich an die Worte ihrer Führer und gehen ganz darin auf. Verstärkt wird der fatalistische Zug im modernen Socialismus durch die Idee von der unbegrenzten logischen Entwicklung der Dinge, wie sie von Hegel und seinen Schülern erfunden wurde. Lassalle hat diesen pantheistischen Gedanken im vollsten Umfange angenommen und daraus den unaufhaltsamen und vollen Sieg des



Socialismus als eine logische Nothwendigkeit gefolgert. Gemäß jener Lehre ist jedes Zeitalter kraft eines inneren Dranges ein neuer Fortschritt, eine höhere Ausgestaltung des wahren Menschenthums, eine vollendetere Form der Freiheit und Sittlichkeit. In gewissem, wenn auch beschränkten Sinne ist dieß richtig und ein solches Ziel sollte jeder socialpolitischen Thätigkeit inne wohnen. Pantheistisch wird diese Anschauung dadurch, daß sie jene Weiterentwicklung der Menschheit nothwendig und immanent sein läßt. Schließlich trifft man auf die Schranke des Privateigenthums als Hinderniß der vollen socialen Freiheit sowie als Ursache der „Ausbeutung“ und der „Knechtschaft“. Auch die Beseitigung dieser Schranke folgt mit der Nothwendigkeit eines Fatums aus jener pantheistischen Weltanschauung. Daher will der Socialismus nun der letzte und größte Fortschritt sein, er will das Schlußglied an die lange Entwicklungsreihe anschnieden, indem er die Befreiung der „Enterbten“ predigt. Diesem Gedanken entsprechend, wird die erste französische Revolution als ein ungeheurer Fortschritt, als die Befreiung der Bourgeoisie gepriesen; nun aber sei auch dieser Stand reactionär geworden, indem er sich der Befreiung der Arbeit, dem Aufgehen aller Classen in die eine große Menschheit und damit der Aera des höchsten Glückes widersetze. Als Beispiel für die pantheistische Anschauungsweise des Socialismus diene hier noch der „N. Socialdemokrat“, der (1871, Nr. 74) schreibt:

„Die Socialisten passen jede ihrer social-politischen Handlungen und Organisationen ihrem Grundprincip an, nämlich der Auffassung, daß die Weltgeschichte in ihrer Weiterentwicklung nothwendig zu einer socialen Umwälzung führt, welche die Ausbeutung des vierten Standes durch den jetzt herrschenden dritten beseitigt, indem an Stelle des Capitalbesitzes die Arbeitsleistung das maßgebende Element im gesellschaftlichen Leben wird. Auf dieses Endziel muß nothwendig das Streben einer jeden Arbeiterpartei gerichtet sein, wenn sie nicht des gemeinsamen Vorwärtsschreitens mit der geschichtlichen Bewegung sehr schnell verlustig gehen und sich überleben will. Andererseits ist es aber baarer Unfinn, zu glauben, es sei möglich, der weltgeschichtlichen Bewegung vorauszuellen und mittelst einer Zauberformel die herrschende Gesellschaft zu stürzen, bevor sie durch ihre innere Entwicklung ihr

Weiterbestehen selbst unmöglich gemacht hat. An diesem letzten Fehler ist der sogenannte sectirerische Socialismus gescheitert, welcher besonders in Frankreich häufig auftrauchte und bald gewaltsam durch Verschwörungen und Putsch, bald friedlich durch einen für unwiderstehlich gehaltenen Aufruf an die öffentliche Meinung, wie z. B. Cabet's Bestrebungen es darthun, im Fluge dem Socialismus zum Siege verhelfen zu können glaubte."

Der Gedanke von der fortschreitenden Entwicklung der Menschheit zu immer höherer Cultur hat eine große Berechtigung, aber in pantheistischer Weise ausgefaßt, wie es die deutsche Philosophie gethan, konnte er nur schaden. Es gibt gewisse Punkte und Grundformen in der Gesellschaft, über welche jene Entwicklung nicht hinaus darf, ohne antisocial zu werden, ohne den Gang jener Weiterentwicklung zu immer höherer Cultur und Cibilisation abwärts statt aufwärts zu lenken. Wir vermögen daher in der Weise, wie unsere Philosophie jenen Satz angewendet hat, nur ein sehr zweideutiges Geschenk zu sehen. Die Gesellschaft hat alle Mühe, die auf solche Weise geweckten Geister wieder zu bannen und wir hegen starke Zweifel, ob ihr dies bald und friedlich gelingen wird.

## Sechstes Capitel.

### Stellung des modernen Socialismus zu Nation und Staat.

1. Wie alle internationalen Ideen, wie Alles, was auf der Natur des Menschen als Mensch beruht, verhält sich auch der Socialismus abweisend zu jeder nationalen Ueberhebung und Eitelkeit, zu jenem Chauvinismus, welcher die eigene Nation als die höchste Blüthe der Menschheit auffaßt. Dieser Chauvinismus, die Audaerung eines berechtigten und nothwendigen Selbstgefühles, führt wohl vorübergehend zu großen Erfolgen, aber

sie sind dann auch stets der Beginn eines inneren Rückganges. Die Eigenschaft, unabhängig von der Nationalität, also international und kosmopolitisch zu sein, theilt der Socialismus mit allen übrigen rein humanitären und socialen Begriffen und Institutionen. Das Gleiche gilt daher für das Privateigenthum, für die Ausartung desselben zum schrankenlosen Capitalismus, für Monarchie und Republik, ganz besonders aber für die religiösen Ideen, da diese sich ihrer Natur nach, so lange sie rein religiös bleiben, nur an den Menschen als Menschen wenden. In der Gegenwart hat sich der internationale Charakter der socialistischen Principien besonders scharf ausgeprägt. Neben der „Internationale“ will auch der Allg. Deutsche Arb.-Verein in Berlin keinen einseitigen deutschen Socialismus pflegen, weil es einen solchen gar nicht gibt. Aus diesem Grunde wird jede Pflege der Nationalität, sobald sie gegensätzlich zu anderen Nationen auftritt, den Socialismus schwer schädigen und besonders die „Internationale“ an der Wurzel angreifen. Denn es wird dadurch der Gedanke einer socialistischen Verbrüderung, die ohne Rücksicht auf Sprache und Farbe vor sich gehen soll, erlödet. Eine besonders eifrige Pflege des Nationalgefühls ist daher von den Socialisten niemals zu erwarten. Nur Bassele macht hiebei eine Ausnahme; bei ihm war der Socialismus noch nicht zur vollen Klarheit entwickelt und daher findet sich in seinen Schriften keine Spur von der Erkenntniß, daß die Interessen und Ziele der socialistischen Arbeiter international seien. In seinen früheren Jahren überwog bei ihm die politische Begeisterung für den deutschnationalen centralisirten Einheitsstaat die Hingabe an die rein socialen Interessen des Proletariats. Bassele's Schüler haben sein System zum reinen Socialismus weiter gebildet und daher consequenter Weise das politische Ziel nur als Mittel zum Zweck erklärt. Auch bei ihnen ist der nationale Gedanke zurückgetreten hinter den socialen.

Gleichwohl ist der Socialismus nicht dem Nationalgefühl an sich feindlich; er will es nur nicht so stark wachsen lassen,

daß dadurch der sociale Gegensatz innerhalb der eigenen Nation geschwächt wird. Auch die „Internationale“ fußt auf einem Element, das vorwiegend localer und nationaler Art ist, auf den Gewerkschaften und Sectionen, die sich dann zu provinciellen und nationalen Verbänden vereinigen und erst durch ihre Zusammenfassung im Generalrath ihren internationalen Charakter erhalten. Die angestrebte künftige Organisation der Gesellschaft ist der Existenz der Nationalitäten durchaus nicht feindlich. Aber es gibt unter den Socialisten, wie in jeder Partei, gar manche extreme Fanatiker und Phantasten, besonders bei den unruhigen Romanen und bei den Nihilisten; es sind überspannte Geister, die mit großem Pathos das Wort „Vaterland“ für einen abstracten, längst überwundenen Begriff erklären. Bakunin will in seinem tollen Radicalismus sogar jeden Unterschied der Geschlechter aufheben. Die „Internationale“ hat sich bisher vor dieser Lächerlichkeit gehütet und eben sowenig wird sie mit andern Schwärmern auch die nationalen Unterschiede in der Menschheit auslöschen, die Nationen vertilgen wollen.

2. Die Gefahr, die der Socialismus dem nationalen Gedanken bringt, ist trotzdem sehr bedeutend. Sowie sich der socialistische Gedanke entwickelt hat, tritt bei seinen Anhängern die Theilnahme für die großen nationalen Interessen immer mehr zurück, das Classenbewußtsein und der Classenhaß reißen das ganze Denken und Fühlen an sich, das Gefühl der politischen Zusammengehörigkeit geht verloren. So nimmt die lebendige Theilnahme an den Geschicken des Vaterlandes ab, der Haß gegen die herrschenden socialen Zustände überwuchert Alles. Dann taucht in den Kreisen des „Proletariats“ den Gedanke auf, seine Lage könne nicht schlimmer werden und die Socialisten sehen es sogar mit Freuden, wenn den herrschenden socialpolitischen Mächten eine Niederlage von außen beigebracht wird. So berichtet Lassalle in seinem „Der italienische Krieg u.“, die französischen Arbeiter hätten während des orientalischen Krieges die Nieder-

lage Frankreichs gewünscht, weil sie gehofft hätten, die Folge davon werde der Sturz Napoleon's sein. Das Parteinteresse stand über dem Wunsche nach Erfolg der vaterländischen Waffen. Die Schwächung der politischen Macht und die inneren Unruhen glaubt der Socialismus dann zu einer Schilderhebung benutzen zu können. Er wird sich daher nicht zu Gunsten der verhassten Bourgeoisie schlagen, sondern die Niederlage der herrschenden Macht, sowie die sich daran knüpfende Rathlosigkeit und Verwirrung benutzen, um selbst die Leitung der politischen Angelegenheiten in die Hand zu nehmen. Er wird dieß um so mehr erstreben, als ja die „Internationale“ und Lassalle gleichmäßig lehren, die Arbeiter könnten ihre „Befreiung“ nur durch die Erlangung der politischen Gewalt erreichen. Wie gefährlich diese Stimmung werden kann, haben Frankreich und Paris im Frühjahr 1871 erfahren. Auch in Lyon machten schon im September 1870 die Socialisten einen Versuch, die Herrschaft zu gewinnen, es gelang ihnen aber nicht. In Paris glückte das Unternehmen und hatte den schrecklichsten Bürgerkrieg zur Folge. Hätte sich die Nationalversammlung zu Bordeaux im Februar 1871 für die Monarchie ausgesprochen, dann hätten sicher die Socialisten im Bunde mit den radicalen Republicanern in den wichtigeren Städten die Fahne des Aufstands erhoben; leicht hätte damals Frankreich in große territoriale Gruppen auseinanderfallen können. — Mit derselben Gleichgiltigkeit, mit welcher die französischen Socialisten der Niederlage des Kaiserreichs und der Bourgeoisie zusahen, mit derselben Ruhe und schlecht verhehlten Schadenfreude würden auch die Socialisten Englands einen Sieg Nordamericas über ihr Vaterland betrachten.

3. Mit dem soeben Gesagten haben wir bereits die Frage von der Staatsgefährlichkeit des Socialismus berührt. Diese Staatsgefährlichkeit kann doppelter Natur sein; sie ist entweder der Gegensatz zu dem auf politischem und sozialem Boden gerade herrschenden Regime, sie kann aber auch eine Feindschaft

gegen die Fundamente des Staats überhaupt sein. Das erstere ist, so lange sich die Bewegung innerhalb der gesetzlichen Schranken hält, noch nicht staatsgefährlich im strengen Sinne des Wortes. Der „Liberalismus“ hat, ehe er hoffähig wurde und Antheil an der Regierung erhielt, bekanntlich im weitesten Umfange diese Opposition gelübt. Nur Hochmuth und Unverständnis kam in dem Kampfe gegen Formen oder Personen der Regierung, oder gegen eine secundäre Institution des Staates etwas Staatsgefährliches erblickend, so lange die Opposition sich auf gesetzlichem Boden bewegt. Der Socialismus ist staatsgefährlich nicht als Opposition an sich, sondern als socialistische Opposition.

Bei den consequenten und entschiedenen Socialisten geht das Gefühl für das Vaterland verloren, so lange dort Privateigenthum und Monarchie bestehen. Der nationale Gedanke wird seiner politischen Geltung beraubt, Alles löst sich in den Gegensatz zwischen Besitz und Nichtbesitz auf. Es kann dieß höchst gefährlich werden für den einzelnen concreten Staat, und an sich schon ist das Umsichgreifen einer derartigen Stimmung geeignet, die Staatsidee selbst aufzuheben; denn der politische Gedanke wird vernichtet zu Gunsten des rein socialen.

Für die Monarchie ist der Socialismus schon dadurch im höchsten Grade staatsgefährlich, daß er die republicanische Regierungsform als die einzig berechnete erklärt und auch erstrebt. Dieß ist indessen nur eine relative Gefahr, die sich einzig auf die monarchischen Staaten beschränkt. Allein was der Socialismus an die Stelle der Monarchie setzen will, ist nicht die Republik schlechweg, sondern die sociale Republik, „la Sociale“. Hierin liegt die höchste Staatsgefährlichkeit, nemlich die Aufhebung der Grundlagen des Staates selbst. Diese Seite des Socialismus ist überdieß noch mehr als bloß staatsgefährlich, sie ist geradezu antisocial. Sie vernichtet die Fundamente und Principien, auf denen sich der Staat erst aufbaut, Eigenthum, Ehe und Autorität. Dieß sind die socialen Grundlagen, welche

zu ihrem Befehlen nicht erst der Zustimmung des Staates bedürfen; denn in der conservativen Staatsanschauung darf der Staat nicht omnipotent sein, so sehr es auch seine Pflicht ist, die Beziehungen der Menschen zu jenen socialen Fundamenten zu regeln, und mit seiner Sanction zu versehen. Der Socialismus leugnet das Privateigenthum, er vernichtet ebensofehr den bürgerlichen Gehorsam wie Ehe und Familie. So entzieht er dem Staate die ewigen Grundlagen, die Pfeiler jeder Ordnung und fortschreitenden Civilisation. Während das politische Verhalten des Socialismus bloß dem gegenwärtigen Staate feindlich ist, vernichten seine socialen Bestrebungen den Staat selbst, weil sie die Gesellschaft auflösen und das Chaos herbeiführen. Dieß wird leider von den heutigen Staatslenkern oft übersehen; sie halten die socialen Fundamente für unerschütterlich, während dieselben doch vom Socialismus langsam unterwühlt werden. Gegenüber dieser großen, vom Socialismus her drohenden Gefahr ist die Frage ob Monarchie oder Republik noch untergeordnet und mit demselben Rechte, mit welchem die Leipziger Angeklagten wegen ihrer Angriffe auf die Monarchie verurtheilt wurden, hätte man dieselben auch wegen ihrer socialen Bestrebungen verurtheilen können. Die Ziele der Socialisten müssen zum Zwangstaat, damit zum Krieg Aller gegen Alle, zur Aufhebung des Staates führen. Hierin liegt die höchste, die absolute Staatsgefährlichkeit des modernen Socialismus; denn ohne den Staat keine Civilisation.

## Siebentes Capitel.

### Die Stärke des modernen Socialismus.

1. So wenig man sich durch die großen Zahlen darf täuschen lassen, welche die socialistischen Führer gerne aufstischen,

ebenso sehr muß man sich hüten, die Bewegung zu unterschätzen. Daß der socialistische Abfall der Arbeiter von der natürlichen Socialordnung Fortschritte macht, unterliegt keinem Zweifel. Die Massen sind, durch das Beispiel der höheren Stände verleitet, entschieden socialistisch disponirt. Ganz besonders ist dies in den Städten der Fall, auf dem Lande aber auch schon theilweise, besonders dort, wo die moralischen und religiösen Factoren wenig Einfluß mehr haben. Man vernichte die Bedeutung derselben noch mehr, man lasse dann eine neue Generation heranwachsen und die entsetzte Welt wird noch ganz andere Dinge erleben als bisher. Ein großer Theil der wenig oder nichts Besizenden, besonders der industriellen Arbeiter, hat jedes religiöse Gefühl und die ruhige Selbstgenügsamkeit abgestreift und die Achtung vor Autorität und Privateigenthum verloren; in diese Massen wirft dann der Socialismus sein Programm, das den klaren und consequenten Materialismus predigt, das dem Menschen Besiz und Genuß als höchstes Ziel hinstellt. Gegenüber dieser mächtigen Gewalt werden sich alle verschwommenen Phrasen, mit denen so Manche den Socialismus bannen zu können glauben, als wirkungslos erweisen. Es sind nicht wenige Agitatoren, es sind bereits Massen, welche im socialistisch-materialistischen Sinne denken und, wenn die Zeit gekommen, auch handeln werden. Sie begeistern sich für die Gerechtigkeit und Heiligkeit ihrer Forderungen, sie erblicken auf Seiten der besizenden Classen nur Knechtschaft, Corruption, Lüge und Sittenlosigkeit, sich selbst aber halten sie für berufen, die Herrschaft der natürlichen Gerechtigkeit zu verwirklichen, an Stelle der Unsitte die Sittlichkeit, an Stelle der Lüge die Wahrheit, an Stelle der Unterdrückung die Erlösung, an Stelle der Ausbeutung die Herrschaft der Freiheit zu setzen.

Daß die Stärke der socialistischen Parteien zunimmt, kann keinem Zweifel unterliegen. Die Auflage der betreffenden Zeitungen wächst, das Gebahren der Agitatoren wird immer kühner und zuberächtlicher, die Zahl der Versammlungen und Feste



zusehends größer. Wenn auch der größte Theil der Bevölkerung indolent ist und es stets bleiben wird, da er bloß dem täglichen Erwerb nachgeht, so werden doch die in der Industrie und in den städtischen Gewerken beschäftigten Arbeiter mit wachsendem Erfolge in die Agitation hineingezogen. Die Führer und Apostel der Bewegung zeigen eine Opferwilligkeit, die in Erstaunen setzt, besonders wenn man die geringen Mittel bedenkt, über welche die Leute fast ausnahmslos verfügen. Keine Stadt, ja fast kein Dorf ist heutzutage mehr sicher vor der Ansteckung. Der leichte, billige Verkehr, die sich stets enger knüpfende sociale Verschlingung, die überall hin dringende Presse bewirken das rasche Umsichgreifen der socialistischen Ideen. Arm und ungebildet (wenigstens im Sinne der Bourgeoisie), aber mit glühendem Eifer für die Sache des Proletariats und wohl ausgerüstet mit den Ideen von Marx und Lassalle durchziehen die Wanderapostel die Städte und Fabriken und werben überall für die socialistische Zukunft. Tüchtige Redner zählen sie zu den Ihrigen, nicht Phrasenhelden, sondern Männer, die an Arbeit gewöhnt sind und sich selbst mit Ernst unterrichtet haben. So bereisen sie die einzelnen Gegenden als Propheten des vierten Standes, den Untergang des dritten und der gesammten alten Gesellschaft predigend. Was man bei der Bourgeoisie nur zu sehr vermisst, die Arbeiter thun es: sie lesen die Schriften der Gegner aufmerksam und können denselben auch gerecht werden. Die Erscheinungen auf conservativer, auf evangelischer oder katholischer Seite werden von den Arbeitern vielfach mit einer Unbefangenhait und Gerechtigkeitsliebe gewürdigt, die viele sich hoch gebildet dünkende Bourgeois beschämen könnte. Dies verhindert natürlich nicht, daß unter den Führern und Agitatoren gar Manche sind, welche auf Kosten der Arbeiter ein flottes und faules Leben führen, welche mit einer cynischen Gewissenlosigkeit nur ihrem persönlichen Ehrgeiz fröhnen und sich noch dafür bezahlen lassen. Auch die finanziellen Forderungen der Parteien an ihre Mitglieder hemmen den Aufschwung des poli-

tischen Socialismus sehr stark, da es für die meisten Arbeiter schwierig ist, jenen Ansprüchen zu genügen. So wurde auf dem Dresdener Congreß der Socialdemokratischen Arbeiterpartei (Protocoll S. 73) bekannt gegeben, daß 53 Orte ganz oder theilweise, 98 Orte überhaupt nicht die Parteisteuern bezahlt hatten.

Man darf die Macht des Socialismus nicht schätzen nach der Zahl der Vereinsmitglieder; auch die Beurtheilung nach der Auflage seiner Zeitungen wäre ungenau. Die zahlenden Mitglieder sind wohl die besten und nachhaltigsten Kämpfer, allein sehr viele Arbeiter und Arbeitervereinigungen sind doch socialistisch, obwohl sie sich keiner Parteiorganisation angeschlossen haben. Sie zählen jetzt nicht mit, werden aber doch, wenn die Stunde geschlagen, auf dem Kampfplatze sein. Auch viele Gewerkschaften sind socialistisch gesinnt; sie bilden ja die Vorschule für den politischen Socialismus und werden zu diesem Zwecke gepflegt. Manche dieser Gewerkschaften, so die der Buchdrucker, der Cigarrenarbeiter und Hutmacher, führen eine ganz unabhängige Existenz, sind sehr stark und nähern sich den socialistischen Bestrebungen. Daher begnügen sich die Arbeiter sehr häufig mit der einfachen Mitgliedschaft einer Gewerkschaft und dem dadurch herbeigeführten geistigen Zusammenhang mit der socialistischen Organisation. Nimmt man die Mitgliederzahl der beiden socialdemokratischen Parteien in Deutschland auf 10,000 an, so darf man doch mindestens 200,000 Arbeiter und noch mehr rechnen, welche eine ausbrechende Bewegung unterstützen würden, sobald diese irgendwie Aussicht auf Erfolg hätte. Im constituirenden Norddeutschen Reichstage hatte der Socialismus 5 Vertreter; die Socialdemokratische Arbeiterpartei allein brachte es in Sachsen bei der Wahl der Abgeordneten für den Reichstag auf 48,000, in ganz Deutschland auf 150,000 Stimmen. Die in den Parteilisten eingetragenen und regelmäßige Beiträge zahlenden Mitglieder, sowie die meisten Abonnenten der socialistischen Zeitungen sind nur die Cadres der großen Revolutions-

armee; sie werben fortwährend neue Anhänger, erfüllen die Massen mit ihren Bestrebungen und vernichten in den ihnen zugänglichen Kreisen den Einfluß der conservativen Principien und die Achtung vor den Fundamenten der Gesellschaft. An vielen Orten erhält der socialistische Candidat Tausende von Stimmen und doch zählt die betreffende locale Mitgliedschaft nur einige hundert Teilnehmer; aber diese Leute sind begeistert für ihre Ideen, tief durchdrungen von der Wahrheit derselben und deswegen fällt es ihnen nicht schwer, die übrigen Arbeiter nach ihrem Sinne zu lenken.

Die socialistisch gesinnten Arbeiter, besonders die Agitatoren, klagen sehr über die „verfluchte Bedürfnislosigkeit“ der Massen. Wo diese noch mäßig und einfach leben, wenig Bedürfnisse haben, dort ist nur ein schlechter Boden für den Socialismus. Sowie aber die Auflösung der überkommenen Ordnung, besonders des Familienlebens um sich greift, sobald der Hang nach Vergnügungen und die Trunksucht überhand nehmen, wenn dann vollends der Neid gegen die höheren Stände groß wächst und der Materialismus, von oben herab getragen, die besitzlosen Classen in seinen Strudel zieht, da gedeiht der Socialismus üppig. Dieser Bedürfnislosigkeit, d. h. der Zufriedenheit des Arbeiters mit seinem Loos, der Einfachheit und Nüchternheit der Lebensweise, muß von Seiten der socialistischen Agitatoren mit allem Eifer entgegengearbeitet werden, wenn der proletarische Gedanke entstehen und gedeihen soll. Besonders liegt noch die ländliche Arbeiterbevölkerung unter dem Banne dieser „Bedürfnislosigkeit“, während die Arbeiter in den Städten sich in dieser Beziehung fast ganz modernisirt haben.

Die Socialisten sind meist sehr schlimm auf jene Anstalten zu sprechen, durch welche die Arbeitgeber ihren Arbeitern eine angenehmere Hauslichkeit, billigere Lebensmittel, sowie Unterstützungen in Krankheit und Alter zu verschaffen suchen. Ihnen erscheint dieß Alles nicht als Ausfluß der Humanität, sondern als das Bestreben, den Arbeiter an den Unternehmer zu fesseln;

alle derartigen Anstalten dienen angeblich nur dazu, „die Ausbeutung zu verschärfen“ und sind so gehaßt, daß die consequenten Socialisten gar nicht zu deren Errichtung mitwirken wollen. Der Socialismus gedeiht eben nur in einer ganz proletarischen Bevölkerung und diese herbeizuführen, ist daher das nächste Ziel der Agitatoren. Zu solchem Zwecke muß Alles hintertrieben werden, was die Arbeiter zu seßhaften und zufriedenen Menschen machen könnte. Daher sucht man auch in den socialistischen Blättern vergeblich nach Ermahnungen der Arbeiter zu Fleiß, Sparsamkeit, Selbstbeherrschung, Nüchternheit und der ihnen so nothwendigen Mäßigkeit; es ist nur ein schlechter Einwand, zu sagen, die höheren Stände hätten diese Eigenschaften ebenfalls nicht durchgehend; der Stand, welcher der Fels für die Kirche der Zukunft sein will, muß sie haben. Statt dessen werden die Arbeiter mit Schmeicheleien berauscht, alle Begierden werden angestachelt und die besitzenden Classen gleichzeitig als Ausbund aller Schlechtigkeit hingestellt. Unter dem Einfluß dieser Factoren greifen Vergnügungssucht, Fest- und Versammlungswuth stets weiter um sich, vernichten das Familienleben, verhindern den Aufschwung selbst besserer Elemente und tragen zur Verbreitung des proletarischen Hasses gegen die bestehende Ordnung nicht das Wenigste bei. Auch gegen die Bestrebungen, die Selbsthilfe zu organisiren, richtet sich die Agitation der socialistischen Führer, damit ja kein materiell und geistig gesunder Arbeiterstand sich bilden könne. Das schrankenlos im socialen Körper wühlende Großcapital und die socialistische Agitation arbeiten sich gegenseitig in der Bildung eines verzweifelnden und zu Allem fähigen Proletariats in die Hände.

2. Eines der wirksamsten Mittel für die socialistische Propaganda sind die Arbeitseinstellungen, die in den letzten Jahren auf deutschem Boden epidemisch geworden sind. Sie werden bei uns zwar nach englischem Muster, aber noch nicht mit englischer Umsicht und nicht mit den Mitteln der dortigen Gewerksvereine

betrieben. Ueber den Werth der Strikes sind die Stimmen sehr getheilt, und in gewissem Sinne sprechen sich auch die Führer der Socialisten dagegen aus. Lassalle erklärte (Wast.-Schulze S. 193, Anm.), aus der gesellschaftlichen Lage der Arbeiter gebe es auf gesellschaftlichem Wege keinen Ausweg und berief sich zum Beweise dessen auf die Strikes, „die vergeblichen Anstrengungen der Sache, sich als Mensch geberden zu wollen“. Er verwarf die Strikes, weil sie ganz auf dem Boden der heutigen Produktionsweise erwachsen und das Lohnsystem unangetastet lassen. Doch erkannte Lassalle (Konsdorfer Rede S. 12) an, daß die Forderung des Coalitionsrechtes als Grundlage der Arbeitseinstellungen „eine ganz vortreffliche im Sinne der Agitation“ sei; aus diesem Grunde unterstützte er jene Forderung. Ganz in demselben Sinne werden die Arbeitseinstellungen von den Socialisten allgemein aufgefaßt. Eine wirkliche Besserstellung der Arbeiter wollen sie durch ein solches Mittel nicht herbeiführen, denn sie würden sonst der socialistischen Agitation den Boden hinwegziehen. Zweck des Socialismus ist ja nicht die Erhöhung des Arbeitslohnes, sondern die Abschaffung des Lohnsystems und damit des Privateigenthums. Der durch Strikes errungene Gewinn soll wieder zu Beiträgen für andere Arbeitseinstellungen und für die Unterstützung stets weiter gehender Ansprüche verwendet werden. Hauptzweck der Strikes für den Socialismus ist die Spaltung der bürgerlichen Gesellschaft nach Besitz und Nichtbesitz, die Weckung und Verbreitung des Classengegensatzes. Auf dem Stuttgarter Congreß der Socialdemokratischen Arbeiterpartei beschäftigte man sich mit der Frage der Strikes. Bebel sagte damals (Prot. S. 11): „Die Strikes vernichten die Lehre von der „Harmonie“ des Capitals und der Arbeit und zeigen den Arbeitern, daß nur der politische Weg sie zum Ziele zu führen im Stande ist.“ Es wurde ferner dort (Prot. S. 38 ff.) beantragt, im Vereinsorgan ausführliche Artikel über die Arbeitseinstellungen zu veröffentlichen; dieselben sollten „in dem Sinne gehalten sein, daß

die Strikes auf Grundlage der heutigen Gesellschaft nicht einmal momentan helfen können, deshalb auch so viel wie möglich zu vermeiden sind, besonders da die internationalen Gewerkschaften noch zu jung und mittellos sind.“ Röll aus Solingen beantragte, der Congreß möge beschließen: „Strikes sind für unsere Agitationen verwerfliche Mittel und werden von der Partei aus nicht mehr unterstützt.“ Dieser Antrag wurde aber abgelehnt. Dort aus Hamburg nahm die Arbeitseinstellungen in Schutz „als die Lehrschulen des Arbeiters im Socialismus“. Er faßte dadurch die Strikes von ihrer wichtigsten Seite auf, wollte aber dem unsinnigen Ueberhandnehmen derselben entgegentreten. Auf seinen und Anderer Vorschlag wurde beschloffen: „Der Congreß mißbilligt jeden, den Arbeitern nicht direct durch das Capital aufgezwungenen Strike, der nicht von einer Organisation genügend vorbereitet ist, um Aussicht auf Erfolg zu verbürgen.“ Ein weiterer Antrag, welcher beabsichtigte, eine eigene Commission zu schaffen mit der Aufgabe, die Strikes zu bestimmen, zu genehmigen und für deren Durchführung zu sorgen, wurde verworfen. Der Erfurter Gewerkschaftscongreß (S. S. 377) führte dies weiter.

Auch die Congresse der „Internationale“ haben sich viel mit diesem Gegenstande beschäftigt und die Wirksamkeit der internationalen Unterstützung kam dabei mehrmals zu Anerkennung. Der Congreß zu Brüssel (1868) erklärte, daß in dem gegenwärtigen Kampfe zwischen Capital und Arbeit die Arbeitseinstellungen eine Nothwendigkeit seien und daß man in jeder Föderation eine Cassé zur Unterstützung derselben gründen solle. Schon auf dem Genfer Congreß schlugen die Engländer vor; man möge ein univeselles Band schaffen, um unüberwindliche Arbeitseinstellungen von ungeheurer Ausdehnung hervorzurufen. Tolain von Paris erklärte damals (Festut p. 64), die „Internationale“ habe den Beruf, Arbeitseinstellungen zu unterstützen.

Eine Arbeitseinstellung mag ausgehen, wie sie will, immer ernten der Socialismus und seine Anhänger die Früchte davon.

Sehen die Arbeiter ihre Forderungen durch, so erscheint dieser Erfolg als Frucht des gemeinsamen Auftretens, der Solidarität; damit wächst die Begierde und der Muth, bei nächster Gelegenheit neue und noch höher geschraubte Forderungen zu stellen. Das Recht hiezu ergibt sich aus der socialistischen Negation des Eigenthums und aus der enge damit zusammenhängenden Theorie von der „Ausbeutung“ der Besitzlosen durch die Besitzenden. Schlägt die Arbeitseinstellung fehl — und dieß ist mindestens ebenso häufig der Fall, als das Gelingen derselben — dann hat wiederum der Socialismus den Vortheil davon. Ja sein Gewinn ist fast noch bedeutender als im vorhergehenden Falle. Denn die Arbeitseinstellung ist das große Mittel, den Classenhass hervorzurufen und ihn überall zu hellster Gluth zu entflammen. Dann erst kann ja die socialistische Agitation gedeihen und daher sind die Strikes das Sprengmittel, um die sociale Kluft zu erweitern und die Versöhnung unmöglich zu machen. Die bedeutenden Verluste, die den Arbeitern durch das Mißlingen eines Strikes erwachsen, die großen Entbehrungen, welche sie mit ihren Familien ertragen, dieß Alles kann doch bloß den einzigen Erfolg haben, daß sie sich zu unvertilgbarem Hass gegen die bestehende Gesellschaft entflammen, daß sie für Vorspiegelungen einer goldenen Zukunft von Seite der Agitatoren noch empfänglicher werden. Schon die Erbitterung beider Theile, welche nach jedem Strite übrig bleibt, macht eine Versöhnung sehr schwer; fast unmöglich wird sie aber, wenn die Arbeiter nach langem Kampfe erlegen sind. Dann trösten sie sich mit der Hoffnung, bei nächster Gelegenheit das Versäumte wieder einzuholen. Um aber zu siegen, dazu bedarf es längerer Vorbereitungen und einer starken Organisation und vor Allem der Unterstützung der Strikenden durch die Nichtstrikernden. Wer aber sollte Beides besser verschaffen können, als die bereits vorhandene Organisation des Socialismus, zumal des internationalen? Weil daher die Strikes in der Gegenwart meist rasch einen socialistischen Charakter annehmen, so kann es nur auf

Selbsttäuschung beruhen, wenn die „Bourgeoisie“ in weitläufigen wissenschaftlichen Ausführungen den Arbeitern die Nutzlosigkeit der Arbeitseinstellungen zu beweisen sucht. Jene Zeiten sind vorüber, in welchen die Bedeutung der Strikes ausschließlich in der Lohnerhöhung lag.

Leftur (l. c. p. 68) gibt an, daß in Lyon in dem Maße, in welchem die Arbeitseinstellungen zunahmen, auch der Beitritt zur „Internationale“ sich vermehrte. Auch bei Gelegenheit des mißlungenen Strikes in Chemnitz im Herbst 1871 sowie bei dem zu Brandenburg machte sich die propagandistische Bedeutung der Arbeitseinstellungen bemerkbar (Volksst. 1871, Nr. 100, N. Socialdem. 1872, Nr. 24).\*)

3. Die Socialdemokratie weiß sehr wohl, daß sie fast ohnmächtig ist ohne die Mitwirkung der Landbevölkerung. Die

\* Einige sehr treffende Bemerkungen über die destructive Wirksamkeit der Strikes finden wir in dem S. 44 erwähnten Schriftchen von Dr. Edgar Bauer „Die Wahrheit über die Internationale“. Der Verfasser sagt dort (S. 13): „Dem Wucher nachahmend, der sein Recht und seine Forderungen auf die bloße Wucht des Besitzes stützt, hat auch die Arbeiterklasse angefangen, durch den rohen Druck ihrer Massen auf die Arbeitgeber zu drücken. Die Arbeiter sind zu Erpressern geworden, indem nun nicht mehr ihre Leistung, sondern die Summe der Gewalt, die sie aufbieten können, zum Maßstab ihrer Forderungen dient. Hieraus ist ein doppeltes Ergebnis erwachsen. Erstens ist diejenige Branche der Speculation gefördert worden, welche die Preise der Lebensbedürfnisse in kurzer Zeit verdoppelte. Zum Anderen sind die selbstständigen Industriellen entmuthigt und den „Gründern“ in die Arme getrieben worden. Der Fabricant erlahmt und wirft sein Etablissement dem ersten besten Gründungscomité an den Hals. So hat die Arbeiternoth, von welcher man früher zu sprechen wußte, ihren Sinn gewandelt. Es ist nicht mehr die Noth der Arbeiter, sondern die Noth um die Arbeiter. Der Arbeiter, welcher seinen Lohn beansprucht, weil er etwas gelernt hat, und weil er in der Werkstelle seinen Mann steht, ist zur Seltenheit geworden. Statt seiner haben wir jetzt den Arbeiter, welcher bezahlt sein will, weil er existirt und welcher diese interessante Thatsache seiner Existenz von heute auf morgen um 25% höher veranschlagen möchte. Dem Fabricanten entschwindet jeder Anhaltspunkt, wann



Theilnahmslosigkeit des ländlichen Proletariats ist eine Hauptlücke im socialistischen Feldzugsplane und wirkte sehr mit zu dem Scheitern der Agitation Vassalle's. So lange der proletarische Gedanke nicht die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ergriffen hat, ist auf einen nachhaltigen Sieg der socialistischen Revolution nicht zu rechnen; noch viel weniger wird das allgemeine Stimmrecht ein Arbeiterparlament liefern. In Ländern, in denen der Grundbesitz sehr getheilt ist, wie in Frankreich und dem linksrheinischen Deutschland, will der Bauer von socialistischen Plänen nichts wissen und Thiers konnte mit Recht am 13. Januar 1872 in der französischen Nationalversammlung sagen, hinter jedem Stück Land stehe ein Bauer mit seinem Gewehr. Aber wo ein starkes ländliches Proletariat besteht,

er seine Berechnungen anstellen könnte. Denn auch die Consumtion, welche gesunder Weise einen stetigen, berechenbaren Charakter tragen soll, wird eine Sache der Laune. Der Bürger fängt an, sein Etablissement zu hassen, das ihm eine Kette von Beängstigungen und Abhängigkeiten auferlegt. War es früher sein Ehrgeiz, eine betriebsame Anstalt begründet zu haben, die seinen Namen trage und in der Familie bleibe, so kann er jetzt nicht schnell genug sich und seine Familie aus den Wechselfällen der Arbeiterbedrängnisse retten, und seine Stelle nimmt ein anonymes Consortium ein, welches die Arbeitsstätte nur deshalb kauft, um sie eine Stunde später an der Börse wieder feilzubieten und mit möglichstem Profite loszuschlagen. Der selbstständige, persönliche, dauerhafte Besitz geht unter. Wie sich freilich die Nothgucht gegen den Arbeiter lehren wird, sobald erst die anonymen Gesellschaften durchgedrungen, das bleibt abzuwarten. So lange der Arbeiter unmittelbar mit dem Arbeitgeber verhandeln konnte, stand seine Sache gut genug. Er befand sich einem Manne gegenüber, einem Wesen von Fleisch und Blut, von Willen, von Einsicht, das man einschüchtern oder überreden konnte. Aber wie? Wenn der Arbeiter seinen Arbeitgeber gar nicht mehr entdecken kann? Wenn er es nur noch mit dem verwaltenden Secretär einer Gesellschaft zu thun hat, der keine Vollmacht besitzt, oder mit dem „Director“, der ebenfalls läugnet, daß er an und für sich selber einen Willen habe? Wie, wenn dem Arbeiter erst eine Gesamt-Organisation der Actiengesellschaften gegenübersteht, welche, umfaßbar und für ihn unsichtbar, mit den Strikes leicht fertig werden wird? Dann wird der Arbeiter an den Folgen seines Sieges über das persönliche Eigenthum schwer zu tragen haben.“

wie besonders in den Ländern mit geschlossenem Grundbesitz, kann die socialistische Agitation unter Umständen sehr gefährlich werden. In solchen Gegenden bietet der Socialismus Alles auf, um die ländliche Arbeiterbevölkerung für sich zu gewinnen, aber es ist ihm bis jetzt nur in geringem Maße gelungen. Die Hindernisse sind noch zu groß. Es ist vor Allem der schwer wiegende Einfluß der kirchlichen Dogmen, die religiös geheiligte Achtung vor dem Eigenthum, der in gleicher Weise sanctionirte Gehorsam gegen staatliche und kirchliche Autorität in der beiden Theilen zugemessenen Sphäre; es ist der Einfluß der Geistlichkeit, so lange diese noch auf positiv religiösem Boden steht, denn wo dieß nicht mehr der Fall, ist auch ihre Autorität bei den Massen nur noch gering. In vielen Gegenden gesellt sich auch dazu noch eine verhältnißmäßig erträgliche Lage der ländlichen Bevölkerung, die von je gewohnte einfache Lebensweise (die „verfluchte Bedürfnislosigkeit“), die Leichtigkeit, Eigenthum zu erwerben und sich dadurch vor dem gänzlichen Versinken in das Proletariat zu bewahren. Wo aber alle diese Factoren mehr oder weniger verschwunden sind und wo vielleicht noch der Umstand mitwirkt, daß die höheren Stände, die Großgrundbesitzer und ländlichen Industriellen, ihre an den Besitz geknüpften moralischen Verpflichtungen gegen die Besitzlosen verkennen, so daß hiedurch ein Classengegensatz erwächst, dann wird die socialistische Agitation auch unter der ländlichen Bevölkerung langsame, aber sichere Fortschritte machen. Aus Norddeutschland kommen in der neueren Zeit Klagen über den wachsenden Einfluß der Socialdemokratie auf die Landbevölkerung; besonders wird dieß von Holstein behauptet; der „Hamb. Correspondent“ hatte im Frühjahr 1872 die dortigen Zustände eingehend beleuchtet; als Hauptursachen der bedrohlichen Vorgänge wurden angegeben („Concordia, Zeitschrift für die Arbeiterfrage“ Berlin, 1872, Nr. 6 und 9): Die Ersütterung und theilweise Zerschöpfung der Autorität, da die Männer, welche den Bauern und Rätsherrn sonst die letzte Instanz bildeten, der Gutsherr, der

Prediger, der Beamte, eine Reihe von politischen Wandlungen durchgemacht hätten (zuerst dänische, dann augustenburgische und sodann preussische Begeisterung), die für den Landmann gleichbedeutend gewesen seien mit dem Einsturz aller festen Normen für sein politisches und sein sittliches Verhalten; Zusammensturz der einmal überkommenen Autorität sei aber für jeden Knecht und Rätbner gleichbedeutend mit völliger Autoritätslosigkeit; die schlimmste Seite der Sache sei, daß das Aussehen der Kirche mit in die Brüche zu gehen begonnen habe; wer aber glauben wolle, daß die Classen der Tagelöhner und Arbeiter sittlichen und religiösen Halt genug besitzen, um gegen die Verlockungen der Socialisten taub zu sein, der kenne die Verhältnisse nicht, unter denen der Arbeiter größtentheils lebe, der habe die von Haß erfüllte Miene nicht beobachtet, mit der er ausrufe: Wir sind Sklaven und erzeugen Sklaven, wir sind Bettler und erzeugen Bettler; gerade der Landarbeiter sei seit 1848 nicht mehr in sich zur Ruhe gekommen; das frühere patriarchalische Verhältniß zwischen Herr und Knecht, Besitzer und Tagelöhner sei hinweggefegt, und an Stelle dessen seien Mißgunst und Haß, Frechheit und Faulheit auf der einen, Stolz, Herrschsucht und Mißtrauen auf der anderen Seite getreten; der Arbeiter wisse und fühle: Für's nackte Leben muß ich arbeiten und das nackte Leben hinterlasse ich den Meinen; der Staat mache immer größere Ansprüche an seine Leistungsfähigkeit. Der Schul- und Militärzwang seien eine schwere Last, und immer drohender und lauter werde der Ruf: Gebt uns mehr! in der Kirche kämpfe man um orthodoxe und liberale Parteischablonen. Verfassungsparagraphen, ein papierner Musterbau der Kirche seien die beliebtesten Punkte des Strebens; man scheine wenig davon zu ahnen, daß der Feind, welcher jede christliche Kirche, einerlei ob von orthodoxen oder liberalen Predigern bedient, und nach conservativem oder liberalem Muster constituirt, verwünsche und untergrabe, seinen Weg in die Fetzen der Gemeinden ebne; man wolle die Kirche auf breiterer Gemeindeggrundlage erbauen,

und vergeffe dabei, daß man gar keine wirklichen Kirchengemeinden mehr habe und schon vor Vollendung des Baues die Gehäufelten und mit liberalen Schmeichelnworten überschütteten Kirchenglieder jegliche kirchliche Grundlage zertrümmert haben könnten; man ringe in der Schule nach Selbstständigkeit; die Töchter halte sich für mündig und lechze darnach, das verhaßte Joch der Mutter abzuschütteln; das Parteischwort: Emancipation der Schule von der Kirche! absorbire fast alle öffentliche Thätigkeit, und lasse den Gedanken zurücktreten, daß die Kräfte der Volksschule dazu berufen seien, die sittlichen Gefahren des Volks abzuwehren und dem Volksleben einen Geist einzuhauchen, welcher allem Umsturz der Ordnung muthig die Stirne zu bieten vermag; die Lehrerwelt organisire sich und verpuffe ihre besten Kräfte auf der Rednertribüne in unfruchtbaren Redomontaden; man bewege sich auch hier in idealistischen Verfassungsplänen und erträume sich von einer freien Volksschule ein Zeitalter voller Licht und Leben, während der Zerförer jeder wahren sittlichen Volksbildung in Ruße seine Minen präparire und lege. — Diese Aeußerungen enthalten nur zu vieles sehr Wahre und auch für andere Gegenden Deutschlands Zutreffende.

An Versuchen, die ländlichen Arbeiter für sich gewinnen, haben es die Socialisten nicht fehlen lassen, obwohl ihnen im Allgemeinen die Verührungspunkte mit dem Lande abgehen. Der „Volkstaat“ veröffentlichte (1870 S. 18) einen „Aufruf an die Landarbeiter“, welcher Aufruf am 16. Nov. 1869 von dem Central-Comite der Sectionsgruppe deutscher Sprache der „Internationale“ in Genf erlassen wurde. Es heißt dort (wir citiren nach Bizer „Arbeit und Capital“):

„Die Kleinbäuerliche Bewirthschaftung ist durch die Allmacht des Capitals, durch den Einfluß der Wissenschaft, den Gang der Thatsachen und das Interesse der Gesamtgesellschaft unwiderrufflich zum allmäligen Lode verurtheilt. Das Mittel der Erlösung liegt in der Vereinigung zur gemeinsamen Forderung des Rechts der Kleinbesitzer und zur genossenschaftlichen Bewirthschaftung des ihnen gehörenden Bodens. Das Capital ist das Erzeugniß der gemeinsamen Arbeit aller vergangenen Zeiten; es ent-

stand aus der Anhäufung unbezahlter Löhne für erzeugte Arbeit. Ein Capitalist kann daher nur mit unrechtmäßig erworbenen Kaufmitteln unrechtmäßig erworbenen Grund und Boden erlaufen und deshalb aus doppelten Gründen niemals Anspruch auf rechtmäßiges Eigenthum haben. Ist demnach aller Grund und Boden Gemeingut der Gesamtgesellschaft, so kann er nie vertheilt oder sonst veräußert, sondern nur als Lehngut Ackerbaugenossenschaften zur Ausbeutung für die Gesamtgesellschaft übergeben werden. Zur Erreichung des nächsten Zweckes soll Folgendes dienen:

1) Die Kleinbesitzer einer Gemeinde bilden, indem sie ihre Grundstücke, Viehbestände, Wirtschaftsgebäude, Ackergeräthschaften, Arbeitskräfte unter Anwendung aller Mittel der Wissenschaft und Technik zu gemeinschaftlichem Betriebe vereinigen, eine Productivgenossenschaft. 2) Alle besitzlosen Arbeiter, die bis jetzt nur Tagelöhnerie betreiben, als Knechte oder Mägde dienen, werden gleichberechtigte Mitgenossen und erhalten, wie alle Andern, die durch ein besonderes Reglement festzustellenden Mittel ihres Lebensunterhalts. 3) Die Kleinbesitzer beziehen bis auf weitere sachentsprechende Anordnungen nach Verhältnis ihrer Zuschüsse an Grundstücken, Gebäulichkeiten, Viehbeständen, Geräthschaften, Saatfrüchten, Nahrungs- und Fütterungsvorräthen und anderen Betriebsmitteln, was Alles von einer gemeinsam gewählten Commission zum Capitalwerth abzuschätzen ist, einen Jahreszins. 4) Aller Reingewinn wird zum Gemeingut geschlagen und haben auf dessen Nutznießung, die statutenmäßig zu regeln ist, alle Mitgenossen gleichen Anspruch. 5) Diese Productivgenossenschaften treten sowohl unter sich, als auch mit den Productiv- und Consumgenossenschaften der industriellen Arbeiter, sowie mit allen Arbeitervereinen in nähere Beziehung, um sich nach den Grundsätzen der Solidarität, moralisch und materiell, brüderlich beizustehen und allen capitalistischen und politischen Druck gemeinschaftlich zu überwinden. 6) In Gemeinden, in denen die Kleinbesitzer die Nothwendigkeit genossenschaftlicher Bewirthschaftung noch nicht begreifen, oder letztere nicht eingehen wollen, mögen die Besitzlosen für sich allein zunächst einen Feldarbeiterverein gründen und dann, gestützt auf ihr Naturrecht, das der Gemeinde, dem Staate, der Kirche gehörende, sowie das in anderer Weise zu beschaffende Land mit ganzer Energie zu gemeinschaftlichem Betriebe verlangen. 7) Die Besitzlosen, welche auf großen Landgütern arbeiten, müssen sich zusammenhalten, außer ihrem Tagelohn einen entsprechenden Antheil am Reingewinn begehren, sich durch diese Betheiligung mit der Leitung und Verwaltung der Geschäfte vertraut machen, damit sie sich — wenn durch einen Umschwung die autokratische Herrschaft der Gutsbesitzer beseitigt ist — mehr befähigt haben, die Bewirthschaftung in demokratisch-genossenschaftlicher Weise allein durchzuführen.“

Auf der Londoner Delegirten-Conferenz der „Internationale“ im Sept. 1871 beschäftigte man sich ebenfalls mit dieser Angelegenheit. Ein weiterer „Mahnruf an die landwirthschaftliche Bevölkerung“ wurde von Joh. Ross, Mitglied der Socialdemokratischen Arbeiterpartei und Redacteur der Chemnitzer „Fr. Presse“ verfaßt, scheint uns aber die Sache zu wenig von der agitatorischen Seite anzugreifen. Bis jetzt sind indessen alle diese Verathungen und Aufrufe, einige Verticlichkeiten ausgenommen, noch sehr unwirksam gewesen, so wenig man auch die Bedeutung der Agitation und die Größe der Gefahr verkennen darf.

## Achtes Capitel.

### Die Bedeutung der socialistischen Bewegung.

1. Der moderne Socialismus entspringt seinem Wesen nach aus dem Abfall von der natürlichen Socialordnung. Zuerst aber sind die höheren Stände abgefallen und dies hat sich — denn die Gesellschaft erkrankt in der Regel von oben her — dann auf die unteren Schichten fortgepflanzt und dort die socialistischen Erscheinungen hervorgerufen. Die Fundamente alles Rechtes wurden verlassen, die Grundsätze der Moral mit Füßen getreten, so daß gegenwärtig im Leben der Völker kein Recht, keine Achtung vor den Verträgen mehr besteht. Im politischen Leben herrscht der vollendete Realismus, eine aller moralischen Rücksichten bar gewordene Nützlichkeitspolitik. Auf socialem Gebiete ist es der Materialismus, welcher der Gegenwart in stets wachsendem Grade seinen Stempel aufdrückt. Auch in Naturrecht und Nationalökonomie sind die metaphysischen Principien verloren gegangen. Wer möchte sich nun wundern, wenn auch die unteren Stände der Gesellschaft, auf denen die Last des Lebens am drückendsten ruht, in stets um sich greifender

Weise von der natürlichen Socialordnung abfallen, wenn der sociale Zwiespalt zusehends wächst.

2. Der Socialismus sät in seinem Kampfe gegen das Privateigenthum dieses ganz unrichtig auf. Er versteht unter demselben immer nur das materialistisch gewordene Eigenthum, wie es der Gegenwart seinen Charakter ausprägt. Das Eigenthum, wenn es auf der Höhe der modernen Zeit steht, betrachtet sich als absolut und schrankenlos; dadurch aber hat es sich von seiner naturrechtlichen Bedeutung entfernt. Denn in der naturgemäßen Socialordnung gibt es kein absolutes Eigenthum, da mit der Verfügung über die Stoffe und Kräfte der Natur nicht blos Rechte, sondern auch sehr hohe moralische Verpflichtungen gegen die Besitzlosen verbunden sind. Die Reaction des Socialismus gegen jene unrichtige und antisociale Auffassung des Eigenthums ist daher theilweise berechtigt, insofern man dadurch auf die hohe sociale Bedeutung des Eigenthums und dessen Schranken wieder aufmerksam gemacht würde. Der Socialismus aber geräth in das andere Extrem, indem er das Privateigenthum gänzlich aufheben und alle Productionsfactoren in die Hände der Gesamtheit, des Staates legen will, also dem absolut und schrankenlos gewordenen Eigenthum den Communismus gegenüberstellt. Die wahre Socialordnung liegt hier in der Mitte. Die moralischen Verpflichtungen, die der Besitz mit sich bringt, sollen nicht, oder nur in beschränktem Maße durch die Gesamtheit erzwungen werden; denn sonst befindet sich der Staat bereits auf der schiefen Ebene des Socialismus. Hier sind es die moralischen Elemente, denen die Aufgabe zufällt, die richtige Socialordnung zu erhalten. Jene beiden Extreme sind vom Uebel und führen zur Auflösung der Gesellschaft. Aus dem materialistisch gewordenen Eigenthum entwickelt sich die egoistisch-capitalistische Productionsweise mit all ihren von den Socialisten so treffend geschilderten Greueln, das absolut ge-

wordene Eigenthum richtet fürchtbare Verwüstungen im socialen Körper an und eine Versöhnung der Gegensätze ist auf diesem Boden unmöglich. Das andere Extrem, der Communismus, zu welchem jeder Socialismus führen muß, ist ebenso zu verwerfen, da er nicht minder den Tod der Gesellschaft herbeiführen würde.

Vom Standpunkte der materialistischen Principien läßt sich das Privateigenthum durchaus nicht rechtfertigen. Denn alle Menschen haben die gleiche Natur und kraft derselben die gleichen natürlichen Rechte; zu den ersten Menschenrechten gehört aber doch das Recht zu leben und damit der Anspruch auf die Güter der Erde. Hat der Mensch nun einmal nichts Höheres als möglichst viel zu besitzen und zu genießen, ist dieß sein letztes und höchstes Ziel, dann ist nicht einzusehen, mit welchem Rechtstitel ein Theil der Menschen die übrigen gemäß der bestehenden Form des Eigenthums von Besitz und Genuß ausschließt. Die Versöhnung des materialistischen Evangeliums mit der gleichen Natur des Menschen ist nur möglich durch Aufhebung des Privateigenthums. Der materialistische Philosoph muß daher, so lange er bei der reinen Theorie bleibt, nothwendig Socialist und Communist werden. Anders freilich gestaltet sich die Sache, wenn der Materialismus praktisch geübt wird; dann wird die humanistische Idee, das Gefühl für die natürliche Gleichheit aller Menschen, unterdrückt durch den Egoismus und durch die Alles niederwerfende Genußsucht; das Eigenthum macht sich absolut, der Krieg Aller gegen Alle beginnt. Aus diesem Widerspruch zwischen dem theoretischen und praktischen Materialismus erklärt sich, daß einerseits der Socialismus und andererseits der alles menschlichen Gefühles bar gewordene Capitalismus demselben philosophischen Princip des Materialismus entspringen. Der Besitzende wird Capitalist in dem Sinne, den der Socialismus diesem Worte beilegt, die Besitzlosen werden socialistische



Revolutionäre. Der Materialismus ist eben an sich schon ein Widerspruch.

Weil der Socialismus dem Materialismus entspringt, so ist der Streit um das Privateigenthum in letzter Instanz ein Kampf des Materialismus mit der überlieferten Anschauung, welche über der irdischen noch eine höhere, sittliche Ordnung annimmt. Wer diese leugnet muß zulezt, so lange in ihm das Mitgefühl für die Menschheit lebendig bleibt, zum Socialismus kommen. Wenn man ferner das Privateigenthum verneint, wie es die humanistisch gefinnte Schätzung der materialistischen Philosophie thut, so wird man auch die einzige Quelle des Tauschwerthes in der Arbeit suchen müssen. Viele glauben den Socialismus bekämpfen zu können, indem sie das Eigenthumsrecht schützen, aber die Ursache des Abfalles vom Eigenthum, den offenen oder verdeckten Atheismus, nicht angreifen wollen. Darauf bezüglich sagt Marx („Capital“ S. XI), heutzutage sei der Atheismus eine culpa levis, verglichen mit der Kritik überlieferter Eigenthumsverhältnisse.

3. Und doch muß das Privateigenthum bestehen! Es gibt gewisse feste Schranken, welche in der Natur des Menschen und der Gesellschaft gegeben sind und welche in ihrer Gesamtheit die Fundamente für das sociale Leben bilden. Dazu gehört das Princip der Autorität, welches ein Lebensprincip jeder Gesellschaft, jedes organisirten Zusammenlebens der Menschheit ist. Selbstverständlich und ebenso nothwendig zur gesunden Socialordnung gehörig ist es, daß der Träger einer Autorität — sei diese weltlich oder geistlich, monarchisch oder republicanisch — sich seiner Verpflichtungen gegen die Gesellschaft bewußt ist und sie mit der nothwendigen Hingabe erfüllt; denn einzig auf diesen Verpflichtungen beruht auch sein Rechtstitel, kraft dessen er Gehorsam beanspruchen und erzwingen kann. Dieses Verhältniß, auf welchem die Autorität fußt, wird von den Trägern der-

selben nur zu häufig mißachtet und auf solchen Mißbrauch der Autorität stützt sich dann der Socialismus, indem er jede Autorität bekämpft. Zu jenen Fundamenten, auf denen die Gesellschaft in der natürlichen Ordnung der Dinge beruht, gehören ferner die Ehe und das Privateigenthum. Diese sind die naturrechtlichen Schranken, welche keine philosophische Dialektik, keine Anordnung irgend einer Autorität überschreiten kann, ohne socialistisch und antisocial zu werden. Die erwähnten drei socialen Fundamente bilden im Blühen und Verfallen der Völker und Staaten die festen Punkte, gewissermaßen die konstanten Größen, auf welche man nach jeder Erschütterung zurückgreifen muß, um das sociale Gebäude wieder in die Fugen zu bringen und es auf der Bahn der Civilisation zu erhalten. Ist die Familie die feste Schranke für das sittliche Zusammenleben der Menschen, so ist es das Eigenthum hinsichtlich der Beziehung der Menschen zur äußeren Natur, zur todtten Materie, aus welcher er seine Lebensnothdurft zieht. Diese Schranke, welche in der Institution des Privateigenthums liegt, ist so stark, daß der Mensch schon bei seiner Geburt in eine durch das Erbrecht mehr oder weniger bestimmte Beziehung zu den Gütern der Erde tritt; die Stelle, in welcher ein Mensch geboren, ist meist schon von größtem Einfluß für seine ganze spätere Stellung. Trotz aller Mißstände, welche die Institution des Privateigenthums mit sich bringt, ist sie doch die relativ beste, indem sonst Leidenschaft, Herrschsucht, Sinnlichkeit und ein Alles niederwerfender Egoismus die Gesellschaft stets wieder von Neuem der Zersetzungs- und Vernichtung überliefern würden. Gegenwärtig nun hat eine in's Schrankenlose treibende Dialektik die socialen Fundamente zu bloßen historischen Kategorien erniedrigt, ihnen nur noch eine relative Berechtigung zugestanden, und so ist es gekommen, daß das sociale Gebäude bis in die innersten Fugen hinein zittert. Aber das Gewicht der Realität wird sich immer wieder geltend machen gegenüber diesen Umsturzwersuchen, seien sie auf Schutmeinungen beschränkt über

streben sie sogar in's Leben hinüber zu treten. Auswüchse und Mißbräuche, die sich auf Grundlage der gesellschaftlichen Fundamente bilden, müssen durch gemeinsame Thätigkeit der berufenen Factoren reformirt werden; niemals aber darf man, wie der Socialismus es thut, wegen solcher Mängel die Grundlagen jeder Ordnung und Civilisation bei Seite werfen.

4. Wenn wir uns nun zur Frage nach der Gefährlichkeit des Socialismus wenden, so haben wir uns sowohl gegen diejenigen auszusprechen, welche die Bedeutung der Bewegung übertreiben, als auch gegen jene, welche sie unterschätzen. Es ist noch nicht lange her, daß die Existenz der socialen Frage überhaupt geleugnet wurde; dieß ist jetzt nicht mehr möglich. Der Gegensatz gegen die bestehende Socialordnung macht unleugbare und rasche Fortschritte; auch die Organisirung dieses Gegensatzes hat sich schon sehr weit ausgedehnt und es ist nicht abzusehen, bis wohin die Entwicklung noch weiter schreiten wird. Jene, welche durch alle möglichen „Freiheiten“, vor allem durch das unbedingte „Gehelassen“ einen besten Zustand der Gesellschaft herbeiführen wollten, haben sich überlebt; die Manchestertheorie ist, was Lassalle schon vor acht Jahren vorausgesagt hat, eines sanften Todes verchieden und ihre begabtesten Vertreter sind hauptsächlich durch das Anschwellen der socialistischen Bewegung veranlaßt, von dieser Lehre zurückgekommen. Andererseits darf man sich nicht den Befürchtungen hingeben, als werde je eine socialistische Gesellschaft dauernd existiren, denn es ist eine absolute Unmöglichkeit, daß eine solche Gesellschaft eine Zukunft haben könne. Freilich ist die Möglichkeit sehr in's Auge zu fassen, daß der Socialismus da und dort die Herrschaft erlangen kann und es würde dieß an den meisten Orten eine Durchgangszeit voll Blut und Feuer sein. Schon in dieser Möglichkeit aber liegt eine Fülle von Unheil. Die eifrige Propaganda und die, fast religiöse Begeisterung so vieler An-

hänger des Socialismus würden allein schon auf die Intensität der Gefahr hinweisen, wenn nicht die Vorgänge in Paris der Welt gezeigt hätten, was die Menschen vermögen, wenn sie für die socialistischen Dogmen fanatisirt sind. Ist einmal die Fluth irgendwo durch die Dämme gebrochen, so kann Entsetzliches geschehen sein, bis der gesunde Verstand, das Gewicht der Realität und die Macht der natürlichen Socialordnung wieder die Herrschaft erlangen. Die höchste Gefahr für einen Staat aber kommt, wenn der Socialismus in die Armee eindringt; diese Gefahr liegt besonders nahe bei Ländern mit der allgemeinen Wehrpflicht, da dieselben auch in der Regel mitten im Strome der modernen Entwicklung stehen. Für solche Staaten ist es doppelt nothwendig, die moralischen Factoren zu pflegen, auf welchen allein eine dauernde, durch Willenskraft und feste Ueberzeugung getragene Achtung vor den socialen Fundamenten beruht.

Die Hauptursache, warum der Socialismus keine Zukunft hat, ist der materialistische Geist, welcher ihn durchdringt. Daher hat der Socialismus seinen gefährlichsten Gegner in sich selbst, denn es ist mit der Herrschaft des Materialismus nothwendig die innere Auflösung und Zersetzung gegeben. Ja diese wird schon eintreten, ehe das Ziel erreicht und die alte Gesellschaft gestürzt ist. Ein Blick auf die Erscheinungen in den Kreisen der Socialisten belehrt zur Genüge hierüber. Der Trieb zu Spaltungen ist dem modernen Socialismus immanent und bildet eines seiner wesentlichsten Kennzeichen. Der Materialismus kann ja blos eine vorübergehende Einigung der Geister herbeiführen; sobald es sich darum handelt, die gemeinsamen Pläne in die Wirklichkeit überzuführen, muß die Coalition der Socialisten durch die Ueberwucherung der persönlichen Leidenschaften unheilbar geschädigt werden. An derselben Ursache wird auch jede socialistische Organisation der Gesellschaft nothwendig scheitern müssen. Wie die Republik Republicaner verlangt, so bedarf eine socialistische Gesellschaft in noch viel höherem Grade

der freiwilligen Disciplin; diese fehlt aber auf dem materialistischen Boden noch weit mehr als in der normal zusammengesetzten Gesellschaft und deswegen muß das Privateigenthum sein. Schon die einfache Frage nach der Führerschaft bringt Egoismus und Herrschsucht mit allen häßlichen Leidenschaften zu Tage. Daher kann der Socialismus wegen seines durchaus materialistischen Charakters nur zerstören, aber nicht aufbauen. Das vollendete Chaos würde eintreten, sobald den Socialisten die Möglichkeit gegeben wäre, ihre Theorien praktisch zu machen und die Gesellschaft nach ihren Plänen neu zu gestalten. Eine Zeit lang könnte sich der socialistische Staat noch halten, aber bloß dadurch, daß seine Gliederung, die theoretisch auf weitestgehender Autonomie beruhen sollte, in eine despotisch zusammengehaltene verwandelt würde. Bald müßte auch diese unter den Schlägen eines herrschsüchtigen Imperators zusammenbrechen und so unnatürlich der Cäsarismus auch ist, so wäre er doch in diesem Falle noch eine Wohlthat für die Gesellschaft; sie hätte die Freiheit nicht wieder erlangt, wohl aber wenigstens eine sichere Ordnung. Daher müßte ein Sieg des Socialismus naturgemäßer Weise zugleich der Wendepunkt zu seinem Untergange hin sein, denn die Auflösung der socialistischen Gesellschaft im entsehrlichsten Bürgerkriege ist eine in ihrem innersten Wesen begründete Nothwendigkeit. Freilich lassen sich darauf noch keine Hoffnungen für die Anhänger der natürlichen Socialordnung bauen. Der Vernichtungskampf würde über ihren Häuptern und über ihrem Eigenthum geführt werden und sie müßten die Bege bezahlen. Die socialistische Irrlehre muß auf geistigem und besonders auf moralischem Gebiete überwunden werden, erst dann kann man von einem wirklichen Siege der Ordnung und Freiheit sprechen, erst dann verschwindet die Gefahr für die Gesellschaft.

5. Fassen wir zum Schluß noch Alles zusammen, so

scheint uns das innerste Wesen des modernen Socialismus im Abfall von der Autorität zu liegen. Dieser Quelle entspringt die principielle Hinneigung zur politischen Revolution, die Vernichtung der Ehe und die Leugnung des Privateigenthums. Ueber die Mittel, welche Staat und Gesellschaft gegen die immer höher anschwellende socialistische Bewegung zu ergreifen gedenken, können wir uns hier nicht näher auslassen. Der Socialismus ist die gefährlichste Ausgestaltung der socialen Frage, er ist die Spitze, in welcher diese Frage gipfelt. Das zu lösende Problem besteht in der Wiederherstellung der natürlichen Socialordnung und der erste Schritt hiezu wäre die Anerkennung, daß die höheren Schichten der Gesellschaft selbst vielfach von dieser natürlichen Ordnung abgefallen sind. Wenn schon die Lösung der socialen Frage vorwiegend auf geistigem und moralischem Gebiete erreicht werden muß, so gilt dies in noch viel höherem Grade für den Socialismus. Wir glauben daher, daß die bisher vorgeschlagenen Reformen den Socialismus nur wenig berühren werden. Dabei haben wir sowohl das im Auge, was die halbämliche Berliner „Provincial-Correspondenz“ Anfang September 1872 in einem Artikel „Die Fürsorge für das Wohl der arbeitenden Classen“ als die nächsten Pläne der preussischen Regierung kund gab, als auch das, was der sociale Congreß berieth, der am 6. und 7. October 1872 zu Eisenach tagte. Zu diesen Maßnahmen und Reformen gehören besonders: die noch größere Entfesselung der Gewerbetätigkeit, die Förderung freier Genossenschaften, die Beschränkung der Sonntagsarbeit, der Schutz der jugendlichen und weiblichen Arbeit gegen übermäßige Anspannung und Ausbeutung, eine umfangreiche Fabrikgesetzgebung Hand in Hand mit Verhärtung des Schulzwanges, Sicherung der Arbeiter gegen Gefahr für Leben und Gesundheit, nebst einem allen berechtigten Ansprüchen genügenden Haftpflichtgesetz, Sorge für Unterstützungs- und andere Cassen, Herbeiführung von Schiedsgerichten als Vorläufer von Einigungsämtern (boards of conciliation and ar-

bitration), welche die Löhne reguliren und überhaupt eine Vermittlung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeiführen sollen; auch die etwaige Verknüpfung der Wohnungsnoth, also der „Grund- und Boden-Frage“ in den Städten gehört hierher, wenn auch gerade bei dieser Frage die Gefahr nahe liegt, daß der Staat selbst socialistische gefärbte Eigenthumsbeschränkungen vorzuzieht; auch Polizeimaßregeln gegen die Verbreitung der socialistischen Irrlehren werden sich, wie die Dinge gegenwärtig liegen, nicht umgehen lassen. Dabei ist freilich zu bedenken, daß solche Maßregeln das Uebel meist verschlimmern, daß sie die sociale Spaltung vertiefen, daß überhaupt solche Ausnahms-gesetze, ebenso wie die Bestrafung einer bloßen Tendenz und das Verbot der freien Meinungsäußerung einer Vernichtung derjenigen Principien gleich kommen, auf denen der moderne Staat groß geworden ist.

Durch die Anwendung der im Vorstehenden aufgezählten Reformen und Maßregeln möchte es wohl gelingen, der socialistischen Agitation manchen Stoff zu entziehen und ihr sehr vieles Menschenmaterial abwendig zu machen, obgleich dadurch das Wesen des Socialismus, der grundsätzliche Abfall vom Eigenthum mit den daraus folgenden Consequenzen nicht im Mindesten berührt wird. Es wäre daher auch irrig, zu glauben, daß auf diese Weise der Socialismus gebannt werden könnte. Seine Wurzeln liegen auf moralischem Gebiete und auf diesem hat die Staatsgewalt den allergeringsten Einfluß. Denn obgleich in jenem Gebiete der Schlüssel für fast alle socialen Vorgänge liegt, so ist es doch dem Wirkungskreise der politischen Mächte am weitesten entrückt. Bloss durch Unterricht und Verbreitung von Bildung kann der Staat hier wirken, aber wie wenig-mächtig auch dieses Mittel ist, beweist allein schon der Umstand, daß gerade die bedeutendsten Socialisten unserer Zeit, Marx und Lassalle, Männer sind, denen Niemand Mangel an

Kenntnissen und Bildung wird vorwerfen können. Den Arbeiter durch Bildung über seine Lage trösten, das heißt ihm Steine geben statt des Brodes und eine Hauptseite der socialen Frage, die Magenfrage, übersehen. Die sociale Frage ist ihrem Wesen nach eine ethische, der Socialismus kann daher bloß auf diesem Gebiete dauernd überwunden werden. Dieß ist festzuhalten, denn sonst möchte auf allzugroße Zuversicht noch ein schlimmes Erwachen folgen.



# Nachträge.

אברהם בן יצחק



moderne bürgerliche Gesellschaft habe die Classengegenstände der früheren Geschichtsepochen nicht aufgehoben, aber vereinfacht: „Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große einander direct gegenüberstehende Classen: Bourgeoisie und Proletariat.“ Nun wird die Entstehung der Bourgeoisie geschildert:

„Unterdrückter Stand unter der Herrschaft der Feudalherren, bewaffnete und sich selbst verwaltende Associationen in der Commune, hier unabhängige städtische Republik, dort dritter steuerpflichtiger Stand der Monarchie, dann zur Zeit der Manufactur Gegengewicht gegen den Adel in der ständischen oder in der absoluten Monarchie, Hauptgrundlage der großen Monarchien überhaupt, erkämpfte sie sich endlich seit der Herstellung der großen Industrie und des Weltmarktes im modernen Repräsentativstaat die ausschließliche politische Herrschaft. Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet. Die Bourgeoisie hat in der Geschichte eine höchst revolutionäre Rolle gespielt. Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpfen, unbarmherzig zerrissen, und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrig gelassen, als das nackte Interesse, als die gefühllose „baare Zahlung“ . . . . Sie hat an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhüllten Ausbeutung die offene, unverschämte, directe, harte Ausbeutung gesetzt. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt . . . . Die Bourgeoisie kann nicht existiren, ohne die Productionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämmtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutioniren. Die factwährende Umwälzung der Production, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisiepoche vor allen früheren aus. Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Producte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdoberfläche. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen . . . . Die Bourgeoisie hebt mehr und mehr die Zersplitterung der Produktionsmittel, des Besitzes und der Bevölkerung auf. Sie hat die Bevölkerung agglomerirt, die Produktionsmittel centralisirt und das Eigenthum in wenigen Händen concentrirt. Die nothwendige Folge hiervon war die politische Centralisation. . . . . Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Classenherrschaft massenhaftere und colossalere Produktionskräfte geschaffen, als alle vergangenen Generationen zusammen: Ueberhöhung der Productivkräfte, Maschi-

nerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschiffahrt, Eisenbahn, electriche Telegraphen, Urbarmachung ganzer Welttheile, Schiffbarmachung der Flüsse, ganze aus dem Boden hervorgekämpfte Bevölkerungen — welches frühere Jahrhundert ahnte, daß solche Productionskräfte im Schooß der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten? Die Productions- und Verkehrsmittel, auf deren Grundlage sich die Bourgeoisie heranbildete, wurden in der feudalen Gesellschaft erzeugt. Auf einer gewissen Stufe der Entwicklung dieser Productions- und Verkehrsmittel entsprachen die Verhältnisse, worin die feudale Gesellschaft producirt und austauschte; die feudale Organisation der Agricultur und Manufactur, mit einem Worte die feudalen Eigenthumsverhältnisse den schon entwickelten Productivkräften nicht mehr. Sie hemmten die Production, statt sie zu fördern. Sie verwandelten sich in ebenso viele Fesseln. Sie mußten gesprengt werden, sie wurden gesprengt. An ihre Stelle trat die freie Concurrnz mit der ihr angemessenen gesellschaftlichen und politischen Constitution, mit der ökonomischen und politischen Herrschaft der Bourgeois-Classe.

Die Verfasser kommen nun auf die Handelskrisen zu sprechen, die der modernen Productionsweise eigenthümlich sind:

„In den Krisen bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, welche allen früheren Epochen als ein Widersinn erschienen wäre — die Epidemie der Ueberproduction. Die Gesellschaft findet sich plötzlich in einen Zustand momentaner Barbarei zurückversetzt; eine Hungersnoth, ein allgemeiner Vernichtungskrieg scheinen ihr alle Lebensmittel abgeschnitten zu haben; die Industrie, der Handel scheinen vernichtet, und warum? Weil sie zu viel Civilisation, zu viel Lebensmittel, zu viel Industrie, zu viel Handel besitzt. . . . Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Productivkräften; anderseits durch die Eroberung neuer Märkte, und die gründlichere Ausbeutung der alten Märkte. Wodurch also? Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.“

An dieses stets wieder neue Krisen gebärende Verhältniß anknüpfend, wird jetzt die Entstehung des Proletariats geschildert. Es heißt:

„Die Waffen, womit die Bourgeoisie den Feudalismus zu Boden geschlagen hat, richten sich jetzt gegen die Bourgeoisie selbst. Aber die Bourgeoisie hat nicht nur die Waffen geschmiedet, die ihr den Tod bringen; sie hat auch die Männer gezeugt, die diese Waffen überall führen werden — die modernen Arbeiter, die Proletarier. In demselben Maße, worin sich die Bourgeoisie, d. h. das Capital entwickelt, in demselben Maße entwickelt sich das Proletariat, die Classe der modernen Arbeiter, die nur so

lange leben, als sie Arbeit finden, und die nur so lange Arbeit finden, als ihre Arbeit das Capital vermehrt. Diese Arbeiter, die sich stückweis verkaufen müssen, sind eine Waare wie jeder andere Handelsartikel, und daher gleichmäßig allen Wechselfällen der Concurrrenz, allen Schwankungen des Marktes ausgesetzt. Die Arbeit der Proletarier hat durch die Ausdehnung der Maschinerie und die Theilung der Arbeit einen selbstständigen Charakter und damit allen Reiz für die Arbeiter verloren. Er wird ein bloßes Zubehör der Maschine, von dem nur der einfache, eintönige, am leichtesten erlernbare Handgriff verlangt wird. Die Kosten, die der Arbeiter verursacht, beschränken sich daher fast nur auf die Lebensmittel, die er zu seinem Unterhalt und zur Fortpflanzung seiner Race bedarf. Der Preis einer Waare, also auch der Arbeit, ist gleich ihren Produktionskosten. . . . Je weniger die Handarbeit Geschicklichkeit und Kraftausübung verlangt, d. h. je mehr die moderne Industrie sich entwickelt, desto mehr wird die Arbeit der Männer durch die der Weiber verdrängt. Geschlechts- und Altersunterschiede haben keine gesellschaftliche Geltung mehr für die Arbeiterklasse. Es gibt nur noch Arbeitsinstrumente, die je nach Alter und Geschlecht verschiedene Kosten machen. Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabricanten so weit beendet, daß er seinen Arbeitslohn baar ausgezahlt erhält, so fallen die anderen Theile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher u. s. w. Die bisherigen kleinen Mittelstände, die kleinen Industriellen, Kaufleute und Rentiers, die Handwerker und Bauern, alle diese Classen fallen in's Proletariat hinab, theils dadurch, daß ihr kleines Capital für den Betrieb der großen Industrie nicht ausreicht und der Concurrrenz mit den größeren Capitalisten erliegt, theils dadurch, daß ihre Geschicklichkeit von neuen Produktionsweisen entwerthet wird. So recrutirt sich das Proletariat aus allen Classen der Bevölkerung.

Run kommt der Kampf des Proletariats mit der Bourgeoisie zur Darstellung:

„Im Anfang kämpfen die einzelnen Arbeiter, dann die Arbeiter einer Fabrik, dann die Arbeiter eines Arbeitszuges an einem Ort gegen den einzelnen Bourgeois, der sie direct ausbeutet. Sie richten ihre Angriffe nicht nur gegen die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, sie richten sie gegen die Produktionsinstrumente selbst; sie vernichten die fremden concurrirenden Waaren, sie zerschlagen die Maschinen, sie stecken die Fabriken in Brand, sie suchen die untergegangene Stellung des mittelalterlichen Arbeiters wieder zu erringen. Auf dieser Stufe bilden die Arbeiter eine über das ganze Land zerstreute und durch die Concurrrenz zersplitterte Masse. Massenhaftes Zusammenhalten der Arbeiter ist noch nicht die Folge ihrer eigenen Vereinigung,

sondern die Folge der Vereinigungen der Bourgeoisie, die zur Erreichung ihrer eigenen politischen Zwecke das ganze Proletariat in Bewegung setzen muß und es einstweilen noch kann. Auf dieser Stufe bekämpfen die Proletarier also nicht ihre Feinde, sondern die Feinde ihrer Feinde, die Reste der absoluten Monarchie, die Grundeigenthümer, die nicht industriellen Bourgeois, die Kleinbürger. Die ganze geschichtliche Bewegung ist so in den Händen der Bourgeoisie concentrirt; jeder Sieg, der so errungen wird, ist ein Sieg der Bourgeoisie. Aber mit der Entwicklung der Industrie vermehrt sich nur das Proletariat; es wird in größeren Massen zusammengedrängt, seine Kraft wächst und es fühlt sie mehr . . . Die Arbeiter beginnen Coalitionen gegen die Bourgeois zu bilden; sie treten zusammen zur Behauptung ihres Arbeitslohnes. Sie stiften selbst dauernde Associationen, um sich für diese gelegentlichen Empörungen zu verproviantiren. Stellenweis bricht der Kampf in Emeuten aus. Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter. Sie wird befördert durch die wachsenden Communicationsmittel, die von der großen Industrie erzeugt werden und die Arbeiter der verschiedenen Localitäten mit einander in Verbindung setzen . . . Wie früher ein Theil des Adels zur Bourgeoisie überging, so geht jetzt ein Theil der Bourgeoisie zum Proletariat über, und namentlich ein Theil der Bourgeois-Ideologen, welche zum theoretischen Verständniß der ganzen geschichtlichen Bewegung sich hinaufgearbeitet haben. Von allen Classen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüber stehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Classe. Die übrigen Classen verkommen und gehen unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenes Product. Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie Alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind nicht revolutionär, sondern conservativ. Noch mehr, sie sind reactionär, sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen . . . Die Lebensbedingungen der alten Gesellschaft sind schon vernichtet in den Lebensbedingungen des Proletariats. Der Proletarier ist eigenthumslos; sein Verhältniß zu Weib und Kindern hat nichts mehr gemein mit dem bürgerlichen Familienverhältniß; die moderne industrielle Arbeit, die moderne Unterjochung unter das Capital, dieselbe in England wie in Frankreich, in America wie in Deutschland, hat ihm allen nationalen Charakter abgestreift. Die Gesetze, die Moral, die Religion sind für ihn eben so viele bürgerliche Vorurtheile, hinter denen sich eben so viele bürgerliche Interessen verstecken. Alle früheren Classen, die sich die Herrschaft eroberten, suchten ihre schon erworbene Lebensstellung zu sichern, indem sie die ganze

Gesellschaft den Bedingungen ihres Erwerbs unterwerfen. Die Proletarier können sich die gesellschaftlichen Productivkräfte nur erobern, indem sie ihre eigene bisherige Aneignungsweise und damit die ganze bisherige Aneignungsweise abschaffen. Die Proletarier haben Nichts von dem Andern zu sichern, sie haben alle bisherige Privatficherheit und Privatversicherungen zu zerstören. Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten oder im Interesse von Minoritäten. Die proletarische Bewegung ist die selbstständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl. Das Proletariat, die unterste Schichte der jetzigen Gesellschaft, kann sich nicht erheben, nicht aufrichten, ohne daß der ganze Ueberbau der Schichten, die die officielle Gesellschaft bilden, in die Luft gesprengt wird. Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler. Das Proletariat eines jeden Landes muß natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden . . . Der Fortschritt der Industrie setzt an die Stelle der Isolirung der Arbeiter durch die Concurrenz ihre revolutionäre Vereinigung durch die Association. Mit der Entwicklung der großen Industrie wird also unter den Füßen der Bourgeoisie die Grundlage selbst weggezogen, worauf sie producirt, und die Producte sich aneignet. Sie producirt vor Allem ihre eigenen Todtengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich."

Der II. Abschnitt: „Proletarier und Communisten“ wird mit der Frage eingeleitet: „In welchem Verhältniß stehen die Communisten zu den Proletariern überhaupt? Dieß wird in folgender Weise beantwortet:

„Die Communisten sind keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien. Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen. Sie stellen keine besonderen Principien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen. Die Communisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß einerseits sie in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesammten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten. Die Communisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Theil der Arbeiterparteien aller Länder, sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus. Der nächste Zweck der Communisten ist derselbe wie der



aller übrigen proletarischen Parteien: Bildung des Proletariats zur Classe, Sturz der Bourgeoisieherrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Die theoretischen Sätze der Communisten sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existirenden Classenkampfes, einer unter unsern Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung. Die Abschaffung bisheriger Eigenthumsverhältnisse ist nichts den Communismus eigenthümlich Bezeichnendes. Die französische Revolution z. B. schaffte das Feudaleigenthum zu Gunsten des bürgerlichen ab. Was den Communismus auszeichnet, ist nicht die Abschaffung des Eigenthums überhaupt, sondern die Abschaffung des bürgerlichen Eigenthums. Das moderne bürgerliche Eigenthum ist der letzte und vollendetste Ausdruck der Erzeugung und Aneignung der Producte, die auf Classengegensätzen, die auf der Ausbeutung der Einen durch die Andern beruht. In diesem Sinn können die Communisten ihre Theorie in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigenthums zusammenfassen."

„Man hat uns Communisten vorgeworfen, wir wollten das persönlich erworbene, selbsterarbeitete Eigenthum abschaffen; das Eigenthum, welches die Grundlage aller persönlichen Freiheit, Thätigkeit und Selbstständigkeit bilde. Sprecht Ihr von dem Kleinbürgerlichen, Kleinbäuerlichen Eigenthum, welches dem bürgerlichen Eigenthum vorherging? Wir brauchen es nicht abzuschaffen, die Entwicklung der Industrie hat es abgeschafft und schafft es täglich ab. Oder sprecht Ihr vom modernen bürgerlichen Privateigenthum? Schafft aber die Lohnarbeit, die Arbeit des Proletariats, ihm Eigenthum? Keineswegs. Sie schafft das Capital, d. h. das Eigenthum, welches die Lohnarbeit ausbeutet, welches sich nur unter der Bedingung vermehren kann, daß es neue Lohnarbeit erzeugt, um sie von Neuem auszubeuten. Das Eigenthum in seiner heutigen Gestalt bewegt sich in dem Gegensatz von Capital und Lohnarbeit. Betrachten wir die beiden Seiten dieses Gegensatzes. Capitalist sein heißt nicht nur eine rein persönliche, sondern eine gesellschaftliche Stellung in der Production einnehmen. Das Capital ist ein gemeinschaftliches Product und kann nur durch eine gemeinschaftliche Thätigkeit vieler Mitglieder, ja in letzter Instanz nur durch die gemeinsame Thätigkeit aller Mitglieder der Gesellschaft in Bewegung gesetzt werden. Das Capital ist also keine persönliche, es ist eine gesellschaftliche Macht. Wenn also das Capital in gemeinschaftliches, allen Mitgliedern der Gesellschaft angehöriges Eigenthum verwandelt wird, so verwandelt sich nicht persönliches Eigenthum in gesellschaftliches. Nur der gesellschaftliche Charakter des Eigenthums verwandelt sich. Es verliert seinen Classen-Charakter."

„Kommen wir zur Lohnarbeit. Der Durchschnittspreis der Lohnarbeit ist das Minimum des Arbeitslohnes, d. h. die Summe der Lebensmittel, die notwendig sind, um den Arbeiter als Arbeiter am Leben zu erhalten.

Was also der Lohnarbeiter durch seine Thätigkeit sich aneignet, reicht bloß dazu hin, um sein nacktes Leben wieder zu erzeugen. Wir wollen diese persönliche Aneignung der Arbeitsproducte zur Wiederverzeugung des unmittelbaren Lebens keineswegs abschaffen. Wir wollen nur den elenden Charakter dieser Aneignung aufheben, worin der Arbeiter nutzlos lebt, um das Capital zu vermehren, nur so weit lebt, wie es das Interesse der herrschenden Classe erheischt. In der bürgerlichen Gesellschaft ist die lebendige Arbeit nur ein Mittel, die aufgehäuften Arbeit zu vermehren. In der communistischen Gesellschaft ist die aufgehäuften Arbeit nur ein Mittel, um den Lebensproceß der Arbeiter zu erweitern, zu bereichern, zu befördern. . . . Ihr entsetzt Euch darüber, daß wir das Privateigenthum aufheben wollen. Aber in Eurer bestehenden Gesellschaft ist das Privateigenthum für 9 Zehntel ihrer Mitglieder aufgehoben; es existirt gerade dadurch, daß es für 9 Zehntel nicht existirt. Ihr werft uns also vor, daß wir ein Eigenthum aufheben wollen, welches die Eigenthumslosigkeit der ungeheuren Mehrzahl der Gesellschaft als nothwendige Bedingung voraussetzt. Ihr werft uns mit einem Wort vor, daß wir Euer Eigenthum aufheben wollen. Allerdings das wollen wir . . . .“

„Wie für den Bourgeois das Aufhören des Classeneigenthums das Aufhören der Production selbst ist, so ist für ihn das Aufhören der Classenbildung identisch mit dem Aufhören der Bildung überhaupt. Die Bildung, deren Verlust er bedauert, ist für die enorme Mehrzahl die Geranbildung zur Maschine. Aber streitet nicht mit uns, indem ihr an Euren bürgerlichen Vorstellungen von Freiheit, Bildung, Recht u. s. w. die Abschaffung des bürgerlichen Eigenthums meßt. Eure Ideen selbst sind Erzeugnisse der bürgerlichen Productions- und Eigenthumsverhältnisse, wie Euer Recht nur der zum Gesetz erhobene Wille Eurer Classe ist, ein Wille, dessen Inhalt gegeben ist in den materiellen Lebensbedingungen Eurer Classe . . . .“

„Aufhebung der Familie! Selbst die Radicalsten ereifern sich über diese schändliche Absicht der Communisten. Worauf beruht die gegenwärtige, die bürgerliche Familie? Auf dem Capital, auf dem Privaterwerb. Vollständig entwickelt existirt sie nur für die Bourgeoisie; aber sie findet ihre Ergänzung in der erzwungenen Familienlosigkeit der Proletarier und der öffentlichen Prostitution. Werft Ihr uns vor, daß wir die Ausbeutung der Kinder durch ihre Eltern aufheben wollen? Wir gestehen dieses Verbrechen ein.“

„Aber, sagt Ihr, wir heben die trauesten Verhältnisse auf, indem wir an die Stelle der häuslichen Erziehung gesellschaftliche setzen. Und ist nicht auch Eure Erziehung durch die Gesellschaft bestimmt? Durch die gesellschaftlichen Verhältnisse, innerhalb derer Ihr erzieht, durch die directere

oder indirectere Einmischung der Gesellschaft, vermittelt der Schule u. s. w.?  
 Die Communisten erfinden nicht die Einwirkung der Gesellschaft auf die Erziehung; sie verändern nur ihren Charakter, sie entreißen die Erziehung dem Einfluß der herrschenden Classe. Die bürgerlichen Redensarten über Familie und Erziehung, über das traute Verhältniß von Eltern und Kindern werden um so ekelhafter, je mehr in Folge der großen Industrie alle Familienbände für die Proletarier zerrissen und die Kinder in einfache Handelsartikel und Arbeitsinstrumente verwandelt werden. Aber ihr Communisten wollt die Weibergemeinschaft einführen, schreit uns die ganze Bourgeoisie im Chor entgegen. Der Bourgeois sieht in seiner Frau ein bloßes Productionsinstrument. Er hört, daß die Productionsinstrumente gemeinschaftlich ausgebeutet werden sollen und kann sich natürlich nichts anderes denken, als daß das Loos der Gemeinschaftlichkeit die Weiber gleichfalls treffen wird. Er ahnt nicht, daß es sich eben darum handelt, die Stellung der Weiber als bloßer Productionsinstrumente aufzuheben. Uebrigens ist nichts lächerlicher, als das hochmoralische Entsetzen unserer Bourgeois über die angebliche officiële Weibergemeinschaft der Communisten. Die Communisten brauchen die Weibergemeinschaft nicht einzuführen, sie hat fast immer existirt. Unsere Bourgeois, nicht zufrieden damit, daß ihnen die Weiber und Töchter der Proletarier zur Verfügung stehen, von der officiellen Prostitution gar nicht zu sprechen, finden ein Hauptvergnügen darin, ihre Ehefrauen wechselseitig zu verführen (!). Die bürgerliche Ehe ist in Wirklichkeit die Gemeinschaft der Ehefrauen. Man könnte höchstens den Communisten vorwerfen, daß sie an Stelle einer heuchlerisch versteckten, eine officiële, offenerzige Weibergemeinschaft einführen wollten. Es versteht sich übrigens von selbst, daß mit Aufhebung der jetzigen Productionsverhältnisse auch die aus ihnen hervorgehende Weibergemeinschaft, d. h. die officiële und nichtofficiële Prostitution verschwindet.\*)

„Den Communisten ist ferner vorgeworfen worden, sie wollten das Vaterland, die Nationalität abschaffen. Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Classe erheben, sich als Nation konstituiren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie. Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Production und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse. Die Herrschaft des Proletariats wird

\*) Diese Aeußerungen über Familie, Ehe und besonders über die Weibergemeinschaft sind das Schwächste in dem Manifest.

ste noch mehr verschwinden machen. Vereinte Action, wenigstens der civilisirten Länder, ist eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung . . .“

Nachdem so die Einwürfe der Bourgeoisie gegen den Communismus behandelt sind, wird der Weg zur Emancipation des Proletariats, also der Aktionsplan der Communisten angegeben, wie folgt:

„Wir sahen schon, daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Classe, die Erkämpfung der Demokratie ist. Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Capital zu entreißen, alle Productionsinstrumente in den Händen des Staats, d. h. des als herrschende Classe organisirten Proletariats zu centralisiren, und die Masse der Productionskräfte möglichst rasch zu vermehren. Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen vermittelt despotischer Eingriffe in das Eigenthumsrecht und in die bürgerlichen Productionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Laufe der Bewegung über sich selbst hinaus treiben, und als Mittel zur Ummwälzung der ganzen Productionsweise unvermeidlich sind. Diese Maßregeln werden natürlich je nach den verschiedenen Ländern verschieden sein. Für die fortgeschrittensten Länder werden jedoch die folgenden ziemlich allgemein in Anwendung kommen können: 1) Expropriation des Grundeigenthums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben. 2) Starke Progressivsteuer. 3) Abschaffung des Erbrechts. 4) Confiscation des Eigenthums aller Emigranten und Rebellen. 5) Centralisation des Credits in den Händen des Staats durch eine Nationalbank mit Staatscapital und ausschließlichem Monopol. 6) Centralisation des Transportwesens in den Händen des Staats. 7) Vermehrung der Rationalfabriken, Productionsinstrumente, Urbarmachung und Verbesserung der Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan. 8) Gleicher Arbeitszwang für Alle, Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau. 9) Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie, Hinwirken auf die allmähliche Beseitigung des Unterschieds von Stadt und Land. 10) Oeffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder. Beseitigung der Fabrikarbeit der Kinder in ihrer heutigen Form. Vereinigung der Erziehung mit der materiellen Production u. s. w. u. s. w.“

\*) Marx und Engels sagen in dem Vorworte zur neuesten Ausgabe der „Communistischen Manifestes“, dieses Programm sei heute stellenweise veraltet, gegenüber der inneren Fortentwicklung der großen Industrie in den letzten fünf und zwanzig Jahren, und der mit ihr fortschreitenden Parteiorganisation der Arbeiterklasse, gegenüber den praktischen Erfahrungen zuerst der Februarrevolution und noch weit mehr der Pariser Commune.“

„Sind im Laufe der Entwicklung die Classenunterschiede verschwunden, und ist alle Production in den Händen der associirten Individuen concentrirt, so verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter . . . An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Classen und Classengegensätzen tritt eine Association, worin die freie Entwicklung eines Jeden die Bedingung für die freie Entwicklung Aller ist“.

Der III. Abschnitt bespricht unter dem Titel: „Socialistische und communistische Literatur“ in drastisch-kurzer Weise die bis 1847 aufgetauchten socialistischen Systeme, aber ohne sich in das Nähere einzulassen. Für die Gegenwart bieten diese Betrachtungen kein Interesse. Bedeutungsvoll ist dagegen der IV. Abschnitt, welcher „die Stellung der Communisten zu den verschiedenen oppositionellen Parteien“ behandelt. Die Sätze, welche auch für die Gegenwart Geltung haben, lauten:

„In Deutschland kämpft die communistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigenthum und die Kleinbürgerei. Sie unterläßt aber keinen Augenblick, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten, damit die deutschen Arbeiter sogleich die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, welche die Bourgeoisie mit ihrer Herrschaft herbeiführen muß, als eben so viele Waffen gegen die Bourgeoisie lehren können, damit nach dem Sturz der reactionären Classen in Deutschland sofort der Kampf gegen die Bourgeoisie selbst beginnt . . . Mit einem Wort, die Communisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände. In allen diesen Bewegungen heben sie die Eigenthumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung hervor.“

„Die Communisten arbeiten endlich überall an der Verbindung und der Verständigung der demokratischen Parteien aller Länder. Die Communisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Classen vor einer communistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“

Zu Seite 87. Der Congreß im Haag\*) tagte vom 2. bis 7. September 1872; noch kein Congreß der „Internationale“ hatte so lange gedauert und noch auf keinem wurden Organisationsfragen von gleicher Wichtigkeit entschieden. Obgleich ein Verbot des Congresses sich vielleicht hätte gesetzlich begründen lassen, so ließ doch die holländische Regierung den Berathungen ungestört ihren Lauf. Die Theilnahme der Bevölkerung und der Presse am Congreß war enorm; Alles drängte sich in die Sitzungen, als wenn die internationalen Socialisten eine fremde, noch nie gesehene Menschenrace wären. Die öffentlichen Sitzungen des Congresses konnten erst am 5. Sept. beginnen, da die vorhergehenden Tage mit Prüfung der Mandate und zugleich mit der Entscheidung über sehr wichtige principielle Fragen ausgefüllt wurden. Die Verhandlungen eines solchen internationalen Congresses von Vertretern der Arbeit (die aber meistens keine Arbeiter waren) sind an sich schon schleppend, indem jede Rede in mehrere Sprachen übersetzt werden muß. Die auf dem Congreß vorwiegende Sprache war die französische; Uebersetzer und Secretaire waren aufgestellt für das Französische, Deutsche, Englische und Holländische.

Auf dem Congreß waren anwesend 64 Abgeordnete, von denen 16 Frankreich, 10 Deutschland, 7 Belgien, 5 England, 5 Nordamerica, 4 Holland, 4 Spanien, 3 die romanische Föderation der Schweiz, 2 die Jura-Föderation der Schweiz (Anhänger Bakunin's), 1 Irland, 1 Portugal, 1 Polen, 1 Oesterreich, 1 Ungarn, 1 Australien und 2 Dänemark vertraten. Mehrere hatten Mandate aus zwei bis drei Ländern, so daß obige Aufstellung nicht ganz genau ist. Nach ihren Geburtsländern waren es 20 Franzosen, 16 Deutsche, 8 Belgier, 6 Engländer, 3 Holländer, 3 Spanier, 2 Schweizer, 2 Ungarn,

\*) Wir folgen bei unserer Darstellung hauptsächlich den Berichten der „Frankfurter Zeitung“, der Berliner „Germania“, des Pariser „Français“ und des „Volksstaat“.

1 Pole, 1 Irländer, 1 Däne, 1 Corse. Auf keinem früheren Congreß waren so viele verschiedene Nationen vertreten gewesen. Von Abgeordneten waren u. A. anwesend: Für Deutschland und die Schweiz: Marx, Engels, Dr. Kugelmann (Hannover), Johann Philipp Becker (Genf), Ludwig (Heidelberg), Bernh. Becker (Braunschweig und Chemnitz), Cuno (München und Stuttgart), Heinrich Scheu aus Wien (Königsberg und Göttingen), Milte und Friedländer (Berlin), Hepner (Leipzig); für England: Dr. Sexton, Halls, Mottershead, Roche; für Dänemark: Haentjens; für Belgien: Advocat Briomée und sechs Genossen; für Spanien: Morego, Fargó Pelicer, Soriani und Dr. Lafargue, ein Schwiegerjohn von Karl Marx und Redacteur der „Emancipacion“ in Madrid; er vertrat die portugiesische Föderation, die „Neue Madrider Föderation“ und die Industriebezirke in Catalonien; für Frankreich: Arnaud, Kanvier, Cournet, Baillant, Johannard, Leo Fränkel; die Namen der Vertreter von Paris und Toulouse wurden nicht bekannt gegeben; für America: Sorge (ehemaliger badischer Freischärler), Dereure (franz. Section) und West; für Australien: Harcourt. Bakunin war nicht anwesend, dagegen seine Freunde Guillaume, Schwizquebel (Section des Jura) und Joukowski.

Die Sitzungen, in welchen die Vollmachten geprüft wurden, waren aus Rücksicht auf die französischen Delegirten nicht öffentlich. Die Anhänger Bakunin's erlitten schon bei der Wahl der Prüfungscommission eine Niederlage, indem sie nicht einen einzigen Candidaten durchsetzten. Diese Partei hatte sich schon darüber beklagt, daß der Congreß nach dem Haag einberufen worden, weil ihnen die Reise dorthin erschwert sei und sie daher von den zahlreicher anwesenden Deutschen und Franzosen leicht überstimmt würden. Obwohl die Anhänger Bakunin's gleichzeitig einen Congreß nach Neuenburg einberufen hatten, so war doch außer den Abgesandten der Jura-Föderation noch ein Italiener Casiero im Haag erschienen; er war der Präsident

der Conferenz von Rimini, auf welcher am 7. August 21 Sectionen (von denen 20 der Internationale gar nicht angehörten) beschlossen hatten: alle Solidarität mit dem Generalrath abzubrechen und einen Congreß aller gleichgestimmten Sectionen am 2. Septbr. nicht im Haag, sondern in Neuchâtel in der Schweiz abzuhalten. Caserio behielt aber im Haag sein Mandat ruhig in der Tasche und wohnte dem Congreß als einfacher Zuschauer bei.

Sogleich bei der Wahl der Commission für die Mandatprüfung spaltete sich der Congreß in Mehrheit und Minderheit. Frankreich, Deutschland, America, Polen, Dänemark, Irland, Oesterreich, Ungarn, Portugal, die romanische Föderation der Schweiz und Australien bildeten die Majorität. Belgien, die spanische und die Juraföderation, Holland, ein französischer und ein americanischer Delegirter bildeten die Minorität, die in den meisten Fragen sich der Abstimmung ganz oder theilweise enthielt. Die englischen Delegirten stimmten getheilt und ungleich. Den Kern der Majorität bildeten die Deutschen und die Franzosen, die, wie der „Volksstaat“ meldete, mit einer Einmüthigkeit zusammenhielten, als ob die große Kriegsaction von 1870 gar nicht vorgefallen wäre. Beanstandet und verworfen wurden die Mandate der Sectionen von Marseille, und die der americanischen (französischen) Section Nr. 2. Die letztere hatte wohl ihren sonstigen Verpflichtungen entsprochen, jedoch erklärt, sie beschränke sich darauf, die Principien der „Internationale“ hoch zu halten, werde sich aber um die Anordnungen des Generalrathes, um die Beschlüsse des Congresses und um die Statuten nicht kümmern. Sie war wegen Auflehnung gegen die Beschlüsse der nordamericanischen Föderation von dieser ausgeschlossen worden. Leo Fränkel äußerte sich bei dieser Gelegenheit dahin, der Congreß müsse dieser Section die Anerkennung versagen, denn es dürfe nicht mehr vorkommen, wie dies zur Zeit der Pariser Commune geschehen, daß Aufrufe im Namen der Internationalen Arbeiterassociation erlassen würden, zu denen diese in gar keiner Beziehung gestanden; diese Desorgani-



sationen trügen hauptsächlich die Schuld an dem Sturze der Pariser Commune. Wolle man für die Folge etwas erreichen, so müsse eine feste Organisation in der Internationalen Arbeiter-association herrschen. — Auch eine weitere americanische Section wurde ausgeschlossen. Es war dies die bekannte Section 12 (s. S. 212 d. B.), welche den Secretair der Dame Woodhull, West, gefendet hatte. Anknüpfend an die Entflehung jener Section führte Marx aus, ihre Mitglieder seien zum größten Theil Bourgeois und Damen; das Hauptziel sei neben ihren religiösen Zwecken die „freie Liebe“; die Principien der Internationalen Arbeiter-Association desavouire sie vollständig und stelle unter Anderem den Grundsatz auf: „Die Emancipation der arbeitenden Classen könne nicht durch die Arbeiter allein, sondern nur unter kräftiger Beihilfe der Bourgeoisie geschehen. Die Arbeiter besäßen in Folge ihres geringen Bildungsgrades und der schlechten materiellen Lage keine Principienfestigkeit und seien der Verführung sehr zugänglich.“ Der Delegirte der fraglichen Section, West, hielt eine fast zweistündige Rede, in welcher er unter allgemeiner Heiterkeit die „freie Liebe“ vertheidigte und die Gründe anführte, warum seine Section eine Frau als Candidatin für den Präsidentenstuhl aufgestellt hatte. Trotzdem wurde beschlossen: „In Erwägung, daß der Congreß, basirend auf den Principien der „Internationalen Arbeiterassociation“, keine Bourgeoissection unter sich dulden kann, ist die americanische Section 12 suspendirt und das Mandat des betreffenden Delegirten zu vernichten“. Der Präsident forderte daraufhin West auf, den Saal zu verlassen.

Sehr lebhaft wurden die spanischen Mandate besprochen. Dort hatte Bakunin zahlreiche Anhänger gewonnen und viele „socialistische Allianzen“ als Geheimbünde gegründet. Die „Neue Madrider Föderation“ hatte sich von der alten losgelöst, da diese Bakunin anhing; der spanische Föderalrath, ebenfalls für Bakunin gewonnen, hatte jene neue Föderation nicht anerkannt, worauf der Generalrath in London sie zur selbstständigen

und unabhängigen Föderation erklärte. Der Generalrath hatte sich in diesem Falle über die Vorschrift der Verwalt.-Verordnung II., 5 hinweggesetzt, wonach er vor Zulassung der neuen Madrider Föderation den spanischen Föderalrath hätte zu Rathe ziehen müssen; er hat dies nicht, weil Gefahr im Verzuge war und weil der spanische Föderalrath durch seine offene Parteinahme für die „Allianz“ Bakunins sich gegen den Generalrath aufgelehnt hatte. — Der Congreß billigte die Handlungsweise des Generalraths mit großer Majorität und jene Föderation wurde anerkannt. Die spanische Föderation hatte überhaupt in dem verfloffenen Jahre noch gar keine Beiträge bezahlt und daher wurden auch ihre Mandate beanstandet. Als hierüber abgestimmt werden sollte, erklärten die Spanier ihren Austritt aus der „Allianz“ Bakunins, begaben sich zum Schatzmeister und bezahlten die Beiträge für die von ihnen vertretenen 30,000 Arbeiter. Nicht anerkannt wurde ferner die durch Joukowski vertretene Section »de la propagande revolutionnaire« (S. 172 d. B.) zu Genf, da der Generalrath jene Section auf Antrag des Genfer romanischen Föderalrathes ebenfalls nicht anerkannt hatte. Das Recht des Generalrathes, sich wie auf den früheren Congressen durch 6 Delegirte vertreten zu lassen, wurde nach schwacher Bestreitung anerkannt und somit waren bei diesen Mandatsprüfungen fast alle Organisationsfragen, welche die „Internationale“ seit Jahren beschäftigt hatten, durch die Haltung des Congresses im Sinne des Generalrathes entschieden. Wie „der Volksstaat“ sagt, waren es meist 38—45 gegen 20—12 Stimmen, die sich noch theilweise der Abstimmung enthielten. Die Verhandlungen über die Mandate endeten am 4. Sept. Vormittags. Die Anhänger Bakunins hatten sich stark gewehrt, da sie um jeden Preis den Beratungen über die Statutenrevision beiwohnen wollten; die Spanier, die Belgier und einige Franzosen sprachen leidenschaftlich, aber die Deutschen nahmen ihre Expectationen meist sehr ruhig auf. Die Gruppe der Föderalisten, wie sich die Anhänger Bakunins auch nannten, sah eigenthüm-

lich aus. Die kräftigen Gestalten der radicalen Brüsseler Advocaten hatten sich zu den Spaniern gemischt, die mit aufgeschürzten Hemdärmeln und wilden Blicken dasaßen, als wollten sie soeben die Barrikaden besteigen.

Am Abend des 4. Sept. gelangte man endlich zur Constituierung des Bureau. Es waren nach der „Frankf. Ztg.“ 78 Delegirte anwesend (der „Volkstaat“ gibt nur 64 an), welche 102 Mandate vertraten. Zum ersten Präsidenten wurde der Porzellanmaler Kanvier aus Paris, derzeit in London, gewählt, zu Stellvertretern Buchhändler Sorge aus Newyork und Schneider Gerhard aus Amsterdam. Als Schriftführer fungirten: Hepner (deutsch), Lemouffe (französisch), Mac Donnel (englisch), Marcello (spanisch) und v. d. Hout (holländisch). Nach Constituierung des Bureau brachten die deutschen Delegirten Scheu, Joh. Ph. Becker, Hein und Genossen den Antrag ein, sogleich nach Erledigung der ersten Formalitäten und nach Verlesung des Generalberichtes zur Statutenrevision zu schreiten, damit die politische Stellung der Internationale und die Vollmachten des Generalraths festgesetzt werden könnten. Es geschah dies, wie man sagt, in der Absicht, die Mandate der Minorität, welche angeblich durch Interpellationen und Geschäftsordnungsdebatten Beschlüsse über die politische Organisation verhindern wollten, zu durchkreuzen. Nach heftigen Debatten wurde der Antrag angenommen, worauf die Delegirten Guillaume (Genf), Brisson (Brüssel), Morego (Spanien) erklärten, daß sie die Abschaffung des Generalraths verlangten und für den Fall ihres Unterliegens selbstständig vorzugehen beabsichtigten. Der Antrag von Marx auf Ausschluß der Bakunin'schen „Allianz“ wurde einer Commission zugewiesen. Dieselbe Commission sollte auch die Handlungen des Generalraths prüfen. Damit waren die Verhandlungsgegenstände für die Vorberathungen erledigt.

Die erste öffentliche Sitzung des Congresses trat am 5. Sept. Vormittags um 10 Uhr zusammen unter ungeheurem Zudrange des Publicums. Nach dem Namensaufruf der Dele-

girten ergriff Präsident Ravier das Wort. Er betonte, daß die „Internationale“ seit 2 Jahren keinen Congreß mehr habe halten können wegen des Krieges zwischen Deutschland und Frankreich und wegen der Verfolgungen von Seiten der Regierungen, besonders jener zu Versailles. Diesem Mangel habe die Conferenz zu London einigermaßen abgeholfen. Trotz der Verfolgungen habe die „Internationale“ Fortschritte gemacht und in England seien sogar Sectionen von ländlichen Arbeitern beigetreten, welche sich bis dahin fern gehalten hätten. Die fluchwürdigen (infames) Minister und die Versailler Soldaten hätten diejenigen zu Aufständischen gemacht, welche einzig Reformatoren und Wohltäter des Proletariats gewesen seien und sein wollten. Die Commune habe immer gearbeitet für die Unabhängigkeit Frankreichs, für die Aufrechterhaltung der persönlichen Freiheit und für die Befreiung der Arbeit. Die Veräter seien in Paris. Er nenne unter ihnen Jules Favre, welcher die Vertheidigung unmöglich machte, indem er Paris an Trochu übergab, der es den Feinden ausgeliefert habe. Trotz dieser Verfolgungen und trotz der Henker schreite die „Internationale“ ihrem Ziele entgegen, welches in dem Fortschritte der Menschheit, in der Befreiung der Arbeiterklasse bestehe.

Nach Ravier, der eine sehr sympathische Erscheinung und ein Idealist sein soll, verlas Dr. Sertou aus London den Bericht des Generalrathes in englischer, Conguet in französischer, Marx in deutscher und Dade in holländischer Sprache. Der Bericht enthält wesentlich nur eine Aufzählung der in den letzten Jahren gegen die Mitglieder der „Internationale“ gerichteten Verfolgungen. Wir citiren bei Wiedergabe desselben nach dem „Volkstaat“ (Nr. 75). Der Bericht beginnt:

„Arbeiter! Seit unserm letzten Congreß in Basel haben zwei große Kriege das Aussehen Europa's verändert: — der deutsch-französische Krieg und der Bürgerkrieg in Frankreich; ein dritter Krieg ging diesen beiden voraus, er begleitete sie und wurde noch nach ihnen fortgesetzt — der Krieg gegen die Internationale Arbeiterassociation. Die Pariser Mitglieder der Internationale hatten dem französischen Volke offentlich und ausdrücklich

gesagt: für das Plebisit stimmen bedeutet nichts Anderes, als für den Despotismus im Innern Frankreichs und für den Krieg nach Außen stimmen. Man verhaftete sie am Vorabend des Plebisit, am 29. April 1870 unter dem Vorwand der Theilnahme an einer Verschwörung, die angeblich behufs der Ermordung Louis Napoleons angestiftet sein sollte. Gleichzeitige Verhaftungen von Mitgliedern der Internationale fanden statt in Lyon, Rouen, Marseille, Brest und anderen Städten. In seiner Erklärung vom 3. Mai 1870 sagte der Generalrath: „Diese letzte Verschwörung steht ihren beiden Vorgängern grotesken Andenkens würdig zur Seite; die lärmenden Gewaltmaßregeln der französischen Regierung können keinen anderen Zweck haben, als die Zurechtlegung des Plebisits.“ Wir hatten Recht gehabt. Wir sehen jetzt aus den Schriftstücken, die nach dem Sturz der Decemberregierung von den Nachfolgern derselben veröffentlicht wurden, daß dieses letzte Complot von der Bonapartistischen Polizei selber gewebt worden war. In einem vortrefflichen Rundschreiben, welches Ollivier einige Tage vor dem Plebisit an seine Agenten schickte, schrieb derselbe geradezu vor: „Man muß die Leiter der Internationale verhaften; sonst könnte das Plebisit nicht gut ablaufen.“ Vergessen wir ebensowenig, daß die Börsen, die Cabinete, die herrschenden Classen und die Presse von ganz Europa das Plebisit feierten als einen glänzenden Sieg des französischen Kaiserreichs über die französische Arbeiterklasse. (Adresse des Generalraths über den Krieg, datirt vom 29. Juli 1870.) Wenige Wochen nach dem Plebisit, als die bonapartistische Presse die Kriegslust im französischen Volke anzufachen begann, erließen die Pariser Internationalen, unbeirrt durch die Regierungsverfolgungen, ihren Aufruf vom 12. Juli „an die Arbeiter aller Nationen“, worin sie den beabsichtigten Krieg als einen verbrecherischen Unsinn denuncirten, ihren Brüdern in Deutschland sagten, „ihre Spaltung würde nur den vollständigen Triumph des Despotismus auf beiden Seiten des Rheins zur Folge haben“, und erklärten: „wir, die Mitglieder der Internationale, kennen keine Landesgrenzen“. — Ihr Aufruf fand ein begeistertes Echo in Deutschland, so daß der Generalrath in seinem Manifest vom 23. Juli 1870 mit Recht sagen konnte: „Die Thatsache selbst, daß im nämlichen Augenblicke, wo das officielle Frankreich und das officielle Deutschland sich in einen brudermörderischen Krieg stürzen, die Arbeiter Frankreichs und Deutschlands einander Friedensbotschaften zusenden, diese große Thatsache, beispiellos in der Geschichte der Vergangenheit, beweist, daß im Gegensatz zur alten Welt mit ihrem socialen Elend und ihrem politischen Wahnsinn eine neue Gesellschaft heraufwächst, welche nach Außen keine andere Politik haben wird, als den Frieden, weil sie keine andere Politik nach innen kennt, als die Arbeit. Die Bahndreher für diese neue Gesellschaft sind die Mitglieder der Internationale.“ . . . Weiter sagt der Bericht: Nach dem Tage von

Sedan sei der Krieg ein Krieg gegen das französische Volk, ein Eroberungskrieg geworden, Preußen habe sich von da an genöthigt gesehen, „nicht nur die Republik in Frankreich zu bekämpfen, sondern gleichzeitig die „Internationale“ in Deutschland. Gleich nach der Kriegserklärung wurde der größte Theil des norddeutschen Bundesgebiets in Belagerungszustand versetzt. Dieser verwandelte sich sofort in einen Kriegszustand gegen die deutschen Internationalen. Am Tage nach der Proclamation der Republik in Paris erließ das Braunschweiger Central-Comite der deutschen Social-demokratischen Arbeiterpartei, die eine Abtheilung der Internationalen innerhalb der durch die Landesgesetze auferlegten Schranken bildet, ihr Manifest vom 5. Sept. Es forderte die Arbeiter auf, mit aller Macht der Zerstückelung Frankreichs entgegenzutreten, einen für Frankreich ehrenvollen Frieden und die Anerkennung der französischen Republik zu verlangen. Das Manifest erklärte die beabsichtigte Annexion von Elsaß-Lothringen für ein Verbrechen, dessen Folge die Verwandlung von ganz Deutschland in eine preussische Kaserne sein werde und die Erhebung des Krieges zu einer europäischen Institution. Am 9. September ließ Vogel von Falckenstein die Mitglieder des Braunschweiger Ausschusses verhaften und sie in Ketten 130 deutsche Meilen weit nach Böhmen abführen, einer preussischen Festung an der russischen Gränze“. . . Dann habe der König von Preußen am 17. Oct. verordnet, daß die böhmener Gefangenen vor das Braunschweiger Bezirksgericht kommen sollten; die Maßregeln gegen die Socialisten seien in ganz Deutschland nachgeahmt worden, „während Bismarck in einem diplomatischen Circular Europa neckte durch sein Auftreten als entrüsteter Vorkämpfer des Rechts der freien Meinungsäußerung und des freien Versammlungsrechts für — die Friedenspartei in Frankreich. Zur nämlichen Zeit, als er eine freigewählte Nationalversammlung für Frankreich verlangte, lies er in Deutschland Bebel und Liebknecht verhaften zur Strafe dafür, daß sie ihm gegenüber die Internationale auf dem norddeutschen Reichstage vertreten hatten, und mit dem Zweck, bei den bevorstehenden Neuwahlen ihre Wiederwahl zu verhindern.“ Preußen habe den Belagerungszustand in (Nord-)Deutschland noch 2 Monate nach dem Friedensschlusse mit Frankreich aufrecht erhalten. Die Hartnäckigkeit des Königs Wilhelm, „womit er auf dem Belagerungszustand im Innern beharrte, und seine wiederholte persönliche Einmischung gegenüber seinen eigenen deutschen Gefangenen bewiesen mitten unter dem Geräusch siegreicher Waffen und unter dem Beifallsjubel der gesammten deutschen Bourgeoisie seine Scheu vor der emporkommenden Partei des Proletariats. Es war dies eine unfreiwillige Huldigung materieller Gewalt vor moralischer Macht“. Nach der Erhebung und nach dem Fall der Pariser Commune aber sei der Krieg gegen die „Internationale“, vorher localisirt, allgemein geworden: „Am 6. Juni 1871 erließ Jules Favre

sein Circular an die auswärtigen Mächte, welches die Auslieferung der Communemitglieder als gemeiner Verbrecher verlangte und zu einem Kreuzzug gegen die Internationale aufrief als Feindin der Familie, der Religion, der Ordnung und des Eigenthums. Oesterreich und Ungarn nahmen das Stichwort sogleich auf. Am 13. Juni wurde eine Kaggia angestellt gegen die angeblichen Führer des Pester Arbeitervereins: ihre Papiere wurden mit Beschlagnahme belegt, sie selbst verhaftet und wegen Hochverrath verfolgt. Verschiedene Delegirte der Wiener Internationale, gerade auf Besuch in Pest, wurden nach Wien zu weiterer Maßregelung abgeführt. Deust verlangte und erhielt von seinem Reichsrath noch nachträglich 3,000,000 Gulden „zu Ausgaben für politische Informationen, die“, wie er klagte, „mehr als je unentbehrlich geworden in Folge der gefährlichen Ausbreitung der Internationale über ganz Europa“. Von da an verfiel die Arbeiterklasse in Oesterreich-Ungarn einer wahren Schreckensherrschaft. Wenige Wochen nach Jules Favre's Circular schlug (der französische Minister) Dufaure seiner Kammer ein jetzt zu Recht bestehendes Gesetz vor, wonach es ein Verbrechen ist, der Internationalen Arbeiterassociation anzugehören oder auch nur ihre Principien zu theilen.“ Aber dieser Gedanke sei nicht im Kopfe Thiers' entsprungen; lange bevor er zum Gesellschaftsretter ernannt worden, hätten die Wiener Gerichte die wahre Jurisprudenz, die den Internationalen von der herrschenden Classe gebührt, festgestellt. „Am 26. Juli 1870 wurden die hervorragendsten Männer der österreichischen Arbeiterpartei wegen Hochverraths zu mehreren Jahren schweren Kerkers mit einem Fasttage in jedem Monate verurtheilt. Am 27. Nov. 1871 wurde das Urtheil über die Mitglieder des Braunschweiger Ausschusses gefällt. In Pest wurden die Angeklagten des Arbeitervereins, nachdem sie beinahe ein Jahr lang ähnliche schmachvolle Behandlung erduldet, wie die britische Regierung sie den Fenjern angethan hatte, am 22. April 1872 vor Gericht gestellt. Hier verlangte der Staatsanwalt die Anwendung der in Wien festgestellten Jurisprudenz. Der Gerichtshof sprach jedoch frei. In Leipzig wurden den 27. Mai 1872 Bebel und Liebknecht zu 2 Jahren Festungshaft verurtheilt wegen vorbereitender Handlungen zum Hochverrath. In Kopenhagen verhaftete man am 8. Mai dieses Jahres die drei Mitglieder des Centralcomité's Briz, Pio und Geleff, und zwar weil sie ihren festen Entschluß bekundet hatten, trotz eines Polizeiverbotes eine Versammlung unter freiem Himmel abzuhalten. Nach der Verhaftung wurde ihnen mitgetheilt, daß die socialistischen Ideen an sich schon mit dem Bestehen des dänischen Staates unvereinbar seien und daß deshalb die bloße Verbreitung derselben ein Verbrechen gegen die dänische Verfassung ausmache. Die belgische Regierung, vortheilhaft bekannt durch ihre sympathische Antwort auf Jules Favre's Auslieferungsverlangen,

beeilte sich, ihrer Kammer eine Nachdrucksausgabe des Dufaure'schen Gesetzes vorzulegen . . . . Unterstützt von Bismarck, Beust und Stieber, kamen die Kaiser von Oesterreich und Deutschland Anfang September 1871 in Salzburg zusammen, um eine heilige Allianz — so hieß es — gegen die Internationale Arbeiterassociation zu stiften: „Sold' eine europäische Allianz“, erklärte Bismarck's Privatmoniteur, die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, „ist die einzig mögliche Rettung des Staats, der Kirche, der Gerechtigkeit, mit einem Wort Alles dessen, was die europäischen Staaten constituirt.“ Lanza unterdrückte die Internationale in Italien durch ein einfaches Decret. Sagasta erklärte sie in Spanien für außerhalb des Gesetzes. Die russische Regierung fand in dem allgemeinen Heßruf gegen die Internationale einen Vorwand zur Verschärfung der Reaction im Innern. Die republicanische Regierung der Schweiz wurde nur durch die Agitation der Schweizer Internationalen daran verhindert, Flüchtlinge der Commune an Thiers auszuliefern. Schließlich bewies die Regierung des Herrn Gladstone, außer Stande in Großbritannien einzuschreiten, wenigstens ihren guten Willen durch den Polizei-Terrorismus, den sie in Irland gegen unsere in der Bildung begriffene Section ausübte, und durch den Befehl an ihre auswärtigen Vertreter, Informationen über die Internationale einzuziehen. Aber alle Unterdrückungsmaßregeln, die der vereinigte Regierungsverstand von Europa auszuklügeln im Stande war, verschwanden vor dem Verläumdungskrieg, den die Lügengraft der civilisirten Welt unternahm. Apokryphe Geschichten und Geheimnisse der Internationale, schamlose Fälschung von öffentlichen Documenten und Privatbriefen, Lärm-Telegramme u. s. w. folgten rasch auf einander; alle Schleusen der Verläumdung, die der käuflichen Bourgeoispresse zur Verfügung standen, wurden auf einmal geöffnet und ließen eine Sündfluth von Niedertracht los, die den verhassten Feind ersäufen sollte. In früheren öffentlichen Jahresberichten hat der Generalrath gewöhnlich eine Uebersicht über den Fortschritt der Association seit dem vorhergehenden Congreß gegeben. Ihr, Arbeiter, werdet die Gründe würdigen, welche uns veranlassen, dieses Mal abweichend zu verfahren. Zudem werden vielleicht die Berichte der Delegirten von verschiedenen Ländern — und sie wissen am Besten, wie weit sie gehen können — diesen Mangel ergänzen. Wir beschränken uns auf die Angabe, daß seit dem Baseler Congreß und namentlich seit der Conferenz von London im September 1871 die Internationale Boden hat unter den Irländern in England und in Irland selbst, in Holland, Dänemark und Portugal, daß sie sich in den Vereinigten Staaten fest organisiert hat, und daß Verzweigungen bestehen in Buenos-Ayres, Australien und Neuseeland. Der Unterschied zwischen einer Arbeiterklasse ohne Internationale und einer Arbeiterklasse mit einer Internationalen Association zeigt sich am schlagendsten,



wenn wir auf 1848 zurückblicken. Langer Jahre bedurfte es, bis die Arbeiter selbst das Werk ihrer eigenen Vorkämpfer in der Juni-Insurrection von 1848 erkannt. Die Pariser Commune wurde sofort begrüßt durch den Jubel des Proletariats aller Länder. Ihr, die Abgeordneten der Arbeiterklasse, versammelt Euch, um die streitbare Organisation eines Bundes zu befestigen, dessen Zweck die Emancipation der Arbeit ist und die Ausrottung der Nationalkämpfe. Fast in demselben Augenblick versammeln sich in Berlin die gekrönten Würdenträger der alten Welt, um neue Ketten zu schmieden und neue Kriege auszuhecken. Es lebe die Internationale Arbeiterassociation!"

Der Congreß trat sodann in die Berathung über die Revision der Statuten. Vorher wurde folgende Resolution angenommen: „Der Congreß der internationalen Arbeiterassociation, versammelt im Haag, drückt im Namen des Proletariats der ganzen Welt seine Anerkennung aus Allen denen, die für die gerechte Sache der Arbeiter sich aufgeopfert und gekämpft, und sendet seinen Brudergruß Allen denen, die in diesem Augenblick unter den Klauen der reactionären Bourgeoisie leiden, in Frankreich, Deutschland, Dänemark und in der ganzen Welt.“ Bei der Statutenrevision handelte es sich wesentlich um die Existenz und die Stellung des Generalraths. Die Spanier, die Belgier und die Abgesandten der Juraföderation wollten den Generalrath ganz abgeschafft haben; man brauche keine Executivorgane, die einzelnen Föderationen könnten unter sich correspondiren; die Politik sei Nebensache, der Kampf gegen das Capital Hauptsache; auch sei die gegenwärtige Macht des Generalrathes zu groß und eine Gefahr für die „Internationale“, es genüge ein statistisches Correspondenzbureau; der Generalrath werde die Arbeiter niemals auf die Barrikaden führen; er habe bisher weder einen Aufstand angestiftet\*), noch organisiert, dagegen habe er überall hemmend in die Action eingegriffen. Die Spanier drohten sogar, für den Fall man dem Generalrath seine Macht lasse, werde ihre Föderation austreten und

\*) An der Pariser Commune ist der Generalrath bekanntlich unschuldig, wenn er auch deren Erbschaft gerne übernommen hat.

sich für autonom erklären. Die Mehrheit des Congresses bemerkte dagegen: Der Generalrath sei durchaus nicht dazu da, um Revolutionen zu leiten; er habe bloß helfend einzutreten und dies sei geschehen bei dem Strike der Broncearbeiter in Paris, bei dem in Newcastle zc. zc.; die Arbeiter der Nähmaschinenfabrik von Singer u. Co. in Newyork seien zur Zeit der Achtstundenbewegung in Newyork gar nicht Mitglieder der „Internationalen Arbeiterassociation“ gewesen; trotzdem hätten sie sich an den Föderalrath ihres Orts mit der Bitte gewandt, der Generalrath solle ihnen Schutz gewähren vor der Concurrrenz in Irland, Berlin zc.; dies sei auch sofort geschehen; gegen die internationale Centralisation der reactionären Bourgeoisie könne die Centralisation der „Internationalen Arbeiterassociation“ gar nicht straff genug sein; wenn der Generalrath zu wenig gethan habe, so liege dies lediglich an der noch viel zu beschränkten Macht, die er besitze. Lafargue setzte die Wichtigkeit eines Executivorgans auseinander, er habe das Imperativmandat, für Erweiterung der Vollmachten des Generalraths und für die Betheiligung an den politischen Kämpfen zu stimmen. Ähnlich sprach auch Sorge aus Newyork. Schon bei der allgemeinen Verhandlung wurde constatirt, daß die überwiegende Mehrheit des Congresses für die Beibehaltung des Generalrathes, sowie für die Stärkung, wenn auch schärfere Umschreibung seiner Stellung war. Alle die schönen Redensarten der exaltirten Südromanen über Föderalismus, Autonomie u. s. w. verhalten vor dem politischen Instinct der Deutschen, Franzosen, Oesterreicher, Polen, Portugiesen und Irländer, die klar sahen, daß ohne einen kräftigen Generalrath die „Internationale“ gerade ihres wesentlichen Charakters beraubt wäre. Bei der Abstimmung wurde Art. 2, Cap. 2 der Verwaltungsverordnungen (s. S. 60 d. B.) noch mit einem Zusatz versehen, so daß jener Artikel jetzt lautet:

„Der Generalrath ist gehalten, die Congressbeschlüsse auszuführen und für die strenge Einhaltung der Grundprincipien und der allgemeinen Statuten und Verwaltungsverordnungen der Internationale zu sorgen“.

Die Annahme dieses Antrages geschah mit 40 gegen 5 Stimmen, zu denen noch 4 (nach anderer Angabe 11) Enthaltungen kamen. Fast mit derselben Mehrheit (36 Ja, 11 Nein, 9 Enthaltungen) wurde dem Artikel 6 des Capitels 2 der Verwaltungsverordnungen (s. S. 61 d. B.) folgende Fassung gegeben:

„Der Generalrath hat das Recht, eine Section, einen Föderalrath, oder ein Föderalcomite und eine ganze Föderation zu suspendiren. Er wird jedoch, sobald es sich um einer Föderation angehörige Sectionen handelt, den betreffenden Föderalrath zu Rathe ziehen. Im Fall der Auflösung eines Föderalraths wird der Generalrath innerhalb spätestens 30 Tagen zur Wahl eines neuen Föderalraths schreiten lassen. Im Falle der Suspension einer ganzen Föderation wird der Generalrath alle Föderationen davon in Kenntniß setzen, und falls die Mehrzahl derselben es verlangt, eine außerordentliche Conferenz von je einem Mitglied per Nationalität zusammenberufen, welche sich innerhalb eines Monats versammelt und den Fall endgiltig entscheidet.“

Durch Annahme dieser beiden Anträge (für den letzteren hatten sich besonders Marx und Engels ausgesprochen) wurde die Machtbefugniß des Generalraths, die nach den bisherigen Satzungen und Congressbeschlüssen immer noch bezweifelt und bestritten werden konnte, klar gestellt und sogar noch gestärkt. Er ist jetzt in der That der vollziehende Ausschuß der „Internationale“, dessen Wirksamkeit aber möglichst mit Garantien gegen Mißbrauch umgeben ist.

Des Weiteren handelte es sich darum, den Sitz des Generalrathes zu bestimmen. Die Mehrheit des bisherigen Generalraths, darunter Marx und Engels, beantragte, als künftigen Sitz desselben Newyork zu wählen und zu Mitgliedern des Generalrathes die acht Mitglieder des amerikanischen Föderalrathes zu ernennen, welche sich noch sieben Andere beifügen sollten. Marx und Engels hatten ihren Freunden schon vor Monaten mitgetheilt, daß die Fortführung ihrer wissenschaftlichen Arbeiten nur möglich sei unter der Bedingung ihres Rücktritts vom Generalrath. In demselben Sinne sprach sich auch Marx später in einer Berichtigung an die „Daily News“ aus und fügte noch bei, er werde in London bleiben. Ueber die Ursache, warum der Gene-

ralrath von London weg sollte, schrieb der „Volksstaat“ (Nr. 78) in einem Bericht über den Haager Congreß: „Der Generalrath, sollte er in London bleiben, würde gerade derjenigen Mitglieder beraubt worden sein, die bisher alle wirkliche Arbeit — sowohl Correspondenz wie literarische Arbeiten — besorgt hatten. Dabei gab es in London zwei Elemente, die beide nach der Oberhand im Generalrath strebten, und sie unter solchen Umständen auch wahrscheinlich erhalten hätten. Das eine waren die französischen Blanquisten, eine wenig zahlreiche Coterie, welche an die Stelle der Einsicht in den wirklichen Gang der Bewegung revolutionäre Phrasen, und an die Stelle der propagandistischen Thätigkeit kleine Scheinconspirationsnachen setzt, die nur zu nutzlosen Verhaftungen führen. Diesen Leuten die Leitung der „Internationale“ in Frankreich in die Hand geben, hieße unsre Leute dort zwecklos in die Gefängnisse werfen und alle die 30 Departements, in denen die „Internationale“ florirt, wieder desorganisiren. Auf dem Congreß selbst hatte man Gelegenheit genug, sich zu überzeugen, daß die Internationalen in Frankreich sich eher alles Andere gefallen lassen würden, als die Herrschaft dieser Herren\*). Das zweite gefährliche Element in London waren jene englischen Arbeiterführer, denen Marx im Congreß das Wort ins Gesicht schleuderte: es sei eine Schande, zu den englischen Arbeiterführern zu gehören, denn sie seien fast alle verkauft an Sir Charles Dilke, (ein Führer der bürgerlichen Demokratie) oder an Gladstone selbst.\*\*)

\*) Man vergleiche hiezu die Seite 508 abgedruckte Erklärung.

\*\*\*) Diese Behauptung von Marx, für welche er kaum Beweise beibringen könnte, entspringt der Abneigung gegen die englischen Gewerkvereine, die sich mehr auf ökonomischem als auf politischem Boden bewegen und sich daher nicht für die Umsturzpläne der „Internationale“ gewinnen lassen. Der Beehive, das Organ jener Gewerkvereine, wies die Marx'sche Anschuldigung zurück und bemerkte dazu: „Die Verlegung des Sitzes der Internationale nach Newyork mag, als sie im Haag discutirt wurde, manchen Einwendungen Seitens ihrer Mitglieder begegnet sein; wir unferntheils dagegen denken, daß in England gerade ihre besten Freunde überzeugt sein werden, je weiter sie fort sei, desto besser — besonders wenn in diese Auswanderung Herr Marx, ihr Häuptling, mit eingeschlossen sein sollte“.

Diese Leute, bisher nieder oder draußen gehalten durch die compacte französisch-deutsche Majorität des Generalraths, würden jetzt eine ganz andere Rolle gespielt haben und die Action der Internationalen in England wäre dann nicht nur unter die Controle der bürgerlichen Radicalen, sie wäre wahrscheinlich selbst unter die Controle der Regierung gekommen. Eine Verlegung war also nothwendig, und diese einmal angenommen, war Newyork der einzige Ort, der die beiden nöthigen Bedingungen vereinigte: Sicherheit für die Archive der Association und internationale Zusammensetzung des Generalraths selbst. Es kostete einige Mühe, diese Verlegung durchzusetzen; die Belgier trennten sich diesmal von der Minorität und stimmten für London und die Deutschen namentlich beharrten auf London.“ Mit den Deutschen stimmten auch die Hälfte der französischen und englischen Delegirten. Die Annahme dieses Antrages auf Verlegung des Generalrathes nach Newyork erfolgte schließlich mit einer Mehrheit von nur drei Stimmen. Nach dieser Entscheidung wurden zu Mitgliedern des Generalrathes ernannt: Kavanagh und St. Clair (Irländer), Laurel (Schwede), Panacieri (Italiener), David, Lebiöle, Dereure (Franzosen), Bolte, Bertrand, Carl, Speyer (Deutsche), Ward (Americaner). Diese haben das Recht, sich bis auf fünfzehn zu verstärken.

Am Abend des 6. Sept. begann die 2. öffentliche Sitzung des Congresses unter ungeheurem Zubrang des Publicums. Man berieth über die politische Action der „Internationale“. Auch hiebei unterlagen die Anhänger Bakunins. Diese hatten in der Schweizer Juraföderation, in Italien und Spanien die Enthaltung von jeder politischen Thätigkeit, namentlich von allen Wahlen gepredigt und schon der IX. Beschluß der Londoner Conferenz (S. 84 d. B.) hatte sich dagegen erklärt. Die Anhänger Bakunins hatten aber diesem Beschluß die Verbindlichkeit abgesprochen, weil jene Conferenz damit ihre Befugniß überschritten habe. Die Ansicht, daß man sich der Politik zu enthalten habe, war den deutschen Arbeitern ganz fremd, da

hier Lassalle und die „Internationale“ (die Eisenacher Partei) den Grundsatz aufgestellt, daß die Arbeiter vor Allem sich der politischen Gewalt bemächtigen müßten, wenn sie ihre socialen Ziele erreichen wollten. Dasselbe Gefühl, wenn auch weniger klar, herrscht in Oesterreich, und die englischen Socialisten hatten einige Zeit vor dem Haager Congreß die politische Action durch Gründung einer politischen Partei für England aufgenommen. Ueberhaupt hat die von den deutschen Socialisten vertretene politische Richtung solche Fortschritte gemacht, daß auf dem Congreß nicht nur die Engländer, Holländer und Dänen, sondern auch die Majorität der Schweizer, Franzosen, Spanier und Portugiesen gegen die Anhänger Bakunins auftraten. Auf dem Haager Congreß begründete Baillant unter großem Beifall den weiter unten folgenden und von der Versammlung angenommenen Antrag, daß das Proletariat die politische Macht erobern müsse. Er entwickelte den Gedanken, daß die „Internationale“ nur auf dem Wege der Politik ihr Ziel erreichen könne. Besonders wandte er sich gegen die „Abstentionisten“, welche die Enthaltung von jeder Politik lehrten; das Proletariat müsse sich von den besitzenden Classen scheiden, mit denen es nur noch Einen Berührungspunkt habe, den Kampf; in diesem Sinne habe auch immer der Generalrath gehandelt, indem er wiederholt entschied, daß jedes Comite, welches den ökonomischen Kampf vom politischen trenne und den Krieg bis auf's Messer durch Phrasen ersetze, sein Ziel und seine Pflichten verfehle; die Pariser Commune habe den dem Congreß vorgeschlagenen Weg betreten, sie sei daher überall begriffen und mit Beifall begrüßt worden; aber dieses Actionsmittel müsse allgemeine Verbindlichkeit erhalten und daher in die Satzungen der „Internationale“ eingetragen werden. Hepner betonte, daß die deutschen Arbeiter stets in diesem Sinne gedacht hätten und hierüber mit dem Generalrathe Eins seien. Guillaume, Anhänger Bakunins, vertheidigte dessen Anschauungen und protestirte besonders energisch gegen die Inquisitionsucht und die vorge-

liche Orthodoxie des Generalraths. Er meinte, der Weg, den die „Internationale“ des Generalrathes einschlagen wolle, führe zur Ersetzung des alten Staates durch einen anderen Staat; wenn die Arbeiterklasse sich des Staates bemächtigt habe, so habe die Autokratie bloß ihren Namen gewechselt, denn auch dann noch werde es einen Generalstab geben, eine Autorität, welche unterdrücke und centralisire; daher verlange seine Partei, die sich föderalistisch nenne, mit der Unterdrückung der Centralisation auch die Unterdrückung jeder politischen Gewalt (d. h. das Chaos).

Bei der Abstimmung erlitten die Anhänger Bakunins wieder eine Niederlage. Der Congreß befandete vom socialistischen Standpunkte aus ein richtiges politisches Verständniß, indem er den oben erwähnten Beschluß der Londoner Conferenz, ganz im Sinne der bisherigen Haltung der „Internationale“ in folgender Weise in die Satzungen der Gesellschaft aufnahm:

„In seinem Kampf gegen die Gesamtmacht der besitzenden Classen kann das Proletariat nur als Classe handeln, indem es sich selbst als besondere, allen von den besitzenden Classen gebildeten alten Parteien entgegenstehende, politische Partei organisiert. Diese Zusammenfassung des Proletariats zur politischen Partei ist unumgänglich, um den Triumph der socialen Revolution und ihres höchsten Zwecks, der Abschaffung der Classen, zu sichern. — Die Zusammenfassung der Arbeiterkräfte, wie sie schon durch den ökonomischen Kampf erreicht worden, muß dieser Classe ebenfalls als Hebel dienen im Kampf gegen die politische Macht ihrer Ausbeuter. — Die Herren der Erde und die Herren des Capitals werden sich stets ihrer politischen Vorrechte bedienen, um ihre ökonomischen Monopole zu vertheidigen und zu verewigen, und um die Arbeit zu beherrschen. Die Eroberung der politischen Macht ist also die erste Pflicht des Proletariats“. (Vollstaat Nr. 78).

Dieser Beschluß wurde mit 28 Stimmen gegen 13 (wovon die Enthaltungen inbegriffen) gefaßt. Es hatten aber außerdem 4 Franzosen und 6 Deutsche, die vorher abreisen mußten, ihre Abstimmung für den neuen Statutenartikel schriftlich eingereicht, so daß die wirkliche Majorität 38 betrug.

Nach der am 6. erfolgten Abreise Manvier's leitete Sorge

aus Newyork die Verhandlungen. Es wurde noch beschloffen, alle Vertrauensmänner in den Ländern, wo die Internationale vertreten ist, vom Amte zu suspendiren und dem neu zu wählenden Generalrath das Recht zuzuerkennen, selbst Vertrauensmänner von neuem zu ernennen. Es wurde ferner am 7. beschloffen, dem Generalrath vorzuschlagen, internationale Gewerksgenossenschaften zu gründen. Zu dem Behufe solle sich derselbe mit den verschiedenen Föderationen und Sectionen in Verbindung setzen. — Ein von Leo Fränkel (Regierungsmitglied der Pariser Commune) gestellter Antrag, den Mitgliederbeitrag, der einen Penny (Groschen) beträgt, zu erhöhen, wurde nach sehr heftiger Debatte abgelehnt. Der Generalrath soll den nächsten Congreß seinerzeit nach der Schweiz einberufen und die Jahresbeiträge in derselben Höhe wie seither erheben. — Die Finanzcommission berichtete über die Cassengebahrung, die für richtig befunden wurde. — Ausgaben und Einnahmen wurden von allen Delegirten verlesen und es ergab sich, daß einzelne Generalrathsmitglieder, welche der besitzenden Classe angehören, nicht unerhebliche Opfer gebracht haben.

Nach der dritten öffentlichen Sitzung, die am Abend des 7. Sept. abgehalten wurde, fand noch eine (geschlossene) administrative Sitzung statt. In dieser wurde die Frage wegen der „Alliance“ Bakunins zum Austrage gebracht. Die aus 5 Mitgliedern bestehende Commission, welche die Sache zu untersuchen gehabt, berichtete über das Treiben Bakunin's und Genossen, die innerhalb der Internationale eine geheime Gesellschaft gegründet hätten. Sie legte darauf bezügliche Documente vor, und beantragte den Ausschluß der „Alliance“ und speciell den Ausschluß der Herren Bakunin und Guillaume. — Nachdem Guillaume und seinen Freunden das Wort zur Vertheidigung gegeben worden war und diese umfassenden Gebrauch davon gemacht hatten, entschied sich der Congreß für die Commissionsanträge. Die Anhänger Bakunins gaben noch die Erklärung ab,



daß sie sich diesen Beschlüssen nicht fügen würden, worauf Sorge aus Newyork den Congreß Nachts um 1 Uhr schloß.

Wie der „Volksstaat“ Nr. 82 meldet, sind die Anhänger Bakunin's nun gänzlich aus der „Internationale“ ausgeschlossen. Auf dem Congreß, der am 16. Sept. zu St. Zmier abgehalten wurde und an welchem außer den Haager Congreßdelegirten Guillaume, Schwitzgubel und den 4 Spaniern Abrines, Farga-Pelici, Marselau und Morago noch Bakunin, Desfrangais und einige andere theilnahmen, wurde einstimmig beschloffen, die Resolutionen des Haager Congresses zu verwerfen. Die Folge davon wird, wie der „Volksstaat“ meint, sein, daß der Generalrath diejenigen Sectionen, welche den Congreß von St. Zmier anerkennen, suspendirt und daß der nächste Congreß der „Internationale“ sie nebst den Theilnehmern des Congresses von St. Zmier vollständig ausschließt. — In Belgien ging nach dem Haager Congreß das Blatt „L'Internationale“ zu den Bakuninisten über.

Außer der Schule Bakunin's haben sich auch die Anhänger Blanqui's, die excentrischen und fanatischen Elemente der Pariser Commune, von der gegenwärtigen „Internationale“ geschieden. Am 15. Sept. erließen sie von London aus eine Erklärung, welche unterzeichnet war von Ant. Armand, F. Cournet, Marguerite, Const. Martin, G. Ravier, Ed. Baillant. Ravier war Präsident des Haager Congresses, er nebst Armand, Martin und Baillant waren Mitglieder des Generalrathes zu London gewesen. Jene Erklärung (abgedruckt im „N. Soc.-Dem.“ No. 136, Beil.) besagt vor Allem, „daß die „Internationale“ das nicht war und das nicht werden konnte, was wir von ihr gewünscht hatten, nämlich der gewaltige Hebel der Revolution.“ Sodann erklären sie, auf ihre Veranlassung hin habe die Londoner Conferenz (Sept. 1871) es für eine Nothwendigkeit erklärt, daß das Proletariat eine scharf abgeschlossene politische Partei bilde, welche im Gegensatz zu allen durch die besitzenden Classen gebildeten Parteien gegen diese Bourgeoisparteien die

schon durch den Lohnkampf organisierte Macht des Proletariats für den politischen Kampf sammle; für die Unterzeichner der Erklärung „sollte die „Internationale“ weder ein Bund von Cooperativvereinen noch ein Verband von Striktekassen sein; sie sollte vielmehr die internationale Avantgarde des revolutionären Proletariats sein.“ Sodann fahren sie fort:

„Unsere Anstrengungen, die Internationale auf die revolutionäre Bahn zu führen, waren unfruchtbar geblieben in Folge der Opposition aller Fractionen des Generalrathes im Haag. Es handelte sich für uns um einen letzten Versuch. Wir verlangten, daß die sich auf die politische Thätigkeit der Arbeiterklasse beziehende Resolution der Conferenz in die Statuten aufgenommen würde, um so die Internationale zur That zu zwingen. Wir verlangten ferner eine Machterweiterung des Generalrathes und eine Erhöhung der Beiträge, um seine Thatkraft zu vergrößern. Wir legten zur selben Zeit eine Erklärung vor, welche Vergeltung den Besiegten, Rache den Ermordeten, Sieg dem harrenden Proletariate verhieß, das auf seine Vertreter baute. Wir verlangten endlich, daß auf die Tagesordnung gesetzt werde: die Organisation der revolutionären Macht. Der Congreß stand tiefer, als man erwarten konnte. Sectengezänk, Persönlichkeiten, Intriguen u. s. w. füllten mehr als die Hälfte der Sitzungen aus. Man fühlte daß man sich unter einem Deckmantel befand, dem nur die Leichtgläubigkeit des Publicums Existenz verlieh. Letzteres hielt die Internationale für allgewaltig, weil es sie für die Repräsentantin der Revolution hielt. Statt dessen zeigte sie sich furchtsam, uneinig und parlamentirend. Nur mit Mühe wurde die Resolution der Conferenz in die Statuten aufgenommen. (S. S. 505 v. B.) Die Erklärungen und Resolutionen in Betreff der Organisation der revolutionären Macht des Proletariats schwieg man dadurch todt, daß man sie einer Commission überwies . . . Es steht fest, daß an dem Tage, an dem der Generalrath ein Comité der That geworden wäre, alle tüchtigen Elemente der Association von ihm in die revolutionäre Bewegung hereingezogen worden wären — die Internationale würde die Avantgarde der Revolution geworden sein. Zu diesem Zwecke mußte man den Generalrath aus revolutionären, socialistischen Elementen recrutiren, welche entschlossen waren, den Kampf auf demokratischem wie auf politischem Boden bis zum Aeußersten zu führen. Das wäre mit einem Wort ein Generalrath im Centrum der Action, d. h. in London gewesen. Aber so dachten die Leute nicht, welche vor dem Uebergewicht der französischen Communelemente in einem Generalrath, der in London seinen Sitz hatte, zurückbeugen. Deshalb schickten sie den Congreß nach America.

Aus Furcht vor der Commune beging die Internationale einen Selbstmord. Ihre Freunde haben sich gefragt, welch' tolle Idee den Congreß bewegte, in einer Zeit, wo in Europa der Kampfplatz ist, wo in Frankreich, Oesterreich, England, Spanien und Deutschland die Armeecorps kämpfen, den leitenden Generalstab nach America zu senden, nach America, dem Centrum der Sectirerei, dem Sammelplatz des Schwindels, zu einem Volke, das am unreifsten für den Socialismus ist von allen Völkern der Erde. — Aufgefordert, ihre Pflicht zu thun, weigerte sich die Internationale. Sie entwich der Revolution und floh nach America. Indem sie vom Kampfplatze desertirte, bekannte die Internationale ihre Ohnmacht und vernichtete ihre Allgewalt in den Augen Derjenigen, welche in ihr die lebendige Kraft der Revolution erblickten. . . . Wir ziehen uns nun von der Internationale zurück, brauchen jedoch nicht zu versichern, daß wir uns nicht von der That zurückziehen wollen. Unsern Freunden in Frankreich, den der Fülflade und den Pontons entgangenen Communekämpfern, dem revolutionären Proletariat, verbleibt vor Allem dieses Werk der Vergeltung und des Sieges. Wir haben nur ein Ziel: die Reorganisation der Arbeiterpartei in der schlagfertigsten Form, in Frankreich wie in jedem andern Lande, und zwar unter dem Banner der socialen Revolution. In Frankreich thut es dringend Noth, die Organisationspläne der socialistischen Revolutionspartei scharf von denen der Internationale getrennt zu halten. Dort liegt die Zukunft der Revolution in den Händen des Proletariats der Städte, welches einzig und allein revolutionär gefinnt ist. . . . Vor allen Dingen muß jede Berührung mit der Bourgeoisie vermieden werden, um keinen Preis darf ein Compromiß mit Bourgeoispartei\*) geschlossen werden. Für die revolutionäre Partei bedeutet jeder Compromiß mit dem bürgerlichen Radicalismus eine Abdankung. Um die revolutionäre Commune vereinige und schaare sich das Proletariat, um die Commune, dieß ist der Schlachtruf und hoffentlich bald auch der Siegesruf der socialen Revolution.“

Daß die „Internationale“ in Folge des Haager Congresses sich auflösen werde, wie oft behauptet wird, halten wir vorläufig nicht für wahrscheinlich; denn es ist doch unleugbar, daß der Socialismus gerade in den eigentlichen Culturländern Fortschritte macht und daß die internationale Vereinigung der Umsturzparteien gewissermaßen von selbst angezeigt ist. Allerdings ist ein Zusammenhalt der Socialisten auf die Dauer aus inneren Gründen unmöglich, daß die Auflösung aber so schnell

\*) zu denen auch Gambetta mit Anhang gehört.

geschehen wird, glauben wir nicht. Wir halten überhaupt die Aufgabe, die der Socialismus in der Geschichte der Menschheit zu erfüllen hat, für noch nicht gelöst, ja noch nicht einmal für hinreichend verstanden. Zwei äußerlich sichtbare Ergebnisse lassen sich bisher wahrnehmen; das eine ist die Scheidung der radical-anarchischen Elemente unter Bakunin's Führung, das andere ist die Trennung der excentrischen Communesflüchtlinge, die eine politische Revolution quand même wollen. Jene beschönigen ihre chaotischen Tendenzen unter dem Worte Föderalismus, diese aber sind gefährlicher, weil sie die organisirte Revolution erstreben und den modernen Staat mit all seinen Hilfsmitteln in die Hände der Arbeiterklasse bringen wollen.

Inzwischen ist der neu gewählte Generalrath in Newyork zusammengetreten und hat unterm 20. Oct. eine „Adresse an die Föderationen, verbündeten Gesellschaften, Sectionen und alle Mitglieder der Internationalen Arbeiter-Affociation“ erlassen. Diese Adresse geht („Volksstaat“ Nr. 92) von der Nothwendigkeit der internationalen Vereinigung aus und sagt, die Arbeiter hätten nur zwischen zwei Wegen zu wählen:

„Entweder Unterwerfung, geduldige, knechtische, gedankenlose Unterwerfung unter das uns von der modernen Gesellschaft zuerkannte Joch als entrechtete und enteignete Lohnsklaven mit der mathematisch sichern Aussicht auf steigende Verarmung und Entbehrungen bis zum Hungertypus; oder Widerstand, Kampf, nicht bloß, wie in früheren geschichtlichen Classenkämpfen, gegen einzelne bevorrechtete Theile der alten Gesellschaft, sondern gegen das ganze Gebäude derselben, gegen die bürgerliche Gesellschaft selbst. Eins steht fest: So sehr die bürgerliche Gesellschaft auch gespalten ist in verschiedene Fractionen, welche fortwährend Krieg miteinander führen, — so ist sie doch eins und enig darin, ihre politische und ökonomische Herrschaft über den Mann der Arbeit um jeden Preis zu erhalten. Sie tritt daher mit unbeugsamer Härte jedem Versuche der Arbeiterklasse entgegen, an den Zuständen der heutigen Gesellschaft nur das Geringsste zu Gunsten der Arbeiter zu ändern; und sie tritt ihnen entgegen als organisirte Gesamtheit, als Staat, ausgerüstet mit allen Hilfs- und Kampfmitteln, welche ihr unser und unserer Väter Arbeit geliefert haben. Ist also die bürgerliche Gesellschaft enig in dem Bestreben, unser Elend und unsere

Anerkennung zu verweigern — wie können wir gespalten sein im Kampfe um unsere Wohlfahrt und die Theilnahme am Lebensgenuß? Wenn wir die bürgerliche Gesellschaft im Besitze einer mächtigen centralisirten Organisation zu unserer Unterdrückung sehen, können wir uns einbilden, auch nur einen Schritt vorwärts zu unserer Befreiung zu thun durch die Decentralisation, Zersplitterung, Vereinzeln und Desorganisation?"

Nachdem so die Nothwendigkeit des festen Zusammenhaltens und einer starken Organisation dargethan ist, weist die Adresse auf die angeblich von den herrschenden Classen ausgehenden Spaltungsversuche hin, womit diese „die Herstellung einer wirklich streitbaren Organisation der Arbeiterclassen verhindern, welche, einmal vollendet, jeden Widerstand durch das bloße Gewicht ihrer ungeheuren Uebersahl erdrücken würde“; dieß zu vereiteln, biete sich den herrschenden Classen ein willkommener Bundesgenosse in der politischen Halbwelt, den Sectirern, Reformatoren und Verschwörern, welche heute in allen civilisirten Ländern so üppig wucherten; indessen habe der Congreß im Haag gezeigt, daß das Proletariat wachsam sei; er habe die Verschwörungen bloßgelegt und die Attentate gegen die Internationale Arbeiterassociation vereitelt, indem er die Maßregeln und Beschlüsse des Generalraths guthieß, die Befugnisse desselben feststellte, die politische Thätigkeit zur Pflicht machte und die Association von störenden Elementen reinigte. Der Schluß der Adresse lautet:

„Um dem Generalrath eine möglichst klare Kenntniß ihrer Bestrebungen und Handlungen zu verschaffen, werden die verschiedenen Föderationen ersucht, regelmäßige genaue Berichte über den Stand der Association in ihren Ländern, sowie der Arbeit im Allgemeinen einzusenden, und sind dieselben ganz besonders gebeten, soweit thunlich, einen gegenseitigen Meinungsaustausch und vorherige Rücksprache zu veranlassen, bevor sie neue Felder der Thätigkeit betreten und die Internationale Arbeiterassociation durch öffentliche Handlungen in Verantwortlichkeit ziehen. Nur durch wohlüberlegtes, vorsichtiges Zusammenwirken und Handeln können wir unsere Association stärken und in Stand setzen, ihre Culturtaufgabe zu erfüllen. Der neue Generalrath hält es für nothwendig, die Correspondenz zu vereinfachen. Es werden daher Vertrauensmänner nur für solche Länder ernannt werden, deren directer Verkehr mit dem Generalrath unpraktisch oder unmöglich ist. Alle übrigen Mittheilungen und Correspondenzen werden durch die Hände des Generalsecretärs gehen, ohne dessen Unterschrift kein

Schriftstück gültig sein wird. Der Generalrath: F. J. Bertrand, Fr. Voltz, E. Carl, S. Dereure, Fornaccieri, S. Kavanagh, Laurel, Levidle, F. A. Sorge, E. Speyer, E. P. St. Clair. F. A. Sorge, Generalsecretair. box 101 Hoboken, N. J., via Newyork.

Das Institut der Correspondirenden Secretaire ist also abgeschafft und besteht mit der Bezeichnung als Vertrauensmänner nur noch für jene Länder fort, wo die „Internationale“ verboten ist.

Zu Seite 110. Spaltung in London. Die dort erwähnte Partei, der „Universalverbandsrath der Internationalen Arbeiterassociation und socialdemokratischen Vereine“, hielt vom 17.—19. Sept. 1872 einen Congreß in London ab und veröffentlichte hiezu einen äußerst mittelmäßig gehaltenen, reich mit Phrasen gespickten Aufruf im „N. Socialdemokrat“ (No. 107); unterschrieben war „der correspondirende Secretär für Deutschland, Joseph Schneider“. Diese Leute werden der „Internationale“ nicht gefährlich. Die Versammlung fand statt und im „N. Soc.=Dem.“ (No. 118) erstattete derselbe Schneider Bericht darüber. Die Zahl der Delegirten und vertretenen Sectionen wird klugerweise nicht angegeben, obgleich der Bericht sonst sehr großsprecherisch ist. Schneider meldete: „Von einer Verhandlung über die Thaten des ehemaligen Londoner Generalrathes wurde Abstand genommen, indem derselbe jetzt als politisch todt betrachtet wurde. Mit der Ausarbeitung des neuen internationalen Gesetzbuches wurde der Universalverbandsrath beauftragt, mit der Verpflichtung, binnen zweier Monate die Veröffentlichung vorzunehmen. Einige Anhänger des alten Generalrathes waren an den erwähnten vier Abenden anwesend, welche sich innerhalb des großen Locales sehr anständig benahmen“. Das Ganze erscheint als eine Copie des Generalrathes der „Internationale“, es sind aber Offiziere ohne Soldaten. Auf dem Haager Congresse wurde dieser Spaltung auch, soviel wir ersehen konnten, gar nicht erwähnt, so unbedeutend ist sie. Die

Herren nennen sich, Bakunin nachahmend, auch Föderalisten, im Gegensatz zu dem centralistischen Gebaren des Marx'schen Generalrathes.

Am 18. Sept. tagte (Frff. Ztg. No. 269 I) in London eine Versammlung von Abgeordneten der irischen Sectionen der „Internationale“, worin der irische Delegirte zum Haager Congreß seinen Bericht erstattete; hier wurden die Mitglieder des Föderalisten-Congresses als Verräther erklärt, wurde Karl Marx gefeiert, und eine Gegenresolution gefaßt gegen jene Abtrünnigen, auch der Aeußerung von Marx beigepflichtet, daß viele der englischen Arbeiterführer an reiche Parlamentsmitglieder verkauft seien. Es ist dieß bezeichnend für die Stellung, welche Marx den englischen Arbeitern gegenüber einnimmt. Unter ihnen hat die „Internationale“ nie starke Wurzeln geschlagen und ein Bericht des Ministeriums an das Parlament schätzte im April 1871 die Zahl ihrer Mitglieder auf 8—10,000; gegenwärtig sind es eher noch weniger. Das Hauptcontingent scheinen die Irländer zu stellen.

Zu Seite 216. Die „Internationale“ in Nord-America. Der erste americanische Congreß wurde vom 6.—8. Juli 1872 zu Newyork abgehalten. Wir berichten hierüber nach dem „Volksstaat“ (No. 72). Vertreten waren 22 Sectionen (12 deutsche, 4 französische, 1 scandinavische, 1 irländische, 1 italienische, 3 englisch redende) durch 23 Delegirte. Das Bestreben nach stärkerer Centralisation machte sich sehr geltend. Es wurde u. A. beschloffen:

A. Der Föderalrath besteht aus neun von dem Congreß auf ein Jahr erwählten Personen, welche ermächtigt sind, sich durch fünf weitere Mitglieder zu ergänzen. Wenn die Abhaltung eines allgemeinen americanischen Congresses nicht aus anderen Gründen nothwendig erscheint, kann der Föderalrath für das folgende Jahr durch Urabstimmung aller Sectionen erwählt werden. Der Föderalrath soll die Propaganda organi-

stren und centralistren; die Organisation nach innen und außen vertreten; die Beiträge einsammeln und das Nöthige an den Generalrath übermitteln; den Local-Ausschüssen und so viel als möglich den einzelnen Sectionen einen monatlichen Bericht erstatten; einen vierteljährlichen Finanzbericht geben. Der Föderalrath ist ermächtigt, von Zeit zu Zeit ihm nothwendig erscheinende Vorschläge zu machen, welche bindende Kraft erlangen, sobald sie innerhalb eines Monats nach ihrem Erscheinen von einer Mehrheit der Sectionen genehmigt worden. Der Föderalrath kann die Zulassung von Gesellschaften oder Sectionen verweigern, oder sie ausschließen, ohne sie jedoch ihres internationalen Charakters zu berauben, kann aber ihre Suspension beim Generalrath beantragen. Der Föderalrath soll die Sectionen numeriren.

B. Organisation. Zehn der Arbeiterklasse angehörige, die gleiche Sprache redende Personen können eine Section bilden, wenn mehr als eine Meile entfernt von der nächsten Section gleicher Sprache, deren Einwilligung im anderen Falle nöthig ist. Bei Verweigerung dieser Einwilligung kann Berufung an den Föderalrath eingelegt werden. Diese Regel findet keine Anwendung auf Gewerkvereine. Jede Section muß mindestens zu drei Vierteln aus Lohnarbeitern bestehen. Jede neugebildete Section soll beim Föderalrath Aufnahme begehren unter Einsendung von a) einer genauen Liste ihrer Mitglieder, Name, Wohnung und Gewert derselben mit Angabe, ob Lohnarbeiter oder nicht; b) den Beiträgen für das laufende Jahr; c) einem förmlichen Beschluß der Anerkennung und Bertheidigung der Grundsätze und allgemeinen Statuten der „Internationalen“ sowie der Statuten der nordamerikanischen Föderation und d) einer Abschrift ihrer eigenen Statuten. Alle Sectionen sollen Widerstands-Rassen bilden. Die Sectionen sollen gute Beziehungen mit den Gewerkvereinen unterhalten und ihre Bildung fördern.

Berufung von jeder Handlung und Entscheidung des Föderalraths kann eingelegt werden: a) an den nächsten Congreß; b) an alle Sectionen durch Urabstimmung, wenn dieses Verlangen von einem Viertel aller Sectionen gestellt wird. Im Falle von Wohnungsveränderung ist jedes Mitglied der Organisation zur Mitgliedschaft in der nächsten Section seines Wohnorts berechtigt. Ausschluß aus einer Section wird für die ganze Organisation verbindlich durch Genehmigung des Local-Ausschusses und des Föderalraths. Der Grundsatz der Gesamtverbindlichkeit (Solidarität) verpflichtet alle Mitglieder der Organisation, sich im Nothfall moralisch und materiell einander zu unterstützen, und muß dieser Nothfall von der Section, oder dem Local-Ausschuß, oder dem Föderalrath erklärt werden. Ein Local-Ausschuß mit geeigneten Befugnissen soll an jedem Ort gebildet werden, wo mehr als eine Section besteht mit einer Gesamt-



mitgliederzahl von nicht weniger als fünfzig. Alle Mittheilungen zwischen den Sectionen, Ausschüssen u. s. w. sollen durch die Hände der zu diesem Zweck eingesetzten Behörden (Föderalrath, Localauschuß u. s. w.) gehen, ausgenommen Klagen und Beschwerden gegen dieselben, und auch von diesen soll denselben geeignete Nachricht gegeben werden. Die gleiche Bestimmung gilt für den Verkehr mit dem Generalrath. Jedes Mitglied der Organisation hat dem Föderalrath außer der Steuer für den Generalrath einen jährlichen Beitrag von 10 Cents zu entrichten. Der Föderalrath ist ermächtigt, wenn es ihm nothwendig erscheint, fünf Cents mehr von jedem Mitglied einzuziehen. Andere außerordentliche Steuern müssen der Entscheidung der Sectionen unterbreitet werden. Alle Beamte, Ausschüsse, Räte u. dergl. der Organisation können jederzeit durch Urabstimmung ihrer Wähler entfernt oder abgesetzt werden, wenn solche Urabstimmung von einem Viertel der Wähler verlangt wird. Diese Constitution kann von jedem jährlichen Congreß geändert werden, wenn zwei Drittel der Abgeordneten zustimmen.

Da die Chinesen in Californien schon fast den größten Theil des Arbeitsmarktes beherrschen und andere Arbeiter verdrängen, so zog man auch diese Frage in Erwägung. In Bezug auf die politische Stellung der Partei wurde darauf hingewiesen, daß alle bürgerlichen Parteien, wie sie auch heißen mögen, auf Aufrechterhaltung des bestehenden Ausbeutungssystems der Lohnarbeit gegründet seien, daß sie sich nur um die Beute streiten und alle der Arbeiterklasse feindlich gegenüberstehen. Dem Londoner Generalrath wurde in folgender Weise eine Ehrenerklärung gegeben:

„In Erwägung, daß seit geraumer Zeit ehrgeizige und ränkefüchtige Menschen, bezahlte und unbezahlte Agenten der Regierungen sowohl, als der verschiedenen Parteien, alle Hebel in Bewegung setzen, um die Internationale Arbeiterassociation zu sprengen, oder zu theilen, oder zu beherrschen; in Erwägung, daß ein Theil dieser Leute durch ihre Redekünste oder Ultraradicalismus eine gewisse Popularität und Einfluß bei unklaren Arbeitern erlangt haben; in Erwägung, daß sie diesen Einfluß benutzen, um Verdächtigungen und unwahre Gerüchte über den Generalrath zu verbreiten; in Erwägung, daß die öffentliche Meinung durch diese Umtriebe zu dem Glauben verleitet wird, als bestände Uneinigkeit in den Reihen der Internationalen Arbeiterassociation. Aus diesen Gründen beschließt die Nordamericanische Föderation, im Congreß versammelt:

1. Wir versichern den Generalrath unsrer vollen Sympathie und Unterstützung; 2. wir erklären unsre Billigung aller Handlungen und Maßregeln des Generalraths, soweit uns dieselben bekannt sind; 3. der americanische Congreß wird die nöthigen Schritte thun, um wenigstens zwei Delegirte auf den allgemeinen Congreß zu schicken mit der bestimmten Weisung, den Generalrath in seinen Maßregeln zu unterstützen und unsern europäischen Mitarbeitern Zeugniß abzulegen von unsrer Einmüthigkeit und Begeisterung für die gemeinsame Sache; 4. wir erkennen die tiefe Nothwendigkeit einer starken Centralisation, da wir ohne dieselbe machtlos der mehr und mehr wachsenden Centralisation der herrschenden Classen Preis gegeben wären; aber wir glauben, daß nach Aufhebung aller Classenherrschaft das Föderativ-System, d. h. die selbstständige communale Verwaltung, vorherrschen wird. — Der Americanische Congreß sendet zwei Abgeordnete zum allgemeinen Congreß im Haag auf Kosten der gesammten Föderation, und fordert die einzelnen Sectionen auf, außerdem Mandate an bewährte Parteigenossen in Europa zu schicken“.

Der nächste americanische Congreß soll im Juni 1873 zusammentreten. Zum Sitz des Föderalrathes wurde Newyork bestimmt. Ferner beschloß man, daß der Föderalrath bestehen solle aus 3 Deutschen, 2 Franzosen, 2 Englischredenden, 1 Scandinavier und 1 Italiener. Es wurden gewählt: C. Carl, F. Bolte, F. J. Bertrand (Deutsche), Levidé und David (Franzosen), S. Ravanagh und E. P. St. Clair (Irländer), Laurel (Schwede) und Cetti (Italiener). Damit war der provisorische Föderalrath, der die Geschäfte bisher geführt hatte, seines Amtes entlassen.

Zu Seite 367. Congreß zu Mainz. Die vom Ausschuß der Partei angeordnete Urabstimmung ergab, wie vorauszusehen, eine große Mehrheit für die Annahme der Congreßbeschlüsse („Volksstaat“ No. 86). Die stärkste Minderheit betrug 69 Stimmen bei § 8. Die Zahl der abstimmenden Parteigenossen konnte nicht genau festgestellt werden, weil viele Orte das Ergebniß als „einstimmig“ ohne nähere Angabe der Ab-

stimmenden eingesandt hatten; 65 Orte, nahezu die Hälfte der zur Partei gehörigen, enthielten sich der Abstimmung, doch kann dies sicher als zustimmend gedeutet werden.

Zu Seite 400. Verhältniß der beiden socialistischen Parteien Deutschlands zu einander. Auf die dort angegebenen Vorschläge des „Volksstaat“ gab der „N. Socialdemokrat“ (No. 118, 10. Oct.), eine ausweichende Antwort, denn eine andere ist es nicht, wenn er schreibt:

„Wir halten die Redaction des „Volksstaat“ gar nicht für competent, derlei Congressvorschläge zu machen, ebenso wenig aber auch die Redaction des „N. Social-Demokrat“, auf dieselben einzugehen. Der richtige Weg wäre, wenn der Ausschuß und die Controlcommission jener Partei sich an das Präsidium des Allg. D. Arb.-Vereins wenden würden, worauf Letzteres an den Vorstand berichtete und dessen Beschluß in dieser Angelegenheit zur Ausführung brächte. Doch ist das Präsidium des Allg. D. Arb.-Vereins, nebenbei gesagt, der Ansicht, daß selbst der Vorstand keinen endgiltigen Beschluß zur Einberufung eines Congresses fassen kann, sondern dies der Generalversammlung überlassen müßte. Dies ist der gesetzmäßige Weg, und es ist der Präsident des Allg. D. Arb.-Vereins gewillt und verpflichtet, die Vereinsstatuten streng aufrecht zu halten und solchen Leuten zu Gefallen erst recht keinen Schritt von dem vorgeschriebenen Wege abzugehen, welche sich in ihrer Weisheit über Lassalle stellen. Wenn die Herren Eisenacher noch so oft behaupten, die Organisation des Allg. D. Arbeiter-Vereins habe sich überlebt, wir gedenken immerdar des Wortes unseres sterbenden Meisters: „Der Allg. D. Arb.-Verein soll an der Organisation festhalten! Sie wird den Arbeiterstand zum Siege führen!“

Wie man sieht, ist das jurare in verba magistri, der Autoritätskultus gegenüber einer verstorbenen Person, bei den Socialisten der Lassalle'schen Schule zu einer fixen Idee geworden. Und doch muß eine jede Parteiorganisation schon ihrer Natur nach beweglich und veränderlich sein, ganz abgesehen davon, daß ein solcher Cultus der Autorität dem Socialismus widerspricht. Mit dieser Haltung des „N. Socialdemokrat“

wird die Spaltung verewigt. Der Kampf der beiderseitigen Organe brach daraufhin noch stärker aus und machte sich in rein persönlichen Ausfällen Luft. Bald trat auch der Ausschuß der Socialdemokratischen Arbeiterpartei selbst in die Schranken und erklärte („Volkstaat“ No. 83, 16. Oct.): Er habe Ansehens annehmen zu dürfen geglaubt, daß auch auf jener Seite der gute Wille vorhanden sei, Friede zu halten; dann sagte er weiter:

„Zwar haben wir dem durch unser Organ erlassenen Vorschlag eines gemeinschaftlichen Congresses zur endlichen Beilegung der Streitigkeiten fern gestanden und aus verschiedenen Gründen uns bis jetzt passiv dabei verhalten, im Princip jedoch waren wir mit dem Vorschlag einverstanden. Nachdem indeß die im Allg. D. Arb.-Verein tonangebende Berliner Mitgliedschaft unter Mitwirkung der leitenden Personen des Vereins eine und zwar ausgesprochenermaßen direct gegen die Socialdemokratische Arbeiterpartei gerichtete Resolution gefaßt hat, die Jeden, welcher gegen die Organisation des Allg. D. Arb.-Vereins wirkt, für einen Feind der Arbeitersache erklärt, können wir uns an die Mainzer Congressbeschlüsse nur dann noch gebunden erachten, wenn das Präsidium des Allg. D. Arb.-Vereins schleunigst den uns hingeworfenen Fehhandschuh durch eine offene Erklärung über oben benannte Resolution zurück nimmt“.

In demselben Blatte erließ die Redaction des „Volkstaat“ eine lange Erklärung, in welcher sie zu beweisen suchte, daß der Allg. Deutsche Arbeiterverein von der preußischen Regierung mit besonderer Rücksicht behandelt werde, weil die Leiter jenes Vereins die Interessen der Regierung in der Arbeiterwelt verträten; dieselbe Taktik, welche Schweizer, „den die letzte Generalversammlung des A. D. A.-Vereins als notorischen Regierungsagenten und Polizeispieler ausgestoßen“, ehemals verfolgte, dieselbe verfolgten jetzt auch Hasenclever und Hasselmann gegenüber der Eisenacher Partei. Dieser Gedanke wird des Längeren auseinander gesetzt und dann gesagt:

„Die Aufgabe der Herren Hasselmann und Hasenclever ist es, gleich dem Herrn Dr. v. Schweizer zu seiner Zeit, die deutsche Socialdemokratie zu spalten und um jeden Preis zu verhüten, daß dieselbe mächtig und damit dem heutigen Staats- und Gesellschaftssystem gefährlich werde. Divido et impera! das ist der Wahlspruch der Gewalthaber Deutschlands, in

erster Linie der preussischen Regierung gegenüber der deutschen Arbeiterbewegung, die sie schwach und gefahrlos zu erhalten wünschen. Die Arbeiter müssen gespalten, verhetzt werden, damit sie sich gegenseitig zerfleischen. Und dieses Geschäft müssen natürlich Menschen besorgen, die sich in das Vertrauen der Arbeiter einzunisten wußten. Unter der Maske des Radicalismus, des allein seligmachenden Lassalleanismus lockt man die Arbeiter an sich, um sie meuchlings im entscheidenden Moment zu verrathen. Auf diese Art hat Herr Dr. v. Schweizer sechs Jahre lang mit großem Geschick den „Arbeiterführer“ gespielt, und wer es in jener Zeit wagte, ihn vor den Mitgliedern des Allg. D. Arb.-Vereins als einen Schurken und Verräther zu brandmarken, der wurde niedergeschrien, unter Umständen niedergeprügelt. Die Herren Hasselmann und Hasenclaver sind in aller und jeder Beziehung die Nachfolger Schweizer's, sie arbeiten für dieselbe Firma. Der Schaden, welcher der deutschen Arbeiterbewegung aus diesen von Regierungsagenten gehegten und gepflegten Spaltungen und Verhetzungen schon erwachsen ist und noch erwächst, ist unberechenbar. Die besten geistigen und materiellen Kräfte sind, statt gegen die Gegner, zur gegenseitigen Bekämpfung und Zerfleischung der Arbeiter, zum Nutzen und zur Freude der Gegner vergeudet worden. Die Gewerkschaftsbewegung, welche trotz Duzender zu diesem Zwecke einberufener Congresses und vieler Tausende dafür ausgegebenen Thaler heute noch ein klägliches Bild der Zerspaltung und der Ohnmacht der Arbeiter bildet, sie wird zu Grunde gerichtet durch die Regierungsagenten. Der Allgemeine Deutsche Cigarren-Arbeiter-Verein, nach dem Deutschen Buchdruckerverband früher die beste Gewerksgenossenschaft Deutschlands, ist ein lebendiges Beispiel hierfür. Durch die beständigen Fraktionsreibeien ist dieser Verein dem Zusammenbruch nahegebracht. Unjern jahrelangen Bemühungen war es wesentlich zu verdanken, daß Hr. Dr. v. Schweizer, mit dem Fluch und der Verachtung der deutschen Arbeiter beladen, von seiner Führerstelle zurücktreten mußte, wir werden nicht eher ruhen, bis auch seine Schüler und Nachfolger das verdiente Geschick erteilt hat. Wir erklären hierbei ausdrücklich, daß wir die Mitglieder des Allg. D. Arb.-Vereins als unsere Gegner nicht ansehen, sondern als ehrliche Arbeiter, die nur über uns und unsere Bestrebungen von Seiten ihrer Führer in fremdem feindlichem Interesse irre geführt und aufgehetzt worden sind. Wir erklären, daß wir jeder Zeit bereit sind, uns mit den Mitgliedern des Allg. D. Arb.-Vereins zu versöhnen, ohne dabei ihrer Organisation irgendwie zu nahe zu treten. Wir hoffen, daß die Mitglieder des Allg. D. Arb.-Vereins unsere gute Absicht erkennen und von der Niederträchtigkeit der Führer, denen sie bisher ihr Vertrauen geschenkt, sich überzeugen werden“.

### Zum Schluß heißt es :

„Um dem „N. Social-Demokrat“ die formellen Bedenken zu nehmen, welche er gegen unsere Vorschläge einwendet, erklären wir: a) Wir haben Sorge getragen, daß von Mitgliedern der Social-demokratischen Arbeiterpartei sowohl bei dem Parteiausschuß, als wie bei der Controlcommission der Antrag gestellt wird, bei dem Präsidium des Allg. D. Arb.-Vereins dahin zu wirken, daß dasselbe die ihm statutenmäßig vorgeschriebenen Schritte thue, um einen gemeinschaftlichen Congreß der beiden Fractionen herbeizuführen, auf welchem die Differenzpunkte besprochen und Alles gethan werden soll, um der deutschen Arbeiterwelt den Frieden zu geben. b) Erwarten wir, daß das Präsidium des Allg. D. Arb.-Vereins die von unsern Parteibehörden ausgehenden Anträge möglichst rasch erledigen und nicht bis zur regelmäßigen Generalversammlung des Allg. D. Arb.-Vereins hinausschieben werde, sondern entweder von dem ihm zustehenden Recht der Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung Gebrauch mache oder auf dem Wege der Urabstimmung durch die Mitglieder des Allg. D. Arb.-Vereins einen Beschluß zu Stande bringe. c) Erklären wir uns auch jetzt noch bereit, jede Polemik gegen den „N. Social-Demokrat“ bis zum Austrag des Streites durch einen gemeinsamen Congreß einzustellen, wenn der „N. Social-Demokrat“ sich zu Gleichem bereit erklärt“.

In No. 88 des „Volkstaat“ beklagte sich der Ausschuß der Socialdemokratischen Arbeiterpartei darüber, daß in diesen Zwifligkeiten das Präsidium des Allg. D. Arb.-Vereins sich hinter die Redaction des „N. Socialdemokrat“ verstecke, und daß daher die Lattik der Partei diesem Verhalten gegenüber geändert werden müsse; dann sagte der Ausschuß: „Entweder sehen wir unter eurer Zustimmung ab von dem versöhnlichen Beschlusse des Mainzer Congresses, von welchem der „N. Socialdemokrat“ nur spricht, um damit seine Anfeindungen gegen unsere Partei zu beschönigen, oder wir wirken mit Entschiedenheit darauf hin, daß durch ein rasches Wachsthum unserer Partei den Verheerungen des „N. Socialdemokrat“ und seiner Freunde ein starker Damm und somit ein wirksames Veto entgegen gesetzt wird.“ Und die Red. des „Volkstaat“ erklärte in derselben Nummer: „Alle Agitationsmittel müssen vor der Hand nur auf Berlin verwandt werden; dort am Sitz des

Präsidiums des Allg. D. Arb.-Bereins und des „Neuen“ muß erst den Irregeleiteten das Licht der Wahrheit aufgehen, ehe es anderswo besser gehen kann“.

Einige Tage später nannte der „N. Socialdemokrat“ (No. 129, 6. Nov.) den „Volksstaat“ das „Organ der Feinde Lassalle's und des Allg. D. Arb.-Bereins“. Dann sagte er: „Schamlos ist es von einer Partei, die sich social-demokratisch nennt, die Social-Demokratie, den Allg. D. Arb.-Berein in Berlin, und somit die Lassalle'sche Idee, ausrotten zu wollen“ Das Programm der Socialdemokratischen Arbeiterpartei wurde ferner ein „verschwommenes Wischi-Waschi-Programm“ und die Partei selbst „eine Lügenbrut“ genannt, „die gleichnerisch den Mantel der Socialdemokratie umgehängt hat und euch (die Arbeiter) an eure größten Feinde, die Bourgeoisie, verrathen will.“ Daß die Redaction des „Volksstaat“ daraufhin erklärt: „An Versöhnung mit den gegenwärtigen Leitern des „Neuen“ (wohlgemerkt: „Leitern des „Neuen“ zum Unterschiede von den Mitgliedern des Allg. D. Arb.-Bereins) glauben wir nicht mehr!“ vermögen wir ihr nicht zu verübeln.

In Nr. 93 des „Volksstaat“ trat die Controlcommission der Socialdemokratischen Arbeiterpartei auf und wandte sich vor Allem gegen die Redaction des Parteiorgans, welche dem Ausschuß „mit einem Einigungsvorschlage zuborgekommen war und ihm die Initiative, die unstreitig allein den Parteibehörden zustand, aus der Hand gerissen hatte.“ Dann folgte ein Verweis gegen diese Redaction, welche nur das Organ der Partei sei, sie nicht leiten dürfe, sondern sich von ihr hab. leiten zu lassen. Sodann erklärte die Controlcommission, die Versöhnung der beiden Parteien sei allerdings schwierig, aber „was gegen uns gesündigt worden ist von Seiten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, das ist geschehen durch Einzelne seiner Mitglieder, und er, der Allgemeine deutsche Arbeiterverein bleibt trotz alledem für uns der einzige natürliche Bundesgenosse, während auch die radicalsten Republicaner, die den So-

### Zum Schluß heißt es:

„Um dem „N. Social-Demokrat“ die formellen Bedenken zu nehmen, welche er gegen unsere Vorschläge einwendet, erklären wir: a) Wir haben Sorge getragen, daß von Mitgliedern der Social-demokratischen Arbeiterpartei sowohl bei dem Parteausschuß, als wie bei der Controlcommission der Antrag gestellt wird, bei dem Präsidium des Allg. D. Arb.-Vereins dahin zu wirken, daß dasselbe die ihm statutenmäßig vorgeschriebenen Schritte thue, um einen gemeinschaftlichen Congreß der beiden Fractionen herbeizuführen, auf welchem die Differenzpunkte besprochen und Alles gethan werden soll, um der deutschen Arbeiterwelt den Frieden zu geben. b) Erwarten wir, daß das Präsidium des Allg. D. Arb.-Vereins die von unsern Parteibehörden ausgehenden Anträge möglichst rasch erledigen und nicht bis zur regelmäßigen Generalversammlung des Allg. D. Arb.-Vereins hinausschieben werde, sondern entweder von dem ihm zustehenden Recht der Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung Gebrauch mache oder auf dem Wege der Urabstimmung durch die Mitglieder des Allg. D. Arb.-Vereins einen Beschluß zu Stande bringe. c) Erklären wir uns auch jetzt noch bereit, jede Polemik gegen den „N. Social-Demokrat“ bis zum Austrag des Streites durch einen gemeinsamen Congreß einzustellen, wenn der „N. Social-Demokrat“ sich zu Gleichem bereit erklärt“.

In No. 88 des „Volkstaat“ beklagte sich der Ausschuß der Socialdemokratischen Arbeiterpartei darüber, daß in diesen Zwistigkeiten das Präsidium des Allg. D. Arb.-Vereins sich hinter die Redaction des „N. Socialdemokrat“ verstecke, und daß daher die Taktik der Partei diesem Verhalten gegenüber geändert werden müsse; dann sagte der Ausschuß: „Entweder sehen wir unter eurer Zustimmung ab von dem versöhnlichen Beschlusse des Mainzer Congresses, von welchem der „N. Socialdemokrat“ nur spricht, um damit seine Anfeindungen gegen unsere Partei zu beschönigen, oder wir wirken mit Entschiedenheit darauf hin, daß durch ein rasches Wachstum unserer Partei den Verheerungen des „N. Socialdemokrat“ und seiner Freunde ein starker Damm und somit ein wirksames Beto entgegengesetzt wird.“ Und die Red. des „Volkstaat“ erklärte in derselben Nummer: „Alle Agitationsmittel müssen vor der Hand nur auf Berlin verwandt werden; dort am Sitz des



Präsidiums des Allg. D. Arb.-Bereins und des „Neuen“ muß erst den Irregeleiteten das Licht der Wahrheit aufgehen, ehe es anderswo besser gehen kann“.

Einige Tage später nannte der „N. Socialdemokrat“ (No. 129, 6. Nov.) den „Volksstaat“ das „Organ der Feinde Lassalle's und des Allg. D. Arb.-Bereins“. Dann sagte er: „Schamlos ist es von einer Partei, die sich social-demokratisch nennt, die Social-Demokratie, den Allg. D. Arb.-Berein in Berlin, und somit die Lassalle'sche Idee, ausrotten zu wollen“ Das Programm der Socialdemokratischen Arbeiterpartei wurde ferner ein „verschwommenes Wischi-Waschi-Programm“ und die Partei selbst „eine Lügenbrut“ genannt, „die gleichnerisch den Mantel der Socialdemokratie umgehängt hat und euch (die Arbeiter) an eure größten Feinde, die Bourgeoisie, verrathen will.“ Daß die Redaction des „Volksstaat“ daraufhin erklärt: „An Versöhnung mit den gegenwärtigen Leitern des „Neuen“ (wohlgemerkt: „Leitern des „Neuen“ zum Unterschiede von den Mitgliedern des Allg. D. Arb.-Bereins) glauben wir nicht mehr!“ vermögen wir ihr nicht zu verübeln.

In Nr. 93 des „Volksstaat“ trat die Controlcommission der Socialdemokratischen Arbeiterpartei auf und wandte sich vor Allem gegen die Redaction des Parteiorgans, welche dem Ausschuss „mit einem Einigungsvorschlage zuborgekommen war und ihm die Initiative, die unstreitig allein den Parteibehörden zustand, aus der Hand gerissen hatte.“ Dann folgte ein Beweis gegen diese Redaction, welche nur das Organ der Partei sei, sie nicht leiten dürfe, sondern sich von ihr hab. leiten zu lassen. Sodann erklärte die Controlcommission, die Versöhnung der beiden Parteien sei allerdings schwierig, aber „was gegen uns gesündigt worden ist von Seiten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, das ist geschehen durch Einzelne seiner Mitglieder, und er, der Allgemeine deutsche Arbeiterverein bleibt trotz alledem für uns der einzige natürliche Bundesgenosse, während auch die radicalsten Republicaner, die den So-

cialismus nicht begreifen, unsere Gegner bleiben.“ In diesem Sinne möge der Parteiausschuß die Versöhnung weiter betreiben und sofort bei dem Präsidium des Allg. D. Arbeiter-Vereins die geeigneten Schritte zur vorläufigen Einstellung der Feindseligkeiten thun.

Die Redaction des „Volksstaat“ wies (No. 94) die gegen sie erhobenen Beschuldigungen zurück und appellirte deswegen an den nächsten Parteicongreß. Von Seiten des „N. Social-Dem.“ gibt sich nicht das allermindeste Interesse an der Einstellung der Feindseligkeiten kund. Besonders fällt bei ihm auf, daß er, während im „Volksstaat“ Vorstehendes verhandelt wurde, jeden Kampf gegen ein einzelnes Mitglied der Gegenpartei so gleich zu den gehässigsten Ausfällen gegen die „Eisenacher Ehrlichen“, somit gegen die ganze Partei benutzt; es ist dieß ein illoyales Verfahren, von welchem sich die Leiter der Socialdemokratischen Arbeiterpartei von Anfang an stets ferne gehalten haben; sie unterscheiden immer ausdrücklich zwischen den einzelnen Mitgliedern und dem Allg. D. Arb.-Verein. Besonders ungeschlacht geberdete sich Tölke, der ehemalige Präsident des Allg. D. Arb.-Ver.; er ließ lange Artikel über die „Eisenacher Ehrlichen“ vom Stapel und im ersten derselben schwang er gewaltig drohend seinen sagenhaften Knüttel. Der Vorschlag der Eisenacher, alle Agitation nunmehr auf Berlin zu verwenden, brachte ihn dermaßen in Harnisch, daß er drohend ausrief: „Ihr denkt wirklich ernsthaft an den Versuch, das „Centrum des Allg. D. Arbeitervereins“, Berlin, durch Euere „agitatorischen“ Hanswürste zu erobern? Laßt Euch warnen! Andernfalls möge die „Vorsehung“ den Knochen gnädig sein, welche durch Eueren „Intelligenzen“-Schub nach Berlin kommen!“ Jedenfalls steht der journalistische Anstand und der größere socialistische Ernst auf Seiten der Partei des „Volksstaat“. Diese setzt trotz des abweisenden Verhaltens der Gegner ihre Einigungsversuche fort. Ein süddeutscher Arbeitertag aus dieser Partei, der am 17. November 1872 in München stattfand, verlangte eine

Kräftigung der Parteiorganisation, die allerdings sehr looder erscheint, und beschloß dann, es solle dem Allg. D. Arbeiterverein resp. dem „N. Socialdemokrat“ durch den Ausschuß der Partei, und zwar vom 1. Januar 1873 an dreimal hintereinander (im Anfang jedes Monats einmal) an der Spitze des Parteiorgans eine letzte Erwiderung resp. Abfertigung gegeben werden und von der Stunde an sollen die Angriffe jenes Blattes ignoriert bleiben.

Wir unsererseits glauben nicht, daß eine Vereinigung dieser zwei Parteien, so sehr sie auf beiden Seiten gewünscht wird, zu Stande kommt. Denn an der Aufrechthaltung der Trennung sind politische und ganz besonders persönliche Interessen zu stark betheilig. Die Schaffung einer einzigen socialistischen Arbeiterpartei mit dem ausgesprochenen Plane, den politischen Weg zu betreten, wird aber auch die Regierungen zu energischem Einschreiten verpflichten, wenn nicht die industriellen und mercantilen Mittelpunkte Deutschlands eine deutsche Auflage der Pariser Commune erleben sollen.

Ein Verzeichniß der mehr oder weniger stark socialistisch gefärbten Arbeiterpresse in deutscher Sprache gibt der „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“ (1872 No. 89) in Folgendem: „Außer den drei Buchdruckerorganen „Correspondent“, „Vorwärts“ und „Helvetische Typographia“ haben wir aufzuzählen: „Correspondent“, Organ der deutschen Hutmachergehilfen; der „Botschafter“, Organ der deutschen Cigarren- und Tabakarbeiter; der „Genossenschaft“, Organ der deutschen Gold- und Silberarbeiter; der „Sprechsaal“, Organ der Porzellanarbeiter; der „Gewerkverein“, Organ der deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder); der „Volkstaat“ in Leipzig und der „Volkswille“ in Wien; die „Demokratische Zeitung“ in Berlin; der „Braunschweiger Volksfreund“,

der „Grimmichauer Bürger- und Bauernfreund“, der „Dresdener Volksbote“, die Chemnitzer „Freie Presse“, die „Demokratischen Blätter“ in Königsberg, Fürther „Demokratisches Wochenblatt“, letztere sämtlich Organe der Socialdemokratischen Arbeiterpartei; endlich der „N. Socialdemokrat“. In der Schweiz erscheinen die „Tagwacht“, das „Felleisen“ und der „Rüttli-auer“. Zwanzig Organe mit zusammen mindestens 35,000 Abonnenten.“









This book may be kept  
**FOURTEEN DAYS**

**89092570712**



**b89092570712a**





89092570712



B89092570712A